

Proletarier aller Länder, vereinigt euch!

Beiträge zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung

3. Jahrgang 1961 · Preis 2,- DM

1

Franz Mehring · Gesammelte Schriften

*Herausgegeben von Prof. Dr. Thomas Höhle, Dr. Hans Koch, Prof. Dr. Josef Schleifstein
Die Gesamtausgabe wird 16 Bände umfassen*

Band 1 · Geschichte der deutschen Sozialdemokratie

*Erster Teil · Von der Julirevolution bis zum preußischen Verfassungskstreite 1830 bis 1863
Mit einem Vorwort von Wilhelm Pieck
44, 768 Seiten*

Band 2 · Geschichte der deutschen Sozialdemokratie

*Zweiter Teil · Von Lassalles „Offenem Antwortschreiben“ bis zum Erfurter Programm
1863 bis 1891 · 766 Seiten
Beide Bände werden nur zusammen abgegeben, Ganzleinen 16,- DM*

Mehring's um die Jahrhundertwende entstandene Arbeit gehört zu den Standardwerken der marxistischen Geschichtsschreibung. Indem er die vergangenen Leiden und Kämpfe des deutschen Proletariats mit heißem Herzen und parteilicher Liebe schilderte, wandte er sich als Lehrer und Erzieher an seine Gegenwart, der er starke, kämpferische Impulse gab, die bis heute wirksam sind und den heutigen Leser unmittelbar erreichen. Wilhelm Pieck schrieb vor einigen Jahren, daß dieses Werk „Zeugnis gibt von bester wissenschaftlicher Gründlichkeit und das Hohelied von der Begeisterungsfähigkeit der arbeitenden Massen kündigt, ihren Kampfeswillen und ihre Bereitschaft, alles zu geben, um der Klasse und damit dem Volke zu dienen“.

Band 3 · Karl Marx – Geschichte seines Lebens

16, 620 Seiten · Ganzleinen 8,- DM

Franz Mehring's Marx-Biographie, die er 1918, kurz vor seinem Tode, noch veröffentlichte, wird hiermit nach langen Jahren dem deutschen Leser wieder vorgelegt. Ausgerüstet mit den Erkenntnissen der materialistischen Geschichtsschreibung und mit der seinerzeit einzigartigen Kenntnis des damals zugänglichen Materials, schuf Mehring ein Lebensbild von Karl Marx, das bisher unübertroffen ist. Es gelingt Mehring, in bewunderungswürdiger Weise zu zeigen, wie Karl Marx durch die meisterhafte Anwendung der dialektischen Einheit von Theorie und Praxis, durch sein wissenschaftliches Werk und seine revolutionäre politische Tätigkeit heranwächst zum größten Führer und Lehrer des kämpferischen Proletariats.

Fordern Sie bitte unseren ausführlichen Prospekt an.



DIETZ VERLAG BERLIN C 2, Wallstraße 76-79

Beiträge zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung

Herausgegeben vom Institut für Marxismus-Leninismus

beim Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands

Redaktion: Berlin N 54, Wilhelm-Pieck-Straße 1, Telefon: 20 05 81 / App. 4119

INHALT

<i>Wilhelm Pieck</i> : Zu einigen Problemen der Geschichte der KPD	3
<i>Paul Reimann</i> : Imperialistische Phantasien und geschichtliche Logik oder der Löwe der Großmutter Borchardt	21
<i>Heinrich Gemkow</i> : Aus dem Kampf deutscher und französischer Sozialisten gegen Militarismus und Kriegsprovokationen in den Jahren 1886/87	34
Wissenschaftliche Mitteilungen und Notizen	
<i>Edith Zorn/Luise Kraushaar</i> : Unvergeßliche Kampfgefährten (Über die illegale antifaschistische Agitation unter den deutschen Besatzungstruppen in Frankreich während des zweiten Weltkrieges)	50
<i>J. P. Kandel</i> : Neue Fakten zur Geschichte des „Manifests der Kommunistischen Partei“	63
<i>Karel Pichlík</i> : Deutsche und tschechische Soldaten in der österreichisch-ungarischen Armee im Kampf gegen den Krieg und die Monarchie 1914 bis 1918	76
<i>Dieter Fricke</i> : Eine wichtige Quelle zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung	94
Aus der Arbeit der Kommissionen für die Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung	
Zur Vorbereitung des 15. Jahrestages der Vereinigung von KPD und SPD zur SED im Bezirk Halle (<i>Werner Bruschke</i>)	104
Über einige Fragen der Sammlung und Auswertung der Erinnerungen unserer Parteiveteranen im Bezirk Berlin (<i>Alfred Loesdau</i>)	107
Information über einen zentralen Lehrgang für Mitglieder der örtlichen Kommissionen (<i>Hans Maur</i>)	115

Berichte und Bemerkungen

Der XI. Internationale Historiker-Kongreß in Stockholm (<i>Heinrich Gemkow</i>)	117
Imperialismus, Arbeiterklasse und Nation (Nachbemerkungen zum Referat und zur Diskussion über „Die deutsche Sozialdemokratie und der erste Weltkrieg“ auf dem XI. Internationalen Historiker-Kongreß in Stockholm (<i>Hans-Joachim Bernhard/Fritz Klein</i>))	130
Internationales Kolloquium von Historikern zur Erforschung der Geschichte der Presse (<i>Günter Heidorn</i>)	146
Eine wissenschaftliche Konferenz der Deutschen Akademie der Landwirtschaftswissenschaften (<i>Fritz Zimmermann</i>)	149
„Přispěvky k dějinám KSČ“ – „Beiträge zur Geschichte der KPČ“ (<i>Jan Pachta</i>)	155
„Analele“, die Zeitschrift für Geschichte der rumänischen Arbeiterbewegung (<i>Al. Savu</i>)	159
Wir suchen	163

Kritik und Bibliographie

Heinz Wohlgemuth: Deutschland und die deutsche Arbeiterbewegung von der Jahrhundertwende bis zur Novemberrevolution (<i>Horst Beutel</i>)	164
Frauen der Revolution (<i>Marga Beyer/Gerda Koch</i>)	169
Ilse Krause: Die Schumann-Engert-Kresse-Gruppe (<i>Rolf Helm</i>)	173
William Z. Foster: Geschichte der Kommunistischen Partei der Vereinigten Staaten (<i>Beatrice Johnson</i>)	177
Die Novemberrevolution im sächsischen Steinkohlenbergbau (<i>Eberhard Wächtler</i>)	181
Joachim Streisand: Deutschland von 1789 bis 1815 (<i>Helmut Bock</i>)	184
Bibliographie marxistischer Zeitschriftenliteratur zur internationalen Arbeiterbewegung	201
Bibliographie zur Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung	228

1127-25

WILHELM PIECK

Zu einigen Problemen der Geschichte der KPD

VORBEMERKUNG

Zu Ehren des 85. Geburtstages von Wilhelm Pieck, des unvergessenen ersten Arbeiterpräsidenten Deutschlands, veröffentlichen wir nachstehend größere Auszüge aus einem bisher wenig bekannten und schwer zugänglichen Artikel, der unter dem Titel „20 Jahre Kampf der KPD für die Einheit der deutschen Arbeiterklasse, für Brot, Frieden, Demokratie und Sozialismus!“ Anfang 1939 in der vom Zentralkomitee der KPD herausgegebenen theoretischen Zeitschrift „Die Internationale“ (Heft 1 und 2) erschien. Wilhelm Pieck schrieb ihn anlässlich des 20. Jahrestages der Gründung der KPD. Der Artikel gibt auf der Grundlage der bedeutungsvollen Beschlüsse des VII. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale und der Brüsseler Konferenz der KPD eine grundsätzliche Orientierung für die Erforschung und Darstellung der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Zugleich widerspiegelt er die zu jener Zeit durchgeführten klärenden Diskussionen über Grundfragen der deutschen Geschichte.¹ Die Auszüge aus dem umfangreichen Aufsatz wurden unter dem Gesichtspunkt zusammengestellt, einen großen Leserkreis mit den Teilen der bedeutungsvollen Arbeit Wilhelm Piecks vertraut zu machen, in denen Grundgedanken über den Kampf der marxistisch-leninistischen Partei der deutschen Arbeiterklasse für ein demokratisches und friedliebendes Deutschland entwickelt werden. Sie sind heute nicht weniger aktuell als zur Zeit ihrer Niederschrift.

Wilhelm Pieck arbeitet überzeugend die historische Rolle der KPD heraus, die sich als Vorkämpferin der deutschen Arbeiterklasse und der ganzen Nation gegen Imperialismus, Militarismus, Faschismus und nationalen Verrat, für Demokratie, nationale Selbstbestimmung, Frieden und Sozialismus bewährte. Unter der Führung Ernst Thälmanns hatte sich die Partei zur entscheidenden antimperialistischen, demokratischen und sozialistischen Kraft in Deutschland entwickelt. Als einzige Partei hatte sie dem wiedererstarkenden deutschen Imperialismus ein Programm zur Rettung der Nation unter der Führung der Arbeiterklasse entgegengestellt. Nach der Errichtung der faschistischen Diktatur rang die KPD unbeirrt um die Sammlung aller antifaschistischen Kräfte unter dem patriotischen Banner der Volksfront, um durch die Beseitigung des Hitlerfaschismus dem deutschen Volk eine Zukunft der Freiheit, des Friedens und des gesellschaftlichen Fortschritts zu erschließen.

Im Mittelpunkt der Ausführungen steht die Stellung der Kommunisten zum Grundproblem der deutschen Nation, der Überwindung des deutschen Im-

¹ Vgl. Walter Ulbricht: Begründung der Thesen über die Novemberrevolution 1918. Referat auf der 2. Tagung des Zentralkomitees der SED. In: Einheit, 1958, Heft 10, S. 1405.

perialismus und Militarismus, ohne dessen Lösung dem deutschen Volk ständig die Gefahr droht, in dem imperialistischen Kreislauf von Krise und Krieg von einer Katastrophe in die andere getrieben zu werden, ohne dessen Lösung es keine gesicherte Zukunft hat. Aus den Erfahrungen der deutschen Geschichte zieht Wilhelm Pieck die Schlußfolgerung, daß nur ein demokratisches und friedliebendes Deutschland eine Perspektive hat: „Nur durch die Verwirklichung der Demokratie in seinem Lande wird es im friedlichen Wettbewerb mit den Völkern der anderen Länder seine nationalen Kräfte entwickeln und sie im Sozialismus zur vollen Entfaltung und Blüte bringen“ (S. 12/13).

Die Ausführungen Wilhelm Piecks beantworten Grundfragen der Strategie und Taktik der deutschen kommunistischen Bewegung. Sie analysieren nicht nur die Vergangenheit der Partei, sondern arbeiten die grundlegende Richtung ihrer Entwicklung, ihres Kampfes heraus. Zugleich demonstrieren sie, daß die Erforschung und Darstellung der Geschichte der revolutionären deutschen Arbeiterbewegung ein wichtiger Faktor der ideologischen Erziehung, der sozialistischen Bewußtseinsbildung ist. Der Artikel ist ein Vorbild für die unlösliche Einheit von revolutionärer Parteilichkeit und historischer Objektivität, die ihren Niederschlag in der prägnanten Herausarbeitung des Wesentlichen gefunden hat. Das erweist sich auch in der Polemik gegen Entstellungen und Verfälschungen der Geschichte der KPD, die Wilhelm Pieck überzeugend widerlegt, indem er sie mit dem Gesamtzusammenhang der geschichtlichen Entwicklung konfrontiert und von grundsätzlichen Gesichtspunkten aus beleuchtet.

Die Redaktion

Der Kampf für Demokratie und Sozialismus

Der Kampf der Kommunistischen Partei Deutschlands war immer darauf gerichtet, die Voraussetzung für die Erringung einer Demokratie zu schaffen, in der den werktätigen Massen, vor allem der Arbeiterklasse, ein ihrer Zahl und ihrer wirtschaftlichen Bedeutung für die Erhaltung der Gesellschaft entsprechender Einfluß auf Staat und Gemeinde und auf die Wirtschaft des Landes gesichert ist, damit die Massen durch diesen Einfluß ihre ökonomischen, sozialen und politischen Forderungen durchzusetzen und die Demokratie auszubauen vermögen. Die Voraussetzung dazu besteht in der Herbeiführung der Einigung der Arbeiterklasse und ihres Bündnisses mit den anderen Teilen des werktätigen Volkes, weil eine solche Demokratie nur im einheitlichen Kampfe der werktätigen Massen gegen die herrschenden Klassen errungen werden kann.

In der Weimarer Republik suchte die Kommunistische Partei diese Voraussetzung zu schaffen und kämpfte für die Sicherung und Erweiterung der demokratischen Rechte und Freiheiten des werktätigen Volkes (Koalitions- und Streikrecht, Versammlungs- und Pressefreiheit, Betriebsräte- und Beamtenrecht usw.), gegen alle diese Rechte und Freiheiten einschränkenden Maßnahmen der Regierungen und gegen alle Anschläge der Reaktion. Darüber hinaus suchte sie die Mehrheit der Arbeiterklasse für den Kampf um den Sozialismus zu gewinnen und die Voraussetzungen für den Übergang zur sozialistischen Revolution zu schaffen.

Durch die Aufrichtung der faschistischen Diktatur ist die Lage völlig verändert worden. Es wurden nicht nur alle demokratischen Rechte und Freiheiten des Volkes vernichtet, es ergab sich daraus auch die Notwendigkeit, alle Kräfte der werktätigen Massen für den Kampf gegen den Hitlerfaschismus zu vereinen, um dadurch seinen Sturz herbeizuführen. Die Kommunistische Partei mußte diese veränderte Lage bei der Aufgabenstellung und der Zielsetzung ihres Kampfes berücksichtigen. Es mußte diesem Kampfe ein Ziel gesetzt werden, für das es möglich ist, die werktätigen Massen trotz ihrer verschiedenen politischen und weltanschaulichen Auffassungen zum gemeinsamen Kampfe gegen den Hitlerfaschismus zu vereinigen, weil nur dadurch dessen Sturz herbeigeführt werden kann. Dieses Ziel ist die Schaffung einer antifaschistischen demokratischen Republik, in der die werktätigen Massen und ihre Organisationen die Freiheit ihrer politischen und weltanschaulichen Betätigung und einen entscheidenden Einfluß auf das demokratische Regime und auf den Ausbau der Demokratie haben werden und in der alle Sicherheiten dafür getroffen werden müssen, daß nicht wieder die Reaktion die Herrschaft an sich zu reißen vermag. Daraus ergibt sich schon, daß diese demokratische Republik nicht eine Wiederholung der Weimarer Republik sein wird.

In diesem Ziele des antifaschistischen Kampfes liegt der stärkste Grund für die Annäherung der in der antifaschistischen Bewegung stehenden Organisationen und Persönlichkeiten, woraus sich die Möglichkeit der Schaffung einer starken, unerschütterlichen antifaschistischen Einheits- und Volksfront ergibt, ohne die der Faschismus nicht gestürzt und die demokratische Republik nicht verwirklicht und ausgebaut werden kann. Es ist aber auch die klare Erkenntnis und Verständigung über die Größe der Aufgabe, über den Weg und die Mittel des Kampfes und über die Grundlage der demokratischen Republik notwendig, um in allen Phasen dieses Kampfes dessen Einheitlichkeit und dessen Sieg zu sichern und es der Reaktion unmöglich zu machen, durch irgendwelche Betrugsmanöver diese Einheit zu zerschlagen. Indem die Kommunistische Partei sich mit aller Energie für die Schaffung der Einheitsfront der Arbeiterklasse und für deren Bündnis mit den anderen Teilen des werktätigen Volkes — Bauern, Mittelstand, Beamte, Intellektuelle — in der Volksfront einsetzt und diese Klarheit über die Größe der Aufgaben, über Wege und Mittel des Kampfes und über die Grundzüge der demokratischen Republik zu schaffen versucht, führt sie zugleich den konsequentesten Kampf für die demokratische Republik.

Gegenüber dieser eindeutigen Stellungnahme der Kommunistischen Partei Deutschlands für die demokratische Republik, die an die Stelle der faschistischen Diktatur treten soll, werden von Führern der Sozialdemokratie immer noch in der Öffentlichkeit Zweifel an der Ehrlichkeit dieser Stellungnahme geäußert, die sie als ein Täuschungsmanöver der Kommunisten bezeichnen. Mit derartigen Verleumdungen wird zweifellos die Absicht verfolgt, das Zustandekommen der Einheitsfront und der

Volksfront zum Kampfe gegen den Faschismus zu verhindern. Aus diesem Grunde muß etwas näher auf diese Behauptungen eingegangen werden. Es ist nicht richtig, daß die Kommunisten in der Weimarer Republik die Demokratie bekämpft und sich für sie erst nach ihrer Vernichtung durch den Hitlerfaschismus erklärt hätten. Der Kampf der Kommunisten in der Weimarer Republik richtete sich nicht gegen die Demokratie. Der steht schon die bekannte Tatsache gegenüber, daß die Kommunistische Partei wiederholt Einheitsfrontangebote an die sozialdemokratischen Führer zur Verteidigung der Weimarer Republik und der Demokratie gegen die Anschläge der Reaktion und gegen die faschistische Gefahr gemacht hat. Es sei nur auf das Einheitsfrontangebot im Sommer 1932, als der große Vorstoß der Reaktion gegen die Weimarer Republik erfolgte, und auf das Einheitsfrontangebot im Januar 1933 hingewiesen, als der Faschismus die Weimarer Republik an die Gurgel faßte, um sie zu erwürgen. Aber alle diese Einheitsfrontangebote wurden von den sozialdemokratischen Führern abgelehnt, sie forderten sogar die sozialdemokratischen Arbeiter auf, nicht den Kampflösungen der Kommunisten gegen die immer frecher auftretende Reaktion Folge zu leisten.

Die Kommunistische Partei führte in der Weimarer Republik einen unaufhörlichen Kampf um die Demokratisierung des Staatsapparates, der Polizei, der Armee und der Bürokratie und um die Entfernung aller Reaktionäre aus diesen Organen der Staatsgewalt, sie war es, die konsequent den Kampf gegen die reaktionären und faschistischen Organisationen führte und ihre Zerschlagung verlangte, sie war es, die rücksichtslos gegen die Reaktion und die Konterrevolution, gegen die Macht der großen Trusts und Konzerne kämpfte und die werktätigen Massen unausgesetzt für diese Kämpfe mobilisierte. Der Kampf der Kommunisten richtete sich also nicht gegen die Demokratie, sondern gegen die Koalitionspolitik der sozialdemokratischen Führer, durch die die werktätigen Massen von dem Kampfe gegen die Reaktion zurückgehalten wurden, er richtete sich gegen die Maßnahmen der Koalitionsregierungen, durch die die Lage der werktätigen Massen immer mehr verschlechtert und der Vormarsch der Reaktion begünstigt wurde. Wären die sozialdemokratischen Führer auf die Einheitsfrontangebote der Kommunistischen Partei eingegangen, so wären die Massen begeistert einer gemeinsamen Aufforderung der beiden Parteiführungen zum Kampfe gegen die Reaktion und für die Verteidigung der Weimarer Republik gefolgt. Niemals hätte die faschistische Diktatur über das deutsche Volk aufgerichtet werden können. So tragen nicht die Kommunisten, sondern die sozialdemokratischen Führer, die die Einheitsfront mit den Kommunisten ablehnten, die Verantwortung dafür, daß die faschistische Diktatur in Deutschland aufgerichtet werden konnte.

Es kommt der Kommunistischen Partei nicht darauf an, dies immer wieder festzustellen und die in der Vergangenheit von den sozialdemokratischen Führern gemachten schweren politischen Fehler aufzuzeigen. Die Kommunistische Partei kann aber nicht dazu schweigen, daß die sozialdemokratischen Führer fortgesetzt versuchen, ihre Schuld der

Kommunisten aufzuladen und die Massen über die wahren Ursachen ihrer Niederlage zu täuschen, weil das nur hinderlich ist, die richtigen Lehren daraus zu ziehen. Die Kommunistische Partei will sich mit den sozialdemokratischen Führern über den Kampf gegen den Faschismus verständigen, um die Einheitsfront der sozialdemokratischen und kommunistischen Arbeiter in diesem Kampfe herzustellen, um den Sturz des Faschismus und Aufrichtung der demokratischen Republik herbeizuführen.

Zur Vorbereitung und Sicherung des Sieges der werktätigen Massen über die faschistische Diktatur und zur Aufrichtung und Sicherung der demokratischen Republik ist die klare Vorstellung über die Größe der Aufgabe, über den Weg und die Mittel des Kampfes von größter Bedeutung. Man muß sich immer vor Augen halten, daß die faschistische Diktatur in Deutschland die Herrschaft des „reaktionärsten, am meisten chauvinistischen, am meisten imperialistischen Teiles des Finanzkapitals“, also des monopolistischen Trustkapitals ist, wie der VII. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale richtig die faschistische Diktatur charakterisierte. Es ist also eine sehr starke Macht, in deren Dienste der Hitlerfaschismus seine barbarische Diktatur über das deutsche Volk ausübt. Aber diese Diktatur ist wohl eine sehr grausame, aber keine feste Macht. Sie kann sich nur so lange halten, als es dem Hitlerfaschismus gelingt, die Massen zu betrügen. Sie muß und wird gestürzt werden, wenn die Massen den Betrug erkennen und sich zum gemeinsamen Kampfe gegen den Hitlerfaschismus zusammenschließen und den Kampf gegen ihn durchführen.

Der Faschismus wird in brutalster Weise alle ihm verfügbaren Gewaltmittel gegen die werktätigen Massen anwenden, um die faschistische Diktatur zu retten. Daraus wird sich die Notwendigkeit für die Massen ergeben, ebenfalls zur Gewalt zu greifen, um den Faschismus zu stürzen. Es wäre natürlich unsinnig, etwa ein Schema dieses Kampfes aufzustellen, nach dem sich der Kampf zu vollziehen hätte. Aber die Möglichkeiten und Wahrscheinlichkeiten dieser gewaltsamen Auseinandersetzung mit dem Faschismus, die den Charakter einer Revolution haben wird, müssen doch ins Auge gefaßt werden, um die Voraussetzungen für den Sieg der werktätigen Massen zu schaffen. Diese Perspektive erfordert die stärkste Vorbereitung der Massen auf diesen Kampf, der nur siegreich sein kann, wenn er in voller Einheitlichkeit und mit Einsatz aller Kräfte geführt wird. Wer deshalb das Zustandekommen der Einheitsfront und der Volksfront zu verhindern versucht, trägt nicht nur zur Verlängerung der Herrschaftsdauer des Faschismus bei, sondern vergrößert auch die Opfer, die die werktätigen Massen in diesem Kampfe werden bringen müssen. Der Kampf wird aber um so schneller durch die Massen entschieden werden und die Opfer dieses Kampfes werden um so geringer sein, je entschlossener und einheitlicher die Massen diesen Kampf durchführen und dadurch große Teile der Armee und der Polizei auf ihre Seite ziehen. Dabei wird sehr viel von der Leitung dieses Kampfes durch die von der Einheitsfront der Arbeiterklasse und der Volksfront geschaffenen Organe abhängen.

Für den Sieg der werktätigen Massen ist also nicht nur die Schaffung einer festen Einheitsfront und Volksfront von entscheidender Bedeutung, sondern auch die klare Einsicht der Massen und ihrer führenden Organe in die Bedingungen dieses Kampfes und die rücksichtslose Entschlossenheit, diesen Kampf bis zur völligen Ausrottung der faschistischen Reaktion zu führen. Die Reaktion wird, wenn sie keine Möglichkeit mehr sieht, den Sturz des Faschismus aufzuhalten und ihre Herrschaft etwa noch durch Aufrichtung einer Militärdiktatur mit Gewalt zu verteidigen, zu den verschiedensten Betrugsmanövern greifen, um die einheitliche Kampffront der werktätigen Massen zu spalten und durch gewisse Konzessionen die Fortführung des Kampfes der Massen aufzuhalten, um Zeit für die Sammlung der Kräfte der Reaktion und zur Wiederherstellung ihrer Macht zu gewinnen. Es muß mit der Gefahr gerechnet werden, daß sich führende Elemente in der Volksfront von der Reaktion für solche Manöver einfangen lassen und versuchen werden, Verwirrung in die Kampffreiheit der werktätigen Massen zu tragen. Die Erfahrungen aber, die die Massen in diesen Kämpfen machen, werden sie veranlassen, diesen Kampf konsequent bis zu Ende zu führen und mit dem Sturz des Hitlerfaschismus zugleich ein gründliches Aufräumen mit der Reaktion und ihren Organen vorzunehmen.

Über die Grundzüge der demokratischen Republik muß ebenfalls volle Klarheit bestehen. Es herrscht Übereinstimmung in der antifaschistischen Bewegung, daß sie keine Wiederholung der Weimarer Republik sein soll. Auch wurden bereits gewisse Vorarbeiten für die Festlegung der Grundsätze der demokratischen Republik gemacht. In den von der Kommunistischen Partei ausgearbeiteten Richtlinien für eine Plattform der Volksfront wurden diese Grundzüge näher erläutert und es hat sich kein wesentlicher Widerspruch dagegen erhoben. Der Sieg der werktätigen Massen über den Faschismus muß seinen Ausdruck in der völligen Zerschlagung des faschistischen Macht- und Staatsapparates und in seiner Ersetzung durch einen neuen, aus den zuverlässigsten Kräften der demokratischen Republik bestehenden Apparat finden, in der Säuberung des Apparates von allen faschistischen Elementen, in der Schaffung von führenden Organen der in der Einheitsfront und der Volksfront vereinigten Massen und vor allem in der Schaffung einer Regierung aus den führenden Kräften des antifaschistischen Kampfes, die das Vertrauen der werktätigen Massen besitzen und die entschlossen sind, die Forderungen der Massen durchzuführen und gegen alle Feinde der demokratischen Republik rücksichtslos vorzugehen. Dazu wird vor allem auch die Vernichtung der Allmacht des Trustkapitals gehören, in dessen Auftrage der Hitlerfaschismus seine Kriegsprovokationen unternimmt und die werktätigen Massen in das tiefste Elend und die tiefste Knechtschaft gebracht hat. Durch die Verstaatlichung der großen Schlüsselindustrien und der Banken wird diesen Kapitalmagnaten der Eisen- und Stahlindustrie, der Bergwerke der Chemie- und Bauindustrie die Herrschaft über die gesamte Wirtschaft des Landes (Produktion und Verteilung) aus den Händen gerissen und

die Wirtschaft in den Dienst des werktätigen Volkes gestellt werden. Gerade gegen diese Maßnahmen wird sich das Trustkapital mit allen Mitteln zur Wehr setzen, und es wird von der Kraft der demokratischen Republik abhängen, von der Einheitlichkeit und Entschlossenheit der werktätigen Massen, den Widerstand des Trustkapitals mit aller Rücksichtslosigkeit zu brechen, weil nur so eine gesunde Wirtschaft des Landes herbeigeführt werden kann.

Die Kommunistische Partei Deutschlands will durch die Verwirklichung der demokratischen Republik den werktätigen Massen die Möglichkeit verschaffen, in den Besitz der demokratischen Rechte und Freiheiten zu gelangen, die es ihnen ermöglichen sollen, die in ihren Kämpfen gemachten Erfahrungen bei der Ausgestaltung der Demokratie zu verwerten, sich völlig frei über die weitere Entwicklung zu orientieren und den Gang dieser Entwicklung zu bestimmen. Diese Entwicklung wird selbstverständlich mit der Errichtung der demokratischen Republik nicht ihren Abschluß finden, sondern wird sich in der Richtung des Sozialismus entfalten. Der ganze Widersinn der kapitalistischen Wirtschaft, die einer kleinen Oberschicht Riesengewinne und den werktätigen Massen das größte Elend bringt, kommt diesen immer mehr zum Bewußtsein und wird immer stärker den Willen zum Sozialismus hervorrufen. Für die wachsenden Sympathien für den Sozialismus in den Massen ist auch kennzeichnend, daß sogar die von dem Monopolkapitalismus ausgehaltene Hitlerpartei es bei ihrer Gründung für zweckmäßig hielt, in ihren Parteinamen die Bezeichnung „sozialistisch“ aufzunehmen, natürlich nur, um dadurch die Massen über den reaktionären Charakter der Hitlerpartei zu betrügen. „Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei“ — jedes Wort in diesem Namen ist eine Lüge.

Die Kommunistische Partei Deutschlands hat mit ihrer Stellungnahme für die demokratische Republik nicht etwa ihren Willen aufgegeben, das deutsche Volk für den Kampf um den Sozialismus zu gewinnen und durch diesen Kampf die Voraussetzungen zu seiner Verwirklichung zu schaffen. Sie hat dabei das gewaltige, erhebende Beispiel vor ihren Augen, das von den russischen Arbeitern und Bauern unter Führung der bolschewistischen Partei Lenins für die Durchführung dieser Aufgabe und die Verwirklichung des Sozialismus gegeben wurde. Im Sozialismus gehören der große Grundbesitz, die großen industriellen und landwirtschaftlichen Anlagen, die Erdschätze nicht mehr einer kleinen Oberschicht von Kapitalisten, sondern dem ganzen werktätigen Volk. Nicht mehr die Kapitalisten bestimmen mit ihren Profitinteressen die Produktion, sondern die werktätigen Massen nach ihren Bedürfnissen. Es gibt infolgedessen keine Krise, keine Arbeitslosigkeit, kein Massenelend mehr. Der Bauer erhält die größte Unterstützung für seine Wirtschaft, um die Ernährung des Volkes zu sichern. Auch den kleinen Handwerkern und Geschäftsleuten wird geholfen, um ihre Tätigkeit nutzbringend für die Gesellschaft zu gestalten. So wird der Wohlstand des gesamten Volkes, seine Kultur, seine Demokratie auf eine immer höhere Stufe gebracht. Die Verwirklichung

des Sozialismus und einer wahren Demokratie in der Sowjetunion gibt das erhabenste Beispiel für die hohe Bedeutung, die der Sozialismus für den unbegrenzten materiellen und kulturellen Aufstieg und für die nationale Freiheit eines Volkes hat.

Es ist nur zu verständlich, daß alle Feinde des werktätigen Volkes und seines Aufstieges zu Wohlstand und Kultur eine wütende Hetze gegen die Sowjetunion betreiben und das gewaltige Werk des Sozialismus zu verheimlichen suchen, um die werktätigen Massen vom Wege zum Sozialismus abzuhalten. Das geschieht selbstverständlich unter Aufwand großer Geldmittel vom Hitlerfaschismus, der sich einbildet, ein Bollwerk gegen den Sozialismus zu sein. Weniger verständlich ist es, wenn sozialdemokratische Schriftsteller und andere in der antifaschistischen Bewegung stehende Menschen in der Hetze gegen die Sowjetunion mit dem Faschismus und dem Trotzkismus geradezu wetteifern und allerlei Blödsinn über „diktatorischen Sozialismus“ und über die Diktatur des Proletariats „gegen die Massen“ schwätzen und sie sogar auf eine Stufe mit der faschistischen Diktatur stellen. Die Arbeiter-und-Bauern-Macht in der Sowjetunion übt ihre Diktatur nur gegen die Feinde der Sowjetmacht, niemals aber gegen die werktätigen Massen aus und verwandelt sich immer mehr in die einzige wahre Demokratie, die in der Verfassung der UdSSR ihren dokumentarischen Niederschlag gefunden hat. Die Diktatur der Arbeiter und Bauern ergibt sich aus der Notwendigkeit, daß der Sozialismus nur im Kampfe gegen alle Feinde der werktätigen Massen zum Siege geführt werden kann. Es gibt kein anderes geschichtliches Beispiel der Verwirklichung des Sozialismus als das der Arbeiter-und-Bauern-Macht in der Sowjetunion.

Vor den werktätigen Massen Deutschlands steht aber im Kampf gegen den Faschismus nicht die Aufgabe der sozialistischen Revolution zur Verwirklichung des Sozialismus, sondern die Aufgabe des Sturzes des Faschismus, um an seiner Stelle die demokratische Republik aufzurichten in der erst die Freiheit der Agitation für den Sozialismus gegeben und durch die Gewinnung der Massen für den Kampf um den Sozialismus die Voraussetzungen für den Übergang zum Sozialismus geschaffen werden müssen.

Der Kampf für Frieden und Freiheit der Nation

Die Gründung der Kommunistischen Partei Deutschlands war das Ergebnis des kühnen und konsequenten Kampfes, den der Spartakusbund unter der Führung von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg von Anfang des Weltkrieges an gegen den deutschen Imperialismus, für die revolutionäre Beendigung des Krieges geführt hatte. So sehr auch die der Krieg unterstützenden reformistischen Führer der sozialdemokratischen Partei und Gewerkschaften die beiden großen Führer des Spartakusbundes wegen ihres Kampfes gegen den Krieg angriffen und verleumdeter von den Massen wurden sie verstanden und verehrt. Als Karl Liebknecht

am 1. Mai 1916 bei einer Spartakusdemonstration auf dem Potsdamer Platz in Berlin die Losung des Burgkrieges statt des Burgfriedens zur schnellsten Beendigung des Krieges ausgab — wofür er zu über 4 Jahren Zuchthaus verurteilt wurde —, drang diese Losung in die Massen an die Fronten, in die Betriebe und verstärkte den Widerstand und den Kampf gegen das fürchterliche Völkergemetzel. Friede ohne Annexionen und ohne Vergewaltigung anderer Völker war die Losung der Massen gegen die alldeutschen Kriegsmacher, die die halbe Welt erobern wollten. Sie waren es, die den Dolchstoß gegen das deutsche Volk führten und es bis zum Weißbluten für die imperialistischen Raubpläne an die Fronten jagten. Daß das deutsche Volk schließlich erschöpft zusammenbrach und der deutsche Generalstab panikartig zur Kapitulation vor dem Feinde drängte, machte das Verbrechen dieser alldeutschen Kriegshetzer nur noch um so größer. Es ist wichtig, das in Erinnerung zu rufen, weil es die gleichen Kreise sind, die durch die faschistische Diktatur ihre fortgesetzten Kriegsprovokationen in der Hoffnung unternehmen, jetzt günstigere Aussichten für die Durchführung ihrer niemals aufgegebenen Eroberungspläne zu haben.

Das fürchterliche Friedensdiktat von Versailles legte dem deutschen Volke unerhörte wirtschaftliche Opfer auf, einem Volke, das niemals den Krieg gewollt und gegen ihn gekämpft hatte, einem Volke, vor dem sich bei Ausbruch der Novemberrevolution die Kriegsverbrecher ängstlich verkrochen und der Hauptverbrecher des Krieges ins Ausland floh, einem Volke, das die Monarchie gestürzt und die Republik aufgerichtet hatte. Es zeugte nicht von der Klugheit der englischen und französischen Staatsmänner, daß sie dem deutschen Volke diese untragbare Last aufbürdeten. Sie trugen damit nicht zur Aussöhnung der Völker bei, zumal diese Opfer nicht einmal zur Minderung der Kriegsoffer beitrugen, die das englische und französische Volk ohnehin zu tragen hatte. Aber es waren nicht nur die wirtschaftlichen Lasten, die das Versailler Diktat so unannehmbar machten, es war auch die dem deutschen Volke auferlegte Einschränkung der nationalen Freiheit und Selbständigkeit, die ihm das Gefühl der Unterdrückung durch ausländische Mächte gab und in ihm den Drang zur nationalen Befreiung immer wieder wachrief. Die Kommunistische Partei Deutschlands hat von Anfang an den Kampf gegen dieses Diktat geführt und von der Regierung die Ablehnung gefordert. Aber von den Machthabern der deutschen Republik wurde ohne eine Befragung des deutschen Volkes dieses ungeheuerliche Diktat unterschrieben, dessen Lasten ausschließlich den werktätigen Massen auferlegt wurden. Gegen diese Abwälzung der Lasten auf die Massen wurde von der Kommunistischen Partei ununterbrochen gekämpft und gefordert, daß die Lasten den Reichen, vor allem den Kriegsverbrechern auferlegt werden sollen. Auch fanden die Regierungen der Republik nie die Kraft, die wahren Schuldigen am Weltkrieg und am Versailler Diktat vor dem deutschen Volk zur Verantwortung zu ziehen, und begünstigten damit die Demagogie der Faschisten, die den Marxismus für die Folgen des Krieges verantwortlich zu machen suchten.

Viele Jahre, bevor die Hitlerpartei infolge der Schwäche der Republik sich des Versailler Diktats zu ihrer demagogischen Hetze gegen die Republik bemächtigte, hat die Kommunistische Partei mit aller Energie den Kampf für die Beseitigung dieses Diktats geführt. Aber sie führte diesen Kampf nicht wie Hitler durch eine chauvinistische Verhetzung des deutschen Volkes gegen das französische und das englische Volk, sondern suchte in Gemeinschaft mit diesen, durch die Vermittlung der kommunistischen Parteien dieser Länder, die Aufhebung des Versailler Diktats von den Diktatmächten zu erzwingen . . .

Die KPD war sich bei ihrem Kampfe um die nationale Freiheit des deutschen Volkes stets bewußt, daß diese Freiheit in erster Linie von dem inneren Regime seines Landes bestimmt wird. Die nationalen Eigenheiten eines Volkes, vor allem seine Kultur, können sich nur entfalten, wenn das Volk wirklich frei ist. Ein Volk, das in seinem Lande nicht frei ist, kann sich seine Freiheit auch nicht gegenüber den anderen Völkern sichern. In dieser These gipfelte auch das soziale und nationale Befreiungsprogramm, das die Partei im Jahre 1930 herausgab.

Der Kampf der Kommunisten war deshalb in der Hauptsache darauf gerichtet, dem deutschen Volke in seinem Lande Demokratie und Freiheit zu verschaffen, damit es um so kräftiger gegen die Einschränkung seiner nationalen Freiheit durch das Versailler Diktat zu kämpfen vermochte. Die Kommunisten stützten sich bei ihrem Kampfe um die nationale Freiheit des deutschen Volkes auf seine großen geschichtlichen Leistungen, die es gerade in den Kämpfen um seine nationale Freiheit vollbrachte. Der Kampf der Kommunisten um die Demokratie und den Sozialismus ist eng verbunden mit dem Kampf um die nationale Freiheit des Volkes, weil diese nur in der Demokratie und besonders im Sozialismus zur höchsten Entfaltung gelangen kann.

Der Hitlerfaschismus hat dem deutschen Volke nicht die Freiheit, sondern die stärkste Unterdrückung gebracht. Nie wurde ein Volk so tief geknechtet, sein nationales Ansehen so tief herabgewürdigt, wie es durch den Terror und die Rassenschande des Hitlerfaschismus geschehen ist. Er spricht von Befreiung der Deutschen in anderen Ländern, von ihrem Selbstbestimmungsrecht. Er hat aber die Unabhängigkeit und das Selbstbestimmungsrecht des österreichischen Volkes durch gewaltsamen militärischen Überfall und Annexion vernichtet. Er hat die „Sudetendeutschen“, die nie zu Deutschland gehörten, der größten Unfreiheit, in der das deutsche Volk seit der Hitlerdiktatur lebt, ohne ihre Befragung unterworfen. Die nationalistische Phrase von der Schaffung eines Großdeutschlands dient nur der chauvinistischen Verhetzung des deutschen Volkes gegen andere Völker, durch die er es in einen Krieg zur Unterdrückung anderer Völker hineintreiben will. Wurde nicht in diesen Monaten deutlich gemacht, daß selbst der schlimmste Terror den Widerstand der Massen Deutschlands nicht mehr zu unterdrücken vermochte? Nur durch den Sturz des Faschismus kann sich das deutsche Volk seine nationale Freiheit erobern. Nur durch die Verwirklichung der Demokratie in seinem Lande

wird es im friedlichen Wettbewerb mit den Völkern der anderen Länder seine nationalen Kräfte entwickeln und sie im Sozialismus zur vollen Entfaltung und Blüte bringen.

Der Kampf um Lohn und Brot, gegen das Trustkapital

Die Verbesserung der Lebenshaltung und die Sicherung der Existenz der werktätigen Massen, der Arbeiter und Bauern, der Handwerker und kleinen Geschäftsleute, der Beamten und Intellektuellen hat die KPD immer zu den Hauptaufgaben ihres Kampfes gegen die herrschenden Klassen gemacht. In ihrer gesamten Tätigkeit, ob in den Betrieben oder in den Massenorganisationen, ob im Parlament oder in den Gemeinden, waren ihre Forderungen immer auf diese Aufgaben gerichtet. Dabei war sie sich stets bewußt, daß den herrschenden Klassen jede Verbesserung der Lage der Massen durch deren eigenen Kampf abgerungen werden muß. Die KPD hat deshalb das größte Gewicht auf die Zusammenfassung der Massen in den zur Verfechtung ihrer Interessen geeigneten Organisationen gelegt. Sie hat darum gekämpft, daß an der Spitze dieser Organisationen eine Führung stand, die das Maximum in der Durchsetzung der gestellten Forderungen durch den Einsatz der Kraft der Organisation zu erreichen versucht. Je stärker eine solche Kampforganisation an Zahl und Kampfbereitschaft ihrer Mitglieder ist, um so größer werden ihre Erfolge sein. Die Kommunisten sind deshalb immer für die zahlenmäßige und ideologische Stärkung dieser Organisation eingetreten, um ihre Kampfbereitschaft zu erhöhen. Das trifft besonders auf jene Massenorganisationen zu, die von größter Bedeutung für die Arbeiter sind, auf die Gewerkschaften, die in den Unternehmerverbänden und dem Trustkapital mächtige Gegner haben.

Der Hitlerfaschismus hat sofort bei seinem Machtantritt die Gewerkschaften vernichtet und damit den Arbeitern nicht nur ihre Gewerkschaftshäuser und -kassen, sondern ihnen auch das mächtigste Kampfmittel geraubt. Durch die sogenannte Deutsche Arbeitsfront (DAF) und durch die „Betriebsgemeinschaft“ zwischen dem Unternehmer und den Arbeitern, zwischen dem „Betriebsführer“ und der „Gefolgschaft“, sollen die Arbeiter in die vollständige Unterjochung durch den Faschismus und den Unternehmer gebracht, ihnen jede Freiheit des Kampfes um die Verbesserung ihrer Löhne und Arbeitsbedingungen genommen werden. Der Faschismus leugnet die Existenz der Klassen, der Arbeiterklasse und der Kapitalistenklasse, den unüberbrückbaren Gegensatz der Interessen beider Klassen und die Notwendigkeit des Klassenkampfes. Aber die Arbeiter machen täglich die Erfahrung, daß ihnen eine Verbesserung ihrer Lohn- und Arbeitsbedingungen nicht von den Unternehmern freiwillig zugestanden wird, sondern daß sie sich diese Verbesserungen nur durch den Kampf verschaffen können. Hitler hat jede Lohnerhöhung für die Arbeiter verboten, aber den Kapitalisten, besonders dem monopolistischen Rüstungskapital, verschafft er durch seine Politik eine ungeheure Steigerung ihrer Profite. Die

Hitlersche Theorie von der Regulierung der Wirtschaft, mit der er sein Verbot von Lohnerhöhungen begründet, ist zwar hanebüchener Unsinn, aber der Zweck ist, den Arbeitern den monopolkapitalistischen Charakter der faschistischen Diktatur zu verschleiern.

Die faschistische Phrase der Volksgemeinschaft ist nicht von den Faschisten erfunden worden, sie hat schon eine sehr lange Vergangenheit und geht eigentlich bis auf den Anfang des Klassenkampfes der Arbeiter zurück, als diese sich ihrer Klasse bewußt wurden. Die Kapitalisten haben immer versucht, um die Arbeiter besser ausbeuten zu können, ihnen einzureden, daß es vorteilhafter für sie sei, von jedem Kampf Abstand zu nehmen und sich in friedlicher Weise mit dem Unternehmer zu verständigen. Dieser Unternehmerideologie entsprachen die Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften in den sechziger Jahren des vorigen Jahrhunderts, die die Harmonie zwischen Kapital und Arbeit predigten und sich gegen jeden Streikkampf wandten. Sie wurden deshalb von den freien Gewerkschaften als Harmonieapostel und als „Gelbe“, das heißt als Streikbrecherorganisationen, bezeichnet. Diese Phrase von der Klassenharmonie ist dann von den Reformisten übernommen worden, als sie im Weltkrieg den Burgfrieden mit der Bourgeoisie und die Gewerkschaften die Arbeitsgemeinschaft mit den Unternehmervereinigungen schlossen, die schließlich in die Koalitionspolitik der Sozialdemokratie mündete. Immer wieder aber hat sich für die Arbeiterklasse herausgestellt, daß sie dabei die Betrogene und Gefesselte war und daß den Nutzen davon nur die Unternehmer und die Bourgeoisie hatten.

Die Kommunisten haben diese Irrlehren zum Betrüge und Schaden der Arbeiter auf das schärfste bekämpft und alles versucht, den Massenorganisationen der Arbeiter, besonders den Gewerkschaften, ihren ursprünglichen Klassenkampfcharakter zu erhalten. Das hat zu scharfen Zusammenstößen der Kommunisten mit den reformistischen Führern der Gewerkschaften geführt. Um den Kommunisten den Kampf in den Gewerkschaften unmöglich zu machen, haben die Reformisten die Demokratie in den Gewerkschaften vernichtet, die Meinungsfreiheit unterdrückt und sogar zum Ausschluß der Kommunisten gegriffen. Mit diesen Maßnahmen wurde von den reformistischen Führern die Spaltung in die Gewerkschaften hineingetragen und die Kampffähigkeit der Gewerkschaften zur Durchsetzung der Arbeiterforderungen auf das schwerste beeinträchtigt. Auch wurde von diesen Führern jede Einheitsaktion mit den Kommunisten und jedes Angebot zur Überwindung der Spaltung in den Gewerkschaften abgelehnt. Als von den Kommunisten die Revolutionäre Gewerkschaftsopposition (RGO) geschaffen wurde, um mit größerem Erfolg die arbeiterschädliche Praxis der Arbeitsgemeinschaft bekämpfen zu können und in den Gewerkschaften den Kampf um die Arbeiterforderungen besser durchsetzen zu können, wurde von den reformistischen Führern die Behauptung aufgestellt, daß damit die Kommunisten die Gewerkschaften gespalten hätten. Aber als die Kommunisten dazu übergingen, gewisse taktische Fehler in ihrer Gewerkschaftsarbeit zu korrigieren und die RGO zu liquidieren, un-

den Reformisten den Vorwand für ihre Ablehnung der Zusammenarbeit mit den Kommunisten zu nehmen, erklärten sie das nur als ein Manöver und lehnten die Einigung ab.

Der Kampf gegen die reformistische Arbeitsgemeinschaftspraxis der Gewerkschaftsführer hat die Kommunisten nicht abgehalten, sondern vielmehr angespornt, in den Betrieben und Gewerkschaften alles zu tun, um den einheitlichen Kampf der Arbeiter um die Verbesserung ihrer Lohn- und Arbeitsbedingungen herzustellen. Diese Einheit war um so nötiger, als das Trustkapital immer stärker gegen die Arbeiter in den verschiedensten Industriegebieten, im Ruhrgebiet, in Nordwestdeutschland, Oberschlesien, Mitteldeutschland, Berlin und in anderen Teilen des Reiches vorstieß, um ihren Lohnforderungen zu begegnen und durch gewaltige Aussperrungen die Gewerkschaftskassen zu leeren und die Kraft der Arbeiter zu brechen. Die Regierungen der Weimarer Republik kamen den Trustgewaltigen entgegen, indem sie durch Einsetzung von Schlichtungsinstanzen und durch Zwangsschiedssprüche die Lohnfragen zugunsten der Unternehmer entschieden und den Kampf der Arbeiter dagegen verboten. Die Gewerkschaften wurden sogar dem Unternehmer gegenüber schadenersatzpflichtig gemacht, wenn trotzdem die Arbeiter den Kampf aufnahmen und die Gewerkschaften den Arbeitern Streikunterstützung zahlten. Aber mit allen diesen Mitteln gelang es nicht, die wachsende Rebellion der Massen gegen die Verschlechterung ihrer Lage aufzuhalten, die in der Krisenperiode von 1929 bis 1932 infolge der ungeheuren Arbeitslosigkeit und des Lohndruckes geradezu unerträglich wurde. Das Trustkapital sah seine Herrschaft durch diese Rebellion der Massen immer stärker bedroht und griff deshalb zur Aufrichtung der faschistischen Diktatur, die durch den Terror den Widerstand der Massen brechen sollte.

Die Kommunisten haben auch unter der faschistischen Diktatur ihren Kampf gegen das Trustkapital fortgesetzt. In den Betrieben und faschistischen Massenorganisationen fanden sie sich mit den sozialdemokratischen Arbeitern zusammen, um unter Ausnutzung der legalen Möglichkeiten, wie sie die funktionelle Tätigkeit als Vertrauensleute im Betrieb oder in der Organisation bot, die Sammlung der Arbeiter für den Widerstand zu betreiben und den Widerstand zu organisieren. Das war besonders im Anfang eine sehr schwierige Arbeit, die auch in unseren eigenen Reihen erheblichen Widerstand fand, weil unsere Genossen es nicht mit ihrer revolutionären Überzeugung glaubten vereinbaren zu können, irgendeine Funktion im Betrieb oder der faschistischen Organisation anzunehmen. Aber allmählich wurde unsern Genossen die große Bedeutung klar, die diese Arbeit unter dem Terror des faschistischen Regimes hat, indem sie die Möglichkeit bietet, den Widerstand der Arbeiter zu wecken und zu verbreitern. Inzwischen sind erhebliche Erfolge durch diese Arbeit erzielt worden, so daß die Faschisten immer nervöser darüber werden. Immer deutlicher tritt ihnen die Arbeit der Kommunistischen Partei entgegen, von der sie fortgesetzt behaupten, daß sie sie vernichtet hätten. Durch fürchterliche Bluturteile und Hinrichtungen von Kommunisten suchen sie

diese von ihrem Kampf gegen das faschistische Regime abzuschrecken. Aber der Terror beginnt seine Schrecken für die Arbeiter zu verlieren, die wissen, daß sie nur durch den Kampf sich von dieser Pest befreien können. Kommunisten und Sozialdemokraten finden sich in der revolutionären Arbeit immer mehr zusammen und sie werden nicht locker lassen, bis den Faschisten und dem Trustkapital aus den Betrieben und den faschistischen Massenorganisationen die offene Rebellion entgegentritt und beide im Sturm der Massen hinweggefeht werden.

Der Kampf für die internationale Solidarität und Einheit

Das Ringen um den konsequenten revolutionären Internationalismus, das Bekenntnis zu dem hehren Gedanken der internationalen Solidarität aller Ausgebeuteten und Unterdrückten, der Wille zur Herbeiführung der internationalen Aktionseinheit der Arbeiterklasse wurde zur Grundlage des Kampfes unserer Partei. Die bitteren Erfahrungen, die auch die deutsche Arbeiterklasse mit der schimpflichen Preisgabe des proletarischen Internationalismus durch die II. Internationale bei Ausbruch des Krieges gemacht hat und die zum völligen Zerfall dieser Organisation führte, legten der Partei die Pflicht auf, in der deutschen Arbeiterklasse wieder das Vertrauen zu der gewaltigen Kraft des proletarischen Internationalismus zu wecken und seine aktive Anwendung durch die deutschen Arbeiter zu entfalten. Die stärkste Unterstützung fand darin die Partei durch die Gründung der Kommunistischen Internationale, dem großen Werke Lenins.

Der beste Prüfstein eines wahrhaft revolutionären Internationalismus in unserer Epoche war und ist das Verhältnis zum ersten sozialistischen Lande, der Sowjetunion. Jeder revolutionäre Internationalist mußte die große Bedeutung erkennen, die die Eroberung der Macht der Arbeiter und Bauern durch den Sieg der Sozialistischen Oktoberrevolution für den internationalen Befreiungskampf des Proletariats hat. Die KPD war unablässig bemüht, den werktätigen Massen Deutschlands die grundlegenden Lehren der russischen Revolution zu übermitteln, und verteidigte mit fester Entschlossenheit das Land der Diktatur des Proletariats und des Sozialismus. In den großen Solidaritätsaktionen der Partei für die Sowjetunion, im Jahre 1920 gegen die polnische Reaktion, die mit Hilfe der französischen Imperialisten den Krieg gegen die Sowjetrepubliken führte, im Jahre 1921 gegen die Hungerkatastrophe an der Wolga infolge einer Mißernte, im Jahre 1922 gegen die Interventionskampagne der englischen Imperialisten, wurde das große Solidaritätsbündnis der werktätigen Massen Deutschlands mit den Arbeitern und Bauern der Sowjetunion begründet und befestigt. Die fortgesetzten schmutzigen Verleumdungen der kapitalistischen Presse und sogar auch der sozialdemokratischen Presse wie auch die fanatische Hetze des Faschismus und seiner trotzkistischen Agenten haben ihre Ursache in diesem Solidaritätsbündnis der werktätigen Massen Deutschlands

mit den Arbeitern und Bauern der Sowjetunion. Die werktätigen Massen sollen durch diese Verleumdungen und diese Hetze irreführt und ihre Sympathien für die Sowjetunion begraben werden.

Die KPD hat demgegenüber immer wieder die große weltgeschichtliche Bedeutung hervorgehoben, die die Verwirklichung des Sozialismus und der wahren Demokratie für den Befreiungskampf der werktätigen Massen Deutschlands hat. Auch unter den Bedingungen der schwersten Illegalität kommt die KPD durch ihre illegale Literatur und durch ihren Freiheits-sender an die Massen heran, um sie mit den Fortschritten des Sozialismus, mit dem wachsenden Wohlstand und dem kulturellen Aufstieg des großen Sowjetvolkes, mit der konsequenten Friedenspolitik der Sowjetregierung vertraut zu machen und ihnen zu zeigen, welche Lehren sie daraus für ihren Kampf zu ziehen haben. Das Sowjetvolk ist der einzige und wahre Freund des deutschen Volkes. Die Sowjetrepublik war das einzige Land, das sich weigerte, das Versailler Diktat gegen das deutsche Volk anzuerkennen. Sie stellte dem deutschen Volke in der Hungerzeit unmittelbar nach dem Weltkriege Lebensmittel in großem Umfange zur Verfügung, deren Annahme aber von der damaligen Regierung der „Volksbeauftragten“ verweigert wurde. Die Sowjetunion war es, die im Jahre 1922 den Rapallovertrag mit der deutschen Republik zu einer Zeit abschloß, als die französische Reaktion die militärische Besetzung des Ruhrgebietes vorbereitete. Die Sowjetunion hat während der schwersten Wirtschaftskrise in Deutschland durch ihre großen industriellen Aufträge Hunderttausenden deutschen Arbeitern Arbeit und Brot verschafft. Die Interessen der werktätigen Massen Deutschlands fordern den engsten Anschluß an die Sowjetunion und den schärfsten Kampf gegen die Versuche des Hitlerfaschismus, das deutsche Volk in den Krieg gegen die Sowjetunion zu treiben.

Die Kommunistische Partei Deutschlands hat immer wieder ihre innere Verbundenheit mit dem Befreiungskampf der Arbeiter aller Länder und der vom Imperialismus unterdrückten Völker durch die aktive Betätigung der internationalen Solidarität bekundet. Ob es sich um die Unterstützung des englischen Generalstreiks im Jahre 1926, um den Proteststurm gegen die Hinrichtung von Sacco und Vanzetti im Jahre 1927, ob es sich um die Solidaritätsaktionen zur Unterstützung der Opfer des Terrors, der Reaktion und des Faschismus in den Balkanländern, in Italien, Ungarn, Polen und anderen Ländern handelte, immer stand die KPD in diesen Solidaritätsaktionen der deutschen Arbeiterklasse an der Spitze. Bei der großen chinesischen antiimperialistischen Revolution unter Führung von Sun Yat Sen, bei den Angriffen des japanischen Imperialismus auf das chinesische Volk rief die KPD das deutsche Volk zur stärksten Solidaritätsbetätigung auf und suchte die Waffentransporte aus Deutschland zur Unterstützung der japanischen Räuber zu unterbinden. Der Aufklärungsarbeit der KPD über die große Freiheitsbewegung des chinesischen Volkes ist es zuzuschreiben, daß auch unter der faschistischen Diktatur das werktätige Volk Deutschlands nicht der Politik zur Unterstützung der japanischen Militär-faschisten folgt, sondern an der Seite des chinesischen Volkes steht.

Die stärkste Betätigung der internationalen Solidarität und des proletarischen Internationalismus durch die Kommunistische Partei liegt aber in der Unterstützung des Heldenkampfes des spanischen Volkes gegen die faschistischen Interventen, gegen Mussolini und Hitler. Durch ihre Aufklärung des deutschen Volkes über den Krieg Hitlers gegen das spanische Volk, den dieser durch die Einsetzung deutscher Soldaten und Flieger, Flugzeuge, Tanks, Kanonen und anderer Waffen zur Unterstützung der faschistischen Rebellen führt, verstärkt die KPD den Widerstand gegen die faschistische Kriegspolitik. In den Betrieben und Arbeiterwohnungen werden Geldmittel zur Unterstützung des spanischen Freiheitskampfes gesammelt, obwohl der Faschismus diese Unterstützung durch den schlimmsten Terror zu verhindern versucht. Das höchste Beispiel des revolutionären Internationalismus wurde aber durch die deutschen Freiwilligen gegeben, die aus den Reihen der Kommunistischen Partei und der deutschen Arbeiterbewegung nach Spanien dem Volke zu Hilfe eilten und in den Internationalen Brigaden, den Bataillonen namens Ernst Thälmann, Edgar André und Hans Beimler und anderen Bataillonen, die größten Heldentaten des revolutionären Kampfes gegen den Faschismus vollbrachten.

Die Kommunistische Partei Deutschlands ist ein unlösbarer Bestandteil der im März 1919 von Lenin gegründeten Kommunistischen Internationale, die die einzige revolutionäre Weltpartei des internationalen Proletariats ist. Erfüllt von der revolutionären Theorie Marx-Engels-Lenins hat sie in den nahezu zwanzig Jahren ihres Kampfes um die Befreiung des Proletariats aus der kapitalistischen Knechtschaft und Ausbeutung in den kapitalistischen Ländern und Kolonien durch revolutionäre Praxis, Disziplin und Einheit die Avantgarde für die proletarische Weltrevolution und den Sieg des Sozialismus in der Welt erzogen, der die Massen in allen Ländern in immer größerer Zahl und mit immer stärkerer Kraft folgen. An der Spitze der Kommunistischen Internationale steht der große Freiheitskämpfer gegen den Faschismus, Georgi Dimitroff, der auf dem VII. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale im August 1935 die Losung der Schaffung der proletarischen Einheitsfront der Arbeiterklasse und der Volksfront als des Bündnisses der Arbeiter mit den Bauern und Handwerkern ausgab, die die größte Begeisterung unter den werktätigen Massen auslöste. Der Austausch der Kampferfahrungen der Arbeiter in den Ländern, die gegenseitige Hilfe in allen großen Kämpfen, vor allem die Überlieferung der gewaltigen Erfahrungen bei der Durchführung der sozialistischen Revolution und der Verwirklichung des Sozialismus in der Sowjetunion machen die Sektionen der Kommunistischen Internationale zu den einzigen revolutionären Führern der werktätigen Massen. Aus diesem unerschöpflichen Reservoir der internationalen Kraft des Proletariats zieht die KPD einen großen Teil ihrer Kraft.

Von sozialdemokratischen Führern wird oft zur Begründung ihrer Ablehnung der Einheitsfront mit den Kommunisten die Behauptung aufgestellt, daß die kommunistischen Parteien nicht ihre Politik selbst be-

stimmen, sondern darin abhängig von der Kommunistischen Internationale oder den Interessen der Sowjetunion, sie nennen das schlechthin „von Moskau abhängig“, seien. Diese Behauptung ist absolut falsch. Der Marxismus-Leninismus und die Beschlüsse der Kommunistischen Internationale weisen mit aller Schärfe darauf hin, daß die Politik der kommunistischen Partei unmittelbar an die Bedingungen des Kampfes, an die besonderen Verhältnisse, an die Forderungen und an die nationalen Interessen der Massen in ihrem Lande anknüpfen muß, und daß dem so ist, daß die kommunistischen Parteien diese Weisungen befolgen, geht aus dem Erfolg ihrer Politik hervor, den die sozialdemokratischen Führer mit solchen Behauptungen aufzuhalten versuchen. Allerdings unterstehen die kommunistischen Parteien der revolutionären internationalen Disziplin, durch die sie gehalten sind, die Beschlüsse der Kommunistischen Internationale durchzuführen, die darauf achtet, daß die Kommunisten immer den revolutionären Weg zur Befreiung der werktätigen Massen einhalten und sich nicht von der Bourgeoisie auf andere Wege ziehen lassen, wie es mit den Sozialisten der II. Internationale im Weltkriege geschah, was von den werktätigen Massen mit ungeheuren Blutopfern bezahlt werden mußte. Die Beschlüsse der Kommunistischen Internationale kommen durch die gemeinsamen Beratungen und Entscheidungen ihrer völlig gleichberechtigten Parteien zustande, wobei selbstverständlich der Rat der Kommunistischen Partei der Sowjetunion auf Grund ihrer revolutionären Erfahrungen besonders wertvoll für die anderen kommunistischen Parteien ist. Die KPD lernt von den Erfahrungen der kommunistischen Parteien der anderen Länder, so wie die anderen Bruderparteien aus unseren Erfahrungen lernen.

Die Kommunistische Partei hat die Bestrebungen der Kommunistischen Internationale zur Überwindung der Spaltung in der internationalen Arbeiterbewegung und der Herbeiführung einer einheitlichen Arbeiterinternationale wie auch ihre Vorschläge zur Herbeiführung der internationalen Aktionseinheit gegen die faschistischen Aggressoren tatkräftig unterstützt. Alle diese Versuche, ob im Jahre 1922 bei der Berliner Konferenz der drei Arbeiterinternationalen, ob durch das englisch-russische gewerkschaftliche Einheitskomitee im Jahre 1926 oder durch das Angebot der sowjetischen Gewerkschaften zum internationalen Gewerkschaftskongreß 1938, scheiterten an den Widerständen der reformistischen Führer, von denen die Vertretung der „nationalen“ Interessen den internationalen Interessen des Proletariats entgegengestellt wird, wodurch sie die II. Internationale in einen wahren Trümmerhaufen verwandelt haben.

Der proletarische Internationalismus ist das kostbarste Gut der Arbeiterbewegung. Die Kommunistische Partei hat dieses Gut gepflegt und ihre Kader in seinem Geiste erzogen. Die große Unterstützung, die unser Kampf gegen die Reaktion und den Faschismus in Deutschland durch unsere Bruderparteien früher und jetzt erhielt, sei es anläßlich der Ruhrbesetzung durch unsere französische Bruderpartei, sei es durch die Solidaritätsbewegung für die Opfer des deutschen Faschismus, für die Befreiung Ernst

Thälmanns und aller anderen gefangenen Antifaschisten, sei es durch die Unterstützung der deutschen Emigration, festigt das Band des proletarischen Internationalismus. Stärker denn je ist dieser notwendig angesichts der unerhörten Kriegsprovokationen der faschistischen Kriegsbrandstifter und ihrer Agenten in den demokratischen Ländern. Nur durch die internationale Aktion der werktätigen Massen der ganzen Welt können diese Verbrechen abgewendet werden. Die Kommunistische Partei Deutschlands unternimmt alle Anstrengungen, das deutsche Volk vor diesem Unglück zu bewahren und den Widerstand im Lande gegen die faschistische Kriegspolitik so zu steigern, daß der Hitlerfaschismus durch die Massen vernichtet und ihnen dabei die stärkste Unterstützung durch die Solidarität der werktätigen Massen der anderen Länder zuteil wird.

Imperialistische Phantasien und geschichtliche Logik oder der Löwe der Großmutter Borchardt*

Im Jahre 1935 — knappe zwei Jahre nach dem Machtantritt Hitlers — erschien im Rahmen einer Serie „Königsberger Historische Forschungen“ eine Sammlung historischer Abhandlungen unter dem bezeichnenden Titel: „Ostraum, Preußentum und Reichsgedanke“.¹ Ihr Autor präsentierte sich als Frontkämpfer des Jahres 1914, als Angehöriger einer „Schicht der älteren Studenten und jüngeren Doktoren, die mit einer schon geprägten historischen Anschauung 1914 hinauszogen“² und die deshalb die Berufung in sich fühlten, „ein Vermächtnis weiterzugeben“³. Er bekannte sich — ganz im Geist der damals neugebackenen Machthaber — zu einer „kämpfenden Wissenschaft“, die sich „von der zuchtlosen politisch-zweckhaften Betrachtistik“⁴ der Jahre nach 1919 „abgesetzt“ hat. Die historisierenden Betrachtungen über den „Ostraum“, die den Kern dieser Schrift bildeten, bezeugen, daß der Appetit des Autors, was die Kolonisation des Ostens betraf, nicht gering war und sich durchaus in dem Bahnen bewegte, die den Kriegszielen des „Dritten Reiches“ entsprachen: „Es ist die Gemeinsamkeit einer großen Aufgabe und der durchgehenden deutschen Beteiligung an ihr, was die Einheit der Front von Reval bis Bukarest mehr als alles andere sinnfällig macht, und die Brücke, die im Nordosten das deutsche Ordensland darstellt, bildet im Südosten Deutsch-Österreich: Der baltische und der Donaauraum sind *geschichtlich und gegenwärtig* (Hervorhebung von mir — P. R.) Flügelpositionen der gleichen Grundaufstellung.“⁵

Dieser Aufgabenstellung, die schon in der Einleitung formuliert war, entsprach auch der ganze Inhalt des Bandes, in dem der „Osten“ restlos als deutsches Herrschaftsbereich reklamiert wurde: „Der Osten ist die Summe aller deutschen Stämme, nur wenn ganz Deutschland an ihm teilnimmt, kann er in der steigenden Flut sich halten, nur hier ist zugleich — statt einer starren Grenze — Bewegung und wirkliche Front.“⁶

* Der nachfolgende Beitrag, den uns der tschechoslowakische Historiker Prof. Dr. Paul Reimann freundlicherweise zur Verfügung stellte, fußt auf einem vom Verf. auf dem XI. Internationalen Historiker-Kongreß in Stockholm gehaltenen Diskussionsbeitrag. — Die Red.

¹ Hans Rothfels: Ostraum, Preußentum und Reichsgedanke, Leipzig 1935.

² Ebenda, S. V.

³ Ebenda.

⁴ Ebenda, S. VI.

⁵ Ebenda, S. X.

⁶ Ebenda, S. 14.

Daß der Ausdruck „Front“, der hier in diesen Betrachtungen ständig wiederkehrt, nicht nur bildlich, sondern buchstäblich gemeint war, machte der Autor deutlich durch die Hinweise auf den Zusammenhang zwischen Österreich und dem damaligen Ostpreußen: „Die deutschen Volkstumsgruppen in den Donauländern sind die gegebenen Pfeiler eines Brückenbaues, der über die aufgerissenen Klüfte einmal wieder hinwegführen muß, wenn anders der Südosten zu ruhigem Gedeihen im Innern und zu Widerstandskraft nach außen gelangen soll . . . Das Wissen um die Parallelschaltung des nördlichen und des südlichen Abschnitts der ganzen Front zu vertiefen, gehört mit zu den Leitgedanken der diesjährigen Vortragsreihe, in deren Aufgaben sich – auch das mag als Symbol gelten – Deutsche, Österreicher und Königsberger brüderlich geteilt haben.“⁷

Es entsprach durchaus der traditionellen Ideologie des deutschen Militarismus und Imperialismus, wenn auch hier, wie in vielen anderen Schriften, die Vorbereitungen einer deutschen Annexion des östlichen und südöstlichen Europas als eine „kulturelle Leistung“⁸ ausgegeben wurden, die „dem Deutschtum“ „auferlegt“ sei.

Dem Verfasser – wie jedem anderen mit der Geschichte vertrauten Menschen – mußte es natürlich klar sein, daß die Unterwerfung des Ostens und Südostens, von der er träumte, nur ein Teilziel sein konnte im Kampf für die Aufrichtung der deutschen Weltherrschaft. Deshalb strotzte seine Schrift von Angriffen auf französische Historiker wie Eisenmann, Fournol, Emile Bourgeois, George Pages und andere, die damals die deutschen Ansprüche auf polnisches Gebiet zurückwiesen. Dem „Französischen Nationalismus in der Ostgeschichtsschreibung“ war eine besondere Abhandlung gewidmet.⁹ Und in einer historischen Betrachtung über Friedrich II. wurde die These aufgestellt, daß es eine „Schicksalsfrage“ sei, „ob Deutschland und das von ihm organisierte Mitteleuropa sich als Weltmacht, als gleichberechtigter Teilnehmer am Staatensystem der Zukunft, bewähren werden in dem es sich gegen alle anderen Weltmächte, selbst zusammengenommen, zu erhalten vermöge“.¹⁰ Die Beherrschung des Ostens und Südostens als Sprungbrett zur Eroberung der Weltherrschaft – das war und blieb der Wahnsinnstraum des deutschen Imperialismus unter Wilhelm II., ebenso wie unter Hitler.

Mit einer solchen Zielsetzung war natürlich der Gedanke des Selbstbestimmungsrechts der vom deutschen Imperialismus seit Jahrhunderten bedrohten und wiederholt unterdrückten Nationen Osteuropas unvereinbar. Deshalb wurde auch 1935 wieder das verstaubte und kompromittierte Argument aus der Tischlade gezogen, daß angeblich die „Verzahnungen“ der Völker im Osten des Kontinents die Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechts unmöglich machen. Die Selbstbestimmung – so wurde behauptet – führe „in Mitteleuropa . . . als eine vom Raum gelöste Ideologie

⁷ Ebenda, S. 226 f.

⁸ Ebenda, S. 226.

⁹ Vgl. ebenda, S. 195–206.

¹⁰ Ebenda, S. 19.

zur Selbstzerstörung dieses Raumes“,¹¹ die „Realität der östlichen Randzone läßt sich von dem Staats- und Nationalgedanken . . . nicht überdecken“. ¹² Was störte es den Herold der Kriegspläne des „Dritten Reiches“, daß – von den deutschen Minderheiten abgesehen, die in diesem „Raum“ immer Minderheiten, fremde Kolonisten waren – alle anderen Völker, Polen, Tschechen, Slowaken, Ungarn, Rumänen, Jugoslawen ebenso wie die Nationen der baltischen Länder, die Herrschaftsansprüche des deutschen Imperialismus ablehnten und durch viele Jahrhunderte einen aufopferungsvollen Kampf für ihre staatliche Selbständigkeit führten? Alle historischen Tatsachen, die von diesem Kampf Zeugnis ablegten, wurden totgeschwiegen oder in Verdrehung des wirklichen Geschichtsablaufs abwechselnd als „Ausbrüche eines deutschfeindlichen Nationalismus“ oder „panslawistische Bestrebungen“ verleumdet. So wurde auch 1935 der längst verwesene Leichnam des österreichischen Doppeladlers wieder aus dem Grab geholt, die Wiederherstellung des „Föderalismus unter deutscher Führerschaft“ als „mittel-europäische Sendung“¹³ Österreichs proklamiert.

Das waren die Pläne von anno 1935. Daß sie nur durch einen Krieg, durch die gewaltsame Unterwerfung aller Völker zu erreichen seien, auf deren Territorien der deutsche Imperialismus Anspruch erhob, darüber war sich der Autor im klaren. Deshalb verwendete er in seiner Schrift ein kühnes literarisches Bild – das angeblich von der Großmutter des Schriftstellers Rudolf Borchardt stammt – zur Erläuterung der deutschen Landkarte: „Es ist ein Löwe“, sagte sie (d. h. die Großmutter Rudolf Borchardts – P. R.). „er marschiert nach Osten, nur nach Osten hat er ein Gesicht und Glieder; hinten, siehst Du, nach Westen, ist er ganz gerade abgeschnitten, das haben die Franzosen gemacht, am Rhein entlang, und da geht die Linie ganz kahl und tot, weil sie auch noch immer falsch geht; aber rechts, siehst Du, nach Osten, da hebt er den Kopf, sein Kopf heißt Ostpreußen; und da hebt er auch seine Pranke in die Luft hinein, die Pranke heißt Schlesien. Von Kopf und Pranke, Ostpreußen und Schlesien sind die Freiheitskriege gekommen . . .“¹⁴

Das Ergebnis zweier Weltkriege, die für die Eroberungsziele des deutschen Imperialismus entfesselt wurden, ist zureichend bekannt. Der österreichische Doppeladler, noch immer betrauert von zahlreichen Leidtragenden im westlichen Teile Deutschlands, blieb als Leichnam auf den Schlachtfeldern des ersten Weltkriegs. Die Revolution der durch Jahrhunderte unterdrückten Völker hat 1918 vollendet, wozu die Kraft dieser Völker 1848 noch nicht ausreichte. Der „deutsche Löwe“ aber verlor im zweiten Weltkrieg Kopf und Pranke, und auch die Linie im Westen geht, trotz aller guten Wünsche der Großmutter, „noch immer falsch“. Der wirkliche Verlauf der Geschichte hat, entgegen allen Voraussagen mancher Historiker, erwiesen, daß auf der heutigen Stufe der Entwicklung in Europa kein

¹¹ Ebenda, S. 9.

¹² Ebenda, S. 66.

¹³ Ebenda, S. 245.

¹⁴ Ebenda, S. 175.

Raum mehr ist für mittelalterliche Wappentiere wie Doppeladler oder deutsche Löwen. Soll die Geschichte, wie es der Wunsch aller Historiker sein sollte, auch Lehrmeister sein, dann ist es nötig, in erster Linie aus den Erfahrungen der neuesten Geschichte Schlußfolgerungen zu ziehen. Dazu müßten sich freilich insbesondere manche westdeutschen Historiker einmal die Frage vorlegen, wozu eine Geschichtsschreibung gut sein soll, die in krassem Widerspruch zu allem steht, was sich in der Geschichte tatsächlich ereignet hat und ereignet.

Nach dem Kriege konnte ein oberflächlicher Beobachter den Eindruck gewinnen, als seien manche Historiker bereit, aus den Erfahrungen des zweiten Weltkriegs zu lernen. Selbst der Autor des eingangs zitierten Buches „Ostraum, Preußentum und Staatsgedanke“, der ehemals Königsberger Professor Hans Rothfels, veröffentlichte ein Buch über „Die deutsche Opposition gegen Hitler“, in dem er – scheinbar selbstkritisch – feststellte: „... es ist richtig, daß kein Aufstand der Geistigen im Jahr 1933 erfolgte und daß Beispiele von Schwäche und Zersetzung sich häuften. Nur mit einem Gefühl der Scham kann man sich der Erfindung ‚deutscher‘ Mathematik erinnern oder der vielen anderen Formen geistiger Prostitution; und die zahlreichen ‚Umfälle‘ von Gelehrten und Schriftstellern waren kläglich genug. Auch ist es unzweifelhaft wahr, daß manche Richtungen im deutschen akademischen Leben nicht nur einem übersteigerten Nationalismus vorgearbeitet, sondern auch zu jener ‚Anarchie der Werte‘ beigetragen hatten, die für die Brutalität der nationalsozialistischen Diktatur und für die Flachheit des Rosenbergschen ‚Mythos‘ einen nur zu fruchtbaren Nährboden schuf. Zwar war die Zahl ‚alter Kämpfer‘ an den Universitäten ganz außerordentlich gering, und fast in jedem dieser Einzelfälle ließen sich persönliche Beweggründe beruflicher Zurücksetzung oder menschlichen Versagens leicht genug nachweisen. Aber die Gleichschaltung des akademischen Lebens ging mit einer beschämenden Hast vor sich und kam oft der tatsächlichen Erzwingung, an der es nicht gefehlt haben würde, mit unnötigen Verbeugungen zuvor.“⁴⁵

Im Gefühl der Scham, das ihn nach Ende des zweiten Weltkrieges veranlaßte, über die Opposition gegen Hitler zu schreiben, war Prof. Rothfels sogar bereit, wenigstens in einigen Sätzen zuzugestehen, daß die Kommunisten in Deutschland die ersten und längere Zeit die einzigen waren, die der faschistischen Diktatur ernststen Widerstand entgegensetzten: „Die erste Partei, die gesetzlich verboten wurde, waren die Kommunisten. Sie sahen sich mit einem Schlage fast all ihrer Führer beraubt. Aber sie hatten den Vorzug einer Schulung in revolutionärer Technik und schufen so das Muster für die Organisation von Widerstandszellen . . . Neben ausgedehnten Maßnahmen zum Zweck der Geheimhaltung wurde großer Nachdruck auf Sabotage in Fabriken und auf Propaganda gelegt. Es besteht kein Zweifel, daß die Tätigkeit in beiden Richtungen erheblich war und daß viele Individuen Proben großer Entschlossenheit ablegten.

⁴⁵ Hans Rothfels: Die deutsche Opposition gegen Hitler. Eine Würdigung, Krefeld 1949, S. 45.

Die anderen, mehr oder weniger linksgerichteten Parteien, die sozialdemokratische, die demokratische und die Zentrumspartei, gaben sich für einige Zeit der Selbsttäuschung einer möglichen legalen politischen Opposition hin.¹⁶

Eine eingehende Untersuchung der Arbeit Prof. Rothfels' über die deutsche Opposition gegen Hitler, in der sogar der in Nürnberg angeklagte frühere Reichsbankpräsident Schacht und der deutsche Spionagechef Canaris als angebliche Hitlergegner figurieren, würde den Rahmen dieser Arbeit überschreiten. Das Buch von 1949, in dem Prof. Rothfels nicht umhin konnte, auch den Kampf der — inzwischen in Westdeutschland wieder verbotenen — Kommunistischen Partei gegen die Hitlerdiktatur anzuerkennen, blieb nicht sein letzter Beitrag zur Geschichtsschreibung. Wer sich freilich auf Grund der Arbeit über die deutsche Opposition der Illusion hingeben mochte, daß es ihm ernst war mit dem „Umlernen“, wird durch die späteren Publikationen Prof. Rothfels' von diesem Irrtum gründlich geheilt.

Im Jahre 1955 erschien in Tübingen ein Sammelband von Vorträgen an der Tübinger Universität unter dem Titel „Deutscher Osten und slawischer Westen“, herausgegeben von Hans Rothfels und Werner Markert, in dessen Vorwort die Herausgeber die „Überprüfung überkommener Vorstellungen“¹⁷ als Aufgabe proklamieren. In dem Beitrag von Eugen Lemberg über „Ostmitteleuropa im deutschen Geschichtsbewußtsein“ wird sogar zu einer „Revision“ des deutschen Geschichtsbildes aufgerufen¹⁸; worin aber diese „Revision“ eigentlich bestehen soll, bleibt unklar.

Eugen Lemberg geht davon aus, daß im Osten ein „sowjetisches Geschichtsbild“ entstanden sei, das eine „Überprüfung des deutschen bzw. abendländischen Geschichtsbildes“ erforderlich mache: „Hier im Osten nämlich wird allen den Abwandlungen, deren das abendländische Geschichtsbild bei den verschiedenen europäischen Völkern fähig ist, etwas völlig anderes, von Grund auf Entgegengesetztes, eine Antwort auf sie, eine Umkehrung ihrer Gesamtkonzeption entgegengestellt. Das bedeutet eine Herausforderung, entweder das eigene Geschichtsbild zu verteidigen, oder es gründlich zu überprüfen.“¹⁹

Das Geschichtsbild, das hier Eugen Lemberg irreführenderweise als „sowjetisches Geschichtsbild“ bezeichnet, ist dem, wozu „das abendländische Geschichtsbild fähig ist“, durchaus nicht etwas „Entgegengesetztes“, wie das in diesen Sätzen behauptet wird. Dieses Geschichtsbild hat nämlich seinen Ursprung in Deutschland und ist in der ganzen Welt unter den Bezeichnungen „Marxismus-Leninismus“ oder „dialektischer und historischer Materialismus“ gut bekannt. Wohl ist dieses „Geschichtsbild“ eine „Umkehrung ihrer Gesamtkonzeption“, nämlich der solcher Historiker wie

¹⁶ Ebenda, S. 59.

¹⁷ Deutscher Osten und slawischer Westen. Hrsg. von Hans Rothfels und Werner Markert, Tübingen 1955, Vorwort.

¹⁸ Vgl. ebenda, S. 111.

¹⁹ Ebenda, S. 112.

Hans Rothfels und Eugen Lemberg, die noch immer ein durch die wirkliche Geschichte verurteiltes Geschichtsbild, nämlich das des deutschen Imperialismus, verteidigen, aber dieses Geschichtsbild steht nicht im Widerspruch zum „Geschichtsbild“ der „europäischen Völker“. Im Gegenteil: die Geschichte der jüngsten Zeit lehrt, daß dieses Geschichtsbild, weil es adäquat den objektiven Verlauf der geschichtlichen Entwicklung widerspiegelt, bei einem immer größeren Teil der europäischen Völker Eingang findet; und diese Völker wissen dem deutschen Volke Dank dafür, daß aus seiner Mitte die Männer hervorgegangen sind, die die Grundlagen dieses Geschichtsbildes schufen: Marx und Engels.

Vor die Alternative gestellt, ihr Geschichtsbild zu verteidigen oder zu revidieren, haben sich die Herren Rothfels und Lemberg für „Verteidigung“ entschieden. Und so sehen wir sie in den letzten Jahren am Werk, das Geschichtsbild, das mit Hitler zusammengebrochen ist, zu erneuern, ein Versuch, der nach allen Erfahrungen der Geschichte nur mit einer neuen Katastrophe für die betroffenen Völker und für das deutsche Volk enden müßte, wenn sich nicht alle gesunden Gegenkräfte zur Abwehr einer solchen Absicht vereinigen.

Die von Rothfels und Markert herausgegebene Vortragsreihe „Deutsche Osten und slawischer Westen“ ist keine Überprüfung, sondern die Wiederholung all der verhängnisvollen Thesen, die Herr Rothfels schon in der Hitlerzeit in seinem Buch „Ostraum, Preußentum und Reichsgedanke“ vertrat. Hier wie dort werden die großen Gebiete, die im Osten an Deutschland grenzen, als „Kolonialraum“²⁰ bezeichnet, wird offen ihre Angliederung an Deutschland gefordert: „In der Tat ist das soziale und kulturelle Gesamtbild des Raums von Reval bis Hermannstadt (gemeint ist Sibiu in der Volksrepublik Rumänien – P. R.), seine Eingliederung in die abendländische Gemeinschaft in erheblichem Maße durch deutsche Lebensformen bestimmt worden, wie diese denn an beiden Flanken in Außenpositionen von mehr als 700jähriger Dauer, im Baltenland und in Siebenbürgen, sich besonders charakteristisch ausgeprägt haben. In der Durchsetzung mit einem deutsch-kolonisatorischen Element, teils dichter, teils lockerer, aber überall vorhanden, spricht sich bis in unsere Tage die Einheit Ost-Mittel-Europas historisch bedeutsam und sinnfällig aus.“²¹

Hier wird mit aller wünschenswerten Deutlichkeit gesagt, was geplant ist. Das Spiel, das schon Wilhelm II. und nach ihm Hitler spielte, das in unserer Generation zwei furchtbare Weltkriege auslöste, soll nochmal aufgeführt werden. Wieder sollen die Überreste der früheren deutschen Minderheiten in den östlichen Ländern und die in Westdeutschland lebenden Umsiedler als Sturmbock dienen, um die Völker, die sich im zweiten Weltkrieg von der Unterjochung des deutschen Imperialismus befreit neuerlich zu unterwerfen und das Gebiet, das in der heutigen westdeutschen Terminologie als „Ost-Mittel-Europa“ bezeichnet wird, in eine

²⁰ Ebenda, S. 3.

²¹ Ebenda, S. 2.

Kolonialraum zu verwandeln. Im Lichte dieser Ausführungen kann man die Bedeutung der Potsdamer Entscheidung würdigen, die durch die Umsiedlung der in der Tschechoslowakei und Polen lebenden Deutschen die Gefahr ihres künftigen Mißbrauchs für solche imperialistischen Pläne wesentlich herabminderte.

Nicht ein Jota hat Prof. Rothfels an seiner alten These geändert, die den Völkern des Raumes, den er zu Mitteleuropa rechnet, das Selbstbestimmungsrecht bestreitet. In einem Vortrag über die Revolution von 1848 spricht er neuerlich von der „Unanwendbarkeit sowohl des ethnischen wie des politischen Nationalbegriffes als einer für Mittel- und Ost-Mittel-Europa exklusiv gültigen Form.“²² Nach seiner Behauptung ist dieser Begriff „mit den geschichtlichen Strukturen unverträglich“.²³ Mit anderen Worten: weil die deutschen Machthaber 700 Jahre hindurch fremde Völker „kolonisierten“ und ihrer Freiheit beraubten, soll das in alle Ewigkeit so bleiben. Das ist der kurze Sinn der Reden von „geschichtlichen Strukturen“. Nur ist auch hier die wirkliche Geschichte einen anderen Weg gegangen, als den, den die Verteidiger des deutschen Imperialismus erwünschten. Ob es ihnen gefällt oder nicht: im Ergebnis des zweiten Weltkrieges, der mit dem Sieg der Sowjetunion über den deutschen Faschismus endete, haben die früher unterdrückten Völker ihr Selbstbestimmungsrecht ausgeübt. In weiten Gebieten, die früher zur österreichisch-ungarischen Monarchie gehörten und die Herr Rothfels noch heute als „Ostmitteleuropa“ für den deutschen Imperialismus reklamiert, haben die Völker in Ausübung ihres Selbstbestimmungsrechtes nach 1945 eine neue volksdemokratische Ordnung aufgerichtet und sind daran gegangen, die sozialistische Gesellschaftsordnung aufzubauen. In manchen dieser Länder, vor allem auch in der Tschechoslowakei, ist der Aufbau der Grundlagen des Sozialismus bereits vollendete Tatsache. Diese Entwicklung rückgängig zu machen, liegt außerhalb der Möglichkeiten der deutschen Imperialisten.

Prof. Rothfels spart nicht mit Deklarationen, daß er und sein Kreis das frühere „deutsche Geschichtsbild“ revidiert hätten und beruft sich — als angeblichen Beweis seiner Hitlergegnerschaft — auf sein Buch über die deutsche Opposition. Das Buch über die antifaschistische deutsche Opposition erschien jedoch, als Hitler schon ein toter Mann war; vor Tische las man es anders. Und selbst bei dem besten Willen, an eine Gesinnungsänderung von Herrn Rothfels zu glauben, bleibt es auch nach seinem Auftreten auf dem Internationalen Historiker-Kongreß in Stockholm 1960 unklar, worin denn eigentlich die von ihm durchgeführte „Revision“ seines früheren Geschichtsbildes bestehen soll. In seinem Stockholmer Beitrag über die nationale Problematik Osteuropas verband Herr Rothfels die Verurteilung der Hitlerschen Aggression — die nach dem Zusammenbruch des faschistischen Regimes sehr billig ist — mit Behauptungen, daß die heutige staatliche Ordnung in Mitteleuropa, die die Völker gegen eine

²² Ebenda, S. 6/7.

²³ Ebenda, S. 7.

Wiederholung der deutschen Aggression sichert, angeblich nur eine „Umkehrung“ der von Hitler verübten Ungerechtigkeiten sei. In einem solchen Zusammenhang wird die Verurteilung des Hitlerregimes zur leeren Phrase, das einzig Reale ist der Wunsch, die heutige staatliche Ordnung und die heutigen Grenzen im Interesse des deutschen Imperialismus zu revidieren.

Gewiß, auf jenen unverhüllten Nationalismus, dessen sich der Hitlerfaschismus einst bediente, setzt Herr Rothfels heute nicht mehr. Er ist – wie viele seiner Freunde – „mit der Zeit gegangen“ und bedient sich zur Tarnung seiner dem Wesen nach unveränderten expansionistischen Konzeption heute geschickt der Europa-Ideologie, der Schlagworte von der „europäischen Integration“. Aber möge Herr Prof. Rothfels dabei nicht vergessen, daß der Löwe der Großmutter Borchardt bei seinem Marsch nach Osten bereits Kopf und Pranken verloren hat! Möge er nicht übersehen, daß heute in der Deutschen Demokratischen Republik ein sozialistischer Staat auf deutschem Boden besteht, der allen selbstmörderischen Sprüngen des deutschen Imperialismus nach dem Osten Einhalt gebietet! Über die Felddiensttauglichkeit der dann noch verbleibenden Überreste des Löwenleibs wollen wir mit ihm nicht streiten.

Die tschechoslowakischen Historiker sind natürlich weit davon entfernt, das Geschichtsbild, das Prof. Rothfels als „deutsches Geschichtsbild“ ausgibt – in Wirklichkeit ist es das Geschichtsbild des in zwei Weltkriegen geschlagenen deutschen Imperialismus – mit dem tatsächlichen deutschen Geschichtsbild oder gar mit dem geschichtlichen Denken des deutschen Volkes zu identifizieren. Die überwiegende Mehrheit der tschechoslowakischen Historiker hat aus dem wahren Bild der deutschen Geschichte gelernt, das Marx und Engels in ihren Schriften gaben und an dem die heutigen marxistischen deutschen Historiker weiter arbeiten. Sie schätzen auch ein anderes deutsches Geschichtsbild: das Geschichtsbild des deutschen Humanisten Herder, der nicht wenig geleistet hat für die Entwicklung neuer, freundschaftlicher Beziehungen zwischen dem tschechoslowakischen und deutschen Volk.

Beurteilt man das Geschichtsbild des Kreises, der sich um Prof. Rothfels gruppiert, kann man nicht umhin festzustellen, daß es in jeder Beziehung den Bruch mit den humanistischen Traditionen bedeutet, die alle Freunde des deutschen Volkes im Ausland mit den Namen von Herder und Goethe, Marx und Engels verknüpfen. Diese Freunde eines humanistischen Deutschlands sind froh darüber, daß solche Namen wie der Herders in Deutschland auch weiter eine solche Popularität genießen, so daß selbst erbitterte Gegner seiner Auffassungen, wie Prof. Rothfels, gezwungen sind, gelegentlich seinen Namen lobend zu erwähnen. Ja, sie gehen sogar so weit, daß sie den Forschungsrat, der an der Spitze der revanchistischen „Ostforschung“ steht, durch den verehrten Namen J. G. Herders tarnen. In Wirklichkeit sind sie jedoch Feinde der von Herder vertretenen Auffassung über das Verhältnis von Slawen und Deutschen. Ein Beispiel dafür bietet der bereits zitierte Artikel von Eugen Lemberg, der sich über das Geschichtsbild Herders in folgender Weise äußert: „So hat sich unter Her-

ders entdeckendem Auge das Geschichtsbild der Deutschen von Grund auf gewandelt und wesentlich bereichert . . .

Die Kehrseite dieser Betrachtungsweise ist freilich eine völlige Verken-
nung der politischen Leistungen in Ostmitteleuropa, des wahren Charak-
ters der deutschen Ostkolonisation und jene völlige Ablehnung der Lei-
stung des deutschen Ordens, die von Herder aus nur zum Teil in das
deutsche, mehr in das slawische Geschichtsbewußtsein eingegangen ist.²⁴

Diese Diffamierung Herders hat ihren Grund darin, daß Herder als erster
Deutscher die wirklichen geschichtlichen Ursachen der deutschen Ost-
kolonisation, die immer durch Reden von der Verbreitung des Christen-
tums, der „deutschen Kultur“ usw. getarnt wurden, enthüllte. In dem oft
zitierten Slawenkapitel der Herderschen „Ideen zur Philosophie der Ge-
schichte der Menschheit“ wird der „Drang nach Osten“, der schon die deut-
schen Feudalherren des Mittelalters kennzeichnete, nach Verdienst ver-
urteilt: „Schon unter Karl dem Großen gingen jene Unterdrückungskriege
an, die offenbar *Handelsvorteile zur Ursache* (Hervorhebung von mir —
P. R.) hatten, ob sie gleich die christliche Religion zum Vorwande gebrauch-
ten; denn den heldenmäßigen Franken mußte es freilich bequem sein,
eine fleißige, den Landbau und Handel treibende Nation als Knechte zu
behandeln, statt selbst diese Künste zu lernen und zu treiben. Was die
Franken angefangen hatten, vollführten die Sachsen; in ganzen Provinzen
wurden die Slawen ausgerottet oder zu Leibeigenen gemacht und ihre
Ländereien unter Bischöfe und Edelleute verteilt.“²⁵

Es sind diese Herderschen Feststellungen, gegen die sich die Polemik
der heutigen westdeutschen „Ostforscher“ konzentriert. Das geht eindeutig
aus dem Artikel des damals Breslauer Professors Ernst Birke „Herder und
die Slawen“ hervor, der in eine Ablehnung der Herderschen humanistischen
Geschichtskonzeption ausmündet: „Worauf es hier jedoch über solchen
Einzelfäden ankommt, ist die Feststellung, wie sehr Herders politisch ganz
harmlose Lehren inzwischen, also von 1809 bis 1836/40 etwa, zu einer
ungeahnten Waffe gegen die deutsche Stellung in Ostmitteleuropa gewor-
den waren . . . Wozu bedurfte man dann dieser deutschen Kulturpioniere
im slawischen Osten, der ohne sie gut ausgekommen war und der nach
Palackýs Meinung durch ihr Dazwischentreten sogar seine brüderliche
Verfassung gegen den von ihnen mitgebrachten verderblichen Feudalismus
eintauschte und damit sogar einen Rückschritt erlebte?“²⁶

Die Frage, die Ernst Birke hier stellt, ist in der Tat die Kardinalfrage.
Jawohl, wozu brauchte man die sogenannten deutschen „Kulturpioniere“?
Und vor allem: wozu braucht man sie heute, diese „Pioniere“, die allein
in der Tschechoslowakei im Laufe der faschistischen Besetzung 400 000
Menschen ermordeten, darunter die Blüte der tschechischen Intelligenz,

²⁴ Ebenda, S. 117.

²⁵ Johann Gottfried Herder: Ideen zur Philosophie der Geschichte. In: Ideen zur
Philosophie der Geschichte der Menschheit, Riga und Leipzig 1791, Teil 4, S. 34.

²⁶ Ernst Birke: Herder und die Slawen. In: Schicksalswege deutscher Vergangen-
heit, Düsseldorf 1950, S. 90.

weltbekannte Menschen wie Julius Fučík, Vladislav Vančura, Josef Čapek ganze Dörfer, wie Lidice und Ležáky, dem Erdboden gleichmachten? Sie sind unerwünscht, diese „Pioniere“, und die von ihnen befreiten Völker werden darüber wachen, daß sie niemals wiederkehren. Genau so, wie es der große deutsche Humanist Herder gemeint hat, der durch sein mutiges Auftreten schon im 18. Jahrhundert die Grundlagen für neue, freundschaftliche Beziehungen zwischen dem deutschen Volk und den slawischen Völkern schuf.

Eine Frage, die von Prof. Rothfels und seinen Gesinnungsfreunden in die Diskussion geworfen wird, ist die Frage nach dem Schicksal der Deutschen, die 1945 auf Grund der bekannten Beschlüsse der Potsdamer Konferenz aus der Tschechoslowakei und Polen umgesiedelt wurden. Diese Frage wird auch von vielen anderen Historikern und Nichthistorikern in Westdeutschland ständig von neuem aufgeworfen. Es wurde schon vorher darauf hingewiesen, daß es den Fragestellern nicht um das Schicksal dieser Menschen geht. In der Deutschen Demokratischen Republik gibt es schon längst kein Umsiedlerproblem mehr; alle damaligen Umsiedler haben hier eine neue Heimat gefunden, in der sie nutzvoll ihre Kräfte für den Aufbau eines neuen, sozialistischen Lebens entfalten können. Nur in Westdeutschland stößt ihre Eingliederung auf Schwierigkeiten, werden diese Menschen durch irrealen Versprechungen einer Rückkehr in die frühere Heimat immer wieder aufgepuscht, obwohl es klar sein muß, daß das nur auf dem Weg des Krieges zu erreichen wäre — eines Krieges wofür? Für die in zwei Weltkriegen zusammengebrochene „Konzeption“ der östlichen „Kolonisation“, sprich: imperialistischen Unterdrückungspolitik, die auch im Wiederholungsfalle nur mit einer Katastrophe für die Urheber enden könnte.

Die westdeutschen Historiker, die solche Pläne schmieden, machen noch immer mit untauglichen Mitteln den Versuch, die Verantwortung für die Aussiedlung der deutschen Minderheiten aus der Tschechoslowakei und Polen am Ende des zweiten Weltkrieges auf das tschechische und polnische Volk abzuwälzen. Es ist deshalb nicht überflüssig, hier einige Tatsachen in Erinnerung zu rufen, die die Verantwortung des deutschen Imperialismus für das Schicksal von Millionen Deutschen beweisen.

Die Kommunistische Partei der Tschechoslowakei, die heute die führende Partei im Staate ist, hat alles getan, was in ihren Kräften stand, um die deutsche Minderheit vor dem Schicksal, das ihr Hitler und sein Spießgesell Henlein bereiteten, zu bewahren. Der Autor dieser Zeilen hatte die Ehre, in der Zeit großer geschichtlicher Entscheidungen zwischen 1933 und 1938 an der deutschsprachigen Zeitung der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei, der Prager „Roten Fahne“, mitzuarbeiten und insbesondere den historischen Teil dieser Zeitung zu betreuen. Wieviele Artikel und Broschüren wurden doch damals geschrieben, um den von Henlein irreführend geführten Menschen nachzuweisen, daß die Politik Hitlers zum Krieg führe und daß dieser Krieg insbesondere für die deutsche Minderheit in der Tschechoslowakei einer verheerenden Katastrophe gleichkomme! De

Autor erinnert sich noch lebhaft an eine Versammlung, in der der Führer der Partei, Klement Gottwald, zu deutschen Menschen sprach. Auf die Frage eines Sammlungsteilnehmers, wie die Kommunistische Partei zum Grundsatz des Selbstbestimmungsrechts der Nationen stehe, erwiderte Klement Gottwald, daß die Partei dieses Recht als Grundsatz stets anerkannt habe und anerkenne. Wenn aber eine nationale Gruppe dieses Recht in einer solchen Weise anwenden wolle, die ihren eigenen Interessen widerspreche, habe die Kommunistische Partei die Pflicht zu warnen, genau so, wie es Pflicht sei, einen Menschen, der in selbstmörderischer Absicht aus dem Fenster springen wolle, an den Beinen zu packen und dadurch an der Ausführung seines Vorhabens zu hindern. Es war nicht die Schuld der Kommunistischen Partei, daß die große Mehrheit der Sudetendeutschen diese ernststen Warnungen in den Wind schlug.

Wie blind die Mehrheit dieser Menschen in die Fallstricke ging, die ihnen die faschistischen Machthaber legten, dafür kann man einen unverdächtigen Zeugen anführen: den westdeutschen Historiker Emil Franzel, der in einer in extrem tschechenfeindlichem Geist geschriebenen „Sudetendeutschen Geschichte“ davon berichtet, mit welchen Gefühlen die Mehrheit der Sudetendeutschen 1938 das brutale Diktat von München aufnahm, durch das die Tschechen und Slowaken ihrer nationalen Freiheit beraubt wurden: „Die Freude der Sudetendeutschen über die Befreiung von der Fremdherrschaft wurde verstärkt durch das Gefühl der Erleichterung darüber, daß man ohne Krieg davongekommen war. Auch jene Deutschen, die dem Anschluß an das Hitlerreich nicht ohne Bangen entgegensehen, atmeten auf, als in der Nacht zum 30. September die Friedensbotschaft durch die Welt ging; niemand hatte das Gefühl, daß den Tschechen damit ein Unrecht geschehe . . . Niemand dachte in jenem Herbst daran, daß man ein Jahr später in einen furchtbaren Krieg ziehen und daß auch die Sudetendeutschen die Befreiung und den wirtschaftlichen Aufstieg mit einem Übermaß von Blut und Tränen bezahlen würden.“²⁷

So verblindet waren nach dem Eingeständnis von Franzel, der zu ihnen gehörte, diese Menschen, daß sie das Münchener Diktat, das ein entscheidender Schritt auf dem Weg in den zweiten Weltkrieg war, als „Friedensbotschaft“ aufnahmen und es auch 1938 noch nicht wahrhaben wollten, daß Hitler und Henlein sie an den Rand einer verheerenden Katastrophe brachten. Was konnten die Kommunisten, deren beste Vertreter in Konzentrationslager geworfen wurden, mehr tun, als unausgesetzt warnen? Noch in der Zeit nach Kriegsausbruch erklärten sie in illegalen Flugblättern und im illegalen „Sudetendeutschen Freiheitssender“, daß der einzige Weg, eine nationale Katastrophe zu vermeiden, darin bestehe, sich mit den Tschechen im Kampf für den Sturz der Hitlerdiktatur zu vereinigen. Diese deutschen Kommunisten, linken Sozialdemokraten und vereinzelte bürgerliche Demokraten blieben jedoch die einzigen, die auch in der Zeit der Okkupation den Freiheitskampf des tschechischen und slowakischen Volkes unterstützten. Bei den letzten legalen Wahlen in der

²⁷ Emil Franzel: *Sudetendeutsche Geschichte*, Augsburg 1958, S. 398 ff.

Tschechoslowakei erhielten sie aber nicht mehr als 10 % der deutschen Stimmen.

Kann man es dem tschechischen und slowakischen Volk verargen, daß sie aus der Haltung der überwiegenden Mehrheit der Sudetendeutschen in der Zeit von München und während des Krieges Schlußfolgerungen zogen? Sie waren eine notwendige Sicherung gegen die mögliche Wiederholung dessen, was in der Zeit von München geschehen war. Die Kommunistische Partei der Tschechoslowakei hat selbst nach Kriegsausbruch je nach Auffassung abgelehnt, die die notwendig gewordene Umsiedlung eines großen Teils der deutschen Bevölkerung als Akt der Rache ansah. Ihre Vertreter verhandelten mit dem damaligen Staatspräsidenten Beneš bei seinem Besuch in Moskau im Dezember 1943 auch über das Umsiedlungsproblem und setzten ihren Standpunkt durch, daß diese Frage nach der Befreiung „auf der antifaschistischen und antinazistischen Linie“²⁸ gelöst werden solle.

Wer sind also die Schuldigen für das Schicksal der Umsiedler? Sind sie in der Tschechoslowakei zu finden, in der die Kommunistische Partei alles getan hat, was sie konnte, die deutsche Minderheit vor einer Katastrophe zu bewahren? Wäre es nicht eine dankbare Aufgabe für Historiker in Westdeutschland, in dem Personenkreis der früher führenden deutschen Politiker in der Tschechoslowakei Umschau zu halten und dort diejenigen zu suchen, die im Jahre 1938 diese irregeleitete Bevölkerung in der Absicht bestärkten, daß der Anschluß der tschechoslowakischen Randgebiete an Deutschland für sie nationale Befreiung und wirtschaftlichen Wohlstand bedeute?

Es ist uns bisher leider nicht bekannt geworden, ob es in Westdeutschland Historiker gibt, die sich mit dieser Frage ernsthaft beschäftigen. Aber eines muß gesagt werden: alle Vorstellungen, daß die Entscheidung, die 1945 durch die Niederlage des deutschen Faschismus herbeigeführt wurden, provisorischen Charakter tragen, sind auf Illusionen aufgebaut und müssen diejenigen, die solchen Illusionen erliegen, zu neuen Enttäuschungen führen.

Prof. Hans Rothfels liebt es, ein Bismarck-Wort zu zitieren, daß auf die gegenwärtigen Entwicklungen in Europa paßt wie kein zweites: „Die geschichtliche Logik ist noch genauer als unsere Oberrechnungskammer.“²⁹

Jawohl: die zweimalige Niederlage des deutschen Imperialismus im Weltkrieg, die er entfesselte — darin steckt die geschichtliche Logik. Und darin, daß die Völker Osteuropas, denen die deutschen Imperialisten das Recht auf nationale Selbstbestimmung abstritten, sich dieses Recht dennoch erkämpften und, gestützt auf dieses Recht, heute in den Ländern, die manche westdeutschen Historiker noch immer als „Kolonialraum“ des deutschen Imperialismus betrachten, eine sozialistische Ordnung aufzubauen mit Hilfe der Sowjetunion, die ihnen die Befreiung brachte. D

²⁸ Klement Gottwald: Werke, Bd. 11, Prag 1955, S. 271 (tschech.).

²⁹ Hans Rothfels: Zeitgeschichtliche Betrachtungen, Göttingen 1959, S. 248.

Geschichte richtet sich nicht nach subjektiven Wünschen einzelner Historiker, die unfähig sind, die geschichtliche Logik zu begreifen, obwohl sie Zeit genug hatten, über diese Logik nachzudenken. Die geschichtliche Logik ist deshalb genau, weil sie einer objektiven Gesetzmäßigkeit entspricht, die nicht ausgeklügelt, sondern nur auf Grund der Untersuchung der wirklichen Entwicklung entdeckt werden kann. Alle fortschrittlichen Historiker sind darum bestrebt, in das Verständnis dieser Gesetzmäßigkeit immer tiefer einzudringen. Nur dann wird die Geschichte als Wissenschaft der Erforschung der Wahrheit dienen.

Aus dem Kampf deutscher und französischer Sozialisten gegen Militarismus und Kriegsprovokationen in den Jahren 1886/87

In Deutschland — wie auch in anderen europäischen Ländern — stand im 19. Jahrhundert die Schaffung eines bürgerlich-demokratischen Nationalstaates auf der Tagesordnung der Geschichte. Diese nationale Hauptaufgabe konnte nur erfüllt werden durch den revolutionären Sturz des Feudalabsolutismus und die restlose Zerschlagung der Machtpositionen der feudalen Kräfte, insbesondere die Zertrümmerung Preußens, das zu Bollwerk der feudalbürokratischen und militaristischen Reaktion Deutschlands geworden war.

Historisch berufen, die nationale Einheit Deutschlands herzustellen, war ursprünglich die Bourgeoisie. Nach ihrem schmachvollen Verrat in der 48er Revolution und ihrem endgültigen Versagen während der revolutionären Krise zu Beginn der sechziger Jahre stand jedoch fest, daß allein eine breite demokratische Massenbewegung unter Führung der Arbeiterklasse und ihrer marxistischen Vorhut die nationale Frage in demokratischer Form lösen konnte. An dieser historischen Aufgabenstellung änderte auch die sogenannte Reichseinigung nichts, da durch sie die nationale Grundfrage weder vollständig noch endgültig gelöst wurde. Es änderte sich lediglich der Kampfboden und — in bedingtem Maße — das Kräfteverhältnis der Klassen; der Kampf für eine den Bedürfnissen der Nation entsprechende demokratische Gestaltung des Nationalstaats blieb jedoch nach wie vor auf der Tagesordnung, ja, mit dem allmählichen Übergang zum Imperialismus gewann er zusehends an Bedeutung.

Es ist das bleibende nationale Verdienst der unter Führung von Marx und Engels, Bebel und Liebknecht stehenden sozialistischen deutschen Arbeiterbewegung, daß sie diesen Kampf ohne Zaudern sofort nach 1871 fortsetzte. Dabei bemühten sich die deutschen Sozialisten mit wachsendem Erfolg, den Kampf gegen den Hauptfeind, den preußischen Militarismus, auf *allen* Gebieten des gesellschaftlichen Lebens, auf politischem, ökonomischem und ideologischem Gebiet, zu führen. Nur so konnte unter ihrer Führung jene alle demokratischen Kräfte umfassende breite Volksbewegung vorbereitet werden, die allein in der Lage war, den preußischen Militarismus, den Todfeind der Nation, zu bändigen und zu zerschlagen.

Die nachfolgenden Ausführungen haben die Aufgabe, am Beispiel der deutsch-französischen Krise Ende 1886/Anfang 1887 zu zeigen, wie die deutschen Sozialdemokraten, eng verbunden mit ihren französischen KL

brüdern, gegen eine für den Bestand der Nation besonders gefährliche Ausdrucksform des preußisch-deutschen Militarismus, seine nach außen gerichtete Unterdrückungsfunktion, seinen Expansionsdrang, gekämpft haben. Der Aufsatz stützt sich in seinen westenlichen Aussagen auf einen vom Verfasser auf dem XI. Internationalen Historiker-Kongreß in Stockholm in der Arbeitsgruppe „Neueste Zeit“ gehaltenen Diskussionsbeitrag. Wie auf jenem Kongreß von tonangebenden Vertretern der imperialistischen Geschichtsschreibung, vor allem westdeutschen Historikern, vortragenden Auffassungen über die Geschichte Deutschlands und der deutschen Arbeiterbewegung bezeugten erneut, daß sich die offizielle westdeutsche Historiographie – ohne jede Rücksicht auf die historische Wahrheit – in allen Grundfragen unserer Geschichte einer bedingungslosen Apologetik des deutschen Militarismus und Imperialismus verschrieben hat. Das gilt in besonderem Maße auch hinsichtlich des Problems Sozialismus – Frieden, das aufs engste mit dem hier behandelten Thema zusammenhängt.

Nur ein Ignorant oder – wie wir vielfach annehmen müssen – bewußter Verfälscher der theoretischen Grundsätze und praktischen Politik der marxistischen deutschen Arbeiterbewegung kann sich, wie das in Stockholm von Erwin Hoelzle, Hans Rothfels und ihren Adepten geschah, zu der Behauptung versteigen, die Marxisten betrachteten – seit den Tagen von Marx und Engels – das durch einen Krieg zwischen den Völkern hervorgerufene politische und soziale Chaos als unabdingbare Voraussetzung der sozialistischen Revolution. Im Interesse der proletarischen Revolution ließen ihnen daher an blutigen internationalen Konflikten gelegen. Diese innere Lüge, die tausendfach durch die Schriften, Reden und Briefe Marx' und Engels' und millionenfach durch das Handeln der marxistisch gesinnten deutschen Arbeiter widerlegt wird, verfolgt natürlich höchst durchsichtige Zwecke: Sie soll den Marxismus und den in marxistischem Geiste geführten jahrzehntelangen Befreiungskampf der deutschen Arbeiterklasse, der mit dem Kampf für den Frieden, für freundschaftliche, gleichberechtigte, ja, brüderliche Beziehungen zwischen den Völkern untrennbar verbunden ist, vor den Volksmassen diffamieren. Sie soll damit die Friedenskräfte spalten und zersplittern, die wahren Nutznießer und Einsatzer des Krieges – militaristische Junker und Monopolbourgeois – ernennen und durch sich wissenschaftlich gebärdende Falschmünzerei heute die Vorbereitung eines neuen Krieges, der zur nationalen Katastrophe würde, historisch „rechtfertigen“.

Gegenüber diesen gefährlichen Bemühungen der NATO-Ideologen in der westdeutschen Historiographie ist es die Aufgabe aller fortschrittlichen deutschen Historiker, das Bild unserer nationalen Vergangenheit von allen Entstellungen militaristischen und imperialistischen Ungeistes zu reinigen. Den verhängnisvollen Traditionen des deutschen Militarismus und Imperialismus stellen wir die von den Besten unseres Volkes „stets gezeugten und weiterentwickelten Traditionen echten Humanismus, der Menschenliebe und Völkerfreundschaft, ... der Achtung vor der Menschen-

würde, vor der Kultur und Leistung eines jeden anderen Volkes“¹ entgegen. Dazu gehört vor allem der jahrhundertlange unermüdliche und opferreiche Kampf der deutschen Arbeiterklasse für den Frieden und demokratisches, friedliebendes Deutschland. Dazu gehört auch, den Kampf der revolutionären deutschen Arbeiterbewegung gegen den preußischen deutschen Militarismus, seinen Chauvinismus und seine Kriegsprovokationen in den verschiedenen Etappen der Entwicklung zu untersuchen und lebendig zu machen. Zu dieser großen und schönen, noch bei weitem nicht erschöpften Aufgabe will auch – bei aller Begrenztheit des Themas – der nachfolgende Aufsatz beitragen.

Bekanntlich kam es um die Jahreswende 1886/87 zu einer akuten Verschlechterung der deutsch-französischen Beziehungen, die beide Völker am Rand eines Krieges führte. Worum ging es? Was waren die Ursachen für die akute Kriegsgefahr? Welche gesellschaftlichen Kräfte waren einem deutsch-französischen Krieg interessiert?

Um diese Fragen richtig beantworten zu können, müssen wir ganz kurz die damalige innenpolitische Situation in Deutschland kennzeichnen.

Das trotz Ausnahmegesetz und aller staatssozialistischen Demagogie unaufhörliche Erstarken der revolutionären Arbeiterbewegung führte Mitte der achtziger Jahre dazu, daß sich Bismarck ernsthaft mit Staatsstreichplänen trug.² Der mit Sicherheit in naher Zukunft zu erwartende Tod Wilhelms I. ließ ihn nach Wegen suchen, sein bonapartistisches Herrschaftssystem einschließlich seiner eigenen Machtstellung unter allen Umständen zu sichern und gegen eventuelle politische Erschütterungen und den Thronwechsel zu schützen. Auf diesen Umstand wies Friedrich Engels in zahlreichen Briefen an die deutschen Arbeiterführer hin.³ Insbesondere richtete sich Bismarcks Angriff gegen das allgemeine, gleiche und geheime Wahlrecht, das wichtigste demokratische Grundrecht in der Verfassung. Sollte sich der Plan, dieses demokratische Grundrecht zu beseitigen, verwirklichen lassen, so wollte er sich zumindest den Reichstag völlig gefügig machen und dessen Machtbefugnisse weiter einschränken. Neben zufällig kam aus den Kreisen der herrschenden Klassen deshalb damals der Vorschlag, die Legislaturperiode des Reichstags von drei auf fünf Jahre zu verlängern, wodurch die Abgeordneten der Kontrolle durch die Wähler noch mehr entzogen werden sollten.

Bismarcks Staatsstreichpläne wurden dadurch begünstigt, daß sich der Grundlage der gemeinsamen Schutzzollpolitik Nationalliberale

¹ Erklärung des Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, Walter Ulbricht, vor dem Diplomatischen Korps am 26. September 1960. In: Neues Deutschland (B), 27. September 1960.

² Vgl. Johannes Ziekursch: Politische Geschichte des neuen deutschen Kaiserreiches, Zweiter Bd.: Das Zeitalter Bismarcks (1871–1890), Frankfurt/M. 1927, S. 375, 394–395.

³ Vgl. Engels an Bebel, 13./14. September, 23.–25. Oktober 1886. In: Friedrich Engels: Briefe an Bebel, Dietz Verlag, Berlin 1958, S. 140, 146. – Engels an Kautsky, 20. August 1886. In: Karl Marx/Friedrich Engels: Briefe an A. Bebel, W. Liebknecht K. Kautsky u. a., Teil I, 1870–1886, Moskau–Leningrad 1933, S. 464.

conservative damals so weit genähert hatten, daß sie in allen wichtigen Fragen eine für Bismarck verlässliche politische Stütze darstellten. Diese Tatsache sowie die zunehmende, durch den heraufziehenden Imperialismus bewirkte Verschärfung der Klassengegensätze im Innern und der internationalen Widersprüche führten auch dazu, daß der aggressive deutsche Militarismus wieder stärker in Erscheinung trat. Das zeigte sich nicht nur in der in jenen Jahren ja beginnenden kolonialen Expansion Deutschlands, sondern auch in der von Bismarck gegenüber Frankreich betriebenen Politik.

Berücksichtigt man diese Umstände, so versteht man, warum nach der mehrjährigen „milden Praxis“ gegenüber der in die Illegalität getriebenen Sozialdemokratie 1886 wieder eine Zeit der verschärften Unterdrückungsmaßnahmen gegenüber der gesamten klassenbewußten Arbeiterbewegung einsetzte. Der Versuch, durch den berüchtigten Streikerlaß vom 11. April 1886 alle Streikbewegungen unter Strafe zu stellen, das Verbot vieler lange Zeit geduldeter gewerkschaftlicher Organisationen der Arbeiter, die Verurteilung Bebels, Auers und anderer führender Sozialdemokraten zu längeren Gefängnisstrafen waren die ersten Maßnahmen dieses erneuten Angriffs gegen die ohnehin äußerst kümmerlichen demokratischen Grundrechte aller Werktätigen.

Eine weitere Maßnahme bestand darin, das wichtigste Machtinstrument der Militaristen, die Armee, zu stärken, was selbstverständlich nur auf Kosten der Arbeiterklasse und aller anderen Werktätigen zu erreichen war. Ende November 1886 leitete Bismarck dem Reichstag eine Vorlage vor, die eine beträchtliche Erhöhung der Friedenspräsenzstärke des Heeres, und zwar zumindest für die Dauer von sieben Jahren, vorsah. Die finanziellen Mittel sollten faktisch durch indirekte Steuern aufgebracht werden. Es war klar, daß diese Vorlage von den Sozialdemokraten entschieden bekämpft werden würde, daß aber auch jene Parteien, die in starkem Maße die Interessen des Kleinbürgertums berücksichtigen mußten, wie Deutschfreisinnige und Zentrum, dem Gesetzentwurf nicht zustimmen würden. Aus diesem Grunde motivierte Bismarck den geplanten erneuten Streikerlaß an den werktätigen Massen mit den angeblich gefährdrohenden Rüstungen Frankreichs und inszenierte mit Hilfe der ihm hörigen Presse eine gegen Frankreich gerichtete chauvinistische Hetzkampagne.^{3a} Dabei kamen ihm allerdings gewisse Teile der französischen Bourgeoisie entgegen.

^{3a} Sehr aufschlußreich ist in diesem Zusammenhang ein Schreiben Bismarcks an den deutschen Botschafter in Paris, Grafen Münster, vom 4. Januar 1887, in dem er den Botschafter wegen seiner allzu friedfertigen Meldungen und Stimmungsberichte aus Paris heftig kritisiert und ihn vor die Alternative stellt, entweder seine bisherigen Berichte zu dementieren oder aber im Reichstag eine öffentliche Desavouierung hinnehmen. Graf Münster gab diesem massiven Druck sofort nach. (Vgl. Die Große Politik der Europäischen Kabinette 1871–1914. 6. Bd.: Kriegsgefahr in Ost und West. Ausklang der Bismarckzeit 1887–1890. Nr. 1241: Der Reichskanzler erst von Bismarck, z. Z. in Friedrichsruh, an den Botschafter in Paris Grafen Münster (Konzept), Berlin 1926, S. 163.)

Auch in Frankreich sah sich die herrschende Klasse vor eine sehr erstarkende sozialistische Arbeiterbewegung gestellt, deren marxistische Kräfte ihren Masseneinfluß von Jahr zu Jahr erweiterten. Die Furcht der revolutionären Arbeiterklasse und gewisse Fraktionskämpfe zwischen dem monarchistischen und dem republikanischen Flügel innerhalb der französischen Großbourgeoisie ließen Mitte der achtziger Jahre den Revisionismus starken Einfluß gewinnen. Die revanchistischen Kräfte sammelten sich um den damaligen Kriegsminister, General Boulanger.⁴

Wie eh und je griffen also die herrschenden Klassen – und zwar sowohl Deutschlands wie Frankreichs – zur chauvinistischen Hetze und spielten mit dem Feuer des Krieges, um von ihren innenpolitischen Schwierigkeiten abzulenken bzw. ihre volksfeindlichen innenpolitischen Pläne durchzusetzen zu können. Dabei verfolgten sie natürlich gleichzeitig konkrete außenpolitische Ziele. Für die herrschenden Klassen Deutschlands, die verarmten Junker und Großkapitalisten, ging es um die Sicherung des geraubten Elsaß-Lothringens, möglichst durch eine Politik der Drohung und unblutigen Provokationen, notfalls aber auch durch einen verbrecherischen Präventivkrieg zur völligen Unterwerfung des französischen Volkes. Für einen maßgeblichen Teil der französischen Großbourgeoisie und seinen Wortführer General Boulanger ging es demgegenüber um die Revision des Frankfurter „Friedens“-Vertrages von 1871, und zwar auf dem Weg des Krieges, jedoch beileibe nicht aus nationalen Beweggründen, sondern um auch die reichen Bodenschätze Elsaß-Lothringens in seinen Ausbeutungsbereich einzubeziehen. Der Konflikt war eine zwangsläufige Folge der gewalttätigen Annexion Elsaß-Lothringens durch Preußen-Deutschland, deren verhängnisvolle Folgen für das deutsche Volk Marx und Engels bereits 1870 vorausgesagt und gegen die die deutschen Marxisten mit Bebel und Liebknecht an der Spitze seitdem beharrlich gekämpft hatten.

Einen Höhepunkt erreichte diese den europäischen Frieden gefährdende Kampagne Bismarcks, als er am 11. Januar 1887 zur Begründung der Ministerialvorlage, der sogenannten Septennatsvorlage, im Reichstag das Wort ergriff. „In seiner Rede gab es zwei Hauptgedanken: Freundschaft mit Rußland und Feindschaft gegen Frankreich.“⁵ Frankreich habe, so erklärte er drohend, immer noch nicht auf Elsaß-Lothringen verzichtet, so daß Deutschland zu ständigen Rüstungen „gezwungen“ sei und die latente Gefahr eines Kriegsausbruchs bestehe, „ob in zehn Tagen oder in zehn Jahren, ... das hängt ganz ab von der Dauer der Regierung, die gerade

⁴ Vgl. hierzu vor allem die Ausführungen Friedrich Engels' in seinem Brief an Paul Lafargue vom 25. Oktober 1886 in: Friedrich Engels. Paul et Laura Lafargue. Correspondance, Bd. I (1868–1886), Paris 1956, S. 402.

⁵ Geschichte der Diplomatie. Zweiter Bd.: Die Diplomatie der Neuzeit (1872–1918), hrsg. vom W. P. Petjomkin, verfaßt von W. M. Chwostow und I. I. Minz, 2. Aufl., Berlin 1948, S. 113. Daß Bismarck in seiner Rede seine freundschaftlichen Gefühle gegenüber Rußland aus taktischen Gründen absichtlich übertrieb, bestätigte er selbst in einer am 24. Januar an die deutschen Höfe versandten Depesche, (Vgl. ebenda S. 115.)

Frankreich ist“⁶. Diese massive Kriegsdrohung, die von verschiedenen diplomatischen Manövern begleitet war, erhitzte die politische Atmosphäre noch mehr — was Bismarck natürlich bezweckte.^{6a} Dies um so mehr, als am 14. Januar 1887 die Mehrheit des Reichstags tatsächlich die Septennatsvorlage zu Fall brachte. Die Deutschfreisinnigen und das Zentrum hatten zwar einen Kompromißantrag nach dem anderen eingebracht, doch war der Druck ihrer demokratisch oder zumindest liberal gesinnten Wähler so stark, daß sie die Bewilligung der Regierungsvorlage und die daraus folgende erneute Preisgabe demokratischer Freiheiten nicht riskieren konnten.

Bismarck löste daraufhin den Reichstag auf und verkündete Neuwahlen für den 21. Februar. Diese Neuwahlen sollten ihm, so hoffte er, die Verwirklichung seiner Pläne bringen: eine ihm absolut gefügige Reichstagsmehrheit, mit deren Hilfe er nicht nur die Verstärkung der Armee durchführen, sondern auf allen Gebieten seine antidemokratische, militaristische Aggressionspolitik nach innen wie nach außen verwirklichen konnte. Dazu brauchte er durch panische Kriegsfurcht irritierte und politisch willenlos gemachte Wähler, die bedenkenlos seiner Demagogie verfielen und seine Politik unterstützten. Besonders den Massen der politisch unklaren und daher schwankenden Kleinbürger, Bauern oder Arbeiter sollte durch die chauvinistischen Hetztiraden gegen Frankreich weisgemacht werden, daß nur die „Ordnungsparteien“, d. h. die Deutschkonservativen, die Deutsche Reichspartei und die Nationalliberalen, die sich im sogenannten Kartell zusammengeschlossen hatten, Deutschland vor einer französischen Kriegserklärung und der nationalen Katastrophe retten könnten. Natürlich diente dieser aus dem „Reptilienfonds“ freigebig finanzierte Lügenfeldzug nur dem Zweck, die beschleunigte Aufrüstung Deutschlands zu sichern und den konsequentesten Gegner des preußisch-deutschen Militarismus, die Sozialdemokratie, zu schwächen. Die Drohung mit dem Überfall von außen und die dadurch „erzwungene“ Aufrüstung und Militarisierung des Lebens sollte den herrschenden Klassen über die innenpolitischen Schwierigkeiten hinweghelfen.

Während die „Ordnungsparteien“ die chauvinistische Pressekampagne der Regierung mit allen Kräften unterstützten, zeichnete sich in der schwankenden, kompromißbereiten Haltung des Zentrums und teilweise auch der Deutschfreisinnigen bereits die kommende Kapitulation dieser

⁶ Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Reichstags, VI. Legislaturperiode, IV. Session 1886/87, Erster Bd., Berlin 1887, S. 339.

^{6a} Rückblickend schrieb Engels am 12. März 1887 an Julie Bebel: „Während des ganzen Herbstes und Winters hat die russische und preußische Diplomatie daran gearbeitet, einen lokalisierten Krieg zustande zu bringen und einen europäischen zu vermeiden. Die Russen hätten gern Österreich allein, die Preußen gerne Frankreich allein zermalmt, während die anderen zuschuen sollten.“ (Friedrich Engels: Briefe an Bebel, S. 150.) In der Tat ist Bismarcks damalige russophile Diplomatie in erster Linie durch sein Bestreben zu erklären, einen Zweifrontenkrieg zu vermeiden und die Interessen des Zaren nach dem Balkan abzulenken. (Vgl. hierzu auch Geschichte der Diplomatie. Zweiter Bd.: Die Diplomatie der Neuzeit [1872–1919], S. 99–116.)

Parteien vor Bismarck ab.⁷ Einzig die deutsche Sozialdemokratie trat a grundsätzlichen Erwägungen dem Chauvinismus und den nationalistischen Wahllügen der herrschenden Klassen mutig entgegen. Getreu dem Prinzip des proletarischen Internationalismus bekämpfte sie mit aller Energie die schändliche Völkerverhetzung der preußischen Junker und rief die arbeitenden Massen auf, gegen die provokatorisch herbeigeführte Kriegsgefahr den Widerstand zu organisieren.

Friedrich Engels hatte in seinen Briefen an August Bebel und andere Parteiführer seit Mitte der achtziger Jahre mehrfach auf die drohende Kriegsgefahr hingewiesen und der Sozialdemokratie Ratschläge für ihr Kampf gegen die Kriegsvorbereitungen gegeben.^{7a} Mit allem Nachdruck betonte er, daß die Aufrechterhaltung des Friedens und eine möglichst lange friedliche Periode für die Entwicklung der sozialistischen Bewegung von höchstem Nutzen sei und die Arbeiterklasse deshalb im Interesse ihres Befreiungskampfes wie auch aus humanistischen Gründen jede Völkermorden entgegenzuwirken hätte. Vor allem sah er voraus und befürchtete, daß ein europäischer Krieg den Chauvinismus wieder entflammen und die sozialistische Bewegung in ganz Europa zeitweise zurückdrängen würde. Natürlich würde der europäische Krieg schließlich in die proletarische Revolution münden, „aber mit welchen Opfern!, mit welcher allgemeinen Abspannung und nach welchen vielen Wendungen!“⁸

In diesem Sinne, mit Aufbietung aller Kräfte die drohende Kriegsgefahr abzuwenden, handelte auch die deutsche Sozialdemokratie. Schon im Oktober 1886 – noch im Zusammenhang mit der bulgarischen Krise – hob das Zentralorgan der deutschen Partei, der unter zehntausenden deutscher Arbeiter verbreitete „Sozialdemokrat“, in einem Leitartikel „Kabinettspolitik und Völkerinteressen“ flammenden Protest gegen die „verruchte Kabinettspolitik“, die durch eine „wirklich nationale, d. h. die Interessen des deutschen Volkes dienende Politik“ abgelöst werden mußte. Wenige Tage später, am 6. November, erschien im Organ der französischen Sozialisten, „Le Socialiste“, Paris, ein Aufsatz aus der Feder Friedrich Engels¹⁰, der dann auch vom Züricher „Sozialdemokrat“ übernommen wurde.¹¹

⁷ Am Rande sei die höchst bezeichnende Tatsache vermerkt, daß der Papst bereits Anfang Januar 1887 den Führern des Zentrums die Weisung gegeben hatte, der Stimmzettensvorlage zuzustimmen. (Vgl. Paul Majunke: Geschichte des Kulturkampfes Preußen-Deutschland, Paderborn und Münster 1886, S. 579–584. – Ferner: Schultze: Europäischer Geschichtskalender. Neue Folge. Dritter Jg. 1887, Nördlingen 1888, S. bis 68.)

^{7a} Vgl. die Briefe Engels' an Bebel vom 17. November 1885, 13./14. September 1886, 23.–25. Oktober 1886. In: Friedrich Engels: Briefe an Bebel, S. 118–120, 138–143, 145–148.

⁸ Brief Engels' an Bebel vom 23.–25. Oktober 1886. Ebenda, S. 146.

⁹ Der Sozialdemokrat (Zürich), 28. Oktober 1886.

¹⁰ Der Aufsatz erschien unter dem Titel „Situation politique de l'Europe“ und abgedruckt in: Friedrich Engels. Paul et Laura Lafargue: Correspondance, 1868–1883, S. 424–430.

¹¹ Vgl. Der Sozialdemokrat, 12. November 1886.

Dem Aufsatz lag ein ausführlicher Brief von Engels an Paul Lafargue, den Schwiegersohn von Karl Marx und Führer der französischen Sozialisten, zugrunde, mit dem Engels in enger, freundschaftlicher Verbindung stand. In seinem Brief vom 25. Oktober bzw. in dem nur geringfügig geänderten Aufsatz gab Engels zunächst einen Abriß der Beziehungen der europäischen Großmächte seit dem Berliner Kongreß von 1878, wobei er besonders die verschiedenen Interessen auf dem Balkan und die Situation in Rußland kennzeichnete. Nach einer Analyse der internationalen Beziehungen und der diplomatischen Manöver Deutschlands, Rußlands und Frankreichs kam er dann zu der Feststellung: „In Frankreich, in Rußland und in Deutschland entwickeln sich die Dinge so vortrefflich zu unseren Gunsten, daß wir für den Moment nur die Fortdauer des gegenwärtigen Standes der Dinge wünschen können. Bricht die Revolution in Rußland aus, so schafft sie eine überaus günstige Gesamtsituation. Ein allgemeiner Krieg würde uns dagegen ins Ungewisse stürzen.“¹²

Doch Engels blieb bei dieser wichtigen Schlußfolgerung nicht stehen. Er erläuterte seinen Lesern gleichzeitig die Hintergründe des Kriegsgeschreies und der akuten Kriegsvorbereitungen ihrer herrschenden Klassen. „Gibt es Krieg, so nur zu dem Zwecke, die Revolution zu verhindern. In Rußland, um einer gemeinschaftlichen Aktion aller Unzufriedenen, Slawophilen, Konstitutionellen, Nihilisten und Bauern, vorzubeugen, in Deutschland, um Bismarck zu halten, und in Frankreich, um die siegreiche sozialistische Bewegung zurückzuwerfen und die Monarchie wiederherzustellen.“ Und an die französischen und deutschen Arbeiter gewandt, fuhr er fort: „Zwischen französischen und deutschen Sozialisten gibt es keine grundsätzliche Frage. Die deutschen Sozialisten wissen zu gut, daß die Annexion von 1871, gegen die sie immer protestiert, der Stützpunkt der reaktionären innern und äußern Politik Bismarcks gewesen ist. *Die Sozialisten beider Länder sind gleichmäßig an der Aufrechterhaltung des Friedens interessiert; sie sind es, die die Kriegskosten zu zahlen hätten.*“¹³

Diese Hinweise Engels' waren und sind in doppelter Hinsicht sehr wichtig. Erstens betonte Engels, daß die Arbeiterklasse Deutschlands und Frankreichs nicht aus taktischen Erwägungen, sondern aus prinzipiellen Gründen die Kriegspläne der preußischen Militaristen wie der französischen Revanchisten ablehnen und für die Erhaltung des Friedens eintreten müßte. Zweitens aber wies Engels die europäischen, insbesondere jedoch die deutschen Arbeiter auf den engen Zusammenhang hin, der zwischen dem Kampf gegen den kriegslüsternden Militarismus und der Sicherung und Erweiterung der Demokratie in Deutschland bestand. „Eine Nation kann nicht frei werden und zugleich fortfahren, andere Nationen zu unterdrücken“,¹⁴ das war die historische Lehre, die das deutsche Volk, dessen herrschende Klassen neben großen Teilen Polens seit 1871 nun auch

¹² Ebenda.

¹³ Ebenda.

¹⁴ Friedrich Engels: Rede über Polen. In: Karl Marx, Friedrich Engels: Werke, Bd. 4, Dietz Verlag, Berlin 1959, S. 417.

Elsaß-Lothringen national unterdrückten, beherzigen mußte. Für den Erfolg des nationalen Ringens der deutschen Arbeiterklasse war es deshalb von entscheidender Bedeutung, inwieweit die sozialdemokratische Partei ihren Kampf gegen die Kriegspolitik der Militaristen mit dem Kampf für die Demokratie und für das Selbstbestimmungsrecht der von den deutschen Ausbeuterklassen unterdrückten anderen Völker verband. Das setzte gleichzeitig die brüderliche Solidarität und das freundschaftliche Zusammenwirken mit der internationalen Arbeiterbewegung — in dem von uns hier untersuchten Fall insbesondere mit der französischen Arbeiterklasse — voraus.

Schon bald zeigte sich, daß die deutschen und französischen sozialistischen Arbeiter der auf den Krieg orientierten Außenpolitik ihrer herrschenden Klassen eine *eigene*, auf die Erhaltung des Friedens gerichtete Politik entgegensetzten. Fast zur gleichen Zeit, am 10. bzw. 14. Dezember 1886, erschienen im „Sozialdemokrat“ und im „Cri du Peuple“ die ersten Stellungnahmen. Der „Sozialdemokrat“, damals bereits die bedeutendste Zeitung der europäischen sozialistischen Bewegung, behandelte in einem Leitartikel „Die Kriegszettelungen der Diplomatie und die Sozialdemokratie“, enthüllte die Heuchelei der deutschen Militaristen, die ihre egoistischen Klasseninteressen demagogisch als Interessen der Nation ausgaben und appellierte: „Arbeiter Deutschlands und Frankreichs, die ihr unter dem Joch des Kapitalismus schmachtet, erhebet gemeinsam eure Stimme und protestiert gegen die Verhetzung der beiden Völker... Die Arbeiter müssen die Regierenden durch das Gewicht ihrer Stimmen, durch ihre Masse *zwingen*, den Frieden zwischen den beiden Nationen aufrechtzuerhalten.“ Und daß die deutschen Sozialisten nicht aus pazifistischen Gründen, sondern vom proletarischen Klassenstandpunkt den drohenden Krieg bekämpften, bewies der folgende Satz: „Jeder Krieg zwischen den beiden Nationen wird die Verwirklichung der sozialen (d. h. sozialistischen H. G.) Gesellschaft verzögern, er wird die Macht des Kapitalismus stärken und die Kraft der Massen... schwächen. Auch gegen einen Krieg mit Rußland muß in gleicher Weise und aus gleicher Ursache angekämpft werden.“¹⁵

Die französischen Klassenbrüder nahmen diesen Ruf auf. Jules Guesde — vor ihm bereits Ed. Fournières — erklärte im „Cri du Peuple“: „Auf beiden Seiten der Grenzlinie muß sich aus der Mitte der arbeitenden Klassen selbst der gleiche Protest erheben gegen einen brudermörderischen Kampf, dessen Kosten, ob Sieger oder Besiegte, die Proletariate hier wie dort gleichmäßig zu tragen hätten.“¹⁶

Mit Beginn des Jahres 1887, mit dem Anwachsen der chauvinistischen Welle in beiden Ländern, vor allem aber in Deutschland, mehrten sich die Stimmen, die sich zum brüderlichen Zusammenwirken gegen die friedensfeindliche Politik der Regierungen bekannten. Im Neujahrsartikel d

¹⁵ Der Sozialdemokrat, 10. Dezember 1886.

¹⁶ Cri du Peuple, 14. Dezember 1886; zit. in: Der Sozialdemokrat, 17. Dezember 1886.

Sozialdemokrat“ wurde der enge Zusammenhang von Innen- und Außenpolitik am Beispiel des Deutschen Reiches analysiert, wobei die Redaktion zu der treffenden Erkenntnis gelangte: „Bismarck kann keine Friedenspolitik einhalten, weil seine Politik eine *freiheitsfeindliche* ist. Je espotischer eine Regierung, eine um so größere Gefahr für den Frieden ist sie, je freier ein Land, um so weniger ist von ihm eine Störung des Friedens zu erwarten.“¹⁷ Das entsprach dem Hinweis Engels' und der praktischen Erfahrung, daß der deutsche Militarismus, als dessen Interessenvertreter Bismarck handelte, gleicherweise in seiner nach außen wie nach innen gerichteten Unterdrückungsfunktion gegen die Interessen der Nation verließ.

Im Geiste der internationalistischen Traditionen des Proletariats erläuterten in der gleichen Nummer des „Sozialdemokrat“ die französischen revolutionären Arbeiter: „Brüder in Deutschland, die Ihr mit Gefährdung eurer Freiheit die Annexion Elsaß-Lothringens... bekämpft habt, Ihr könnt auf die Partei der wiedererwachten Kommune und auf ihren Eifer für *ihre* (Hervorhebung von mir — H. G.) Revanche rechnen . . . Halteturen Moltke im Zaume, wir werden unseren Boulanger im Zaume halten... Im Namen der französischen Arbeiterpartei schließt sich der Socialiste' dem ‚Sozialdemokrat‘ an, um einstimmig den Ruf zu erheben: Friede und Einigung zwischen den Lohnsklaven aller Länder und Krieg Krieg bis aufs Messer — unseren nationalen und internationalen Ausgeutern!“¹⁸

Gleichzeitig breitete sich, zunächst vor allem in Frankreich, die Bewegung gegen die Kriegspolitik der herrschenden Klassen weiter aus. Arbeiterversammlungen, demokratische Vereine und ganze Verbände protestierten gegen die Kriegsdrohungen und bekannten sich zur brüderlichen Solidarität mit den deutschen Arbeitern. Wir nennen hier den Sozialistischen Arbeiterverband Frankreichs, den Pariser Klub „Die Menschenrechte“, den deutschen Sozialistischen Leseklub in Paris, die von den sozialistischen Abgeordneten Guesde, Boyer u. a. in der Deputiertenkammer oder in Volksversammlungen gehaltenen Reden.¹⁹

Dabei zeigten sich zwei interessante Erscheinungen. Zum einen gelang es den französischen Marxisten, die Protestbewegung gegen die Kriegsdrohungen über den damals noch relativ engen Rahmen der Partei in demokratisch gesinnte Kreise hineinzutragen — ein für die nationale Politik der Partei äußerst wichtiger Umstand. Zum anderen ist auffallend, wie stark die Erinnerung an das mutige internationalistische Auftreten Liebknechts und Liebknechts im Jahre 1870/71 gegen die drohende Annexion Elsaß-Lothringens noch in den Reihen der französischen Arbeiter lebte und ihren proletarischen Internationalismus stärkte.

In eine neue Phase trat die Bewegung, als Bismarcks Septennatsvorlage im Reichstag nicht die erforderliche Mehrheit erhielt, Mitte Januar die

¹⁷ Der Sozialdemokrat, 1. Januar 1887.

¹⁸ Ebenda.

¹⁹ Vgl. Der Sozialdemokrat, 1., 8. u. 22. Januar 1887.

Reichstagswahlen für den 21. Februar ausgeschrieben wurden und die „Kartell“-Presse im Interesse des Stimmenfangs noch einmal die Kriegspanik zur Siedehitze steigerte.²⁰ Die Haltung der deutschen wie der französischen Arbeiterklasse gegenüber dem gefährlichen Vabanquespiel ihrer herrschenden Klassen gewann damit noch an Bedeutung.

Für die in die Illegalität gedrängte und aller legalen Agitationsmöglichkeiten beraubte deutsche Sozialdemokratie war der Wahlaufbruch, in dem sie sich an die Volksmassen wandte, von besonders großer Bedeutung. Liebknecht und Singer, die Verfasser des Wahlmanifests – August Bebel war damals in Zwickau eingekerkert –, richteten mit Recht den Hauptstoß gegen den kriegswütigen und volksfeindlichen Militarismus. Sie setzten der demagogischen Wahllosung Bismarcks und seiner „Kartellbrüder“ „Kaiserliches oder Parlamentsheer?“ die wirkliche Alternativfrage entgegen: „Gilt in Deutschland der Wille des Reichskanzlers mehr als der Wille der Volksvertretung?“ Mit anderen Worten: sie rückten die Frage der Demokratie, der Er kämpfung und Sicherung demokratischer Rechte in den Mittelpunkt der Auseinandersetzung und trafen damit gleichzeitig den Militarismus.

Stolz auf ihre revolutionären Traditionen im antimilitaristischen Kampf konnte die Partei erklären: „... unwandelbar auf dem Boden unseres Programms stehend, mußten wir *jeden Kompromiß verwerfen*, im Interesse des arbeitenden Volkes mußten wir der Regierung, welche eine Verstärkung des Militärs forderte, jeden Mann und jeden Groschen *verweigern*. Mit dem *Militarismus*, welcher ein notwendiger Ausdruck des herrschenden Staats- und Gesellschaftssystems ist, gibt es für die Sozialdemokratie *ebensowenig eine Aussöhnung*, wie mit diesem System selbst. Der Militarismus ist unverträglich mit der Freiheit und dem Wohlstand der Völker und legt es in die Hand der Machthaber, ohne Zustimmung der Volksvertretungen verheerende Kriege herbeizuführen... Mit der Beseitigung des Militarismus ist der Weltfriede gesichert.“ Und, gegen die Kriegsprovokationen der deutschen Militaristen gewandt, hieß es: „Wenn wir von dem Militarismus und dessen Vertretern absehen, ist *keine ernstliche Kriegsgefahr überhaupt nicht vorhanden; die Völker wollen und brauchen den Frieden.*“²¹

Am gleichen Tage, am 29. Januar, wurde seitens der Parteileitung „Sozialdemokrat“ ein Artikel veröffentlicht, der die enge Interessenverschlingung der deutschen Großindustriellen und Junker mit den revisionistischen Kreisen Frankreichs darlegte. „Der Sieg der Militärpartei in Deutschland heißt Stärkung der Kriegspartei in Frankreich. ...

... Die Niederlage Bismarcks heißt Stärkung der Friedenspartei in Frankreich, heißt *Protest* hüben und drüben gegen den *Krieg* und die ungesetzten Kriegsrüstungen.

²⁰ Vgl. Ernst Engelberg: Revolutionäre Politik und Rote Feldpost 1878–1890, Berlin 1959, S. 125.

²¹ Die Sozialdemokratie im Deutschen Reichstag. Tätigkeitsberichte und Wahlausrufe aus den Jahren 1871 bis 1893, Berlin 1909, S. 249.

Grade weil diesmal von oben die Frage der auswärtigen Politik in den Wahlkampf hineingeworfen ist, grade deshalb kommt es darauf an, daß das arbeitende Volk diese Gelegenheit benutzt, seine Stimme *gegen die ganze bisherige Leitung derselben* zu erheben.“²²

Die Sozialdemokratie und insbesondere ihr marxistischer Kern orientierten also die deutsche Arbeiterklasse darauf, im Gegensatz zu der antinationalen militaristischen Eroberungspolitik ihre eigene friedliebende Außenpolitik zu verfechten, „indem ihr den Völkern draußen zeigt, daß die intelligentesten, aktionsfähigsten Elemente des deutschen Volkes *nicht* durch dick und dünn mit der Regierung gehen“.²³ Das war – wie bereits bei der großen Bewährungsprobe von 1870 und während der Krisen von 1875 und 1877 – die erneute Nutzanwendung jener Forderung der Internationalen Arbeiterassoziation an die Arbeiterklasse aller Länder, „in die Geheimnisse der internationalen Politik einzudringen, die diplomatischen Akte ihrer respektiven Regierungen zu überwachen, ihnen wenn nötig entgegenzuwirken ... und die einfachen Gesetze der Moral und des Rechts ... als die obersten Gesetze des Verkehrs von Nationen geltend zu machen“.²⁴

Unter den Bedingungen des unerhörten Wahlterrors, der sich stellenweise bis zur Pogromstimmung gegen die Arbeiterpartei steigerte, konnten die deutschen Sozialisten nur sehr schwer innerhalb Deutschlands ihre Solidarität mit der französischen Arbeiterklasse *öffentlich* bekunden. Um so lauter erhoben ihre französischen Klassenbrüder ihre Stimme. In Beauvais, Paris, Nantes, St. Quentin, Roubaix und zahlreichen anderen Städten fanden Arbeiterversammlungen statt, die sich mit dem kompromißlosen Kampf der deutschen Sozialdemokratie gegen die aggressive Außenpolitik des deutschen Militarismus solidarisierten und im Geiste des proletarischen Internationalismus gegen die Kriegsprovokationen der Regierungen protestierten.

Ihren Höhepunkt erreichte diese Kampagne in Frankreich Mitte Februar, als sich über dreißig sozialistische Organisationen in einem Friedensmanifest an die deutsche Arbeiterklasse wandten. „Die Arbeiter Frankreichs“, so hieß es u. a. in diesem Manifest. „werden wie Ihr ihren internationalen Pflichten treu bleiben und ihnen bei jeder Gelegenheit nachkommen ...

Wie Ihr werden wir die Mittel zum Krieg verweigern, und wenn sie versuchen sollten, über den Volkswillen hinwegzuschreiten, werden wir uns wie Ihr vor die Gewehre und Kanonen stellen, die man uns zwingen will, wider einander zu richten.

Es lebe der Frieden!

Es lebe der internationale Sozialismus!

²² Der Sozialdemokrat, 29. Januar 1887.

²³ Ebenda.

²⁴ Karl Marx: Inauguraladresse der Internationalen Arbeiterassoziation. In: Karl Marx/Friedrich Engels: Ausgewählte Schriften in zwei Bänden, Bd. II, Dietz Verlag, Berlin 1959, S. 359.

Es lebe die Vereinigung aller Arbeiterklassen!“²⁵

Doch die Bewegung ging noch weiter: Auch der fortgeschrittenste Teil der österreichischen, englischen und belgischen Arbeiterklasse reihte sich in die internationale Front ein, die sich – unter Führung der marxistischen Kräfte – in den Volksmassen verschiedener Länder gegen die Kriegprovokationen des deutschen Militarismus und der französischen Revanchisten gebildet hatte.²⁶

Die schwerste Bewährungsprobe aber hatten die sozialistischen deutschen Arbeiter selbst zu bestehen in einem Kampf, der um die Hirne und Herzen der werktätigen Massen geführt werden mußte. Und sie bestand diese Probe – dank ihrer prinzipiell antimilitaristischen und internationalistischen Haltung, die allein den Interessen der Nation entsprach. Trotz des überaus heftigen Wahlterrors, trotz des Verbots von 147 Flugblätter und zwei Arbeiterzeitungen, trotz der Verhängung des kleinen Belagerungszustandes über Offenbach und Stettin und mehrerer Dutzend Aufweisungen und einiger hundert Verhaftungen konnten sie – verglichen mit 1884 – weitere 213 000 Wähler um ihre Fahne sammeln und den verderblichen Einfluß der Militaristen entziehen. Standhaft widerstand sie allen nationalistischen Täuschungsmanövern und brutalen Unterdrückungsmaßnahmen und zeigten der Welt, daß in Deutschland – im Gegensatz zu den chauvinistischen und eroberungssüchtigen Hurrapatriten – eine starke neue gesellschaftliche Kraft heranwuchs, die – im Klasseninteresse mit dem Interesse der gesamten Nation vereinigend – den Kampf für Frieden und Völkerfreundschaft auf ihre Fahnen geschrieben hatte. Sie handelten erneut im Geiste der Internationalen Arbeiterassoziation, in deren Namen Karl Marx im Juli 1870 voll Stolz verkündet hatte: „Während das offizielle Frankreich und das offizielle Deutschland sich in einen brudermörderischen Kampf stürzen, senden die Arbeiter einander Botschaften des Friedens und der Freundschaft. Diese einzige große Tatsache, ohnegleichen in der Geschichte der Vergangenheit, eröffnet die Aussicht auf eine hellere Zukunft“, auf „eine neue Gesellschaft . . ., deren internationales Prinzip der Friede sein wird, weil in jeder Nation dasselbe Prinzip herrscht – die Arbeit!“²⁷

Wir fassen zusammen: Die Haltung der deutschen – wie der französischen – sozialistischen Arbeiter während der Krise und der akuten Kriegsgefahr 1886/87 beweist eindeutig – und alle weiteren vorurteilsfreien Forschungen über die Stellung der Arbeiterklasse zum Krieg werden das zum Leidwesen der Herren Rothfels, Hoelzle und ihrer Auftraggeber immer wieder bestätigen –, daß die Erkenntnis von dem zutiefst aggressiven Wesen des preußisch-deutschen Militarismus bereits damals weit in den Massen verbreitet war. Dank der Hinweise von Marx u

²⁵ Der Sozialdemokrat, 18. Februar 1887.

²⁶ Vgl. Der Sozialdemokrat, 8. und 29. Januar 1887.

²⁷ Erste Adresse des Generalrats über den deutsch-französischen Krieg, 23. Juli 1870: In: Karl Marx/Friedrich Engels: Ausgewählte Schriften in zwei Bänden, Bd. S. 462.

Engels und ihrer eigenen Kampferfahrungen war es für die deutschen Marxisten eine Selbstverständlichkeit, daß sie sich in der die ganze Menschheit bewegenden Frage Krieg oder Frieden nicht nur nicht neutral verhalten konnten, sondern sich an die Spitze des Kampfes gegen die Kriegsprovokationen und das Völkermorden der herrschenden Klassen stellen mußten. Ihre entschlossene Verteidigung des Friedens, ihr Kampf gegen alle Kriegspläne und -vorbereitungen der deutschen Junker und Rüstungsmagnaten ist ein immanenter Bestandteil der nationalen Politik der deutschen Arbeiterklasse.

Dabei ist wichtig — und auch das beweisen wiederum die Ereignisse der Jahre 1886/87 —, daß die deutsche Sozialdemokratie schon damals mit Recht den Hauptfeind einer friedlichen Entwicklung der Nation im deutschen Militarismus erkannte und die Arbeiterklasse und alle Demokraten darauf orientierte, auf die Bekämpfung dieses Gegners alle Kräfte zu konzentrieren. Die richtige Anwendung der marxistischen Theorie, vor allem aber ihre praktischen Erfahrungen im Klassenkampf hatten sie gelehrt, den unlösbaren Zusammenhang zwischen der nach außen und der nach innen gerichteten Unterdrückungsfunktion des deutschen Militarismus zu begreifen. Es war höchst charakteristisch, daß in denselben Monaten der chauvinistischen Hochflut die herrschenden Klassen Deutschlands ernsthaft versuchten, das allgemeine, gleiche und geheime Wahlrecht einzuschränken oder gar völlig abzuschaffen. Daß der deutsche Militarismus auf *allen* Gebieten des gesellschaftlichen Lebens bekämpft, daß *jeder* seiner wie auch immer gearteten Vorstöße zurückgewiesen werden mußte, daß Chauvinismus nach außen und Antidemokratismus im Innern, Kriegsprovokationen gegenüber anderen Völkern und Kasernenhofregiment gegenüber dem eigenen Volk Zwillingsbrüder waren — diese Erkenntnis der marxistischen deutschen Arbeiterführer war für die richtige Taktik aber auch Strategie der illegal kämpfenden deutschen Sozialdemokratie von ausschlaggebender Bedeutung.

Der antidemokratische Charakter des Hohenzollernreiches mußte zwangsläufig die durch die bürgerlich-kapitalistische Ordnung hervorgerufenen inneren und äußeren Widersprüche weiter verschärfen, zu Konflikten führen und Deutschland zu einem latenten Gefahrenherd für den Frieden und die Sicherheit der Völker in Europa machen. Indem die deutsche Sozialdemokratie in den achtziger Jahren den Kampf für ihre eigene Legalität mit dem Kampf um die Eroberung, Sicherung und Erweiterung allgemein-demokratischer Freiheiten in Deutschland verband, trat sie als Anwalt und führender Verfechter der gesamt nationalen Interessen auf.

Das Handeln der klassenbewußten deutschen und französischen Arbeiter in den Wintermonaten 1886/87 zeigt uns aber auch, daß die Arbeiterklasse nur dann die wahren nationalen Interessen ihres Volkes vertreten kann, wenn sie fest auf dem Boden des proletarischen Internationalismus steht. Aus dem Bewußtsein der gemeinsamen Klasseninteressen mit den französischen Arbeitern, aus der brüderlichen proletarischen

Solidarität, die keine Grenzpfähle kennt, erwuchs den deutschen Sozialdemokraten die Kraft, gegen den übermächtig erscheinenden Gegner des Friedens zu verteidigen und sich damit als wahre Patrioten zu erweisen. Diese Feststellung ist um so notwendiger, als es sowohl von reformistischer und revisionistischer wie von offen imperialistischer Seite her nicht an Versuchen fehlt — wir verweisen nur auf die Publikationen von H. Heidegger, E. Matthias und W. Theimer —, durch die undialektisch und ahistorische Gegenüberstellung von proletarischem Internationalismus und Patriotismus teils die spätere Burgfriedenspolitik vom 4. August 1914 und die heutige offene Kapitulation der SPD-Führung vor dem deutschen Imperialismus zu „rechtfertigen“, teils die nationale, weil auf den Sturz des Militarismus gerichtete Politik der alten revolutionären deutschen Sozialdemokratie zu diffamieren.

Es gehört zu den beliebten Methoden der dem Imperialismus dienenden Geschichtsschreiber, daß sie — durch die Überzeugungskraft der historischen Tatsachen in Bedrängnis geraten — der marxistischen deutschen Arbeiterbewegung ihre angebliche Perspektivlosigkeit vorwerfen. Indem sie den Massen weiszumachen suchen, daß in Deutschland nie von einer Klasse oder politischen Partei eine auf den Frieden gerichtete — als wahrhaft nationale — Politik verfochten worden wäre, suggerieren sie ihnen die Illusion, als hätte es zu der vom preußischen Militarismus und deutschen Imperialismus durchgeführten Politik nie eine echte Alternative gegeben. In allen Phasen der deutschen Geschichte seit dem Entstehen einer revolutionären Arbeiterbewegung — von den 17 „Forderungen der Kommunistischen Partei in Deutschland“ bis zum „Deutschlandplan des Volkes“ und der Staatsratserklärung vom 4. Oktober 1960 — strafen die historischen Tatsachen diese Behauptungen imperialistischer Historiker Lügen. So auch in dem von uns hier untersuchten Fall. Auf die Führung der deutschen Sozialdemokratie nach dem erfolgreichen Wahlkampf und den Schlägen gegen die kriegslüsternden Militaristen im Frühjahr 1887 den deutschen Arbeitern Rechenschaft über ihr Handeln ablegte, erklärte sie:

„Freie Nachbarstaaten sind uns eine Bürgschaft des Friedens, und statt mit ihnen das tödliche Kirchturmwettrennen des Militarismus fortzusetzen, sollte Deutschland, von dem die Initiative des modernen Militarismus ausging, sich mit den Nachbarstaaten über die Initiative zur Entwaffnung einigen. Es bedarf dazu nur des guten Willens. Einmal muß mit dem Militarismus doch gebrochen werden, wenn anders das Volk nicht zugrunde gehen soll. Und die Frage ist bloß: wollen wir erst durch das rote Meer eines neuen Krieges waten, verglichen mit welchem das von 1870/71 ein Kinderspiel war? Oder wollen wir den Alp abwerfen, der uns in den Abgrund gerissen hat?

... je eher wir uns des Militarismus entledigen, desto besser für uns. Denn so lange er dräuend über uns hängt wie eine Lawine, die der geringste Windstoß, der Tritt eines rastenden Vogels ins Rollen bringen kann, gibt es kein Heil für das deutsche Volk und für die Völker Europas.

Bis dieses Ziel erreicht ist, werden wir dem Militarismus gegenüber unserer Devise, die uns im letzten Wahlkampfe zum Siege geführt hat, unverbrüchlich treu bleiben: Keinen Mann und keinen Groschen!²⁸

Zerschlagung des deutschen Militarismus, Abrüstung, friedliches Zusammenleben und friedlicher Wettstreit der Nationen – das war die Alternative der revolutionären deutschen Arbeiterbewegung im Jahre 1887 gegenüber dem antinationalen Kriegsprogramm der Junker und Kapitalisten.

Diesem wahrhaft nationalen Programm sind die marxistischen Kräfte der alten deutschen Sozialdemokratie und ist die Kommunistische Partei Deutschlands in jeder Phase ihrer Entwicklung treu geblieben. Entsprechend diesen guten Traditionen und den geschichtlichen Lehren der Kriege und Krisen in der ersten Hälfte unseres Jahrhunderts findet dieses Programm heute in der Deutschen Demokratischen Republik seine Verwirklichung. Indem die Arbeiterklasse in der DDR unter Führung ihrer marxistisch-leninistischen Partei unser Volk vom verhängnisvollen Weg der imperialistischen Kriege und Katastrophen auf den Weg des Friedens, der Demokratie und des Sozialismus geführt hat, erfüllt sie das Verächtnis der besten Söhne unseres Volkes. Damit wird zugleich die wichtigste Voraussetzung geschaffen, den deutschen Militarismus und Imperialismus endgültig und vollständig zu bändigen und schließlich zu vernichten und unser ganzes deutsches Volk in eine Zukunft zu führen, in der „es seine Größe und seinen Ruhm allein auf dem Felde der Wissenschaft und der Kultur, der Wirtschaft und der sozialen Leistung ... im vollen, friedlichen Wettstreit mit den anderen Völkern“²⁹ findet.

²⁸ Aufruf des Zentralwahlkomitees der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, August 1887. In: Die Sozialdemokratie im Deutschen Reichstag, Berlin 1909, S. 282.

²⁹ Erklärung des Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, Walter Ulbricht, vor dem diplomatischen Korps am 26. September 1960. In: Neues Deutschland, 27. September 1960.

Edith Zorn/Luise Kraushaar

Unvergeßliche Kampfgefährten

Über die illegale antifaschistische Agitation unter den deutschen Besatzungstruppen in Frankreich während des zweiten Weltkrieges

Nach der Okkupation Belgiens und von rund zwei Dritteln des französischen Territoriums im Mai/Juni 1940 durch die deutschen Faschisten zog, wie in allen von ihnen unterjochten Ländern, die Gestapo sofort ihr Spinnennetze. Beauftragter des „Chefs der Sicherheitspolizei und des SD“ also der Gestapo, und damit rechte Hand Heydrichs und Himmlers in Belgien und Nordfrankreich war damals Canaris.

Am 29. November 1940 sandte er an das „Reichssicherheitshauptamt“ in Berlin ein kleines hektographiertes Flugblatt in französischer Sprache zu dem Canaris in seinem Anschreiben vermerkte: „Durch dieses Flugblatt wurde hier erstmalig eine Stellungnahme der KPD, die durch die Kommunistische Partei Frankreichs zur Verbreitung gelangte und Bezugs auf die politischen Ereignisse der letzten Zeit nimmt, bekannt.“¹

Eine Stellungnahme der Kommunistischen Partei Deutschlands? Die war doch seit 1933 verboten, verfolgt und, wie die Faschisten immer wieder behaupteten, „liquidiert“. Und nun tauchte in Nordfrankreich eine wichtige Erklärung der KPD auf, die in französischer Sprache durch die illegale KPF den Werktätigen Frankreichs und Belgiens mitteilte, wie die KPD die faschistische Unterdrückungspolitik einschätzt und dagegen kämpft! Das französische Volk wurde in diesem Flugblatt, das bald nach der Besetzung verbreitet wurde, aufgefordert, „den mutigen Kampf der tapferen deutschen Kämpfer gegen ihren eigenen Imperialismus“² ebenfalls mütig zu unterstützen.

Die Spürhunde der Gestapo und ihr Chef Canaris standen offensichtlich fassungslos vor dieser Manifestation des proletarischen Internationalismus in Gestalt eines kleinen Flugblattes. Es handelte sich um eine Zusammenfassung der von der KPD Ende Juni 1940 nach der Unterjochung Frankreichs herausgegebenen Protest- und Kampferklärung gegen das Diktat von Compiègne. Dieses Dokument wollten französische Genossen unter allen Umständen und trotz aller Gefahren bei der illegalen Agitation dem französischen Volk zur Kenntnis bringen, weil die KPF auch unter der verhaßten Okkupation niemals vergaß, daß deutsche Antifaschisten

¹ Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Berlin, Archiv (abgekürzt IML, Archiv), Akte N. D. 2690.

² Ebenda.

unter der Führung der KPD unerschütterlich das Hitlerregime und seine Unterdrückungspolitik bekämpften. In dem Flugblatt wird hervorgehoben, daß die Erklärung der KPD gegen das Diktat von Compiègne „die Solidarität der deutschen Arbeiterklasse mit dem französischen Volk und den anderen durch die deutschen Imperialisten unterdrückten Völker“³ zum Ausdruck bringt.

Das zitierte Flugblatt setzte so die in vielen gemeinsamen Kämpfen bewährte Tradition der proletarischen Solidarität zwischen der französischen und der deutschen Arbeiterklasse fort. Diese Kampfgemeinschaft richtete sich, so verschieden die Bedingungen entsprechend den konkreten Aufgaben und dem entsprechenden Kräfteverhältnis jeweils waren, stets gegen die Hauptfeinde beider Nationen, gegen den chauvinistischen Imperialismus und Militarismus. Diese Traditionen sind gerade heute im gemeinsamen Kampf des deutschen und französischen Volkes gegen die vierte Invasion der westdeutschen Militaristen in Frankreich von hervorragender Bedeutung.

Als die Poincaré-Regierung im Januar 1923 ihre Truppen ins Ruhrgebiet schickte, um die Interessen der französischen Finanzoligarchie durchzusetzen und gleichzeitig die schon wieder nach Rüstungsprofiten lechzenden deutschen Schwerindustriellen zu unterstützen und vor dem eigenen werktätigen Volk zu schützen, war es die Arbeiterklasse, waren es die damals jungen, aber vom proletarischen Internationalismus beflügelten kommunistischen Parteien beider Länder, die entschieden gegen die Unterdrückungs- und Okkupationspolitik des französischen Imperialismus gegenüber dem deutschen Volk auftraten.

Damals führte Marcel Cachin⁴ eine Delegation bewährter Vertreter der KPF und der Einheitsgewerkschaften, darunter Gaston Monmousseau,⁵

³ Ebenda.

⁴ Marcel Cachin, Mitkämpfer von Jean Jaurès und Mitbegründer der Kommunistischen Partei Frankreichs, verstarb im Februar 1958 im Alter von 88 Jahren. 38 Jahre lang war er Mitglied des Politbüros der KPF, Direktor des Zentralorgans der Partei „L'Humanité“ und Abgeordneter im Parlament. Seine tiefe vielseitige Bildung, seine große menschliche Güte und sein kämpferisches Leben im Dienste der französischen Arbeiterklasse ließen Marcel Cachin zu einer der ganz großen, vom eigenen Volk und den Werktätigen der Welt hochverehrten geschichtlichen Persönlichkeiten werden. Sein letzter Besuch im Ausland galt seinem Freund und Kampfgefährten Wilhelm Pieck anlässlich des 80. Geburtstages unseres unvergessenen Präsidenten im Jahre 1956. 1957 wurde Marcel Cachin der Lenin-Orden verliehen.

⁵ Gaston Monmousseau, der im Juli 1960 im Alter von 77 Jahren verstarb, war seit dem ersten Weltkrieg führender Funktionär der Eisenbahnergewerkschaft und Redakteur (später dann Direktor) der großen französischen Gewerkschaftszeitung „La Vie Ouvrière“ („Das Arbeiterleben“). 1925 der KPF beigetreten, gehörte er seit 1929 dem Zentralkomitee der Partei an und war gleichzeitig bis zu seinem Tode Sekretär der CGT (Allgemeiner Gewerkschaftsbund). Während des zweiten Weltkrieges übte er in der Illegalität leitende Funktionen aus. Viel gelesener Schriftsteller (Pseudonym „Jean Brécot“), wurde er auch in der DDR durch eine seiner beliebtesten Erzählungen, „Die Reisetasche des Jean Brécot aus der Touraine“, bekannt.

Gabriel Péri⁶ und Pierre Semard,⁷ die ins Ruhrgebiet reiste und alle daransetzte, die französischen Soldaten über die Handlangerrolle, die man sie für die Imperialisten spielen lassen wollte, aufzuklären.

Am 6./7. Januar 1923 fand in Essen, im Herzen des Ruhrgebiets, eine Konferenz der Kommunistischen Parteien Deutschlands, Frankreichs, Großbritanniens, Italiens, Belgiens, der Niederlande und der Tschechoslowakei statt. In dem gemeinsamen Manifest⁸ wurde damals bereits hervorgehoben, daß die Folgen des imperialistischen Krieges und des imperialistischen „Friedens“ von Versailles, „die Verelendung der breiten Volksmassen, die gesteigerte Rivalität zwischen den verschiedenen Staatengruppen und die immer näher heranrückende Gefahr eines neuen und noch furchtbarereren Weltbrandes“, von der Arbeiterklasse dieser Länder entschieden bekämpft werden mußten. In der richtigen Erkenntnis, daß die Besetzung des Ruhrgebiets ein Schritt auf dem Wege zu einem neuen imperialistischen Krieg war, forderte das Manifest von den Arbeitern Frankreichs, sich „gegen die Besetzung des Ruhrgebiets, gegen jeden Versuch der Zerstückelung Deutschlands, gegen die Ausbeutung der deutschen und der französischen Arbeiter durch die vereinigten Kapitalisten“ zu erheben. Es hieß dann: „Sagt euren Brüdern und Söhnen in Uniform, daß, wenn sie für die Versklavung der deutschen Arbeiter kämpfen, sie damit auch zugleich für die eigene Versklavung kämpfen.“ Und an die Adresse der deutschen Arbeiter gewandt: „Euer Feind ist nicht der französische Soldat, auch nicht der französische Arbeiter oder der französische Kleinbauer, die gleich euch Ausgebeutete und Opfer der Bourgeoisie sind.“

Die Arbeiter Frankreichs und Deutschlands wurden zur Solidarität und zum gemeinsamen Kampf gegen die internationale Bourgeoisie innerhalb der Einheitsfront des kämpfenden Proletariats aller Länder aufgerufen zur Rettung der nationalen Zukunft und des friedlichen Lebens der Völker.

Die Kommunistische Partei und die kommunistische Jugend Frankreichs und ihre Presse machten den französischen Soldaten klar, daß die deutsche Arbeiterklasse, daß die Ruhrkumpel und die Arbeitslosen im besetzten Gebiet ihre Brüder sind. In vielen Fällen verbrüdeten sich französische Soldaten mit ihren deutschen Klassengenossen. In Dortmund und Duisburg marschierten gemeinsam mit streikenden deutschen Arbeitern französische Soldaten. In Essen weigerten sie sich, befehlsgemäß

⁶ Gabriel Péri, Mitglied des ZK der KPF, bis Kriegsbeginn Abgeordneter von Argenteuil und Vorsitzender des außenpolitischen Ausschusses der Deputiertenkammer, Redakteur der Zeitung „L'Humanité“, wurde am 18. Mai 1941 von der Vichy-Polizei verhaftet, den Hitlerfaschisten ausgeliefert und auf Anweisung Stülpnagels am 15. Dezember 1941, zusammen mit hundert französischen Patrioten, als „Geisel“ auf dem Mont Valérien ermordet.

⁷ Pierre Semard, Mitglied des Politbüros der KPF, Generalsekretär der Eisenerbahnergewerkschaft (CGT), bei Kriegsbeginn verhaftet und von einem Pariser Militärgericht zu mehrjähriger Gefängnisstrafe verurteilt, wurde den deutschen Okkupanten ausgeliefert und am 7. März 1942 von einem Nazi-Exekutionskommando erschossen.

⁸ Zur Geschichte der Kommunistischen Partei Deutschlands, 2., durchgesehene Auflage, Dietz Verlag, Berlin 1955, S. 112–115.

auf Arbeitslose zu schießen. Französische Soldaten spendeten für die KPD-Leitung „Ruhr-Echo“, sammelten für die Streikfonds der Ruhrarbeiter. Wütende Repressalien französischer Kriegsgerichte gegen französische Soldaten und deutsche Arbeiter waren die Antwort auf diesen gemeinsamen Freiheitskampf.⁹ Marcel Cachin protestierte dagegen, als er am 8. Januar 1923 in der französischen Deputiertenkammer erklärte:

„Wenn die Repräsentanten des französischen Großkapitals nach Deutschland fahren, um mit dem Pangermanisten Stinnes zu reden, so ist das durchaus zulässig; wenn aber die Repräsentanten der französischen Arbeiterklasse nach Deutschland fahren, um mit den Vertretern der deutschen Arbeiterklasse zu sprechen, so nennt man das ein Verbrechen.“¹⁰ Marcel Cachin wurde seiner parlamentarischen Immunität beraubt und am 20. Januar, gemeinsam mit Monmousseau, Péri, Semard und zehn weiteren Genossen, ins Gefängnis geworfen.

Bereits in den Jahren nach dem ersten Weltkrieg, vor allem nach dem Sieg des jungen Sowjetstaates über die Koalition von vierzehn Interventionsländern, begannen die imperialistischen Westmächte, die chauvinistischen, revanchistischen Kreise in Deutschland zu begünstigen und den deutschen Militarismus wieder aufzupäppeln.

Die Kommunistischen Parteien Deutschlands und Frankreichs kämpften unablässig gegen den selbstmörderischen Kurs ihrer Regierungen, der nach der Errichtung des aggressiven Hitlerregimes in Deutschland die Völker in den Abgrund eines neuen Weltkrieges führte.

Als durch den Verrat der herrschenden Klasse, der „200 Familien“, die die größten Monopole, den Staatsapparat und die Generalität beherrschten, Frankreich im Juni 1940 dem Hitlerfaschismus ausgeliefert und von der Naziwehrmacht besetzt wurde, erinnerte die Kommunistische Partei Deutschlands in ihrem Aufruf gegen das Diktat von Compiègne auch daran, wie entschlossen die KPF gemeinsam mit der KPD im Jahre 1923 für die Zurückziehung der französischen Truppen aus dem Rhein-Ruhrgebiet gekämpft hatte, und betonte: „Dieser Kampf war und bleibt eine Großtat des praktischen Internationalismus, der Solidarität, der wirklichen Hilfe für die deutschen Arbeiter und Bauern.“¹¹ Gleichzeitig erklärte die KPD, daß die deutsche Arbeiterklasse das Schanddiktat von Compiègne niemals anerkennen dürfe und ihren Kampf gegen das Hitlerregime mit der Solidarität gegenüber dem französischen Volk verbinden müsse.

Sowohl aus Deutschland als auch aus Frankreich blieben illegale antischastische Flugschriften erhalten, die beweisen, wie immer wieder an

⁹ Vgl. „Le Peuple de France au Peuple d'Allemagne“ (Das französische Volk an das deutsche Volk), illegal verbreiteter Aufruf der KPD von Ende Mai oder Anfang Juni 1941, Original (franz.) in der Bibliothèque Marxiste, Paris; Abschrift im IML, Archiv.

¹⁰ Marcel Cachin vous parle (Marcel Cachin spricht zu Euch), Paris 1959, S. 117 (franz.).

¹¹ Vgl. Die Welt, 1940, Nr. 32, S. 911.

die deutsche Bevölkerung und an die Okkupationstruppen appelliert wurde, sich durch Taten mit dem französischen Volk solidarisch zu zeigen.¹² Oft wurde dabei an das große Beispiel 1923 angeknüpft, so in einem Flugblatt, das im Sommer 1941 von in Frankreich illegal tätigen österreichischen und deutschen Genossen unter der Wehrmacht verbreitet wurde. In diesem Appell an die „Soldaten der Besatzungstruppen“ wurde der gerechte Kampf des französischen Volkes für die Befreiung und für den Zusammenschluß aller Patrioten Frankreichs in der „Nationalen Front zum Kampfe für die Unabhängigkeit“¹³ des Landes erläutert und gleichzeitig geschildert, wie brutal und unmenschlich die Gestapo gegen die französischen Widerstandskämpfer vorgeht. Den Wehrmachtsangehörigen wurde klargemacht, daß die französischen Patrioten einen gerechten Kampf führen, und es wurde daran erinnert, wie durch die Aktionen der KPF und der KPD an der Spitze der Arbeiter beider Länder im Jahre 1935 die Räumung des Rhein-Ruhrgebietes erzwungen wurde: „Viele französische Arbeiter und Soldaten haben damals ihr mutiges Auftreten für die Freiheit Deutschlands mit Kerker, Verfolgung und Tod bezahlt. Diese Ehrenschild gegenüber dem französischen Volk hat das deutsche Volk aufzutragen. Alles das, was seinerzeit dem deutschen Volk angetan wurde, verblaßt vor dem, was Hitler heute den besiegten Völkern antut.“ Das Flugblatt forderte die deutschen Soldaten auf, sich nicht als Henkersknechte gegen das französische Volk mißbrauchen zu lassen, sondern alles zu tun, um die Hitlersche Kriegsmaschine zu stören. Denn, so heißt es weiter, „nur Hitlers Sturz kann Deutschland den Frieden bringen! Hitler muß fallen, wenn Deutschland leben soll!“¹⁴

Dieses Flugblatt aus dem Jahre 1941 wurde wie Hunderte andere, die in besetzten Frankreich bis zur Befreiung des Landes in Millionen Exemplaren zur Verbreitung kamen, mit Hilfe französischer Patrioten hergestellt und verteilt. In einem kurzen Begleittext in französischer Sprache

¹² Als ein Beispiel aus Deutschland selbst sei das Organ der Friedensbewegung an Rhein und Ruhr, der „Friedenskämpfer“ vom Juni 1942, angeführt. In einem „Compiègne“ überschriebenen Artikel heißt es da: „Zeigen wir in unserem eigenen Interesse dem französischen Volk, daß der in unserem Namen am 22. Juni 1940 im Wald von Compiègne diktirte Schandvertrag keine Gültigkeit hat. Erheben wir unsere Stimme gegen die Knechtung und blutige Knebelung Frankreichs und fordern: Nieder mit dem Diktat von Compiègne! Heraus mit unseren Truppen, der Gestapo und der SS aus Frankreich!“ (IML, Archiv).

¹³ Am 15. Mai 1941 veröffentlichte das illegale Zentralorgan der KPF, „L'Humanité“, den Aufruf des ZK der Partei zur Bildung der Nationalen Front. Dieses Dokument war richtungweisend für die Verbreiterung und den Zusammenschluß der Résistance zu einer schlagkräftigen Volksbewegung.

¹⁴ Original des Flugblattes in der Bibliothèque Marxiste, Paris; Fotokopie im IML Archiv. — Wir zitieren eines der Flugblätter aus dem Jahre 1941, das also rund zwei Jahre vor Gründung des Nationalkomitees „Freies Deutschland“ in der Sowjetunion und der anschließenden Bildung der Bewegung „Freies Deutschland“ für den Westen in Frankreich erschien. Gerade die frühesten der uns bisher zugänglichen Flugblätter beweisen die für die ganze Zeit gültige Tatsache, daß nur dank der opfervollen solidarischen Hilfe durch die kommunistische Partei Frankreichs der illegale patriotische Kampf deutscher Antifaschisten in Frankreich ermöglicht wurde.

urde auf den Inhalt der Flugschrift hingewiesen und an die Franzosen appelliert, dafür zu sorgen, daß das Blatt in die Hände deutscher Soldaten gelangte.

Immer wieder verwiesen für deutsche Werktätige in Hitlers Waffenrock bestimmte illegale Materialien auf die gemeinsamen Kampftraditionen des deutschen und des französischen Volkes. Die Nummer 16 des „Soldat im Festen“ — eine ab 23. Juni 1941 regelmäßig herausgegebene antifaschistische Soldatenzeitung — stand anläßlich des Jahrestages des 11. November 1918 unter dem Motto: „Kampftage gegen das ‚dritte Reich‘ — Schießt nicht auf Franzosen!“ Leidenschaftlich erging die Aufforderung: „Kein Soldat darf sich zu gewalttätigem Vorgehen gegen streikende Arbeiter oder gegen Arbeiter, die vor der Zwangsverschickung fliehen, mißbrauchen lassen! Kein Kamerad darf die Schande und das Verbrechen auf sein Haupt laden und auf die Franzosen schießen! Deutsche Arbeiter im Waffenrock! 1923, als die französischen Plutokraten die Ruhr besetzten, da organisierten die französischen Arbeiter unter Führung der Kommunisten große Kämpfe gegen diesen Gewaltakt. Und die Kommunisten wurden ins Gefängnis geworfen. Arbeiter, handle so, daß Du nicht beschämt wirst schweigen müssen, wenn Dein Sohn Dich einst fragen wird: Was hast Du getan, um den französischen Arbeitern für 1923 zu danken? . . . Der Kampf der Franzosen ist unser Kampf. Ihr Sieg wird unser Sieg sein.“¹⁵

Vielfältig waren die Kampfformen der französischen Résistance, die sich von Beginn der Okkupation an herausbildeten und durch die die Störung der Hitlerischen Kriegsmaschine immer wirksamer wurde, bis schließlich ein Nationaler Aufstand unter Führung der KPF die Volksmassen, gestützt auf eine halbe Million bewaffneter Partisanen, in den Sommermonaten 1944 den größten Teil des französischen Territoriums selbst befreiten. In dem Maße, wie die Widerstandsbewegung breiter und schlagkräftiger wurde, entwickelte sich zugleich der Teil der Résistance, deren Waffe das Wort, die deutsche Sprache war.

Angesichts der tief in die deutsche Jugend eingepflichten nationalistischen Verseuchung, ihrer systematischen Vergiftung mit chauvinistischem Dünkel und der daraus resultierenden Bereitschaft, andere Völker zu knechten und zu mißhandeln, war die illegale antimilitaristische Agitation, die sich vor allem an diese Jugend wandte, ein sehr schwieriges Unterfangen. Nach den ersten entscheidenden Schlägen, die die Sowjetarmee im Dezember 1941 der Naziwehrmacht vor Moskau zufügte, begann in den Okkupationsgebieten die Angst vor der Ostfront sich wie eine schleichende Krankheit auszubreiten. Aber erst mußten die Niederlagen der Wehrmacht von Stalinrad, Kursk usw. im Jahre 1943 kommen, um auch im Westen die „Siegteil-Stimmung“ in eine fürchterliche Ahnung von dem vielen als unvermeidlich erscheinenden Unheil umschlagen zu lassen. Da wurde es leichter, einzelne oder kleine Gruppen aus der faschistischen Armee zum Handeln gegen die nazistischen Verderber zu bringen.

¹⁵ IML, Archiv.

Aber da wurde es andererseits auch schwerer. Denn in Frankreich w
überall in den okkupierten Ländern und in Deutschland selbst steigert
sich Terror und Mord an Patrioten in dem Maße, wie die Niederlage d
Hitlerwehrmacht unter den Schlägen der sowjetischen Streitkräfte nähe
rückte. Und es wuchs auch die Spitzelarmee der Nazis in den eige
Reihen, es mehrten sich Kriegsgerichtsurteile und standrechtliche
schießungen. Die Spitzel waren die letzten Verbündeten der verloren
Verlierer, die viele Einsichtige davon abhielten, den Schritt vom Werkze
der Unterdrücker zum Kampfgefährten der Freiheitskämpfer zu mache

Bereits im Herbst 1940 ergriff die Kommunistische Partei Frankreichs
die Initiative zur Schaffung des Sektors „Deutsche Arbeit“ (Travail Alle
mand, kurz T. A. genannt), dem innerhalb der Résistance die illegale Weh
machtsaufklärung oblag. Die Menschen, die hierbei mitarbeiteten, und v
allem die Franzosen unter ihnen, bestanden eine große und schwere Pr
fung des lebendigen Internationalismus. Sie wußten den gerechten u
notwendigen Haß gegen die deutschen Okkupanten wohl zu trennen v
dem Bemühen um die Rettung des einzelnen Deutschen. Sie verwechselte
nicht das deutsche Volk mit seinen nazistischen Verderbern. Und sie fand
ein zutiefst brüderliches Verhältnis zu denjenigen deutschen Patrioten
die an ihrer Seite mit den gleichen Waffen für die gleiche Sache kämpfte
den Sturz des Hitlerregimes, für die Beendigung des Krieges und d
Befreiung aller vom Faschismus unterjochten Völker, darunter Frankreich
und Deutschlands, sowie für die Errichtung einer friedliebenden, wahrha
demokratischen deutschen Republik.

Als in den Jahren 1940/41 die ersten deutschen Antifaschisten in d
„Deutsche Arbeit“ einbezogen wurden, wirkten, unter völlig anderen E
dingungen, mitten im Krieg, im besetzten und besiegt Frankreich, a
gesichts der Tatsache, daß die Kommunistischen Parteien Deutschlan
und Frankreichs am härtesten verfolgt wurden und die größten Opf
im antifaschistischen Widerstandskampf auf sich nahmen, in tiefster Il
galität die Traditionen von 1923 weiter!

Nachdem die erschütternde Tatsache bekannt geworden war, daß m
den hundert als „Geiseln“ am 15. Dezember 1941 auf dem Mont Valéri
erschossenen französischen Patrioten auch Gabriel Péri, der Kampfgefähr
Marcel Cachins, ermordet worden war, wandten sich österreichische u
deutsche Kommunisten in einem Flugblatt in deutscher und französisch
Sprache an die Wehrmachtsangehörigen in Frankreich, um sie von d
Mord an diesem großen Freund der deutschen Arbeiterklasse zu unt
richten, der auch für ihre eigenen Interessen sein Leben hingegeben hat
In dem Aufruf hieß es: „Der kommunistische Abgeordnete Gabriel P
hat vor 20 Jahren viele Monate im französischen Gefängnis verbracht, w
er ... gegen die Besetzung der Ruhr ... für das deutsche Volk gegen
französischen Imperialisten kämpfte. Hitler ließ Péri ermorden, weil
für das französische Volk gegen die deutschen Imperialisten kämpfte.“

Die Hitlersche Lüge vom „Kampf gegen die französischen Plutokraten“
wurde mit dem Hinweis entlarvt, daß sich die deutschen und die fran

ischen Imperialisten längst geeinigt hatten, um das französische und das deutsche Volk besser ausbeuten und unterdrücken zu können. „Verständigungspolitik“ mit den französischen Plutokraten – Hinrichtungspelotons für das französische Volk, das ist der Krieg Hitlers. Verständigung und Freundschaft der Völker, das war der Kampf und das Leben Gabriel Vérois.“ Und das Flugblatt der KPD und KPÖ schloß mit dem Appell: „Helfen wir heute dem französischen Volke, sich zu befreien, damit es uns morgen hilft, nach der Niederlage Hitlers ein freies, glückliches Deutschland zu erbauen!“¹⁶

Der Patriotismus der Kommunisten paarte sich mit echtem Internationalismus, dem hohen Prinzip der proletarischen Kampf-moral, das sich auch im okkupierten Frankreich in mutigem Handeln und in unerschrockenem Sterben, in Heldentum und menschlicher Größe bewährte. Sie waren verbunden waren die Antifaschisten verschiedener Nationen, die sich in Frankreich befanden, vor allem durch ihre Treue zur Sowjetunion, dem obersten Gesetz des proletarischen Internationalismus. Deshalb beflügelte auch alle Mitstreiter der T. A. – ob Franzosen, Österreicher, Polen, Italiener, Tschechoslowaken, Deutsche, Spanier, Ungarn, Rumänen, Jugoslawen und Angehörige anderer Nationen – das Bewußtsein, mit ihren Kräften und Möglichkeiten einen, wenn auch bescheidenen Beitrag zur Entlastung der Sowjetarmee zu leisten. Viele von ihnen hätten lieber mit der Waffe in der Hand in einer Partisanenformation gekämpft, unmittelbar an Störungs- und Schädigungsaktionen teilgenommen, als bei der geduldigen, mühen und komplizierten Kleinarbeit mitzuwirken wie beispielsweise: Sendungen des Moskauer Rundfunks, des Deutschen Volkssenders, des Senders „Freies Deutschland“ abzuhören, die Texte aufzunehmen, Flugblattentwürfe zu schreiben, diese auf Matrizen zu bringen und abzuziehen oder sie zu drucken, die Flugschriften zu transportieren, zu verbreiten, Gespräche mit deutschen Soldaten anzuknüpfen, Hitlergegner unter ihnen vorsichtig herauszufinden und zu gewinnen, sie als Mitstreiter zu instruieren, in deutschen Werkstätten und Verwaltungsstellen als „trojanisches Pferd“ im Reparaturdienst, als Dolmetscher usw. Verbindungen herzustellen und Informationen, die für die Widerstandskämpfer wichtig waren, zu sammeln. Die so eingesetzten Widerstandskämpfer bekamen, bei Wahrung der strengsten Konspiration, nur bei gelegentlichen Treffs mit einzelnen, im gleichen Apparat arbeitenden Kameraden und Genossen die Stärke des großen antifaschistischen Kollektivs unmittelbar zu spüren.

Diese Arbeit stellte strenge Anforderungen und brachte ständig eine hohe Gefährdung mit sich. Aber sie mußte getan werden, und viel ist noch zu erforschen, um die ganze Breite, um Schwierigkeiten, Erfolge und das Heldentum dieser in die „Höhle des Löwen“ eindringenden Bewegung kennenzulernen. Es ist eine Aufgabe gerade der deutschen Teilnehmer an der französischen Résistance, den unerschrockenen Einsatz französischer Patrioten bei der deutschsprachigen Agitation im okkupierten Frankreich der

¹⁶ IML, Archiv.

Öffentlichkeit in Deutschland zugänglich zu machen. Hierfür ein Beispiel: Als unmittelbar nach der Kapitulation des belgischen Königs und seiner Oberkommandos am 28. Mai 1940 und während der Evakuierung der deutschen Truppen aus Frankreich (Dünkirchen, 26. Mai bis 4. Juni 1940) auch die durch die Schuld der französischen Regierung und des Generalstabes ungenügend ausgerüsteten und desorientierten französischen Truppen den Norden des Landes fast kampfflos aufgeben mußten, wurde am 31. Mai 1940 die Industriestadt Lille von den Hitlertruppen besetzt. In Lille, eine französische Patriotin und Funktionärin der Kommunistischen Partei Frankreichs, Martha Desrumeaux¹⁷, berichtete uns kürzlich, wie sie nach dem Auftrag der Parteiführung sofort begann, die Propagandatätigkeit und die Aktivitäten der Angehörigen der deutschen Wehrmacht im Département Nord zu organisieren:

„Ich begann in Lille Mitarbeiter zu suchen. Manche Genossen standen dieser Aufgabe zunächst verständnislos gegenüber und fragten, ob das mit einer solchen Arbeit etwas erreicht werden könnte. Aber bald fand ich vor allem junge Kommunisten, die sich mit Begeisterung bereit erklärten, sich dieser Aufgabe zu widmen. Es bildete sich eine Organisation heraus, die sich hauptsächlich auf junge Bergarbeiter stützte. Nach und nach schlossen wir eine Leitung, der die Genossin Martha Desrumeaux und die Genossen Emile Pallniz – er wurde dann verhaftet, ist aber glücklicherweise zurückgekehrt –, Louis Lallemand und Henri Fivier angehörten.

Die Mehrzahl unserer jungen Kampfgefährten wurde in deutsche Dienststellen untergebracht. Sie arbeiteten vorwiegend in Garagen der Wehrmacht und benutzten alle Möglichkeiten, die faschistische Kriegsmaschine zu sabotieren. Sie beschädigten Motoren, streuten Zucker in Treibstoff und gewannen für diese Aktionen andere französische Patrioten. Wir erzogen sie dazu, zwischen den deutschen Werktätigen und der faschistischen Führung zu unterscheiden; denn das war die Voraussetzung für eine antifaschistische Aufklärung unter den Soldaten. Um unsere Arbeit zu beginnen, mußten Menschen gefunden werden, die die deutsche Sprache beherrschten, Flugblätter verfassen oder übersetzen konnten. Hierfür wählten wir den parteilosen Geschäftsmann Clément, der bis zu seiner Verhaftung von uns verfaßte Flugblätter übersetzte und uns außerdem seine Wohnung als Treffpunkt zur Verfügung stellte. Durch den inzwischen verstorbenen Genossen Siméon Lerois wurden die Flugschriften vervielfältigt.

¹⁷ Martha Desrumeaux, Textilarbeiterin, schloß sich in früher Jugend der KPD an. Unermüdlich und beispielgebend organisierte sie große Streikämpfe der Textilarbeiterinnen für höhere Löhne und bessere Lebensbedingungen. Im Konzentrationslager Ravensbrück genoß sie die Liebe und Achtung der Frauen aller Nationen. Sie hielt die Verbindung zwischen den politischen Kämpferinnen der verschiedenen Nationen aufrecht. Um ihre aufopferungsvolle Tätigkeit besser ausführen zu können, erlernte sie im KZ die deutsche Sprache. (Vgl. Die Frauen von Ravensbrück, Berlin 1959, S. 126.)

fältigt. Das erste Flugblatt wurde im Juni 1940 herausgegeben. Monatlich wurden 500 Exemplare abgezogen und verteilt. Diese Arbeit wurde bis Ende des Krieges fortgesetzt.

Im ersten Flugblatt wurde erläutert, daß der Einfall der Naziwehrmacht in Frankreich ein ungerechter Krieg war, daß trotz der vorübergehenden Erfolge der Nazis die unterdrückten Völker den Sieg erringen würden, daß die deutschen Soldaten für eine verlorene Sache kämpften. Dann wurde gesagt: Ihr seid jung, Ihr kennt die wahren Hintergründe des Krieges nicht. Hitler hat Euch getäuscht, wenn er Euch vorspiegelte, für deutschen Lebensraum' zu kämpfen.

In den Flugblättern wurde, vor allem nach dem Hitlerschen Überfall auf die Sowjetunion, die wahre Situation beschrieben, so beispielsweise nach der Niederlage der deutschen Armee vor Moskau, und die Unbesiegbarkeit der Roten Armee wurde nachgewiesen. In jeder Ausgabe wurde auf eine der jüngsten Aktionen der Partisanen in unserem Gebiet eingegangen und den deutschen Soldaten erläutert, warum die französischen Patrioten Widerstand leisten und daß sie damit eine nationale Pflicht erfüllen. Es wurde erklärt, warum Lebensmittelzüge angegriffen werden mußten, weil nämlich die französische Bevölkerung infolge der Ausplünderung Frankreichs hungern müsse. Wir brachten auch immer Aktionslosungen wie: Brüder, geht zurück in Eure Heimat! — oder: ‚Leistet Widerstand, schließt Euch uns an!‘

Die Flugblätter wurden an Feldpostadressen verschickt, über Kasernenmauern oder in stationierte Fahrzeuge befördert, an Plätzen abgelegt, wo sich Soldaten aufzuhalten pflegten, und auf andere Weise verbreitet. Wir brachten sie auch, unter großen Strapazen und Gefahren, in unseren Fahrradsatteln versteckt, bis nach Calais und Boulogne.

Es ist anzunehmen, daß der sofortige Beginn und die regelmäßige Fortführung der Aufklärungsarbeit dazu beitrugen, daß es in Lille bereits 1940 zu Desertionen kam⁴⁸; wenn ich auch hierüber weder Namen noch Zahlen angeben kann, so waren derartige Fälle doch ziemlich zahlreich; viele aus der Wehrmacht entwichene Soldaten wurden allerdings gefangen genommen und in der Kaserne Vandame in Lille, die als Wehrmachtsgefängnis eingerichtet wurde, inhaftiert. Vermutlich lagen dort jeweils hundert und auch mehr Soldaten. Es kam auch vor, daß es Soldaten gelang, aus diesem Gefängnis zu entweichen. Manche von ihnen wurden von Einwohnern mit Zivilkleidung versorgt und versteckt und einige durch die

⁴⁸ Es muß hier erwähnt werden, daß die Aufforderung zur Desertion nicht im Mittelpunkt der Wehrmachtsaufklärung stand. Vielmehr wurde in der deutschsprachigen Agitation erläutert, daß und wie der Wehrmachtsangehörige innerhalb einer Einheit kleine Widerstandsgruppen und Zentren der Aufklärung bilden könne und was der einzelne tun müsse, um in diesem Rahmen zu helfen, die Front der Hitlergegner zu stärken. Für die Ostfront wurde allerdings auch in Frankreich immer wieder die Losung ausgegeben, die Waffen zu strecken und überzulaufen, um das Leben für Deutschland zu retten. In Frankreich wurde diese Losung nach Beginn des nationalen Aufstandes mit der Aufforderung verbunden, sich den kämpfenden französischen Patrioten anzuschließen.

Widerstandsbewegung ins Maquis zu Partisaneneinheiten gebracht. Ab
bisher ist uns über das weitere Schicksal all dieser Soldaten nichts bekannt.

Auch wissen wir noch nicht, ob und wie viele Soldaten, durch unsere Auf-
klärung und Information berührt, selbst innerhalb ihrer Einheiten als
Antifaschisten gewirkt haben. Aber wir wußten immer, trotz furchtbarer
Opfer, die unser Kampf forderte, daß dieser ein Beitrag zur Befreiung
der Völker vom Faschismus war, und boten daher all unsere Kraft auf.

Das ist der Bericht einer französischen Patriotin, einer Arbeiterin und
Widerstandsheldin, die Vorbild im Kampf war und blieb, wo immer die
Partei sie hinstellte. Martha Desrumeaux hat nach der Befreiung ihrer
Heimat, nach ihrer Rückkehr aus der Hölle von Ravensbrück erfahren,
wie viele der Besten ihrer Gruppe, weil sie Deutsche für Deutschland zu
retten trachteten, von Hitlerfaschisten ermordet wurden. Hier die erschü-
tternde Aufzählung der Opfer dieser ersten Organisation, die an der illegalen
deutschsprachigen Aufklärungsarbeit, die, über ganz Frankreich verbreitet
stattfand, teilnahmen:

„Joseph Hentgès — Mitglied der Leitung, der Älteste der Gruppe, wurde
am 12. April 1942 im Alter von 60 Jahren erschossen.

Julien Sarrazin — Kämpfer der Internationalen Brigaden in Spanien, vor-
er ein Bein verloren hatte. Er verbreitete Flugschriften in Flandern. Am
13. Juli 1942 wurde er, 28 Jahre alt, erschossen.

Georges Renard — bewahrte illegales Material auf und verbreitete Flug-
blätter. Er wurde, 40 Jahre alt, am 21. Januar 1942 erschossen.

Gaston Sans, Hélios Sans — am gleichen Tage geboren, gemeinsam als
Jungarbeiter eingefahren, arbeiteten sie zusammen unter der deutschen
Wehrmacht und wurden am gleichen Tage, 19 Jahre alt, verhaftet und
erschossen.

Roger Miellet — 23 Jahre alt, wurde am 19. Januar 1944 ermordet.

Pablowski — ein polnischer Genosse, wurde im Alter von 21 Jahren
ermordet.

Jules Bridou — 23 Jahre alt, rechtzeitig gewarnt, konnte er vor der C
stapo flüchten, wurde aber aufgespürt und tödlich verwundet.

André Bridou — Jules' Bruder, wurde im Alter von 21 Jahren am
12. April 1943 erschossen.

Germinal Martel — 21 Jahre alt, am 15. Februar 1943 verhaftet und
später erschossen.

Willi Dubois — Lehrer, 1912 geboren, konnte aus deutscher Kriegsgefa-
ngenschaft entkommen und reihte sich in die Widerstandsbewegung ein.
Er sorgte für die Verteilung der Flugblätter. 1942 verhaftet, verstarb
in der Deportation.

Germain Delettres — 29 Jahre alt, wurde am 5. Dezember 1941 verhaftet
und erschossen.

Clément — der Übersetzer der Gruppe. Im August 1941 verhaftet und
deportiert. Über sein weiteres Schicksal ist nie etwas bekannt geworden.

⁴⁹ Bericht von Martha Desrumeaux, IML, Archiv.

René Denys — ebenso wie der italienische Genosse *Euselio Ferrari* — zu den Aktivisten der Gruppe zählend. Beide wurden am 16. Februar 1942 in einem Haus in Lille von 300 französischen und deutschen Polizeikräften umzingelt. Um von Euselio abzulenken, verließ René das Haus. Er verteidigte sich mit der Waffe, erlag der Übermacht der Faschisten und rettete damit, wenn auch nur für kurze Zeit, Euselio das Leben. Dieser wurde einige Tage später gestellt; er konnte noch zwei Faschisten niederschießen, bevor er ermordet wurde.²⁰

Unvergessen sind diese jungen Helden, die bewußt ihren patriotischen Befreiungskampf mit dem Ringen um den einzelnen Soldaten der faschistischen Wehrmacht, der ihr glühender Haß galt, verbanden. Ihre Taten und ihr Sterben stehen für die Worte von Maurice Thorez ein, der anläßlich des zehnten Jahrestages der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik in Berlin erklärte: „Aber selbst in den dunkelsten Tagen haben die französischen Arbeiter niemals das deutsche Volk mit seinen Henkern verwechselt. Sie wußten immer, daß sie in Deutschland Brüder im Kampf und im Sehnen hatten.“²¹ So halfen französische Patrioten, daß ein neues Deutschland erstehe, ein Deutschland des Friedens und der Brüderlichkeit, von dem nie mehr ein Krieg gegen das französische Volk ausgehen wird. Dieses Deutschland verkörpert heute die Deutsche Demokratische Republik. Die Bevölkerung Frankreichs erkennt immer mehr, daß im ersten deutschen Friedensstaat die Ziele und Hoffnungen der antifaschistischen Widerstandsbewegung des zweiten Weltkrieges voll verwirklicht wurden. Wir möchten ganz besonders den Angehörigen der hier genannten unvergessenen Freiheitskämpfer von Lille sagen, daß, so schmerzlich und so groß die Opfer der Résistance waren, sie nicht vergeblich gebracht wurden. Wir erinnern sie an die Worte unseres unvergeßlichen Präsidenten Wilhelm Pieck, die er in seiner Neujahrsbotschaft zum Jahreswechsel 1957/58 an das französische Volk richtete: „Möge das französische Volk nie vergessen, daß diejenigen, die ... unter Einsatz ihres Lebens als treue Sozialisten und Internationalisten an der Seite der französischen Patrioten gekämpft haben, heute in der Deutschen Demokratischen Republik an der Spitze der Regierung, der Wirtschaft und der bewaffneten Kräfte stehen, dann weiß es auch immer, welcher deutsche Staat der wahre Freund des französischen Volkes ist.“²²

Die Solidarität, die das französische Volk und die Werktätigen der Deutschen Demokratischen Republik verbindet, hat also feste Grundlagen, die weiter entwickelt und ausgebaut werden müssen.

Darum schließen wir uns den entschlossenen und zahlreichen Protestkundgebungen gegen die Stationierung von Einheiten der Bundeswehr in Frankreich, gegen die vierte Invasion, an: Deutsche Militärstiefel dürfen nie wieder über die französische Erde stampfen, in der die Helden der fran-

²⁰ Ebenda.

²¹ Nach dem französischen Originaltext, IML, Archiv.

²² Veröffentlicht in: France Nouvelle, 1958, Nr. 638. Deutscher Originaltext im IML, Archiv.

zösischen Résistance ruhen! Zu ihnen gehören auch deutsche Antifaschisten, die, als sie an der Seite der französischen Partisanen die faschistischen Eindringlinge verjagten, in den Maquis von Armagnac und Lozère, von Chalabre und Saône-et-Loire, von Haute Vienne und Aude, von Dordogne und vielen anderen Regionen fielen oder die in Marseille, Nantes, Lyon, Paris und anderen Städten in die blutigen Hände der Gestapo gerieten und erschlagen oder hingerichtet wurden. Auch in ihrem Namen erheben wir von neuem unsere Stimme: Heraus aus Frankreich mit den deutschen Militaristen und ihren Truppen!

Zu den leitenden Kräften der DDR, die für die Freundschaft des französischen und des deutschen Volkes kämpften, gehören nicht nur Antifaschisten und Widerstandskämpfer, die in Deutschland, in der Sowjetunion, in den okkupierten Ländern oder in Zuchthäusern und Konzentrationslagern ihren heroischen Kampf gegen Nazismus und Krieg führten, sondern auch manche ehemaligen Soldaten und Offiziere der faschistischen Wehrmacht, die durch die antifaschistische Aufklärungsarbeit und eigene bittere Erfahrungen während des Krieges mit dem Nazismus gebrochen und den Weg in die Reihen der Widerstandskämpfer gefunden haben. Sie sind ein lebendiger Beweis dafür, daß keine Mühe und kein Opfer für die Aufklärungsarbeit umsonst waren. Sie helfen heute mit, den deutschen Militarismus, der im Westen Deutschlands, nicht zuletzt durch die Begünstigung des französischen Imperialismus, wieder hochgezüchtet wurde, zu bändigen. Und auch in Westdeutschland gibt es eine wachsende Bewegung der Arbeiterklasse und von Patrioten verschiedener Schichten, die, ebenso wie das französische Volk, entschlossen sind, keine Neuaufgabe der faschistischen Aggression gegen andere Völker mehr zuzulassen. Die Erfahrung gemeinsamer solidarischer Kämpfe, die Erinnerung an 1923 und an die Résistance im zweiten Weltkrieg mögen dazu beitragen, daß sich die deutsche und die französische Arbeiterklasse, daß sich unsere Völker immer fester zusammenfinden, um auf immer Militarismus, Faschismus und Krieg zu verbannen und als brüderliche Nachbarn in Frieden zu leben. Dafür kämpften und starben die Fünfzehn von Lille. Und darum werden ihr Beispiel und ihr Andenken immer lebendig bleiben.

Neue Fakten zur Geschichte des „Manifests der Kommunistischen Partei“*

Das „Manifest der Kommunistischen Partei“ ist in die Geschichte eingegangen als das erste wissenschaftliche Programm der internationalen kommunistischen Bewegung, als das wichtigste Parteidokument des von Marx und Engels begründeten Bundes der Kommunisten. Einige wesentliche Momente in der Geschichte dieses hervorragenden Werkes sind jedoch bis heute noch nicht hinlänglich geklärt.

Wie Engels in seinen letzten Lebensjahren in einem seiner Gespräche berichtete, verfaßten Marx und er, bevor sie an die gemeinsame Ausarbeitung des Manifests der Kommunistischen Partei gingen, noch vor dem zweiten Kongreß des Bundes der Kommunisten, jeder für sich einen eigenen Entwurf zum Programm des Bundes.¹ Der Engelssche Entwurf ist uns überliefert unter der Bezeichnung „Grundsätze des Kommunismus“, über den Marxschen Entwurf aber ist bis heute nichts bekannt. Auch im Zusammenhang mit dem Entwurf von Engels entstehen eine Reihe von Fragen, die der wissenschaftlichen Untersuchung bedürfen. Wenn wir uns dem bekannten Brief zuwenden, den Engels am 13./24. November 1847 an Marx richtete, so lesen wir folgendes: „Überleg Dir doch das Glaubensbekenntnis etwas. Ich glaube, wir tun am besten, wir lassen die Katechismusform weg und titulieren das Ding: Kommunistisches Manifest. Da darin mehr oder weniger Geschichte erzählt werden muß, paßt die bisherige Form gar nicht. Ich bringe das Hiesige mit, das ich gemacht habe, es ist einfach erzählend, aber miserabel redigiert, in fürchterlicher Eile.“² Aus den angeführten Worten ist ersichtlich, daß Engels auf die Form der Fragen und Antworten verzichten wollte; indessen ist der überlieferte Text der „Grundsätze des Kommunismus“ in der Form von Fragen und Antworten gehalten.

Es ist aber unbekannt geblieben, ob Engels seine Absicht verwirklichte und es folglich tatsächlich eine zweite Fassung der „Grundsätze des Kommunismus“ gibt, d. h. ihre Darlegung in erzählender Form.

1948 äußerten wir in einem Artikel über das „Manifest der Kommunistischen Partei“³ die Vermutung, daß es zwei Fassungen der „Grundsätze des Kommunismus“ geben müsse: die erste, bekannte, in der Form von Fragen und Antworten, und eine zweite, nicht erhalten gebliebene, in erzählender Form. Zu-
gleich wurde in diesem Artikel der Versuch unternommen, den ungefähren Inhalt des nicht erhalten gebliebenen „Glaubensbekenntnisses“ — des Entwurfs des Programms des Bundes der Kommunisten, der in London nach dem ersten Kongreß des Bundes vom Zentralkomitee ausgearbeitet wurde — wiederherzustel-

* Übersetzt aus: Nowaja i nowejschaja istorija, 1960, Nr. 2, S. 117–126.

¹ Vgl. Eduard Bernstein: Karl Marx und sein Lebenswerk. In: Der Wahre Jakob, 7. März 1908.

² Karl Marx/Friedrich Engels: Ausgewählte Briefe, Dietz Verlag, Berlin 1953, S. 55/56.

³ Vgl. Woprossi istorii, 1948, Nr. 10, S. 61–87.

len. Wir behaupteten insbesondere, daß die in dem Protokollbuch erhalten gebliebene Aufzeichnung von vier Punkten (in der Form von Fragen und Antworten) ein Bruchstück dieses „Glaubensbekenntnisses“ darstellt. Diese Vermutung durfte der Bestätigung, die, wie wir zu beweisen versuchen werden, unlängst durch die Entdeckung der schwedischen Broschüre „Über das Proletariat und seine Befreiung durch den wahren Kommunismus“⁴ gegeben wurde. Auf dem Titelblatt der Broschüre ist als Jahr der Herausgabe das Jahr 1847 angegeben. Das Datum ihrer Abfassung aber kann man aus dem in ihr enthaltenen Hinweis ersehen: „... der bemerkenswerte Versuch, den ikarischen Kommunismus einzuführen ... , wird im Laufe des nächsten Jahres, 1848, unternommen werden.“⁵ Die Broschüre wurde also auch im Jahre 1847 geschrieben. Die Ermittlung der Datierung der Bestandteile der Broschüre erlaubt dabei festzustellen, daß sie nicht vor Mitte Dezember 1847 entstanden sein kann.⁶

Der Verfasser der Broschüre ist nirgends angegeben, jedoch läßt sich seine Person aus speziellen Arbeiten zur Geschichte des Sozialismus in Schweden ermitteln. So erklärt der schwedische Historiker J. G. Henriksson-Holmberg, daß ihr Verfasser Per Götrek (1798-1876) ist.⁷ Ausführlichere Angaben über ihn macht Ivar Vennerström, ein Historiker zur Geschichte des Sozialismus in Schweden.⁸ Andere schwedische Historiker, z. B. Gerhardt Magnusson,⁹ wenden in der Regel die Angaben Vennerströms.

Wie man auf Grund dieser Arbeiten feststellen kann, spielte Per Götrek in der Geschichte der frühen sozialistischen Bewegung in Schweden eine ziemlich bedeutende Rolle. Nach Abschluß der Universität erhielt er den Titel eines Magisters; bald wurde er als Verfasser einer Reihe sozialistischer Werke, Übersetzer, Herausgeber und Buchhändler bekannt. In den zwanziger Jahren des 19. Jahrhunderts war Götrek eifriger Saint-Simonist. 1831 gab er auch das Buch „Die Religion der Zukunft, entdeckt von Saint-Simon“ heraus, veröffentlichte er eine andere Arbeit analogen Inhalts. Nach Meinung von Vennerström begann sich Götrek in den dreißiger Jahren lebhaft für die Ideen von Charles Fourier zu interessieren. Anfang der vierziger Jahre wurde er begeisterter Anhänger der Ideen von Etienne Cabet, 1846 übersetzte er das „Kommunistische Credo“ und andere seiner Werke ins Schwedische.

Zugleich nahm Götrek aktiv an der Arbeit der Bildungszirkel teil, die im vierziger Jahren unter den Handwerkern und Arbeitern in den großen Städten Schwedens entstanden. Ein solcher Zirkel wurde erstmalig im Oktober 1847 in Stockholm auf Initiative der Handwerksgesellen Rengulot und Trägel gegründet.¹⁰ Dem Charakter seiner Tätigkeit nach war der Zirkel im großen und ganzen eine Kopie des Londoner Kommunistischen Arbeiterbildungsvereins.

⁴ Om proletariat och dess befrielse genom den sanna kommunismen, Stockholm 1847.

⁵ Ebenda, S. 10.

⁶ In der Broschüre sind die „Grundsätze des Kommunismus“ von Friedrich Engels verwandt worden, die von der Zentralbehörde des Bundes der Kommunisten nach dem zweiten Kongreß, der seine Arbeit etwa am 10. Dezember 1847 beendet, an die unteren Organisationen versandt wurden.

⁷ Vgl. J. G. Henriksson-Holmberg: Socialismen i Sverige 1770-1886, Stockholm 1901, S. 124-126, 136-137.

⁸ Vgl. Ivar Vennerström: Svenska utopister, Stockholm 1913, S. 125-167.

⁹ Vgl. Gerhardt Magnusson: Socialdemokratien i Sverige, Stockholm 1920, S. 22.

¹⁰ Vgl. J. G. Henriksson-Holmberg: Socialismen i Sverige 1770-1886, Stockholm 1901, S. 162.

Es ist nicht verwunderlich, denn man kann annehmen, daß die Organisatoren und Führer des Stockholmer Bildungsvereins gut über die Tätigkeit ihres Londoner Prototyps unterrichtet waren, dem sie wahrscheinlich früher, während des Aufenthalts in England, angehört hatten. Unter der Mitgliedschaft des Londoner Arbeiterbildungsvereins wie auch der Gemeinden des Bundes der Gerechten (im Juni 1847 zum Bund der Kommunisten umgestaltet) gab es neben Vertretern anderer Nationalitäten auch viele schwedische Arbeiter. Nach der Rückkehr in ihr Land organisierten sie überall geheime Gemeinden des Bundes und legale Bildungsvereine. So schrieb beispielsweise Karl Schapper in einem seiner Briefe an Marx: „Unsere Mitglieder, die von hier abgereist sind, finden sich in ihrer Mehrheit in Frankreich, Deutschland, Skandinavien und England; dank ihnen können wir Korrespondentenkomitees in Hamburg, Magdeburg, Leipzig, Berlin, Königsberg, Göttingen, Kopenhagen, Havre und anderen Städten schaffen.“¹¹ Jedoch hat Schapper hier bei weitem nicht alle Städte angeführt, in denen Gemeinden des Bundes bestanden, beispielsweise in Mainz und Amsterdam. Zu den nicht genannten Städten kann man auch Stockholm zählen, an dessen Bildungsverein Götrek, der Schneider Forcelle und Pastor Ignel aktiv mitwirkten, die unter den Mitgliedern dieser legalen Organisation ihre Ansichten propagierten. Hinter den Kulissen dieser Organisation gab es zweifellos eine geheime Gemeinde des Bundes der Gerechten, die nach seiner Reorganisation entstandenen Bundes der Kommunisten; ein Mitglied dieser Gemeinde war auch Götrek. Über Forcelle ist ferner bekannt, daß er in den vierziger Jahren oft in Paris und London weilte, wo er in kommunistischen Kreisen verkehrte und wahrscheinlich mit Funktionären des Bundes der Gerechten Verbindung hatte.¹² Er war ein entschiedener Gegner der Vereinigung kommunistischer Ideen mit christlich-religiösen Anschauungen, die die Pastor Ignel im Bildungsverein propagierte. Forcelle schrieb eine spezielle Arbeit gegen die Lehren Ignels und bat Götrek, diesen Artikel unter den Mitgliedern des Vereins zu verbreiten. In seinem Aufsatz nennt sich Forcelle Kommunist, er weist die Angriffe der Gegner des Kommunismus zurück und verurteilt scharf die Versuche Ignels, die Ideen des Kommunismus und des Christentums zu vereinen. Der Artikel Forcelles wurde von Götrek auf der Versammlung des Bildungsvereins am 21. Februar 1847 verlesen.¹³

Fast für alle diese schwedischen utopischen Sozialisten und Kommunisten — mit Ausnahme, wie bereits vermerkt, Forcelles — war die Vereinigung der Ideen des utopischen Sozialismus und des Urchristentums charakteristisch — eine Erscheinung, die für die Anfangsstufe des sozialistischen Denkens in fast allen Ländern Westeuropas kennzeichnend ist. Es ist nur natürlich, daß diese Besonderheit in dem ökonomisch rückständigen Schweden, das in wirtschaftlicher, politischer und kultureller Hinsicht gegenüber den kapitalistisch entwickelten Ländern Westeuropas eine Art ferner Provinz darstellte, noch stärker zur Erscheinung treten mußte.

Der Stockholmer Bildungsverein vergrößerte sich zahlenmäßig unaufhörlich; Vorabend der Revolution von 1848 belief sich die Zahl seiner Mitglieder auf 1500, in den Jahren 1848/49 auf 1236 und in den Jahren 1849/50 auf 1693. Der Verein verfügte über eine Bibliothek mit 3000 Bänden. Obwohl er — ebenso wie ähnliche Bildungsvereine — formal der politischen Tätigkeit fernstand,

Brief Karl Schappers an Karl Marx, 17. Juli 1846. In: Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der KPdSU, Zentrales Parteiarchiv, F. 20, Nr. 84 (Rückübers.). Vgl. J. G. Henriksson-Holmberg: *Socialismen i Sverige 1770–1886*, S. 156–162. Vgl. ebenda, S. 159.

stellte er faktisch ein Element der Vereinigung der sozialistischen Organisationen, sie sich in Schweden im Jahre 1850 herausbildete, dar.¹⁴

Götrek nahm auch an der Tätigkeit der Skandinavischen Gesellschaft, Mitte der vierziger Jahre entstand, aktiv teil. In dieser Organisation, die hauptsächlich mit der Propagierung der Ideen des friedlichen utopischen Kommunismus beschäftigte, nahm er eine führende Stellung ein. Nach den revolutionären Aktionen vom 18.—21. März 1848 wurde Götrek vor das Obere Polizeigericht zitiert; da aber er und seine Anhänger als Verfechter des friedlichen utopischen Kommunismus nicht an diesen Ereignissen teilgenommen hatten, wurden sie nicht zur gerichtlichen Verantwortung gezogen.¹⁵ Im Zusammenhang mit dieser Episode teilt Magnusson mit, daß Götrek, der in größerem Maße als Fourier oder Saint-Simon von dem naiven Glauben durchdrungen war, allein durch Propaganda jeden Menschen, selbst aus den höchsten Schichten der Gesellschaft, von der Notwendigkeit des Kommunismus überzeugen zu können, den natürlich ergebnislosen Versuch machte, sogar ihn verhörenden Polizeimeister Bergman zu seinen Auffassungen zu bekehren.

Wenn Götrek auch bis zum Ende seines Lebens an den Positionen des utopischen Kommunismus festhielt, so ist sein großes Verdienst doch die Zusammenstellung der erwähnten Broschüre, die neben cabetistischen Anschauungen auch einzelne Thesen des wissenschaftlichen Kommunismus propagierte. Götrek verwandte in ihr die „Grundsätze des Kommunismus“ von Engels offensichtlich zusammen mit einigen anderen Dokumenten, die nur unter Mitgliedern des Bundes der Kommunisten im Geheimen verbreitet wurden in seine Hände geraten waren. Das finden wir in der Broschüre selbst bestätigt, in der es heißt: „Die deutschen Kommunisten, denen sich Skandinavier angeschlossen haben, unterscheiden sich von den obenerwähnten ikarischen Kommunisten nur in unbedeutenden Details, aber keineswegs in den Prinzipien.“¹⁷ Götrek spricht also hier nicht allein in seinem Namen, sondern in Namen aller skandinavischen Kommunisten, die, wie er sagt, sich den deutschen Kommunisten, das heißt dem Bund der Kommunisten, angeschlossen hatten. Die Broschüre ist so ein äußerst wertvolles Dokument, da sie auf die Existenz von Gemeinden des Bundes der Kommunisten in Schweden hinweist, über die früher nichts bekannt war, und auch die ideologischen Strömungen aufzeigt, die die schwedischen Gemeinden des Bundes beeinflussen.

Eine Analyse der Broschüre Götreks zeigt, daß er umfangreiche Auszüge aus den „Grundsätzen des Kommunismus“ von Engels aufgenommen hat. So wird der Text der Broschüre Götreks dem uns überlieferten Text der Arbeit Engels gegenüber:

¹⁴ Vgl. ebenda, S. 157.

¹⁵ Vgl. Gerhard Magnusson: Socialdemokratien i Sverige, S. 21—22.

¹⁶ Vgl. ebenda.

¹⁷ Om proletariatet . . ., S. 10.

Neue Fakten über das „Kommunistische Manifest“

P. Götrek

Über das Proletariat und seine
Befreiung durch den wahren
Kommunismus

Das Proletariat ist die Klasse der Gesellschaft, die ausschließlich von der Arbeit und nicht vom Gewinn irgendeines Kapitals lebt; es ist die Klasse, deren Wohl oder Wehe, deren Leben und Tod infolgedessen von dem Wechsel der guten und schlechten Geschäftszeiten abhängt, die, mit einem Wort, von der zunehmenden oder abnehmenden Konkurrenz abhängt.

(S. 3)

Arme und arbeitende Klassen hat es zu allen Zeiten gegeben; auch waren die Arbeitenden fast immer Armen, aber Proletarier hat es es immer gegeben, ebensowenig wie die Konkurrenz immer frei war.

(S. 3)

Das Proletariat ist entstanden durch die Einführung der Maschinen, die in der Mitte des 18. Jahrhunderts entstanden wurden, von denen die wichtigsten sind: die Dampfmaschinen, Spinnmaschinen und die mechanischen Webstühle.

Diese Maschinen, welche recht teuer waren und also nur von reichen Personen angeschafft werden konnten, verdrängten die bisherigen Arbeiter, da man mittels der Maschinen die Waren zu besseren Preisen und schneller liefern konnte, als es für die damaligen Arbeiter mit ihren unvollkommenen Spinnrädern und Webstühlen möglich war. Die Maschinen wirkten dadurch die wichtigsten Ereignisse der Industrie gänzlich in die Hände der großen Kapitalisten und wirkten, daß das wenige Eigentum der Arbeiter, das hauptsächlich aus Werkzeugen, Webstühlen und anderem bestand, völlig wertlos wurde, so daß der Kapitalist alles für sich behalten konnte und den Arbeiter nichts übrig ließ.

Damit war das Fabrikssystem eingeführt.

F. Engels

Grundsätze des Kommunismus
(Karl Marx/Friedrich Engels: Werke,
Bd. 4, Dietz Verlag, Berlin 1959)

Das Proletariat ist diejenige Klasse der Gesellschaft, welche ihren Lebensunterhalt einzig und allein aus dem Verkauf ihrer Arbeit und nicht aus dem Profit irgendeines Kapitals zieht; deren Wohl und Wehe, deren Leben und Tod, deren ganze Existenz von der Nachfrage nach Arbeit, also von dem Wechsel der guten und schlechten Geschäftszeiten, von den Schwankungen einer zügellosen Konkurrenz abhängt.

(S. 363)

Arme und arbeitende Klassen hat es immer gegeben, auch waren die arbeitenden Klassen meistens arm. Aber solche Armen, solche Arbeiter, die in den eben angegebenen Umständen lebten, also Proletarier, hat es nicht immer gegeben, ebensowenig wie die Konkurrenz immer frei und zügellos war.

(S. 363)

4. Frage: Wie ist das Proletariat entstanden?

Antwort: Das Proletariat ist entstanden durch die industrielle Revolution, welche in der letzten Hälfte des vorigen Jahrhunderts in England vor sich ging und welche sich seitdem in allen zivilisierten Ländern der Welt wiederholt hat. Diese industrielle Revolution wurde herbeigeführt durch die Erfindung der Dampfmaschine, der verschiedenen Spinnmaschinen, des mechanischen Webstuhls und einer ganzen Reihe anderer mechanischer Vorrichtungen.

Diese Maschinen, welche sehr teuer waren und also nur von großen Kapitalisten angeschafft werden konnten, veränderten die ganze bisherige Weise der Produktion und verdrängten die bisherigen Arbeiter, indem die Maschinen die Waren wohlfeiler und besser lieferten, als die Arbeiter sie mit ihren unvollkommenen Spinn-

Sobald die Kapitalisten erkannten, wie vorteilhaft dieses System für sie war, versuchten sie es auf immer weitere Arbeitszweige auszudehnen. Sie teilten die Arbeit immer mehr unter die Arbeiter auf, so daß die Arbeiter, die früher jeder ein ganzes Stück Arbeit gemacht hatten, jetzt nur einen Teil dieses Stückes machten. Dadurch wurde der Arbeiter selbst wie eine Maschine verwandelt, und durch die so verteilte und vereinfachte Arbeit konnte man die Produkte schneller und infolgedessen zu billigeren Preisen als früher herstellen. Schließlich fand man, daß die organischen Maschinen, die Arbeiter, in den meisten Fällen gegen mechanische ausgetauscht werden konnten, so daß in nahezu jedem Arbeitszweig Maschinen angewandt werden konnten. Sobald nun ein Arbeitszweig maschinenmäßig betrieben wurde, fiel er, ganz wie früher die Spinnerei und die Weberei, in die Hände der großen Kapitalisten, und dem Arbeiter wurde der letzte Rest von Selbständigkeit entzogen. So sind wir nach und nach dahin gekommen, daß fast alle Arbeitszweige, besonders in England, Frankreich, Deutschland und Amerika, fabrikmäßig betrieben werden.

Dadurch ist der bisherige Mittelstand, besonders der kleine Handwerksmeister, mehr und mehr ruiniert und die frühere Lage des Arbeiters gänzlich verändert worden, und es sind zwei neue Klassen entstanden, die allmählich alle die übrigen verschlingen, nämlich:

1. die Klasse der großen Kapitalisten, die in allen in industrieller Hinsicht fortgeschrittenen Ländern fast ausschließlich im Besitz aller zur Aufrechterhaltung des Lebens notwendigen Mittel wie auch der zu ihrer Erzeugung nötigen Mittel (Maschinen, Fabriken, Werkstätten) ist. Dies ist die Klasse, die *Bourgeois* oder *Bourgeoisie* genannt wird;

2. die Klasse der Besitzlosen, die gezwungen ist, ihre Arbeit der Klasse

der großen Kapitalisten zu verkaufen. Diese Maschinen liefen dadurch die Industrie gänzlich in die Hände der großen Kapitalisten, die das wenige Eigentum der Arbeiter (Werkzeuge, Webstühle) völlig wertlos, so daß die Kapitalisten bald alles in ihre Hände nahmen und die Arbeiter nichts übrig behielten. Damit war in der Verfertigung von Kleidungsstoffen das Fabrikssystem eingeführt . . . Die Arbeiter wurden immer mehr unter die Hände eines Arbeiters geteilt, so daß der Arbeiter, der früher ein ganzes Stück Arbeit gemacht hatte, jetzt nur einen Teil dieses Stückes machte. Diese Verteilung der Arbeit machte es möglich, daß die Produkte schneller und billiger wohlfeiler geliefert werden konnten. Sie reduzierte die Tätigkeit jedes Arbeiters auf einen sehr einfachen, jeden Augenblick wiederholbaren mechanischen Handgriff, der nicht ebenso gut, sondern noch viel besser durch eine Maschine gemacht werden konnte. Auf diese Weise gerieten diese Industriezweige, einer nach dem andern, unter die Herrschaft der Dampfkraft, der Maschinerie und des Fabriksystems, gerade wie die Spinnerei und Weberei. Damit gerieten sie aber zugleich vollständig in die Hände der großen Kapitalisten, und den Arbeitern wurde auch hier der letzte Rest von Selbständigkeit entzogen . . .

Dadurch ist der bisherige Mittelstand, besonders die kleinen Handwerksmeister, mehr und mehr ruiniert, die frühere Lage der Arbeiter gänzlich umgewälzt und zwei neue Klassen allmählich alle übrigen verschlingen, den Klassen geschaffen worden, nämlich:

- I. Die Klasse der großen Kapitalisten, welche in allen zivilisierten Ländern schon jetzt fast ausschließlich im Besitz aller Lebensmittel- und zur Erzeugung der Lebensmittel nötigen Rohstoffe und Instrumente (Maschinen, Fabriken) sind. Die

Bourgeois zu verkaufen, nur die zu ihrem Unterhalt nötigen Mittel zu erhalten. Aber weil die beiden Parteien bei diesem Handel zueinander nicht in gleicher Stellung stehen, sondern die Vorteile immer auf Kosten der Bourgeoisie liegen, müssen auch die Besitzlosen den von der Bourgeoisie vorgeschlagenen schlechten Bedingungen fügen. Diese von der Bourgeoisie abhängige Klasse heißt die Klasse der Proletarier oder, wie oben erwähnt, das Proletariat.

(S. 3—5)

Laßt uns nun den Proletarier mit dem seiner nächsten Anverwandten vergleichen: dem Sklaven, dem Leibeigenen und dem Handwerker.

Der Sklave ist ein für allemal verkauft; der Proletarier muß sich täglich und stündlich selbst verkaufen. Der Sklave ist Eigentum eines einzelnen Herrn; er hat gerade deshalb eine gesicherte Existenz, so elend sie auch sein mag. Der Proletarier ist sozusagen Sklave der ganzen Klasse der Bourgeoisie und nicht eines einzigen Herrn und hat deshalb keine gesicherte Existenz, weil keiner seine Arbeitskraft kauft, der ihrer nicht bedarf. Der Sklave gilt für eine Sache, nicht für ein Mitglied der bürgerlichen Gesellschaft. Der Sklave kann also eine bessere Existenz haben als der Proletarier, aber der letztere steht in jeder Hinsicht auf einer höheren Entwicklungsstufe. Der Sklave befreit sich, indem er Proletarier wird und indem er von allen Eigentumsverhältnissen nur das Verhältnis der Sklaverei aufhebt. Der Proletarier kann nur befreit werden, indem er das Privateigentum im allgemeinen abschafft.

(S. 5—6)

Der Leibeigene hat gegen Abgabe eines größeren oder kleineren Teils seines Ertrages das Besitzrecht über ein Stück Boden, also über ein Produktionsinstrument. Der Proletarier arbeitet auch mit Produktionsinstrumenten, die einem anderen gehören,

die Klasse der Bourgeois oder die Bourgeoisie.

II. Die Klasse der gänzlich Besitzlosen, welche darauf angewiesen sind, den Bourgeois ihre Arbeit zu verkaufen, um dafür die zu ihrem Unterhalt nötigen Lebensmittel zu erhalten. Diese Klasse heißt die Klasse der Proletarier oder das Proletariat.

(S. 363—365)

7. Frage: Wodurch unterscheidet sich der Proletarier vom Sklaven?

Antwort: Der Sklave ist ein für allemal verkauft; der Proletarier muß sich täglich und stündlich selbst verkaufen. Der einzelne Sklave, Eigentum eines Herren, hat schon durch das Interesse dieses Herrn eine gesicherte Existenz, so elend sie sein mag; der einzelne Proletarier, Eigentum sozusagen der ganzen Bourgeoisieklasse, deren seine Arbeit nur dann abgekauft wird, wenn jemand ihrer bedarf, hat keine gesicherte Existenz. Diese Existenz ist nur der ganzen Proletarierklasse gesichert. Der Sklave steht außerhalb der Konkurrenz, der Proletarier steht in ihr und fühlt alle ihre Schwankungen. Der Sklave gilt für eine Sache, nicht für ein Mitglied der bürgerlichen Gesellschaft; der Proletarier ist als Person, als Mitglied der bürgerlichen Gesellschaft anerkannt. Der Sklave kann also eine bessere Existenz haben als der Proletarier, aber der Proletarier gehört einer höheren Entwicklungsstufe der Gesellschaft an und steht selbst auf einer höheren Stufe als der Sklave. Der Sklave befreit sich, indem er von allen Privateigentumsverhältnissen nur das Verhältnis der Sklaverei aufhebt und dadurch selbst erst Proletarier wird; der Proletarier kann sich nur dadurch befreien, daß er das Privateigentum überhaupt aufhebt.

(S. 366)

8. Frage: Wodurch unterscheidet sich der Proletarier vom Leibeigenen?

Antwort: Der Leibeigene hat den Besitz und die Benutzung eines Produktionsinstrumentes, eines Stückes Boden, gegen Abgabe eines Teils des

der ihm für seine Arbeit einen durch die Konkurrenz bestimmten größeren oder kleineren Anteil vom Produkt abtritt. *Der Anteil des Arbeiters wird in beiden Fällen durch seine eigene Arbeit bestimmt, also hinsichtlich des Leibeigenen von ihm selbst, aber hinsichtlich des Proletariats wird er auch und vornehmlich durch die Konkurrenz, also letztlich durch die Bourgeoisie bestimmt.* Der Leibeigene hat eine gesicherte Existenz, der Proletarier hat sie nicht. Der Leibeigene wird befreit, indem er entweder von seinem Feudalherren freigegeben wird oder auch, indem er ihn verjagt und im ersten Fall Proletarier und im letzteren selbst Eigentümer wird, also selbst in die Konkurrenz eintritt und sich der besitzenden, privilegierten Klasse anschließt. Der Proletarier wird nur befreit, indem jedes Besitzrecht, jede Konkurrenz und alle Klassenunterschiede aufgehoben werden.

(S. 5)

Ertrages oder gegen Leistung von Arbeit. Der Proletarier arbeitet Produktionsinstrumenten eines anderen für Rechnung dieses andern, gegen Empfang eines Teils des Ertrages. Leibeigene gibt ab, dem Proletarier wird abgegeben. Der Leibeigene hat eine gesicherte Existenz, der Proletarier hat sie nicht. Der Leibeigene steht außerhalb der Konkurrenz, der Proletarier steht in ihr. Der Leibeigene befreit sich, entweder indem er in die Städte entläuft und dort Handwerker wird oder indem er statt Arbeit für Produkten Geld an seinen Gutsherrn gibt und freier Pächter wird oder indem er seinen Feudalherren verjagt und selbst Eigentümer wird, kurzum er auf eine oder die andere Weise in die besitzende Klasse und in die Konkurrenz eintritt. Der Proletarier befreit sich, indem er die Konkurrenz des Privateigentums und alle Klassenunterschiede aufhebt.

(S. 5)

Diese Gegenüberstellung zeigt uns nicht nur, daß Götrek in schwedischer Übersetzung umfangreiche Auszüge aus der Arbeit von Engels wörtlich wiedergegeben hat, sondern auch, wie man aus der von uns hervorgehobenen Stelle am Schluß des Textes der Broschüre schließen kann, daß er nicht die uns überlieferte Fassung der „Grundsätze des Kommunismus“ benutzte, sondern eine vollständigeren Text. Die von uns hervorgehobene Stelle aus der Broschüre Götrek kann unseres Erachtens nicht von Götrek selbst verfaßt sein, ihrem Inhalt und ihrem Stil nach läßt sie sich allein Engels zurechnen.

Noch bemerkenswerter ist folgender Umstand. In der schwedischen Broschüre finden wir Antworten auf Fragen, die in dem uns bekannten Text „Grundsätze des Kommunismus“ lediglich gestellt sind. So folgt in dem überlieferten Manuskript von Engels nach der 9. Frage: „Wodurch unterscheidet sich der Proletarier vom Handwerker?“ eine Auslassung, da unsere Antwort auf diese Frage bisher unbekannt geblieben ist.¹⁸ Wenden wir uns aber der schwedischen Broschüre zu, so finden wir in ihr eine Antwort, deren Inhalt und Form mit Sicherheit darauf schließen lassen, daß sie von Engels stammt und offenbar einer zweiten, wahrscheinlich in erzählender Form geschriebenen Variante der „Grundsätze des Kommunismus“ entnommen. Diese Antwort lautet:

„Der Handwerker, der von vornherein meist kein anderes Kapital als seine Arbeitsfähigkeit und Arbeitskraft besitzt, gehört deshalb in Wirklichkeit zum Proletariat, aber bleibt gewöhnlich nur eine gewisse Zeit Proletarier. Sein Ziel ist es, selbst Kapital zu erwerben, um dadurch einmal seinerseits die Ar-

¹⁸ Vgl. Karl Marx/Friedrich Engels: Werke, Bd. 4, S. 367.

raft anderer benutzen zu können. Dieses Ziel kann er oft schnell genug dort erreichen, wo es noch eine Zunft gibt, oder wo die Gewerbefreiheit noch nicht zur fabrikmäßigen Betreibung des Handwerks und dadurch zu einer lebhaften Konkurrenz geführt hat. Aber sobald das Fabrikwesen auch in die handwerklichen Berufe eingeführt wird und die Konkurrenz in voller Blüte steht, verbleicht sich diese Aussicht, und der Handwerker wird immer mehr zum Proletarier. Der Handwerker befreit sich, indem er entweder unter günstigen Bedingungen Bourgeois wird oder überhaupt zum Mittelstand übergeht oder sich näher ans Proletariat, d. h. mehr oder weniger unbewußt der fortschrittlichen kommunistischen Bewegung anschließt, weil er durch ungünstige Konkurrenzbedingungen meistens Proletarier bleiben muß.“¹⁹

In dem erhalten gebliebenen Manuskript der „Grundsätze des Kommunismus“ ist die 22. Frage: „Wie wird die kommunistische Organisation sich zu den bestehenden Nationalitäten verhalten?“ ohne Antwort geblieben. Nach dieser Frage finden wir von unbekannter Hand den Vermerk „bleibt“.²⁰ Die schwedische Broschüre aber enthält auch auf diese Frage eine Antwort. Allerdings ist sie etwas verworren formuliert, was man einer ungeschickten Übersetzung Götreks zuschreiben kann. Dennoch wird, stellt man die in der Broschüre gegebene Formulierung ungeachtet ihrer Unvollkommenheit der entsprechenden Stelle im „Manifest der Kommunistischen Partei“ gegenüber, völlig klar, daß der Verfasser der schwedischen Broschüre diese von ihm etwas entstellte Antwort zweifellos bei Engels entlehnt hat. In der Broschüre Götreks heißt es:

„Was die *Nationalität* betrifft, wird sie bei den Völkern, die durch das Prinzip der Gemeinsamkeit vereint werden, durch diese Vereinigung ebenso sehr gezwungen sein, sich zu vermischen und aufzuheben, wie die verschiedenen Stände und Standesunterschiede durch die Aufhebung ihrer Ursache, des Privateigentums, fortfallen werden.“²¹

Die im „Manifest der Kommunistischen Partei“ zu dieser Frage gegebene Formulierung bezeugt, wenn sie auch mit der Interpretation Götreks nicht ganz identisch ist, nichtsdestoweniger die Bekanntschaft des Verfassers der schwedischen Broschüre mit einer der Quellen des „Manifests“, d. h. den Engelsschen Grundsätzen des Kommunismus“.

„In dem Maße, wie die Exploitation des einen Individuums durch das andere aufgehoben wird, wird die Exploitation einer Nation durch die andere aufgehoben.“

Mit dem Gegensatz der Klassen im Innern der Nation fällt die feindliche Eilellung der Nationen gegeneinander.“²²

Die Tatsache, daß sich in der Broschüre Antworten auf einige Fragen der Grundsätze des Kommunismus“ finden, die in dem bislang veröffentlichten Dokument ohne Antwort geblieben sind, zeugt davon, daß hier ein *vollständiger* Text der „Grundsätze des Kommunismus“ als der uns überlieferte verändert wurde. Sie erlaubt es, mit einem großen Grade von Wahrscheinlichkeit eine Schlußfolgerung zu ziehen, daß wir es hier mit der *zweiten bisher unbekannten Fassung* der Arbeit von Engels zu tun haben, die möglicherweise – wie das Engels in dem oben zitierten Brief an Marx mitteilte – in *erzählender* Form geschrieben war. Darin besteht unseres Erachtens die größte Bedeutung der Broschüre von Götrék.

¹⁹ Om proletariatet ..., S. 6–7.

²⁰ Karl Marx/Friedrich Engels: Werke, Bd. 4, S. 377.

²¹ Om proletariatet ..., S. 14–15.

²² Karl Marx/Friedrich Engels: Werke, Bd. 4, S. 479.

Die Broschüre „Über das Proletariat und seine Befreiung durch den wahren Kommunismus“ ist auch dadurch bemerkenswert, daß in ihr der Text Paragraphen 15, 18, 19 und 20 des uns nicht überlieferten sogenannten „Glaubensbekenntnisses“ angeführt ist. Die Geschichte dieses Dokuments, ersten Versuchs der Führer des in der zweiten Hälfte der dreißiger Jahre 19. Jahrhunderts entstandenen Bundes der Gerechten, selbständig ein Programm des Bundes aufzustellen, ist — kurz gesagt — folgende: Wilhelm Weitling in der frühen Etappe des Bestehens des Bundes in dessen Tätigkeit eine bedeutende Rolle spielte, legte 1845 den Londoner Gemeinden des Bundes und dem Londoner Arbeiterbildungsverein eine Reihe von Fragen vor, deren Beantwortung nach ihrer Bestätigung durch die Mehrheit der Mitglieder dieser Organisation offensichtlich das Programmdokument des Bundes der Gerechten ergeben sollte. Ende 1845 widersprachen die Antworten der Mitglieder des Arbeiterbildungsvereins im allgemeinen den Anschauungen Weitlings erheblich. Im Januar 1846 lehnte der Verein es ab, die von Weitling gestellten Fragen weiter zu diskutieren. Die Führer des Bundes der Gerechten in London gaben jedoch, wie das die Adresse der neuen Führung des Bundes — der Volkshalle — vom November 1846 zeigt, nicht den Gedanken auf, ein eigenes „Glaubensbekenntnis“ auszuarbeiten.²³

In den Diskussionen über die Programfrage konnte die Führung des Bundes sich anschaulich von der mangelnden theoretischen Einheit im Bund überzeugen. Die Volkshalle selbst stand noch stark unter dem Einfluß des deutschen kleinbürgerlichen „wahren Sozialismus“ und arbeitete ein in die Geistes gehaltenes Programm aus; im Bund gab es noch viele Weitlingianer, Cabetisten, Proudhonisten und Anhänger anderer Richtungen des utopischen Sozialismus. Dabei standen die theoretischen Anschauungen der Führung des Bundes in scharfem Widerspruch zu den sozialen Entwicklungsbedingungen in England und zu den Erfahrungen des Klassenkampfes des englischen Proletariats, die sie aber unbedingt berücksichtigen mußten. Marx und Engels, seit Mitte 1846 mit den Führern des Bundes der Gerechten — Schapper, Proudhon u. a. — ständig korrespondierten, kritisierten in ihren Briefen systematisch all die utopischen und sektiererischen Richtungen innerhalb des Bundes.

In dieser Situation begannen die Anschauungen von Marx und Engels immer stärkeren Einfluß auf die leitenden Funktionäre des Bundes auszuüben.

Im Januar 1847 beschloß die Volkshalle, wie bekannt, Joseph Moll nach Basel zu Marx und Engels zu schicken, um diese zu bitten, an der Reorganisation des Bundes der Gerechten, der Schaffung des Bundes der Kommunisten und der Ausarbeitung seines Programms mitzuwirken. Jedoch war die Führung des Bundes ungeachtet der mit Marx und Engels getroffenen Vereinbarung weiterhin bemüht, mit eigenen Kräften ein Programm auszuarbeiten. In der neuen Adresse, die die Volkshalle den unteren Organisationen im Februar 1847 zuleitete, wurden die folgenden drei Fragen zur Diskussion gestellt:

- „1. Was ist der Kommunismus und was wollen die Kommunisten?
2. Was ist Sozialismus und was wollen die Sozialisten?
3. Auf welche Weise kann die Gemeinschaft am schnellsten und leichtest eingeführt werden?“²⁴

Bis zum ersten Kongreß des Bundes der Kommunisten im Juni 1847 gelang es den Führern des reorganisierten Bundes der Gerechten, wie das aus

²³ Vgl. Demokratisches Taschenbuch für das deutsche Volk, Leipzig 1849, S. 283.

²⁴ Ebenda, S. 296—297.

Leitartikel in der Probenummer der „Kommunistischen Zeitschrift“ hervor-²⁵ hebt, aber nicht, ein eigenes Programmdokument vorzubereiten. Dieses Dokument wurde erst nach dem Kongreß ausgearbeitet, und es besteht Grund zu der Annahme, daß Friedrich Engels und Wilhelm Wolff, die Delegierte auf diesem Kongreß waren, an ihm in gewissem Maße mitgewirkt haben. Darauf weist die Tatsache hin, daß einige uns überlieferte Paragraphen aus dem „Glaubensbekenntnis“ den entsprechenden Punkten der „Grundsätze des Kommunismus“ von Engels erstaunlich nahekommen.²⁶ So fällt § 15 mit dem Anfang der Antwort auf die 18. Frage bei Engels zusammen; § 18 mit dem ersten und teilweise mit dem vierten Punkt der 18. Frage; § 19 mit dem achten Unterpunkt derselben 18. Frage und schließlich § 20 mit der 21. Frage bei Engels.²⁷

Danach versandte die Zentralbehörde des Bundes der Kommunisten ihren Entwurf des „Glaubensbekenntnisses“ an alle unteren Organisationen mit der Aufforderung, ihn an Ort und Stelle zu diskutieren und Vorschläge und Entwürfe zur Programmfrage einzureichen. Auf diese Weise wurden ein und dieselben Punkte des „Glaubensbekenntnisses“ gleichzeitig in den Gemeinden des Bundes der Kommunisten sowohl in London wie in Paris und Stockholm und in vielen anderen Städten erörtert. Es ist nicht erstaunlich, daß die erwähnten Paragraphen in der schwedischen Broschüre Aufnahme fanden; was auch unsere Annahme bestätigt, daß diese Paragraphen einen Teil des uns nicht überlieferten vollständigen Textes des Londoner „Glaubensbekenntnisses“ darstellen. Ist doch die Broschüre selbst nichts anderes als das Ergebnis der Erörterung des „Glaubensbekenntnisses“, der Engelsschen „Grundsätze des Kommunismus“ und anderer Dokumente zur Programmfrage durch die schwedischen Gemeinden des Bundes. Darüber hinaus hatten die schwedischen Kommunisten auch die Probenummer der „Kommunistischen Zeitschrift“ und Werke des utopischen Sozialisten Etienne Cabet zur Verfügung.

Die Broschüre Götreks, die absichtlich ohne Angabe des Namens des Verfassers veröffentlicht wurde, ist offensichtlich eben der spezielle Programmentwurf des Bundes der Kommunisten, den die um Götrek gruppierten schwedischen Mitglieder des Bundes nach der Erörterung der aus London geschickten Dokumente aufstellten. Alle oben angeführten Quellen fanden in der Broschüre ihre Widerspiegelung. So enthält sie größere Auszüge aus dem in der „Kommunistischen Zeitschrift“ veröffentlichten Leitartikel „Proletariat“, in dem die Herkunft des Proletariats wie auch dieser Begriff selbst erklärt werden.²⁸

Die Broschüre zeigt auch den Einfluß einzelner Thesen des „wahren Sozialismus“ auf die schwedischen Mitglieder des Bundes der Kommunisten. So schreibt Götrek zur Erklärung des Unterschiedes zwischen Individualismus und Kommunismus (diese Gegenüberstellung von Individualismus und Kommunismus ist für die „wahren Sozialisten“ typisch):

„Der Individualismus trennt die Persönlichkeit von der Sippe und bezieht alles auf sich selbst (Egoismus), spricht von *mein und dein* und opfert das Gemeinsame im Interesse des Privaten. Daher: Haß, Veruneinigung, Feindschaft, allgemeines Elend, modernes Heidentum.

²⁵ Vgl. Kommunistische Zeitschrift, Probeblatt, Nr. 1, London, September 1847, S. 5.

²⁶ Den Text dieser vier Punkte vgl. in den Auszügen aus dem Protokollbuch des Arbeiterbildungsvereins, der das „Glaubensbekenntnis“ im Oktober/November 1847 erörterte. In: Archiv für die Geschichte des Sozialismus und der Arbeiterbewegung, Hsg. von Carl Grünberg, 8. Jg., Leipzig 1919, S. 393–394.

²⁷ Vgl. Karl Marx/Friedrich Engels: Werke, Bd. 4, S. 372–377.

²⁸ Vgl. Kommunistische Zeitschrift, S. 2.

Der *Kommunismus* vereint die Persönlichkeit mit der Sippe und bezieht auf die Gesellschaft (die Gemeinschaft) spricht von dem *Unseren* und opfert das Private im Interesse des Gemeinsamen. Daher: Vereinigung, Frieden, brüderliche Liebe, allgemeines Wohl, wahres Christentum.²⁹

Das Spiel mit den Worten „Individualismus“ und „Egoismus“, die Geüberstellung von Persönlichkeit und Sippe, die philanthropischen Phrasen „brüderlicher Liebe“, „allgemeinem Wohl“ usw. — alles das ist dem Arsedes „wahren Sozialismus“ entlehnt. Der Einfluß dieser Richtung läßt sich auf anderen Seiten dieser Broschüre feststellen.³⁰

Den größten Einfluß auf die Mitglieder der schwedischen Gemeinden Bundes der Kommunisten hatten jedoch, wie man aus der Broschüre schließen kann, die Anschauungen Cabets. Die Einleitung der Broschüre (S. 1–2) faßt der gesamte zweite Teil (ab S. 11) legen mehr oder weniger wörtlich Thesen Cabets dar. Im Anhang zur Broschüre findet sich das 1847 herausgegebene „Manifest“ Cabets, das alle seine Anhänger auffordert, nach Übersee zu emigrieren und dort ikarische kommunistische Gemeinden zu gründen, in voller Übereinstimmung mit Cabet betont Götrek die Einheit von Kommunismus und christlicher Religion, den friedlichen, pazifistischen Charakter des Kommunismus. Er betont seine Solidarität mit dem ikarischen Kommunismus und erklärt, daß sich die Anschauungen seiner Anhänger und die der ikarischen Kommunisten nur in unbedeutenden Details unterscheiden. Weiter schreibt er: „Wir sind für die Emanzipation des Proletariats durch den wahren Kommunismus und wir werden die früher beschriebene kommunistische Bewegung erörtern, auf friedlichem Wege die Reform unserer gegenwärtigen Gesellschaftsordnung zu erreichen.“³¹ Schließlich besteht der gesamte dazu folgende Teil der Broschüre faktisch aus der wörtlichen Wiedergabe oder einer Darlegung von Thesen Cabets. In den Arbeiten Cabets „Kommunistisches Credo“, „Warum ich Kommunist bin“ u. a. Es ist nur natürlich, daß im Verlauf der weiteren Entwicklung des Bundes der Kommunisten die Mitglieder der schwedischen Gemeinden sich entweder vom Cabetismus trennten und auf die Positionen des wissenschaftlichen Kommunismus stellten oder aber den Bund verließen.

Es ist bemerkenswert, daß Götrek aus der Arbeit von Engels vorwiegend jenen Teil entlehnte, der eine ökonomische Analyse der bürgerlichen Gesellschaft und der Lage des Proletariats gibt, dabei aber fast alles wegließ, auf die Schlußfolgerungen des Marxismus hinsichtlich der proletarischen Revolution hinweist. Bei Cabet dagegen entlehnte er die gesamte Begründung für die friedliche Ausrichtung der kommunistischen Bewegung und die Thesen vom Zusammenhang des Kommunismus mit der Religion, dem Christentum. Auf diese Weise sind in der Broschüre eklektisch zwei prinzipiell entgegengesetzte Programme vereinigt, was anschaulich von der theoretischen Heterogenität und der völligen Unklarheit über die Ziele der Arbeiterbewegung zeigt, die wichtigsten Mittel, sie zu erreichen, zeugt, die unter den schwedischen Mitgliedern des Bundes der Kommunisten vor der Veröffentlichung des „Manifests der Kommunistischen Partei“ herrschte.

Dennoch ist diese Broschüre ein äußerst wichtiges Dokument. Ihre große Bedeutung besteht darin, daß sie erlaubt, einige Teile des uns nicht überlieferten „Glaubensbekenntnisses“ der Londoner Zentralbehörde des Bundes zu rekonstruieren und — vor allem — mit großer Wahrscheinlichkeit die Existenz eines

²⁹ Om proletariatet . . . , S. 2.

³⁰ Vgl. ebenda, S. 8–9, 12, 15 u. a.

³¹ Ebenda, S. 10.

Neue Fakten über das „Kommunistische Manifest“

ständigeren Textes der Engelsschen Arbeit „Grundsätze des Kommunismus“ festzustellen und einige ihrer Teile, die uns bislang unbekannt waren, zu produzieren. Die Broschüre weist ferner auf das Bestehen von Gemeinden des Bundes der Kommunisten in Schweden hin, eine Tatsache, die bislang unbekannt war, und zeigt die ideologischen Strömungen, die auf diese Gemeinden Einfluß ausübten.

Daß die schwedischen Gemeinden die Beschlüsse des zweiten Kongresses des Bundes der Kommunisten anerkannten, daß sie ferner in gewissem Maße mit den Ideen des „Manifests der Kommunistischen Partei“ übereinstimmten, bezeugt insbesondere die Tatsache, daß schon im Jahre 1848, dem Jahr des Erscheinens des deutschen Originals, eine schwedische Übersetzung dieses Programmdokuments des wissenschaftlichen Kommunismus erschien. Die Übersetzung ist gleichfalls von Götrek vorgenommen worden.

Untersuchen wir einige Besonderheiten dieser seltenen Ausgabe. Götrek erbat sich, in der Übersetzung den Titel „Manifest der Kommunistischen Partei“ durch einen eigenen Titel zu ersetzen: „Kommunistische Stimme, Deklaration der Kommunistischen Partei, veröffentlicht im Februar 1848“. Auf dem Titelblatt der schwedischen Ausgabe wurde die historische Losung von Marx und Engels: „Proletarier aller Länder, vereinigt euch!“, die das Prinzip des proletarischen Internationalismus kennzeichnet, weggelassen und durch den religiösen Ausspruch ersetzt: „Die Stimme des Volkes — die Stimme Gottes“.³² Dies charakterisiert hinlänglich klar die Ansichten des Übersetzers als Anhänger der Vereinigung der christlichen Religion mit den utopischen kommunistischen Anschauungen Cabets, der zu ihrer Begründung gleichfalls oft zum Christentum Zuflucht nahm. Die Losung von Marx und Engels wurde auch in den Fußzeilen des „Manifests“ weggelassen, möglicherweise aus Furcht vor politischen Verfolgungen.

In der Vorbemerkung zum „Manifest“, wo es heißt, daß das Manifest auf Beschluß des Kongresses „in englischer, französischer, deutscher, italienischer, spanischer und dänischer Sprache veröffentlicht wird“, setzte Götrek die Worte „und jetzt auch in schwedischer“ hinzu.³³ Auf Seite 24 der schwedischen Ausgabe findet ein ganzer Absatz über den historisch vergänglichen Charakter der Produktionsverhältnisse und der Eigentumsformen weggelassen. Vereinzelt finden sich ernsthafte Druckfehler. So heißt es am Ende des zweiten Kapitels, wo von gesprochen wird, daß das Proletariat seine politische Herrschaft dazu benutzen muß, alle Produktionsinstrumente in den Händen des Staates zu zentralisieren, in der schwedischen Ausgabe statt „zentralisieren“ „neutralisieren“.

Im Schlußabsatz des „Manifests“ ersetzte Götrek die Worte „durch den gewaltsamen Umsturz aller bisherigen Gesellschaftsordnung“ durch die zahnlose Formulierung „durch die radikale Reorganisation“, obgleich er weiter oben die These des „Manifests“ von der Notwendigkeit der revolutionären Gewalt beibehielt. Offensichtlich gelangte Götrek zu einer solchen Veränderung des Textes des „Manifests“ sowohl aus von Vorsicht diktierten Überlegungen als auch deshalb, weil gewisse Teile dieses Textes seinen eigenen Ansichten widersprachen.

Ungeachtet der erwähnten Abweichungen und Ungenauigkeiten, muß man anerkennen, daß die Herausgabe des „Manifests der Kommunistischen Partei“

³² Kommunismens Röst. Förklaring ar det Kommunistiska Partiet offentliggjord Februari 1848, Stockholm 1848.

³³ Ebenda, S. 1.

in schwedischer Sprache schon im Jahre 1848 ein großer Verdienst Göts gegenüber der sozialistischen und Arbeiterbewegung seines Landes war. Hand dieser Tatsachen überzeugen wir uns davon, daß trotz der cabetistischen und anderen utopischen Anschauungen schon im Jahre 1848 durch die reichen verworrenen Labyrinth der sozialistischen Bewegung das Licht wissenschaftlichen Kommunismus zu den schwedischen Arbeitern drang, widerlegt nochmals anschaulich die Behauptung der bürgerlichen und teils der sozialdemokratischen Geschichtsschreibung, daß das „Manifest der kommunistischen Partei“ unmittelbar nach seinem Erscheinen keinerlei Verbreitung erfahren habe und wenig bekannt gewesen sei.³⁴

Nichts ist tendenziöser als diese Behauptung. „Das Manifest hat einen eigenen Lebenslauf gehabt“, sagte Engels im Vorwort zur deutschen Ausgabe von 1892: „Im Augenblick seines Erscheinens (wurde es) von der damals noch wenig reichlichen Vorhut des wissenschaftlichen Sozialismus enthusiastisch begrüßt, die in der ersten Vorrede angeführten Übersetzungen beweisen) . . .“³⁵

³⁴ Vgl. beispielsweise Gustav Mayer: Friedrich Engels, Bd. I, Haag 1934, S. 288.

³⁵ Karl Marx/Friedrich Engels: Ausgewählte Schriften in zwei Bänden, Bd. I, 1959, Verlag, Berlin 1959, S. 19.

KAREL PICHlíK

Deutsche und tschechische Soldaten in der österreichisch-ungarischen Armee im Kampf gegen den Krieg und die Monarchie 1914 — 1915

Der vorliegende Artikel beruht auf den Arbeiten des Verfassers über den Kampf der tschechischen Soldaten gegen den ersten imperialistischen Weltkrieg und die Habsburger Monarchie.¹ Neben dem Kampf der tschechischen Soldaten soll zugleich geschildert werden, wie sich die in dieselben Uniformen gesteckten deutschen Arbeiter und Bauern Böhmens und Mährens an diesem Kampf beteiligten.

Der Kampf der tschechischen Soldaten selbst hatte im Verlauf des ersten Weltkrieges unterschiedlichen Charakter und kann in verschiedene Perioden unterteilt werden.

Getragen vom Haß des tschechischen Volkes gegen seine nationalen Unterdrücker, gegen das Habsburger Regime, überwogen in der ersten Periode (1914—1915) der Antikriegsbewegung die nationalen Momente. Die Bewe-

¹ Bojovali proti válce (Sie kämpften gegen den Krieg), Prag 1953. — Vzpouzdění pěšího plukuv červnu 1918 (Der Aufstand des 71. Infanterieregiments im Juni 1918), Prag 1956. — Přechod pražského 28. pěšího pluku do ruského zajetí 3. dubna 1918 (Der Übergang des Prager 28. Infanterieregimentes in die russische Gefangenschaft am 3. April 1918), Prag 1959. — Protirakouský a protiválečný boj v českých jednotkách rak. — uher. armády v letech 1914—1915 (Der Kampf der tschechischen Truppen der österreichisch-ungarischen Armee gegen Krieg und Monarchie in den Jahren 1914 bis 1915), z. Zt. in Druck.

Zum gemeinsamen Kampf deutscher und tschechischer Soldaten

er spontan, ohne Führung und ohne Ziel. Die Erfolglosigkeit dieses Kampfes und die damaligen Siege der Mittelmächte ließen Ende 1915 und 1916 eine Station eintreten. Unter dem Einfluß der revolutionären Ereignisse in Rußland gannen im Frühjahr 1917 sowohl im Hinterland als auch in der Armee wieder Massenkämpfe aufzuflammen. Wenngleich auch noch spontan, nahm diese Bewegung schon entschiedenere Formen an. Die Kämpfe bekamen im wesentlichen einen sozialen Inhalt, die nationalistischen Züge gingen zurück.

Eine grundlegende Wende im Kampf gegen den Krieg und die Habsburger Monarchie trat mit der siegreichen Großen Sozialistischen Oktoberrevolution in Rußland ein. Friedenssehnsucht, nationale Befreiung verschmolzen in einem wichtigen revolutionären Strom.

Unter dem Einfluß der Ideen der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution entwickelte sich dieser Kampf gegen den Krieg und die nationale und soziale Unterdrückung im Jahre 1918 in drei Etappen.

Die erste Etappe war mit dem Generalstreik im Januar 1918 verbunden. Hier trat zum erstenmal das revolutionäre Proletariat machtvoll in Erscheinung. Dieser Generalstreik fand auch in der Armee einen unmittelbaren Widerhall, vor allem unter den Matrosen, wo er in dem ruhmreichen Aufstand der Matrosen von Cattaro gipfelte.

Die zweite Etappe fällt in die Zeit der Sommermonate 1918. Das erneute aufflammen des Kampfes der Volksmassen im Hinterland und die Heimkehr der Gefangenen aus Sowjetrußland führte bei den Truppen zu Meutereien und einer Reihe von Aufständen. In allen Fällen waren die „Heimkehrer“ die Organisatoren und Führer dieser Kämpfe.

Die dritte Etappe begann im Oktober 1918 mit dem entschiedenen Auftreten der unterdrückten Klassen und Nationen innerhalb der Monarchie. Die österreichisch-ungarische Armee an der italienischen Front brach restlos zusammen, und der unaufhaltbare und rasche Zerfall des Habsburger Reiches setzte ein.

In allen diesen drei Etappen kämpften oft deutsch-böhmische und tschechische Soldaten der österreichisch-ungarischen Armee nebeneinander.

Über 20 Prozent der Mannschaften der österreichisch-ungarischen Armee krutierten sich aus den böhmischen Ländern, wobei sich diese Truppen aus Tschechen und Deutschen zusammensetzten. Es gab sogar einige Einheiten, in denen die Tschechen in der Minderheit waren. 1911 gab es in der österreichisch-ungarischen Armee 14 Infanterieregimenter, 8 Feldjägerbataillone, 20 Artillerieregimenter sowie 11 weitere Truppeneinheiten, die sich aus deutsch-tschechischen Mannschaften zusammensetzten. Darüber hinaus gab es noch 1 Infanterieregiment, 1 Feldjägerbataillon, 3 Artillerieregimenter und weitere 3 Truppeneinheiten, deren Angehörige deutscher, tschechischer und polnischer Nationalität waren². Im Kriege kämpften also Deutsche und Tschechen nebeneinander.

Die wechselseitigen Beziehungen zwischen den tschechischen und deutschen Mannschaften haben sich im Laufe des ersten Weltkrieges dramatisch entwickelt und verändert. Vor allem galt es, die nationalen Vorbehalte zwischen den Angehörigen dieser beiden Nationen zu überwinden. Zu Beginn des Krieges waren es hauptsächlich zwei Ursachen, die dem gegenseitigen Verständnis und dem Kampf gegen den gemeinsamen Feind hemmend im Wege standen. Das war einmal ein berechtigtes Mißtrauen der tschechischen Soldaten gegenüber allem, was deutsch war. Dies hatte seine objektiven Ursachen in der

² Vgl. Österreich-Ungarns letzter Krieg, Bd. II, Wien 1930, Beilage 1, Tabelle 6.

untergeordneten Lage der Tschechen in der Armee³. Dieses Mißtrauen war noch durch die Ereignisse zu Beginn des Krieges gestärkt. Die überwiegende Mehrheit der deutschen Bevölkerung Böhmens und Mährens begrüßte den Krieg mit den schwarzgelben Fahnen der Habsburger Monarchie und nationalistischen Kundgebungen. Das tschechische Volk dagegen betrachtete diesen Krieg von Anfang an als einen „deutschen“ oder „österreichischen“ Krieg, d. h. einen Krieg im Interesse seiner nationalen Unterdrücker. In Stimmung der Reservisten, die aus deutschen und denen, die aus tschechischen Ortschaften kamen, konnte ein großer Unterschied wahrgenommen werden. Ein österreichischer Offizier schreibt darüber: „...in den Garnisonen des Landwehrinfanterieregimentes Nr. 10 in Jungbunzlau und Turnau war ein Unterschied zwischen den deutschen und nichtdeutschen Gegenden leicht erkennbar. Hier wich die Begeisterung der Bevölkerung vielfach einer respektvollen Höflichkeit oder auffallenden Gleichgültigkeit, hinter der sich Mißmut und österreichfeindliche Gesinnung verbargen.“⁴ Ein Bataillonskommandeur des 29. Landwehrinfanterieregimentes in Budweis meldete am 7. August 1914: „...die Mannschaft des III./L. 29 Baons⁵ rückte zwar vollzählig in kürzester Zeit ein, aber „ich vermißte den überall in allen Städten der Monarchie spontan da gebrachten Enthusiasmus der Bevölkerung resp. eingerückten Mannschaft, wofür hier überhaupt nicht der Fall war.“⁶ Derartige Beispiele könnten beliebig fortgesetzt werden.

Die zweite Ursache bestand darin, daß der antimilitaristische Kampf der tschechischen Soldaten seit jeher sehr stark vom Nationalismus beeinflusst war.⁷ Das Überwiegen von national-radikalen Ideen in der tschechischen antimilitaristischen Bewegung vor allem vor dem ersten Weltkrieg spiegelte zugleich den verderblichen Charakter des Austromarxismus wider.⁸ Der Kampf der tschechischen Soldaten gegen den Krieg beruhte auf dieser Tradition. Die national-radikalen Tendenzen in der tschechischen antimilitaristischen Bewegung wurden durch die tschechen- und slawenfeindlichen Maßnahmen der österreichischen Regierung zu Beginn des Krieges bestärkt und gaben in den ersten Jahren des Krieges dem Kampf der Tschechen gegen den Krieg den Gepräge.

Die Leiden des Krieges, die die Soldaten deutscher wie tschechischer und anderer Nationalität gleichermaßen trafen, und die gemeinsamen Klasseninteressen und -ziele der in die gleiche Uniform gepreßten deutschen, tschechischen und anderen Arbeiter ließen sie die Barriere des bürgerlichen Nationalismus

³ Während das Verhältnis Deutsche-Tschechen bei den Mannschaften etwa 2:1 war, betrug es bei den Reserveoffizieren 5,3:1 und bei den Berufsoffizieren sogar 14,6:1.

⁴ Ernst Wisshaupt: Die 52. Landwehr-Infanteriebrigade (Landwehrregiment Nr. 10) im Weltkrieg 1914–1918, Reichenberg 1928, S. 10.

⁵ In Österreich übliche Abkürzung für Bataillon.

⁶ Vojenský historický archiv (Militärhistorisches Archiv, abgekürzt VHA), VII. Korpskommando, Präz. 1914 – 3.

⁷ Vgl. Jan Beránek: Rakouský militarismus a boj proti němu v čechách 1900–1918 (Der Kampf gegen den österreichischen Militarismus in Böhmen), Prag 1955.

⁸ Der Austromarxismus als die Erscheinungsform des Opportunismus in der österreichisch-ungarischen Sozialdemokratie äußerte sich nicht zuletzt in der nationalen Spaltung der Arbeiterbewegung und der Unterstützung des habsburgischen Staates durch die Führer dieser verschiedenen nationalen sozialdemokratischen Parteien. Dadurch wurde dem bürgerlichen Nationalismus in der österreichisch-ungarischen Arbeiterbewegung Tür und Tor geöffnet.

erwinden und führten sie zu gemeinsamen Kampffaktionen gegen den imperialistischen Krieg und das Habsburger Regime zusammen. Dem Kampf selbst fehlte die erforderliche revolutionäre Führung. Die deutsch-österreichische und die tschechische sozialdemokratische und Gewerkschaftsführung waren sofort auf den Kriegskurs der herrschenden Klassen eingeschwenkt und hatten eine prohabsburgische Position bezogen. Sie betrieben eine Politik der „Vaterlandsverteidigung“, des Burgfriedens und der Klassenharmonie. Linke revolutionäre Kräfte traten erst unter dem Einfluß der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution im Januarstreik 1918 offen in Erscheinung.

In diesem Artikel sollen die gemeinsamen Aktionen deutscher und tschechischer Soldaten gegen den Krieg dargestellt und gewürdigt werden, in der Erkenntnis, daß damals wie heute die Gewähr des Sieges der Friedenskräfte nur im gemeinsamen internationalen Kampf gegeben ist.

Der erste imperialistische Weltkrieg hat alle dem Habsburger Nationalitätenstaat innewohnenden Widersprüche, insbesondere die nationalen und sozialen Gegensätze, in erheblichem Maße verschärft. Bereits der Ausbruch des Krieges brachte eine Verschlechterung der Lebenslage der arbeitenden Klassen. Die Umstellung der Volkswirtschaft auf den Kriegsbedarf und die Einschränkung der Produktion in der Leicht- und Konsumgüterindustrie lösten eine große Arbeitslosigkeit aus. In den Monaten August und September stieg die Zahl der Arbeitslosen auf das Sechs- bis Siebenfache des Vorkriegsstandes.⁹ Trotz der Gegenmaßnahmen seitens des Staatsapparates und der Kapitalisten, wie Einberufung der Arbeitslosen zur Armee, ihre Heranziehung zu Dienstleistungen für Kriegszwecke entsprechend dem Kriegsleistungsgesetz vom 26. Dezember 1912 u. ä. m., ging die Arbeitslosigkeit erst im Frühjahr 1915 wieder auf den Vorkriegsstand zurück. Die Arbeitslosigkeit verschlechterte die ohnedies schwere Lage der Arbeiterklasse noch mehr.

Gleichzeitig wurden die Industrie militarisiert und in den kriegswichtigen Betrieben Offiziere als Leiter eingesetzt. Dadurch sollten eine gewisse Lenkung der Rüstungsproduktion erreicht und vor allem der Widerstand der Arbeiterklasse gegen die Verlängerung der Arbeitszeit, gegen die verschärfte Ausbeutung unterdrückt werden. Die militärischen Leiter der Betriebe konnten revolutionäre Arbeiter und Gewerkschaftsfunktionäre leicht aus den Fabriken und Werken entfernen. Sie wurden an die Front geschickt.

Mit Kriegsausbruch traten zunehmende Versorgungsschwierigkeiten auf, und die Grundlebensmittel wurden teurer. Das Ansteigen der Preise wurde besonders durch die zeitweise Einstellung des zivilen Eisenbahnverkehrs während der Mobilmachung und dem dadurch erschwerten Antransport von Getreide aus Ungarn, durch Spekulationen bei Heereslieferungen sowie durch die bei Kriegsbeginn einsetzenden Angstkäufe hervorgerufen. Bereits Ende 1914 waren die Preise z. B. in Prag beträchtlich höher als zur gleichen Zeit im Jahre 1913.¹⁰ Ähnlich war die Situation in der ganzen Monarchie.

⁹ Vgl. Odborové sdružení československé (Die tschechoslowakische Gewerkschaft), Jg. XVIII, Nr. 22, S. 357; Nr. 24, S. 373; Jg. XIX, Nr. 7, S. 93; Nr. 13, S. 189; Nr. 21, S. 305.

¹⁰ Der Preis für Mehl war im Durchschnitt um 52,4 Prozent, für Brot um 16 Prozent, für Fettwaren um 7 Prozent, für Eier um 14 Prozent höher als am Ende des Jahres 1913.

Die Militarisierung der Volkswirtschaft, die Arbeitslosigkeit und die steigenden Preise betrafen selbstverständlich auch die Arbeiter deutscher Nationalität.¹¹ Das konnte selbst der chauvinistische Rummel nicht völlig übertönen.

Dem tschechischen Volk – wie auch den anderen unterdrückten Völkern der Habsburger Monarchie – brachte der Krieg außerdem eine Verschärfung der nationalen Unterdrückung. In den böhmischen Ländern wurden ein Teil der Macht in die Hände der Militärkommandanturen gelegt und die Vollmachten der Selbstverwaltungsorgane wesentlich eingeschränkt. Die Entwicklung eines eigenen politischen Lebens der Tschechen, sofern es sich nicht um eine loyalistische, d. h. der Habsburger Regierung genehme Politik handelte, wurde für lange Zeit nahezu unmöglich. Damit wurde zwar zunächst der offene Kampf gegen die Monarchie verhindert, aber die Unzufriedenheit des Volkes, sein Haß gegen die Regierung und gegen den von ihr geführten Krieg wuchsen. Die Verschärfung der nationalen Unterdrückung verstärkte im tschechischen Volk die Antikriegs- und österreichfeindliche Stimmung. Das äußerte sich sehr deutlich in den tschechischen Regimentern der österreichisch-ungarischen Armee, und zwar besonders in der Zeit der Kriegserfolge des zaristischen Rußlands, die das traditionelle Vertrauen zu Rußland als Beschützer der kleinen slawischen Nationen belebten. Die nationale Unterdrückung löste, wie Lenin sagte, „einerseits den Aufstand (Irland), andererseits das Überlaufen ganzer Regimenter zum Feinde (Tschechen) aus“¹². Diese österreichfeindliche, ihrem Charakter nach gegen den Krieg gerichtete Bewegung innerhalb der Armee war elementar, unorganisiert und vereinte in sich sowohl die proletarischen als auch die kleinbürgerlichen Vorstellungen über den Kampf gegen den Krieg, für nationale Freiheit.

Zum ersten Auftreten gegen den Krieg kam es gleich zu Beginn des Krieges beim Abtransport der Marscheinheiten des Prager 28. Infanterie- und 8. Landwehrregiments. Trotz strenger Maßnahmen und Vorkehrungen der Prager Militärkommandantur gelang es nicht zu verhindern, daß z. B. das 3. Marschbataillon des 28. Infanterieregimentes bei seinem Marsch durch Prag eine große Demonstration gegen den Krieg und gegen Österreich veranstaltete. Durch Paraphrasieren des bekannten Volksliedes „Tüchlein, mein rotes, dreh dich herum, ich muß gegen die Russen und weiß nicht warum“ wurde dieses Lied zum populärsten tschechischen Soldatenlied dieser Zeit. Zu ähnlichen Vorkommnissen wie bei den Prager Regimentern kam es im Herbst 1914 beim 74. Infanterieregiment, beim 99. Infanterieregiment und im Januar 1915 auch beim 21. Infanterieregiment. Am bekanntesten war die elementare Revolution einer Marschkompanie des 102. Infanterieregiments, bei deren Unterdrückung eine Reihe von Soldaten verhaftet und einer von ihnen, Josef Kudrna, zum Tode verurteilt und auf dem Truppenübungsplatz bei Prag am 7. Mai 1915 erschossen wurde.

Ähnlich war die Situation an der Front. Hier bestand die Hauptform des Widerstandes gegen den Krieg im Überlaufen. Nach dem 20. Oktober 1914, als sechs Kompanien des 36. Infanterieregiments sich am Fluß San kampfflos

¹¹ Die Statistik der tschechischen Gewerkschaften weist aus, daß die größte Arbeitslosigkeit in der Leichtindustrie war. Und diese wiederum befand sich vorwiegend in den Grenzgebieten der böhmischen Länder, wo die meisten Arbeiter lebten. So wurden von den gewerkschaftlich organisierten Glasarbeitern 24,53 Prozent zur Armee eingezogen, aber 66,64 Prozent der Mitglieder waren am 30. September 1914 arbeitslos registriert. – Vgl. Odborové sdružení československé, Jg. XVIII, Nr. 3, S. 373.

¹² Vgl. W. I. Lenin: Sočinenija, Bd. 22, Moskau 1952, S. 338.

ben, kam es 1914 und auch 1915 zu einer Reihe von Massenüberläufen tschechischer Einheiten in die russische Kriegsgefangenschaft. Hervorzuheben ist hierbei der Übergang von mehr als tausend Soldaten des 28. Infanterieregimentes am 3. April 1915 und von mehr als 1500 Soldaten des 36. Infanterieregimentes am 27. Mai 1915. Beide Regimenter wurden auf Befehl des Kaisers aufgelöst. Ähnlich geschlossen liefen auch Soldaten des 21. Infanterieregimentes und im September 1915 die Mannschaft des 18., 98. und 91. Infanterieregimentes wie des 8. Landsturmregiments über.

Die Entwicklung dieser Form des Kampfes gegen den Krieg hing weitgehend von den Erfolgen der russischen Armee ab. Als es Mitte des Jahres 1915 zum Rückzug der zaristischen Truppen vom Gebiet der österreichisch-ungarischen Monarchie kam, begann diese Bewegung schwächer zu werden und beschränkte sich nur noch auf kleinere Gruppen und einzelne. Trotzdem gab es in Rußland Ende 1916 ungefähr 200 000 tschechische Gefangene, von denen der weitaus größte Teil freiwillig in Gefangenschaft gegangen war.

Trotz der großen Bedeutung und der breiten Massenbasis dieser Formen des Kampfes gegen den Krieg und die Monarchie ist klar, daß es sich hier lediglich um einen Ausweg aus der Not handelte. Die einfachen Soldaten kehrten in die Hölle des ungerechten, imperialistischen Krieges den Rücken; aber zu einem wirklich aktiven Kampf gegen den Krieg waren sie noch nicht fähig. Massenhaft suchten sie den Ausweg im passiven Widerstand, in der Flucht in die Gefangenschaft. Es gab in den böhmischen Ländern keine politische Kraft, die dieser elementaren Bewegung den richtigen Weg weisen, sie organisieren und leiten konnte. Die „demokratischen Repräsentanten“ der tschechischen Bourgeoisie sowie die Führer der sozialdemokratischen Partei wählten die feige nationale Politik der Loyalität.

Der vorwiegend nationale Charakter der Antikriegsbewegung in den tschechischen Einheiten der österreichisch-ungarischen Armee konnte natürlich nicht die Grundlage eines gemeinsamen Kampfes der tschechischen und deutschen Soldaten werden. Nur die bewußtesten Angehörigen der deutsch-österreichischen Sozialdemokratie in Böhmen waren sich darüber klar, daß diese nationale Bewegung ihrem Charakter nach eine Bewegung gegen den Krieg war. Der führende Repräsentant der sogenannten Reichenberger Linken, Karl Kreibich, sagte dazu: „Wir waren linke Sozialdemokraten, wir machten Opposition gegen die Kriegspolitik der Partei, aber wir hatten keine revolutionäre politische Linie. Wir wußten zwar als Sozialdemokraten, was wir nicht tun durften, wir wußten jedoch nicht, was wir tun müssen... Wir sahen keine Möglichkeit, wie aus der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung eine wirklich revolutionäre Bewegung gegen den Krieg entstehen könnte. In dieser Situation wirkten die Nachrichten über die bekannten Ereignisse beim 28. und 36. Infanterieregiment an der Front besonders stark auf mich ein. Es bildete sich bei mir die Meinung heraus, daß von dieser Seite aus die ersten Schläge gegen den Krieg folgen würden.“¹³ Dies war jedoch bereits zur Zeit des Rückgangs der Bewegung gegen den Krieg innerhalb der tschechischen Einheiten, und Kreibich schreibt selbst über sein Eintreffen beim 21. Infanterieregiment: „... (der) Geist der nationalen Revolution... war nicht mehr aufzufinden.“¹⁴ Dennoch können wir schon in dieser Anfangsperiode des Krieges erste Anzeichen einer Antikriegsgesinnung unter den deutschen Soldaten in tschechischen

¹³ Rudé právo, 26. August 1934.
¹⁴ Ebenda.

Regimentern finden, die von der Stimmung unter den tschechischen Mannschaften beeinflusst wurden. Desertierungen und bald auch Verbrüderungen mit russischen Soldaten traten jetzt auch bei der deutschen Mannschaft auf. Bereits am 26. Oktober 1914 mußte der Kommandeur der nordböhmisches 29. Infanteriedivision, Generalmajor Zanantoni, in seinem Bericht konstatieren: „Eine in Vorterrain der eigenen Stellung entsendete Patrouille ist mit einer gegnerischen zusammengetroffen und hat sich mit ihr in freundschaftliche Auseinandersetzungen eingelassen. Die Soldaten sollten sich dabei die Hände gereicht und gegenseitig Zigaretten angetragen haben. Die Mannschaft ist zu belehren, daß ich künftighin im Betretungsfall die Schuldigen unnachsichtlich der gerichtlichen Bestrafung zuführen werde.“¹⁵ Das war an der Balkanfront.

Von der nordböhmisches 26. Landwehr-Infanteriedivision, die an der Ostfront lag, ist im Kommandobericht vom 29. September 1914 zu lesen: „... die große Anzahl der Versprengten läßt vermuten, daß sich darunter viele Drückberger befinden... Gegen Versprengte, die Waffen und Munition weggeworfen haben, ist nach den Kriegsgesetzen vorzugehen und eventuell Urteile zu warnenden Beispiel angesichts der Truppe zu vollziehen.“¹⁶

Ende 1914 war die Kampfmoral der deutschen Soldaten innerhalb der böhmischen Truppeneinheiten bereits erschüttert. Generalmajor Zanantoni schreibt, daß bei der Mobilmachung alle ohne Unterschied noch gemeinsam fühlten und sich mit Begeisterung hinter ihren schwerbedrohten Staat stellten. „Ehe ab das Jahr 1914 zu Ende war, begann der grandiose Aufschwung zu erlahmen, die Begeisterung nachzulassen.“¹⁷

Als die Division des Generalmajors Zanantoni im Januar 1915 von der Balkanfront zur Ostfront transportiert wurde, konnte man aus den Eisenbahnwagen neben tschechischen Antikriegsliedern auch deutsche Lieder hören, die in gewisser Weise die Antikriegsstimmung auch deutschsprachiger Soldaten zum Ausdruck brachten.¹⁸

Im Februar 1915 wurden zwei Kompanien des 92. Infanterieregiments und am 11. März drei Kompanien des 42. Infanterieregiments gefangengenommen. Dies veranlaßte den Divisionskommandeur Zanantoni am 6. April 1915 einen Befehl, in dem es hieß: „Es hat sich in den allerletzten Tagen abermals der Fall ereignet, daß bei einer Truppe — angeblich infolge feindlicher Kriegslust — eine stärkere Abteilung in Gefangenschaft geriet. Ich mache alle Kommandeure aufmerksam, daß kein wie immer gearteter Verkehr mit dem Gegner gestattet werden darf, dessen Folgen zur Gefangennahme von einzelnen Leuten oder Abteilungen führen.“¹⁹

Eine ähnliche Situation gab es auch bei der 5. nordmährischen Infanteriedivision. Auch hier mußte, ähnlich wie bei der 29. Infanteriedivision, hinter der Front eine sehr bewegliche Schutzkette gegen Desertion geschaffen werden.²⁰

¹⁵ VHA, 29. Infanteriedivisionskommando 1914–1917, Kommandoabfertigung vom 26. Oktober 1914.

¹⁶ VHA, 26. Landwehr-Infanteriedivisionskommando 1914–1915, Kommandoabfertigung vom 29. September 1914.

¹⁷ Vgl. E. Zanantoni: Geschichte der 29. Infanteriedivision 1914–1918, Bd. I, Reichenberg 1929, S. 14.

¹⁸ Vgl. Infanterieregiment 94 im Weltkrieg, Nachtragband, Reichenberg 1933, S. 1.

¹⁹ VHA, I. R. 94. Regimentskommandobefehle 1914–1917, Feldpostamt 96, 6. April 1915.

²⁰ VHA, 5. Infanteriedivision, Feldakten 1915, Op. Nr. 268/32.

Neben der Desertion waren es in erster Linie die Verbrüderungen an der Front, die sich im Winter 1914–1915 und im Frühjahr 1915 besonders ausweiteten und das Armeekommando am 4. April 1915 veranlaßten, einen Befehl herauszugeben, in dem es u. a. hieß: „Nach den Angaben eines gefangenen russischen Soldaten entwickelte sich an einer Front, an welcher russische und eigene Schützengräben nahe gegenüber liegen, ein reger, kameradschaftlicher Verkehr“. Wenn in einem Schützengraben Mützen auf Gewehrufen emporgehoben wurden, so galt dies als Wunsch und Antrag, die gegenseitigen Besuche aufzunehmen... Als bald begann ein Herüber und Hinüber zwischen Feind und Freund. Nach freundlicher Begrüßung tauschte man verschiedene Genuß- und Nahrungsmittel aus... Manchmal, wenn das Feuergefecht zu lange andauerte, hatte, kam ein Stein in einem Papierstreifen eingewickelt in den Schützengraben geflogen. Mit einigen Zeilen wurde um eine Fechtspause ersucht. War die Erfüllung des Wunsches möglich, so wurde das Feuer unverzüglich eingestellt... Wenn einmal derart die Einstellung der Feindseligkeiten beschlossen war, so wurde dieser Beschluß auch gewissenhaft respektiert, und es kam... niemals vor, daß der also zustande gekommene Waffenstillstand von einer der Parteien gebrochen worden wäre...“²¹

Trotz der im genannten Befehl angedrohten strengsten Maßnahmen wurden die Verbrüderungskundgebungen immer zahlreicher. Dafür gab es auf beiden Seiten der Front auf Grund der gemeinsamen Leiden der Soldaten aller Nationen günstige Voraussetzungen. Die Verbrüderungen und der gegenseitige Verkehr der Soldaten der einander gegenüberstehenden Armeen wurden besonders im Sommer 1915, als die operative Periode des Krieges vorbei war und der Stellungskrieg begann, zu einer ständigen Begleiterscheinung des Frontlebens.

Als es nach anfänglichen Erfolgen der russischen Offensive im Jahre 1915 zu einem Umschwung in der Kriegslage zugunsten der Mittelmächte kam und die deutsche Militärligue den Terror im Hinterland verstärkte, ließ die Welle der spontanen Antikriegs- und österreichfeindlichen Kundgebungen nach. Die Stimmung unter der tschechischen Bevölkerung änderte sich. Der Glaube an einen kurzen Krieg mit dem Sieg des zaristischen Rußlands ging verloren, und besonders die kleinbürgerlichen Kreise distanzieren sich schnell von ihren bisherigen national-radikalen Ansichten.

Der Kampf gegen den Krieg, der sich in der jetzigen Periode zu entwickeln begann, hatte vollkommen anderen Charakter. Er wurde in erster Linie von der Arbeiterklasse ohne Unterschied der Nationalität, vom Proletariat der großen Industriezentren geführt. In den Antikriegskundgebungen traten jetzt soziale Momente stärker hervor. Der Kampf wurde nun in erster Linie gegen die wirtschaftlichen Folgen des Krieges geführt. Durch kurzfristige Streiks und Hungerdemonstrationen versuchte die Arbeiterklasse, ihre sich ständig verschlechternde Lage zu verbessern. Erst als im Frühjahr 1917 die ersten Nachrichten von der Revolution in Rußland eintrafen, nahm diese Bewegung immer stärker politischen Charakter an.

In der Armee hatte die Militärligue ein blutiges Terrorregime errichtet. Erschießungen wegen Fahnenflucht und ähnlicher Vergehen waren eine tägliche Erscheinung. So war es zu einer zeitweiligen Stagnation des Antikriegskampfes gekommen. Tschechische Einheiten, wie etwa die 10. Infanteriedivision, wurden unter den übrigen Einheiten der Armee aufgeteilt. Die Ersatzeinheiten

²¹ VHA, I. R. 42, 1914–1918, AOK, Op. Nr. 8711, 4. April 1915.

der tschechischen Regimenter wurden aus Böhmen und Mähren nach Ungarn und Galizien verlegt. Aber mit dem fortschreitenden Zerfall der Monarchie, der im Hinterland zu einer immer größeren Aktivität der Arbeiterklasse bei ihren wirtschaftlichen Kämpfen führte, nahm auch in der Armee die Stimmung gegen den Krieg bald wieder offene Formen an. Die ständige Verringerung der Tagesrationen, die bereits im Jahre 1915 begann, die Tatsache, daß das Ende des Krieges nicht abzusehen war, die Hunderdtausende von Toten und Verwundeten — das alles führte erneut zu massenhafter Fahnenflucht unter den Soldaten ohne Unterschied der Nationalität. Soldaten, die Kururlaub erhielten, kehrten nicht mehr zu ihren Einheiten zurück. Andere desertierten direkt vor ihrem Truppenteil. Die höchste Zahl von Deserteuren wurde in den Großstädten der Monarchie festgestellt. So gab es allein in Wien in den Jahren 1916 bis 1917 insgesamt 30 173 festgestellte Fälle von Fahnenflucht. Der Außenminister der Monarchie, Graf Czernin, schätzte in seinem Brief an den österreichischen Gesandten in Berlin diese Situation sehr ernst ein. Er schrieb: „Die innere Situation in Österreich ist äußerst ernst. In Mähren wurde bereits geschossen, es gab achtundzwanzig Tote und unzählige Verwundete; ähnliche Ereignisse erwarten wir in nächster Zeit in verschiedenen Provinzen des Reiches. Der Großteil des Militärs im Hinterland ist unzuverlässig...“²²

So wuchs im Laufe des Jahres 1917 innerhalb der Armee erneut die Antikriegsstimmung. Unter dem Einfluß der Befreiungsbewegung in der Heimat kam es bei den tschechischen Soldaten erneut zu Aktionen, wie z. B. der Flucht des Torpedoboots Nr. 11 am 5. Oktober 1917 zu den Italienern. In allen Truppenteilen ohne Unterschied der Nationalität wurden die Entfernungen von der Truppe immer zahlreicher, die Kampfmoral der Einheiten sank.

In dieser Situation verbreiteten sich die Nachrichten vom Sieg der proletarischen Revolution in Rußland und vom Friedensangebot der Sowjetregierung. Die entscheidende Wende in der Entwicklung der Antikriegsbewegung in der Armee, der Übergang vom passiven Widerstand zum aktiven offenen Kampf gegen den Krieg mit der Waffe in der Hand trat ein. Die tschechischen und deutschen Werk tätigen im Soldatenrock gingen zum gemeinsamen Kampf gegen den gemeinsamen Feind, die österreichische Militärdiktatur, über.

Der Sieg der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution hatte auf die Entwicklung der Ereignisse in Österreich-Ungarn entscheidenden Einfluß. Die Monarchie, zerrüttet durch die inneren Widersprüche und geschwächt durch den langandauernden Krieg, wurde von einer mächtigen revolutionären Welle erfaßt. Der erste Höhepunkt dieser Welle war der am 14. Januar 1918 einsetzende machtvolle Generalstreik. Bereits damals war klar, daß ein bedeutender Teil der Armee, Soldaten aller Nationalitäten, auf der Seite des werktätigen Volkes standen.

Die sich während des Krieges herausbildenden linken Kräfte in der Sozialdemokratie, die erstmalig offen in Aktion traten, riefen die Soldaten in Flugblättern auf, sich an die Seite des kämpfenden Proletariats zu stellen. In einer ihrer Flugblätter hieß es: „Soldaten! Brüder!... Die russischen Soldaten haben bereits erkannt, daß der Boden, den sie erobern sollen, in ihrem eigenen Vaterland vorhanden ist, und daß der Feind, dem sie auch, wenn es sein muß, mit Waffengewalt entgentreten, die Schmarotzergesellschaft der über Grund und Boden verfügenden Grafen und Industriebarone ist, welche die besitzlos

²² Zit. in: Jindrich Veselý: Entstehung und Gründung der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei, Dietz Verlag, Berlin 1955, S. 26.

Michel und Peter Habenichtse der verschiedenen Nationen aufeinanderhetzen, damit die den wahren Feind nicht erkennen und sich nicht gegen sie wenden können... Soldaten! Brüder!... Ihr seid die letzte Hoffnung der Grundherren, und sie suchen hinter eueren Gewehren Zuflucht. Wenn das Heer der Hungernden und Darbenden aufziehen wird und wenn ihr bestimmt sein werdet, diese Bewegung eurer Brüder in Blut zu ersticken..., wie werdet ihr euch verhalten, Soldaten?"²³

Die Soldaten blieben die Antwort darauf nicht schuldig. Es kam zu einer Reihe revolutionärer Unruhen bei Truppeneinheiten, deren vorläufiger Höhepunkt der bewaffnete Aufstand von Teilen der Flotte gegen den Krieg am Februar 1918 in der Bucht von Cattaro war.²⁴

Der Aufstand wurde auf dem Flaggschiff des Admirals Hansa, dem Kreuzer „St. Georg“, eröffnet. Nach kurzem Feuergefecht bemächtigten sich die Aufständischen des Schiffes, und eine Salve vom „St. Georg“ wurde zum Signal für die übrigen Schiffe. In kurzer Zeit übernahmen die Matrosen auf fast allen in der Bucht von Cattaro vor Anker liegenden Schiffen die Befehlsgewalt. Auf einer Sitzung der Vertreter der aufständischen Schiffe wurde ein zentraler Matrosenrat gewählt, der die Forderungen der Aufständischen ausarbeitete. Die Matrosen forderten entsprechend den Vorschlägen Sowjetrußlands die sofortige Aufnahme von Verhandlungen über den Abschluß eines allgemeinen Friedens, die Umwandlung Österreich-Ungarns in einen demokratischen Staat, die Anerkennung des Selbstbestimmungsrechtes für alle Nationalitäten, die allgemeine Demobilisierung und die Errichtung einer Volksmiliz. Außerdem verlangten sie gleiche Verpflegung für Mannschaften und Offiziere, Urlaub und Freisetzung der Briefzensur. Diese Forderungen wurden dem verhafteten Admiral Hansa und dem Hafenkommandanten übermittelt. Der zentrale Matrosenrat versuchte auch, sie telegrafisch nach Wien durchzugeben. Gleichzeitig wurde jedoch das Armeekorpskommando Gegenmaßnahmen eingeleitet. Die Festungsbesatzung wurde gegen die revolutionären Matrosen aufgeputscht und die Hafenausfahrt gesperrt. Da die Infanterieeinheiten sich weigerten, gegen die Aufständischen zu kämpfen, beschloß das Kommando, den Hauptangriff vom Meer aus zu führen. Sie konnten sich dabei auf die schweren Geschütze der Hafenbefestigung, auf die an der Hafenausfahrt stationierte reichsdeutsche Unterseebootflotte sowie auf die schweren Schlachtschiffe der 3. Division der österreichisch-ungarischen Flotte stützen.

In den Nachmittagsstunden des 2. Februar kam es zum ersten Zusammenstoß. Als der Panzerkreuzer „Kronprinz Rudolph“, der sich den Aufständischengeschlossen hatte, seinen Ankerplatz bei der Hafeneinfahrt verlassen wollte, schloß sich mit dem Kern des Aufstandes zu verbinden, eröffnete eines der Forts sein Feuer auf ihn. Das entschlossene Eingreifen des zentralen Matrosenrates, der die Festung mit schwerem Geschützfeuer bedrohte und ein Wasserflugzeug über die Festung sandte, verhinderte einen Artilleriekampf.

In der Nacht zum 3. Februar begann unter dem Eindruck der militärischen Einschließung der Einfluß des zentralen Matrosenrates zurückzugehen, und immer mehr Matrosen wurden schwankend. Die Offiziere, die sich auf den Schiffen frei bewegen konnten, agitierten für schnellste Kapitulation. Am

²³ Jan Apočenský: Konec monarchie rakonsko-ukerské (Das Ende der österreichisch-ungarischen Monarchie), Prag 1928, S. 789.

²⁴ Ausführlich darüber vgl. Jindřich Veselý: Povstání v boce Kotorské (Der Aufstand in der Bucht von Cattaro), Prag 1958.

Amend des 3. Februar wurde von den schweren Schlachtschiffen der 3. Division die Hafenausfahrt geschlossen, und die reichsdeutschen Unterseeboote tauchten auf und drohten mit Torpedierung. Nach kurzer Beratung und Abstimmung auf dem Deck des Kreuzers „St. Georg“ kapitulierten die Aufständischen.

Die Offiziere übernahmen wieder das Kommando, und es begann eine Massenverhaftung, bei der über 800 Matrosen in die Gefängnisse der Hafenfestungen geworfen wurden. Vierzig Führer des Matrosenaufstandes wurden vor ein Standgericht gestellt. Unter ihnen befanden sich sieben Tschechen und drei Deutsche. Die übrigen waren Jugoslawen, Italiener und Polen. Das Standgericht verurteilte am 8. Februar 1918 den Tschechen Franz Rasch und den Jugoslawen zum Tode durch Erschießen. Der Held des Aufstandes, Franz Rasch, erklärte vor dem Standgericht: „Ich habe für eine Idee gekämpft und diese Idee nennt sich Frieden. Und für diese Idee werde ich auch sterben.“²⁵ Mit dem gleichen Stolz ging er mit seinen Kameraden in den Tod. Seinen Henker schrie er noch zum Schluß die Worte entgegen: „Es lebe der Frieden!“

Warum muß so viel Blut fließen . . .²⁶

Weitere Matrosen aus den Reihen der Verhafteten wurden zu langjährigen Freiheitsstrafen verurteilt, und gegen vierhundert von ihnen wurden fast hundert Kriegsende Prozesse geführt.

Dieser Matrosenaufstand war das unmittelbare Echo auf den Sieg der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution und die erste große revolutionäre Aktion einer imperialistischen Armee nach dem Sieg der Oktoberrevolution. Die Mannschaften der österreichisch-ungarischen Kriegsflotte, inspiriert vom Beispiel der russischen Soldaten und Matrosen, hißten inmitten des imperialistischen Weltkrieges die rote Fahne des revolutionären Befreiungskampfes, ergriffen an einem Drittel aller Kriegsschiffe der Monarchie die Macht und zwangen die Armeeoberkommando, zahlreiche Einheiten gegen diesen Aufstand zu mobilisieren. Dieser Aufstand stand im Zeichen des proletarischen Internationalismus und der festen Solidarität der Mannschaften aller Nationalitäten — Jugoslawen, Tschechen, Deutsche u. a. Die Führer des Aufstandes hatten es verstanden, diese Solidarität durch ihre richtigen Forderungen nach dem Recht aller Nationalitäten der Monarchie auf Selbstbestimmung noch mehr zu festigen. Allerdings brach der Aufstand zu einer Zeit aus, als der Januarstreik im wesentlichen schon niedergeschlagen war. Ohne die machtvolle Unterstützung des Industrieproletariats mußte der Aufstand der Flotte gegen einen militärisch überlegenen Gegner mit einer Niederlage enden. Der Kampf gegen den Krieg wurde jedoch im ganzen Land fortgesetzt.

Im Frühjahr und zu Beginn des Sommers 1918 stieg in Österreich-Ungarn eine revolutionäre Stimmung, die nach der Niederlage des Januarstreiks zeitweilig unterdrückt worden war, erneut an. Bereits Ende März 1918 begannen wieder Streiks und Demonstrationen in fast allen Industriegebieten der gesamten Monarchie. Am 1. Mai 1918 fanden mächtige Demonstrationen unter den Forderungen der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution statt. Das Proletariat verlangte Frieden, Demokratie, nationale Befreiung und Verstaatlichung der wichtigsten Industriezweige. Neben den Streiks und Demonstrationen kam es in verschiedenen Teilen des Landes zu sogenannten Hungerunruhen. Die Werktätigen überfielen Gutshöfe und Mühlen, Lagerhäuser und Geschäfte, Bahnhöfe auf denen Waggons mit Lebensmitteln standen, usw. Hunger, Not und E

²⁵ Ebenda, S. 66.

²⁶ Ebenda, S. 75.

hrung und die daraus erwachsende Empörung gegen den Krieg als der Ursache dieser katastrophalen Lage charakterisierten die Situation in Österreich-Ungarn. Zu diesem Zeitpunkt wurde durch die Rückkehr der ehemaligen Kriegsgefangenen aus Sowjetrußland die revolutionäre Bewegung auf eine höhere Stufe gehoben. Die Erlebnisse an der Front sowie die unmittelbare Teilnahme an den revolutionären Ereignissen in Rußland waren für diese Menschen eine große Schule des Lebens geworden. Die Oktoberrevolution, vor allem die Friedenslösung und der gemeinsame Kampf der russischen Arbeiter und Soldaten, überzeugte die Mehrheit der Gefangenen davon, daß nur die proletarische Revolution, der Sieg des werktätigen Volkes die Gewähr für die Beendigung des Krieges und für einen dauerhaften Frieden sein konnte. Nach der Heimkehr stießen sie auf den Hunger und das Elend bei ihren Familien, aber auch auf den Willen, endlich mit dem verhaßten Krieg Schluß zu machen. Eine ähnliche Situation trafen sie aber auch in der Armee an, in die sie erneut eingereiht wurden.

In den Etappeneinheiten aber auch an der Front herrschte furchtbarer Mangel an Lebensmitteln. Die materielle Versorgung der Armee stand vor dem Zusammenbruch. Das Armeeoberkommando rechnete für das Versorgungsjahr 1917/18 mit einem Bedarf von insgesamt 7 Millionen dz Mehl, 2 Millionen dz Kartoffeln, 3,8 Millionen dz Fleisch usw. Diese vorgesehene Menge konnte jedoch nicht gedeckt werden. Tatsächlich erhielt das Armeeoberkommando z. B. 1,5 Millionen dz weniger Mehl. Die Armee verbrauchte sämtliche vorhandenen Vorräte und mußte vor der Ernte hungern.²⁷ Die Empörung unter den Soldaten stieg noch, als bekannt wurde, daß der Generalstab im Juni 1918 eine neue Offensive an der italienischen Front vorbereitete und alle Anstrengungen unternahm, um jeden Soldaten für diese Offensive zu mobilisieren. Den Heimkehrern aus Rußland drohte erneut die Gefahr des Fronteinsatzes. Angesichts dieser Situation nahm in der Armee die Fahnenflucht enorm zu. Die geflohenen kriegsmüden Soldaten bildeten vielfach die „Grünen Kader“, die sich in den Wäldern und im Gebirge versteckten und oftmals schwere Gefechte mit Sicherungsabteilungen führten.

In diese in Auflösung begriffene und von Haßgefühlen gegen den Krieg durchsetzte Armee kamen im Frühjahr 1918 Soldaten, die die proletarische Revolution in Rußland miterlebt hatten, die Revolution, die das russische Volk von der imperialistischen Kriegslast befreit hatte. Das blieb selbstverständlich nicht ohne Einfluß auf die Armee. Trotz aller Gegenvorkehrungen durch das Oberkommando trugen die wiedereingereichten Heimkehrer wesentlich zum raschen Zusammenbruch der Armee bei. Höhepunkt dieses Prozesses war eine Reihe bewaffneter Aufstände innerhalb der Etappeneinheiten in den Monaten Mai und Juni 1918. Diese Aufstände waren gegen die verzweifelte materielle Lage der Soldaten und gegen die Bemühungen gerichtet, sie erneut an die Front zu schicken.

In Judenburg meuterte am 12. Mai 1918 die 12. Kompanie des 17. Infanterieregiments, stürmte das Verpflegungs- und das Munitionsmagazin, zerstörte die Telegraphen- und Telefonverbindungen und unterlag erst der Übermacht der aus Wien und Graz herbeigeordneten starken Sicherungsabteilungen. Am gleichen Tag brach ein Aufstand unter den Soldaten des 80. Infanterieregimentes in Preßnitz aus, am 13. Mai in der Slowakei in der Slowakei aus, und am 14. Mai kam es zum Aufstand des 7. Jägerregimentes in Murau. Einer der größten Aufstände

K. u. k. Armeeoberkommando, Q. Nr. 119 083 vom 19. August 1918; Österreichisches Staatsarchiv — Kriegsarchiv, 25 — 1/9 MKSM. v. 1918.

war der des 6. Infanterieregimentes in Pécs am 20. Mai 1918. Am gleichen Tag brach auch ein Aufstand unter den Soldaten des 58. Infanterieregimentes in Lublin aus.²⁸

Für unser Thema ist jedoch der Aufstand des 7. Landwehrregimentes in Pilsen am 21. Mai 1918 von größtem Interesse.²⁹

Dieses Pilsner Regiment wurde durch Soldaten aus den westlichen Grenzgebieten Böhmens ergänzt, die in der Mehrheit Angehörige tschechischer, einem Teil aber auch deutscher Nationalität waren. Außerdem wurde Wehersatzkommando dieses Regimentes während des Krieges nach Rumburg in Nordböhmen, also in eine deutsche Stadt, verlegt. Im April 1918 gab es diesem Regiment auch etwa 1200 Heimkehrer aus russischer Gefangenschaft.

Der Aufstand war durch eine Gruppe Heimkehrer unter der Führung Franz Noha vorbereitet worden. Er brach am Morgen des 21. Mai aus, durch einen Befehl die schon knappe tägliche Brotzuteilung auf die Häute herabgesetzt werden sollte. Gleichzeitig sollte ein Teil des Bataillons in eine Marscheinheit zur italienischen Front eingereiht werden. Der Aufstand breitete sich rasch aus, sämtliche Heimkehrer und auch einige Rekruten schlossen sich an. Die Aufständischen eroberten sehr schnell die Herrschaft in der Stadt, zerstörten die Telegrafien- und Telefonverbindungen von Rumburg zur Außenwelt und marschierten nach Böhmisches Leipa, um dort die Garnison ebenfalls für ihren Kampf zu gewinnen. Dabei war geplant, anschließend gemeinsam weiter bis ins Innere Böhmens, bis nach Prag zu marschieren mit dem Ziel, den bewaffneten Aufstand des Volkes hervorzurufen, um den wahnsinnigen Krieg zu beenden und sich von der österreichischen Vorherrschaft zu befreien. Sie wollten nach dem Vorbild Sowjetrußlands in Böhmen eine Regierung des Volkes bilden.

Nach kleinen Gefechten auf dem Weg nach Böhmisches Leipa sowie Erfolge bei größeren Zusammenstößen vor Nový Bor stießen sie abends auf sehr starke Einheiten, die das Oberkommando zusammengezogen hatte, um den Aufstand niederzuschlagen. Nach erbitterten Kämpfen erlagen die aufständischen Truppen der Übermacht. Über Nordböhmen wurde das Standrecht ausgerufen. Durch ein Schnellgericht wurden zehn Führer des Aufstandes zum Tode durch Erschießen verurteilt. Drei, darunter auch der Führer des Aufstandes, Franz Noha, wurden in Rumburg und sieben in Nový Bor hingerichtet. Eine Reihe von Aufständischen wurde zu langjährigen Zuchthausstrafen verurteilt.

Im Verlauf des Aufstandes kam es auch zu bestimmten Beziehungen zwischen dem Kampf der tschechischen und deutschen Soldaten mit den deutschen Arbeitern in Rumburg, die ebenfalls die Beendigung des Krieges forderten. Kurz vor dem Aufstand war es zu Demonstrationen und Hungerkundgebungen gekommen. Die deutsche Bevölkerung verhielt sich zum Aufstand der Soldaten positiv und unterstützte die Aufständischen. Diese wiederum verteilten Brot unter den hungernden Kindern der deutschen Bewohner. Grundlage der Solidarität war die Erkenntnis, daß der Kampf um die nationale Befreiung engstens mit dem Kampf um Frieden und soziale Befreiung verbunden ist, ja, von ihm abhing. Die gemeinsamen Leiden und Opfer und das Bewußtsein der österreichischen Militärdiktatur den gemeinsamen Feind zu besiegen.

²⁸ Zu all den genannten Aktionen vgl. Österreichisches Staatsarchiv — Kriegsgeschichte — 2, MKSM. v. 1918.

²⁹ Ausführlich darüber vgl. Jan Fiala: Rumburská vzpoura (Der Rumburger Aufstand), Prag 1953.

waren stärker als alle nationalen Vorbehalte. Die Führer des Soldatenaufstandes haben diese Stimmung jedoch ungenügend ausgenutzt, und die Verbindung mit der deutschen Bevölkerung blieb lediglich auf gegenseitige Unterstützung und Hilfe beschränkt. Einen allgemeinen Aufstand erwarteten die Aufständischen nur in den tschechischen Gebieten.

Bedeutsam an diesem Aufstand war die aktive Teilnahme deutscher Soldaten. In den schweren Kämpfen vor Böhmisches Leipa zeichnete sich besonders ein Maschinengewehr an der linken Frontseite der Aufständischen aus. Der Schütze in diesem Maschinengewehr war der deutsche Soldat Franz Schuß. Ihm vor allem hatten es die Aufständischen zu verdanken, daß sie verhältnismäßig lange den zahlenmäßig weit überlegenen feindlichen Truppen standhalten konnten. Franz Schuß ist in diesem Kampf gefallen. Neben Franz Schuß gab es noch eine Reihe weiterer namenloser Helden aus den Reihen der deutschen Mannschaft des 7. Schützenregimentes. So befand sich z. B. unter den Verteilten auch der achtzehnjährige Wenzel Plass aus Neuwolinsdorf in Westböhmen, der Mitglied des illegalen Komitees zur Vorbereitung des Aufstandes war.

Auch nach der Niederlage des Rumburger Aufstandes flammten ständig neue bewaffnete Erhebungen innerhalb der Etappeneinheiten gegen den Krieg auf. Nur kurze Zeit später meuterte das Ersatzbataillon des 95. Infanterieregimentes, und am gleichen Tag erhoben sich die Heimkehrer des 97. Infanterieregimentes in Radkusbürg. Auch die Soldaten eines Ersatzbataillons des 15. Infanterieregimentes versuchten am 21. und 22. Mai 1918 in Trenčín einen Aufstand, und am Abend des 2. Juni kam es zu einer Erhebung der Soldaten des 71. Infanterieregimentes in Kragujevac. Drei Tage später kam es zum Aufstand des 72. Regiments in Bratislava. Am 7. Juni brach unter den Soldaten des 100. Regiments in Teschen und am 5. Juli unter den Heimkehrern des 30. Infanterieregimentes in Zámosće ein Aufstand aus.³⁰

In diesen Aufständen, die von den Heimkehrern aus russischer Kriegsgefangenschaft organisiert und geführt wurden, erhoben sich Tausende Soldaten, geleitet von den Ideen der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution, mit der Waffe in der Hand gegen den Krieg und lieferten der österreichischen Militärdiktatur eine Reihe heldenhafter Kämpfe. Hunderte dieser Volkshelden fanden dabei den Tod, und zahlreiche Kämpfer fielen den Henkern zum Opfer. Aber diese Kämpfe waren zersplittert, und es gab damals noch keine Kraft, die diese Aufstände zu einem entscheidenden Schlag gegen die Monarchie hätte verbinden können. Diese Kraft konnte nur eine revolutionäre Arbeiterpartei sein, die befähigt war, die spontanen Streiks und Antikriegsdemonstrationen der Arbeiter mit den Militäraufständen zu verbinden. Aber die Führer der Sozialdemokratie standen auf der Seite des Krieges, auf der Seite der eigenen Bourgeoisie, und die linken Kräfte innerhalb der Arbeiterbewegung begannen sich erst allmählich herauszubilden und konnten sich erst nach dem Krieg, 1921, zu einer proletarischen, wirklich revolutionären Partei organisieren. In der Zeit, als auf dem Gebiet der Monarchie Aufstände ausbrachen, gab es noch keine solche politische Kraft.

Trotz aller Mängel, die diese Aufstände notgedrungen in sich trugen, besaßen sie eine große Bedeutung. Sie waren ein Schlag gegen die Grundfesten der

³⁰ Zu all diesen Aktionen vgl. Österreichisches Staatsarchiv — Kriegsarchiv, 28 — 2, KSM. v. 1918. — Zur Erhebung des 71. Infanterieregimentes in Kragujevac vgl. Jurel Pichlik: Vzpouřa 71. pluku v cervnu 1918, Prag 1956.

Reaktion in Österreich-Ungarn und schwächten beträchtlich die Hauptstütze dieser Macht — die Armee. Sie beschleunigten den Zerfall der Monarchie, trugen wesentlich zur Beendigung des Krieges bei; sie halfen, die herrschenden Kreise der Monarchie zum Abschluß eines Friedensvertrages zu zwingen.

Nach der Niederlage der Sommeroffensive an der italienischen Front war der Zerfall der Armee nicht mehr aufzuhalten. Als es dann im Oktober 1918 Massendemonstrationen des Proletariats kam, war der Untergang der Monarchie besiegelt. Die Regierung versuchte zu retten, was noch zu retten war. Bereits am 14. September sandte sie an alle Regierungen der kriegführenden Mächte eine Note mit dem Vorschlag, zu „einer vertraulichen und unveröffentlichten Aussprache über die Grundprinzipien eines Friedensschlusses in einem Ort des neutralen Auslandes und zu einem nahen Zeitpunkt... Delegierte entsenden, die beauftragt wären, die Auffassungen ihrer Regierungen jene Prinzipien bekanntzugeben...“³¹

Dieser Vorschlag und ein ähnliches Angebot vom 5. Oktober wurden von den Ententemächten abgelehnt. Die Regierung sah jetzt, daß der Krieg verloren war. Ihre Hauptaufgabe darin, ihre Position im Innern des Staates zu sichern, bei der Armee eine entscheidende Rolle spielen. Das war jedoch nicht mehr möglich. Die Einheiten in der Heimat ließen sich für einen Kampf gegen das Volk nicht mißbrauchen. Bereits am 19. September 1918, als in Salzburg zu großen Straßendemonstrationen kam, weigerten sich die Soldaten der beiden in Salzburg stationierten Regimenter — des tschechischen 8. Prager Schützenregiments und des deutschen 14. Infanterieregiments —, gegen die Demonstranten vorzugehen.

Auch an der Front war der Zerfall der Armee unaufhaltbar. Er begann mit, daß die Soldaten dreier magyarischer Divisionen (der 27. Infanterie-, 38. und der 42. Honveddivision) am 22. Oktober 1918 ihren sofortigen Abtransport von der Front forderten. Der Chef des Generalstabes Arz erst, dann der Kommandeur der Tiroler Front, Erzherzog Josef, um Hilfe. Dieser ersuchte nach Überprüfung der Situation sofort den Kaiser, „ohne Zeitverlust, selbst unter den härtesten Bedingungen, Waffenstillstand oder Frieden abzuschließen, um auf diese Weise wenigstens die Armee vor ihrem totalen Zusammenbruch zu schützen und mit den geordneten Teilen derselben die Ruhe im Inneren der Monarchie halbwegs zu wahren“³². In einem weiteren Telegramm vom 26. Oktober schrieb er, „aus dem ganzen geht hervor, daß die Wahrscheinlichkeit besteht, daß andere Truppen in nächster Zeit dasselbe tun werden, und die rasche Abschließung eines Waffenstillstandes die einzige radikale Lösung wäre, wenn sich die Armee nicht in Bolschewismus auflösen soll“³³.

Das Oberkommando mußte diesen Forderungen der ungarischen Regimenter entsprechen und sie nach Ungarn verlegen, doch der Zerfall der Front war weiter. Ohne Unterschied der Nation verließ ein Regiment nach dem anderen die Front. So kam es z. B. am 26. Oktober 1918 zum Aufstand des 30. Schützenregiments aus Vysoké Mýto. In dieser Einheit waren 77 Prozent Tschechen, der Rest Deutsche. Das VI. Armee-Kommando meldete dazu: „Heute früh ist dem Generalstab zugeteilte Hauptmann Kirsch beim Stab erschienen und meldete: ‚Gestern Abend auf Antrag der Division nach Sarone geritten, w

³¹ Kurt Jagow: Daten des Weltkrieges, Leipzig 1922, S. 84.

³² Hugo Kerchnawe: Der Zusammenbruch der österreichisch-ungarischen Monarchie im Herbst 1918, München 1921, S. 80.

³³ Ebenda, S. 81.

ch von Patrouillen, Sch.-R. 30, aufgehalten; konnte Regimentskommandeur nicht vorgestellt werden, sondern nur einem Mannschaftsrat. Mannschaft erklärte, daß sie gegen die Offiziere nichts habe, aber unter keinen Umständen an die Front geht... wir brachten sie von dem Gedanken ab, nach Sacile zu marschieren und von dort weiter in ihre Heimat zu gehen.' Ich habe keine Kräfte, um das Schützen-Regmt. 30 mit Gewalt zur Ordnung zu zwingen, da alle verlässlichen Truppen an der schwerbedrohten Front dringend benötigt werden. Die anderen Regimenter der 43. ID eignen sich nicht dazu, die Ordnung mit Gewalt herzustellen, da bei denselben ähnliche Erscheinungen teils früher zutage getreten sind, teils nach ihrem jetzigen Verhalten zu erwarten wären.³⁴ Und so legaben sich insgesamt 2500 Mann des 30. Schützenregiments, geführt vom Soldatenrat, ausgerüstet mit 28 Maschinengewehren, mit zwei Formationen leichter Geschütze sowie 95 vollbeladenen Wagen auf den Weg durch ganz Österreich und kamen auch tatsächlich in Böhmen an.

In der Nacht zum 27. Oktober meuterten die Soldaten des 8. und 28. Schützenregiments aus Prag und Pisek. Die Mannschaften des 119. und 111. Infanterieregiments verließen die Front. In einer Meldung lesen wir: „Das Infanterieregiment 111 (Tschechen und Deutsche) ist gestern abend mit drei Bataillonen im Grazerlager eingetroffen und sollte nach Larici marschieren. Beim Aufbruch verweigerte das II. Bataillon den Abmarsch. Das Bataillon entstammt dem Infanterieregiment 88... Es besteht aus 80 Prozent Tschechen und 20 Prozent Deutschen. Letztere haben sich mit den Tschechen solidarisch erklärt.“³⁵

In der Nacht zum 27. Oktober begann die Offensive der Alliierten an der italienischen Front. Die Soldaten verließen in Massen die Schützengräben und ergaben sich kampfflos. Das war das Ende der österreichisch-ungarischen Armee. Die Soldaten bemächtigten sich der Transportmittel, die Offiziere wurden abgesetzt, und die Mannschaften wählten ihre Ausschüsse. Die Regierungsorgane wurden von einer Panik erfaßt. Der Oberkommandierende des Generalstabes verlangte vom Kronrat den sofortigen Abschluß eines Waffenstillstandes und schreckte ihn mit der Vorstellung: „Die Armee wird in wenigen Tagen bolschewisiert sein. Sie wird sich sengend und plündernd über das Land zurückergießen.“³⁶

Am 27. Oktober übergab die Regierung an Wilson eine Note, in der sie sich bereit erklärte, „ohne das Ergebnis anderer Verhandlungen abzuwarten, in Verhandlungen über einen Frieden zwischen Österreich-Ungarn und den gegnerischen Staaten und über einen sofortigen Waffenstillstand an allen Fronten Österreich-Ungarns einzutreten“.³⁷

Mit dem Zusammenbruch der Armee begann auch der Zerfall der Flotte. Der Verbindungsoffizier des Armeeoberkommandos meldete aus Pola, daß die Matrosen entschlossen sind, am 1. November 1918 die Schiffe zu verlassen und in ihre Heimat zurückzukehren. Er meldete unter anderem, daß „auf einigen Schiffen eine Art passiver Resistenz bereits ausgebrochen sei“, und wenn nicht bald etwas geschehe, so werde es eine unabsehbare Katastrophe geben und Pola den Bolschewiken ausgeliefert werden.³⁸

³⁴ Jan Opočensky: Konec monarchie rakousko-uherské, S. 795.

³⁵ Hugo Kerchnawe: Der Zusammenbruch der österreichisch-ungarischen Wehrmacht im Herbst 1918, S. 105.

³⁶ Karl Friedrich Nowak: Der Sturz der Mittelmächte, München 1921, S. 359.

³⁷ Kurt Jagow: Daten des Weltkrieges, S. 92–93.

³⁸ Vgl. Karl Friedrich Nowak: Chaos, München 1923, S. 32–33.

Auf dem Flaggschiff Admiral Horthys „Viribus unitis“ verweigerte die Marine dem Admiral den Gehorsam und empfing den Admiral mit einer Antikriegskundgebung. In allen Sprachen der Donaumonarchie wurde ihm entgegengerufen: „Schluß mit dem Krieg! Schluß mit dem Blutvergießen! Wir haben Hunger! Wir wollen nach Hause!“ Admiral Horthy wurde gezwungen, das Schiff zu verlassen. Wenngleich am 28. Oktober bekannt wurde, daß schon Verhandlungen über einen Waffenstillstand im Gange waren, übernahmen dennoch Matrosenräte auf den einzelnen Schiffen das Kommando. Auf dem Flaggschiff „Viribus unitis“ wurde der zentrale Matrosenrat konstituiert.

Zur gleichen Zeit erhoben sich auch die Matrosen, Soldaten und Arbeiter in den übrigen Kriegshäfen der Monarchie. Ende Oktober kam es zu großen Kampfdemonstrationen der Arbeiter in Triest und Sebenico. In Cattaro wurde ein militärischer Revolutionsausschuß gebildet.

Durch den Zusammenbruch der Front und die Aufstände in der Flotte wurde die Regierung vor vollendete Tatsachen gestellt. Sie mußte Waffenstillstandsverhandlungen, d. h. kapitulieren. Gleichzeitig versuchte sie, im Innern der Monarchie ihre Positionen zu halten. Aber auch dazu war es bereits zu spät. In den Gebieten der unterdrückten Nationalitäten hatten die Organe der nationalen Befreiungsbewegung die Macht übernommen. In Budapest übernahm eine bürgerlich-demokratische Regierung die Herrschaft. Dies war das Ende der Habsburger Monarchie. Die revolutionäre Bewegung in Armee und Flotte hielt jedoch nach wie vor an und drohte den neuen Repräsentanten der Macht, den bürgerlichen Politikern der bisher unterdrückten Völker der Monarchie, über den Kopf zu wachsen. So trat eine Situation ein, in der sowohl die Organe der im Zerfall begriffenen Monarchie als auch der im Entstehen befindlichen Nationalstaaten, besonders der Tschechoslowakei und Jugoslawiens, zeitweilig zusammenarbeiteten. Am 28. Oktober hat zum Beispiel das österreichisch-ungarische Kriegskriegsministerium alle Militärkommandanturen in der Monarchie beauftragt, „den jeweiligen Nationalräten ihres Bereiches zum Zwecke der Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung sowie zur Verpflichtung der Truppen im Bedarfsfälle in Verbindung zu treten. Wichtige Entschlüsse sind vorher telefonisch oder mit Hughes dem Km. zur Genehmigung vorzulegen.“³⁹

In Prag, Zagreb sowie in anderen Städten wurden zwischen den Organen der österreichisch-ungarischen Monarchie und den Organen der entstehenden Staaten Vereinbarungen getroffen, damit der Machtwechsel ohne das Eingreifen der Volksmassen erfolgen konnte. Ähnlich wurde gegen die revolutionäre Bewegung an der Front und in den Kriegshäfen verfahren.

Das Oberkommando wandte sich an die Nationalausschüsse mit der Bitte, Vertreter in den Generalstab sowie an die Front zu entsenden, die die Soldaten zur Ruhe und Ordnung auffordern sollten. Ende Oktober erließ General Mihaljevic einen Aufruf an die südslawischen Soldaten und der Beauftragte des Prager Nationalausschusses in Wien, Vlastimil Tusar, einen ähnlichen Aufruf an die tschechischen Soldaten.

Die von der Front zurückkehrenden tschechischen Soldaten glaubten, daß der neue tschechoslowakische Staat ein Staat des Volkes sein wird und daß nationale Freiheit und der Frieden für immer gesichert seien. Die Truppen wurden neu organisiert, und die tschechischen Offiziere übernahmen das Kommando.

³⁹ Jan Opočensky: Konec monarchie rakousko-uherské, S. 799.

General Horthy telegraphierte am 27. Oktober an das Oberkommando der Armee: „... telegrafische Kalmierungen und Aufforderungen zum Ausharren bis Friedensschluß und ermahnende Enunziationen der Führer und Nationalräte an die Heeres- und Marinemannschaften, gefolgt von Entsendung von Vertretern der Nationen in die Hauptkriegshäfen Pola und Cattaro könnten vielleicht noch die Katastrophe abwenden.“⁴⁰ Der südslawische Nationalauschuß war bereit, einen Vertreter nach Pola, Sebenico und Cattaro zu entsenden, wenn ihm die Macht über die Flotte übergeben wird. Vom Vizepräsidenten des tschechischen Nationalausschusses, Tusar, wurde ebenfalls eine Aufforderung zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung nach Zagreb übermittelt. Sie sollte jedoch erst dann veröffentlicht werden, „wenn der südslawische Nationalrat das gleiche tue. Deutsche sozialistische Abgeordnete begaben sich nach Pola, um beruhigend einzuwirken.“⁴¹

Am 30. Oktober 1918 wurde durch ein kaiserliches Memorandum die Flotte dem entstehenden südslawischen Staat übergeben. Auf den Schiffen wurden die k. u. k. österreichisch-ungarischen Flaggen, die jetzt der Gefahr ausgesetzt waren, durch rote Fahnen ersetzt zu werden, feierlich durch die rot-weiß-blauen Flaggen des bürgerlichen Königreichs Jugoslawien ausgetauscht.

Die alte Monarchie, die nationale Bourgeoisie und die opportunistischen sozialdemokratischen Führer vereinigten sich gegen die Volksmassen aller Nationen der ehemaligen Monarchie.

Unter dem unmittelbaren Einfluß der siegreichen sozialistischen Revolution in Rußland begann sich im Verlaufe des Jahres 1918 unter den Soldaten und Matrosen der verschiedenen Nationalitäten in der Armee und Flotte eine einheitliche Kampffront gegen den Krieg und die Habsburger Monarchie herauszubilden. Die gegenseitigen nationalistischen Vorbehalte und die kleinbürgerlich-nationalistischen Ideen wurden durch den rasch um sich greifenden Geist des proletarischen Internationalismus zurückgedrängt. Aber die demokratische Revolution wurde in Form nationaler Revolutionen unter Führung der Bourgeoisie der unterdrückten Nationen durchgeführt. Die vom Opportunismus und kleinbürgerlichen Nationalismus zersetzte österreichisch-ungarische Sozialdemokratie war bereits seit 1897 national gespalten und unfähig, sich an die Spitze der revolutionären Bewegung zu stellen. So führte der Kampf des gesamten werktätigen Volkes nur zum Zerfall der Monarchie und zur Entstehung einzelner Nationalstaaten.

Es muß jedoch betont werden, daß es Versuche linker sozialistischer Kräfte gab, ein einheitliches Vorgehen der Arbeiterklasse und anderer werktätiger Schichten zu erreichen. Die Linkssozialisten in Österreich hatten schon zu Beginn des Jahres 1918 die Losung vom nationalen Selbstbestimmungsrecht der unterdrückten Völker in ihr Programm aufgenommen. Am Vorabend des Generalstreiks vom 14. Oktober 1918 in den böhmischen Ländern setzte der führende Funktionär der tschechischen Sozialdemokratie und spätere Mitbegründer der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei, Bohumir Smeral, einen Aufruf an die deutschen Arbeiter in den Grenzgebieten Böhmens durch, in dem diese zum gemeinsamen Kampf aufgefordert wurden. Das waren aber nur vereinzelte Erscheinungen. Die Politik der sozialdemokratischen Führer

⁴⁰ Karl Friedrich Nowak: Chaos, S. 32.

⁴¹ Berichte des Vizeadmirals von Keil über das Ende der österreichisch-ungarischen Flotte an Kaiser Karl im Exil vom 27. März 1920.

war reformistisch und nationalistisch. Sie hatten sich mit „ihrer“ Bourgeoisie vereinigt und sich deren politischer Führung unterworfen.

Dies alles spiegelte sich auch im Kampf der tschechischen Soldaten und Matrosen gegen den Krieg wider. Sie glaubten dem Vizepräsidenten des Nationalausschusses und führendem Mitglied der tschechischen Sozialdemokratie Tusar, als dieser sie zur Wahrung der Ruhe und Ordnung, zur ruhigen Heimkehr aufforderte; sie glaubten ihm, daß der neue Staat alle ihre Wünsche und Hoffnungen erfüllen werde. Ähnlich schenkte ein großer Teil der deutschen Soldaten aus den böhmischen Grenzgebieten der nationalistischen Demagogie eines Lodgman von Auen und anderer deutscher bürgerlicher Politiker, die von rechten sozialdemokratischen Funktionären wie Seliger unterstützt wurden, Glauben, die mit der Losung eines selbständigen „Deutsch-Böhmen“ auftraten. Das gegenseitige Mißtrauen, das während des Krieges infolge des gemeinsamen Kampfes gegen den Krieg und gegen die Habsburger Monarchie zu verschwinden begonnen hatte, trat erneut in Erscheinung.

Erst der langjährige Kampf der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei, der einzigen tschechoslowakischen Partei, die ihren Kampf nach den Grundsätzen des proletarischen Internationalismus führte, zeigte den tschechischen und den deutschen Werktätigen in der Tschechoslowakei den richtigen Weg. Der gemeinsame Kampf der besten Kräfte des tschechoslowakischen und des deutschen Proletariats unter Führung ihrer kommunistischen Parteien gegen den deutschen Imperialismus und Faschismus, die Schaffung des volksdemokratischen Staates in der Tschechoslowakei und die Errichtung des ersten Arbeiter- und Bauern-Staates auf deutschem Boden, der Deutschen Demokratischen Republik, und ihr gemeinsames Auftreten gegen den westdeutschen Militarismus und Revanchismus haben alle Voraussetzungen für ein gegenseitiges Verständnis unserer beiden Völker, für den gemeinsamen Kampf für den Sieg des Sozialismus in unseren Ländern und die Erhaltung des Friedens in der Welt geschaffen.

DIETER FRICKE

Eine wichtige Quelle zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung

In den Archiven der Deutschen Demokratischen Republik befindet sich eine Fülle von Quellen, die für die Erforschung und Darstellung der geschichtlichen Entwicklung der deutschen Arbeiterbewegung von großem Wert sind. Zu ihnen gehören vor allem die „Übersichten über die allgemeine Lage der sozialdemokratischen und anarchistischen Bewegung“, die der Berliner Polizeipräsident im Auftrage des preußischen Ministers des Innern¹ herausgab. Diese Übersichten

¹ Vgl. den Zirkularerlaß vom 5. September 1878. In: Brandenburgisches Landeshauptarchiv, Potsdam (abgekürzt LHA Brandenburg), Rep. 30, Tit. 95, Sekt. 7, Lit. Nr. 4 Gen. (15 873), fol. 1.

erschienen von 1878 bis 1913, abgesehen von einigen Unterbrechungen, in periodischer Reihenfolge. Sie waren allerdings nicht die erste Form der gegenseitigen Orientierung der größeren deutschen Polizeibehörden über die sozialistische Arbeiterbewegung.

In den Jahren nach der bürgerlich-demokratischen Revolution von 1848/49 waren bereits in Deutschland für längere Zeit solche Übersichten vorhanden gewesen. Die preußischen Polizeibehörden der größeren Städte waren seit 1851 stärker als bisher mit Aufgaben der politischen Polizei betraut worden. In dem Zirkularerlaß an die Kgl. Polizeibehörden der größeren Städte vom Dezember 1851 hatte es der Minister des Innern unter dem Hinweis auf die Tatsache, daß sich die „Umsturzpartei“ täglich mehr und mehr organisieren würde, als ihre Pflicht bezeichnet, „auch ihrerseits über die Grenzen des zunächst vorgeschriebenen Geschäftskreises hinaus sich wirksam zu erweisen und denjenigen Erscheinungen eine rege Aufmerksamkeit zuzuwenden, welche auf die Pläne der Umsturzpartei überhaupt schließen lassen“². So hielt er vor allem die Herstellung engerer und regelmäßiger Beziehungen zwischen den wichtigeren Polizeibehörden in Preußen für erforderlich.

Als ein entscheidendes Mittel, diese engen Beziehungen herzustellen, bezeichnete er die Erstattung und Mitteilung von Wochenberichten. Noch im Dezember 1851 sollten die Polizeibehörden in Königsberg, Elbing, Danzig, Posen, Stettin, Frankfurt (Oder), Breslau, Magdeburg, Minden, Düsseldorf, Köln, Koblenz und hier sowie das Berliner Polizeipräsidium zu solchen Wochenberichten übermitteln und sich diese gegenseitig zusenden.³

Der Inhalt der Wochenberichte sollte sich, nach der Zirkularverfügung, auf das politische Gebiet beschränken, dieses aber „in ausgedehntester Weise“ umfassen, wobei „nicht bloß vollendete Tatsachen, sondern auch hier einschlagende Wahrnehmungen“ aufzunehmen wären. „Es ist also, um einzelne Beispiele besonders hervorzuheben, anzuzeigen, wenn innerhalb einer regierungsfeindlichen Partei sich eine besondere Regsamkeit zeigt, wenn die Führer einer solchen Partei ihren gewöhnlichen Aufenthalt verlassen, wenn ein lebhafterer Verkehr innerhalb der reisenden Agenten der Propaganda bemerkt wird und dergleichen mehr. Es ist ferner Mitteilung zu machen von Verhaftungen oder Haussuchungen und von deren Resultat, wobei besonders erhebliche Schriftstücke, soweit dieselben eine Benachteiligung der gerichtlichen Unterstützung geschehen kann, wenigstens ihrem wichtigsten Inhalt nach aufzunehmen sind. Ebenso gehört in die Wochenberichte die Mitteilung über das Erscheinen verbrecherischer Schriften, resp. über die Absicht, dergleichen an diesem oder jenem Ort zu publizieren . . .“⁴ Die strenge Geheimhaltung der Wochenberichte wurde als ein „ganz besonderes Verdienst“ für ihren beabsichtigten Erfolg bezeichnet.⁵

Das Interesse an einer ständigen gegenseitigen Orientierung über die sozialistische und demokratische Bewegung war auch bei den Polizeibehörden der anderen deutschen Bundesstaaten sehr groß. Am 8. April 1851 trafen sich die Polizeichefs von Berlin, Dresden, Hannover und Wien zu einer „gemeinsamen allg. form- und geräuschlosen Konferenz“ in Dresden, um Maßnahmen gegen die gemeinsame Gefahr der Bestrebungen der Umsturzpartei zu beraten.⁶ Die

LHA Brandenburg, Rep. 30, Tit. 94, Lit. P, Nr. 207, Vol. 1, fol. 21.

Ebenda, fol. 21 R. 1852 kamen noch die Polizeibehörden von Elberfeld und Barmen hinzu.

Ebenda, fol. 22.

Ebenda, fol. 23.

Ebenda, fol. 1.

Teilnehmer dieser geheimen Polizeikonferenz beschäftigten sich vor allem der Organisation des Austauschs gegenseitiger Informationen. Als eine zentrale Aufgabe der Zusammenkunft hatte Hinckeldey die Beratungen über diejenigen gemeinsamen Maßregeln vorgeschlagen, „welche propagandistischen Pläne zweckmäßigsten erscheinen dürften; namentlich wird es darauf ankommen, wir uns über den Umkreis, den Umfang und die Einrichtung unserer gegenseitigen Mitteilungen verständigen, um auf diese Weise alles Überflüssige zu vermeiden und unsere Kräfte vollständig und besser als bisher auf bestimmte Punkte konzentrieren zu können“⁷.

Die Teilnehmer kamen überein, sich durch gegenseitige Wochenberichte ständig über die revolutionäre Bewegung zu informieren. Darüber hinaus wurde jedem Beteiligten ein Gebiet des deutschen Bundesbereichs zugeteilt, welches er neben seinem eigenen Lande zu betreuen hatte. Jeder wollte sich weiter bemühen, Berichte über die deutsche demokratische Emigration zu ermitteln und sie den anderen mitzuteilen.

Die Wochenberichte wurden ein maßgebliches Mittel zur Zentralisierung der politischen Polizei in Preußen und in ganz Deutschland. Ihr wesentlichster Vorteil bestand, nach Hinckeldey, „in der schnellen und weiten Kommunikation derjenigen Polizeibehörden miteinander, welche... zur unmittelbaren Handhabung der politischen Polizei vorzugsweise berufen sind“⁸. Vom Minister des Innern wurde verschiedentlich auf die Gestaltung der Wochenberichte Einfluß genommen.⁹

Die Wochenberichte stellen eine wichtige Quelle zur Erforschung der revolutionären Bewegung der fünfziger Jahre dar¹⁰, jedoch darf ihr Wert auch nicht überschätzt werden. So beschwerte sich z. B. Hinckeldey am 12. Juli 1853 Manteuffel über die schlechte Qualität der Wochenberichte aus Frankfurt (Oder), die „zum größten Teil mit einer unverantwortlichen Leichtfertigkeit abgefaßt sind und oft so offenbare Unwahrheiten enthalten, daß man zu dem Glauben veranlaßt werden muß, daß der Berichterstatter (Dr. Zirndorfer — D. F.) nicht allein aus Nachlässigkeit oder Unachtsamkeit so offenbare Unwahrheiten in seinen Berichten aufnimmt“¹¹.

⁷ Ebenda, fol. 4 f.

⁸ Hinckeldey am 12. Februar 1854 an den Minister des Innern. Ebenda, fol. 20.

⁹ Vgl. z. B. das Zirkular vom 18. Juni 1852 über den Inhalt der Wochenberichte, „vielfach zur Aufnahme von Mitteilungen, resp. zur Erörterung von Angelegenheiten benutzt wurden, welche durchaus nicht in diese Berichte gehören. Namentlich werden häufig Fragen über den Sinn, die Anwendung oder die Mängel der bestehenden Gesetze angeregt, mitunter wohl auch das Verfahren anderer Behörden im einzelnen oder selbst deren Verhalten im allgemeinen zum Gegenstand einer tadelnden Kritik gemacht. Die Aufnahme aller derartigen Auslassungen in die Wochenberichte ist durchaus ungehörig...“ (ebenda, fol. 125). Vgl. auch den Zirkularerlaß vom 1. Februar 1854: „Der Vorteil, welchen die Verwaltung der politischen Polizei aus der Einrichtung (den Wochenberichten — D. F.) gezogen hat, läßt eine Erweiterung derselben durch Aufnahme des von den Kreis-Polizeibehörden etwa zu Suppediten geeigneten Materials wünschenswert erscheinen.“ (Ebenda, fol. 204.)

¹⁰ Vgl. u. a. im LHA Brandenburg, Rep. 30, Tit. 94, Lit. W, Nr. 188, Vol. 1: Berliner Wochenberichte für das Ausland (1851–1866), Nr. 225, Vol. 3–5: Berliner Wochenberichte für das Inland (1853–1861), Nr. 288, Vol. 1–2: Wochenberichte aus Karlsruhe (1853–1864), Nr. 297: Wochenberichte aus Elbing (1852–1857), Nr. 298: Wochenberichte aus Frankfurt (Oder) (1852–1856), Nr. 299: Wochenberichte aus Köpenick (1852–1857), Nr. 303: Wochenberichte aus Trier (1852–1859), Nr. 379: Wochenberichte aus Hannover (1851–1861).

¹¹ LHA Brandenburg, Rep. 30, Tit. 94, Lit. P., Nr. 207, Vol. 1 (12 154/1), fol. 164.

Die Übersichten des Berliner Polizeipräsidenten über die Lage der sozialistischen und anarchistischen Bewegung unterscheiden sich von den Jahresberichten der fünfziger Jahre vor allem in bezug auf ihren umfassenden systematischen Charakter sowie dadurch, daß sie von einer Stelle, dem Berliner Polizeipräsidium, ausgingen.

Mit der Anfertigung der Übersichten war der Berliner politischen Polizei eine Aufgabe übertragen worden, die sie bis zum Beginn des ersten Weltkrieges, von einigen zeitlichen Unterbrechungen abgesehen, regelmäßig zu erfüllen hatte. Im einzelnen erschienen¹²:

Übersicht vom 11. Dezember 1878	Übersicht vom 4. März 1884
Übersicht vom 10. Juni 1879	Übersicht vom 1. November 1884
Übersicht vom 29. Dezember 1879	Übersicht vom 6. Juli 1885
Übersicht vom 10. Juni 1880	Übersicht vom 24. Juli 1886
Übersicht vom 31. Dezember 1880	Übersicht vom 15. November 1887
Übersicht vom 15. Juni 1881	Übersicht vom 22. November 1889
Übersicht vom 12. Januar 1882	Übersicht vom 2. September 1893
Übersicht vom 14. Juni 1882	Übersicht vom 1. Januar 1897
Übersicht vom 30. Januar 1883	Übersicht vom 15. Januar 1898
Übersicht vom 30. Juli 1883	

Übersichten für die Jahre 1898, 1899, 1900, 1902, 1903/04, 1905/06, 1906/07, 1908, 1909, 1910, 1911, 1912 und 1913.

Im Verlauf der 35 Jahre, die diese Einrichtung bestand, wurde sie immer weiter ausgebaut und ein Werkzeug im Kampf gegen die revolutionäre deutsche Arbeiterbewegung. Die Übersichten sollten nicht nur eine Form der Nachrichtenvermittlung darstellen, sondern sie hatten in erster Linie die Aufgabe der richtigen Anleitung und Orientierung der deutschen Polizeibehörden und aller anderen Unterdrückungsorgane des junkerlich-bourgeois Staatsapparates. Im Berliner Polizeipräsidium und insbesondere seiner politischen Polizei war dabei die führende Rolle übertragen worden.¹³

Ein Gesichtspunkt darf nicht unberücksichtigt bleiben; ein großer Teil leitenden Beamten mußte erst für den Kampf gegen die deutsche Sozialökonomie geschult werden. Die Ignoranz über die primitivsten Grundbegriffe des Marxismus war hier in der Regel sehr groß. Der vor dem ersten Weltkrieg seinen vorgesetzten Behörden gemäßregelte liberale Bürgermeister der Stadt Husum, Lothar Schücking, schildert das sehr treffend: „Man kann in Deutschland alt und höherer Beamter werden, ohne den Namen Karl Marx gehört zu haben. Dagegen gehört es zum guten Ton in Preußen, Lassalle zu kennen, aber nur wegen seiner Duellgeschichte und seiner Liebschaft mit einer verstorbenen Dame. Die Ziele, Richtungen, Ideale und Rechtfertigungen des Sozialismus sind in weiten Kreisen der Gebildeten unbekannt. Man weiß ein paar Schlagworte: ‚alles teilen‘, ‚freie Liebe‘, ‚Religion Privatsache‘, ‚Verleugung der Massen‘, ‚Eigentum ist Diebstahl‘, ‚großes Zuchthaus‘, ‚Republik‘. Das ist im ganzen die Vorstellung, die mancher Richter und fast jeder höhere Verwaltungsbeamte von dem Sozialismus hat. Manche derselben reden noch von der großen Kladderradatsch und von der ‚großen Expropriation‘. Sie haben dabei die unklare Vorstellung, eines Tages könnten sie nicht allein ihre Stellung verlieren, sondern sie müßten auch ihr mühsam Erspartes einigen ehemaligen

Die Übersichten, die die deutsche Arbeiterbewegung betreffen, wird der Vf., mit dem Verleger versehen, demnächst im Verlag Rütten & Loening herausgeben. Vgl. hierzu Dieter Fricke: Die Berliner politische Polizei im Kampf gegen die deutsche Arbeiterbewegung (1878–1890), Phil. Habil., Berlin 1960.

Sträflingen, wahrscheinlich jüdischer Abkunft, ausliefern, um sich dafür diesen unsympathischen Persönlichkeiten zu einer unentgeltlichen Straf-
arbeit bei Volksküchenernährung anhalten zu lassen. Das ist die Vorste-
des preußischen höheren Beamten vom Sozialismus.¹⁴ Schücking hatte
Bürgermeister von Husum sehr gute Anschauungsmöglichkeiten, um zu ei-
solchen Urteil zu kommen, das, aus dem Jahre 1908 stammend, in noch
höherem Maße auf die Situation zu Beginn des Sozialistengesetzes zutraf.

Diesem Gedanken hatte der Berliner Polizeipräsident selbst Rechnung ge-
gen, indem er den Minister des Innern 1878 darauf aufmerksam machte,
seine Dezenten in der politischen Polizei nicht aus Polizeiräten und Po-
assessoren bestehen könnten, wie das sonst bei den Lokalabteilungen des
zeipräsidiiums üblich war. Dazu würden sich nur „die begabtesten Bea-
dieser Kategorie“ eignen, „weil im allgemeinen eine höhere Qualifikation
sie dieser Beamtenschaft im allgemeinen innewohnt, behufs prompter
richtiger Erledigung der übertragene Arbeiten gefordert werden muß“.¹⁵
seiner Ansicht kamen als Dezenten für die politische Polizei in der
nur höhere Verwaltungs- oder Justizbeamte in Betracht.

Durch die Übersichten sollte weiterhin die Pogromstimmung gegen die So-
demokratie aufrechterhalten werden, indem, regelmäßig wiederkehrend,
die große Gefahr der sozialdemokratischen Bewegung hingewiesen wurde.
traf vor allem auch für die anderen deutschen Bundesstaaten zu.

Nachdem die Berliner politische Polizei im Frühjahr 1881 durch ihren Sp-
Heinrich die gewünschten „Beweise“ für die Notwendigkeit der Verhän-
des kleinen Belagerungszustandes über Leipzig und Umgebung zusam-
gebracht hatte, gab die Übersicht vom 13. Juni 1881 einen genauen Über-
über die von dem Polizeispitzel Heinrich „geschaffene“ sozialdemokrat-
Geheimorganisation in Leipzig.¹⁶ Die Führer der deutschen Sozialdemok-
hätten sich in Leipzig „unter den denkbar günstigsten Umständen“ zusam-
gefunden. „Das einzige wirksame Mittel, diesen für die Bekämpfung der So-
demokratie sehr bedenklichen Zustand zu beseitigen“, sah die Übersicht in
Anwendung des § 28 des Sozialistengesetzes auf Leipzig und Umgebung.¹⁷

Der preußische Minister des Innern überreichte dem Reichskanzler
Übersicht am 23. Juni 1881 und schlug ihm vor, die hierin gemachten Be-
kungen über die Leipziger Sozialdemokratie der sächsischen Regierung
zuteilen, damit sich diese von der Notwendigkeit überzeugen könnte,
Einführung des s.g. kleinen Belagerungszustandes in dieser Stadt nicht la-
hinauszuschieben“.¹⁸ Bismarck antwortete am 3. Juli 1881, daß er die
erfüllt hätte.¹⁹ Am 27. Juni 1881 war über Leipzig-Stadt und die Amtsh-
mannschaft Leipzig der kleine Belagerungszustand verhängt worden.

Auch in der Folgezeit bestand die wichtigste Aufgabe der Übersichten r-
der Information darin, die Pogromstimmung gegen die sozialistische Bewe-

¹⁴ (Lothar Schücking): Die Reaktion in der inneren Verwaltung Preußens vom
germeister X. Y. in Z., Berlin 1908, S. 17 f.

¹⁵ Deutsches Zentralarchiv, Merseburg (abgekürzt DZA, Merseburg), Rep. 7
343 A, Nr. 158, Vol. 1, fol. 39.

¹⁶ Vgl. hierzu u. a. August Bebel: Aus meinem Leben, Bd. 3, Dietz Verlag,
1953, S. 159–160. Ferner LHA Brandenburg, Rep. 30, Tit. 94, Lit. S, Nr. 488, Vol.

¹⁷ Vgl. Übersicht über die allgemeine Lage der sozialdemokratischen und rev-
nären Bewegung vom 15. Juni 1881. In: LHA Brandenburg, Rep. 30, Tit. 94,
Nr. 1255, Vol. 1, fol. 228 ff.

¹⁸ DZA, Merseburg, Rep. 77, Tit. 500, Nr. 47, Vol. 1, fol. 80.

¹⁹ Vgl. ebenda, fol. 83.

ht nur in Preußen, sondern ebenfalls in den anderen deutschen Bundesstaaten ständig wachzuhalten und zu schüren.

In einzelnen Bundesstaaten“, beklagte sich Herbert v. Bismarck am 1. Oktober 1887 bei dem Minister des Innern, Robert von Puttkamer, „ist mehrfach eine Nachgiebigkeit der Behörden gegen die sozialdemokratische Bewegung zutage getreten, deren Folgen zum Teil bei den Reichstagswahlen in den Anwachsen sozialdemokratischer Stimmen sich gezeigt, zum Teil eine Unsäffigkeit der Bevölkerung, wie in den oldenburgischen um Wilhelmshaven liegenden Gemeinden und anderwärts hervorgerufen haben.“²⁰ In den kleineren Staaten und Gemeinden würde die Gefahr der sozialistischen Bewegung nicht gleich so in Erscheinung treten wie in den Mittelpunkten der Industrie. Durch das Verbot der sozialistischen Presse hätten die kleinstaatlichen Regierungen weiterhin nicht mehr die Möglichkeit, sich selbst zu orientieren. Damit wäre bei ihnen der Neigung Vorschub geleistet worden, „die Gefahr der Sozialdemokratie eine übertriebene zu betrachten und gegen die Agitation mit Milde aufzutreten.“²¹ Die Übersichten des Berliner Polizeipräsidiums, „so wertvoll auch nach ihr Inhalt“ sei²², hätten in dieser Beziehung versagt und „kein so lebendiges Bild von dem Wesen der Sozialdemokratie und ihrem allmählichen Übergang zum Anarchismus und zur Revolution“ gegeben, „wie es in der revolutionären Presse zum Ausdruck gelangt.“²³

Das Märchen von der Sozialdemokratie, die allmählich zum Anarchismus übergehen würde, sollte den deutschen Bundesstaaten ständig aufgetischt werden. Bismarck erhoffte sich hierbei von periodischen Berichten über die in Deutschland heimlich verbreitete „sozialrevolutionäre“ Presse eine größere Wirksamkeit. Diese Berichte sollten alle drei Monate herausgegeben und den Bundesregierungen „auf gesandtschaftlichem Wege“ zugestellt werden.²⁴

Für den ersten Bericht empfahl Herbert v. Bismarck, an den sozialdemokratischen Parteikongreß in St. Gallen anzuknüpfen, da es sich „aus den Folgen, welche der ‚Sozialdemokrat‘ zieht, leicht nachweisen läßt, daß das offizielle Programm den Weg der gewaltsamen Revolution nicht mehr ablehnt“²⁵. Herbert v. Bismarck ging es hierbei in erster Linie um den „Nachweis“, die radikal-anarchistischen Tendenzen hätten in der deutschen Sozialdemokratie erwasser gewonnen. Dabei hatte sich der Parteitag gerade davon durch eine Resolution eindeutig abgegrenzt und die anarchistische Gesellschaftstheorie „*antisozialistisch*“ erklärt.²⁶

Das hinderte aber den Minister des Innern nicht, dem Reichskanzler am 1. November 1887 sein volles Einverständnis zu einem *solchen* Bericht mitzuteilen²⁷ und zugleich dem Berliner Polizeipräsidenten die entsprechenden

DZA, Merseburg, Rep. 77, Tit. 500, Nr. 47, Vol. 2, fol. 101.

Ebenda, fol. 101 R.

Ebenda, fol. 102.

Ebenda.

„Dieser Weg“, schrieb Herbert v. Bismarck, „bietet auch noch den Vorteil, daß durch die gesandtschaftlichen Mitteilungen die Bundesfürsten in die Lage kommen, von der sozialdemokratischen Gefahr unterrichtet zu werden und durch strenge Weisungen als bisher auf ihre Behörden zu wirken.“ (Ebenda, fol. 102 R.)

Ebenda, fol. 103. Vgl. den Artikel „Radikal und gemäßigt“ im „Sozialdemokrat“ vom 21. Oktober 1887.

Vgl. Bericht über die Verhandlungen des Parteitages der Deutschen Sozialdemokratie. Abgehalten zu Schönenwegen bei St. Gallen vom 2. bis 6. Oktober 1887, St. Gallen 1887, S. 64.

DZA, Merseburg, Rep. 77, Tit. 500, Nr. 47, Vol. 2, fol. 104 f.

Anweisungen für die politische Polizei zu geben.²⁸ Richthofen teilte Puttkam am 24. Dezember 1887 mit, daß er die von ihm verlangten periodischen Berichte in Form von Auszügen aus dem „Sozialdemokrat“, der „Freiheit“, der „doner Freien Presse“, des in New York erscheinenden „Sozialist“, der „nomie“, der Wiener „Gleichheit“, des „Vorboten“, der „New Yorker Vzeitung“ sowie den zu seiner Kenntnis gelangenden sozialdemokratischen anarchistischen Flugblättern erstatten wollte.²⁹ Unter der vorwiegenden wendung *anarchistischer* Publikationen erschienen dann im Januar, im und im November 1888 sowie im März 1889 aus der Giftküche des Berliner Polizeipräsidiiums solche Denkschriften über die in Deutschland heimlich breitete sozialdemokratische Presse³⁰, die ein völlig entstelltes Bild vom Wesen der deutschen Sozialdemokratie gaben.

Die preußischen Gesandten erhielten vom Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten am 18. April 1888 die Anweisung, den Bundesregierungen mitzuteilen, daß ihnen sie beglaubigt waren, die Denkschriften „*streng vertraulich*“ zu verwenden. Ein Hinweis auf die der bestehenden Staatsordnung durch die Sozialdemokraten drohenden Gefahren und die Notwendigkeit eines tatkräftigen Vorgehens der Behörden“ mitzuteilen.³¹ Auf Grund der Berichte der Gesandten konnte Helldorf v. Bismarck dem Minister des Innern bereits am 8. Mai 1888 schreiben, daß die Denkschriften und die damit verbundenen Anregungen bei den Bundesregierungen ein dankbares Entgegenkommen gefunden hätten und daß der Wunsch nach weiteren solcher Mitteilungen geäußert worden wäre.³²

Diese Denkschriften sind ein bezeichnendes Beispiel dafür, wie Bismarck die Mittel einsetzte, um die Pogromhetze gegen die sozialistische Bewegung in den kleinen deutschen Bundesstaaten neu zu entfachen. Sie scheinen sich aber auf längere Sicht nicht bewährt zu haben und besaßen nur eine temporäre Bedeutung. Der Bismarcksche Staat griff bald wieder auf die Methode der Übersichten zurück, von denen die nächsten im November 1889 und September 1890 erschienen. Auf Anweisung des Ministers des Innern gab der Berliner Polizeipräsident dann vom 1. Januar 1897 ab die Übersichten bis zum Beginn des ersten Weltkrieges periodisch heraus.³³

Im Frühjahr 1912 regte der Regierungspräsident zu Düsseldorf den Fortbestand der Übersichten an, da der „mit der Berichterstattung verbundene Aufwand von Zeit und Arbeit im Mißverhältnis“ zu ihrem Nutzen stehen würde.³⁴ Der Berliner Polizeipräsident wandte sich entschieden gegen diesen Vorschlag. Nachdem er einige Beispiele für die positive Aufnahme der Übersichten durch verschiedene deutsche Behörden angeführt hatte, stellte er fest: „Der Wert der Gesamtübersicht liegt für alle diejenigen Behörden, die sich nicht da-

²⁸ Ebenda, fol. 105 f. Richthofen hatte dem Minister des Innern bereits am 29. Oktober 1887 einen sekretierten Bericht über den St. Gallener Parteitag übersandt, in dem er zum Schluß die bezeichnende Feststellung traf: „Man hat den Eindruck geworben, daß Bebel, Liebknecht und Singer jetzt die maßgebenden Führer der Partei sind. Bebel aber beinahe die Stellung eines Diktators bekleidet.“ (LHA Brandenburg, Rep. 30, Tit. 94, Lit. C, Nr. 389, Vol. 2 (9411), fol. 208.)

²⁹ DZA, Merseburg, Rep. 77, Tit. 500, Nr. 47, Vol. 2, fol. 110 f.

³⁰ Vgl. ebenda, fol. 113–127, 156–172; Vol. 3, fol. 2–11 R u. 16–26 R.

³¹ Ebenda, Vol. 2, fol. 134–135 R.

³² Ebenda, fol. 148 f.

³³ Vgl. den Erlaß des Ministers des Innern vom 22. Oktober 1896 an den Berliner Polizeipräsidenten. In: LHA Brandenburg, Rep. 30, Tit. 95, Sekt. 7, Lit. J, Nr. 4, fol. 10.

³⁴ Vgl. den Erlaß des Ministers des Innern vom 17. Mai 1912. Ebenda, fol. 10.

er die gesamte Arbeiterbewegung auf dem Laufenden erhalten können — und dies ist nur wenigen möglich —, meines Erachtens vor allem darin, daß sie der Hand der Übersicht unschwer in der Lage sind, die örtlichen Vorgänge der Arbeiterbewegung in den Rahmen der Gesamtbewegung einzupassen, die tagweite und die Bedeutung lokaler politischer Vorkommnisse richtig einzuschätzen und überhaupt aus der Gesamtlage heraus über den Einzelfall volle Klarheit zu gewinnen. Vor allem scheinen mir die das Ausland behandelnden Kapitel der Übersicht für eine zutreffende Beurteilung unserer heimischen Arbeiterbewegung, ihrer Antriebe, ihrer Ziele und ihrer Entwicklung ein ganz besonders brauchbares Hilfsmittel zu sein.“³⁵

Der mit den Übersichten verbundene Arbeits- und Zeitaufwand war, wie der Berliner Polizeipräsident abschließend feststellte, keinesfalls nutzlos vertan. „Der Zwang zur Berichterstattung“, schrieb er, „gibt alle Jahre neuen Anstoß, die Arbeiterbewegung scharf im Auge zu behalten, nötigt die berichterstattende Behörde (die Berliner politische Polizei — D. F.) immer wieder, sich selbst über diese Bewegung, ihre Fortschritte und ihre Zusammenhänge klar zu werden, und ermöglicht es so, daß auch im Kampfe gegen Sozialdemokratie und Anarchismus die in Betracht kommenden Dienststellen jederzeit auf dem Posten sind.“³⁶

Die Übersichten beschäftigten sich nicht nur mit der sozialistischen und anarchistischen Bewegung in Deutschland, sondern auch mit der in den wichtigsten Staaten des Auslandes. Während das Quellenmaterial für den deutschen Teil relativ reichlich floß, standen der politischen Polizei zu ihrer Orientierung im Ausland in der Regel nur zwei Quellen zur Verfügung³⁷: die ausländische Presse und die Spitzelberichte, die meistens von äußerst zweifelhaftem Wert waren. In bezug auf das interne Leben der sozialistischen Parteien in Deutschland und im Ausland war die politische Polizei, wenn ihre zahlreichen Spitzel versagten, nur zu Vermutungen und oberflächlichen Feststellungen in der Lage. Dies spiegelt sich sehr deutlich in den Übersichten wider.

Obwohl die anarchistische Bewegung in Deutschland und im Ausland in den fünfziger und neunziger Jahren einen relativ größeren Umfang einnahm als später, steht der Platz, der ihrer Behandlung in den Übersichten eingeräumt wurde, in keinem Verhältnis zu ihrer tatsächlichen Bedeutung. Über die Anarchisten wurde zwar in den preußischen Polizeistuben viel Tinte verbraucht; zahlreiche Archivalien, die von der angeblich großen Gefahr der anarchistischen Bewegung berichten, vermitteln jedoch ein völlig falsches Bild. Tatsächlich hat es in Deutschland in diesen Jahren nur zwei bis drei Dutzend anarchi-

³⁵ Der Berliner Polizeipräsident am 9. Juli 1912 an den Minister des Innern. Ebenda, fol. 27–30.

³⁶ Ebenda, fol. 29 f.

³⁷ Vgl. die Feststellung des damaligen Auslandsdezernenten der politischen Polizei, Regierungsassessor Zacher; ebenda, fol. 211, und Madais Bericht vom 30. November 1898 an Eulenburg, in dem er zur Art der Quellen folgendes bemerkt: „... in dieser Beziehung habe ich bereits zu den früher bestandenen Verbindungen mit einzelnen Behörden des In- und Auslandes Beziehungen angeknüpft mit den sämtlichen Regierungen und wichtigeren Polizeibehörden des Preussischen Staates, woraus sich schon jetzt ein sehr lebhafter Schriftwechsel entwickelt hat, und zwar nicht nur mit diesen Behörden selbst, sondern auch mit zahlreichen Gerichten und Staatsanwälten. Ich habe ferner Bedacht genommen auf die Beschaffung einer Anzahl deutscher und ausländischer Zeitungen und Broschüren, welche über den Stand der Bewegung und die Aktionen der verschiedenen Umsturzparteien Auskunft geben...“ (DZA, Merseburg, Rep. 77, Tit. 343 A, Nr. 158, Vol. 1, fol. 141.)

stischer Gruppen mit insgesamt höchstens zweihundert aktiven Mitgliedern gegeben.

Die Übersichten vermitteln also einen Eindruck, der in keiner Weise zufriedenstellend ist. Auch hieran ist sehr klar zu erkennen, daß ihr Zweck vor allem darin bestand, von Berlin aus die Pogromstimmung gegen die Sozialdemokratie zu schüren. Hierzu gehört auch die sehr ungenügende Differenzierung zwischen Sozialdemokraten und Anarchisten. Eine revolutionäre Haltung wurde vielerorts als anarchistisch bezeichnet. Ein altes Mittel der Reaktion bei der Verfolgung der Sozialisten!

Der Wert der Übersichten wurde außerdem durch den Kreis ihrer Benutzung an den sie metallographiert bzw. später dann gedruckt versandt wurden, eingeschränkt. Im Jahre 1880 bestand er aus 140 leitenden Beamten bzw. Diplomaten des In- und Auslandes, zu denen sowohl die preußischen Oberpräsidenten, Regierungspräsidenten und Polizeibehörden als auch die sächsischen Kronbeamten, der Polizeichef von Hamburg und der Direktor der Londoner Kriminalabteilung gehörten, um nur einige zu nennen.³⁸

Die Übersichten wurden vor allem von den ausländischen Behörden mit großem Interesse aufgenommen. So wurde Bismarck verschiedentlich von österreichischen Außenminister Graf Kalnoky gebeten, ihm mehrere Exemplare von Übersichten zur Verfügung zu stellen, weil er diese den inneren Behörden in Wien und Budapest zur Kenntnis bringen wollte.³⁹

Den preußischen Landräten und den Leitern der kommunalen Polizeibehörden der oben erwähnten zwölf Städte konnte der Inhalt der Übersichten seit dem Ministerialerlaß vom 21. Mai 1883 ebenfalls mitgeteilt werden. Eine Bekanntmachung dieser Beamten mit ihrem Gesamthalt wurde nicht für ratsam angesehen⁴⁰, da auf den sekretären Charakter der Übersichten der größte Wert gelegt wurde. So hatte der Berliner Polizeipräsident dem Minister des Innern genau zu berichten, was mit den übriggebliebenen Exemplaren geschah. In der Regel wurden diese nach einem bestimmten Zeitraum in seiner Anwesenheit verbrannt.⁴¹

Der Teilnehmerkreis war andererseits aber wiederum zu groß, um in den Übersichten Mitteilungen von besonders vertraulichem Charakter aufzunehmen. Darauf machte der Minister des Innern den Berliner Polizeipräsidenten ausdrücklich aufmerksam, als er am 11. Januar 1879 zu der ersten Übersichtsbesprechung vom 11. Dezember 1879 Stellung nahm. Eulenburg fand sie im ganzen zwar entsprechend und gut angelegt. Neben ihrem zu großen Umfang bemängelte vor allem, daß in der Übersicht bei dem Bericht über die Ausweisung sozialdemokratischer Agitatoren aus Berlin der Hinweis auf weitere geplante Ausweisungen enthalten war. „Die Mitteilung einer derartigen erst in Ausbleibenden Maßregel in einem, wenn auch vertraulichen, doch für die Adressaten bestimmten Schriftstücke würde besser unterblieben sein.“ Eulenburg empfahl weiterhin, Mitteilungen über Vorgänge in aus-

³⁸ Vgl. das vollständige Verzeichnis im LHA Brandenburg, Rep. 30, Tit. 94, D. Nr. 1255, Vol. 1, fol. 150–151 R.

³⁹ Vgl. DZA, Merseburg, Rep. 77, Tit. 500, Nr. 47, Vol. 1, fol. 129, 161 und 198.

⁴⁰ DZA, Merseburg, Rep. 77, Tit. 343 A, Nr. 158, Vol. 2, fol. 57. So bat z. B. der Regierungspräsident zu Danzig am 28. Juni 1883 um die Übersendung der Übersichten an seine Landräte. Puttkamer hielt das aber nicht nur für unnötig, sondern auch sehr bedenklich. Er willigte nur ein, daß den Landräten Auszüge aus den Übersichten zur Verfügung gestellt wurden (Vgl. ebenda, fol. 87 ff.).

⁴¹ Vgl. DZA, Merseburg, Rep. 77, Tit. 500, Nr. 47, Vol. 1, fol. 3 R.

⁴² DZA, Brandenburg, Rep. 30, Tit. 95, Sekt. 7, Lit. J, Nr. 4 Gen.

en Staaten, „welche diskreter Natur und für die Landespolizeibehörden nicht in unmittelbarem Interesse sind, ... von der Aufnahme in die fraglichen Übersichten auszuschließen“⁴³. Es ist verständlich, daß das eine Einschränkung im inhaltlichen Wertes der Übersichten mit sich bringen mußte.⁴⁴

Wie wir sehen, müssen bei einer Wertung der Übersichten des Berliner Polizeipräsidenten über die Lage der sozialdemokratischen und anarchistischen Bewegung zahlreiche Momente berücksichtigt werden, die ihren Wert wesentlich einschränken. Die Übersichten hatten im Kampf gegen die Sozialdemokratie konkrete Aufgaben zu erfüllen. Das bedingte auch ihren Charakter und ermöglicht es uns heute, in die Tätigkeit der Organe des junkerlich-bourgeois Staats einen Einblick zu erhalten, wenn auch vieles „zwischen den Zeilen“ steht.

Während z. B. die Quartalsberichte des Berliner Polizeipräsidenten, der Regierungspräsidenten und Landdrosten⁴⁵ für die Erforschung der Periode des Sozialistengesetzes vielfach eine größere Zahl von sehr aufschlußreichen Einzelheiten bieten, besteht der Wert der Übersichten darin, daß sie von der Warte der Berliner politischen Polizei aus einen umfassenden Blick auf die sozialistische Bewegung in Deutschland geben, deren Wachstum und Entwicklung sie druckvoll verdeutlichen.

Wie einige in diesem Beitrag angeführte Beispiele zeigen, darf bei der Benutzung dieser Quelle jedoch niemals vergessen werden, daß sie von der Berliner politischen Polizei im ausschließlichen Interesse des Kampfes gegen die sozialistische Arbeiterbewegung angefertigt worden ist. Dadurch wird ihr Wert scheidend beeinträchtigt und ihre Aussagekraft in bezug auf die deutsche Arbeiterbewegung selbst äußerst zweifelhaft. Die Benutzung der Übersichten des Berliner Polizeipräsidenten setzt also unbedingt voraus, daß sie auf der Grundlage der marxistisch-leninistischen Geschichtswissenschaft erfolgt. Die reichen aus den Reihen der deutschen Arbeiterbewegung selbst stammenden gedruckten Dokumente und Materialien, die einen revolutionären Inhalt besitzen, werden stets den ersten Platz unter den von uns für die Erforschung der Darstellung der großen revolutionären Traditionen der deutschen Arbeiterbewegung herangezogenen Quellen vielfältiger Art einnehmen.

Ebenda, fol. 4.

Als der Benutzerkreis der Übersichten erweitert wurde, gab der Minister des Innern dem Berliner Polizeipräsidenten u. a. folgende Gesichtspunkte für die Anfertigung der Übersichten an: „1. Alle auf der Voraussetzung der Kenntnis früherer Übersichten beruhende Hinweise auf diese sind zu unterlassen. Der Inhalt muß an sich ein verständliches Bild des erörterten Gegenstandes bieten.“

Bei der durch die weitere Verbreitung erschwerten Geheimhaltung der Übersichten den die Ausführungen so zu halten sein, daß von einer etwaigen mißbräuchlichen Veröffentlichung keine Gefährdung staatlicher oder dienstlicher Interessen zu besorgen ist...“ (Vgl. den Erlaß des Ministers des Innern vom 29. März 1897 an den Berliner Polizeipräsidenten. In: LHA Brandenburg, Rep. 30, Tit. 95, Sekt. 7, Lit. J, Nr. 4, fol. 11 R.)

Durch eine Zirkularverfügung des Ministers des Innern vom 22. Oktober 1878 wurden diese Behörden veranlaßt worden, in jedem Quartal – später in jedem Halbjahr – einen umfassenden Bericht über die Ausführung des Sozialistengesetzes in dem Amtsbezirk einzureichen. Diese Quartalsberichte gingen seit Ende Dezember regelmäßig im Ministerium des Innern ein. Über die lokale Entwicklung der sozialistischen Arbeiterbewegung enthalten sie sehr wertvolle Angaben. Da die Quartalsberichte keinem größeren Benutzerkreis zugänglich waren, finden sich hier auch viele vertrauliche Mitteilungen. Vgl. DZA, Merseburg, Rep. 77, Tit. 500, Nr. 46, fol. 5, Vol. 1 (1879), 2 (1879/80), 3 (1881/84), 4 (1884) 5 (1884/85), 6 (1885), 7 (1885/86), 8 (1886), 9 (1886/87), 10 (1887/88), 11 (1888/90), 12 (1890/93) und Tit. 437 B, Nr. 1–18.

Aus der Arbeit der Kommissionen für die Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung

Zur Vorbereitung des 15. Jahrestages der Vereinigung von KPD und SPD zur SED im Bezirk Halle

Bereits im Mai 1960 begannen im Bezirk Halle die Vorbereitungen 15. Jahrestag der Gründung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands Initiative ergriff die bei der Abteilung Agitation und Propaganda der Bezirksleitung bestehende Kommission zur Erforschung der Geschichte mitteldeutschen Arbeiterbewegung. Auf einer Arbeitstagung aller Kreiskommissionen zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung wurden die wichtigsten ideologisch-theoretischen Fragen der Geschichte des Vereinigungsprozesses dargestellt.

Allen Kommissionen wurde die Aufgabe übertragen, mit der Durchsicht der Parteidokumente und der Reden und Aufsätze der leitenden Genossen unserer Partei aus dieser historischen Etappe unseres Kampfes zu beginnen. Daran sollten sich ausführliche Seminare anschließen. Dieser frühe Arbeitsbeginn unserer Kommissionen berücksichtigte eine Erfahrung aus den Vorbereitungen zum 10. Jahrestag der Gründung der DDR. Je früher die Kommissionen an die Erforschung der örtlichen Ereignisse herangehen könnten, intensiver die ideologischen Vorbereitungen durch alle beteiligten Genossen erfolgen, um so höher ist die Qualität der Broschüren, Ausstellungen u. a. ihr Wert für die Parteierziehung. Rechtzeitige Vorbereitung hilft allen Kommissionsmitgliedern, in ihrer Arbeit einen hohen Grad marxistisch-leninistischer Parteilichkeit zu erreichen.

Andere Aufgaben der Kommission für die Erforschung der Geschichte der Arbeiterbewegung wurden zunächst von den Vorbereitungen für den 15. Jahrestag nicht unmittelbar berührt. Unter Hinzuziehung neuer Mitarbeiter wurden besondere Arbeitsgruppen gebildet. In jedem Kreis und in den größeren Betrieben sollten diese Arbeitsgruppen geschaffen werden. Mit den ideologischen Seminaren der Kommissions- und Arbeitsgruppenmitglieder sollte auch die Ausarbeitung und Beratung eines genauen Arbeitsplans verbunden sein.

Mitte Juli wurden die vorliegenden Arbeitsergebnisse in den Kreisen geprüft. Es zeigte sich, daß sich die Mehrzahl der Kreiskommissionen ungenügend vorbereitet hatten. Zwar gab es Überlegungen, was man machen müßte, ein systematischer Kampf für die Durchführung der gestellten Aufgaben noch nicht organisiert worden. Deshalb wurde es notwendig, sofort eine Zusammenarbeit mit den Arbeitsgruppen der Kreise durchzuführen.

Auf dieser zweiten Arbeitsberatung wurde eine kritische Einschätzung der ungenügenden Tätigkeit der Kommissionen zur Vorbereitung des 15. Jahrestages der Gründung unserer Partei vorgenommen. Nunmehr wurde sehr detailliert über die organisatorisch-politischen Maßnahmen gesprochen. Selbst solche einfachen organisatorischen Fragen, wie die Zusammensetzung der Arbeitsgruppen, die Arbeitsteilung unter den Mitgliedern, die Unterstützung durch die Kreiskommissionen, wurden eingehend beraten. Den Genossen, vor allem denjenigen

von mangelnder Unterstützung der Abteilung Agitation und Propaganda fehlender orientierender Anleitung durch das Büro der Kreisleitung an, wurde geraten, nicht immer nur zu warten, bis von diesen Stellen eine Entscheidung kommt, sondern sich selbst nachdrücklich um das unbedingt notwendige Einverständnis der leitenden Organe der Partei zu bemühen.

Weiterhin befaßte sich die Beratung mit den Methoden für die Durchführung der Aufgabe. Ausgangspunkt war die politische Bedeutung, die der Vorbereitung zum 15. Jahrestag der Vereinigung zukommt. In den Auseinandersetzungen wurde klargestellt, daß sich diese Arbeit, wie bereits beim 40. Jahrestag der Verabschiedung des Kapp-Putsches, nicht nur auf die Erforschung historischer Zusammenhänge, die dann in einer Broschüre zusammengefaßt werden, beschränken kann. Es geht dabei auch nicht einfach nur um die Vereinigung der beiden Arbeiterparteien. Die Schaffung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands ist die größte Errungenschaft in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Sie bedeutet zugleich eine historische Wende für das ganze deutsche Volk. Deshalb bedarf es vor allem der Darstellung der großen Erfolge der Volksmassen, unter der Führung unserer Partei bis zum gegenwärtigen Zeitpunkt errungen wurden. Indem wir uns so betätigen, helfen wir mit, einen neuen Aufbruch in der politischen Aktivität in der DDR wie in Westdeutschland unter friedliebenden Bevölkerung zu erzielen. Unter diesem Gesichtspunkt wurden auch die organisatorischen Aufgaben im Arbeitsplan festgelegt, der seine Begründung durch das Büro der Kreisleitung finden muß.

Wiederholt wurde in der Beratung betont, daß für den Erfolg der gesamten Arbeit eine gründliche ideologische Vorbereitung ausschlaggebend ist. Die Genossen wurden auf die Verantwortung für die Überprüfung aller zur Veröffentlichung gelangenden Materialien bezüglich ihrer historischen und politischen Korrektheit hingewiesen. Es kann nicht das Ziel der örtlichen Kommissionen sein, in Verbindung mit der Vorbereitung des 15. Jahrestages der Vereinigung der beiden Arbeiterparteien die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung zu verzerren. Es darf aber auch keine Beschränkung geben auf eine alleinige Zusammenfassung von Erlebnisberichten. Die Darstellung dieser großen geschichtlichen Periode darf auch keine nur rückschauende Auswertung erfahren, sondern sie soll sich sowohl auf die große historische Bedeutung der Gründung der SED als auch auf die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung seit der Verkündung des „Kommunistischen Manifests“, als auch auf die Auswirkungen, die Kämpfe und Siege, die in unmittelbarem Zusammenhang mit der Vereinigung der beiden Arbeiterparteien in der politischen, ökonomischen und kulturellen Entwicklung der DDR 1945 entstanden sind. In dieser Zeit wurden unter Führung der SED die Voraussetzungen geschaffen für den gesellschaftlichen Neuaufbau auf neuen Grundlagen mit wahrhaft demokratischen Methoden. Die Aussprache bestätigte, daß diese Periode, angefangen vom beharrlichen Kampf um die Vereinigung beider Arbeiterparteien zur SED und die daran anschließende revolutionäre Entwicklung, sich im schweren und opfervollen, aber erfolgreichen Kampf in jedem Bereich und Betrieb widerspiegelt. Einen wertvollen Beitrag über diesen hervorragenden geschichtlichen Zeitabschnitt zu leisten, ist das Anliegen, zu dem die Partei unsere örtlichen Kommissionen und Arbeitsgruppen aufruft!

Der Erfolg dieser Beratung vom 10. August 1960 machte sich bald bemerkbar. In allen Kreisen des Bezirks Halle begannen die Arbeitsgruppen nunmehr regelmäßig und systematisch ihre Vorarbeiten durchzuführen. Noch im selben Monat begannen fast alle Kreise nach bestätigten Arbeitsplänen zu

arbeiten. Die Pläne zeigen, daß schon zu diesem Zeitpunkt der 15. Jahre nicht mehr nur die Arbeitsgruppen und die Kommissionen zur Erforschung Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung beschäftigte, was aus dem Arbeitsplan der Kreisleitung Dessau erkennbar wird. In Dessau plant man:

1. Herausgabe einer Broschüre, die den Kampf der Dessauer Arbeiter um Aktionseinheit und um die Vereinigung auf marxistischer Grundlage nachwies. Die geschichtliche Bedeutung der Gründung der SED wird an den hervorragenden politischen, ökonomischen und kulturellen Erfolgen nachgewiesen, die unter der Führung der Partei auch im Kreis Dessau von den Werktätigen erzielt wurden.

2. Aufbau einer zentralen Ausstellung im Neuererzentrum. Ausstellungen in den Betrieben, beim staatlichen und genossenschaftlichen Handel, in Vereinen, Massenorganisationen, Schulen und Institutionen des Kreises Dessau, um die großartige Vorwärtsentwicklung unter der Führung der SED überzeugend sichtbar zu machen.

3. Die Durchführung einer theoretischen Konferenz Anfang 1961 mit Arbeitern, Propagandisten, Agitatoren und Parteiaktivisten des Kreises.

4. Breiteste Massenpropaganda unter allen Schichten der Bevölkerung durch Vorträge über die Bedeutung des 15. Jahrestages und die Lehren für die gesamte deutsche Arbeiterklasse.

5. Herstellung eines Dokumentarfilmes. In ihm wird der Weg der Dessauer Bevölkerung von der Gründung der SED bis zur Organisierung des Sieges des Sozialismus auf den wichtigsten Gebieten der gesellschaftlichen Entwicklung im Kreis Dessau gezeigt.

6. In Artikeln und Reportagen werden die Dessauer Arbeiter und Angehörige der Intelligenz über den Wachstumsprozeß vom kapitalistisch geknechteten Lohnsklaven zum stolzen, freien und glücklichen Menschen der Epoche des Sozialismus in der Kreispresse und in den Betriebszeitungen berichten.

7. Das Büro der Kreisleitung legte fest, daß unter der Leitung des Ersten Kreissekretärs mit allen für die einzelnen Punkte des Arbeitsplanes verantwortlichen Genossen ein Seminar durchgeführt wird.

Noch sind nicht alle Pläne aus den Kreisen auf dem Niveau, um dem herausragenden Ereignis gerecht zu werden, das wir am 21. April 1961 festlich und siegesbewußt begehen werden. Aber eins ist den vielen guten Gedanken in den vorliegenden Arbeitsplänen gemeinsam, die Tatsache nämlich, daß durch die sorgfältigen Vorarbeiten die große historische und aktuelle Bedeutung der Gründung der SED mehr und mehr in das Blickfeld der gesamten Parteiorganisation des Bezirkes Halle gerückt wurde.

Um die Aufmerksamkeit der gesamten Partei und der breitesten Bevölkerungsschichten auf die Vorbereitungen des 15. Jahrestages der Vereinigung zu lenken, trat der Erste Sekretär der Bezirksleitung, das Mitglied des ZK des Staatsrates der DDR, Bernard Koenen, Mitte September 1960 in Halle auf einer Beratung persönlich auf. Den versammelten Mitgliedern der Kommissionen zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung und den Mitgliedern der Arbeitsgruppen „15 Jahre SED“ erläuterte er in einem dreistündigen Referat: „Die Gründung der SED — die größte Errungenschaft in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung — ein Sieg des Marxismus-Leninismus“ den Weg des Kampfes der Partei seit 1945. Leberführte Bernard Koenen die großen Anstrengungen der Kommunistischen Partei Deutschlands aus vier Jahrzehnten des aufopferungsvollen Kampfes um die Herstellung der Einheit der deutschen Arbeiterbewegung auf der Grundlage des revolutionären Marxismus vor Augen.

Eindringlich schilderte er die verschiedenen Etappen des revolutionären Klassenkampfes, durch den auch die Mehrzahl der sozialdemokratischen Mitglieder der Erkenntnis kam, daß nur die einheitliche marxistische Kampfpartei die Voraussetzung für einen dauerhaften Frieden, nationale Wiedergeburt und sozialen und gesellschaftlichen Fortschritt in Deutschland ist.

An Hand der gewaltigen Aufbauenerfolge der Volksmassen der DDR bewies Bernard Koenen überzeugend die von der Geschichte bestätigte Richtigkeit der Vereinigung beider Arbeiterparteien im Jahre 1946.

Gegenwärtig meistere unsere Partei erfolgreich die an sie gestellten Anforderungen, den Sieg des Sozialismus in der DDR durch die kraftvollen Leistungen der Werktätigen zu vollenden.

Bernard Koenen wies abschließend die Kommissionen zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung auf die Möglichkeiten in ihrer Arbeit hin, auf die Lösung der ökonomischen Hauptaufgabe mit ihren Forschungsergebnissen aktiven Einfluß zu nehmen.

Mehrstündige Seminare beschäftigten sich anschließend mit den Hauptfragen des Referats.

Mit der Durchführung des Sonderlehrgangs des Zentralkomitees in Brandenburg in der ersten Hälfte des Oktobers 1960 wurde durch Lektionen, Vorträge und einen Erfahrungsaustausch mit allen Bezirken eine fundierte organisatorische und ideologische Grundlage für die erforderlichen Maßnahmen zum 1. Jahrestag unserer Partei im Maßstab unserer Republik vermittelt. Auf Stützpunkttagungen wurde dieser Lehrgang im Bezirk Halle mit allen Kreiskommissionen ausgewertet.

Auf diese Weise bereiten die Kommissionen zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung im Bezirk Halle gemeinsam mit der gesamten Bezirksparteiorganisation den 15. Jahrestag der Gründung unserer marxistisch-leninistischen Kampfpartei vor.

Werner Bruschke

Über einige Fragen der Sammlung und Auswertung der Erinnerungen unserer Parteiveteranen im Bezirk Berlin

Die Bezirkskommission zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung bei der SED-Bezirksleitung Berlin besteht und arbeitet jetzt seit über 10 Jahren. In dieser Zeit wurden viele Erfahrungen gesammelt. Der vorliegende Artikel enthält einige Grundgedanken über die Arbeit mit unseren Parteiveteranen.

Die erste Erfahrung, die wir in der Arbeit mit unseren Parteiveteranen gewonnen haben, bestätigte sich vor einigen Wochen wieder, als sowjetische Parteiveteranen die Berliner Metallhütten- und Halbzeugwerke besuchten. Im „Neuen Deutschland“ vom 3. September 1960 werden diese Erfahrungen in folgenden Worten gefaßt: „Es ist noch gar nicht so lange her, seit die meisten Menschen mit dem Wort ‚Veteran‘ die Vorstellung von einem alten Herrn verbinden, der schon ein bißchen mit dem Kopf wackelt, sich aber ansonsten noch sehr soldatisch hält, der zu Hause im Schrank ein pulvergeschwärztes Wams und in der Vitrine Granatsplitter aufbewahrt, der an schönen Herbsttagen vor

dem Haus sitzt und, ein Pfeifchen schmauchend, die letzten Sonnenstrahlen genießt.

Das genaue Gegenteil davon sind die sowjetischen Parteiveteranen, die kurzem in unserer Republik zu Gast waren... Das hervorstechendste Merkmal dieser Veteranen ist ihre Jugend, die Art, wie sie mit beiden Beinen im heutigen Leben stehen, wie sie an der Seite der jungen Generation bei der Gestaltung der Zukunft mitwirken...

Dieser Zug des Nichtrastens und daher Nichttostens, des immerwährenden Schritthaltes mit der Zeit, des Vorwärtsdrängens ist allen Veteranen der Arbeiterbewegung gemeinsam, ob es sich um die zehn Genossen aus der Sowjetunion handelt, oder um unsere Genossen Wilhelm Pieck, Otto Buchwiese, Hermann Matern und viele andere..."

Zu ihnen gehören, das möchten wir ergänzen, in Berlin solche Genossen wie Wilhelm Koenen, Rudolf Lindau, Carl Litke, Lucie Peters, Karl Kowalke, Fritz Beiersdorf, Jacob Boulanger, Emil Ludwig, Paul Eckert, Max Tolksdorf, Claus Derfert-Casper und viele andere. „Wir erzählen der Jugend oft von den Kämpfen der Vergangenheit“, sagt Alexander Belyschew, der die neue Ära der Menschheitsgeschichte einleitete, indem er als Kommissar des legendären Kreuzers ‚Aurora‘ am 7. November 1917 den Befehl zur Eröffnung des Feuers auf das Winterpalais gab. „Aber wir erzählen nicht um der Geschichte willen. Was wir mit Hilfe der Vergangenheit vermitteln wollen, ist unsere felsenfeste Gewißheit, daß in der Sowjetunion die kommunistische Gesellschaft errichtet wird.“¹

Das ist nichts anderes als die Forderung unserer Partei, „daß das Studium der geschichtlichen Probleme zum besseren Verständnis der Gegenwart und zur Lösung der aktuellen Aufgaben des sozialistischen Aufbaus beitragen soll“².

Die Verwirklichung dieser Forderung ist das Hauptprinzip bei der Sammlung und Auswertung der Erinnerungen unserer Parteiveteranen durch die Berliner Bezirkskommission. Die Epoche des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus benötigt viele Kämpfer, die ihre ganze Kraft für den Kampf um den Sozialismus einsetzen. Hierbei sind die Erfahrungen der älteren Generationen der Arbeiterklasse, die ihr Leben für die Sache des Friedens und des Sozialismus einsetzten, von unschätzbarem Wert. Das trifft besonders für den Kampf um die Lösung der nationalen Lebensfrage des deutschen Volkes zu. Unser Volk verfügt über große revolutionäre und demokratische Traditionen, die in den Veteranen unserer Partei fortleben. Unsere Parteiveteranen haben es in den Jahrzehnten der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung selber erlebt, daß es möglich ist, die Aktionseinheit der Arbeiterklasse herzustellen und daß durch sie die Militaristen zu schlagen sind. Denken wir nur an die großen Erfahrungen der deutschen Arbeiterbewegung, die sie im Kampf gegen den Kapp-Putsch im Jahre 1920 gewonnen hat. Oder erinnern wir uns nur an den revolutionären Prozeß der Ausrötung des Militarismus und Imperialismus nach 1945 auf dem Gebiet der heutigen DDR.

Es gilt, gerade diese Erfahrungen unserem heutigen Kampf besser nutzen zu machen. Die Erinnerungen der Veteranen haben große erzieherische Bedeutung für die Entwicklung und Festigung des sozialistischen Bewußtseins der Werktätigen, besonders der Jugendlichen. Die im Kampf bewährten Funk-

¹ Heinz Stern: Veteranen. In: Neues Deutschland (B), 3. September 1960.

² Kommuniqué der 28. Tagung des Zentralkomitees der SED. In: Neues Deutschland (B), 31. Juli 1956.

re und Mitglieder unserer Partei haben die heutigen Errungenschaften unter großen Opfern erkämpft. Dieser Heldenmut, diese Opferbereitschaft, dieser glühende Optimismus sind die Ideale in der Erziehung unseres Volkes.

Einige Lehrer haben uns erklärt, daß es schwierig ist, unserer Jugend die Geschichte bis 1945 glaubhaft darzustellen. Antworten wie: „So gemein können Menschen gar nicht sein“ zu Schilderungen aus dem KZ sind keine Seltenheit. Gleichfalls können sich unsere Kinder zum Beispiel nicht vorstellen, daß werktätige mit 5,35 Mark Wohlfahrtsunterstützung in der Woche leben mußten. Unsere Lehrer sind meist jung. Sie haben gelernt, was sich ereignete. Auch *rum* die Geschichte so verlief, können sie wiedergeben. Wie sie sich aber einzelnen abspielte, dazu benötigen sie mehr als bisher die Veteranenberichte.

Sehr eindrucksvoll, gerade für die jungen Menschen, war z. B. der Diskussionsbeitrag unseres verdienten Genossen Erich Puder auf einer Veranstaltung, die wir kürzlich im Berliner Stadtbezirk Köpenick anlässlich der Vorbereitungen des 15. Jahrestages der Gründung der SED durchführten. Genosse Erich Puder sagte, bezugnehmend auf seinen Vorredner, den Genossen Max Tolksdorf: „Der Genosse Tolksdorf erinnerte an Gespräche auf den Lagerstraßen in den Konzentrationslagern, erinnerte an die Gespräche zwischen den sozialdemokratischen und kommunistischen Genossen in den Zuchthäusern und erinnerte daran, daß das mit der Ausgangspunkt und die Grundlage war, daß sich sozialdemokratische und kommunistische Genossen 1945 nach der Niederschlagung des Faschismus zusammenfanden.“

Vor 1933 wohnten Max Tolksdorf und ich im selben Hause; er Mitglied der SPD, ich Kommunist. Ich bekam Zuchthaus für die Fortsetzung der politischen Arbeit und landete im KZ, der Genosse Tolksdorf landete ebenfalls in Sachsenhausen, und wir schworen uns: jawohl, keine Wiederholung der Fehler von 1918, die deutsche Arbeiterklasse muß den neuen Weg gehen, muß ein neues Leben aufbauen in Deutschland. Und das war die Grundlage für die Zusammenarbeit nach unserer Rückkehr...“³

Der Wert der Erlebnisberichte der Veteranen geht jedoch über diese ihre historische Bedeutung hinaus. Die Veteranenerinnerungen sind ein wertvoller Beitrag zur Erforschung der Geschichte unserer Partei und der Arbeiterbewegung. Sie helfen uns, Lücken in der Forschung zu schließen und haben darum eine große wissenschaftliche Bedeutung. Hierfür ein Beispiel: Aus seinen Erinnerungen an die Januarkämpfe 1919 in Berlin berichtete uns der Genosse Paul Eckert über die Rolle, die die Stellung am Bötzowberg in diesen Kämpfen spielte.⁴ Genosse Eckert war der Kommandant dieser Stellung.

Andere Berichte bestätigten die Angaben des Genossen Eckert. Auf diese Weise gelang es, eine Episode der Geschichte der Arbeiterbewegung zu klären, die aus den vorliegenden schriftlichen Quellen bisher nicht nachzuweisen war. Stärker als bisher verwenden die Wissenschaftler die von uns gesammelten Erinnerungsberichte für ihre Arbeit, was zur Erhöhung der Qualität beiträgt. Bisher wurden solche Berichte vom bürgerlich-wissenschaftlichen Standpunkt aus als nicht „seriös“ angesehen.

Die Veteranenerinnerungen stellen die wichtigste Quelle für die Sammlung von Materialien durch die Bezirkskommission dar. Wie gehen wir an die Er-

Das Stenogramm dieser Veranstaltung befindet sich bei der SED-Bezirksleitung in Berlin.

Vgl. Heinz Schmidt/Alfred Loesdau: Die Januarkämpfe 1919 in Berlin, Berlin 1960, S. 26 f.

fassung der Erinnerungen, Erlebnisse, Erfahrungen und Materialien Veteranen heran?

Die erste Aufgabe besteht darin, entsprechend den Beschlüssen der Partei auf der Grundlage bestimmter Schwerpunkte, eine systematische und zielstrebige Auswahl der Veteranen und ihrer Erinnerungen zu treffen.

Wie geht das vor sich? Ein Schwerpunkt der Vorbereitung des 40. Jahrestages der deutschen Novemberrevolution bestand in der Klärung der Rolle der Partei für den Kampf der Arbeiterbewegung. Zunächst galt es festzustellen, wer welche Erinnerungen? Zu diesem Zweck wurde bei der Bezirkskommission eine spezielle Veteranenkartei eingerichtet. Sie umfaßt Genossen, die uns von den Gliedern der Bezirks- und Kreiskommissionen, der Veteranenkommission und der Kaderabteilung bei der Bezirksleitung, des Magistrats von Berlin sowie vom Komitee der antifaschistischen Widerstandskämpfer und anderen benannt worden sind. Aus dieser Kartei geht auch hervor, daß die Genossen Bruno Petz, Paul Schwenk, Hans Pfeiffer, Arthur Lehmann und viele andere aktiven Angehörigen an der Herausbildung der Kommunistischen Partei Deutschlands hatten.

Unsere Veteranenkartei umfaßt heute über 700 Namen und über 880 Berichte.

Zur Durchführung der Aussprachen mit den Veteranen haben wir eine Ehrenamtlicher Arbeitsgruppen gebildet, in denen erfahrene Parteiveteranen sowie junge Wissenschaftler mitarbeiten. Solch eine Arbeitsgruppe gab es zum Beispiel zur Vorbereitung des 40. Jahrestages des Sieges der Arbeiter über die Kapp-Putschisten. Bevor die Aussprachen begannen, erarbeitete diese Gruppe auf der Grundlage der wissenschaftlichen Literatur und der veröffentlichten Dokumente die Grundkonzeption und einen detaillierten Fragespiegel. Den Veteranen, mit denen die Aussprachen durchgeführt werden sollten, erhielten wir in Form eines Kurzvortrages und eines Ausstellungsbesuches eine Einführung in diese Grundlage. Auf dieser Grundlage wurden dann die Veteranenaussprachen durchgeführt. Es sind kollektive Aussprachen von 10 bis 15 Genossen in der Bezirksleitung, in den einzelnen Kreisen sowie persönliche Aussprachen. Die Ausführungen der Veteranen werden schriftlich festgehalten und in die Sammlungsstelle der Bezirkskommission gegeben. Wir halten diese Ausführungen entweder mit einem Tonbandgerät fest, von dem wir dann sogenannte Tonbandprotokolle anfertigen, oder wir nehmen sie direkt stenografisch auf. Mit beiden Methoden haben wir gute Erfahrungen gemacht.

Bei den Aussprachen über den Kapp-Putsch zeigte es sich, daß die meisten Genossen sehr ausführlich auf die bewaffneten Kämpfe, aber kaum auf die Vorbereitung und Durchführung des Generalstreiks eingingen. Das setzt voraus, daß sie selbstverständlich voraus. So beginnen die Berichte über die illegale Arbeit meist mit der Verhaftung, anstatt mit der Schilderung des illegalen Kampfes. Fragt man die Genossen, warum das so ist, dann antworten sie uns, daß sie diese Arbeit als eine Selbstverständlichkeit betrachten, über die nicht geschrieben zu werden braucht.

Erst wenn uns alle wesentlichen Fragen beantwortet wurden, schließen wir die Aussprachen ab. Jetzt beginnt die Systematisierung dieser Berichte. Zu diesem Zweck haben wir eine ehrenamtliche Gruppe von sieben Genossen gebildet, die die Arbeitsgruppe „Sammlung“.

Worauf kommt es uns bei dieser Systematisierung an? Es geht darum, in kürzester Zeit zu erfahren, in welchem Bericht und an welcher Stelle des Berichtes wir die Erinnerungen von Genossen zu bestimmten Ereignissen finden. Hierüber gibt uns unsere Sach- oder Schlagwortkartei Auskunft. Bei der Gründung der KPD spielten in Berlin u. a. die Auseinandersetzungen im Kreis

revolutionären Obleute eine Rolle. Unsere Kartei enthält deshalb das Schlagwort „revolutionäre Obleute“. Unter diesem Schlagwort sind 15 Berichte aufgeführt. Jeder dieser Berichte ist numeriert. Außerdem ist ersichtlich, was diese Berichte beinhalten. Solche Schlagwörter sind weiterhin: Aktionsausschüsse zur Niederschlagung des Kapp-Putsches, Bewegung „Hände weg von Sowjetrußland“, Cuno-Streik, Erwerbslosenbewegung, Landpropaganda, Maikundgebunden, RFB, Panzerkreuzerbau, Spanienkämpfer, Befreiung Berlins u. a. Heute enthält unsere Kartei 120 Schlagwörter. Es ist möglich, daß der Bericht eines Genossen unter 10–20 Schlagwörtern in der Kartei eingetragen ist.

Außerdem haben wir eine alphabetische Kartei, der wir Namen, Betrieb, Wohnung, den politischen Entwicklungsweg der Genossen und die Ereignisse entnehmen können, zu denen sie spezielle Erinnerungen haben.

Wir können also mit Leichtigkeit sofort alle Berichte, die ein bestimmter Genosse gegeben hat, aus der Sammlung herausfinden, da auf der Karte des betreffenden Genossen sämtliche Nummern der Berichte stehen, die wir von ihm besitzen.

Weiterhin haben wir eine Hilfskartei, in der entsprechend den Schlagwörtern die Genossen mit Adressen eingetragen sind, um ohne viel Zeit zu verlieren, die Veteranaussprache zu einem bestimmten Schwerpunkt einberufen zu können.

Schließlich haben wir spezielle Referentenlisten, die aussagen, worüber welche Genossen in Form von Vorträgen usw. sprechen können.

In welcher Weise werten wir nun die gesammelten Erinnerungsberichte für die massenpolitische Arbeit aus? Die Auswertung der Veteranenerinnerungen erfolgt sowohl durch die eigene Publikationstätigkeit der Bezirkskommission als auch durch die Lektions-, Vortrags- und Aussprachetätigkeit der Bildungsausschüsse auf der Grundlage der Erinnerungen sowie durch die Veteranen selbst. Schließlich durch die Übermittlung von Veteranenberichten an Presse, Bank, wissenschaftliche Institute und Hochschulen.

Zunächst zur Auswertung der Erlebnisse der Veteranen durch Broschüren: Die Veteranenerinnerungen sind die Hauptquelle bei der Ausarbeitung von Broschüren durch die Bezirkskommission. Wir sind der Auffassung, daß die Veröffentlichung von Darstellungen, die vorwiegend auf schriftlichen Dokumenten, Presseartikel, Aktenmaterialien usw. beruhen, durch entsprechende wissenschaftliche Institutionen erfolgen kann. Unsere Aufgabe ist es, vor allem die Quellen zu sammeln und zu popularisieren, die diesen Institutionen weniger zugänglich sind.

Das heißt jedoch nicht, daß wir unsere Materialien unabhängig von den erwähnten Dokumenten ausarbeiten. Sie treten jedoch im Gegensatz zu den Veteranenberichten in unseren Materialien in den Hintergrund.

Bei der Ausarbeitung der Broschüren gehen wir immer davon aus, für welchen Kreis von Menschen sie bestimmt sind. Die Broschüre „Wahlen zur Nationalversammlung“ war in erster Linie für Westberliner Werktätige anläßlich der Dezemberwahlen 1958 in Westberlin bestimmt. Sie trug deshalb einen stark agitatorischen Charakter und berücksichtigte in starkem Maße die Argumente der Westberliner Bevölkerung. Sie war allgemeinverständlich und anschaulich abgefaßt, um recht viele Menschen dafür zu interessieren.

Die Broschüre über die Ereignisse im Jahre 1920 in Berlin ist in erster Linie für Propagandisten, Agitatoren, Referenten, Journalisten und Lehrer bestimmt. Deshalb werden in dieser Broschüre nicht alle Veteranenberichte verarbeitet, sondern das Material trägt mehr den Charakter einer Dokumentation von

Veteranenerinnerungen, der eine Darstellung dieser Ereignisse unsererseits ausgeschickt wird. Jedoch ganz gleich, ob wir eine Dokumentation oder Material herausgeben, in dem bereits die einzelnen Veteranenberichte weitgehend verarbeitet sind und kommentiert werden, eins ist unbedingt erforderlich: Entsprechend der wissenschaftlichen Grundkonzeption ist das vorhandene Material aus den Aussprachen zu überprüfen und zu überarbeiten.

Aus der Vielzahl der vorliegenden Berichte gelangen vor allem solche Berichte zum Abdruck, die das Typische der zu charakterisierenden Situation zum Ausdruck bringen. Sie werden in ihrer überarbeiteten Endfassung den Veteranen zur Bestätigung vorgelegt. Die Manuskripte werden einem breiten Kreis von Genossen, unter ihnen auch Veteranen, zur Diskussion unterbreitet. Soweit eine Ausarbeitung der Broschüren. Die Veteranen werden auch in die Arbeit an den Broschüren einbezogen. Durch die Arbeit an und mit den Broschüren werden die Veteranen in die Lage versetzt, besser und wirksamer ihre eigenen Erlebnisse in der massenpolitischen Arbeit nutzbar zu machen. Diese massenpolitische Wirksamkeit ist eine der wichtigsten Seiten der Arbeit der Kommission und der Veteranen. Sie unterstützen damit den ideologischen Kampf unserer Partei. Das geschieht in der vielfältigsten Weise, so z. B. durch Aussprachen in sozialistischen Brigaden, in Gewerkschaftsgruppen, bei der Kandidatengewinnung (z. B. im VEB Bergmann-Borsig), bei Treffen mit Jugendlichen, Jungen Pionieren, in Jugendweihekursen, an Jugendschulen (z. B. Jugendhochschule), durch Abspielen von Tonbändern in Schulklassen (z. B. E. Lichtenberg), Erfahrungsaustausch mit Geschichtslehrern usw. Die Veteranen berichten aus ihrem Leben vor Genossen der bewaffneten Organe, sie nehmen an der Verteidigung von Kampfgruppen vor. Sie treten auf Konferenzen der Partei und theoretischen Mitgliederversammlungen auf (z. B. anlässlich des 40. Jahrestages der Novemberrevolution in Friedrichshain, des 15. Jahrestages der Befreiung in der Bildungsstätte der Bezirksleitung oder zu den Fragen der Novemberrevolution in Pankow) und arbeiten in den Bildungsstätten mit. Es kommen noch Vorträge im Rahmen der Gesellschaft zur Verbreitung wissenschaftlicher Kenntnisse, Aussprachen in den Klubhäusern der Nationalen Front und mit sozialdemokratischen Genossen, Reden bei der Einweihung von Gedenkstätten und bei Gedenkkundgebungen.

Der Gradmesser für die Qualität der Erfassung und Auswertung der Erinnerungen unserer Parteiveteranen sind die konkreten, meßbaren Ergebnisse der Lösung der ökonomischen Hauptaufgabe als dem entscheidenden Bestandteil unserer Werktätigen zur friedlichen Lösung der nationalen Frage. In Westberlin kommt es darauf an, die geschichtlichen Erfahrungen für den Kampf um eine entmilitarisierte Freie Stadt Westberlin nutzbar zu machen.

Die wichtigste Aufgabe der Kommission zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung in Berlin besteht also in der Hilfe beim Aufbau des Sozialismus im demokratischen Berlin und in der Hilfe beim Kampf zur Beseitigung des Militarismus in Westberlin.

Hierzu gibt uns der 15. Jahrestag der Gründung der SED alle Möglichkeiten. Die Berichte der Zeitgenossen der revolutionären Ereignisse der Jahre 1945/46, durch die eine Wende in der Geschichte Deutschlands vollzogen wurde, stehen neben den vorhandenen schriftlichen Dokumenten die wichtigsten Materialien zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung auch der jüngsten Zeitabschnitte dar.

Unsere Bezirkskommission hat eine Arbeitsgruppe zur Vorbereitung des 15. Jahrestages der Gründung der SED gebildet, der sowohl Aktivisten

en Stunde als auch erfahrene Wissenschaftler angehören. Eine Aufgabe der Arbeitsgruppe besteht in der Herausgabe einer Massenbroschüre über die Rolle der Einheit der Arbeiterbewegung in Berlin nach dem 8. Mai 1945. Diese Broschüre ist für die Berliner Arbeiter bestimmt und soll ein Beitrag zur Förderung der Verständigung der Arbeiterschaft ganz Berlins sein. Die Aufgabe dieser Arbeitsgruppe bestand wiederum darin, auf der Grundlage wissenschaftlichen Literatur und der veröffentlichten Dokumente eine Grundkonzeption und einen detaillierten Fragespiegel für die Aussprachen mit den Genossen auszuarbeiten. Außerdem hat diese Gruppe an eine Reihe von Diskussionen, die an der Vereinigung 1945/46 führenden Anteil hatten, Briefe mit eigenen speziellen Fragen gerichtet.

Im Mittelpunkt der Tätigkeit der Berliner Bezirkskommission steht wie zum 10. Jahrestag der Gründung der DDR die Schaffung von Zentren der massenpolitischen Arbeit. Was verstehen wir darunter? Die Grundlage und der äußere Rahmen solch eines Zentrums ist eine Ausstellung, in der an Hand von Bildern, Dokumenten, graphischen Darstellungen und Exponaten aus der Produktion der Entwicklungsweg der Arbeiterbewegung mit unserer Partei an der Spitze dargestellt wird. Das ist aber nur die eine Seite, die unerläßliche Voraussetzung. Mit dieser Ausstellung ist ein ganzes System von Vorträgen, Filmführungen, Lichtbildervorträgen, Aussprachen und anderen Veranstaltungen verbunden. Die Hauptmethode der Arbeit mit dieser Ausstellung ist also nicht die Organisierung von Führungen durch die Ausstellung. Es geht uns vor allem um die Klärung von Grundproblemen am Beispiel einzelner Schwerpunkte der Ausstellung.

Ich möchte dies an einem Beispiel von der Ausstellung zum 10. Jahrestag der Gründung der DDR erläutern.

Im Drahtzug des Kabelwerkes Köpenick gab es Schwierigkeiten beim Übergang von der Zwei- zur Dreimaschinen-Bedienung und damit Schwierigkeiten bei der Erfüllung des Exportprogramms. Die Parteiorganisation führte mit den Betriebsarbeitern, Wirtschaftsfunktionären und Arbeitern des Drahtzuges in der Ausstellung — auf der Grundlage bestimmter Schwerpunkte dieser Ausstellung — Aussprachen durch. Sie zeigte an Hand der Exponate, die die Stellung der DDR als festen Bestandteil des sozialistischen Weltsystems veranschaulichten, die Bedeutung der Erfüllung des Exportprogramms hat. Im Ergebnis der Aussprachen wurde erreicht, daß die Kollegen zur Dreimaschinenbedienung übergingen, und das Exportprogramm des Betriebes konnte erfüllt werden. Bei der Klärung bestimmter ideologischer Probleme werden auch unsere Parteikader aktiv eingesetzt.

Am 10. Jahrestag der Gründung unserer Republik gab es in Berlin etwa 60 Zentren — und damit 60 Ausstellungen. Diese Ausstellungen waren nach dem Baukastensystem hergestellt worden. Jede Ausstellung umfaßte einen Zettel mit etwa 300 Bildern verschiedenen Formats, die durch Lichtdruck vervielfacht wurden, sowie einen Leitfaden über die Probleme der Ausstellung, Themenpläne für die Vortragstätigkeit, Film- und Lichtbilderkataloge, ein Tonbandverzeichnis sowie einen Bauplan für den Aufbau der Ausstellung. Diese Standardisierung der Ausstellung ermöglichte uns, mit denkbar geringstem Aufwand zur gleichen Zeit eine breite und doch zielstrebige Propagandaarbeit zu leisten. Die Initiative der Betriebe und der anderen Aussteller wurde aber keineswegs eingeengt. Gerade das Baukastensystem läßt die unbeschränkte Verwendung eigener Materialien zu. Diese Methode hat sich in Berlin auf dem Gebiet der Propaganda zu den Fragen der Zeitgeschichte bestens bewährt.

Mit der Vorbereitung des 15. Jahrestages der Gründung der SED wenden uns der jüngsten Geschichte zu. Dabei vernachlässigen wir aber nicht die revolutionären Traditionen der Berliner Arbeiterbewegung früherer Jahrzehnte. Diesen Erfordernissen entspricht das Arbeitsprogramm der Berliner Beauftragtenkommission, das die wesentlichen Schwerpunkte ihrer Arbeit bis 1965 beinhaltet und gleichzeitig eine Grundlage für die Arbeit der Kreiskommissionen bildet.

Früher sah unsere Arbeitsweise so aus: Ein Gedenktag — eine Redaktion — eine Veteranenkommission — eine Bildkommission. Ergab sich eine Broschüre.

Das Arbeitsprogramm bis 1965 sieht die Bildung mehrerer Arbeitsgruppen vor, zum Beispiel zu folgenden Themen:

Wie die Westmächte Berlin spalteten.

Der antifaschistische Widerstandskampf im Siemens-Konzern.

Die antifaschistische Aktion vor 1933.

Die revolutionären Traditionen der Arbeiterklasse des Berliner Stadtzentrums u. a.

Auf diese Weise wird gewährleistet, daß die Erinnerungen unserer Parteiveteranen und Aktivisten der ersten Stunde zu den verschiedensten Gebieten und Zeitabschnitten recht schnell erfaßt werden. Dadurch wollen wir verhindern, daß uns viele wertvolle Erinnerungen verdienter Genossen verlorengehen.

Weitere Mängel in unserer Arbeit mit den Veteranen, die wir gegenwärtig überwinden wollen, bestehen in der zum Teil noch oberflächlichen Befragung der Veteranen und in ihrer spontanen und einseitigen Vermittlung als Interviewten. Außerdem wissen wir noch zuwenig von den Veteranen selbst. Wir haben nur Ansätze von Biographien der Veteranen. Ebenso ist die Erfassung der Nachlässe verstorbener Genossen noch nicht richtig organisiert. Vor allem gilt es zu erreichen, daß mit unseren Publikationen noch besser und umfangreicher gearbeitet wird.

Unbedingt notwendig ist es auch, daß wir uns in der nächsten Zeit mit einer neuen Kategorie von Erlebnisberichten befassen: nämlich mit den Tagebüchern der sozialistischen Brigaden. Chronisten früherer Zeiten schrieben die Geschichte eines Fürsten oder anderer Herrscher. Es waren Schreiberlinge, die im Dienste dieser Fürsten standen und sie dafür verherrlichten. Zu den Chronisten unserer Zeit gehören die Arbeiter der sozialistischen Brigaden, Menschen aus dem Volk. Sie schreiben heute ihre eigene Geschichte, die Geschichte des Volkskampfes und den Sieg des Sozialismus.⁵

Der politische, wissenschaftliche und erzieherische Wert von Erinnerungen verdienter Veteranen, Patrioten und Aktivisten der ersten Stunde kann nicht hoch genug eingeschätzt werden. Die Kenntnis der Kämpfe und Auseinandersetzungen, der Siege und Niederlagen der Arbeiterklasse, ihrer Erinnerungen und Erfahrungen sowie der daraus zu ziehenden Lehren hilft uns, den Kampf um den Sieg des Sozialismus, den Kampf zur friedlichen Lösung der nationalen Frage des deutschen Volkes noch besser zu führen.

Unsere Erfahrungen in der Erfassung und Auswertung der Erinnerungen unserer Parteiveteranen sollen ein Beitrag dazu sein, wie wir im Interesse unserer politisch-ideologischen Erziehungsarbeit, zum Nutzen unserer Sache des Friedens und des Sozialismus die Arbeit auf diesem Gebiet sowie die Propaganda zu den Fragen der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung verbessern können.

Alfred Loese

⁵ Vgl. Annemarie Lange: Chronisten unserer Zeit, Berlin 1960.

Information über einen zentralen Lehrgang für Mitglieder der örtlichen Kommissionen

Die Vereinigung von KPD und SPD zu einer einheitlichen, revolutionären kommunistischen Arbeiterpartei, der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Frühjahr 1946 war die größte Errungenschaft in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung seit der Verkündung des „Kommunistischen Manifests“. Sie bildet die Grundlage für die heute errungenen Erfolge der Arbeiterklasse in der Deutschen Demokratischen Republik.

Zur Vorbereitung dieses historischen Jahrestages führte das Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED in Zusammenarbeit mit der Abteilung Propaganda des Zentralkomitees der SED im Oktober des vergangenen Jahres in Brandenburg einen Qualifizierungslehrgang mit Vertretern von Bezirks- und Kreiskommissionen zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung durch.

Durch Lektionen wurden die theoretischen Kenntnisse der Mitarbeiter der örtlichen Kommissionen bereichert und eine Anleitung für die gründliche Erforschung des Vereinigungsprozesses gegeben.

Zur Methodik der Kommissionsarbeit berichteten Bezirkskommissionen in Vorträgen über ihre bisher gesammelten Erfahrungen bei der Erforschung und Darstellung der Entwicklung der Arbeiter-und-Bauern-Macht und bei der Sammlung und Auswertung von Erinnerungen unserer Parteiveteranen. Des Weiteren wurden wertvolle methodische Hinweise und Anregungen für eine kreative Gestaltung von Klein- und Wanderausstellungen sowie für die Herausgabe von Broschüren zur Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung gegeben.

Dem Lehrgang war von den Bezirks- und Kreisleitungen große Aufmerksamkeit gewidmet worden. Das drückte sich u. a. in der guten Auswahl der Delegationen aus. In Aussprachen konnten die bisher gesammelten Erfahrungen ausgetauscht werden, und es zeigte sich, daß bereits eine ganze Reihe von örtlichen Kommissionen der großen Bedeutung des Jahrestages der Vereinigung entsprechend erste Vorbereitungen getroffen hatten. So fanden bereits im Sommer des vergangenen Jahres in den Bezirken Beratungen statt, um die Erforschung und Darstellung des Vereinigungsprozesses gründlich vorzubereiten. Die Büros der Bezirksleitungen Halle und Magdeburg hatten schon vor dem Lehrgang die Bezirks- und Kreiskommissionen auf die Vorbereitung des 15. Jahrestages orientiert.

Erwartete gründliche Vorarbeiten waren notwendig, da nur durch eine sorgfältige, systematische und fundierte Sammlungs- und Forschungsarbeit die ganze Kompliziertheit des Vereinigungsprozesses dargestellt werden kann. Wertvolle Materialien sind durch unsachgemäße Aufbewahrung in den vergangenen Jahren verlorengegangen. Um so mehr müssen unsere Parteiveteranen und Parteiaktivisten der ersten Stunde zur Mitarbeit in den Arbeitsgruppen der örtlichen Kommissionen herangezogen werden.

Aus dem Verlauf der Beratungen des Lehrganges ergeben sich folgende Schwerpunkte der Kommissionsarbeit für die Vorbereitung des 15. Jahrestages der Vereinigung:

1. Auf der Grundlage der bereits zum 40. Jahrestag der Novemberrevolution, zum 10. Jahrestag der DDR und zum 15. Jahrestag der Befreiung gesammelten

positiven Erfahrungen sollte, falls dies noch nicht geschehen ist, in allen lokalen Kommissionen der Lehrgang gründlichst ausgewertet werden. An ihrer von den Büros der Bezirks- und Kreisleitungen bestätigten Arbeit müssen die Kommissionen all ihre Kräfte auf die Vorbereitung des 15. Jahrestages konzentrieren. Bei den Vorbereitungsarbeiten zur Unterstützung der propagandistischen Tätigkeit der örtlichen Parteiorganisationen werden den Kommissionen die Thesen des Zentralkomitees der SED eine große Hilfe sein. Die Thesen des Zentralkomitees sollten unbedingt in der nächsten Kommission eingehend in seminaristischer Form ausgewertet werden.

2. Bei der Veröffentlichung von Broschüren und Artikeln, bei der Ausarbeitung von Vorträgen und Lektionen sowie bei der Gestaltung von Ausstellungen kommt es vor allem auf die Herausarbeitung der historischen Bedeutung der Vereinigung der beiden Arbeiterparteien für die weitere Entwicklung der deutschen Arbeiterklasse und des deutschen Volkes an. Die Herstellung der Einheit der Arbeiterklasse auf revolutionärer marxistischer Basis war die Grundlage für den festen Zusammenschluß aller demokratischen Kräfte zur Ausrottung des Faschismus und Militarismus. Sie war die Voraussetzung für den Sieg der bürgerlich-demokratischen Revolution und den Übergang zum Aufbau des Sozialismus in unserem Teil Deutschlands.

3. Es gilt, die führende Rolle der Partei der Arbeiterklasse beim Aufbau der neuen sozialistischen Gesellschaftsordnung richtig herauszuarbeiten. Die Führung unserer Partei hat es meisterhaft verstanden, an der Spitze der Arbeiterklasse und aller friedliebenden Kräfte den Anschlägen der Feinde des Volkes entgegenzuwirken und entsprechend der komplizierten Lage in Deutschland eine richtige Politik im Verhältnis zu allen Klassen und Schichten des Volkes zu betreiben, um sie für den erfolgreichen Kampf gegen den menschheitsfeindlichen deutschen Imperialismus und Militarismus zu gewinnen. Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands leistete damit einen von der internationalen revolutionären Arbeiterbewegung anerkannten schöpferischen Beitrag zur Weiterentwicklung der marxistisch-leninistischen Theorie.

4. Es ist notwendig, die aktive nationale Rolle der Partei nachzuweisen, die in den vergangenen fünfzehn Jahren stets den einzig möglichen Weg zur Lösung der nationalen Frage in Deutschland gewiesen hat, wie erst kürzlich durch den „Deutschlandplan des Volkes“ erneut bewiesen wurde. In der Einheit der Arbeiterklasse in ganz Deutschland liegt die Garantie für die Bändigung des revanchelüsternen deutschen Militarismus und für die Einheit der Nation unter Führung der Arbeiterklasse.

Vor den Bezirks- und Kreisleitungen und ihren Kommissionen zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung steht eine große verantwortungsvolle Aufgabe. Die neuen örtlichen Forschungsergebnisse des 15. Jahrestag der Vereinigung werden noch stärker dazu beitragen, die revisionistischen Theorien der rechten Führer der SPD sowie ihre Lügen von der angeblichen „Zwangsvereinigung“ zu entlarven. Sie werden nicht nur helfen, unseren Werktätigen und unserer Jugend ein richtiges, der objektiven Wahrheit entsprechendes Geschichtsbild zu vermitteln, sondern den zahlreichen sozialdemokratischen, christlichen und parteilosen Arbeitern in Westdeutschland zeigen, daß nur durch die Einheit der Arbeiterklasse der jahrzehntelange Kampf um Frieden, Demokratie und Sozialismus zum Siege geführt werden kann.

Hans

Der XI. Internationale Historiker-Kongreß in Stockholm

In der Zeit vom 21. bis 28. August 1960 tagte in der schwedischen Hauptstadt Stockholm der XI. Internationale Kongreß der historischen Wissenschaften. Annähernd tausend Historiker waren der Einladung des Büros des Internationalen Komitees der historischen Wissenschaften gefolgt. Allerdings – war die Beteiligung aus aller Welt in Stockholm auch bereits weitaus stärker als an dem vorhergegangenen Kongreß in Rom, so blieben doch weite Gebiete, die in anderen Tagen immer stärker in den Blickpunkt der Weltpolitik und auch der historischen Forschung rücken, wie Afrika, Südamerika und zahlreiche Staaten Lateins, noch ohne Vertretung. Die sozialistischen Staaten hatten etwa zweihundert Historiker und Archivare entsandt; unter ihnen befanden sich über hundert Gäste aus der Deutschen Demokratischen Republik.

Unmittelbar vor dem Kongreß tagten der Internationale Archivar-Kongreß und eine ganze Reihe internationaler Kommissionen, die sich mit bestimmten Spezialgebieten wie der Geschichte der slawischen Völker, der Geschichte der Arbeiterbewegungen und der Gesellschaftsstruktur, der Wirtschaftsgeschichte und der Pressegeschichte beschäftigten.

Vorgesehen von der gemeinsamen Eröffnungs- und Abschlußveranstaltung, fanden die Verhandlungen des Historiker-Kongresses in fünf gleichzeitig tagenden Sektionen statt, und zwar über Methodologie, Altertum, Mittelalter, Neuzeit und Neueste Zeit, wobei unter „Neueste Zeit“ entsprechend der bürgerlichen Terminologie etwa die Zeit nach der Französischen Revolution zu verstehen ist. Neben einer Vielzahl sehr spezieller Fragen standen auch zahlreiche Probleme auf der Tagesordnung, die von grundsätzlicher Bedeutung für die Geschichtswissenschaft überhaupt oder zumindest für die Historiker zahlreicher Länder waren. Wir nennen hier die Diskussionen über die philosophischen und gesellschaftlichen Grundlagen der Geschichtswissenschaft, die Geschichte der Geschichtsschreibung, die Periodisierung der Weltgeschichte, die Stellung der Arbeiterbewegung und Sozialdemokratie zum und im ersten Weltkrieg oder die nationale Frage in der Habsburger Monarchie.

Der nachfolgende Bericht hat nicht die Aufgabe, auch nur auf alle wichtigen Probleme in Stockholm behandelten Probleme einzugehen. Wir verweisen unsere Leser auf die bereits in der Tages- und Fachpresse erschienenen Berichte, insbesondere auf den in der „Einheit“ veröffentlichten bedeutenden Beitrag.¹ Vielmehr wenden wir uns im wesentlichen auf die Berichterstattung über jene Referate und Diskussionen beschränken, die mit der Geschichte der Arbeiterbewegung, insbesondere der deutschen Arbeiterbewegung im Zusammenhang stehen. Mit dem ersten Hauptreferat in der Sektion „Methodologie“, das dem Bonner Professor Dr. *Erich Rothacker* überlassen worden war, sollte offensichtlich dem

gesamten Kongreß gewissermaßen der ideologische Auftakt gegeben werden, zumindest nach dem Willen der offen imperialistischen Gruppe in der deutschen und internationalen Historiographie. Rothacker gehört nämlich Jahrzehnten zu den führenden Vertretern der extremsten reaktionären, schen idealistischen Philosophie und hatte sich als solcher — man möchte folgerichtig — auch in seiner 1934 erschienenen „Geschichtsphilosophie“ Hitlerfaschismus und seinem Rassismus offen angeschlossen.² Rothacker trat über „Die Wirkung der Geschichtsphilosophie auf die neueren Geschichtswissenschaften“ bewies schlagend, daß er an seinen damaligen faschistischen Auffassungen dem Wesen nach auch heute noch festhält, ja, er berief sogar nachdrücklich auf sein damaliges Machwerk. In dem Bestreben, Irrationalismus und Relativismus zum Panier zu erheben, verstieg er sich zu einer wahren Apologie des Agnostizismus und Subjektivismus, wobei er dem politischen Klerikalismus im Adenauer-Staat seinen Tribut zollend — die Geschichtsphilosophie als „eine biblische Angelegenheit“ bezeichnete. Wenn er schon zu Beginn seines Referats behauptete, den historischen Materialismus aus seiner Betrachtung auszuschalten, richtete sich sein Angriff gegen die Auffassung von der Wahrheit als Abbild der Wirklichkeit und damit schließlich gegen die objektive historische Wahrheit doch vor allem gegen die marxistische Geschichtsauffassung. Aber nicht nur das: Rothackers Versuch, eine dialektische Wahrheit widerspiegelnde Geschichtswissenschaft und jegliche Geschichtsmäßigkeit in der Geschichte zu leugnen, ging selbst weit hinter die bürgerlich-fortschrittlichen Geschichtsauffassungen des 18. und 19. Jahrhunderts zurück.

Der angesichts der Person Rothackers allein als Provokation zu wertende Versuch, die materialistische Geschichtsauffassung gleich zu Beginn des Kongresses zu diffamieren und den extrem reaktionären Historikern die führende Rolle auf dem Kongreß zuzuspielen, scheiterte kläglich. Denn die Diskussionsrunde zu Rothackers Referat wurde nahezu völlig von den marxistischen Historikern aus der Sowjetunion, der ČSSR, Rumänien und der DDR beherrscht. Prof. M. W. Netschkina (UdSSR) widerlegte systematisch die geradezu absurden Thesenstellungen des Marxismus, zu denen sich Rothacker in seiner „Auseinandersetzung“ verstiegen hatte, und charakterisierte die erkenntnistheoretischen Grundlagen der materialistischen Geschichtsauffassung, die ihr höchstes Kriterium stets in der gesellschaftlichen Praxis findet. Prof. Dr. Ch. W. Baer (UdSSR) untersuchte die verschiedenen Varianten der neuidealistischen Geschichtsauffassung und konfrontierte ihre Thesen mit dem objektiven Verlauf der Geschichte der letzten Jahrzehnte, der ihre Unfruchtbarkeit und Perspektivlosigkeit ein weiteres Mal eindeutig bewiesen hat. Von seiten der DDR-H

¹ Vgl. Ernst Hoffmann/Raimund Wagner: Über den XI. Internationalen Historikerkongreß in Stockholm. In: Einheit, 1960, Heft 10, S. 1602–1616. — Rolf Rühl: Der XI. Internationaler Historiker-Kongreß 1960 in Stockholm. In: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, 1960, Heft 8, S. 1789–1810. — Die internationalen Kommis in Stockholm (17. bis 21. August 1960). In: ebenda, S. 1878–1898. — Ernst Engel: Im Schatten von Marx. In: Neues Deutschland (B), 16. Oktober 1960. — Dieter Rothacker: Geschichtsphilosophie — eine biblische Weisheit? In: Berliner Zeitung, 18. September 1960. — Fritz Klein: Gezinkte Karten und echte Trümpfe. In: Sonntag, 2. Oktober 1960.

² Der Leipziger Historiker Dr. Werner Berthold hatte diese ideologische „Kardinalsinne“ Rothackers in einem Aufsatz den Kongreßteilnehmern dankenswerterweise in Erinnerung gerufen. Vgl. Werner Berthold: Über „Die Wirkung der Geschichtsphilosophie . . .“ von Erich Rothacker. Eine Betrachtung aus Anlaß des XI. Internationalen Historiker-Kongresses in Stockholm 1960. In: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, 1960, Heft 6, S. 1289–1309.

sprach als erster Prof. Dr. Leo Stern, der den Zusammenhang zwischen gesellschaftlicher Entwicklung und der Entwicklung der Geschichtswissenschaft am Beispiel der deutschen bürgerlichen Historiographie überzeugend darlegte und insbesondere das völlige Versagen der neudealistischen Geschichtsschreibung gegenüber den Schicksalsfragen unserer Nation im 20. Jahrhundert charakterisierte. Prof. Dr. Ernst Engelberg setzte sich mit dem völlig individualistischen, irrationalen „Lebens“begriff Rothackers auseinander und verwies auf die entscheidende Bedeutung der menschlichen Arbeit und der daraus resultierenden Entwicklung der Produktivkräfte für das gesellschaftliche Leben. Daher bestände durchaus kein Widerspruch zwischen der Wahl des Gegenstandsbereichs des Historikers im „vorwissenschaftlichen“ Leben, d. h. in der Praxis, und der Möglichkeit wissenschaftlicher Objektivität in der Geschichtsschreibung. Die Gefährlichkeit des Irrationalismus und seine politische Rolle in der gegenwärtigen imperialistischen Historiographie und psychologischen Ideologisierung kennzeichnete Dr. Werner Berthold, der sich gleichzeitig mit der von Rothacker vorgenommenen völlig unwissenschaftlichen und antihumanistischen Biologisierung des Geschichtsablaufes auseinandersetzte.

Es war bezeichnend, daß es – abgesehen von einem provokatorisch auftretenden Vertreter des Orientalischen Instituts beim Vatikan – kein bürgerlicher Historiker für angemessen hielt, die Rothackersche Konzeption offen zu verurteilen. Selbst ein so prononcierter Historiker des westdeutschen Imperialismus wie Prof. Dr. Gerhard Ritter hielt es angesichts der fast einhelligen Kritik an der wissenschaftsfeindlichen Auffassung Rothackers für angebracht, sich in gewissem Maße von ihm zu distanzieren.

Dank dem einmütigen Auftreten marxistischer Geschichtswissenschaftler gelang es, den Naziideologen Rothacker von allen an einer Weiterentwicklung der Geschichtswissenschaft im Dienste der historischen Wahrheit interessierten Historikern weitgehend zu isolieren und die Richtigkeit und Notwendigkeit einer wissenschaftlichen, ehrlichen Bemühen bestimmten Diskussion mit den marxistischen Geschichtswissenschaftlern zu dokumentieren.

Die Diskussion über die philosophischen Grundlagen einer wahrhaft wissenschaftlichen Geschichtsforschung fand in gewissem Maße ihre Fortsetzung in der Debatte über die Periodisierung der Weltgeschichte. Hierzu entwickelte – ebenfalls in der Sektion „Methodologie“ – der sowjetische Professor Dr. E. M. Shukow in einem ausgezeichneten Referat die marxistischen Kriterien der Periodisierung, nämlich die gesetzmäßige progressive Aufeinanderfolge der Gesellschaftsordnungen von der Urgemeinschaft bis zum Sozialismus–Kommunismus.³ M. Shukow verstand es vor allem, in Auseinandersetzung mit den zahllosen imperialistischen „Lösungsversuchen“, die dialektische Einheit zwischen den universell gültigen objektiven Entwicklungsgesetzen der gesamten Menschheit und dem selbständigen Anteil aller Völker an diesem Prozeß herauszuarbeiten. Hierbei wurde er durch Prof. Dr. M. Husa (ČSSR), der über einige methodologische Fragen der Periodisierung referierte, und marxistische Historiker aus Kanada, Polen, Rumänien und der DDR wirkungsvoll unterstützt.

Natürlich fehlte es auch hier nicht an Versuchen reaktionärer bürgerlicher Historiker, den Marxismus zu entstellen oder ihm irrationalistische Periodisierungsschemata entgegenzusetzen. Bei der ersten Kategorie tat sich besonders der westdeutsche Historiker Prof. Dr. W. Conze hervor, der den Marxismus

Vgl. hierzu besonders Ernst Hoffmann/Raimund Wagner: Über den XI. Internationalen Historiker-Kongreß in Stockholm. In: Einheit, 1960, Heft 10, S. 1607–1608.

in eine Lehre des automatischen Ökonomismus umzufälschen suchte. Der gl. *Conze* propagierte aber — ganz im Sinne der Klassenharmonie predigende Apologeten des Imperialismus — die Einführung einer angeblichen Epoche „Industriegesellschaft“. Doch damit nicht genug: im völligen Unvermögen, marxistischen Periodisierung eine eigene, wissenschaftlichen Kriterien haltende Konzeption entgegenzustellen, verstieg sich der westdeutsche Historiker *Stadtmüller* zu der selbst von der Mehrheit seiner bürgerlichen Kollegen längst abgelehnten Spengler-Toynbeeschen Kulturzyklentheorie oder der amerikanischen Historiker *Halecki* gar zu dem mittelalterlichen Schema einer „christlichen“ Periodisierung.

Neben diesen beiden hier nur skizzierten Diskussionen, in denen Grundfragen der Geschichtsauffassung und -schreibung aufgeworfen und marxistisch gelöst wurden, standen naturgemäß jene Probleme besonders im Mittelpunkt des gemeinsamen Interesses, die in der Sektion „Neueste Geschichte“ behandelt wurden. Das gilt in erster Linie für das Thema „Die deutsche Sozialdemokratie vor dem ersten Weltkrieg“, zu dem der belgische Historiker Prof. Dr. H. *Haag* das leitende Referat hielt. *Haag* gab einen umfangreichen, nach dem politischen weltanschaulichen Standort der Autoren gegliederten und vorwiegend referierenden Bericht über die internationale Geschichtsliteratur zu seinem Thema. Im Gegensatz zu zahlreichen anderen nichtmarxistischen Referenten zeichnete sich sein Bericht durch das spürbare Streben nach Objektivität aus. Einseitige Informierung oder aber objektive Schwierigkeiten bei der Information hatten ihn allerdings eine Reihe wichtiger marxistisch-leninistischer Veröffentlichungen über den Kampf der deutschen Arbeiterbewegung während des ersten Weltkrieges übergehen lassen. So sehr *Haag* die Perspektivlosigkeit der extrem konservativen Richtung in der Historiographie betonte, so spürbar bei ihm Sympathien für demokratische Tendenzen in der Geschichte und in der Historiographie waren — und wir möchten das hervorheben —, so brachte ihn sein Unverständnis gegenüber dem Marxismus und besonders dem Leninismus dazu, eine Reihe von Behauptungen aufzustellen, die der historischen Wahrheit nicht standhalten. Das gilt vor allem für sein Unverständnis gegenüber dem dialektischen Verhältnis von proletarischem Internationalismus und nationalistischem Patriotismus, was ihn zu einer geradezu entstellenden Einschätzung des Kampfes der deutschen Linken führte.

Es war durchaus kein Zufall, daß sich auf diese Frage, deren politische Aktualität auf der Hand liegt, dann auch die Diskussion konzentrierte. An die genannten Schwächen des Referats anknüpfend, nutzten einige westdeutsche Historiker, allen voran Prof. Dr. H. *Rothfels* und W. *Conze*, die Gelegenheit, dem Arsenal der imperialistischen, aber vor allem auch reformistischen Geschichtsschreibung die sattsam bekannten Behauptungen von der schrankenlosen Kriegsbegeisterung der Massen im August 1914, von dem fortschrittlichen Charakter der deutschen Kriegserklärung an das zaristische Rußland, von der angeblich nationalen „Vaterlandsverteidigung“ der sozialdemokratischen Führung und der „antinationalen“ Haltung der Spartakusgruppe zu präsentieren. Und nicht nur, daß *Rothfels* den vom deutschen Imperialismus entfesselten ersten Weltkrieg in einen nationalen Krieg des deutschen Volkes umzufälschen suchte, er erklimmte sogar den Gipfel historisch-logischer Abstrusität mit der Behauptung, auch Marx und Engels würden im Sommer 1914 die deutsche Kriegserklärung an Rußland unterstützt und die Kriegskredite befürwortet haben.

Diese geradezu plumpen Rechtfertigungsversuche des deutschen Militarismus und Imperialismus stießen dann auch, wenn wir von den Schülern Rot

sehen, auf den nahezu einhelligen Widerspruch der Diskussionsredner. Auf-
laßreich war, daß sich neben den zahlreichen Vertretern der sozialistischen
der auch nichtmarxistische Historiker aus den kapitalistischen Staaten ein-
ließlich Westdeutschlands scharf von der Rothfels-Gruppe abgrenzten.

An Hand umfangreicher Forschungsergebnisse wiesen besonders die Profes-
en Dr. W. Bartel und Dr. W. Nitz nach, daß allein die deutschen Linken
er Führung Karl Liebknechts, eben weil sie dem Marxismus und der Idee
proletarischen Internationalismus treu blieben, eine zutiefst nationale Politik
folgten, daß die „Burgfriedenspolitik“ der SPD-Führer dagegen – wie auch
fortschrittlicher westdeutscher Historiker aktenmäßig nachwies – in vollem
derspruch zu den nationalen Interessen unseres Volkes stand. Andere DDR-
toriker, wie Ernst Engelberg, Leo Stern, Prof. Dr. Dieter Fricke, Dr. Hans-
chum Bernhard und Dr. Fritz Klein, setzten sich ebenfalls mit den Ent-
llungen der revolutionären Politik und Taktik der deutschen Linken oder
t anderen, in den Ergänzungsreferaten aufgeworfenen Fragen auseinander.⁴

Varen das Problem der Entwicklung der Produktivkräfte als der grund-
enden gesellschaftlichen Triebkraft sowie Fragen des Zusammenhangs und
Wechselwirkung von Ökonomie und Politik in allgemein-theoretischer Form
eits in der Sektion „Methodologie“ zur Sprache gekommen, so fand diese
atte ihre Fortsetzung, jetzt auf eine konkrete historische Etappe bezogen, in
e Diskussion über die Außenpolitik Deutschlands in den achtziger Jahren des
Jahrhunderts. In einem ausgezeichneten Referat analysierte der sowjetische
ssenschaftler Prof. W. W. Chwostow einige Fragen der deutsch-russischen
ziehungen in den achtziger Jahren, insbesondere die ökonomischen Hinter-
nde der diplomatischen Geschichte jener Jahre. An Hand neuer Funde aus
vjetischen Archiven machte er aufschlußreiche Mitteilungen über den maß-
lichen Einfluß, den deutsche, vor allem aber russische Wirtschaftskreise
nals auf die Gestaltung der für die Erhaltung des europäischen Friedens so
ichtigen deutsch-russischen Beziehungen ausübten. Damit war gleichzeitig die
mer wieder am konkreten Fall neu zu untersuchende Frage nach dem Ver-
tnis von Innen- und Außenpolitik aufgeworfen, die dann auch von mehreren
kussionsrednern, so Prof. V. A. Varga (Rumänien), Prof. Dr. Jürgen Kuczyn-
Dieter Fricke, Dr. Heinrich Gemkow, erörtert wurde.⁵

Es war höchst bezeichnend (wie das selbst die „Süddeutsche Zeitung“ vom
18. September 1960 feststellen mußte), daß sich an dieser Diskussion west-
tsche Historiker so gut wie gar nicht beteiligten, ja nicht einmal erschienen
ren. Wir können nur den aufrüttelnden Worten des deutsch-amerikanischen
storikers Prof. Dr. George W. F. Hallgarten zustimmen, der in dieser Tatsache
typisches, aber gefährliches Symptom für den in der offiziellen westdeutschen
toriographie herrschenden Geist sah. Die westdeutschen Historiker negieren
hrer Mehrheit, wie das auch auf dem Kongreß deutlich wurde, die selbst von
tschrittlichen bürgerlichen Geschichtswissenschaftlern längst erkannten und
erkannten Wechselbeziehungen von Ökonomie und Politik, obwohl sich die
cheinungen der imperialistischen Epoche ohne diese Wechselbeziehungen
nicht erklären ließen. Die westdeutsche Historiographie käme ihm, so for-

Vgl. hierzu ferner im vorliegenden Heft Hans-Joachim Bernhard/Fritz Klein:
perialismus, Arbeiterklasse und Nation, S. 130–146.

Vgl. hierzu auch im vorliegenden Heft Heinrich Gemkow: Aus dem Kampf deut-
er und französischer Sozialisten gegen Militarismus und Kriegsprovokationen in
Jahren 1886/87, S. 34–49.

multierte *Hallgarten*, daher vor wie die „Fortsetzung der protestantischen Logik mit anderen Mitteln“, sie mache selbst heute, da angesichts der Gefahr eines Atomkrieges auf den Historikern eine besonders große Verantwortung, keine Anstalten, endlich aus der Geschichte Lehren zu ziehen. In diesem Kenntnis zum Frieden und einer der Sicherung des Friedens dienenden geschichtswissenschaftlichen Arbeit konnte sich *Hallgarten* mit allen Historikern der Deutschen Demokratischen Republik und der anderen sozialistischen Länder aber auch den zahllosen demokratischen Historikern in den kapitalistischen Ländern eins wissen.

Bei der Untersuchung der Wechselbeziehungen von Innen- und Außenpolitik spielt als Teilfrage die Stellung der Arbeiterklasse und ihrer revolutionären Vorhut zur Außenpolitik natürlich eine wichtige Rolle. Uns scheint, daß das Problem in der marxistischen Geschichtsschreibung unserer Republik, trotz wertvollen bereits vorliegenden Arbeiten über die Haltung der verschiedenen Richtungen in der deutschen Sozialdemokratie zum ersten Weltkrieg und einer Aufsätze über den Kampf der KPD gegen den faschistischen Raubkrieg, künder noch stärkere Beachtung verdient. Indem wir zeigen, wie die revolutionäre Arbeiterbewegung und ihre marxistischen Kräfte im Kampf gegen die imperialistische Expansionspolitik und antidemokratische Innenpolitik der herrschenden Klassen allmählich auch ihre eigene außenpolitische Konzeption ausarbeitete, vervollständigen wir auf einem sehr wichtigen Teilgebiet das Bild des Kampfes der deutschen Arbeiterklasse an der Spitze der Nation.

Die Stellung der Arbeiterklasse zur nationalen Frage spielte auch eine herrschende Rolle in den Debatten, die sich um das Thema „Die nationalen Probleme in der Habsburgermonarchie“ gruppierten. Nachdem bereits das dem jugoslawischen Historiker Prof. Dr. F. Zwitter vorgetragene Hauptreferat in verschiedenen Fragen zum Widerspruch herausgefordert hatte, benutzte der bereits mehrfach genannte *Hans Rothfels* seine Kommunikation „Nationalität und Grenze im späten 19. und frühen 20. Jahrhundert“ ganz unverhüllt die NATO-Konzeption der imperialistischen westdeutschen Historiker an den Mann zu bringen.⁶ Unter dem Aushängeschild einer „abendländischen Geschichtsauffassung“, die ihrem Wesen nach sich in nichts vorüberbüchtigten und verhängnisvollen Konzeption der Unterwerfung Europas und insbesondere Ost- und Südosteuropas – durch den deutschen Imperialismus unterscheidet, sprach er auch in Stockholm wieder den ost- und südosteuropäischen Völkern die Fähigkeit ab, ihr nationales Selbstbestimmungsrecht zu verwirklichen, und forderte für diese längst sozialistischen Staaten vielsa „neue Lösungsversuche“.⁷ *Rothfels'* „Lösungsversuche“ aber laufen – das hat er in anderen seiner Schriften gar keinen Zweifel gelassen – samt und sonders auf die Beseitigung der Nationalstaaten in Osteuropa und die Errichtung eines „supranationalen“ Staates unter Hegemonie des westdeutschen Imperialismus hinaus. Es leuchtet jedem ein, daß derartige „Lösungsversuche“ nichts anderes darstellen als die „wissenschaftliche“ Verbrämung der deutschen revanchistischen Forderungen auf Grenzveränderungen im Osten damit aufs äußerste den Frieden gefährden.

⁶ Vgl. hierzu auch im vorliegenden Heft Paul Reimann: Imperialistische Phantasien und geschichtliche Logik oder der Löwe der Großmutter Borchardt, S. 21–22.

⁷ Vgl. hierzu ferner die ausführliche Einschätzung bei Ernst Hoffmann/Rainer Wagner: Über den XI. Internationalen Historiker-Kongreß in Stockholm. In: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaften*, 1960, Heft 10, S. 1608–1610.

auf diese durch *Rothfels'* aggressives Auftreten offen zutage getretenen akuten Gefahren für den Frieden wies besonders *Leo Stern* in seinem Diskussionsbeitrag hin und hob demgegenüber die große Verantwortung des Historikers vor, sich jeglichem Mißbrauch der Wissenschaft im Dienste revanchistischer Tendenzen zu widersetzen. Er sowie andere marxistische Diskussionsredner setzten sich auch mit der neuerdings in der imperialistischen Geschichtsliteratur herrschenden Tendenz auseinander, im österreichisch-ungarischen Völkerringnis der Habsburgermonarchie eine Art „Modellfall“ für den von Bonn propagierten „supranationalen“ Staat – lies: die Hegemonie des westdeutschen Imperialismus über andere Nationen – zu sehen.

Es scheint, daß – abgesehen von allgemeineren Schlußfolgerungen, auf die später noch zurückkommen – die Diskussion über „Die nationalen Probleme der Habsburgermonarchie“ die Historiker unserer Republik nachdrücklich auf den bisher wenig beachteten Fragenkomplex aufmerksam gemacht hat, dessen wissenschaftliche Aktualität auf der Hand liegt, um so mehr, als der nächste Internationale Historiker-Kongreß in Wien tagen wird. Selbstverständlich können die Probleme der Haltung der Arbeiterklasse und der einzelnen Arbeiterparteien zur nationalen Frage in der Habsburgermonarchie nur in enger Zusammenarbeit mit den Historikern der ČSSR, Ungarns, Polens und anderer marxistischen Historikern gelöst werden.

Ähnliches gilt für einen anderen Tagesordnungspunkt der Sektion „Neueste Geschichte“, der sich mit Problemen der Emigration und Immigration und ihren Wechselbeziehungen beschäftigte. Es war zu bedauern, daß sich die von mehreren bürgerlichen Historikern vorgetragenen Referate und Kommunikationen fast ausschließlich mit dem 19. Jh. beschäftigten, und es war höchst charakteristisch, daß die meisten Referenten und Diskussionsredner stets ökonomische und religiöse Motive als die dominierenden Ursachen der zeitweise massenhaften Auswanderung aus Europa nach den USA in den Vordergrund stellten. Erst Prof. *Karl Obermann* wies in einem Diskussionsbeitrag auf die außerordentlich hohe politische Emigration hin, auf die Tatsache, daß besonders in den Zeiten politischer innenpolitischer Unterdrückung – in Deutschland beispielsweise in den dreißiger, fünfziger und ersten achtziger Jahren – ein sprunghaftes Ansehen der Emigration besonders aus Mitteleuropa zu verzeichnen war.

Unverkennbar spielte die Auswandererfrage auch in der deutschen Arbeiterbewegung eine wesentliche Rolle, gingen doch nach der Niederlage der 48er Revolution oder nach Erlass des Bismarckschen Sozialistengesetzes viele Tausende sozialbewußter Arbeiter und Zehntausende Land- und Industrieproletarier nach Amerika. Die sozialen, vor allem aber politischen Folgeerscheinungen dieses Auswanderungsstroms sowohl in der Arbeiterbewegung Deutschlands wie in jener der USA sind größtenteils noch der Untersuchung von marxistischer Seite.

Auch die Geschichte der Arbeiterbewegung gehörten auch weitgehend die Probleme, in der „Internationalen Kommission für die Geschichte der sozialen Bewegungen und der Gesellschaftsstruktur“ behandelt wurden. Diese Kommission vergab unter Vorsitz des bekannten fortschrittlichen französischen Historikers Prof. *Ernest Labrousse* Vertreter von wissenschaftlichen Institutionen aus sozialistischen wie auch kapitalistischen Ländern und hat der Forschung bereits wertvolle Materialien unterbreitet. Auch die in Stockholm vorgelegten Berichte – für die DDR vorgetragen von *Ernst Engelberg* – zeigten, daß in dieser Richtung weiterhin in verschiedenen Ländern nützliche Forschungen unternommen werden. Es liegt auf der Hand, daß für die exakte Analyse und Einschätzung der Politik jeder Arbeiterpartei, ihrer Strategie und Taktik die Kenntnis ihrer

sozialen Zusammensetzung wichtige Fingerzeige gibt. Bekanntlich haben die Klassiker des wissenschaftlichen Sozialismus, aber auch bewährte Arbeiterführer wie Bebel, der sozialen Struktur der Arbeiterorganisationen und deren Zusammensetzung stets größte Aufmerksamkeit geschenkt. Erinnert sei nur an die von Engels gekennzeichnete sprunghafte Zunahme der modernen Industriearbeiter in der deutschen Sozialdemokratie in den achtziger Jahren. Natürlich hat es sich hier um ein außerordentlich weites Arbeitsgebiet, das nur mit kollektiver Forschungsmethoden zu bewältigen ist. Uns scheint, daß von unserer Republik zunächst durch lokal begrenzte Untersuchungen über die soziale Zusammensetzung der Mitglied- oder Wählerschaft der Arbeiterorganisationen und -parteien beginnen sollten, intensiver als bisher Teilergebnisse zusammenzutragen, die dann verallgemeinernde Schlußfolgerungen erlauben.

War die Debatte in der oben genannten Kommission zu den hier angelegten Fragen der sozialen Strukturen zumeist durch einen sachlich-referierenden Ton gekennzeichnet, so kam es zu sehr scharfen Auseinandersetzungen innerhalb von derselben Kommission veranstalteten Kolloquium über „Die Arbeiterbewegung in der Zeit der Wirtschaftskrise 1929–1939“. Anlaß war das provokative Auftreten des Heidelberger Historikers *Werner Conze*, der in seinem Beitrag in nun schon sattem bekannter Manier all die uralten Verleumdungen der antifaschistischen und Volksfrontpolitik der KPD vor und nach der Machtübernahme Hitlers vorbrachte. Und nicht nur das! *Conze* waren selbst die Kapitulationspolitik der rechten SPD-Führer und ihre ständige Ablehnung der Einheitsfront mit den Kommunisten noch nicht genug. Er verstieg sich sogar zu dem Vorwurf gegen die SPD, Ende 1932 die Koalitionsmöglichkeiten mit der militaristischen Schleicher-Diktatur nicht ausgenutzt zu haben! Damit decken sich die Auffassungen dieses verbissenen Antikommunisten mit den dankengängen extrem reformistischen SPD-Historikern, die heute ebenfalls unter deutlicher Anspielung auf eine erhoffte Koalition der SPD mit Adenauer – die Politik der Reformisten in der SPD-Führung gegenüber Hitler von „kritisieren“.

Es versteht sich, daß die von *Conze* vorgebrachten unwahren, durch keine Beweisen und durch nichts zu beweisenden Behauptungen von den Hauptkern der Sowjetunion, der ČSSR und unserer Republik energisch zurückgewiesen und als absurdum geführt wurden. *Walter Nimtz*, *Rolf Rudolph* und *Prothar Berthold* konfrontierten *Conzes* Verfälschungen an Hand des reichlichen Faktenmaterials mit dem unermüdlichen Kampf der KPD um die Herstellung einer antifaschistischen Einheits- und Volksfront und würdigten insbesondere den von *Conze* bezeichnenderweise ganz verschwiegenen opferreichen Kampf der Kommunisten gegen den faschistischen Blutterror.

Als einen wesentlichen Erfolg der marxistischen Geschichtswissenschaften in der DDR erwähnen wir schließlich die Tatsache, daß führende Historiker unserer Republik in die in Stockholm konstituierte „Kommission zur Erforschung der Geschichte der Presse“ als Mitglied aufgenommen wurden.⁸ Daraus erwuchs nicht nur den Pressehistorikern, sondern auch den Historikern auf dem Gebiet der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung verpflichtende Aufgaben. Die sozialistische Presse hat in der Geschichte der deutschen, aber auch der internationalen Arbeiterbewegung – man denke nur an die „Neue Rheinische Zeitung“, den Züricher „Sozialdemokrat“, die „Neue Zeit“ oder die „Rote Fa-

⁸ Vgl. hierzu im vorliegenden Heft den Bericht von Günter Heidorn: Internationales Kolloquium von Historikern zur Erforschung der Geschichte der Presse, S. 14.

eine außerordentlich wichtige Rolle gespielt und ist für bestimmte Etappen der Entwicklung nicht nur die Hauptquelle für die Forschung, sondern auch die stärkste Bastion der marxistischen Kräfte in der deutschen Arbeiterbewegung gewesen. Hier gilt es in kollektiver Arbeit noch große Schätze zu heben, um den Kenntnis für eine allseitige Einschätzung des Befreiungskampfes der deutschen Arbeiterklasse unerlässlich ist.

Vir fassen zusammen: Die Diskussionen auf dem Kongreß waren geprägt durch scharfen ideologischen Klassenkampf. Dank der Initiative der marxistischen Historiker entwickelte sich der Kongreß zu einem Forum der ideologischen und theoretischen Auseinandersetzungen, wobei die Geschichtsauffassung des Marxismus-Leninismus stets im Mittelpunkt der Diskussionen stand. Mit einer Prägnanz offenbarten die vielfältigen hoffnungslosen Versuche, dem geschlossenen wissenschaftlichen Geschichtsbild des Marxismus eine andere Deutung entgegenzustellen, die Ausweglosigkeit der bürgerlichen Historiographie. Dieses Unvermögen der bürgerlichen Historiker führte zwangsläufig dazu, daß ihre Versuche einer Auseinandersetzung mit dem Marxismus-Leninismus fast ausschließlich in Form unwissenschaftlicher Verleumdungen und Entstellungen erfolgten.

Wie unangenehm und gefährdend diese Auseinandersetzung um die Grundlagen einer wahrhaft wissenschaftlichen und dem Fortschritt dienenden Geschichtswissenschaft der westdeutschen imperialistischen Historiographie sind, zeigt ein Bericht von Helmut Krausnick und Waldemar Besson, einem ihrer militantesten Vertreter, in den „Vierteljahrsheften für Zeitgeschichte“ erkennen. Sie jammern sie darüber, der Meinungsstreit um den Marxismus hätte „eine Diskussion der anstehenden Probleme auch von seiten der Historiker der freien Welt (! – H. G.) nicht zur vollen Entfaltung kommen“⁹ lassen. Und sie schließen aus ihrer Niederlage – ganz im Geiste der Strauß-Schröderschen „Macht über Tor zu!“ – Politik –, daß Kongresse mit Beteiligung marxistischer Historiker künftig tunlichst unterbleiben sollten.¹⁰ Die marxistischen Historiker dagegen wünschen, daß der Meinungsstreit im Interesse der Wahrheitsfindung und im Interesse des Friedens unvermindert fortgesetzt wird, zwar sachlich und korrekt in der Form, aber von dem leidenschaftlichen Bestreben erfüllt, durch Aufdecken der historischen Wahrheit in Vergangenheit und Gegenwart der menschlichen Gesellschaft eine friedliche Zukunft sichern zu helfen.

Zeit stärker noch als in Rom 1955 konnten die Historiker der sozialistischen Staaten durch ihr Auftreten in allen Sektionen die großen Fortschritte der marxistischen Geschichtswissenschaft in ihren Ländern dokumentieren. Das gilt qualitativ wie in quantitativer Hinsicht; wurden doch weit über hundert Vorträge von marxistischen Gesellschaftswissenschaftlern gehalten, von denen die Historiker aus der Sowjetunion den bedeutendsten Anteil stellten.

Das Aufblühen der Geschichtswissenschaft in den sozialistischen Staaten kam zum Ausdruck in einer Reihe von Festgaben zum Ausdruck, die seitens der Historiker der UdSSR, Ungarns, Rumäniens, der ČSSR und der DDR den Kongreßteilnehmern überreicht wurden.¹¹

W. B./H. Kr.: Historikerkongreß Stockholm. In: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte (München), 1960, Heft 4, S. 449.

Vgl. ebenda, S. 450.

Poland at the XIth International Congress of Historical Sciences in Stockholm, Warszawa 1960. – Études historiques. Publiées par la Commission Nationale des Sciences Historiques de la Pologne. Paris 1960. – Nouvelles études d'histoire. Publiées à Paris 1960.

Sehr interessant war die Differenzierung, die sich auf dem Kongreß innerhalb der internationalen bürgerlichen Historiographie abzeichnete. Deutlich in Stockholm zum Ausdruck, daß der extrem reaktionäre Flügel innerhalb bürgerlichen Geschichtsschreibung gegenwärtig durch die um Snell und Cord Meyer gruppierten USA- und die tonangebenden westdeutschen Historiker repräsentiert wird, die durch einige reaktionäre Historiker Englands und Vatikans unterstützt werden. Wenn der bereits erwähnte westdeutsche Historiker Waldemar Besson glaubt konstatieren zu müssen, daß der Kongreß seiner Atmosphäre weitgehend von der gegenwärtigen Weltkonstellation stimmt⁴² war, so trifft er mit dieser Feststellung unbewußt ins Schwarze. In der Tat haben die gegenwärtig für den Frieden in Europa besonders gefährlichen und aggressiven Kräfte des Imperialismus in Westdeutschland dort auch besonders militante, von wütendem Antikommunismus und Revanchismus erfüllte ideologische Stoßtruppe in der Geschichtsschreibung geschaffen, die die liberalen oder demokratischen bürgerlichen Historiker durch verschiedenartige Machenschaften ideologisch zu unterwerfen sucht.

Dabei zeigt sich eine interessante und in Zukunft stärker zu beachtende Erscheinung: die Geschichtsschreibung der Reformisten, der Theimer, Matull u. a., unterscheidet sich dem Wesen nach in nichts mehr von der Konzeption der Rothfels-Gruppe. Oder genauer gesagt: die auf der NATO-Linie und der „Abendland“-Ideologie operierende derzeitig führende Gruppe in der imperialistischen westdeutschen Historiographie liefert die „wissenschaftlichen“ Argumente für die rechtssozialdemokratischen Ideologen, sie besorgt deren Geschäfte.

Die Konzentration der international reaktionärsten Kräfte in der offiziellen westdeutschen Historiographie ist aber nur die eine Seite. Gleichzeitig zeigt der Kongreß deutlich, daß in zahlreichen kapitalistischen Ländern – ganz zu schweigen von den antiimperialistischen Nationalstaaten – auch demokratische oder zumindest links-liberale Strömungen in der Geschichtswissenschaft zu Zeichen sind. Zwar traten sie als profilierte Strömungen bedauerlicherweise nur selten in Erscheinung, doch war das höchst aufschlußreiche Faktum zu konstatieren, daß – von ganz wenigen Ausnahmen abgesehen – auch alle bürgerlichen Vertreter kapitalistischer Länder es peinlichst vermieden, sich mit militanten Vertretern der imperialistischen Geschichtsschreibung Westdeutschlands zu identifizieren. Diese Erscheinung zeigte sich selbst in der westdeutschen Delegation, was die Hamburger „Welt“ sogleich zu einer schäbigen Denunziation der verständigungsbereiten Kräfte unter den westdeutschen Historikern veranlaßte.⁴³

Für die Historiker wie insbesondere für die Historiker der Geschichte der Arbeiterbewegung in der Deutschen Demokratischen Republik ergeben sich eine ganze Reihe von Schlußfolgerungen aus den Erfahrungen des Stockholmer Kongresses. An erster Stelle ist die Forderung zu nennen, der geschichtswissenschaftlichen Arbeit künftig weit größere Aufmerksamkeit zu widmen. Schon der Beschluß des Politbüros des ZK der SED über „Die Verbesserung der Forschung“

L'occasion du XIe Congrès des sciences historiques Stockholm, 1960, Bucares – 25 ans d'historiographie tchécoslovaque 1936–1960, Praha 1960. – Historische Forschungen in der DDR. Analysen und Berichte. Sonderheft der „Zeitschrift für Geschichtswissenschaft“, Berlin 1960.

⁴² W. B./H. Kr.: Historikerkongreß Stockholm. In: Vierteljahrshefte für Geschichte, 1960, Heft 4, S. 449.

⁴³ Vgl. Die Welt, 2. September 1960.

„Lehre in der Geschichtswissenschaft der DDR“ vom Jahre 1955 wurde die zwischen vielfach wiederholte Forderung gestellt, durch die Behandlung der Grundprobleme des historischen Materialismus dazu beizutragen, das theoretische Niveau unserer Geschichtswissenschaft zu heben. Mit anderen Worten: geschichtsphilosophische Arbeit, und zwar sowohl die spezielle Behandlung einzelner theoretischen Fragen wie der Klassenkampf als Entwicklungsgesetz der Geschichte der Ausbeutergesellschaft, die Rolle der Volksmassen und der Periodizität in der Geschichte, die Wechselbeziehungen zwischen Basis und Überbau, als auch die gründlichere theoretische Verarbeitung des historischen Faktentmaterials, muß in den nächsten Jahren wesentlich verstärkt werden. Diese Forderung ist auch an die „Beiträge zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung“ und andere historische Zeitschriften zu stellen. Dabei gilt es, daß Historiker und Philosophen sowie auch andere Gesellschaftswissenschaftler eng zusammenwirken, um endlich auch in der Geschichtswissenschaft unserer Republik jene Formen sozialistischer Gemeinschaftsarbeit zu verwirklichen, die auf dem wissenschaftlichen Gebiet längst gang und gäbe sind und sich hervorragend bewährt haben.

Eng verbunden mit der intensiveren geschichtsphilosophischen Arbeit ist die systematische und gründlichere Auseinandersetzung mit der offenen imperialistischen, reformistischen oder revisionistischen Geschichtsschreibung, wobei natürlich in erster Linie an die westdeutsche Literatur denken. Zweifellos wird in dieser Hinsicht bei uns — was nicht zuletzt auf dem Historiker-Kongreß in Stockholm zum Ausdruck kam — beachtliche Fortschritte zu verzeichnen, doch folgt die Auseinandersetzung noch immer allzu zufällig und unsystematisch. Die dringend notwendige Entlarvung des imperialistischen Geschichtsbildes unserer Vergangenheit, die wissenschaftliche Zerschlagung der „abendländischen“ oder „europäischen“ Geschichtskonzeption erfordert aber, daß wir für jede Geschichtsepoche und zu jeder Zeit hinsichtlich aller Strömungen und Tendenzen in der westdeutschen Historiographie über eine exakte parteiliche Einschätzung verfügen. Nur dann kann die marxistische Geschichtswissenschaft, zielgerichtet und politisch stets aktuell, ihrer verpflichtenden Rolle in der ideologischen Auseinandersetzung mit dem westdeutschen Militarismus und Imperialismus gerecht werden. Die Historiker der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung müssen dabei in Zukunft, wie bereits erwähnt, ihr besonderes Augenmerk auch den Publikationen jener westdeutschen Historiker widmen, die unter der Flagge der „Europa“-Ideologie de facto die politische und Geschichtskonzeption der rechtssozialdemokratischen Führer verbreiten. So wichtig dabei die parteiliche Auseinandersetzung mit diesem oder jenem Vertreter eines imperialistischen Geschichtsbildes, dieser oder jener Publikation ist, so gilt es doch in besonderem Maße, die Tendenzen und Grundlinien in der westdeutschen Historiographie, unter Beachtung der notwendigen Differenzierung, bloßzulegen und zu analysieren. Auch hierbei kommt den historischen Wissenschaften eine besondere Verantwortung zu.

Eine weitere Lehre des Kongresses besteht darin, der Erforschung der allgemeinen Geschichte stärkere Beachtung zu schenken. Auf die Geschichte der Arbeiterbewegung angewandt, heißt das, die Entwicklung der deutschen Arbeiterbewegung in jeder Phase in engstem Zusammenhang mit dem Kampf der internationalen Arbeiterbewegung zu sehen und zu verstehen, die Wechselbeziehungen zwischen der Arbeiterklasse Deutschlands und der der Nachbarländer zu beachten und zu untersuchen. Die Erfahrungen des Kongresses bezeugen nur, daß wir in dieser Hinsicht — und das gilt auch für die Geschichte

der drei Internationalen — noch große Schwächen haben, die schnell überwunden werden müssen. Gründliche Kenntnisse und Spezialkenntnisse unserer Historiker über die Entwicklung der internationalen Arbeiterbewegung sind nicht für die umfassende Einordnung und Einschätzung der deutschen Arbeiterbewegung unerlässlich, sondern tragen auch entscheidend dazu bei, die internationale Autorität unserer marxistischen deutschen Geschichtswissenschaft zu erhalten.

Warfen die Diskussionen auf dem Kongreß auch eine Fülle von Fragen, die von der marxistischen Geschichtswissenschaft unserer Republik in den nächsten Jahren aufgegriffen, untersucht und geklärt werden müssen, glauben wir doch, die Aufmerksamkeit der Historiker der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung in besonderem Maße auf zwei Problemkreise lenken zu sollen. Zum einen zeigte sich immer wieder, daß sich die imperialistische Geschichtsschreibung gegenwärtig aus naheliegenden Gründen stark konzentriert, die Stellung des Marxismus und der revolutionären deutschen wie auch internationalen — Arbeiterbewegung zu Krieg und Frieden zu verfälschen. Mit Hilfe infamer Entstellungen der Geschichte und schmutzigen Fälschertricks suchen sie den Massen zu suggerieren, daß Marx, Engels, Lenin und mit ihnen die gesamte marxistische Arbeiterbewegung stets den Imperialismus zwischen den Völkern als ein unerlässliches Mittel auf dem Weg zur politischen Macht der Arbeiterklasse betrachtet hätten. Der Zweck dieser Verfälschungen liegt auf der Hand: der Marxismus, der über ein Jahrhundert während des Freiungskampf der Arbeiterklasse und vor allem die Politik der sozialistischen Staaten, die mit dem Kampf für den Frieden, für Völkerfreundschaft und eine gesicherte, von Kriegsfurcht befreite Zukunft aller Völker stets untrennbar verbunden waren und sind, sollen vor den Volksmassen diffamiert und als wahren Kriegstreiber, die deutschen Imperialisten und Militaristen, sollen ihrer Vorbereitung eines neuen Völkermordens getarnt werden. Es gibt eine Phase in der deutschen Geschichte, die nicht beredt von dem heldenhafte, opferreichen Kampf der revolutionären deutschen Arbeiterbewegung und der marxistischen bzw. marxistisch-leninistischen Partei gegen Militarismus, Reichismus und Krieg zeugt, die nicht an einer Fülle von historischen Fakten und Zeugend beweist, daß der Kampf für den Frieden zwischen den Völkern die oberste Grundsatz der nationalen Politik der revolutionären deutschen Arbeiterbewegung war. Diesen Schatz zu heben, diesen Nachweis wissenschaftlich exakt, konkret und in scharfer parteilicher Auseinandersetzung mit den ideologischen Schildknappen des Imperialismus unter den westdeutschen Historikern zu führen, ist eine besonders dringende Aufgabe unserer Geschichtswissenschaftler.

Ähnliches gilt für das Problem der Ursachen des faschistischen Machtantritts. Im Adenauerstaat, der den Antikommunismus zur Staatsdoktrin erhoben hat, spielt die abgefeimte Diffamierung des Kampfes der revolutionären deutschen Arbeiterbewegung unter Führung der KPD gegen den Hitlerfaschismus eine besonders exponierte Rolle. Das Verschweigen und Verfälschen des heldenhafte Kampfes der Kommunisten, die bereits lange Jahre vor 1933 das deutsche Volk vor der tödlichen Gefahr des Faschismus warnten und dann die einzige Partei ein reales Programm des einheitlichen antifaschistischen Kampfes und der nationalen Wiedergeburt Deutschlands als friedliebender, demokratischer Staat entwickelten, dient heute gleicherweise der moralischen „Rehabilitation“ des deutschen Imperialismus und Militarismus — ja, selbst des Faschismus — wie der ideologischen „Rechtfertigung“ seiner erneuten Aggressionspolitik. Die Hintergründe des faschistischen Machtantritts, die Rolle der Monopole:

derer und Nutznießer des Hitlerfaschismus sowie die antinationale Politik der rechten SPD-Führer noch stärker aufzudecken und allen verständlich zu erläutern, ist darum ein unmittelbarer Beitrag der marxistischen Geschichtswissenschaft im Kampf gegen die Kriegsideologie und psychologische Kriegführung des westdeutschen Militarismus gegen das sozialistische Lager.

Auch in den Spalten dieser Zeitschrift werden wir den beiden hier besonders ausgestellten Problemen vorrangig Beachtung schenken.

Der Kongreß machte auch, so schien uns, die besondere Bedeutung und Verächtlichkeit der *deutschen* marxistischen Geschichtswissenschaft deutlich. Wir hatten das in zweifacher Hinsicht verstanden wissen. Einerseits machte gerade die zahlreichen Diskussionen beherrschende Auseinandersetzung mit den imperialistischen Vertretern der westdeutschen Historiographie offenbar, welche große internationale politische Bedeutung die Existenz einer auf den besten Traditionen der Wissenschaft aufbauenden marxistischen Geschichtsschreibung für Deutschland hat. Die internationale Öffentlichkeit beginnt mit Recht mehr und mehr zu erkennen, daß in der Geschichtsforschung und -darstellung in der Deutschen Demokratischen Republik endgültig mit den schlechten Traditionen des deutschen Volkes gebrochen wurde und hier auch die Grundlagen für die fortschrittliche Geschichtswissenschaft in einem künftigen einheitlichen, friedliebenden und demokratischen Deutschland geschaffen werden. Andererseits machten die Verhandlungen und die zahllosen Einzelgespräche mit Historikern aus verschiedensten Ländern aber auch deutlich, daß in Anbetracht der objektiv vorhandenen Sprachschwierigkeiten unsere Geschichtswissenschaft und Literatur eine verantwortungsvolle Vermittlerfunktion zu erfüllen hat, um die Historiker der westeuropäischen und anderen kapitalistischen Länder mit den Methoden, Wissenschaften und Ergebnissen der marxistischen Geschichtswissenschaft in sozialistischen Staaten bekanntzumachen. Dieser Aspekt muß auch bei der Gestaltung unserer Fachzeitschriften und in der Übersetzungstätigkeit auf der Geschichtswissenschaftlichem Gebiet stets beachtet werden.

Wenn wir den Verlauf des Stockholmer Internationalen Historiker-Kongresses insgesamt als Erfolg für die marxistische Geschichtswissenschaft und nicht zuletzt auch für die unserer Republik einschätzen können, so ist das in erster Linie auf die umfassende Hilfe zurückzuführen, die das Zentralkomitee der SED unter Führung seines Ersten Sekretärs, Genossen Walter Ulbricht, den Historikern stets geleistet hat. In dem richtungweisenden Beschluß über „Die Verbesserung der Forschung und Lehre in der Geschichtswissenschaft der Deutschen Demokratischen Republik“ vom 5. Juli 1955, in zahlreichen Reden und Aufsätzen Walter Ulbrichts und anderer führender Parteifunktionäre hat die Partei der Arbeiterklasse immer wieder die Arbeit der Historiker analysiert und kritisch eingeschätzt. In den Beschlüssen der ZK-Plenen der SED, im Deutschlandplan des Volkes“, in der Staatsratserklärung vom 4. Oktober 1950 vor der Volkskammer sowie anderen Dokumenten von grundsätzlicher politischer Bedeutung wurden der Geschichtswissenschaft unserer Republik die großen Aufgaben, ihre verantwortungsvollen Aufgaben bei der Lösung der Lebensfragen unserer Nation in Ehren zu erfüllen. Die bisher erzielten Erfolge dieser Arbeit und unser nationales Verantwortungsbewußtsein müssen uns zu neuen, marxistischen und allen fortschrittlichen Historikern Ansporn sein, die Geschichtswissenschaft unserer Republik künftig noch stärker in den Dienst des Sozialismus, der Demokratie und des Sozialismus zu stellen.

Heinrich Gemkow

Imperialismus, Arbeiterklasse und Nation

Nachbemerkungen zum Referat und zur Diskussion über „Die deutsche Sozialdemokratie und der erste Weltkrieg“ auf dem XI. Internationalen Historiker-Kongress Stockholm

Die Geschichte des ersten Weltkrieges und speziell der deutschen Arbeiterbewegung jener Zeit hat in den letzten Jahren in starkem Maße die Aufmerksamkeit sowohl der marxistischen als auch der bürgerlichen Historiker sich gezogen. Die Gefahr eines dritten Weltkrieges, die Rolle des wiedererstandenen deutschen Imperialismus und Militarismus bei dessen Vorbereitung und die Bedeutung der deutschen Arbeiterklasse für die Erhaltung und Sicherung des Friedens in Europa ließen die Erkenntnis wachsen, daß die Hauptfrage des gegenwärtigen politischen Kampfes mit den Problemen des ersten Weltkrieges eng zusammenhängen. So entgegengesetzt, wie die Interessen der Bourgeoisie und der Arbeiterklasse am Vorabend des ersten Weltkrieges waren, so gegensätzlich, wie ihre Politik im Krieg war, so grundsätzlich verschieden auch der Ausgangspunkt für das wissenschaftliche Herangehen an die Probleme dieser Zeit durch die marxistische und die bürgerliche Geschichtswissenschaft. Die aktuellen politischen Gesichtspunkte beflügeln die Forschungen der marxistischen Wissenschaft, weil sie mit der exakten Erforschung der Vorbereitung, Auslösung und Durchführung des Krieges das Geheimnis lüften hilft, imperialistische Kriege entstehen. Indem die marxistische Geschichtswissenschaft den Kampf der Arbeiterklasse gegen den imperialistischen Krieg darstellt, trägt sie dazu bei, unser gegenwärtiges Ringen um die Bändigung des westlichen Militarismus zum Erfolg zu führen.

Im Sinne der nationalen Grundkonzeption der Arbeiterklasse hat der Erster Sekretär des ZK der SED und Vorsitzende des Staatsrates der DDR, Genosse Walter Ulbricht, in der letzten Zeit wiederholt die Hauptfragen des ersten Weltkrieges marxistisch analysiert.¹ Diese Analyse gipfelt darin, daß die Arbeiterklasse historisch dazu berufen ist, bei der Lösung der Lebensfragen der deutschen Nation führend voranzugehen und den Imperialismus und Militarismus zu überwinden. Wahres Nationalgefühl beherrschte in den Jahren des ersten Weltkrieges diejenigen deutschen Männer und Frauen, die einen unermüdlischen und opferreichen Kampf gegen den imperialistischen Krieg führten. Von der Lehre durch Marx und Engels entdeckten Gesetzmäßigkeit der gesellschaftlichen Entwicklung ausgehend, erkannten die besten Repräsentanten der deutschen Arbeiterklasse die inneren Widersprüche des deutschen Kapitalismus und die Gesetzmäßigkeit seines Niedergangs in der Periode des Imperialismus. „Es war so, wie die Lehre des ersten Weltkrieges, daß Deutschland als imperialistischer Staat keinerlei Perspektive hat.“² Mit besonderem Nachdruck arbeitete Walter Ulbricht die Rolle Karl Liebknechts heraus, der durch seinen konsequenten revolutionären Kampf gegen den imperialistischen Krieg zum wahren nationalen Helden unseres Volkes geworden ist. Die Erkenntnis der inneren Widersprüche

¹ Vgl. vor allem Walter Ulbricht: Des deutschen Volkes Weg und Ziel, In: *Einheitsfront*, 1959, Heft 9, S. 1169 ff. — Derselbe: Die Unvermeidlichkeit der Niederlagen des deutschen Imperialismus in zwei Weltkriegen und die Lehren daraus. Ebenda, 1959, Heft 10, S. 361 ff.

² Walter Ulbricht: Des deutschen Volkes Weg und Ziel. Ebenda, S. 1175.

tschen Imperialismus und der Gesetzmäßigkeit seiner Niederlage „gab Karl bknecht die Kraft, das Banner des Kampfes gegen die Kriegspolitik des tschen Imperialismus während des ersten Weltkrieges zu erheben“³.

eine eingehende Würdigung hat der patriotische Kampf der deutschen Linken en Militarismus und imperialistischen Krieg in dem bekannten Buch von lter Bartel wie auch in den Arbeiten von Albert Schreiner, Leo Stern, Klaus mmach u. a. gefunden.⁴

m krassen Gegensatz zur historischen Wahrheit versuchen die Ideologen des perialismus, die Volksmassen irrezuführen. Im Dienste der psychologischen egführung verfälschen sie den Charakter des ersten Weltkrieges, die natione Bedeutung des Antikriegskampfes der revolutionären Arbeiterklasse und antinationale Wesen der Verratspolitik der rechten SPD- und Gewerk- aftsführung. Bezeichnend ist, daß diese reaktionäre Geschichtsschreibung beders stark von amerikanischen und westdeutschen Historikern praktiziert rd. So zeigt bereits der Untertitel des Buches von Karl W. Meyer über Karl bknecht, „Man without a Country“ (Mann ohne Vaterland)⁵, ganz offen die leumderische Absicht. Es erübrigt sich fast zu sagen, daß der Autor dieses rflächlichen und gehässigen Machwerks Karl Liebknecht als einen Verräter der deutschen Nation zu verunglimpfen sucht. Im gleichen Schritt marschiert herrschende Richtung der westdeutschen bürgerlichen Geschichtsschreibung, das „Bleibende“ des Weltkrieges von 1914 bis 1918 bezeichnet der Bonner toriker Walter Hubatsch den „ergreifenden Anblick“ des „geduldig getragenen icksalskampfes von ungeheuer sich dehnenden Ausmaßen“, der für die lbstbewußtwerdung der Nation“ viel bedeutet habe. Nach Hubatsch ist der uvinistische Kriegstaumel, der einen Teil des deutschen Volkes im August 4 erfaßt hatte, ein „Höhepunkt des Nationalgefühls in der deutschen Geichte überhaupt“.⁶

stehen sich in der Einschätzung des ersten Weltkrieges und des Kampfes besten Kräfte des deutschen Volkes gegen diesen Krieg zwei Konzeptionen enüber. Sie unterscheiden sich nicht nur in der Beurteilung dieser oder jener zelfragen, sondern befinden sich in einem unüberbrückbaren Gegensatz zu- ander, weil sie den ersten Weltkrieg in seinen Ursachen, seinen Folgen und er Bedeutung für die Geschichte und das Schicksal unserer Nation grund- schieden einschätzen. Es ist nicht zufällig, sondern gesetzmäßig, daß die alten ifte der Reaktion und des Krieges, die heute in der Bonner Bundesrepublik e neue Auflage ihrer verderblichen antinationalen Politik versuchen, Kriegsbe- sterung und Nationalgefühl als identisch hinstellen wollen. Es ist ebenso wenig Zufall, daß in dem ersten deutschen Friedensstaat, der Deutschen Demokra- hen Republik, nicht nur mit der verhängnisvollen Politik der Kriegsvor- eitung und des Krieges Schluß gemacht wurde, sondern auch mit der Kriegs- herrlichung, die Jahrzehnte hindurch das Bild der deutschen Geschichts- reibung weithin beherrschte. Die mit so furchtbaren Opfern bezahlte ver- herische Irrlehre, daß die Kraft, die Größe und der moralische Anspruch

Ebenda, S. 1172.

Vgl. Hans-Joachim Bernhard/Dieter Fricke: Forschungen zur Geschichte Deutsch- ds und der deutschen Arbeiterbewegung von 1900–1917/18. In: Historische For- ungen in der DDR. Analysen und Berichte. Sonderheft der „Zeitschrift für Ge- chtswissenschaft“, Berlin 1960, S. 300 ff.

Karl W. Meyer: Karl Liebknecht. Man without a Country, Washington 1957.

Walter Hubatsch: Der Weltkrieg 1914/1918. In: Handbuch der deutschen Geschichte, g., von Prof. Justi, Bd. IV, Abschnitt 2, Konstanz o. J., S. 64 f. und 9.

der Nation an ihren imperialistischen Eroberungen zu messen seien, hat unserer Geschichtsschreibung keinen Platz mehr.

Ganz deutlich spiegelte der XI. Internationale Historiker-Kongreß, der v. 21. bis 28. August 1960 in Stockholm stattfand, diese beiden Tendenzen wieder. Zugespitzt traten sie in der „Internationalen Kommission für die Geschichte sozialen Bewegungen und der Gesellschaftsstruktur“ und in der Sektion V. Diese Sektion beschäftigte sich mit Themen des 19. und des 20. Jahrhunderts vorwiegend mit Problemen der Kolonial- und Wirtschaftsgeschichte. Die bürgerlichen Historiker ließen es sich angelegen sein, die kolonisatorische „Mission“ des sogenannten Mutterlandes zu verherrlichen und den kapitalistischen Unternehmer als Hauptfaktor der gesellschaftlichen Entwicklung herauszustellen. Natürlich fehlte es auch nicht an Versuchen, diese Tribüne der internationalen Geschichtswissenschaft dazu auszunutzen, die heutige „Europa“-Ideologie und die entsprechenden Vormachtsansprüche der westdeutschen Imperialisten und Militaristen historisch zu „rechtfertigen“. Es braucht nicht hervorgehoben werden, daß die Vertreter der marxistisch-leninistischen Geschichtswissenschaft diesen Auffassungen entschieden entgegentraten. Besonders entlarvten sie die historisch-politische Funktion der „Europa“-Ideologie und ihrer Repräsentanten.

Erwartungsgemäß bildete die Aussprache über das Referat des belgischen Professors Henri Haag „Die deutsche Sozialdemokratie und der erste Weltkrieg“ einen Höhepunkt in der Auseinandersetzung zwischen der marxistischen und der bürgerlichen Geschichtswissenschaft.⁸ Der Leser des Referats von Henri Haag wurde zunächst enttäuscht, wenn er einen eigenen Beitrag des Autors zum Thema erwartet hatte. Haag entschädigte jedoch dafür durch den großartigen Versuch eines umfassenden Überblicks über die Publikationen der seit dem ersten Weltkrieg in der internationalen Historiographie über die deutsche Sozialdemokratie und ihre Politik im ersten Weltkrieg erschienen sind. Er stellte fest, daß die Verfasser dieser Veröffentlichungen zu sehr verschiedenen, häufig entgegengesetzten Schlußfolgerungen gekommen sind. Ursachen dafür sah er in dem unterschiedlichen politischen und ideologischen Ausgangspunkt der Autoren. Dementsprechend gliederte er seine Literaturübersicht nach politischen Richtungen. Er maß den Wert der einzelnen Richtungen an dem Fortschritt, den sie in der geschichtswissenschaftlichen Erkenntnis erlangt haben. Haag ging dabei von der politischen Verantwortung des Historikers aus. Der Historiker, insbesondere der der jüngsten Geschichte, so sagte er, betrachtet seinen Gegenstand nicht nur unter dem Gesichtspunkt der Vergangenheit, sondern vorwiegend gemäß den Vorstellungen und Wünschen, die er selbst für die politische Gestaltung der Gegenwart und Zukunft hegt.

Abgesehen davon, daß in diesem Ansatzpunkt die Gefahr einer modernisierenden, unwissenschaftlichen Behandlung der Geschichte liegt, wenn

⁷ Vgl. hierzu Ernst Hoffmann/Raimund Wagner: Über den XI. Internationalen Historiker-Kongreß in Stockholm. In: *Einheit* 1960, Heft 10, S. 1602 ff. – J. Ambarzumyan: Der XI. Internationale Historiker-Kongreß in Stockholm. In: *Probleme des Friedens und des Sozialismus* 1960, Heft 11, S. 85–87. – Heinrich Gemkow: Der XI. Internationale Historiker-Kongreß in Stockholm. In: *Beiträge zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung*, Heft 1. – Walter Bartel/Hans-Joachim Bernhard: Bemerkungen zur Arbeit der Sektion V des XI. Internationalen Historiker-Kongresses in Stockholm. In: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft*, 1961, Heft 1.

⁸ Henri Haag: *La social-démocratie allemande et la première guerre mondiale*. XIe Congrès International des Sciences Historiques. Rapports V: Histoire contemporaine, Göteborg-Stockholm-Uppsala 1960, S. 61–96.

er Historiker von subjektivistischen und idealistischen Kategorien leiten läßt, kann man diese Prämissen akzeptieren. Für den marxistischen Geschichtswissenschaftler ist es selbstverständlich, die politische Verantwortung des Historikers zu unterstreichen, weil der Marxist bei seinen Forschungen von der Gesetzmäßigkeit der historischen Entwicklung ausgeht und daher eine wissenschaftlich begründete Verbindung zwischen Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft herzustellen vermag.

Der Bericht ist hinsichtlich der Fülle des Materials anerkennenswert, und auch in manchen Einzelfragen kann ihm zugestimmt werden. Die Gesamtanlage vermag jedoch den marxistischen Historiker nicht zu befriedigen. Haag gruppiert die Autoren in sieben Richtungen ein: National-Konservative, National-liberale, Mehrheitssozialisten, Unabhängige Sozialisten, Extrem-Linke, amerikanische Historiker der Linken, Anti-Utopisten. Die beiden letzten Gruppenzeichnungen sagen schon aus, daß die Einteilung nach politischen Richtungen nicht ausreicht, um die Vielfalt der Geschichtsschreibung zu erfassen. Der Terminus „Anti-Utopisten“ erscheint geradezu als eine Verlegenheitslösung. Selbst wenn man sich auf den Standpunkt des Verfassers stellt, erhebt sich die Frage, welche politische Richtung repräsentieren eigentlich die amerikanischen „Linkshistoriker“? Sind sie der bürgerlich-liberalen oder einer der Richtungen der Arbeiterbewegung zuzurechnen? Denn welche Linke könnte es außer diesen Richtungen geben? Konsequenterweise hätte Haag diese Historiker auf die Gruppen der National-Liberalen, der Mehrheitssozialisten, der Unabhängigen Sozialisten und der Extrem-Linken aufteilen müssen. So kann die gegenwärtige Einteilung von Haag dazu führen, die Abgrenzung zu verwischen, die zwischen den einzelnen politischen Richtungen besteht. Anscheinend hinderte Haag der Objektivismus des bürgerlichen Gelehrten an dem weiteren notwendigen Schritt, die historisch-politischen Richtungen auf ihre sozialen Träger, auf ihre Klassenbasis, zurückzuführen. Deutlich hätte sich dabei ergeben, daß sich die Vielfalt der Auffassungen im Grunde genommen um zwei Richtungen gruppiert: die marxistisch-leninistische Geschichtswissenschaft und die bürgerliche Geschichtsschreibung in ihren verschiedenen Spielarten. Der Einheitlichkeit und Geschlossenheit der marxistischen Wissenschaft stehen als Hauptströmungen in der bürgerlichen Geschichtsschreibung die reaktionäre, die liberale und die rechtssozialdemokratisch-revisionistische Historiographie gegenüber.

Man kann immerhin anerkennen, daß Professor Haag mit seiner Klassifizierung der Geschichtsschreibung nach politischen Parteien und Gruppierungen als bürgerlicher Gelehrter eine gewisse Einsicht in die soziale Funktion der Geschichtswissenschaft ausweist. Und trotzdem muß man mehr verlangen. Denn der Verfasser folgte seinen eigenen Grundsätzen nicht bis zu Ende und konnte daher die scheinbare Vielfalt der Richtungen in der Geschichtsschreibung auch nicht überwinden. So versperrte er sich den Weg zu tieferer historischer Einsicht. Eine Systematisierung war sogar dazu angetan, die grundlegenden Auseinandersetzungen zwischen der marxistischen und der bürgerlich-reaktionären Geschichtswissenschaft als Ausdruck des ideologischen Klassenkampfes zu verdecken. Das benutzte dann auch der westdeutsche Historiker Conze, um daran Bemerkungen über die angebliche Vorurteilslosigkeit der Wissenschaft anzuknüpfen und damit zu versuchen, die offene Parteilichkeit der marxistischen Geschichtswissenschaft zu diffamieren.

Als weiterer grundlegender Mangel muß hervorgehoben werden, daß Haag in seinem Bericht auf eine gründliche Charakterisierung des Krieges verzichtete

und damit ein entscheidendes Kriterium für die Beurteilung der Geschichtsschreibung außer acht ließ. Denn so, wie sich 1914 nur eine Partei fand, die den Krieg wirklich bekämpfte — so gab es in der Folgezeit in der Historiographie ebenso eine deutliche Trennung zwischen der revolutionären, antichauvinistischen Wissenschaft und der chauvinistischen, antirevolutionären Geschichtsschreibung.

Wenn man den Bericht Henri Haags insgesamt überblickt, so fallen an ihm auf: die Ablehnung der von ihm national-konservativ genannten reaktionären Geschichtsschreibung; die prinzipielle Rechtfertigung der antinationalen und klassenverräterischen Politik der rechten SPD-Führung; die ausführliche Auseinandersetzung mit der marxistischen Geschichtswissenschaft.

Als erste Richtung behandelte Haag die sogenannte national-konservative Historiographie. Die Historiker dieser Gruppe rechtfertigten die Politik der herrschenden Klassen Deutschlands im Kriege. Jede, auch noch so zwiespältige Art von Opposition betrachteten sie als nationalen Verrat und lehnen demzufolge alle Richtungen der Sozialdemokratie scharf ab. Haag stellte zusammenfassend fest, daß ein Fortschritt in der historischen Erkenntnis von diesen Historikern nicht zu erwarten ist.

Prinzipiell rechtfertigte Haag die klassenverräterische und antinationalistische Politik der reformistisch-opportunistischen SPD-Führer und zeichnete diese besonders aus, indem er sie als Patrioten hinstellte. Interessanterweise fügte er hinzu, daß sie auf ihre Weise auch Liberale waren und einen gemäßigten Sozialismus anstrebten. Er versuchte, sie von dem Vorwurf des Klassenverrats zu reinigen, und schob den Massen zu, daß sie im August 1914 die Führer der „nationalen Politik“ gezwungen hätten. Er begründete die verräterische Haltung weiterhin mit der Furcht vor den Gegenmaßnahmen der Regierung und mit der Furcht vor dem zaristischen Rußland. Von hier baute er der rechten SPD- und Gewerkschaftsführung die Brücke zu ihrer Losung vom „nationalen Verteidigungskrieg“. Offensichtlich hat Haag eine Vorliebe für die Reformisten. In der Sozialdemokratie zeigte sich auch schon bei der Behandlung der sogenannten national-konservativen und der sogenannten national-liberalen Historiographie. Bei beiden arbeitete er besonders heraus, wie sie die Rolle der Sozialdemokratie beurteilten und erhob damit faktisch die SPD zum Gradmesser für seine eigene Beurteilung und Einteilung. Allerdings äußerte sich Haag ablehnend zu den Auslassungen der extremsten Sozialchauvinisten, wie Haenisch, David, Cunow, die den Sozialismus des kaiserlichen Deutschlands als notwendig für die Entwicklung des deutschen Kapitalismus und damit auch für die Sozialdemokratie propagierten.

Einen großen Umfang nahm bei Haag die Behandlung der marxistischen und leninistischen Geschichtswissenschaft ein. Er hob hervor, daß sie einen weitaus weiteren Kreis zieht als die anderen Richtungen, weil sie systematisch eine Vielzahl wirtschaftlicher, sozialer und ideologischer Tatsachen im Zusammenhang sieht, die bisher verkannt oder nur unzulänglich erläutert wurden. Dabei stütze sich diese Wissenschaft auf eine gut durchdachte Philosophie und sei deshalb von einem zusammenhängender, tiefgreifender und kritischer. Jedoch fordert die von Haag gegebene Literaturübersicht zum Protest heraus. Sie ist sowohl im deutschen als auch im sowjetischen Teil derart lückenhaft, daß Haag zu einer vollkommenen Fehleinschätzung gelangen mußte. Von der marxistischen Literatur der DDR fehlen nicht weniger als sämtliche eingangs angeführten Arbeiten.

⁹ Haag nannte von den marxistischen Arbeiten nur: Wilhelm Pieck: Die Gründung der KPD, 1929; Otto Grotewohl: Dreißig Jahre später. Die Novemberrevolution und die Lehren der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Berlin 1951; Revolu-

as vermag auch nicht ein noch so großes Lob für den Sammelband zum 40. Jahrestag der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution wettzumachen, der 1957 unter der Redaktion von Albert Schreiner erschien. Ebenso ungenügend wurde die sowjetische Historiographie herangezogen. Haag zitierte lediglich zwei Artikel von B. A. Schagin aus dem Jahre 1947.⁴⁰ Es mag für den Autor schwer gewesen sein, sich ausreichend mit der marxistischen Literatur vertraut zu machen. Um so auffälliger kontrastiert das mit der Tatsache, daß er andererseits sich veranlaßt fühlte, Arbeiten aufzunehmen, deren Wert oder besser Unwert in einem Verhältnis zur Zitierung steht. Dieses Mißverhältnis wird noch deutlicher, wenn man liest, daß auch Haag selbst von diesen Arbeiten gar nichts wußte. Zusammenfassend kann daher das Bild von der marxistischen Geschichtswissenschaft, sehr vorsichtig ausgedrückt, nur grob entstellt genannt werden. Als zweites muß die Art und Weise zurückgewiesen werden, in der das Werk von I. I. Lenins behandelt wurde. Obwohl der Autor selbst davon ausging, daß die marxistische Geschichtsschreibung des 20. Jahrhunderts in Lenin ihren Begründer sieht und hat, nannte er nicht eine Arbeit von Lenin. Anscheinend änderte ihn die falsche Ausgangsposition an einer gerechten Würdigung der grundlegenden Arbeiten Lenins über den Imperialismus und über die Fragen der Arbeiterbewegung und deren Stellung zum Krieg. Dieser falsche Ausgangspunkt besteht darin, daß er die zeitgenössischen Schriften als historische Quellen und nicht als historische Darstellungen auffaßte, und daß er von vornherein bei der Behandlung der Geschichtsschreibung die historischen Quellen ausschloß. Abgesehen davon, daß der Verfasser bei den rechten Sozialdemokraten, wie Kautsky, David, Lensch, durchaus auch auf zeitgenössische Schriften zurückgegriffen hat, ist es wissenschaftlich wohl kaum angängig, Renegaten und Feinde des Leninismus als Kronzeugen für die marxistisch-leninistische Geschichtswissenschaft heranzuziehen und durch diese Veröffentlichungen dann die Ansatzpunkte für die Kritik zu gewinnen.⁴¹ Mehrfach wiederholte Haag seinen Haupteinwand gegen die marxistische Geschichtsschreibung über den ersten Weltkrieg, daß sie die Leninsche Theorie des Imperialismus nach wie vor als grundlegend für die wissenschaftliche Arbeit

ire Ereignisse und Probleme in Deutschland während der Periode der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution 1917/18. Beiträge zum 40. Jahrestag der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution, hrsg. vom Institut für Geschichte an der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin unter der Redaktion von Prof. Dr. Albert Schreiner, Berlin 1957; Jürgen Kuczynski: *Evolution de l'imperialisme allemand de 1900 à 1955. Aspects du capitalisme contemporain*, Paris 1958.

⁴⁰ B. A. Шагин: К вопросу о мировоззрении немецкой социал-демократии в период 1914–1918 (B. A. Schagin: Zur Frage der Weltanschauung der deutschen Sozialdemokratie 1914–1918). In: Вестник Ленинградского университета, 1947, Nr. 3. Ders.: Идеология немецкой социал-демократии в период 1895–1914 (Die Ideologie der deutschen Sozialdemokratie 1895–1914). Ebenda: 1947, Nr. 6.

indestens hätte das grundlegende Werk von Э. К. Эггерт: *Борьба классов и партий в Германии в годы первой мировой войны* (E. K. Eggert: Der Kampf der Klassen und Parteien in Deutschland in den Jahren des ersten Weltkriegs), Moskau 1957, genannt werden müssen, dessen Literaturverzeichnis eine Fülle weiterer Titel über die deutsche Sozialdemokratie im ersten Weltkrieg enthält.

⁴¹ Vgl. Henri Haag: *La social-démocratie allemande et la première guerre mondiale*, Paris 1974.

anerkennt. Dabei gab Haag aber selbst keinerlei Auskunft über seine, offen dem Leninismus entgegengesetzte Definition des Imperialismus.

Tatsächlich zeigt gerade die Geschichte Deutschlands im ersten Weltkrieg wohl die Richtigkeit als auch die politische und wissenschaftliche Fruchtbarkeit der Leninschen Analyse des Imperialismus. Seit langem sind die Kriegszwischenschriften maßgebender Organisatoren und Persönlichkeiten des deutschen Monopolkapitals bekannt. Aus ihnen wird klar ersichtlich, daß der deutsche Imperialismus den Krieg nicht zur nationalen Verteidigung, sondern im Interesse der entscheidenden Kreise des deutschen Monopolkapitals für wirtschaftliche und politische Expansionsziele führte. Der Hamburger Historiker Fritz Fischer hat aus den Akten der politischen Zentralbehörden Deutschlands im ersten Weltkrieg unwiderleglich nachgewiesen, daß die Politik der Regierung imperialistischen Deutschlands den Kriegszielwünschen der Monopolverbände entsprach.¹² Eindeutig entlarvte sich das Wesen der Politik des deutschen Imperialismus im ersten Weltkrieg, als er Sowjetrußland in Brest-Litowsk ein „Frieden“ nach seinem Willen aufzwingen konnte. Seitdem im November 1917 die Möglichkeit von Friedensverhandlungen mit Sowjetrußland aufgetaucht war, hatten politische Hetzorganisationen, wie der Alldeutsche Verband, und Interessenvertretungen der deutschen Monopolkapitalisten die Regierung einer Welle von Eingaben bestürmt, bei den kommenden Verhandlungen Annexionen und ökonomische Vorteile aller Art für den deutschen Imperialismus zu sichern. So forderte der Verein Deutscher Papierfabrikanten im November 1917 vom Reichskanzler die Annexion der besetzten Westgebiete Rußlands, insbesondere an der Ostsee, um die reichen Waldbestände dieser Länder in die Hand zu bekommen.¹³ Der geschäftsführende Ausschuß des Alldeutschen Verbandes warnte Anfang Dezember 1917 davor, „die von Letten, Esten, Litauern bewohnten Gebiete durch die Anerkennung des sogenannten Selbstbestimmungsrechts für deutsche Siedlungen unbrauchbar“ zu machen.¹⁴ Der Deutsche Handeltagsrat schrieb in einer umfangreichen detaillierten Annexionsdenkschrift an den preußischen Minister für Handel und Gewerbe: „Polen ist ein außerordentlich reiches Land“, dessen wirtschaftliche Beherrschung durch Deutschland „unumgänglich nötig“ sei. Er forderte ferner „eine möglichst umfassende Eingliederung der baltischen Provinzen und Litauens in das deutsche Reich“.¹⁵ Der Kriegsausschuß der deutschen Industrie verlangte Regelungen, die der deutschen Industrie billige russische Rohstoffe und dem deutschen Handel den russischen Markt sichern sollten.¹⁶

Das Ergebnis der diplomatischen Bemühungen entsprach den Forderungen der wahren Herren Deutschlands. Doch gaben sich diese mit dem vereinbarten Vertrag noch keineswegs zufrieden. Als in dem Katalog deutscher Forderungen der Ende Februar 1918 die Grundlage für das Diktat in Brest bildete, eine Geldkontribution fehlte, traten am 27. Februar die Vertreter aller deutschen

¹² Vgl. Fritz Fischer: Deutsche Kriegsziele. Revolutionierung und Separatfrieden im Osten 1914–1918. In: Historische Zeitschrift, Bd. 188, S. 249 ff.

¹³ Vgl. Die Auswirkungen der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution in Deutschland, hrsg. von Leo Stern. In: Archivalische Forschungen zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 4/II, Berlin 1957, S. 797 ff. (im folgenden zitiert als A. F. A.).

¹⁴ Zit. in: Albert Norden: Zwischen Berlin und Moskau. Zur Geschichte deutsch-sowjetischen Beziehungen, Dietz Verlag, Berlin 1954, S. 88.

¹⁵ A. F. A., Ed. 4/II, S. 863, 865.

¹⁶ Ebenda, S. 894 ff.

Öß- und Privatbanken in Berlin zusammen und übermittelten der Regierung die Aufstellung, wonach Deutschland von Sowjetrußland mindestens vier bis fünf Milliarden Mark „Entschädigung“ verlangen müsse. Für den Friedensvertrag kam die Forderung zu spät. Am 27. August 1918 aber wurde Sowjetrußland gezwungen, einem Zusatzvertrag zuzustimmen, der die Zahlung einer „Entschädigung“ von sechs Milliarden Mark vorsah.

Am 15. Mai 1918 kamen im Stahlhof Düsseldorf fünfzehn der einflußreichsten Männer der deutschen Schwerindustrie (darunter Thyssen, Stinnes, Vögler, Haniel, Hugenberg, Reusch, Poensgen, Klöckner, Röchling) zusammen. Sie sprachen über die künftigen Unternehmungen der deutschen Schwerindustrie im Osten und bezeichneten es einhellig als eine Voraussetzung ihrer Pläne, daß die politische Stellung des deutschen Reiches in den östlichen Gebieten in der nachhaltigsten und jedenfalls viel weitgehenderen Weise verankert werde, als durch die bisherigen Friedensschlüsse erkennbar sei.¹⁷ Ähnliche Raub- und Expansionspläne verfolgten die deutschen Imperialisten auch gegenüber den östlichen Nachbarvölkern.¹⁸

So zeigten sowohl die vom deutschen Imperialismus verfolgten Pläne wie auch die Verwirklichung, daß die Politik des deutschen Imperialismus in der Tat nicht nur von den gesellschaftlichen Kräften bestimmt wurde, die Lenin in seinem gleichnamigen Werk über den Imperialismus als die tragenden Kräfte des Imperialismus herausgearbeitet hat.

Der zweite zentrale Punkt der Kritik Haags betraf charakteristischerweise die Frage, die wir einleitend als wichtigstes Scheidungsmerkmal zwischen der marxistischen und der bürgerlichen Darstellung des ersten Weltkrieges genannt haben, die Frage nach dem Verhältnis der revolutionären Antikriegsbewegung zur Nation. Nach Haag setzt ein weiterer wissenschaftlicher Fortschritt marxistischer Untersuchungen über die Arbeiterbewegung im ersten Weltkrieg voraus, daß die Marxisten ihre bisherige angeblich negative Einstellung gegenüber der Nation und den nationalen Aufgaben revidieren.

Diese These zeigt die grundlegend falsche Auffassung Haags von den nationalen Aufgaben der Arbeiterklasse. Ohne Einschränkung erkannte er den National-Konservativen, den National-Liberalen und auch den Reformisten für die Haltung während des Krieges das Attribut „national“ zu. Seine Forderung, die Marxisten sollten sich ihrer nationalen Verantwortung bewußt werden, kann also nicht anders aufgefaßt werden, als die Forderung nach ideologischer Eingliederung der marxistischen Arbeiterbewegung in den bestehenden, d. h. in den imperialistischen Staat. Haag zeigte kein Verständnis für die wahre nationale Mission der Arbeiterklasse, die darin besteht, den Imperialismus und speziell den Militarismus zu entmachten, wobei die Arbeiterklasse als einzige die Sonderinteressen gegenüber der Gesellschaft vertritt, sondern ihre Klasseninteressen mit denen der Nation übereinstimmen. Den Interessen der Nation schenkte von Anbeginn der Kampf der deutschen Arbeiterbewegung gegen den reaktionären preußisch-deutschen Militarismus, für die demokratische Einigung Deutschlands. Im Zeitalter des Imperialismus, nachdem die Bourgeoisie restlos ihren nationalen Führungsanspruch verspielt hat und nicht mehr imstande ist, die Nation entsprechend ihren wirklichen Bedürfnissen zu führen, ist allein die

Ebenda, Bd. 4/III, S. 1354. — Vgl. auch Albert Norden: Zwischen Berlin und Moskau, S. 128 ff.

Vgl. Walter Bartel: Die Linken in der deutschen Sozialdemokratie im Kampf gegen Militarismus und Krieg, Dietz Verlag, Berlin 1958, S. 352 ff., bes. S. 354–355.

Arbeiterklasse fähig, eine Politik im Sinne der Lebensinteressen der Nation zu entwickeln.

Eine solche nationale Politik ist von den deutschen Linken während des Weltkrieges mutig und mit wachsender Konsequenz und Klarheit verfochten worden. Das Bewußtsein nationaler Verantwortung leitete die besten Repräsentanten der deutschen Arbeiterklasse schon bei ihrem Kampf gegen den Militarismus in den Jahren vor dem ersten Weltkrieg. Mit der Behauptung, das Vaterland vor äußeren Feinden sichern zu müssen, hatten die deutschen Imperialisten ihre aggressive Aufrüstung vor dem ersten Weltkrieg zu begründen versucht. Ihnen hielt Karl Liebknecht in einer seiner großen Reichstagsreden gegen die Rüstungskonzerne im April 1913 entgegen: „Das Vaterland ist in Gefahr! Es ist aber nicht in Gefahr vor dem äußeren Feinde, sondern vor jenen gefährlichen inneren Feinden, vor allem vor der internationalen Rüstungsindustrie.“¹⁹ dann im Sommer 1914, entgegen den nationalen Interessen aller Völker, der imperialistische Weltkrieg vor allem durch den aggressiven deutschen Imperialismus entfesselt wurde, waren es die Linken, die mit ihrem „Nein“ zum Krieg eine Stellung bezogen, die allein den Interessen der Nation diene. Der starke Widerhall, den die Haltung Karl Liebknechts von Anfang an in großen Teilen des deutschen Volkes fand, und über den wir in der letzten Zeit vor allem durch das Buch von Walter Bartel ausführlicher unterrichtet worden sind, beweist, daß es sich hier nicht, wie die bürgerlich-reaktionären und revisionistischen Gegner der Arbeiterklasse immer behaupten, um das Ressentiment eines intellektuellen Einzelgängers, sondern um eine nationale Politik handelt, die schon unter den schwierigen Bedingungen des Kriegsbeginns im Volk Verständnis und Zustimmung fand. Die Linken gaben mit ihrem Aufstand gegen den Krieg dem Willen eines großen Teiles der Arbeiterklasse in Deutschland Ausdruck. Das bewiesen die wachsenden Antikriegsaktionen im Verlauf des Krieges. Von der Frauendemonstration vor dem Reichstag 1915 über die 1.-Mai-Demonstration 1916, den April-Streik 1917, den Aufstand in der deutschen Hochseeflotte 1917, den Januar-Streik 1918 bis zur Novemberrevolution 1918 eine aufsteigende Linie des revolutionären Massenkampfes gegen den imperialistischen Krieg und das imperialistische System, wobei die Spartakusgruppe die initiierende Rolle spielte und an der Spitze des revolutionären Proletariats stand. „Liebknecht ist heute der populärste Mann in den Schützengräben“, mußte Kautsky Anfang 1917 zugeben.

Die These Haags zeigte ferner, daß er keine vollständige Kenntnis vom letzten Stand der Literatur besaß. Es sollte für jeden objektiven Kritiker unmöglich sein, von einer Negierung der nationalen Aufgaben des Proletariats durch die Marxisten in einer Zeit zu schreiben, in der seit Jahren gerade über diese Fragen von den marxistischen Historikern der DDR ausführlich diskutiert und die Fülle neuer Gesichtspunkte erarbeitet wurden.

Die Geschichte des revolutionären Kampfes gegen den Krieg, den die deutschen Linken in den Jahren 1914 bis 1918 führten, ist letztlich die Geschichte des Kampfes der besten Repräsentanten der deutschen Nation um die Rettung dieser Nation vor der Katastrophe des imperialistischen Krieges. Es ist

¹⁹ Karl Liebknecht: Ausgewählte Reden, Briefe und Aufsätze, Dietz Verlag, Berlin 1952, S. 226.

²⁰ Karl Kautsky an Victor Adler, 7. August 1916. In: Victor Adler: Briefwechsel mit August Bebel und Karl Kautsky, gesammelt und erläutert von Friedrich Adler, hrsg. vom Parteivorstand der Sozialistischen Partei Österreichs, Wien 1954, S. 107.

verleumdung, die der historischen Wahrheit diametral entgegensteht, wenn
gerlich-reaktionäre und reformistische Historiker und Publizisten den Kampf
der deutschen Linken immer wieder als antinational oder gar als Verrat an
der Nation hinstellen wollen. In Wahrheit waren sich Karl Liebknecht und
die Kampfgefährten der nationalen Bedeutung ihres Kampfes stets bewußt.
Nur deutlich kam das z. B. in dem berühmten Flugblatt zum Ausdruck, das Karl
Liebknecht aus Anlaß des Kriegseintritts Italiens schrieb und in dem er die
Klage gegen die herrschenden Klassen ausdrücklich mit der Rücksicht auf die
Interessen des gesamten Volkes begründete. Liebknecht schrieb: „Der Haupt-
und jedes Volkes steht in seinem eigenen Land!“

Der Hauptfeind des deutschen Volkes steht in Deutschland: der deutsche Im-
perialismus, die deutsche Kriegspartei, die deutsche Geheimdiplomatie. Diesen
Feind im eigenen Lande gilt's für das deutsche Volk zu bekämpfen, zu bekämp-
fen im politischen Kampf, zusammenwirkend mit dem Proletariat der anderen
Länder, dessen Kampf gegen seine heimischen Imperialisten geht.

Wir wissen uns eins mit dem deutschen Volk — nichts gemein haben wir mit
den deutschen Tirpitzern und Falkenhayns, mit der deutschen Regierung der
politischen Unterdrückung, der sozialen Knechtung. Nichts für diese, alles für
das deutsche Volk. Alles für das internationale Proletariat, um des deutschen
Proletariats, um der gesamten Menschheit willen!“²¹

Liebknechts Losung „Der Hauptfeind steht im eigenen Land“ und ihre aus
den Verbrechen der herrschenden Klasse gegen das Volk abgeleitete Begründung
betonte erneut die Tatsache, daß die Linken die wahren Vertreter der
nationalen Interessen des deutschen Volkes waren. Diese Losung stellte die
schärfste Kampfansage gegen den nationalen Führungsanspruch von Großbour-
geoisie und Junkertum dar, den diese so offenkundig verloren hatten. Je länger
der Krieg dauerte, desto deutlicher wurde es, daß der Sturz des Imperialismus
und Militarismus und die Herbeiführung eines gerechten Friedens zur Haupt-
sache der nationalen Existenz des deutschen Volkes geworden waren. Die von
den deutschen Imperialisten hundertfach als antinational und vaterlandsfeind-
lich verleumdete Losung vom „Hauptfeind im eigenen Land“ zeigte in Wahrheit
das hohe nationale Verantwortungsbewußtsein Karl Liebknechts und der Linken,
die dem deutschen Volk den Ausweg aus der imperialistischen Katastrophen-
situation wies. Nationales Verantwortungsgefühl, das dem deutschen Proletariat
gegenüber der volksfeindlichen Politik des Imperialismus aus dem bisherigen
Mißerfolg, den Erfolgen und den Versäumnissen der deutschen Geschichte erwuchs,
schuf schließlich die Konferenz der Spartakusgruppe im Oktober 1918, an
der die Bremer Linken teilnahmen, aus. Sie formulierte das nationale Programm
des Sturzes des Imperialismus und für eine Neugeburt Deutschlands. Sie stellte
den Bankrott der deutschen Weltpolitik fest, die ein Ausdruck der ökonomischen
und politischen Struktur Deutschlands und der Vorherrschaft des aggressiven
Imperialismus war. „Die Zertrümmerung des deutschen Imperialismus hat die
deutsche Verfassung und die deutsche Wirtschaftsorganisation aufs tiefste er-
schüttert und schafft dadurch eine revolutionäre Situation, die alle Probleme
in sich entrollt, die die deutsche Bourgeoisie in der Revolution von 1848 nicht zu
lösen fähig war.“²²

Zit. in: Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewe-
gung, Reihe II, Bd. 1, Dietz Verlag, Berlin 1958, S. 165.

Die marxistischen Historiker, die in ihren Darstellungen des ersten Weltkrieges Partei ergreifen für den revolutionären Antikriegskampf Karl Liebknechts, Rosa Luxemburgs, Franz Mehrings, Clara Zetkins, Wilhelm Piecks und ihrer Anhänger, sind gerade dadurch als einzige imstande, die nationale Grundfrage, wie sie der erste Weltkrieg in aller Schärfe aufwarf, richtig darzustellen. In der Diskussion des Referats von Haag haben von den Historikern der DD vor allem Prof. Dr. Walter Bartel und Prof. Dr. Walter Nimtz über die nationale Bedeutung des Kampfes der deutschen Linken gesprochen und damit das beigetragen, die falschen, irreführenden Behauptungen der bürgerlichen und rechtssozialdemokratischen Geschichtsschreibung richtigzustellen und zu widerlegen.

Im Zusammenhang mit dieser Frage entbrannte auch eine Diskussion über die Rolle der rechtssozialdemokratischen Führer in den Jahren des ersten Weltkrieges. Hatte schon Haag die Politik der Reformisten positiv dargestellt und als eine nationale Politik bezeichnet, so spitzte von den Diskussionsrednern vor allem der westdeutsche Historiker W. Mommsen diese Behauptung weit aus. In außerordentlich demagogischer Weise versuchte er nicht nur, die Unterstützung der imperialistischen Regierung durch die rechten sozialdemokratischen Führer ganz selbstverständlich als eine nationale Politik hinzustellen, sondern er verstieg sich darüber hinaus zu der Behauptung, daß die rechten sozialdemokratischen Führer während des ersten Weltkrieges eine konsequente Politik für den Sozialismus in Deutschland getrieben hätten. Jede Art von Opposition sei von vornherein zum Scheitern verurteilt gewesen. Die Sozialdemokratie, so meinte Mommsen, müßte die Regierungspolitik mit allen Kräften unterstützen und damit der Sozialdemokratie eine Position im Staate verschaffen, die sie dazu befähigen würde, nach Kriegsende besser für ein sozialistisches Deutschland kämpfen zu können.

Tatsächlich ist genau das Gegenteil von dem richtig, was Mommsen seinen Hörern einreden wollte. Greifen wir nur einige Tatsachen zur Veranschaulichung heraus, was Mommsen eine konsequente Politik für den Sozialismus zu nennen wagt. Da ist zunächst die würdelose Anbiederung der sozialdemokratischen Führer bei Kriegsbeginn, das Zusammenspiel zwischen Leuten wie den sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Südekum und Regierungsvertretern zu nennen, wobei es in keiner Weise um den Sozialismus, sondern immer nur um die geeignetste Methode ging, die Arbeiterbewegung für die Unterstützung des imperialistischen Krieges zu gewinnen. Daß das Ergebnis dieses Zusammenspiels keine Stärkung des Sozialismus, sondern geradezu die Entmachtung des Sozialismus als einer politischen und revolutionären Kraft bedeutete, kam wohl am krassesten in den Worten des sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Cohen (Reuß) zum Ausdruck, der dem Unterstaatssekretär der Reichskanzlei, Wahnschaffe, am 2. Oktober 1914 offen erklärte, die Rechte in der Sozialdemokratie wirke eifrig dahin, den 4. August zu einem Wendepunkt in der Geschichte der Partei zu machen und mit der Monarchie und der Armee Frieden zu schließen. „Der Revisionismus“, so fügte Cohen hinzu, „ginge in dieser Hinsicht so weit, daß er vor einer Spaltung der Partei keineswegs zurückscheuen würde.“²³

²² Ebenda, Bd. 2, Dietz Verlag, Berlin 1957, S. 229.

²³ Vgl. die Aufzeichnungen von Wahnschaffe über ein Gespräch mit dem SPD-Reichstagsabgeordneten Cohen (Reuß) am 2. Oktober 1914. In: Deutsches Zentralarchiv Potsdam, Reichskanzlei 1359/9, fol. 28–30.

Die rechte sozialdemokratische Führung und ihre heutigen Apologeten wollen glauben machen, die Zusammenarbeit mit der Regierung sei erforderlich gewesen, um innenpolitische Zugeständnisse zu erreichen, wie z. B. eine Reform des reaktionären Dreiklassenwahlrechts in Preußen. Tatsächlich haben die herrschenden Klassen in Deutschland jedoch den ganzen Weltkrieg hindurch nicht daran gedacht, irgendwelche ernsthaften inneren Reformen in Angriff zu nehmen. Indem die rechte sozialdemokratische Führung die Kriegführung des deutschen Imperialismus unterstützte, stärkte sie gerade diejenigen Kräfte des Imperialismus, die am schärfsten zugleich auf Eroberungen nach außen und auf Konservierung der reaktionären Zustände im Innern hinarbeiteten. Zwar verringerte der Einfluß der russischen Februarrevolution auf Deutschland und die Verschärfung des Klassenkampfes 1917 die herrschenden Klassen, Zugeständnisse in der Wahlrechtsfrage zu erwägen. Es ist jedoch charakteristisch, daß die zahmen Verbesserungsvorschläge unter den Tisch fielen, als es im Frühjahr 1918, in den Wochen der zunächst erfolgreichen letzten deutschen großen Offensive in Frankreich, zeitweilig so schien, als würde der deutsche Imperialismus noch noch einen entscheidenden Sieg erringen.

Während so die Unterstützung der Kriegspolitik durch die rechten Führer der Sozialdemokratie für die demokratischen Forderungen des Volkes nicht den geringsten Erfolg brachte, sondern nur die imperialistische Tendenz auf Reaktion und Unterdrückung unterstützte, schloß sie zugleich, im Widerspruch zu allen Gefahren von notwendiger Verteidigung der Heimat, die Billigung und Unterstützung imperialistischer Annexionsbestrebungen ein. Am krassesten zeigte sich dies wiederum anläßlich des annexionistischen Gewaltfriedens von Brest-Litowsk. Die Reformisten hatten sich schon so fest mit der imperialistischen Regierung verbunden, daß sie den Vertrag im Reichstag nicht ablehnten, sondern sich lediglich der Stimme enthielten. In vertraulichen Beratungen während der Verhandlungen hatten sich die rechten SPD-Führer ausdrücklich für Annexionen ausgesprochen. Interessantes Material zu diesem Punkt legte in Stockholm der Hamburger Historiker I. Geiß aus den Akten der sozialdemokratischen Parteiführung während des Weltkrieges vor.

So geht von der Zustimmung zu den Kriegskrediten am 4. August 1914 bis zur Zustimmung zur imperialistischen Annexion im Frühjahr 1918 eine gerade Linie durch die Politik der rechten sozialdemokratischen Führer. Es ist die Linie des Verrats an den Ideen des Sozialismus und der deutschen Nation. Diese Linie wurde nach dem ersten Weltkrieg fortgesetzt mit der Abwürfung der Novemberrevolution, mit der Verhinderung der Aktionseinheit der Arbeiterklasse gegen den Faschismus, mit der Aufrechterhaltung der Spaltung der Arbeiterbewegung nach 1945 in Westdeutschland, mit der Unterstützung der Wiederaufteilung Deutschlands. Sie findet in der Zustimmung zur atomaren Kriegsvorbereitung in Westdeutschland ihren vorläufigen Höhepunkt.

Unter den Gründen, mit denen die reaktionären bürgerlichen Historiker in ihrer Diskussion zu dem Referat von Henri Haag die verräterische Haltung der rechten sozialdemokratischen Führung im ersten Weltkrieg zu rechtfertigen suchten, spielte das alte und seit Jahrzehnten trotz aller schlagenden Widerlegungen immer wieder strapazierte Argument eine Rolle, wonach die sozialdemokratische Führung den Krieg habe unterstützen müssen, weil es sich um die Verteidigung gegen das zaristische Rußland gehandelt habe. Am unverstehtesten sprach das der Vorsitzende des westdeutschen Historikerverbandes, Hans Rothfels, aus. Er ging davon aus, daß der erste Weltkrieg ein patriotischer

Krieg gewesen sei und daß daher das Einschwenken der rechten SPD-Führer auf den Kriegskurs des kaiserlichen Deutschlands der nationalen Aufgabe des Tages entsprochen hätte. Dabei verwies er auf den Zarismus als den angeblichen Erbfeind des europäischen Sozialismus und verstieg sich zu der Behauptung, auch Karl Marx hätte, wenn er 1914 noch gelebt hätte, den Krieg begrüßt und wäre mit gegen Rußland gezogen.

Ihm und anderen Rednern, die in die gleiche Kerbe hieben, antwortete v. den Historikern der DDR Prof. Dr. Ernst Engelberg. Er setzte in einem kurzen Überblick über die Entwicklung der russischen Geschichte von 1848–1914 aufeinander, daß und warum die Berufung der rechten sozialdemokratischen Führer und der reaktionären bürgerlichen Historiker auf Marx und Engels falsch und heuchlerisch war. Marx und Engels sprachen 1848 von der Notwendigkeit, es dem Hort der internationalen Reaktion, dem Zarismus, unmöglich zu machen, die europäischen Revolutionen abzuwürgen, notfalls durch einen revolutionären Krieg. Im Jahre 1914 hatte sich die gesellschaftliche Situation in Rußland sehr wesentlich verändert. Das zaristische Rußland war 1914 eine imperialistische Großmacht. Es war jedoch zugleich das schwächste Kettenglied im imperialistischen System, weil es den Knotenpunkt aller imperialistischen Widersprüche bildete. Neben dem Hauptwiderspruch zwischen Monopol und Arbeiterklasse bestand der Widerspruch zwischen der landhungrigen Masse der Bauernschaft und der kleinen, die Masse des Bodens besitzenden Großgrundbesitzerclique sowie der Widerspruch zwischen den national unterjochten Nationen und Nationalitäten und dem despotischen Zarismus. Schwer lastete auf dem Land die ökonomische, politische und militärische Mißwirtschaft seiner herrschenden Klassen und die Ausbeutung durch das ausländische Kapital. Ausdruck dieser Widersprüche war die erste russische Revolution von 1905–1907, die zugleich die erste bürgerlich-demokratische Revolution im Imperialismus war. Noch hatte der Zarismus die Auswirkungen dieser Revolution nicht überwunden, als sich bereits seit 1910 ein neuer revolutionärer Aufschwung abzeichnen begann. In seinem Gefolge erlebte Petersburg anlässlich des Besuchs des französischen Staatspräsidenten Poincaré im Juni 1914 erneut große Massenstreiks und den Bau von Barrikaden.

Seit Beginn des Imperialismus hatte sich das revolutionäre Zentrum von Deutschland nach Rußland verlagert. Davon zeugte bereits die Revolution von 1905–1907. Davon zeugte die Entstehung des Leninismus und der proletarischen Kampfpartei neuen Typus in Rußland und nicht zuletzt die Tatsache, daß 1917 in Rußland die Große Sozialistische Oktoberrevolution siegte und eine grundlegend neue Gesellschaftsepoche einleitete. Das zaristische Rußland war also 1917 nicht mehr, wie im 19. Jahrhundert, der Gendarm Europas. Es ging vielmehr mit der sozialen Revolution schwanger. Übrigens haben Marx und Engels bereits ein Menschenalter vorher diese Entwicklung erkannt und wiederholt darauf hingewiesen.

Im Grunde lenkt die Kennzeichnung des Krieges gegen das zaristische Rußland als eines fortschrittlichen Krieges von den für den ersten Weltkrieg entscheidenden imperialistischen Widersprüchen ab, besonders von dem grundlegenden Gegensatz zwischen dem imperialistischen Deutschland und dem imperialistischen England.

Angesichts dieser klaren Tatsachen können die Auslassungen Rothfels' nur als äußerst demagogisch bezeichnet werden. Es ist ein Anzeichen für die außerordentliche Rückständigkeit der reaktionären Geschichtswissenschaft besonders

den Fragen der Geschichte der Arbeiterbewegung, daß ihre prominenten Vertreter heute noch mit so unqualifizierten Behauptungen auf dem Forum des internationalen Kongresses auftreten können. Hätte Rothfels sich nur etwas mit der Geschichte der Arbeiterbewegung anhand ihrer Quellen beschäftigt, so wäre er unter anderem auf die Juniusbroschüre Rosa Luxemburgs gestoßen und hätte dort eine gedankenreiche und glänzend geschriebene marxistische Abhandlung über das Verhältnis der deutschen Arbeiterbewegung zum deutsch-russischen Krieg gefunden. Rosa Luxemburg untersuchte ausführlich die Hintergründe der rechtssozialdemokratischen Demagogie, mit der sozialdemokratischen Arbeiter über den Charakter des Krieges zwischen Deutschland und Rußland getäuscht wurden, und kam überzeugend zu dem Schluß, daß die Berufung der rechten sozialdemokratischen Führer auf Marx falsch und heuchlerisch war: „Eine blutigere historische Posse, eine brutalere Verhöhnung der russischen Revolution und des Vermächtnisses von Marx läßt man kaum denken. Sie bildet die dunkelste Episode in dem politischen Verhalten der Sozialdemokratie während des Krieges.“²⁴

Wenn also historisch die Trumpfkarte „Zarismus“ 1914 nicht stach, welche Politik hätte man dann von einer Arbeiterpartei erwarten müssen?

In ihrem bedeutsamen Diskussionsbeitrag stellte E. A. Stepanowa (Moskau) fest, daß sich die II. Internationale schon lange vor dem Krieg mehrfach mit der Frage befaßt hatte, wie sich die sozialistischen Parteien und Organisationen im Falle eines Krieges verhalten sollten. Unter dem Einfluß von Lenin und Rosa Luxemburg hatte der Internationale Sozialistenkongreß 1907 in Stuttgart gegen die Opportunisten und Anarchisten die Grundzüge der marxistischen Politik in dieser Frage festgelegt. Die Parteien und Organisationen wurden verpflichtet, alles zu tun, um jede Kriegsgefahr zu bannen und einen Kriegsbruch zu verhindern. Falls der Krieg dennoch ausbrechen sollte, waren die Parteien verpflichtet, alles in ihren Kräften Stehende zu tun, um ihn abzukürzen und rasch zu beenden. Jede Arbeiterklasse sollte die ihr am wirksamsten erreichbaren Kampfmittel anwenden: Opposition im Parlament, Verweigerung der Mittel zur Kriegführung, Entlarvung des imperialistischen Charakters des Krieges und der volksfeindlichen Maßnahmen der Kriegführung, Organisation illegaler Aktionen gegen den Krieg, wie Aufbau illegaler Organisationen, Flugblattpropaganda, Demonstrationen, Streiks, Vorbereitung des bewaffneten Widerstands. Kurz, die sozialistischen Parteien sollten alle Maßnahmen ergreifen, die geeignet waren, das Volk aufzurütteln und zum Kampf gegen den imperialistischen Krieg und die herrschende Klasse zu mobilisieren. 1910 und 1912 wurden diese grundlegenden Beschlüsse von 1907 erneuert. Sie stellten die proletarische Antwort auf die imperialistische Kriegsrüstung dar.

Im Feuer des Klassenkampfes gegen den Krieg bewiesen die Bolschewiki die Richtigkeit der von Lenin aufgestellten Taktik des Kampfes gegen den imperialistischen Krieg. Indem sie dem Marxismus die Treue hielten, waren sie auch die einzigen, die die Beschlüsse der II. Internationale konsequent anwandten. Sie nutzten die durch den Krieg hervorgerufene Krise des imperialistischen Systems zum Bürgerkrieg und zum Sturz des Imperialismus in Rußland aus und schufen mit der Sowjetmacht den ersten Arbeiter-und-Bauernrat in der Geschichte.

Rosa Luxemburg: Ausgewählte Reden und Schriften, Bd. 1, Dietz Verlag, Berlin 1954, S. 339.

Im Ergebnis des ersten Weltkrieges erschütterte eine gewaltige revolutionäre Krise die gesamte imperialistische Welt. Im Ergebnis des zweiten Weltkrieges führten die revolutionären Umwälzungen in Europa und Asien zur Bildung volksdemokratischer Staaten und zur Entstehung des sozialistischen Weltsystems. Dieser offensichtliche Zusammenhang zwischen Weltkrieg und revolutionärer Umwälzung veranlaßte die Apologeten des Imperialismus zu solchen, die historische Wahrheit grob verfälschenden Äußerungen, daß die Kommunisten am Kriege interessiert sein müßten, weil sie ihn und das mit ihm verbundene Chaos brauchten, um ihre Revolution zu machen.

Diese provokatorische These verfälscht zunächst die Ursachen und die Urheber der Weltkriege. Die Geschichte des 20. Jahrhunderts belegt eindeutig, daß der imperialistische System, daß die imperialistischen Gegensätze die Ursachen der Weltkriege sind. Die Geschichte zeigt auch, daß diese Kriege hauptsächlich von den räuberischsten und aggressivsten imperialistischen Staaten vorbereitet und durchgeführt werden. Und beide Male, 1914 und 1929, hat der deutsche Imperialismus und Militarismus die entscheidende Rolle bei der Entfesselung und Durchführung der Kriege gespielt.

Schon am Beginn des Imperialismus machten die revolutionären Marxisten in der II. Internationale immer wieder warnend auf den Zusammenhang zwischen Kapitalismus, Militarismus und Krieg aufmerksam. In der Eröffnungsschließung des Internationalen Sozialistenkongresses von Stuttgart 1907 hieß es: „Kriege zwischen kapitalistischen Staaten sind in der Regel Folgen ihrer Konkurrenzkampfes auf dem Weltmarkt, denn jeder Staat ist bestrebt, seinen Absatzgebiet nicht nur zu sichern, sondern auch neue zu erobern, wobei die Unterjochung fremder Völker und Länder eine Hauptrolle spielt. Diese Kriege ergeben sich weiter aus den unaufhörlichen Wettrüstungen des Militarismus, der ein Hauptwerkzeug der bürgerlichen Klassenherrschaft und der wirtschaftlichen und politischen Unterjochung der Arbeiterklasse ist.

Begünstigt werden die Kriege durch die bei den Kulturvölkern im Interesse der herrschenden Klassen systematisch genährten Vorurteile des einen Volkes gegen das andere, um dadurch die Massen des Proletariats von ihren eigenen Klassenaufgaben sowie von den Pflichten der internationalen Klassensolidarität abzuwenden.

Kriege liegen also im Wesen des Kapitalismus.“²⁵ Bereits 1916 wies Lenin wissenschaftlich exakt nach, daß die Wurzeln des Krieges im imperialistischen System liegen. Lenin gab in seinem Werk „Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus“ dem internationalen Proletariat und seinen revolutionären Kampfparteien die wissenschaftliche Anleitung für den Kampf gegen den Imperialismus und gegen den imperialistischen Krieg.

Obleich die beiden Weltkriege zu grundlegenden revolutionären Veränderungen in der Welt führten – und obgleich ein dritter Weltkrieg zu Zusammenbruch des gesamten imperialistischen Weltsystems führen würde – haben die Kommunisten bisher alles aufgeboten und werden auch weiterhin alle Kräfte einsetzen, um den Frieden zu erhalten und einen imperialistischen Krieg zu verhindern. Als beste Vertreter der Interessen der Arbeiterklasse, der Bauernschaft und aller anderen werktätigen Schichten verurteilen und bekämpfen die Kommunisten den imperialistischen Krieg aus prinzipiellen Erwägungen. „Der Krieg ist weder Quelle noch notwendige Vorbedingung für

²⁵ Internationaler Sozialisten-Kongreß zu Stuttgart, 18. bis 24. August 1907, Berlin 1907, S. 65.

volution. Das ist besonders bewiesen durch die Erfahrungen der nationalen
ungsrevolutionen in der jüngsten Zeit.“²⁶ Die imperialistischen Kriege
vielmehr allein den reaktionären Klasseninteressen des internationalen
kapitals. Der Arbeiterklasse hingegen, der Bauernschaft und allen anderen
tigen Schichten, d. h. also der überwältigenden Mehrheit der Nation,
en die Kriege ungeheure Lasten, wahnsinnige Blutopfer und maßloses
Sie verschlangen den von den werktätigen Volksmassen geschaffenen
um der Nationen, vernichteten massenhaft Produktivkräfte und stürzten
Völker in nationale Katastrophen. Ein dritter von den Imperialisten an-
elter Weltkrieg würde die physische Existenz ganzer Völker tödlich be-

n 1848 hatten Karl Marx und Friedrich Engels in dem Geburtsdokument
wissenschaftlichen Kommunismus, im „Manifest der Kommunistischen
“, das Problem Frieden – Krieg als ein Problem des Klassenkampfes
terisiert und den Weg zu seiner Überwindung gewiesen. „Mit dem
satz der Klassen im Innern der Nation fällt die feindliche Stellung der
en gegeneinander.“²⁷ Gestützt auf die Friedenskundgebungen deutscher
anzösischer Arbeiter konnte der Generalrat der I. Internationale am 23.
370 in der Ersten Adresse zum Deutsch-Französischen Krieg feststellen,
die Allianz der Arbeiter aller Länder schließlich den Krieg ausrotten
Am Schluß dieser Adresse hieß es, „daß, im Gegensatz zur alten Gesell-
mit ihrem ökonomischen Elend und ihrem politischen Wahnwitz, eine
Gesellschaft entsteht, deren internationales Prinzip der Friede sein wird,
ei jeder Nation dasselbe Prinzip herrscht – die Arbeit!“²⁸ Die Stuttgarter
tion von 1907, die auf diesen Prinzipien beruhte, erklärte, daß „die
erklasse, die vorzugsweise die Soldaten zu stellen und hauptsächlich die
ellen Opfer zu bringen hat, eine natürliche Gegnerin des Krieges (ist),
n Widerspruch zu ihrem Ziele steht: Schaffung einer auf sozialistischer
lage beruhenden Wirtschaftsordnung, die die Solidarität der Völker ver-
cht.“²⁹ Die Große Sozialistische Oktoberrevolution leitete mit der neuen
e in der Menschheitsgeschichte zugleich die Verwirklichung dieser huma-
nen Forderungen und Ziele der revolutionären Arbeiterbewegung ein. Mit
haffung des Sowjetstaates wurde der Völkerfrieden zu einer realen Mög-
t. Bereits 1921 erklärte Lenin, daß der Sieg der Oktoberrevolution „den
Sieg auf der Bahn der Abschaffung der Kriege“³⁰ bedeutet. Die Moskauer
ng der kommunistischen und Arbeiterparteien vom November 1957 führte
Linie auf Grund des veränderten Kräfteverhältnisses in der Welt konse-
weiter. Die Deklaration stellte fest: „Die kommunistischen Parteien be-
nen den Friedenskampf als ihre vorrangigste Aufgabe. Sie werden zu-
n mit allen friedliebenden Kräften alles tun, was von ihnen abhängt, um
Krieg zu verhüten.“³¹ Das Friedensmanifest der kommunistischen und
erparteien rief alle Menschen guten Willens auf: „Der Friede kann nur

Grundlagen des Marxismus-Leninismus. Lehrbuch, Dietz Verlag, Berlin 1960,

Karl Marx/Friedrich Engels: Werke, Bd. 4, Dietz Verlag, Berlin 1959, S. 479.

Karl Marx/Friedrich Engels: Ausgewählte Schriften in zwei Bänden, Bd. I, Dietz
Verlag, Berlin 1959, S. 462.

Internationaler Sozialisten-Kongreß zu Stuttgart, S. 65.

V.I. Lenin: Zum vierten Jahrestag der Oktoberrevolution. In: Ausgewählte
Schriften in zwei Bänden, Bd. II, Dietz Verlag, Berlin 1959, S. 894.

Neue Welt, 1957, Heft 12, S. 1477.

erhalten werden, wenn alle, denen er teuer ist, ihre Bemühungen vereinen. Wachsamkeit gegenüber den Ränken der Kriegsbrandstifter verstärken und voller Klarheit erkennen, daß es ihre heilige Pflicht ist, den Kampf zum Sieg des immer noch bedrohten Friedens zu verstärken.“³² Eindeutig stellten sich Vertreter der kommunistischen und Arbeiterparteien bei den Moskauer Beratungen im November 1960 hinter diese historischen Beschlüsse. Unter gegenwärtigen „Umständen wird sich bereits vor dem vollen Sieg des Sozialismus auf Erden, bei Fortbestehen des Kapitalismus in einem Teil der Welt reale Möglichkeit ergeben, den Weltkrieg aus dem Leben der Gesellschaft auszuschalten“.

„Nun ist die Stunde gekommen, den Kräften des Krieges den mächtigeren und die Aktionseinheit aller Kolonnen und Organisationen des Weltfriedens entgegenzustellen und alle seine Kräfte zu einen, um den Krieg zu beenden und den Frieden zu erhalten!“³³

Eben um diese Grundfragen unserer Epoche ging es auch in der Diskussion um das historische Thema: Die deutsche Sozialdemokratie und der erste Weltkrieg. Dabei waren die marxistisch-leninistischen Historiker in der wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit den bürgerlichen Geschichtswissenschaften und in der entschiedenen Zurückweisung der imperialistischen Apologetik eindeutig in der Offensive wie das ganze sozialistische Lager im Kampf um die Erhaltung des Friedens, um die friedliche Koexistenz von Staaten mit unterschiedlicher sozialer Ordnung und um die Beseitigung des Kolonialismus. Insofern war das Auftreten der Historiker aus den sozialistischen Staaten auf dem Internationalen Kongreß der Geschichtswissenschaftler in Stockholm 1960 auch ein Ausdruck des veränderten Kräfteverhältnisses in der Welt.

Hans-Joachim Bernhard/Fritz

³² Ebenda, S. 1489.

³³ Neues Deutschland (B), 6. Dezember 1960.

Internationales Kolloquium von Historikern zur Erforschung der Geschichte der Presse

Der XI. Internationale Historiker-Kongreß in Stockholm war in vieler Hinsicht bemerkenswert. Wägt man seine Ergebnisse, muß man zweifellos die Bildung der Kommission zur Erforschung der Geschichte der Presse hervorheben. Es war ein empfindlicher Mangel, daß die Mitglieder der Sektion Geschichte der „Association Internationale des Études et Recherches sur l'Édition“ (AIERI) bisher nicht dem gleichen Verband angehörten wie die Vertreter der anderen historischen Wissenschaften. Am 20. August 1960 gelang es erfreulicherweise in Stockholm, die provisorische Kommission für die Geschichte des Internationalen Komitees der Historischen Wissenschaften zu einer ständigen umzuwandeln. Nunmehr sind die Mitglieder der Sektion Geschichte der AIERI zugleich Mitglieder der Kommission Pressegeschichte des Internationalen Komitees der Historischen Wissenschaften.

Ben Anteil an dem Zustandekommen dieser notwendigen Verbindung der Chefredakteur der sowjetischen Zeitschrift „Woprosy istorii“, V. G. Nowowski, der sich in seinen von allen Mitgliedern der Kommission benutzten Ausführungen nachdrücklich für das Zusammenwirken der Historiker verschiedener Disziplinen einsetzte. Er wurde unterstützt von Hermann Nowowski (DDR), der als langjähriges Mitglied der AIERI die gleichen Aufgaben vertrat.

Leitungsvoll war in diesem Zusammenhang auch der Vortrag von Jacques Kayser (Frankreich), stellvertretender Generalsekretär der AIERI, zum Thema „Methodologie der Geschichte gedruckter Zeitungen und der Wert journalistischer Dokumentation für die Historiker“, in dem die Notwendigkeit einer Zusammenarbeit von Historikern und Pressehistorikern nachgewiesen wurde. Leider wurde dieser Vortrag erst am Ende des zweitägigen Kolloquiums gehalten, obwohl er Fragen grundsätzlichen Charakters behandelte.

Begründung seiner Ansichten führte J. Kayser u. a. aus, daß die Presse Ereignisse aufgezeichnet und kommentiert habe, die später Gegenstand wichtiger Untersuchungen durch die Historiker geworden seien oder werden könnten. Für den Historiker sei es unerläßlich zu wissen, wie die Presse zeitliche Ereignisse beurteilte. Zum anderen hätten des öfteren Artikel oder Kampagnen, ja, bisweilen sogar einzelne Informationen zu Ereignissen geführt, die zu Höhepunkten in der Geschichte geworden seien. Weiter begründete J. Kayser den engen Zusammenhang zwischen der Geschichte der Presse und der Geschichte im allgemeinen damit, daß historische Ereignisse stets auch Auswirkungen auf die Presse gehabt hätten. Das gelte auch für die politischen Bedingungen und die Streiks, die ökonomischen Krisen mit ihrer Auswirkung auf die Preise und die Kaufkraft, die Tendenzen der öffentlichen Meinung, die großen kulturellen Strömungen und die Verbreitung des Einflusses einzelner Schriftsteller“, die alle ihren Niederschlag in der Presse gefunden hätten. Obgleich der Referent der Pressegeschichte einen besonderen Platz einräumte, warnte er davor, die Spezialisierung zu weit zu treiben.

Die Ausführungen konnten jedoch nicht ganz befriedigen. Ihnen haftete ein Mangel an, der im Grunde genommen für alle bürgerlichen Pressehistoriker charakteristisch war. Es gelang ihm nicht, die objektiven Gesetzmäßigkeiten der Pressegeschichte aufzuspüren. Das blieb den marxistischen Historikern vorbehalten, die ihren Beiträgen die Beratungen wesentlich bereicherten und von bürgerlichen Historikern umgangene oder unbeantwortete Fragen klärten.

Am 19. August wurden einige Berichte gegeben. Als erster sprach Harold L. Hunt (USA) über das Problem der Pressefreiheit in den USA nach der Befreiung vom Kolonialismus. Seine Ausführungen beschränkten sich aber im wesentlichen auf einen kurzen Abriss dieser Etappe der amerikanischen Geschichte, ohne neue Untersuchungsergebnisse zu unterbreiten, ohne die Begrenzung der Pressefreiheit in dieser frühen Periode zu zeigen.

Francesco Fattorello (Italien) macht die Zuhörer mit einigen interessanten Beiträgen über die sogenannten Kriegszeitungen des XVII. Jahrhunderts bekannt. Insbesondere seine Quellenwertung regte die Teilnehmer zur Diskussion an. Sehr wertvoll ergänzt wurden die Angaben Fattorellos durch Vladimír Štěrba (ČSSR), der über die Forschungsergebnisse seines Prager Instituts berichtete.

Die Ausführungen von Edwin Emery (USA) über das Verhältnis der nordamerikanischen Tagespresse zur Politik lösten erwartungsgemäß eine lebhafte Diskussion aus. Emerys Vortrag ließ vor allem eine gründliche Untersuchung

der gesellschaftlichen Ursachen der von ihm selbst genannten Erscheinungen vermissen. Es war für die Zuhörer gewiß recht aufschlußreich zu hören, in welcher Weise die amerikanischen Zeitungen die Präsidentschaftskandidaten Roosevelt, Truman und Stevenson unterstützten bzw. gegen sie auftraten. Daß Emery mit keinem Wort auf die Kreise hindeutete, die diese Linien der jeweiligen amerikanischen Zeitungsgruppe lenkten, obgleich gerade im amerikanischen Zeitungswesen die enge Verflechtung zwischen den Monopolen der Presse schon an der Oberfläche sichtbar ist, mußte enttäuschen. Die von Emery dargelegten Fakten hätten eine gute Möglichkeit geboten, die sogenannte Pressefreiheit in den imperialistischen Staaten zu charakterisieren. Leider hat sich Emery darauf beschränkt. Deshalb war es besonders zu begrüßen, daß in der Diskussion marxistische Historiker wie V. G. Truchanowski, Herman Zislawski, V. Klimeš u. a. die von Emery umgangenen Fragen aufgegriffen und beantworteten. Emery unterließ es bedauerlicherweise, die Zeitungen der Arbeiterklasse, der Neger und anderer Gruppierungen zu erwähnen. Seine einseitige Betrachtungsweise ließ auch andere Faktoren, wie z. B. den Einfluß kapitalistischer Wirtschaftskrisen auf die Presse, unberücksichtigt. Aus der Diskussion ist hervorgegangen, welche hervorragende Rolle die marxistischen Pressehistoriker auf dieser internationalen Tagung gespielt haben.

Weiterhin sei der Bericht von Jacques Godechot (Frankreich) über die Entwicklung der französischen Revolution für die Entwicklung der kontinentalen europäischen Presse erwähnt. Godechot konnte nachweisen, daß die politische Machtergreifung der Bourgeoisie in der bürgerlichen Revolution von 1789 tiefgreifende Auswirkungen auf die Entwicklung der bürgerlichen Presse und einer entsprechenden Pressegesetzgebung gehabt hat. Unleugbar sind die Fortschritte im Prinzip der bürgerlichen Pressefreiheit zum Ausdruck gekommen. Doch die entscheidende Frage sprach Godechot nicht aus, nämlich, daß es verschiedene Freiheiten gibt, abhängig davon, wer die politische Macht ausübt, d. h. der Kampf der Bourgeoisie um die Pressefreiheit mit ihrem Ringen um die politische Macht engstens verbunden war, und mit der Erlangung der politischen Macht der Bourgeoisie die Pressefreiheit eine Freiheit nur für die Bourgeoisie wurde. Für die Geschichte der Presse – auch für die Periode der Revolution – ist von außerordentlicher Bedeutung, daß das Ringen um die Pressefreiheit ein Bestandteil des politischen Kampfes ist. Im übrigen muß man feststellen, daß Godechot die aktive Rolle der Presse in der bürgerlichen Revolution unzureichend würdigte.

Im Anschluß an Godechot sprach Théo Luyks (Belgien) über das „Napoleon III. und die belgische Presse“ und Pierre Guiral (Frankreich) über „Die französische Presse und die Eroberung Algeriens (1830–1848)“. Schließlich soll der sehr aufschlußreiche Vortrag von Folke Dahl (Schweden) über die Beschreibung und Systematisierung journalistischer Dokumente erwähnt werden. Dahl behandelte vor allem die Methodik der Pressegeschichtlichen Forschung.

Dieser kurze Bericht wäre sehr unvollkommen, wenn er nicht mit einigen Sätzen auf die Atmosphäre des Kolloquiums einginge. Der Meinungsstreit in Stockholm nicht zuletzt durch das Auftreten marxistischer Historiker und Pressehistoriker erreicht. Er verlief – und das erfüllt uns mit Genugtuung – in durchaus sachlicher Atmosphäre. Wir müssen allen Referenten bescheiden, daß sie durchaus bereit waren, andere Meinungen zur Kenntnis zu nehmen. Entschieden wird jeder Meinungsstreit durch die besser fundierten Argumente. Es wird ein Anliegen der marxistischen Historiker sein, auf allen Zusam-

Eine wissenschaftliche Konferenz

der Sektion Pressegeschichte zu beweisen, daß diese besser fundierten Argumente auf ihrer Seite sind, da sie auf den objektiven Gesetzmäßigkeiten historischer Entwicklung basieren.

Es noch zu vermerken, daß sich die Mehrzahl der Beiträge der bürgerlichen Historiker vorwiegend in bloßer Faktologie erschöpfte und deshalb zu- nächst auf der Oberfläche blieb.

Die Wissenschaftler der Deutschen Demokratischen Republik, die am 1. August Mitglieder der Kommission Pressegeschichte des Internationalen Verbandes der Historischen Wissenschaften und der Sektion Geschichte der Presse geworden sind, ergeben sich beträchtliche Aufgaben. Sicher sind die Wissenschaftler aus den anderen Ländern interessiert, Untersuchungen über die Entstehung der sozialistischen Presse in Deutschland bzw. in der Deutschen Demokratischen Republik kennenzulernen, zumal diese Presse auf eine lange Tradition der „Neuen Rheinischen Zeitung“ über den „Sozialdemokrat“ und die „rote Fahne“ zum „Neuen Deutschland“, zurückblicken kann.

Am Beispiel der sozialistischen Presse bietet sich die Gelegenheit, die aktive Rolle der Presse in der geschichtlichen Entwicklung zu beweisen.

Darüber wollen wir den Vorschlägen Jacques Kayzers zustimmen, der in seinen Schriften die Rolle der Presse in den Jahren vor dem zweiten Weltkrieg ordnete und insbesondere die politische Ausnutzung der Presse in England, Frankreich, in den USA und in Lateinamerika durch die deutschen Besatzer untersucht haben möchte. Ebenso verdienstvoll wäre eine Geschichte der sozialistischen Presse in den Ländern, die während des zweiten Weltkrieges von deutschen Faschisten okkupiert waren. Gerade in einer Zeit, da die deutschen Imperialisten erneut einen Krieg und damit die Okkupation anderer Länder vorbereiten, scheint eine Würdigung dieser Seite der Widerstandsbewegung dringend notwendig.

Es ist zu unterstreichen, daß Jacques Kayser bei dieser Gelegenheit ausdrücklich die Zusammenarbeit mit den ehemaligen Widerstandskämpfern für notwendig gehalten hat.

Die Pressehistoriker der DDR sind sehr an einem solchen Zusammenwirken interessiert; gehören doch ihre namhaften Vertreter selbst zu jenen Menschen, die im Kampf gegen den Faschismus gestanden haben und noch stehen.

Günter Heidorn

Eine wissenschaftliche Konferenz

Deutschen Akademie der Landwirtschaftswissenschaften

Am 17. und 18. Oktober 1960 fand in der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik eine wissenschaftliche Konferenz zum Thema „Die soziale Umgestaltung der Landwirtschaft als Erfüllung des jahrhundertelangen Kampfes der deutschen Bauern“ statt. Die Bedeutung dieser Konferenz zu Ehren des 9. Jahrestags der Gründung der Akademie tagte, wurde durch die Anwesenheit zahlreicher hoher Gäste unterstrichen, darunter der Vorsitzende des Politbüros des Zentralkomitees der SED, *Gerhard Grüneberg*, der

Stellvertreter des Ministerpräsidenten, *Paul Scholz*, der Minister für wirtschaft, Erfassung und Forstwirtschaft, *Hans Reichelt*, und viele andere vorragende Persönlichkeiten des In- und Auslandes.

Der Präsident der Deutschen Akademie der Landwirtschaftswissenschaften Berlin, Prof. Dr. Dr. *Stubbe*, der die Tagung eröffnete, hob in seinen ersten Worten die Bedeutung der Bauernfrage hervor und betonte die große Rolle der Marx, Engels und Lenin bei der Behandlung und Lösung dieser Frage gespielt haben.

Das Hauptreferat wurde von Dr. *Bruno Wagner*, Mitglied der Agitationskommission des ZK der SED, gehalten. In großen Zügen zeichnete er den hundertelangen Kampf der deutschen Bauern um ihre Befreiung nach, der sozialistischen Umgestaltung des Dorfes in der DDR seine Krönung gefunden hat. Besonders ausführlich behandelte Dr. Wagner die Markgenossenschaften der deutschen Bauern, eine frühe Form der gemeinsamen Arbeit und gemeinsamen Besitzes der Bauern. Wie im gesamten Referat, so setzte Dr. Wagner auch bei der Behandlung dieser Frage gründlich mit den deutschen imperialistischen Historikern auseinander, die in Leugnung fortschrittlichen Traditionen der deutschen Wissenschaft und bewußte Verschönerung aller Tatsachen die Existenz der Markgenossenschaften und des ländlichen Gemeineigentums in der deutschen Geschichte abstreiten. Er betonte diese Fälschungsversuche nicht zufällig nach der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution begannen und in Westdeutschland besonders intensiv seit der imperialistischen Umgestaltung der Landwirtschaft in der DDR betrieben werden. Der Referent wies an Hand der Forderungen des großen deutschen Bauern nach, wie die Bauern gegen ihre feudalen und klerikalen Peiniger für die Wiederherstellung der Markgenossenschaft kämpften. Dieser Kampf um die Mark war ein Teil ihres allgemeinen nationalen Kampfes um Einheit und Fortschritt.

Dr. Wagner entlarvte die antinationale, bauernfeindliche Rolle der deutschen Junker, der Hauptträger des Militarismus, der die Bauern und das deutsche Volk in schwerste Katastrophen stürzte und auch heute von Westdeutschland aus wiederum die Existenz der Nation bedroht. „Die größte Seuche für die deutsche Landwirtschaft ist der Militarismus und der Krieg“, rief der Referent unter der Zustimmung der Konferenzteilnehmer aus. Daher entsprach es ganz den Interessen der gesamten Nation, daß im Osten Deutschland dieser Seuche endgültig und für immer aufgeräumt wurde.

Im letzten Teil seines Referats schilderte Dr. Wagner die großen politischen, die die Bauern in der Deutschen Demokratischen Republik im Bündnis und unter Führung der Arbeiterklasse besitzen. Im Gegensatz zur Entwicklung in den Westzonen, wo die Verelendung der werktätigen Bauern in nie gekanntem Tempo zunimmt, wie es im gegenwärtigen Bauernkrieg im Ausdruck kommt, geht der Bauer im vollgenossenschaftlichen Dorf der DDR einem glücklichen, kulturvollen und wirklich freien Leben entgegen. Der hundertelange Kampf der Bauern um ein menschenwürdiges Leben für unsern Arbeiter-und-Bauern-Staat seine Erfüllung.

Nach diesem Referat setzte die Konferenz in drei Arbeitskreisen ihre Arbeit fort. Der erste Arbeitskreis, der unter der Leitung von Prof. Dr. *Bond* befaßt sich mit der Geschichte der deutschen Bauern bis 1945. In sechs Stunden Diskussion, die, wie in allen Arbeitskreisen, Historiker, Ökonomen, Wissenschaftler, Praktiker der Landwirtschaft und Veteranen der deutschen Arbeiterbewegung vereinte, wurden die wichtigsten Probleme aus 1500

ichte der deutschen Bauern behandelt. Der erste Problemkreis umfaßte Enge und den Kampf der Bauern im Feudalismus, wobei von Dr. *Hühns*, *Erthold* und Dr. *Heitz* interessante Ausführungen zur Markgenossenschaft und um Begriff des Bauernlegens gemacht wurden. Entschieden wurden die Ansichten westdeutscher imperialistischer Historiker zurückgewiesen, im Interdeutschen bauernfeindlichen Politik des Adenauerregimes die Geschichte zu schreiben und das feudalistische und moderne Bauernlegen zu bagatellisieren, die militaristischen Junker von ihrer historischen Schuld freizusprechen. In diesem Zusammenhang wurde betont, daß die demokratische Bodenreform, die in Deutschland jahrhundertlanges Unrecht wiedergutmachte, im Westen Deutschlands nach wie vor auf der Tagesordnung steht.

Diskussion zur Lage der Bauern im Kapitalismus wurde eingeleitet durch den Beitrag von *Walter Schmidt* über die Stellung von Marx und Engels zur Bauernfrage. Die Entstehung des Marxismus war auch ein Wendepunkt in der Geschichte der Bauern. Ihnen wurde damit eine wissenschaftlich begründete Perspektive gegeben, frei von feudaler und kapitalistischer Unterdrückung und ökonomischer Enge und Beschränktheit. Im Bündnis und unter Führung der Arbeiterklasse findet die Bauernschaft im Sozialismus ihre endgültige Befreiung. Der nächste Beitrag betonte Dr. *Schaaf*, daß in der alten deutschen Sozialdemokratie des 19. Jahrhunderts die Hinweise von Marx und Engels zur Bauernfrage auf fruchtbaren Boden fielen. Gestützt auf die zeitgenössische Literatur, vor allem von 1869–1875, auf Archivmaterial und die Parteiprogrammatische Protokolle aus dieser Zeit, wies er an Hand vieler Beispiele nach, daß es richtig ist, von einer allgemeinen Unterschätzung der Bauernfrage durch die deutsche Sozialdemokratie zu sprechen. Er erinnerte besonders an das Auftreten der großen Mehrheit der Partei unterstützte Auftreten von August Bebel auf dem Stuttgarter Parteitag der „Eisenacher“ 1870 und an Wilhelm Liebknechts Schrift „Zur Grund- und Bodenfrage“, wo sich beide vorbehaltlos auf die Beschlüsse der marxistischen Beschlüsse des Brüsseler und Baseler Kongresses der Internationale zur Agrarfrage stellten. Dr. *Schaaf* stellte fest, daß auch auf dem Vereinigungsparteitag von Gotha 1875, im Gegensatz zu der lassalischen These von der „einen reaktionären Masse“, eine im wesentlichen agrarpolitische Agrarpolitik betrieben wurde und daß die Partei in der Praxis dank der aktiven Unterstützung von Marx und Engels ihre falsche programmatische Haltung faktisch überwand. Das zeigte sich vor allem in den Jahren des Reichssozialistengesetzes, wo die Sozialdemokratie ihren Einfluß in der stärkeren Maße auch auf das flache Land ausdehnen konnte. Dr. *Schaaf* stützte sich dabei auf seine eigenen in einer Dissertation niedergelegten Forschungsergebnisse und auf die von Dr. Heinrich Gemkow veröffentlichten Studien zu diesem Problem stützen.

Dr. *Möller* machte interessante Ausführungen zum Melorationswesen, worin er hervorhob, daß erst im Sozialismus eine freie Entfaltung der Produktivkräfte möglich wird und die Melorationen im großen Maßstab und im Interesse der Bauern durchgeführt werden können. In der anschließenden Diskussion bestätigten vor allem einige Genossenschaftsbauern die Richtigkeit der Ausführungen und wiesen dabei auf das Wische-Projekt der Freien Jugend hin. Es wurde festgestellt, daß unsere Historiker diesen Fragen der Entwicklung der Produktivkräfte viel größere Aufmerksamkeit schenken müssen.

Diskussion zum Kampf der Bauern unter der allgemeinen Krise des Sozialismus wurde, da der vorgesehene Beitrag von Dr. *Heinz Krüger*, Berlin,

über die Auswirkung der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution auf die Landarbeiter und Bauern in Deutschland bedauerlicherweise nicht gegeben wurde, von dem Arbeiterveteranen *Hermann Schult* eröffnet, der als tagsabgeordneter der KPD für Mecklenburg in der Zeit der Weltwirtschaftskrise entschieden am Kampf gegen die verderbliche imperialistische Politik teilgenommen hat. Anschließend sprachen noch mehrere Redner über den Kampf der Landarbeiter und Bauern in der Zeit der Weimarer Republik, die Führung der KPD gegen Imperialismus und Militarismus, besonders die Niederschlagung des Kapp-Putsches.

Zum Schluß wurden die faschistische Agrarpolitik und ihre Auswirkungen auf die deutschen Bauern behandelt. Dabei wurde vor allem die skrupellose Demagogie der Faschisten entlarvt, die ihre bauernfeindliche Politik mit Phrasen wie „Brechung der Zinsknechtschaft“, der Lüge vom Lebensraumbereich ihrer „Blut-und-Boden-Ideologie“ u. a. zu tarnen suchten. Eine besondere Rolle dabei spielte auch das Erbhofgesetz, das heute in der Schaffung kapitalistischen Familienbetriebs in Westdeutschland seine Fortsetzung gefunden hat. Besonders Dr. *Steinberger* wies die Kontinuität der faschistischen Agrarpolitik in der gegenwärtigen Agrarpolitik in Westdeutschland nach. Aufschlußreich waren auch die Berichte einiger Arbeiterveteranen vom Kampf der Landarbeiter gegen den Faschismus.

Insgesamt gesehen erfüllte der Arbeitskreis I seine Aufgaben. Trotz der beschränkten Zeit wurden eine Reihe neuer wissenschaftlicher Erkenntnisse gewonnen, und vor allem die Geschichtsfälschungen imperialistischer westdeutscher Historiker entlarvt und widerlegt. In der Diskussion wurden zahlreiche Anregungen für die weitere Arbeit gegeben, um ein exaktes Geschichtsbild der Entwicklung der deutschen Landwirtschaft und der Lage und dem Leben der Bauern auszuarbeiten.

Der zweite Arbeitskreis beschäftigte sich unter Leitung von Dr. *Vogel* mit der Entwicklung der Landwirtschaft und der Lage der Bauern in Westdeutschland seit 1945. Insgesamt ergriffen 16 Teilnehmer des Arbeitskreises das Wort. Bereichert und vertieft wurde die Diskussion durch die Teilnahme von Historikern und vor allem durch Vertreter der illegalen Kommunistischen Partei Deutschlands. Aus Raumgründen kann hier nur auf die Fragen eingegangen werden, die für den Historiker von besonderem Interesse sind.

In der Diskussion wurde nachgewiesen, daß die westdeutsche Landwirtschaft immer mehr zum bloßen Anhängsel der EWG, zu einem Versorgungszentrum der NATO degradiert wird. Das hat große Auswirkungen auf die Lage der deutschen Bauern, wie das im forcierten Bauernlegen zum Ausdruck kommt. Es wurde nachgewiesen, daß die heutige bauernfeindliche Politik der imperialistischen Regierungen nur die Fortsetzung solcher undemokratischen Maßnahmen ist, die die Verhinderung der Bodenreform im Westen Deutschlands, der Raub von Land für Flugplätze, Militärstützpunkte usw. darstellt. Ständig wurde der imperialistischen Politik die Hilfe und Unterstützung gegenübergestellt, die die Arbeiterklasse unter Führung ihrer Partei in der Deutschen Demokratischen Republik den Bauern ständig gab und gibt. Besonders anschaulich sprach darüber das der LPG-Vorsitzende *Stöbel* von Friedrichswalde, Kreis Eberswalde, der bis 1955 Bauer in Westdeutschland war und die grundsätzliche Verschiedenheit der Politik der beiden deutschen Staaten gegenüber den Bauern aus eigener Anschauung erläutern konnte.

Wertvoll waren auch die Beiträge einiger Diskussionsredner, die auf die Ergebnisse von Untersuchungen über die Steigerung der Bodenfruchtbarkeit, die Er-

und Anwendung von Landmaschinen usw. die schwere Lage der westdeutschen Bauern in Westdeutschland und die Überlegenheit des Sozialismus über den Kapitalismus nachwiesen.

Immerdar setzte man sich im Arbeitskreis mit der bürgerlichen und revisionistischen These von der Schaffung „gesunder Familienbetriebe“ auseinander. Nach dieser These verbirgt sich nicht nur der Ruin von Hunderttausenden westdeutscher Bauern zugunsten kapitalistisch wirtschaftender Betriebe von mindestens 25–30 ha, sondern auch die Lüge vom fehlenden Lebensraum in Westdeutschland, da das Land nicht „ausreiche“, um jedem Bauern einen rentablen Lebensgrund zu übergeben. Die Schlußfolgerungen der imperialistischen Ideologen liegen auf der Hand: wie schon zweimal in diesem Jahrhundert – Krieg zur Eroberung fremder Gebiete, vor allem im Osten. Die werktätigen Bauern in Westdeutschland werden also nicht nur ruiniert und von ihren Höfen vertrieben, sondern sollen gleichzeitig noch in einem dritten Weltkrieg für die Interessen der Monopolherren und Junker verbluten.

In den zwei Beiträgen von Vertretern der KPD wurde der einzig mögliche Weg zur Rettung der westdeutschen Bauern und Landarbeiter vor Ruin und Elend aufgezeigt. Die KPD ist die einzige Partei in Westdeutschland, die ein konkretes Programm zur Lösung der Agrarfrage besitzt. Im Gegensatz zur Führung der SPD, die mit ihren agrarpolitischen Richtlinien vom Herbst 1960 sich auch hier der Adenauer-CDU unterworfen hat, stellt die KPD, wie die beiden Redner betonten, den Kampf um die Rettung der Bauern im großen Rahmen des Kampfes zur Rettung der Nation. Nur die Bändigung des Imperialismus und Militarismus kann den Bauern Freiheit und eine garantierte Existenz garantieren. Das zeigt das Beispiel der DDR.

Im Arbeitskreis wurde betont, daß die Wissenschaftler der DDR für die Unterstützung des Kampfes der westdeutschen Bauern eine große Verantwortung haben. Diese Unterstützung gilt es vor allem zu leisten durch Untersuchungen über den Einfluß der Monopole auf die Lage der westdeutschen Bauern, über die Unterordnung der westdeutschen Landwirtschaft unter die Interessen der EWG, durch konkrete Analysen des Konzentrationsprozesses in der westdeutschen Landwirtschaft sowie der Agrarprogramme der westdeutschen Parteien u. a.

In der Diskussion im Arbeitskreis III befaßte sich mit dem Kampf um den Bauernbefreiung in der DDR. Auch dieser Arbeitskreis, der von Prof. Dr. Rühle geleitet wurde, dokumentierte die enge Zusammenarbeit zwischen verschiedenen Zweigen der Wissenschaft und der Praxis. Dieses Beispiel ist nachahmenswert, hat es doch deutlich gemacht, wie vielseitig die Probleme der sozialistischen Umgestaltung ist. Die Aufgabe, das Neue in der Landwirtschaft zu studieren und zu verallgemeinern, die gleicherweise vor den Agrar- wie Gesellschaftswissenschaftlern steht, kann nur in sozialistischer Gemeinschaftsarbeit gelöst werden. Das ist eine der wichtigsten Schlußfolgerungen, die aus der Diskussion in diesem Arbeitskreis gezogen werden kann. Eindrucksvoll und lebendig schilderten die LPG-Bäuerin Kirstein aus der Kreis Milzau, Kreis Merseburg, und der Traktoristen-Brigadier Werner Peters aus der LPG Alt-Lüdersdorf, Kreis Gransee, wie sich in den landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften die von Ausbeutung freie Arbeit entwickelt, die den Bauern immer mehr bewußt wird, daß erst die sozialistische Umgestaltung ihre völlige Befreiung bringt und die Voraussetzungen für die ungehemmte, schöpferische Entfaltung der Fähigkeiten jedes einzelnen Bauern schafft. Überzeugend wurde herausgearbeitet, z. B. auch in den Beiträgen von

Prof. *Glemnitz* und Dr. *Winkelmann*, daß die kleine Warenproduktentwicklung der Landwirtschaft unüberbrückbare Hemmnisse auferlegt. Der Übergang zur sozialistischen Großproduktion historisch notwendig ist.

In verschiedenen Beiträgen wurde die Notwendigkeit der politischen, kulturell-erzieherischen Arbeit hervorgehoben. Es gilt, das Alte zu überwinden, das mit dem Schritt zur Genossenschaft ökonomisch überwunden, auch ideologisch zu überwinden, es aus den Köpfen der Bauern zu verdrängen. Das ist für die Erfüllung der ökonomischen Hauptaufgabe, für die Lösung der Lebensfragen der deutschen Nation und für die Mobilisierung aller Menschen den weltweiten Friedenskampf unerläßlich. In diesem Zusammenhang Mangel der Diskussion im Arbeitskreis das ungenügende Eingehen auf den gesamtnationalen Kampf unseres Volkes, auf die Bedeutung der sozialistischen Umgestaltung der Landwirtschaft für die Lösung des Grundwiderspruchs in der DDR erwähnt werden. Der Schritt unserer Bauern vom Individualismus zum Kollektivismus entsprach voll und ganz den nationalen Belangen. Die sozialistische Umgestaltung war ein bedeutender Schlag gegen die Todfeinde der deutschen Nation, die deutschen Imperialisten und Militaristen, ein wichtiger Beitrag zur nationalsozialistischen Bändigung. Die letzten Möglichkeiten der Restauration ihrer Macht in der DDR wurden beseitigt.

Bedeutungsvoll und aufschlußreich waren die Diskussionsbeiträge von Prof. *Rossegger*, *Rübesam* und *Oberdorf*, die am Beispiel ihres eigenen Schaffens nachwiesen, daß nur im Sozialismus die Wissenschaft wirklich zum Wohl des Volkes und dem Fortschritt dienen kann. Ein Höhepunkt der Diskussion waren die Begrüßungsworte des sowjetischen Gastes, Prof. *Kolesnew*. Er würdigte den großen historischen Sieg der sozialistischen Umgestaltung in der Landwirtschaft der DDR. Prof. Dr. *Kolesnew* betonte die große Bedeutung der Erfahrungen der Sowjetunion beim sozialistischen Aufbau des Landes, die auch bei der sozialistischen Umgestaltung der Landwirtschaft in der DDR eine große Hilfe bedeuten. Die Lehren der Klassiker des Marxismus-Leninismus, die großen Erfahrungen der Sowjetunion stets und unserer Arbeit zugrunde zu legen, ist eine der Schlußfolgerungen aus dem Bericht.

Prof. Dr. *Rühle* faßte im Bericht des Arbeitskreises die Ergebnisse der Diskussion zusammen und hob nochmals hervor, daß die Hauptaufgabe vor allem darin besteht, die LPG zu festigen und das sozialistische Bauernvolk auf dem Lande stärker zu entwickeln. Nur so kann die Landwirtschaft einen Teil zur Lösung der ökonomischen Hauptaufgabe beitragen.

Nach der Beendigung der Diskussion in den Arbeitskreisen nahm die Konferenz in der abschließenden Plenartagung die Berichte der Arbeitskreise entgegen, die die Ergebnisse der Diskussion in ihren Arbeitskreisen einbrachten und nochmals die wichtigsten Aufgaben der Agrarwissenschaft der DDR zusammenfaßten.

Dann hielt Prof. Dr. *Plachy*, Direktor der Deutschen Akademie der Landwirtschaftswissenschaften, das Schlußwort. Er begrüßte das einmütige Ergebnis der Konferenz zur sozialistischen Umgestaltung der Landwirtschaft der DDR und betonte, daß dieses historische Ereignis der Agrarwissenschaft der DDR einen großen Aufschwung gegeben hat, was auch auf der Konferenz Ausdruck fand. Er stellte die Aufgabe, die Ansätze zur sozialistischen Umgestaltungsarbeit, die sich auf der Konferenz im gemeinsamen Auftreten von Natur- und Gesellschaftswissenschaftlern, Praktikern der Landwirtschaft, Arbeiterveteranen sowie Partei- und Staatsfunktionären zeigten, zu fest-

zu entwickeln. Abschließend hob er hervor, daß die Konferenz viele Anregungen gab und einen wichtigen Beitrag leistete zur Erarbeitung eines richtigen Geschichtsbildes der Entwicklung der deutschen Landwirtschaft sowie der Rolle und des Kampfes der deutschen Bauern.

Ein wertvoller Beitrag zum Gelingen der Konferenz soll noch die Ausstellung „Bauer, kennst Du Deine Geschichte?“ im Foyer des Hauses erwähnt werden. Die Ausstellung dokumentierte anschaulich den langen und schweren Kampf der Bauern um ihre Befreiung und unterstützte überzeugend das Ziel der Konferenz, nachzuweisen, daß die sozialistische Umgestaltung der Landwirtschaft die Erfüllung dieses jahrhundertelangen Befreiungskampfes der deutschen Bauern ist.

Fritz Zimmermann¹

Die Berichte über die Arbeitskreise II und III wurden von Ilse Ganz bzw. Günter ausgearbeitet.

„Příspevky k dějinám KSČ“ — „Beiträge zur Geschichte der KPČ“

Im Jahre 1957 begann das Institut für Geschichte der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei mit der Herausgabe der Zeitschrift „Beiträge zur Geschichte der KPČ“. Diese Zeitschrift, die bis Ende 1960 nicht periodisch erschien, richtete sich zum Ziel, an der Ausarbeitung der Geschichte der Kommunistischen Partei, insbesondere in der Periode des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus und in der Periode der Errichtung des Sozialismus, mitzuwirken. In den „Beiträgen“ wurden mehrere Arbeiten veröffentlicht, die sich mit wichtigen Fragen der neuesten Geschichte befassen. Diese Untersuchungen widerlegen die falsche Ansicht einiger Historiker, die zeitgeschichtlichen Arbeitsmaterialien in der Meinung, daß der Abstand für eine wissenschaftliche Analyse nicht ausreichend genug sei. In Heft 1 (1957) wurde der Artikel „Die Möglichkeit einer revolutionären Ausnutzung des Parlaments beim Übergang zum Sozialismus und die Aufgaben der Volksmassen“ von Jan Kozák veröffentlicht. Gestützt auf die Thesen des XX. Parteitags der KPdSU über die verschiedenen Formen des Übergangs zum Sozialismus analysiert der Autor die konkreten Bedingungen der Etappe von Mai 1945 bis Februar 1948 und schätzt diese Entwicklung als friedlichen Weg zur sozialistischen Revolution ein. Ebenfalls in diesem Heft erschien ein Aufsatz des slowakischen Autors Samuel Cambel, der sich mit der Festigung des Bündnisses der Arbeiterklasse mit den Bauern in der Tschechoslowakei in der Etappe des Übergangs von der nationalen und demokratischen Revolution zur sozialistischen Revolution (1945—1948) befaßt.

Heft 2 (1958) publizierte Jan Kozák einen weiteren Artikel, der sich mit dem Kampf der KPČ um die Gewinnung der Mehrheit des Volkes in der Periode vor dem Februar 1948 befaßt. Der Autor wertete dabei neues Archivmaterial aus, das es ihm ermöglichte, die Massenpolitik der Partei, ihre poli-

tische Reife, Aktionsfähigkeit und schöpferische revolutionäre Initiativen einzuschätzen.

Die „Beiträge zur Geschichte der KPČ“ brachten auch über die Periode dem Februarsieg des tschechoslowakischen Volkes im Jahr 1948 wichtige Quellen und Dokumente. Jaroslav Opat analysiert in seiner ausführlichen Arbeit die prinzipiellen Problemen der Klassenbeziehungen und der Politik in der Zeit der Festigung des Februarsieges“ in Heft 6 (1959) die wirtschaftlichen und wirtschaftlichen Veränderungen, die die Voraussetzungen für die Errichtung des Sozialismus in der Tschechoslowakei schufen.

Mit der Entwicklung der tschechoslowakischen Landwirtschaft beschäftigt Želmíra Richtová in ihrem Artikel „Der Übergang von den demokratischen Veränderungen in der Landwirtschaft zur sozialistischen Umgestaltung des Dorfes“ in Heft 8 (1959). Im gleichen Heft erschien die Arbeit von Bouček über „Das Entstehen und die Aufgaben der Volksmilizen im Jahr 1948“.

Wertvolles Material zu dieser Periode bieten zwei Dokumente von Klement Gottwald, die zu einer tieferen Erkenntnis der Gesetzmäßigkeit der Entwicklung in der volksdemokratischen Tschechoslowakei beitragen. In Heft 1 wurde das vollständige stenographische Protokoll einer Rede von Gottwald auf der 4. Bezirkskonferenz der KPČ in Prag vom 28. März 1948 veröffentlicht, in der eine erste Analyse und Einschätzung der Februarereignisse 1948 gegeben wird, und in Heft 1 (1957) erschien zum erstenmal das Protokoll der Sitzung des ZK der KPČ im Mai 1951. Die Arbeit war ein wichtiger Beitrag zur Einschätzung der Periode unmittelbar nach den Februarereignissen. In ihr wurde gezeigt, wie die Partei die komplizierten und schwierigen Aufgaben beim unmittelbaren Übergang zum Sozialismus in Verbindung mit den Volksmassen meisterte.

Ein weiterer wichtiger Problemkreis, dem die Redaktion große Aufmerksamkeit widmete, ist die Bedeutung der Ideen der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution für die internationale und tschechoslowakische Geschichte. In Heft 1 (1957) der Artikel „Das Leninsche Prinzip der Partei in unserer Geschichtswissenschaft noch gründlicher anwenden!“ von Jan Křížek und ein Beitrag von Jindřich Vešelý, der sich mit dem Echo der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution in der tschechoslowakischen Arbeiterklasse beschäftigt.

In der Doppelnummer 3/4 (1958), die der internationalen Bedeutung der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution gewidmet war, wurde das Protokoll der Internationalen Konferenz der Institute für Marxismus-Leninismus sowie der Kommissionen für die Geschichte der kommunistischen und Arbeiterparteien veröffentlicht, die in Prag anlässlich des 40. Jahrestages der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution stattfand.

Die Bedeutung der Oktoberrevolution für die Entstehung der selbstständigen Tschechoslowakei im Jahre 1918 wird in der gut dokumentierten Arbeit von Jurij Křížek, „Ein Beitrag zu der Geschichte des Zerfalls von Österreich-Ungarn und des Entstehens der ČSR“, in Heft 5 (1958) analysiert. In der gleichen Nummer erschienen auch die Artikel von Štefan Štvrtecký, „Der Parteiaufbau der tschechoslowakischen Kommunisten in Moskau im Mai 1918“, und von J. Brett, „Die Auswirkungen der Oktoberrevolution auf die französische Arbeiterbewegung“, ferner eine Übersicht von J. Muška über die tschechoslowakischen historischen Publikationen zum 40. Jahrestag der Oktoberrevolution und eine Rezension von F. Horka über den Erinnerungsband „Oktober“.

Jahr 1958 gedachte das tschechoslowakische Volk zweier Jahrestage, des Anns — 1918 — und des Endes — 1938 — der Vormünchener bürgerlichen Republik. In dem Artikel „Zwei Jahrestage“ in Heft 5 (1958) beleuchtete Gustav Šedivý die historischen Zusammenhänge dieser beiden Ereignisse und würdigte den Kampf des tschechoslowakischen Volkes, an dessen Spitze die von der KPČ geleitete Arbeiterklasse stand, gegen die Auslieferung der Republik an den deutschen Faschismus. In Heft 7 (1959) befindet sich eine Zusammenstellung von Dokumenten über den Kampf der Volksmassen gegen die Münchener Politik aus den Jahren 1937/1938. Diese Dokumente tragen zum besseren Verständnis des heroischen Kampfes der Partei zum Schutze der Republik in dieser Zeit bei. In der gleichen Nummer wird in einer ausführlichen Rezension von Jaroslav Novák über das Buch von L. Kovář, „Die KPČ im Kampf für die Einheitsfront gegen den Faschismus“, die politische Linie der Partei in der komplizierten Situation der Jahre 1933 bis 1935 behandelt.

Ein großes Interesse fanden die in Heft 1 (1957) und Heft 5 (1958) veröffentlichten Beiträge über die Haltung des sogenannten linken Flügels der Bourgeoisie, an deren Spitze der damalige Präsident Dr. Beneš stand, und den Anteil der tschechischen sozialdemokratischen Führer an der Münchener Kapitulation.

Die nicht geringere Bedeutung kommt der Veröffentlichung von Dokumenten zu, die sich auf die Anfänge der tschechischen Arbeiterbewegung in den siebziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts beziehen, als die tschechischen Länder noch ein Bestandteil der österreichischen Monarchie waren. Das in Heft 6 (1959) veröffentlichte Protokoll vom Parteitag der Sozialdemokratie in Neudorf 1874, der der österreichische marxistische Historiker Herbert Steiner entdeckte, ist ein numismatischer Beweis dafür, daß dieser Parteitag internationalen Charakter hatte und zum Gründungskongreß der Sozialdemokratie nicht nur für Österreich, sondern auch für die tschechische Arbeiterbewegung wurde. In der folgenden Nummer erschien ein Bericht über den Parteitag der Tschechischen sozialdemokratischen Partei im April 1878 in Břevnov. Dieser Bericht, den einer der Vorkämpfer der tschechischen Arbeiterbewegung, J. B. Pecka, schrieb, weist darauf hin, daß es sich in Břevnov bei Prag nicht um die Gründung einer neuen tschechischen Arbeiterpartei handelte, wie seinerzeit die Reformisten behaupteten, sondern daß zur Verbesserung der Arbeit der tschechischen Sektion der Partei mit der Leitung der österreichischen Sozialdemokratischen Partei vereinbart worden war, eine eigene Organisation der tschechischen Sozialdemokratie zu schaffen. Diese tschechische Organisation blieb aber gemäß dem Prinzip des proletarischen Internationalismus auch weiter ein Bestandteil der österreichischen Arbeiterbewegung.

Auf die Geschichte der Anfänge der Arbeiterbewegung in den tschechischen Ländern beziehen sich auch die methodische Arbeit von Zdeněk Šolle über die Bedeutung und Methode des Studiums der Streiks in Heft 2 (1958), eine kleinere Studie von K. Novotný über Engels' Buch „Die Lage der arbeitenden Klasse in England“ und dessen Widerhall bei uns in der Mitte des vorigen Jahrhunderts sowie ein Beitrag von M. Pulec, „Karl Marx in Prag“.

Wichtige methodologische Fragen, die den Charakter des zweiten Weltkrieges betreffen, werden in dem in Heft 8 (1958) publizierten Vortrag, den J. A. Boltin vom Institut für die Geschichte der KPČ hielt, behandelt.

Im dem antifaschistischen Kampf in der Tschechoslowakei in der Periode des Überfalls des faschistischen Deutschlands auf die Sowjetunion bis zur ersten Hälfte des Jahres 1942 beschäftigt sich Josef Hříbek in seinem Artikel „Der

Kampf der KPČ für die Bildung einer antifaschistischen Volksfront in den tschechischen Ländern“, der in Heft 5 (1958) veröffentlicht wurde.

Zum 15. Jahrestag des Slowakischen Nationalaufstandes schrieb Bohus Graca einen Artikel, in dem er auf die Bedeutung dieses Höhepunktes Befreiungskampfes des slowakischen Volkes für die Wiedererrichtung Tschechoslowakischen Republik und für die Festigung des brüderlichen Bündnisses zwischen Tschechen und Slowaken hinweist (Heft 9, 1959).

Einen bedeutenden Platz nehmen in den „Beiträgen zur Geschichte der KPČ“ Artikel über die Geschichte der Gewerkschaftsbewegung ein. So erschienen in Heft 9 (1959) der methodische Artikel von Vladimír Pachman, der Aufsatz von Jan Křen, „Zu den Anfängen der tschechischen gelben Gewerkschaften“, der in dem folgenden Heft fortgesetzt wurde, und der Beitrag von V. Prečan, „Probleme des Kampfes um die Gewerkschaftseinheit in der Tschechoslowakei in den Jahren 1934/1935“.

Ein bedeutsames Ereignis in der Entwicklung der marxistisch-leninistischen Geschichtsschreibung in der Tschechoslowakei war der III. Kongreß der tschechoslowakischen Historiker, der wichtige Beschlüsse für die Verbesserung der weiteren Arbeit faßte. In Heft 10 (1960) erschienen außer dem Bericht von Zdeněk Bradáč über diesen Kongreß die wichtigsten Referate, Resolutionen und Diskussionsbeiträge in Auszügen, die sich mit dem gegenwärtigen Stand und den Aufgaben bei der Erarbeitung der Geschichte der KPČ, der neuen und neuesten Geschichte der ČSSR, der allgemeinen Geschichte und mit theoretischen Fragen der Geschichtswissenschaft befaßten.

In der Rubrik „Erinnerungen“ berichtete in Heft 7 (1959) der alte kommunistische Funktionär Bedřich Runge über seine Begegnung mit W. I. Lenin und über die Arbeit an der „Internationalen Pressekorrespondenz“. In Heft 1 (1957) erschien der Bericht von B. Biheler, einem Mitglied der Internationalen Brigaden über den Spanischen Freiheitskampf 1936—1939, und in Heft 9 (1959) wurden Erinnerungen von Kämpfern aus dem Slowakischen Nationalaufstand veröffentlicht.

Heft 11 (1960) ist dem 15. Jahrestag der Gründung des volksdemokratischen Staates gewidmet. Václav Kopecký, Mitglied des Politbüros des ZK der KPČ, schrieb einen bedeutungsvollen Artikel über die Errichtung der ersten Regierung der befreiten Republik im Mai 1945. Von B. Levčik und L. Kružík wurde die Studie „Die Resultate von 15 Jahren Regierung des Volkes — ein Beweis des Übergewichts des Sozialismus über den Kapitalismus“ veröffentlicht. In dem Artikel „Die Hilfe der Sowjetunion für die Partisanenbewegung in den tschechischen Ländern“ dokumentiert Čestmír Amort die Entwicklung der Partisanenbewegung in den tschechischen Ländern. Samuel Cambel beschäftigt sich in dem Artikel „Die Konferenz der KPS in Žilina im August 1945 und ihr Platz in unserer Revolution“ mit der Nachkriegsentwicklung in der Slowakei. Ebenfalls in dieser Nummer erschien der Artikel des sowjetischen Historikers E. Telpuchowsky, „Die Niederlage der deutschen faschistischen Wehrmacht in Mitteleuropa und die Befreiung von Prag“. Eine zusammenfassende Rezension „Einige Bemerkungen zu Publikationen über die Parteigeschichte in der Periode der Volksdemokratie“, und eine erschöpfende Bibliographie über „Fünfzig Jahre fortschrittliche Historiographie in der volksdemokratischen Tschechoslowakei“ schließen dieses Heft ab.

Mit Heft 12 (1960), das u. a. auch einen Artikel zum 40. Jahrestag der Gründung des Organs des ZK der KPČ, „Rudé právo“, und eine Studie über

bedeutung der innerparteilichen Diskussion vor dem VIII. Parteitag der KPČ (1946) bringt, beendet das Institut für Geschichte der KPČ die Herausgabe der Zeitschrift in dieser Form, und ab 1961 erscheint die Zeitschrift unter dem neuen Titel periodisch. Sie wird fünfmal jährlich mit einem Umfang von 60 Seiten pro Nummer herauskommen. Den Inhalt des ersten Jahrganges der neuen Zeitschrift wird das 40. Jubiläum der Gründung der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei 1961 bestimmen, zu dem auch das erste tschechoslowakische Lehrbuch über die Geschichte der KPČ erscheinen wird.

Jan Pachta

„Analele“, die Zeitschrift für Geschichte der rumänischen Arbeiterbewegung (Nr. 1/1959 – Nr. 3/1960)

Die Zeitschrift „Analele institutului de istorie a partidului de pe lângă C.C. al M.R.“ („Annalen des Instituts für Parteigeschichte beim Zentralkomitee der rumänischen Arbeiterpartei“) erscheint seit 1955 und war die erste Zeitschrift, die sich in unserem Lande mit der Geschichte der Partei und der Arbeiterbewegung befaßte. In den fünf Jahren ihres Bestehens veröffentlichte die Zeitschrift eine Reihe von Beiträgen, die den heldenhaften Kampf der rumänischen Arbeiterklasse unter der Führung ihrer revolutionären, marxistisch-leninistischen Partei behandeln und die bei Parteifunktionären, Historikern, Geschichtsschreibern, Studenten und Werktätigen großes Interesse fanden.

Die Zeitschrift erscheint sechsmal im Jahr und umfaßt die Rubriken Studien und Abhandlungen, wissenschaftliche Mitteilungen und Notizen, Dokumente, Kritik und Bibliographie. Desgleichen erscheinen in manchen Nummern der Zeitschrift unter dem Titel „Kämpfer für Freiheit und Sozialismus“ biographische Notizen, Informationen sowie Zeittafeln zur Geschichte der Arbeiterbewegung.

In den bisher erschienenen Nummern wurden besonders die wichtigsten Probleme aus der ruhmreichen Geschichte unserer Partei behandelt, wie die Gründung der Kommunistischen Partei Rumäniens, der V. Parteitag der KPR, die heldenhaften Kämpfe der Eisenbahn- und Erdölarbeiter vom Januar/Februar 1933, der bewaffnete Aufstand vom 23. August 1944. Die Zeitschrift schilderte den Kampf der Arbeiterklasse unter der Führung der KPR gegen die bürgerlich-gutsherrliche Ordnung, für die Herstellung des Bündnisses der Arbeiterklasse mit der werktätigen Bauernschaft und bemühte sich ständig, Beiträge zu publizieren, die die führende Rolle der Partei beim Aufbau des Sozialismus der Rumänischen Volksrepublik sowie die Beziehungen der Arbeiterbewegung unseres Landes zur internationalen Arbeiterbewegung behandeln.

Selbstverständlich ist es nicht möglich, in diesem kurzen Bericht alle Beiträge aufzuzählen, die in den sechs Nummern des Jahres 1959 und in den ersten drei Nummern 1960 erschienen sind. Wir werden vor allem die Artikel erwähnen, die den wichtigsten Problemen des Kampfes der rumänischen Arbeiterklasse gewidmet sind.

Die von der Kommunistischen Partei geführten heldenhaften Kämpfe der Eisenbahn- und Erdölarbeiter vom Januar/Februar 1933 bildeten den Gipfel-

punkt im Kampf des rumänischen Proletariats vor dem zweiten Weltkrieg spielten eine sehr wichtige Rolle bei der Entwicklung des Klassenbewußtse. Sie bereicherten die revolutionären Erfahrungen des rumänischen Proletar und trugen wesentlich zur Entwicklung und Festigung der KPR bei.

Diesem ruhmreichen Ereignis im Kampf der Arbeiterklasse unseres Lan sind mehrere Beiträge gewidmet. So erschien in Heft 1/1959 unter dem T „Die Kommunistische Partei — Führer der heldenhaften Kämpfe der Eisenba und Erdölarbeiter vom Januar/Februar 1933“ ein Artikel der Redaktion. Heft 3/1959 wurden die Beiträge „Der Prozeß gegen die Führer der Kämpfe Eisenbahn- und Erdölarbeiter vom Januar/Februar 1933“ von V. Hurmuz N. Lupu und „Die internationalen Solidaritätskundgebungen der Werktät mit den Führern der heldenhaften Kämpfe der Eisenbahn- und Erdölarbe vom Januar/Februar 1933 anlässlich des Prozesses Bukarest-Craiova (1933 1934)“ von A. Deac veröffentlicht.

In diesen Artikeln wird nachgewiesen, wie die Kommunistische Partei, stützt auf die Beschlüsse ihres V. Parteitages, den heldenhaften Kampf Eisenbahn- und Erdölarbeiter organisierte und führte. Besonders wird Kampf der KPR gegen die Reformisten und für die Herstellung der Aktie einheit der Werktätigen sowie die Tätigkeit des Zentralen Landesausschu der Eisenbahnarbeiter, des Führungszentrums mit Gheorghe Gheorghiu-De der Spitze, hervorgehoben.

Der KPR gelang es, im Kampf gegen den Faschismus und die kapitalisti Ausbeutung in kurzer Zeit die Aktionseinheit der Arbeiterklasse in Form Einheitsfront von unten und der Aktionsausschüsse herzustellen. In den A einandersetzungen wurden neue Kampfmethoden (Besetzung der Fabri usw.) geboren, und die Kämpfe nahmen allmählich politischen Charakter wobei es zu heftigen Zusammenstößen mit dem bürgerlich-gutsherrlichen Un drückungsapparat kam. Die hier besprochenen Artikel enthalten außer zahlreiche neue Tatsachen, die den mächtigen internationalen Widerhall Kämpfe der Eisenbahn- und Erdölarbeiter und die Unterstützung und Solid tät der internationalen Arbeiterbewegung mit dem Kampf der Arbeiter Ru niens illustrieren.

In den Artikeln wird die historische Bedeutung der Januar/Februar-Käm von 1933 unterstrichen. Diese Kämpfe bildeten einen mächtigen Wall ge die Faschisierung des Landes. Auf internationaler Ebene bedeuteten sie erste revolutionäre Aktion der Arbeiterklasse nach der Errichtung der fasch schen Diktatur in Deutschland und gaben so dem Proletariat und den Vo massen anderer Länder ein Beispiel des antifaschistischen Kampfes.

In Heft 4/1959 erschienen mehrere Artikel über den bewaffneten Aufst vom 23. August 1944 und über den Beitrag Rumäniens zum Antihitlerkrieg z. B. „Der bewaffnete Aufstand vom 23. August 1944 — der Auftakt der Vo revolution in unserem Lande“ von R. Florian, „Die Teilnahme der rumänis Armee am Antihitlerkrieg“ von Armeegeneral Iacob Teclu, „Der Beitrag unter Führung der KPR kämpfenden Arbeiter aus dem Prahova-Tal zum S der faschistischen Diktatur und zur Vernichtung der Hitlertruppen“ M. Covaci, „Der Anteil der Jugend unseres Landes mit der kommunistis Jugend an der Spitze am Kampf der KPR für den Sieg des bewaffneten A stands vom 23. August“ von Gh. Moş und V. Ştefănescu u. a.

Der bewaffnete Aufstand vom 23. August bedeutete einen Markstein in Geschichte des rumänischen Volkes, den Beginn tiefgehender revolution Umwälzungen, die unserem Volke die Möglichkeit gaben, sein Leben in eigenen Hände zu nehmen, die volksdemokratische Ordnung zu errichten

im Aufbau des Sozialismus zu schreiten. Der 23. August, der Befreiungstag unserer Heimat vom faschistischen Joch, ist der größte nationale Festtag unseres Volkes.

In den Artikeln über den Kampf der Volksmassen unseres Landes unter der Führung der KPR zur Befreiung vom faschistischen Joch wird die verräterische Politik der Ausbeuterklassen entlarvt, jene Politik, die das rumänische Volk in den verbrecherischen Krieg gegen die Sowjetunion getrieben hat. Es wird die Tatsache unterstrichen, daß die KPR die einzige politische Kraft des Landes war, die die Volksmassen zum Kampf für den Sturz der faschistischen Antonescu-Diktatur, für den Austritt Rumäniens aus dem räuberischen Krieg gegen die Sowjetunion und für das Umkehren der Waffen gegen die Hitlerarmee aufrief. Die Artikel enthalten zahlreiche Beispiele, die in überzeugender Weise das Anwachsen der Kampfbereitschaft der Massen gegen die faschistischen Besatzungstruppen und ihre Handlanger im Lande widerspiegeln.

Die erwähnten Beiträge enthalten viel neues Material über die Vorbereitung und Durchführung des Aufstands. So wird u. a. darauf hingewiesen, daß gegen Ende Januar 1943 die zum Teil in Gefängnissen und Lagern befindlichen führenden Kadre der Partei, mit Gheorghe Gheorghiu-Dej an der Spitze, die politische Linie zur Vorbereitung des bewaffneten Aufstands ausgearbeitet hatten. Die Einheit der Partei festigte sich. Am 1. Mai 1944 wurde die Einheitsfront der Arbeiter geschaffen. Das erleichterte dem Proletariat, alle patriotischen Kräfte an sich zu scharen und sie zum gemeinsamen Kampf gegen den Faschismus, zum Sturz der faschistischen Militärdiktatur zu führen. In den Artikeln wird gezeigt, daß die Kommunistische Partei in ihrem Plan zur Vorbereitung des Aufstands der Aufstellung bewaffneter Kampftrupps, der Organisierung von Aktionen der Partisanengruppen und der Heranziehung von Soldaten und patriotischen Offizieren zum Sturz der faschistischen Diktatur besondere Aufmerksamkeit widmete. Gleichzeitig wird die Bedeutung des Beginns der sieghaften Offensive der Sowjetarmee in der Nacht vom 19. zum 20. August 1944 betont, die die faschistische Diktatur lähmte, die Verwirrung der Ausbeuterklassen und der Monarchie zur Panik steigerte, den revolutionären Kampf der rumänischen Kommunistischen Partei geführten Massen anspornte und günstige Bedingungen für den Sieg des bewaffneten Aufstands schuf.

Der Aufstand begann in der Nacht zum 23. August mit der Verhaftung der Antonescu-Clique durch die patriotischen Kampfgruppen. Dem Aufruf der KPR folgend und den Willen und die Kampfbereitschaft des Volkes zum Ausdruck bringend, richtete die rumänische Armee in derselben Nacht die Waffen gegen Hitlerdeutschland. Unter der Führung der Kommunisten haben die patriotischen Kampfgruppen und Militäreinheiten, von der gesamten Bevölkerung unterstützt, im Kampf bei der Besetzung der wichtigsten Objekte großen Heldenmut an den Tag gelegt. In den Artikeln wird die Begeisterung geschildert, mit der das rumänische Volk die sowjetischen Befreiungsarmeen empfangen hat, und der Beitrag der rumänischen Armeen zur Befreiung des eigenen Landes sowie des tschechoslowakischen und ungarischen Volkes hervorhoben.

Im Jahre 1959 und in den ersten drei Nummern des folgenden Jahres hat die Zeitschrift, wie auch in den vergangenen Jahren, Artikel über den Kampf der Partei in der Periode der Volksrevolution, für die Errichtung und den Ausbau der volksdemokratischen Ordnung, für den sozialistischen Aufbau in unserem Lande veröffentlicht. So erschienen in Heft 2/1959 die Artikel „Die Rumänische Arbeiterpartei, Führer und Organisator der sozialistischen Umgestaltung

der Landwirtschaft in der Rumänischen Volksrepublik“ von M. Gogiolu in Heft 6/1959 der Beitrag „Der Kampf der Volksmassen unter der Führung der KPR zum Sturz der ersten Regierung mit reaktionärer Majorität (C. I. Brătulescu)“ von Al. Savu. In Heft 3/1960 wurde der Artikel „Die Aussichten der Reorganisation der Gewerkschaftsbewegung in unserem Land. Der erste zentrale Kongreß der vereinigten Gewerkschaften Rumäniens (26. bis 30. Januar 1945)“ von S. Homenco und I. Iacos veröffentlicht. Hier wird besonders die schöpferische Anwendung der marxistisch-leninistischen Lehre auf die konkreten Gegebenheiten Rumäniens durch die Partei hingewiesen. Mit Nachdruck wird die große Bedeutung der sowjetischen Hilfe und Erfahrung für den Kampf unseres Volkes zur Entwicklung der Revolution und beim Aufbau des Sozialismus gezeugt.

Obwohl die Zeitschrift das Hauptgewicht auf den Kampf der Partei in den Jahren der Illegalität und in der Periode der Volksrevolution sowie beim Aufbau des Sozialismus legt, bemüht sie sich gleichzeitig, auch Beiträge zu veröffentlichen, die sich mit der Entwicklung der Arbeiterbewegung und der sozialistischen Bewegung, die der Gründung der Kommunistischen Partei voranging, befassen. So erschienen in Heft 1/1959 der Artikel „Ein heldenhafter Kampf im Kampf der Arbeiterschaft unseres Vaterlandes: der 13. Dezember 1918“ von G. Unc und C. Mocanu, in Heft 5/1959 der Artikel „Die Arbeiterbewegung und die Verschärfung des Klassenkampfes im Land gegen Ende des XIX. Jahrhunderts“ von Gh. Matei und „Der Streik der Hafenarbeiter in Galaţi vom 21. Juni bis 14. Juli 1911“ von L. Eşanu. In Heft 1/1960 wurde die Arbeit von C. Mocanu „Die Streikbewegung vom Jahre 1920 vor dem Generalstreik“ und in Heft 3/1960 der Artikel von D. Hurezeanu „Die landwirtschaftlichen Verhältnisse Rumäniens am Anfang des 20. Jahrhunderts und das Verhalten der sozialistischen Bewegung zur Bauernschaft“ veröffentlicht.

In den hier erwähnten Heften nehmen Probleme der internationalen Solidarität der Werktätigen einen breiten Raum ein. Von den Beiträgen, die diese Fragen behandeln, seien genannt: „Die Solidaritätsbewegung in Rumänien Georgi Dimitroff, den Ankläger des Faschismus beim Prozeß in Leipzig“ von Scarlat Calimachi (Heft 1/1959) und „Die Arbeiterklasse Rumäniens und die Revolution in Ungarn“ von V. Cheresteşiu (Heft 2/1959). In einigen Beiträgen wurden Gegenwartsprobleme der internationalen kommunistischen Arbeiterbewegung behandelt, wie z. B. in den Leitartikeln „Ein großer Gegenwartsereignis: der XXI. Außerordentliche Parteitag der KPdS“ (Heft 1/1959) und „Die internationale kommunistische Bewegung — eine riesige unbesiegbare Kraft unserer Epoche (Zum 40. Jahrestag der Gründung der III., Kommunistischen Internationale)“ in Heft 2/1959.

Heft 2/1960 der Zeitschrift, das dem 90. Geburtstag W. I. Lenins gewidmet war, hat bei unseren Lesern großes Interesse gefunden. Von den Artikeln, in dieser Nummer erschienen sind, heben wir hervor: „W. I. Lenin über die Probleme in der Geschichte Rumäniens“ von Gh. Vasilichi und V. A. Vasilev sowie „Der Leninismus — Leitfaden im Kampfe der KPR für den Übergang von der bürgerlich-demokratischen zur sozialistischen Revolution“ von Paraschiva Nichita und Gh. Tuţui.

In diesen Artikeln wurde betont, daß sich die Partei in ihrer ganzen Tätigkeit auf die Lehren des großen Lenin gestützt hat, die sie, entsprechend den konkreten Bedingungen Rumäniens, schöpferisch anwandte.

In der Rubrik „Dokumente“ hat die Zeitschrift ihren Lesern zahlreiche Materialien über bedeutende Ereignisse im Kampf der Partei erschlossen, so über

den Kampf der Partei gegen die Monarchie (Heft 1/1959), über den bewaffneten Aufstand (Heft 4/1959), über die festliche Begehung der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution in den Jahren der Illegalität (Heft 5/1959), über die heldenhaften Kämpfe der Eisenbahn- und Erdölarbeiter vom Januar/Februar 1933 (Heft 1/1960) usw. In der Rubrik „Dokumente“ werden auch Faksimiles verschiedener illegaler Zeitungen veröffentlicht.

In den bisher vorliegenden Nummern der Zeitschrift kamen auch ausländische Historiker zu Wort. So erschienen in Heft 3/1959 die Beiträge „Das neue Lehrbuch der Geschichte der KPdSU“ von N. I. Schatagin (UdSSR) und in Heft 5/1959 „Rumänische Freiwillige in der Roten Armee an der Ostfront in den Jahren 18–1919“ von J. N. Schtscherbakow (UdSSR). An Übersetzungen aus ausländischen Zeitschriften möchten wir erwähnen die Beiträge von Ludwig Arnold (DDR): „Marx und Engels — die Organisatoren und Führer der internationalen Arbeiterbewegung“ (Heft 2/1959), von R. Palme Dutt (England): „Ehre den Ehrwürdigen. Einige Erwägungen im Hinblick auf die Geschichte der Kommunistischen Partei“ (Heft 3/1959), von L. Humer (USA): „40 Jahre seit der Gründung der Kommunistischen Partei der USA“ (Heft 5/1959) und von I. A. Bedniak (UdSSR): „Ein bedeutender Kämpfer der japanischen und internationalen Arbeiterbewegung. Zum 100. Geburtstag Sen Katayamas“ (Heft 5/1959).

Die Zeitschrift „Analele“ ist ständig bemüht, ihre Thematik auch weiterhin zu verbreitern, der Parteipropaganda und ihren Lesern Arbeiten von hohem Niveau zur Verfügung zu stellen, die die ruhmreiche Geschichte der marxistisch-leninistischen Partei der Arbeiterklasse unseres Landes, welche ein unzertrennbarer Teil der internationalen kommunistischen Bewegung ist, vielseitig beleuchten.

Al. Savu

Wir suchen

Im Frühjahr 1961 begeht das tschechoslowakische Volk den 40. Jahrestag der Gründung seiner Kommunistischen Partei.

Das Institut für Parteigeschichte beim Zentralkomitee der KPČ bereitet aus diesem Anlaß die Herausgabe eines Gedenkbandes vor. Weiter ist geplant, in größeren Städten Ausstellungen aufzubauen.

Unser Institut hat es übernommen, den tschechoslowakischen Genossen bei der Sammlung von Materialien zu helfen. Wertvolle Dokumente, Erinnerungen, Materialien über Streiks, Demonstrationen, über die Zusammenarbeit zwischen Deutschen und tschechoslowakischen Genossen, eine große Anzahl Fotos, Broschüren, Plakate usw. wurden bereits zusammengetragen.

Das Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED bittet alle Genossen, ihre persönlichen Erinnerungen über ihre politische Tätigkeit während des zweiten Weltkrieges in der ČSSR, über den Widerstandskampf während der faschistischen Okkupation, über die Teilnahme deutscher Antifaschisten am Slowakischen Nationalaufstand usw. niederzuschreiben.

Wir wenden uns weiter an alle in der DDR lebenden Genossen, die vor 1945 der KPČ angehörten, mit der Bitte, noch in ihrem Besitz befindliche Materialien unserem Institut zur Verfügung zu stellen. Originale werden fotografiert und auf Wunsch zurückgegeben.

*Institut für Marxismus-Leninismus
beim Zentralkomitee der SED*

Heinz Wohlgemuth: *Deutschland und die deutsche Arbeiterbewegung von der Jahrhundertwende bis zur Novemberrevolution.* Lektionen der Parteihochschule „Karl Marx“ beim ZK der SED. Dietz Verlag, Berlin 1960, 164 S.

Das in der Schriftenreihe „Lektionen der Parteihochschule „Karl Marx“ beim ZK der SED“ erschienene Buch von Heinz Wohlgemuth ist ein verdienstvoller Beitrag zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Der vorliegende Lektionszyklus reiht sich würdig in die ausgezeichneten Beiträge der Parteihochschule „Karl Marx“ ein und schließt eine empfindliche Lücke in den bisherigen Darstellungen zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung von marxistisch-leninistischer Seite. Die bewährte Methode der Parteihochschule, grundsätzliche und wichtige Lektionen zu veröffentlichen, sollten sich auch stärker als bisher unsere Wissenschaftler an den Universitäten, die auf dem Gebiet der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung arbeiten, zum Vorbild nehmen. Das würde nicht nur die Geschichtsschreibung bereichern, sondern auch den wissenschaftlichen Meinungsstreit fördern.

In seiner Arbeit geht W. von der nationalen Grundaufgabe des deutschen Volkes aus, den deutschen Militarismus und Imperialismus zu entmachten. Zugleich stellt sich W. die Aufgabe, die Perspektivlosigkeit des deutschen Imperialismus und Militarismus an Hand des Verlaufs der Geschichte zu beweisen. So überzeugend, wie diese Aufgabe gelöst wird, weist W. auch nach, daß die Arbeiterklasse nur siegen kann, wenn sie von einer marxistisch-leninistischen Partei geführt wird.

Die Aufgabenstellung der Arbeit spiegelt sich auch in ihrer Form wider, die von der üblichen Methodik der chronologischen Aneinanderreihung beträchtlich abgeht. Damit erreicht ein hohes Maß an Geschlossenheit. Hauptproblematik und fördert zugleich beim Leser das Verständnis für grundsätzlichen Fragen. Allerdings zeigt sich auch, begünstigt durch die Form, ein nicht zu übersehender Mangel, der darin besteht, daß der trennbare Zusammenhang zwischen der nationalen Geschichte und der Geschichte der Arbeiterbewegung nicht deutlich genug herausgearbeitet wurde. Das trifft besonders auf den ersten und zweiten Hauptteil der Arbeit, während im dritten Abschnitt, der mit dem Kampf der revolutionären Kräfte in der deutschen Arbeiterbewegung gegen den imperialistischen Kapitalismus und den Sozialchauvinismus beschäftigt, diese Verbindung besser gelungen ist.

Im ersten Abschnitt wird die reaktionäre und aggressive Politik des deutschen Imperialismus und Militarismus von seiner Herausbildung zur Großen Sozialistischen Oktoberrevolution 1917 behandelt (S. 5–6). W. erläutert die Ursachen der besonderen Aggressivität des deutschen Imperialismus und weist nach, daß der deutsche Militarismus nicht schlechthin Frucht des modernen Kapitalismus ist, sondern von den deutschen Imperialisten besonders gefördert wurde, um ihre Weltherrschaftspläne durchzusetzen. Besonders reich ist die Darstellung der ideologischen Kriegsvorbereitung durch die deutschen Imperialisten in der

¹ Alle Seitenangaben ohne nähere Zeichnung beziehen sich auf die hier sprachene Arbeit.

on 1898–1914, weil sie faktisch heute, wie W. anführt, in Westdeutschland wieder von den deutschen Militaristen entsprechend den neuen Bedingungen praktiziert wird. Ein besonderes Verdienst der vorliegenden Arbeit besteht überhaupt darin, daß durchgängig und treffend aktualisiert wird.

Allseitig entlarvt W. das System des deutschen Militarismus und zeigt, daß der Militarismus nicht nur mit seiner internationalen Rüstungs- und Kriegspolitik den Volksmassen große soziale und politische Lasten aufbürdete, sondern das Leben der ganzen Nation aufs Spiel setzte. Gerade diese Seite der Arbeit (besonders S. 20–24) ist ansetzend, die falschen Vorstellungen von der „guten alten Zeit“, die noch in manchen Köpfen spuken, gründlich ad absurdum zu führen. Denn Deutschland war es, das durch die wahnsinnige Aufrüstung bereits 1903 den traurigen Ruhm in Anspruch nehmen konnte, die höchsten Preise für Lebensmittel zu haben.

An verschiedenen Stellen, z. B. S. 6, 34–35, setzt sich W. mit der Vergangenheit der bürgerlichen und sozialdemokratischen Geschichtsschreibung der Vergangenheit und Gegenwart auseinander und entlarvt sie in seinen Ausführungen.

Von grundsätzlicher Bedeutung ist der Nachweis der Perspektivlosigkeit des deutschen Imperialismus und Militarismus und hier besonders der Getztesmäßigkeit der Niederlage des deutschen Militarismus im ersten Weltkrieg. W. entwickelt diese wichtige Frage besonders im ersten Teil seiner Arbeit und geht auf die politischen, wirtschaftlichen und militärischen Faktoren ein, die schon bei der Vorbereitung des ersten Weltkrieges die Abenteuerlichkeit des deutschen Imperialismus und Militarismus erkennen lassen. W. weist auf den tiefen Widerspruch hin, der zwischen den Interessen der Arbeiterklasse und der großen Mehrheit des deutschen Volkes

und den Absichten der deutschen Imperialisten und Militaristen bestand und heute noch besteht. Dieser Widerspruch wurde durch den Ausbruch der revolutionären Ereignisse in Rußland im Jahre 1917 noch verschärft. Mit dem Sieg der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution, die eine Wende in der revolutionären Entwicklung nicht nur Deutschlands darstellte, wurde die Perspektivlosigkeit des deutschen Imperialismus noch deutlicher.

Im zweiten Abschnitt, „Der Kampf der deutschen Linken gegen Revisionismus und Militarismus (1898–1914)“ (S. 64–122), geht W. von der nationalen Grundaufgabe der Arbeiterklasse in der Periode des Imperialismus aus und untersucht die Bedingungen in Deutschland für die Lösung der historisch herangereiften Aufgaben. In der Vergangenheit hat es nicht an Beispielen gefehlt, gerade auch diesen Abschnitt der deutschen Arbeiterbewegung bewußt oder unbewußt mit dem Stempel „Misere der deutschen Geschichte“ zu versehen. Besonders bemühen sich westdeutsche Geschichtsschreiberlinge in dieser Richtung.²

Bei der Behandlung dieses wichtigen und sehr problematischen Abschnittes stellt W. gerade das Neue, den Kampf der sich herausbildenden Linken gegen die zunehmende opportunistische Versumpfung der deutschen Sozialdemokratie, in den Vordergrund. Er betont, daß es für den erfolgreichen Kampf der Arbeiterklasse objektiv notwendig ist, eine marxistisch-leninistische Partei zu besitzen. Bei dem Kampf gegen den opportunistischen Flügel in der Partei, besonders gegen den Revisionismus, spielten die spä-

² W. verweist auf Hermann Heidegger: Die deutsche Sozialdemokratie und der nationale Staat 1870–1920, Göttingen 1956, S. 71–80. — Walter Theimer: Von Bebel zu Ollenhauer, Bern/München 1957, S. 52. — Wilhelm Matull: Werden und Wesen der deutschen Sozialdemokratie, Berlin-Hannover 1957, S. 76.

teren Linken eine hervorragende Rolle. Rosa Luxemburg nahm nicht nur als erste den prinzipiellen Kampf gegen den Revisionismus auf, indem sie Bernsteins revisionistische Artikelreihe „Probleme des Sozialismus“ als Verrat am Marxismus entlarvte, sondern gab in ihrer bekannten Artikelreihe „Sozialreform oder Revolution?“³ die revolutionäre Konzeption, wie man sich auf den kommenden Parteitag der SPD im Oktober 1898 in Stuttgart mit dem Revisionismus auseinandersetzen müsse. Sowohl die erste Artikelreihe als auch die zweite, die Rosa Luxemburg nach dem Stuttgarter Parteitag schrieb, gehören zu den besten und kämpferischsten Arbeiten, die in dieser Zeit in der deutschen Sozialdemokratie gegen den Revisionismus geschrieben wurden.

W. weist auf den gesetzmäßigen Zusammenhang von Imperialismus und Revisionismus hin und zeigt die Gefährlichkeit des Opportunismus für die deutsche Arbeiterbewegung sowohl in der Vergangenheit als auch in der Gegenwart.

Trotz des ständigen Kampfes der deutschen Linken gegen die opportunistische Versumpfung der Partei gelang es den Revisionisten, die Arbeiterklasse zu spalten, ihre Kampfkraft zu lähmen und so zur Erhaltung des imperialistischen Systems beizutragen. Ihr schändliches Treiben wurde ihnen erleichtert, weil in der deutschen Arbeiterbewegung der Marxismus nicht konsequent auf die neuen Bedingungen des Imperialismus angewandt wurde, wie das die Bolschewiki taten. Die notwendige Trennung vom Opportunismus wurde in der deutschen Sozialdemokratie nicht vollzogen.

Von besonderem Wert ist die Darstellung des antimilitaristischen

Kampfes der deutschen Linken (S. 106 bis 106) und des Kampfes der Arbeiterklasse mit den Linken an der Spitze für demokratische Verhältnisse in Deutschland (S. 106–116). Hier wird besonders die nationale Rolle des glühenden Antimilitaristen Karl Liebknecht hervorgehoben, der den Militarismus als Aggressionsinstrument nach außen und Unterdrückungsinstrument nach innen anprangerte und vor allem unter der Jugend antimilitaristische Arbeit leistete.

Der Kampf der Arbeiterklasse mit den Linken an der Spitze gegen den deutschen Militarismus hatte nicht nur große Bedeutung für die Erhaltung des Friedens, sondern war auch von grundlegender Wichtigkeit für die Erringung demokratischer Verhältnisse in Deutschland (S. 106 ff.). Der Kampf gegen den deutschen Militarismus war schon damals die Voraussetzung, um wahrhaft demokratische Verhältnisse in Deutschland zu erringen.

W. zeigt in diesem Zusammenhang das Ringen der Linken für die Anerkennung des politischen Massenstreiks als einer neuen Kampfform des Proletariats in der Epoche des Imperialismus (S. 111 ff.). Bei diesen Auseinandersetzungen über den politischen Massenstreik und andere grundlegenden Fragen der Arbeiterbewegung entwickelte sich die gefährlichste Spielart des Opportunismus, der Zentrismus, der in der Folgezeit, vor allem während des ersten Weltkrieges, durch seine arbeiterfeindliche Politik die Volksmassen desorientierte und vor dem Kampf gegen den Krieg abzuhalten suchte.

Die gelungene Darstellung, die der Autor von dem hervorragenden Kampf der deutschen Linken gibt, bestätigt die Einschätzung, daß die deutschen Linken unter allen linken revolutionären Gruppen der internationalen Arbeiterbewegung den Bolschewiki am nächsten kamen (S. 121/122). Zugleich waren die deutschen Linken die Keim-

³ Vgl. Leipziger Volkszeitung, 20. bis 25. September 1898. — W. nennt auf S. 90 irrtümlich als Erscheinungsjahr dieser Arbeit 1899.

der proletarischen Partei, die wie W. treffend schreibt, im Ge der alten Sozialdemokratie entfaltete (ebenda).

Im dritten und letzten Abschnitt der legenden Arbeit beschäftigt sich mit dem „Kampf der revolutionären Kräfte in der deutschen Arbeiterbewegung gegen den imperialistischen Krieg und den Sozialchauvinismus“ (S. 123–162). Schon diese Überschrift zeigt die Orientierung auf das Neue, das Entscheidende, auf den Kampf der revolutionären Kräfte und nicht, so oft in der Vergangenheit, auf den Verrat der rechten Führung der Partei. Natürlich heißt das nicht, den Verrat der Opportunisten von 1914 zu leugern oder die Krise in der Sozialdemokratie zu bagatellisieren. Aber es heißt, schließlich siegte nicht der Opportunismus in der deutschen Arbeiterbewegung – wenn er auch vorüberwiegend dominierte –, sondern der Kampf der Linken mit Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg, Franz Mehring, Clara Zetkin, Wilhelm Pieck, Leonid Marchlewski u. a., die die großen Traditionen der revolutionären Sozialdemokratie fortsetzten, war in der Endkonsequenz über Opportunismus, Sozialchauvinismus und Militarismus erfolgreich, wie das heute durch die Existenz der DDR und die Rolle der SED, einer Partei dieses Typus, bewiesen wird. Diese geistige Fähigkeit der Sieghaftigkeit des revolutionären Kampfes gilt es heute darzulegen und bis in die lebendige Gegenwart zu entwickeln.

In diesem Zusammenhang ist die Abrechnung der opportunistischen Politik vom „Versagen der Massen“ bei dem Ausbruch 1914 (S. 125) außerordentlich wichtig. W. weist auf die Gefahr der Opportunisten hin, auch nach dem Vortritt durch diese These den Scheitern an die eigene Kraft in die Arbeiterklasse hineinzutragen, um sich der historischen Schuld des Verrats an den Interessen der Arbeiter-

klasse und der ganzen deutschen Nation reinzuwaschen und den heroischen Kampf der revolutionären Marxisten in der Vergangenheit und in der westdeutschen Gegenwart zu verleumden. Deswegen sind auch heute die rechten SPD- und DGB-Führer im Verein mit der Adenauerclique bemüht, das Tor für eine Verständigung zuzuschlagen, um den friedliebenden westdeutschen Menschen das große Beispiel, die DDR, die durch die Schöpferkraft der Volksmassen geschaffen wurde, vorzuenthalten.

Für die Kampfbereitschaft der Massen gibt es viele Beispiele.⁴ Hier sei nur ein bisher kaum bekanntes genannt. Am 29. Juli 1914 demonstrierten gegen den Willen ihrer zentristischen SPD-Führung 70 000 Arbeiter auf den Straßen und Plätzen Leipzigs gegen den Krieg, nachdem sie in den größten Sälen der Stadt gegen die imperialistische Kriegspolitik protestiert hatten.⁵ Vergleicht man diese Aktion der Leipziger Arbeiter, die unter den schwierigsten Umständen durchgeführt wurde, mit dem bestellten chauvinistischen Rummel einiger hundert nationalistischer Studenten und Spießer, der zwei Tage vorher in Leipzig inszeniert wurde, so zeigt die Kampfdemonstration der Arbeiter, daß es falsch ist, allgemein von einer Kriegsbegeisterung der Massen zu sprechen, ohne genau die tatsächliche Lage und die Verantwortung der sozialdemokratischen Führung zu untersuchen. Deshalb halte ich die Formulierung W.s „... aus der Kampfbereitschaft der Massen gegen den Krieg (wurde) zeit-

⁴ Vgl. die Diskussion über das Buch von Jürgen Kuczynski: Der Ausbruch des ersten Weltkrieges und die deutsche Sozialdemokratie, Berlin 1957, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, 1958, Heft 1 bis 4, besonders Heft 1, S. 169–190.

⁵ Vgl. Museum für Geschichte der Leipziger Arbeiterbewegung, Akte Nr. 62, S. 2/3.

weilig bei großen Teilen unseres Volkes eine *Kriegsbegeisterung*“ (S. 129) (Hervorhebungen von mir — H. B.) für falsch, weil diese Formulierung objektiv der Lüge vom „Versagen der Massen“ Vorschub leistet, auch wenn sie mit dem „abscheulichen Zusammenspiel von Monopolkapital und Opportunismus“ (ebenda) begründet wird. W. I. Lenin schrieb zu diesem Problem: „Die Behauptung, ‚die Massen‘ der Proletarier hätten sich dem Chauvinismus zugewandt (auch Kautsky gehört zu den Leuten, die dies behaupten), ist eine Lüge; die Massen *wurden nirgends gefragt*... Die Massen waren betäubt, eingeschüchtert, gespalten, niedergehalten durch den Kriegszustand.“⁶

Mit ihrer „Burgfriedenspolitik“ wollten die rechten Führer der Sozialdemokratie und Gewerkschaften den Klassenkampf während des ersten Weltkrieges *einseitig* einstellen, gerade wie heute die Wehner, Brandt, Erler u. a. vergeblich bemüht sind, den Klassenkampf seitens des Proletariats zu unterbinden. Bezeichnend für damals und auch für heute ist die Tatsache, daß mit diesen vergeblichen Bemühungen der Opportunisten immer eine Verschärfung des Klassenkampfes durch die imperialistische Bourgeoisie einhergeht.

Wie sich der Klassenkampf in Deutschland während des ersten Weltkrieges verschärfte, wie die deutschen Linken von der Agitation zur Aktion gegen den Krieg schritten, zeichnet W. zusammenhängend in den letzten Kapiteln der Arbeit (S. 131 ff.). Dabei legt W. die Entwicklung der Spartakusgruppe in ihrer ganzen Kompliziertheit dar und untersucht den Einfluß Lenins und der Bolschewiki sowie der beiden russischen Revolutionen von 1917 auf die revolutionäre Ent-

wicklung der deutschen Arbeiterbewegung (S. 145 ff.).

Der Sieg der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution gab der internationalen Arbeiterbewegung das Beispiel, wie man den Imperialismus schlagen, den Krieg beenden und die Macht Arbeiter und Bauern errichten, die einzige politische Gruppe in Deutschland erkannten die Linken die historische Bedeutung des Roten Oktober und zogen ihre praktischen politischen Schlußfolgerungen daraus, eine revolutionäre Massenbewegung des deutschen Proletariats, beflügelt durch die Große Sozialistische Oktoberrevolution, nahm einen mächtigen Aufschwung. Über 2,5 Millionen Arbeiter kämpften in Massenaktionen, wie in dem großen Munitionsarbeitersstreik im Januar 1918, gegen Krieg und Militarismus, für sofortigen Frieden und den Sturz des kaiserlich-imperialistischen Regimes. Die Einschätzung, daß die deutschen Imperialisten und Militaristen in der damaligen Situation nur noch mit Hilfe der Opportunisten ihre Klassenherrschaft aufrechterhalten und den Krieg fortsetzen konnten (S. 158), ist auch heute für Deutschland von Bedeutung.

Es wäre zu wünschen gewesen, daß W. seine Feststellung, daß die Spartakusgruppe 1918 auf die bürgerdemokratische Revolution orientiert war (S. 159), stärker begründet hätte, besonders mit dem Programm der bedeutungsvollen Reichskonferenz der Spartakusgruppe vom 7. Oktober 1918, weil das Programm in den Hauptzügen der Lehre W. I. Lenins von der Revolution, die er vor allem in seinem Werk „Zwei Taktiken der Sozialdemokratie in der demokratischen Revolution“ entwickelt hatte, entsprach. Hier wird wohl am besten sichtbar, wie stark sich der Einfluß Lenins und der Bolschewiki auf die deutschen Linken auswirkte.

Die Arbeit W.s hätte noch gewonnen, wenn eine Zeittafel beigelegt worden wäre.

⁶ W. I. Lenin: Sämtliche Werke, Bd. 18, Berlin — Wien 1929, S. 454.

da sich durch die gewählte Form, nach chronologischen, sondern nach inhaltlichen Gesichtspunkten zu gliedern zeitliche Überschneidungen nicht vermeiden ließen.

Gesamt stellt die Arbeit W.s eine wertvolle Bereicherung des marxisti-

sch-leninistischen Geschichtsbildes der deutschen Arbeiterbewegung dar und gehört in die Hand jedes Historikers, Propagandisten und Lernenden, der sich mit den Problemen der deutschen Arbeiterbewegung beschäftigt.

Horst Beutel

den der Revolution. Porträts hervorragender Bolschewikinnen. Verlag, Berlin 1960, 342 S.

Das Buch vereint zwanzig Lebensbilder revolutionärer Frauen, die zu den ältesten Mitkämpferinnen der kommunistischen Bewegung in Rußland gehören. Diese einfachen und ergreifenden Lebensberichte, die keinen Anspruch auf biographische Vollständigkeit erheben, wenden sich an einen breiten Leserkreis und sind insbesondere für die Jugend von großem Nutzen. Aber auch Historiker, Propagandisten und Lehrer, wie überhaupt alle, die sich mit der Geschichte der KPdSU und der internationalen Arbeiterbewegung beschäftigen, werden diesen Band mit großem Gewinn lesen.

Das Buch läßt anfangs die Bilder der Revolutionären der Familie Uljanow lebendig werden. Neben den Berichten über die Schwestern Anna Iljitschna und Maria Iljitschna und seine Lebensgefährtin Nadeshda Konstantinowa Krupskaja enthält der Band wertvolle Lebensbilder von Inès Armand, Ludmila Stal, Maria Moissewitsch Essen, Alexandra Michailowna Kollontai und vielen anderen. Er enthält außerdem ein Porträt Clara Zetkins, die lange in Rußland lebte, die im Sowjetland ihre zweite Heimat sah und viel für dessen Entwicklung tat. Der erzieherische Wert solcher Lebensbilder ist sehr groß, vermögen sie doch die unmittelbare Atmosphäre des Kampfes, das persönliche Schicksal, das Maß der Leiden und die

Größe des Opfermuts meist plastischer und einprägsamer zu schildern als die im strengen Sinne wissenschaftlich-historische Literatur. Diese Erinnerungsliteratur erfüllt in hohem Maße die Forderung des Beschlusses des ZK der KPdSU vom Januar 1960 über die Aufgaben der Propagandaarbeit, „daß die Kraft des positiven Beispiels geschickt ausgenutzt werden muß. Die Propagierung der Ideen des Kommunismus muß die Werktätigen ansprechen und ihnen verständlich sein, sie muß eindringlichen Charakter haben, Verstand und Herz eines jeden Sowjetmenschen erreichen und in ihm die lichtesten und edelsten Gedanken und Gefühle erwecken.“¹

Hinzu kommt, daß solche Erinnerungen und Lebensbilder oftmals wertvolles geschichtliches Material bieten. Deshalb haben seit den Erinnerungen Johann Philipp Beckers, August Bebels und vieler anderer solche Lebensbilder eine bedeutsame Rolle im geistigen Leben der internationalen Arbeiterbewegung gespielt. Wohl handelt es sich in dem vorliegenden Bande nicht um Selbstzeugnisse, doch bürgen die Namen der Autoren der einzelnen Beiträge — N. K. Krupskaja, Jelena Stassowa, Z. Selikson-Bobrowskaja, M. Essen, Inès Armand u. a. — für jene historische Treue und Authentizität, die neben dem Wissen um die historische Entwicklung aus der persönlichen Kenntnis aller Umstände und

¹ Neues Deutschland (B), 14. Januar 1960.

Bedingungen des Kampfes, aus der guten Bekanntschaft und direkten Zusammenarbeit mit den Porträtierten hervorsticht.

Die vorliegenden Beiträge beleuchten eine nur wenig bekannte Seite des proletarischen Kampfes: den führenden Anteil hervorragender Frauen an der Organisation der revolutionären Partei in Rußland wie auch später beim Aufbau der Sowjetmacht. Über den Weg dieser Kämpferinnen wird in der Einleitung des Bandes gesagt: „Sie schlossen sich dem revolutionären Kampf an, als in Rußland erst die Grundlagen einer revolutionären marxistischen Partei geschaffen wurden, und wirkten unter der Führung des großen Lenin aktiv an der Gründung dieser Partei mit“ (S. 5)².

Zu diesen ersten Mitkämpferinnen Lenins zählten neben N. K. Krupskaja auch Lidia Michailowna Knipowitsch, Praskowa Franzewna Kudelli, Konkordia Nikolajewna Samoilowa und viele andere. So erhielt zum Beispiel Rosalia Samoilowna Semljatschka 1901 von W. I. Lenin den Auftrag, als Vertrauensmann der „Iskra“ in Odessa zu wirken. Dieser Aufgabe widmete sie sich mit allen Kräften. Im Kampf um die Zurückdrängung des bürgerlichen Einflusses innerhalb der Arbeiterbewegung, hineingetragen durch die antileninistische „Borba“-Gruppe, errang sie große Erfolge. Die Odessaer Sozialdemokraten gingen nach harten Auseinandersetzungen auf die Seite der „Iskra“-Anhänger über und gaben den leninistischen Kräften das Mandat für den II. Parteitag der SDAPR. Der Name von R. S. Semljatschka ist im neuen Lehrbuch der Geschichte der KPdSU unter denen der ersten Berufsrevolutionäre Leninschen Typus genannt: er steht neben den bekannten Namen I. W. Babuschkin, N. E. Bau-

mann, M. I. Kalinin, N. K. Krupskaja und anderen.

Welch wichtige Etappen es in russischen revolutionären Bewegungen auch gab, immer nahmen diese Schewikinnen hervorragenden Anteil an den Kämpfen und Auseinandersetzungen der Partei. Als im Jahre 1903 die Menschewiki die Parteiführung sich gerissen hatten und darangingen, die Parteiorganisation zu spalten, schloß sich die Bolschewiki vor der Aufgabe, alle revolutionären Kräfte um sich zu scharen und auf die Auseinandersetzung mit dem Zarismus aktiv vorzubereiten. Von großer Bedeutung für die Lösung dieser wichtigen Aufgabe war die Beratung von 22 Bolschewiki, im August 1904 in der Schweiz stattfand. An ihr nahm R. S. Semljatschka aktiven Anteil. Danach kehrte sie nach Rußland zurück und arbeitete als Mitglied in einem zur Vorbereitung des III. Parteitages gebildeten Büro des Komitees der Mehrheit. Durch aufopferungsvolle Arbeit erreichte sie, daß versöhnlerische Richtungen aus den einzelnen Komitees zurückgedrängt wurden und die Komitees den Beschlüssen der Beratung beitraten. R. S. Semljatschka war wieder als Delegierte auf dem III. Parteitag 1905 vertreten.

Ob innerhalb Rußlands mit der Organisation illegaler Zirkel und Gruppen beschäftigt, ob in direktem Auftrag Lenins in leitender Funktion in Rußland oder im Ausland tätig — die Frauen, von denen dieses Buch erzählt, waren Berufsrevolutionäre Leninschen Typus, deren hervorragendster Charakterzug ihre untrennbare Verbundenheit mit der Partei war. Für sie alle gilt, was über Konstantia Iwanowna Kirsanowa — nach dem Rektorin der Swerdlow-Universität geschrieben wird: „Diese Menschen traten schon in jungen Jahren in die Partei ein und beteiligten sich mit ganzem jugendlichen Elan an der revolutionären Bewegung. Die Schwi-

² Alle Seitenangaben ohne nähere Bezeichnung beziehen sich auf das hier besprochene Buch.

keiten und Unbilden des Kampfes für die Partei nahmen sie als etwas Selbstverständliches hin, ein anderes Leben wollten sie nicht“ (S. 159).

„Frauen der Revolution“ — jede Episode aus den Sturmjahren 1905—07 in der Biographie jeder einzelnen Genossin bestätigt den Titel dieses Bandes. Ab nun Maria Petrowna Golubewas als Sekretärin des Moskauer Komitees tätig war oder K. I. Kirsanowa in der ersten Militärorganisation trotz der Niederwerfung des Aufstandes ihre Tätigkeit fortsetzte, ob R. S. Semlitschka in den revolutionären Tagen als Sekretärin des Moskauer Komitees der SDAPR arbeitete oder P. F. Kuweli als Agitator und Propagandist die Arbeiter in Tula auf den bewaffneten Kampf vorbereitete — sie alle bewiesen in den verschiedensten Orten und bei der Lösung der mannigfaltigsten Aufgaben ihre Kampfbereitschaft und Liebe zur Sache der Arbeiterklasse.

Nicht weniger groß als das Maß an revolutionärer Energie und schöpferischer Initiative war das Maß an Leid und Opfern, waren die Qualen im Kerker und Verbannung, die jede einzelne dieser Kämpferinnen für die proletarische Sache auf sich nehmen mußte. Sie opferten der Arbeiterklasse und dem Volke all ihre Kraft und oft Gesundheit und Leben, wie Wera Iulzskaja, die in den Tagen der Großen sozialistischen Oktoberrevolution bei den Kämpfen in Petrograd fiel.

Die Bedeutung und der Wirkungsbereich der revolutionären Tätigkeit der Frauen, die in diesem Buch vorgestellt werden, geht in vielen Fällen weit über die Grenzen der russischen Arbeiterbewegung hinaus. Das sollte sich besonders in den Jahren des ersten Weltkrieges zeigen. So sagte Maurice Thorez über Inès Armand: „Auch die immerwährende Linke begann in Frankreich Boden zu gewinnen. Hauptsächlich infolge der Bemühungen Inès Ar-

mands, die in unmittelbarer Verbindung mit Lenin stand, setzten sich die Ideen der Linken im sozialistischen Jugendverband des Departements Seine, in den Pariser Gewerkschaften der Mechaniker und Metallarbeiter und in den Organisationen der Erd- und Hafenarbeiter durch“ (S. 84).

Ludmila Stal organisierte innerhalb der Sozialistischen Partei Frankreichs während des ersten Weltkrieges eine illegale Kampfgruppe gegen den imperialistischen Krieg. Große internationale Bedeutung kommt dem Wirken A. M. Kollontais zu.

Die Bolschewiki leisteten während des ersten Weltkrieges eine große Arbeit zur Sammlung aller Linken im internationalen Maßstab und rüttelten zum internationalen Kampf gegen die Opportunisten und Sozialchauvinisten auf. Eine wichtige Rolle spielte in diesem Kampf die internationale sozialistische Frauenkonferenz 1915 in der Schweiz. Inès Armand — Sprecherin der russischen Delegation — verteidigte dort leidenschaftlich die Resolutionsvorschläge der Bolschewiki in den Fragen des Krieges und der Haltung zur II. Internationale. W. I. Lenin hob in seiner Arbeit „Über den Kampf gegen den Sozialchauvinismus“ hervor, daß sich die Vertreterinnen der Frauenorganisation beim Zentralkomitee der SDAPR von den Verfechterinnen opportunistischer und nicht konsequent „linker“ Auffassungen trennten und es vorzogen, einstweilen allein zu bleiben, anstatt sich an einem Block mit solchen Kräften zu beteiligen.³ Lenin war mit der Haltung der russischen Delegierten, zu denen auch N. K. Krupskaja und Ludmila Stal gehörten, völlig einverstanden. A. M. Kollontai konnte wegen Visaverweigerung einiger imperialistischer Länder nicht an den Beratungen teilnehmen, legte aber in einem Schreiben an die Kon-

³ Vgl. W. I. Lenin: Werke, Bd. 21, Dietz Verlag, Berlin 1960, S. 192.

ferenz die Leninsche Linie dar und verteidigte sie.

Naturgemäß bietet ein Band über Frauen der Revolution viele wertvolle, oft nur wenig bekannte Materialien über die Arbeit der bolschewistischen Partei unter den Frauen. Niemals beschäftigten sich die russischen Revolutionärinnen mit einer „besonderen“ Frauenbewegung, losgelöst vom Kampfe der Arbeiterklasse um ihre demokratischen und sozialistischen Ziele. Sie machten die Worte Clara Zetkins aus dem Jahre 1896 zur Richtschnur ihres Handelns: „Wir haben nicht spezielle Frauenagitation, sondern sozialistische Agitation unter den Frauen zu treiben“ (S. 55).

Unmittelbar vor dem ersten Weltkrieg wurde auf Veranlassung Lenins beschlossen, eine gemeinverständliche Zeitschrift („Rabotniza“ — „Die Arbeiterin“) für die Frauen herauszugeben. Sie erschien 1913 legal in Petersburg. Ihrer Sektionsleitung gehörten N. K. Krupskaja, Inès Armand und Ludmila Stal an. Die Zeitschrift, an der auch P. F. Kudelli in Petersburg mitarbeitete, gab den Bemühungen um die Organisierung und Zusammenfassung der werktätigen Frauen in Rußland großen Auftrieb.

Eine riesenhafte, bei uns noch viel zuwenig bekannte und gewürdigte Arbeit leisteten diese revolutionären Kämpferinnen aus der Schule Lenins nach der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution beim Aufbau der Sowjetmacht und bei der Errichtung der sozialistischen Gesellschaft. Viele von ihnen waren hauptsächlich als hervorragende Agitatoren und Propagandisten des Marxismus-Leninismus tätig, wie zum Beispiel K. I. Kirsanowa, P. F. Kudelli, K. N. Samoilowa, Ludmila Stal, M. M. Essen. Sie erwarben sich außerordentliche Verdienste um den Aufbau des ersten Arbeiter- und Bauern-Staates der Welt. N. K. Krupskaja übte bekanntlich leitende Funktionen im Volksbildungswesen der

UdSSR aus, sie war Deputierte des Obersten Sowjets und Ehrenmitglied der Akademie der Wissenschaften der UdSSR. Inès Armand war Mitglied der Gesamtrussischen Zentralexekutivkomitees und Vorsitzende des Volkswirtschaftsrates des Gouvernements Moskau. Wera Michailowna Welitschkina (Bontsch-Brujewitsch) gehörte als maßgebliche Organisatorin dem Volkskommissariat für Gesundheitswesen an. Klawdia Iwanowna Nikolajewa arbeitete als führende Gewerkschaftsfunktionärin. Olga Afanasjewna Warentzowa, Sofja Nikolajewna Smidowitsch und viele andere waren leitende Parteifunktionäre. A. M. Kolontai wurde 1917 als erste Frau zum Volkskommissar für Sozialfürsorge der RSFSR ernannt. 1922 erregte ihre Ernennung als Botschafterin in Norwegen und 1926 ihre Tätigkeit im diplomatischen Dienst in Mexiko großes Aufsehen in der Welt. Leiterin der Politabteilung bei der 8. und 13. Armee während des Bürgerkrieges, später leitende Funktionärin im Parteiapparat, Mitglied der Zentralen Kontrollkommission der Arbeiter- und Bauerninspektion, maßgebliche Organisatorin des sowjetischen Verkehrswesens und schließlich — während des Großen Vaterländischen Krieges — Stellvertreterin der Vorsitzenden des Rates der Volkskommissare der UdSSR: das sind nur einige Stationen auf dem Lebensweg von R. S. Semljatschka nach 1917. Sie vollendete sich der Lebensweg einer glühenden Revolutionärin, die bereit im Alter von 18 Jahren dem Kiewer Komitee der SDAPR angehört hatte und auf dem II. Parteitag in das Zentralkomitee der SDAPR gewählt worden war.

Jeder einzelne der in dem Band „Frauen der Revolution“ vereinigte Beiträge wird vor unseren Augen zu einem lebendigen, mitreißenden und begeisternden Bild aus der Geschichte des Kampfes und Sieges der Kommunistischen Partei der Sowjetunion. De

und erfüllt die Kenntnis und das Verständnis dieser Geschichte noch tiefer mit Blut und Leben und vermittelt viele neue Tatsachen.

Aber allem aber — das sei nochmals ausdrücklich betont — steht der beachtliche erzieherische Wert dieser graphischen Schilderungen. Was an diesen Lebensbildern so vorbildlich und begeisternd wirkt, das ist vor allem die schrankenlose Hingabe an die Leninsche Sache, ist jene vollständige Übereinstimmung zwischen persönlichen und gesellschaftlichen Interessen, welche diese Frauen vorlebenslang eindrucksvoll wird immer wieder deutlich, wie ihr eigenes, persönliches Leben im Wirken für die Befreiung der Arbeiterklasse aufging, wie aber mit zugleich ihr persönliches Leben als Frau und Mutter gewann, indem die gemeinsame Sache der Arbeiter-

klasse und des Volkes zu ihrem ureigensten persönlichen Anliegen wurde.

Für all diese Frauen gilt, was N. K. Krupskaja über eine von ihnen — L. M. Knipowitsch — schrieb: „Lenin pflegte zu sagen, ein echter Revolutionär müsse zu allem bereit sein, zur unauffälligen, alltäglichen Arbeit, zum Kampf für das Ansehen und die Ehre der Partei und nötigenfalls zum Einsatz des Lebens. Ein solcher Revolutionär war Lidia. Alle ihre Gaben und ihre ganze Tatkraft weihte sie der Partei. Ohne solche Menschen wie Lidia hätte unsere Partei niemals siegen, hätte sie niemals das werden können, was sie ist“ (S. 198).

Zwanzig dieser Menschen setzt das Buch „Frauen der Revolution“ ein schönes und bleibendes Denkmal.

Marga Beyer/Gerda Koch

Ilse Krause: *Die Schumann-Engert-Gruppe*. Dokumente und Materialien des illegalen antifaschistischen Kampfes (Leipzig — 1953 bis 1945). In: Schriftenreihe Beiträge zur Geschichte und Theorie der Arbeiterbewegung, Heft 22. Leipzig, vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Dietz Verlag, Berlin 1960, 150 S., 18 Bilder, 6 Faksimiles und Kartenskizzen.

Die in der Schriftenreihe „Beiträge zur Geschichte und Theorie der Arbeiterbewegung“ bereits vorliegenden Dokumentationen und Darstellungen über den Widerstandskampf der deutschen Arbeiterklasse unter Führung der kommunistischen Partei Deutschlands gegen die faschistische Diktatur werden durch die unlängst erschienene Arbeit von Ilse Krause wirkungsvoll ergänzt. Sie hat sich die Aufgabe gestellt, den Kampf einer der bedeutendsten antifaschistischen Wider-

standsgruppen in Deutschland zu untersuchen.

Mit großer Präzision wird im 1. Kapitel die politische Situation geschildert, in der die Widerstandsgruppe gegründet wurde und tätig war. Hier ist nur darauf hinzuweisen, daß die Formulierung auf Seite 12, wonach sich der Krieg endgültig erst mit dem Überfall der deutschen Faschisten auf die Sowjetunion und mit der gleichzeitigen Bildung der Antihitlerkoalition aus einem imperialistischen Krieg in einen gerechten Krieg verwandelte, nicht genau genug ist. Die hervorragende Rolle der Volksmassen in allen vom Hitlerfaschismus überfallenen oder von ihm bedrohten Ländern bei der Umwandlung des imperialistischen Krieges in einen gerechten Befreiungskrieg sowie bei der Herausbildung der Antihitlerkoalition hätte klarer herausgearbeitet werden müssen.

Im 2. Kapitel werden die unbedingte Notwendigkeit des gemein-

samen Kampfes aller Antifaschisten an der Seite der Sowjetunion und die sich hieraus ergebenden prinzipiellen Aufgaben der Leipziger Widerstandsgruppe behandelt. Es ist anzuerkennen, daß K. nicht kritiklos die von Schumann und Engert ausgearbeiteten „Leitsätze über die Liquidierung des imperialistischen Krieges und der Nazi-herrschaft“ würdigt, sondern in einer Fußnote (S. 20)¹ die an diesem Dokument von Otto Winzer in seinem Buch „Zwölf Jahre Kampf gegen Faschismus und Krieg“, Dietz Verlag, Berlin 1955, S. 218/19, geübte Kritik wiedergibt. Otto Winzer schätzt dort ein, daß die „Leitsätze“ nicht voll dem tatsächlichen internationalen und inneren Kräfteverhältnis entsprachen und deshalb eine zu enge politische Orientierung für den Kampf gegen den Faschismus gaben. Im Prozeß der Arbeit und des Kampfes wurde jedoch diese Linie korrigiert und auch in Leipzig eine breite Kampffront gegen Faschismus und Krieg geschaffen.

In den nächsten Kapiteln wird die antifaschistische Arbeit in den Leipziger Betrieben und die Bildung einer gemeinsamen Kampffront deutscher und ausländischer Arbeiter behandelt. Die Verf. arbeitet die besondere politische Bedeutung dieser von Antifaschisten verschiedener Nationen gebildeten Kampffront heraus und schildert anschaulich die ungeheuren Schwierigkeiten dieses illegalen Kampfes. Nicht ganz präzise erscheint uns die Bemerkung, daß die opportunistischen Kräfte in der emigrierten SPD-Führung (S. 30) den „klassenbewußten“ Mitgliedern der SPD verboten hätten, gemeinsam mit den Kommunisten den Kampf gegen die Hitlerdiktatur zu führen. Kennen denn diese rechten SPD-Führer damals wie heute in Westdeutschland

überhaupt einen Unterschied zwischen „klassenbewußten“ und anderen Arbeitern? Versuchen sie nicht, die gesamte Mitgliedschaft, die ganze Arbeiterklasse in ihre verderbliche Politik des Antikommunismus und Kniefalls vor der antinationalen Atompolitik des westdeutschen Imperialismus und Militarismus einzuziehen? Daß ihnen das nicht gelingt wird und daß vor allem die klassenbewußten Arbeiter der Bundesrepublik mit Unterstützung ihrer sozialistischen Staat der Arbeiter und Bauern die Macht ausübenden Klassenbrüder die Vorschläge des „Deutschlandsplanes“ des Volkes durchsetzen werden, ist eine andere Frage.

Von außerordentlicher Bedeutung für die Aktivität der Leipziger Gruppe war ihr Kontakt mit der „Internationalen Antifaschistischen Komitee“ (S. 43—52). Die dies Kapitel abschließende Auseinandersetzung mit Gerhard Ritter, einem führenden Historiker des deutschen Imperialismus, wünscht man sich in der Neuauflage allerdings — ihrer prinzipiellen Bedeutung wegen — ausführlicher und konkreter. Die zuvor geschilderten Tatsachen und Heldentaten widerlegen zwar überzeugend die Geschichtsfälschungen Ritters, trotzdem sollte man der direkten Auseinandersetzung mehr Raum widmen.

Überzeugend ist die Darstellung der Bemühungen der Leipziger Widerstandsgruppe, eine breite antifaschistische Kampffront sowie Verbindungen zu Widerstandsgruppen in anderen Städten zu schaffen, wofür das Kartenmaterial die ganze Breite der Bewegung veranschaulicht. In der Schilderung der unbeugsamen Haltung der illegalen Kämpfer gegenüber den faschistischen Henkern und des trotz der Verhaftungen weitergeführten Kampfes bis zum Einmarsch der Roten Armee in Leipzig vervollständigt den Bericht.

¹ Alle Seitenangaben ohne nähere Bezeichnung beziehen sich auf das hier besprochene Buch.

Aus den Karten (nach S. 54 und 64), aber auch aus dem Text (vor allem 67/68) ergibt sich, daß alle bisher erwürdigten und wissenschaftlich untersuchten Widerstandsgruppen besonders während des zweiten Weltkrieges politische und organisatorische Beziehungen untereinander und zu weiteren Gruppen in West- und Süd-Deutschland sowie nach dem früheren Schlesien gehabt haben.

Diese Verbindungen und das gemeinsame Wirken aller dieser unter Führung des Zentralkomitees der KPD und des Nationalkomitees „Freies Deutschland“ stehenden, aktiv kämpfenden Gruppen und ihrer heldenhaften, patriotischen Mitglieder werden erschöpfend wohl erst nach der Beseitigung des Militarismus und der Wiederherstellung demokratischer Rechte und Freiheiten in Westdeutschland genauer untersucht und dokumentarisch belegt werden können.

K. war gut beraten, als sie ihrem Bericht über die Schumann-Engert-Gruppe eine große Anzahl Dokumente (S.129—150) beifügte. Dokumente sind von besonderer Überzeugungskraft. Die in diesem Buch veröffentlichten Dokumente belegen und beweisen nicht nur die gegebenen Einschätzungen, sondern widerlegen gleichzeitig die Versuche der reaktionären Geschichtsfälscher, die führende Rolle der Arbeiterklasse und der Kommunistischen Partei in der antifaschistischen Widerstandsbewegung herabzusetzen oder zu leugnen. Auch hätte sich die Verf. mit dergleichen Entstellungen in der offiziellen westdeutschen Historiographie nicht in ihrer Darstellung selbst befriedigen lassen sollen. Es gilt beispielsweise für die Widerlegung der von O. Paetel aufgestellten Behauptungen (S. 55). Gerade die auch in K. teilweise zitierten Dokumente und Materialien entlarven doch seine so durchsichtigen Zwecke erfundenen Behauptungen als Lügen und

sind hervorragend geeignet, der Verbreitung der Wahrheit zu dienen. In diesem Zusammenhang (S. 56) hätte sich K. auch nicht damit begnügen sollen, nur einen Anmerkungshinweis auf die Rede Walter Ulbrichts vom 7. Februar 1953 über „Ernst Thälmanns Vermächtnis“ zu geben. Hier wäre vielmehr ein ausführliches Zitat aus dieser Rede am Platz gewesen oder aber ein Hinweis auf Ernst Thälmanns „Offenen Brief an die sozialdemokratischen und christlichen Arbeiter Deutschlands! An die Kollegen der freien Gewerkschaften und an die Reichsbannerkameraden!“ zur Schaffung einer antifaschistischen Einheitsfront vom 27. Februar 1933, der mit den Worten schloß: „Schafft gemeinsam mit uns breite Massenorgane der proletarischen Einheitsfront, in denen kameradschaftlich und brüderlich Kommunisten und Sozialdemokraten, christliche Arbeiter und Freidenker, Organisierte und Unorganisierte zusammenarbeiten und gemeinsam den Kampf organisieren.“²

Schließlich sei empfohlen, bei einer Neuauflage zu prüfen, ob nicht manche der im Text auszugsweise zitierten, im Archiv des Instituts für Marxismus-Leninismus vorhandenen Dokumente (so auf S. 21, 25, 34, 41, 44, 47, 48, 49, 50, 55, 75, 78) vollständig in den Dokumentenanhang aufgenommen werden können. Dabei müßte gleichzeitig eine bessere Ordnung und Übersicht (möglichst chronologisch) geschaffen werden. So gehört z. B. die Wiedergabe eines Auszugs aus der Anklageschrift (S. 139) und des Begleitschreibens des Generalstaatsanwalts zur Beschwerde des SD über den Rechtsanwalt Weiß (S. 147) nicht zwischen Flugblätter und andere

² Ernst Thälmann. Bilder und Dokumente aus seinem Leben. Mit einem Vorwort von Hermann Matern, Dietz Verlag, Berlin 1955, S. 172.

Materialien der Widerstandsbewegung, sondern an den Schluß.

Eine wertvolle Bereicherung der Broschüre ist auch die Wiedergabe zahlreicher Biographien ermordeter Widerstandskämpfer auf den Seiten 85—103. Man kann diese betont sachliche Darstellung von Menschenschicksalen nur mit Erschütterung lesen. Hier sind sie, die Helden und Vorbilder unserer Jugend: deutsche Patrioten, einfache, bescheidene, aufrechte Menschen aus allen Bevölkerungsschichten, die angesichts drohender Verhaftung, Folterung, ja auch des Todes ihren edlen Kampf für ein demokratisches Vaterland und für den Frieden mit ganzer Kraft führten. Wenn sie — und darin besteht ihre Tragik — den Sieg der guten Sache, die Zerschlagung des Hitlerfaschismus und den Aufbau des Sozialismus in der friedliebenden Deutschen Demokratischen Republik nicht mehr erleben durften, sondern dem Gestapo- und Justizterror des Nazistaates, der heute seine Fortsetzung im Adenauerstaat findet, zum Opfer fielen, so wird doch ihr Vermächtnis im ersten deutschen Arbeiter-und-Bauern-Staat in Ehren erfüllt, im westdeutschen Staat aber Ansporn für alle demokratischen Kräfte sein, den gleichen Feind, den deutschen Militarismus und Imperialismus, endlich und endgültig zu bändigen.

Richtig ist es, auch die Biographien ermordeter sowjetischer Kriegsgefangener mit zu veröffentlichen, die, vom proletarischen Internationalismus erfüllt, den vaterländischen Krieg ihrer Heimat gegen die faschistischen Eindringlinge auch als Kriegsgefangene

im Bezirk Leipzig zusammen mit den deutschen Antifaschisten fortsetzten.

Auf der Grundlage dieser Dokumente und Biographien hat es J. verstanden, ihren Bericht über die Leipziger Gruppe von Widerstandskämpfern anschaulich und überzeugend zu gestalten. Manchmal wünschte man, daß die Darstellung über eine nüchterne Wiedergabe und Verknüpfung so spannungsvoller Ereignisse und Fakten hinaus eine leidenschaftliche und anklageerfüllte Steigerung dort erfährt, wo die Barbarmungslosigkeit und Unmenschlichkeit des Naziregimes dies geradezu erfordert. Aber schließlich sprechen die Tatsachen und Zusammenhänge auch für sich und rechtfertigen eine lediglich präzise, dem wissenschaftlichen Anliegen gemäße Einschätzung. Dabei war die Arbeit, wie aus einer Vorbemerkung des Herausgebers hervorgeht, dadurch erschwert, daß nicht alle Materialien über die Tätigkeit der Schumann-Engert-Kress-Gruppe zusammengetragen werden konnten, um das ganze Ausmaß der illegalen Arbeit dieser Gruppe und die Vielfältigkeit ihrer Verbindung (wie sie besonders aus der Karte nach S. 64 hervorgehen) darzulegen.

So bildet die vorliegende Arbeit trotz der notwendigen kritischen Bemerkungen — einen weiteren wertvollen Beitrag zur Erforschung des heroischen Kampfes deutscher Antifaschisten, der zu den besten Traditionen unserer Geschichte gehört und die Grundlagen für unsere Deutsche Demokratische Republik, den ersten Friedensstaat in der Geschichte unserer Nation, schaffen half.

Rolf He

William Z. Foster: *Geschichte der kommunistischen Partei der Vereinigten Staaten*, Dietz Verlag, Berlin 1956, 836 S.

William Z. Foster, der langjährige Vorsitzende und jetzige Ehrenvorsitzende der Kommunistischen Partei der USA, schrieb die „Geschichte der kommunistischen Partei der Vereinigten Staaten“ im Jahre 1952, als die Partei schärfsten Angriffen ausgesetzt war, ihre Führer verhaftet, ihre Mitglieder verfolgt und zahlreiche Mitbegründer und leitende Funktionäre der Partei des Landes verwiesen wurden. Er schrieb sie als Waffe gegen die hemmungslose Propagandawelle, mit deren Hilfe die Ziele und die Geschichte der Partei verfälscht werden sollten, um die Partei zu diskreditieren und zu zerschlagen. F.s Buch hatte daher eine besondere Mission zu erfüllen und war von internationaler Bedeutung. Das Buch legt ausführlich die wahre Geschichte und den wahren Charakter der Kommunistischen Partei dar und zeigt ihren hervorragenden Anteil an den Kämpfen und Errungenschaften der amerikanischen Arbeiterbewegung, der farbigen Bevölkerung usw. Es entlarvt alle niederträchtigen Entstellungen und Verdächtigungen, indem es aufzeigt, wie sich die Partei auf der Grundlage des Kampfes des amerikanischen Volkes, insbesondere der Arbeiterklasse, für Freiheit, Demokratie und Fortschritt entwickelt hat und wie sie, geleitet vom Marxismus-Leninismus, fähig wurde, diesen Kampf auf ein neues Niveau zu heben und somit einen entscheidenden Beitrag zu den Errungenschaften der amerikanischen Arbeiterbewegung zu leisten. Dabei weist F. entschieden die imperialistische These vom „Export der Revolution“ zurück. In diesem Buch wird eine Analyse der Entstehung und der Entwicklung der Kommunistischen Partei als einer Partei neuen Typus gegeben. Es ist

die Geschichte einer Partei, die sich seit ihrem Bestehen selbstlos für die Interessen der amerikanischen Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten, der Negerbevölkerung, der Farmer, des städtischen Mittelstandes — in einem Wort: der Mehrheit der Bevölkerung —, gegen das antinationale Monopolkapital eingesetzt hat. Es ist die Geschichte einer Partei, die, ständig verfolgt und verleumdet von den herrschenden Monopolen und ihrem Machtapparat, sich niemals von ihrem revolutionären Weg abbringen ließ, auch nicht von Revisionisten und anderen Verrätern in den eigenen Reihen.

Große Aufmerksamkeit widmet F. in seinem 38 Kapitel umfassenden Buch den Anfängen der sozialistischen Bewegung in den USA und den damaligen Klassenkämpfen. Das Buch bringt eine Fülle von historischen Angaben und hebt den internationalen Charakter und die Rolle der Marxisten während des amerikanischen Bürgerkrieges (1863) hervor, insbesondere die Solidaritätsaktionen der britischen Arbeiter und der I. Internationale unter Führung von Marx und Engels, die entschieden die Beseitigung der Sklaverei forderten. F. betont den direkten Einfluß der Marxisten auf das Entstehen der amerikanischen Arbeiterbewegung im Ergebnis des Bürgerkrieges, der eine Periode des raschen Aufstieges des Kapitalismus und des verschärften Klassenkampfes einleitete.

Der Autor berichtet über die Vorläufer der modernen kommunistischen Bewegung und zeigt, wie die Kommunistische Partei zum einzigen, wahren Träger der besten Traditionen der zahlreichen amerikanischen Arbeiterorganisationen und -parteien wurde. Er verweist darauf, daß die großen demokratischen Traditionen Amerikas, die in den Werken Franklins, Jeffersons, Douglas', Lincolns, Mark Twains und Dreisers zum Ausdruck kommen und von der monopolistisch

kontrollierten Presse und dem imperialistischen Bildungssystem unterdrückt wurden, in der Kommunistischen Partei ihren besten Wahrer und Fortsetzer gefunden haben. Die KPUSA setzt den jahrzehntelangen Kampf der amerikanischen Arbeiterklasse um politische und wirtschaftliche Rechte fort. Sie erfüllt das Vermächtnis solcher Märtyrer und Helden der amerikanischen Arbeiterklasse wie Parsons, Spies, Mooney, McNamara, Haywood, Reed, Ruthenberg u. a.

Breiten Raum nimmt in F.s Buch die Entstehung des amerikanischen Kapitalismus ein. Es werden die verschiedenen Kräfte, die bei der Befreiung vom britischen Kolonialjoch, bei der Gründung der Republik im Jahre 1776 und bei der Ausdehnung der Landesgrenzen vom Atlantik zum Pazifik gewirkt haben, eingeschätzt. Besonders beschäftigt sich F. mit der Analyse der Klassenkräfte im Bürgerkrieg von 1863 gegen die Sklaverei. Sehr wichtig ist seine Feststellung, daß auch der amerikanische Kapitalismus von Anfang an den allgemeinen Gesetzen der kapitalistischen Entwicklung unterworfen war, wie der zyklischen Krise, der Verschärfung des Klassenkampfes, hervorgerufen durch die rücksichtslose Ausbeutung der Arbeiter, der Verelendung der Werktätigen u. a. Dieser Nachweis ist vor allem gegen die Revisionisten in den USA gerichtet, die immer wieder die „Theorie“ von der Ausnahmestellung des amerikanischen Kapitalismus verbreiten und seinen Klassencharakter leugnen und darum auch den Klassenkampf verneinen.

Eines der wichtigsten Kapitel des Buches, „Die Große Sozialistische Oktoberrevolution“ (S. 192 ff.)¹, behandelt den Einfluß der Lehren Lenins auf die Partei in ihren Anfängen. Die

Auswirkungen der Oktoberrevolution auf die amerikanische Arbeiterbewegung werden ausführlich gewürdigt. In den amerikanischen Städten wurden überfüllte Versammlungen durchgeführt. Die Docker von Seattle streikten gegen die Verladung von Munition für die Intervention gegen die Sowjetunion. Als einer der großen Führer des Chicagoer Gewerkschaftsbundes, der den jungen sozialistischen Staat voll und ganz unterstützte, setzte sich Foster schon damals scharf mit solchen Arbeiterführern und der amerikanischen Sozialdemokratie auseinander, die in diesem weltgeschichtlichen Ringen für die Imperialisten die Feinde aller Werktätigen, Parteigriffen. In seinem Buch bestätigt er die Meinung Lenins über die amerikanischen Rechtssozialisten, die diese in einem Brief an den Sozialistischen Propagandabund in den USA äußerte: „Leute aber, wie Herr Legien in Deutschland und Herr Gompers in den Vereinigten Staaten von Amerika halten wir für Bourgeois, und ihre Politik ist in unseren Augen keine sozialistische, sondern eine nationalstische Politik der Mittelklasse. Die Herren Legien, Gompers und ihre gleichen vertreten nicht die Arbeiterklasse: sie vertreten lediglich die Aristokratie und Bürokratie der Arbeiterklasse.“²

Lenin beschäftigte sich eingehend mit der Lage in den USA und half der Partei, die Überbleibsel des Reformismus zu überwinden, die sie von der alten sozialistischen Bewegung übernommen hatte. Lenin half der jungen Kommunistischen Partei, ein tieferes Verständnis des Charakters der imperialistischen Epoche und ihrer sich für die Partei daraus ergebenden Aufgaben zu erlangen. Von diesen grundsätzlichen Hinweisen Lenins hat sich die Partei stets leiten lassen. F. zeigt, wie die ric-

¹ Alle Seitenangaben ohne nähere Bezeichnung beziehen sich auf das hier besprochene Buch.

² Zit. in: William Z. Foster: Geschichte der Kommunistischen Partei der Vereinigten Staaten, S. 199.

ge Politik der Partei das Wachstum der amerikanischen Arbeiterbewegung und die Befreiungsbewegung der Negerbevölkerung gefördert hat. Er schildert die Arbeit der Kommunistischen Partei während der Weltwirtschaftskrise 1929—1932, als sie die einzige Kraft in Amerika darstellte, die die Arbeitermassen in den Kampf führte. Unter ihrer Führung schlossen sich die Arbeiter in Industrie-Gewerkschaften zusammen, um der kapitalistischen Offensive besser entgegentreten zu können. In all diesen Kämpfen spielte William Z. Foster eine große Rolle. Nach der gewaltigen Arbeitslosenemonstration am 10. März 1930 wurde er ins Gefängnis geworfen, aber das konnte die Bewegung nicht aufhalten. Die richtige und mutige Massenpolitik der Partei gewann ihr die Unterstützung nicht nur der Arbeiterklasse und der farbigen Bevölkerung, sondern auch von Menschen aus den Reihen der Intelligenz und des Mittelstandes.

F. betont die besonderen Schwierigkeiten, die dem Aufbau einer kommunistischen Massenpartei im Herzen des Weltkapitalismus, in den Vereinigten Staaten, entgegenstanden. Wie schon weiter oben erwähnt, hatte die Kommunistische Partei viele komplizierte Probleme zu lösen, die größtenteils verbunden waren mit der charakteristischen Illusion von der Ausnahmestellung des amerikanischen Kapitalismus.

Durchgängig setzt sich F. mit dieser Illusion und den sich daraus ergebenden opportunistischen Schlußfolgerungen innerhalb der Arbeiterbewegung auseinander und zeigt die Klassenbasis für diese opportunistischen Theorien auf, die sich in den verschiedensten Formen und mit unterschiedlicher Stärke bis auf den heutigen Tag erhalten haben. Er hebt die Kontinuität des Kampfes um die Anwendung der Marx'schen Lehren auf die amerikanischen Bedingungen und um die Beibehaltung des Einflusses der bürger-

lichen und kleinbürgerlichen Ideologien auf die Arbeiter hervor.

Zu scharfen Auseinandersetzungen auf diesem Gebiet kam es im Jahre 1929, am Vorabend der großen Wirtschaftskrise, mit Jay Lovestone, dem damaligen Generalsekretär der Partei. Lovestone hatte einen ganzen Komplex von revisionistischen Ideen entwickelt, die in der Schlußfolgerung gipfelten, daß die USA krisenfrei bleiben und einem neuen Zeitalter der Prosperität entgegengehen würden. Der unmittelbar nach dieser Erklärung erfolgte Ausbruch der Krise bestätigte die Richtigkeit der Position der marxistischen Kräfte unter Foster, die die Partei rechtzeitig auf die Massenkämpfe gegen die Auswirkungen der Krise vorbereitet hatten.

Den im Wesen gleichen Kampf galt es während des zweiten Weltkrieges gegen den Revisionisten Browder, den Sekretär der Partei bis zu seinem Ausschluß im Jahre 1944, zu führen, der behauptete, daß der amerikanische Kapitalismus kein Imperialismus sei, daß es keine herrschende Klasse, keine Ausbeutung und keinen Klassenkampf gäbe. Er propagierte die Hauptthesen der Liberalen und Sozialdemokraten, den „Volkskapitalismus“ und den „Wohlfahrtsstaat“.

Auch heute ist dieser Kampf noch aktuell. William Z. Foster schrieb im April 1960 in „Political Affairs“, dem theoretischen Organ der KPUSA, einen Artikel zu Lenins 90. Geburtstag, der sein unerschütterliches Vertrauen in den Triumph des Marxismus-Leninismus auf der ganzen Welt, auch in seinem Geburtsland Amerika, ausdrückt. Es heißt dort: „Die Zukunft bietet glänzende Perspektiven für den Sozialismus. Der Marxismus-Leninismus wird in den Arbeiter- und sozialistischen Bewegungen der ganzen Welt zur vorherrschenden Ideologie. Lenin ist wirklich zu einer weltumspannenden Gestalt geworden. Die Monopolisten versuchen mit größter

Entschlossenheit, das große theoretische System zu zerstören, das Marx und Lenin und viele proletarische Kämpfer geschaffen haben . . . Sie werden darin unterstützt von den rechten, revisionistischen Kräften, von denen in den letzten Jahren eine Reihe kommunistischer Parteien, besonders auch die unsere, verseucht waren. Auch die sektiererischen Dogmatiker haben es nicht an antileninistischer Tätigkeit fehlen lassen. Aber ihr Stoß trifft ins Leere. Der Marxismus-Leninismus ist unbesiegbare, und unsere Partei bietet trotz aller Schwierigkeiten das beste Beispiel dafür.³

Es ist ein Charakteristikum der Kommunistischen Partei der USA, daß sie einen ständigen entschlossenen Kampf gegen die Revisionisten und auch gegen die Dogmatiker für die Verteidigung der marxistisch-leninistischen Prinzipien führen mußte. In den vierzig Jahren ihrer Existenz wurde sie oftmals von rechten Opportunisten vom richtigen Wege abgebracht, die versuchten, die Partei durch Fraktionsbildung zu liquidieren. Oftmals in ihrer Geschichte mußte die Partei den Kampf gegen das Sektierertum führen, das zu einer Isolierung von den Massen geführt hätte. Ständig war sie den massiven Angriffen der imperialistischen Bourgeoisie ausgesetzt, die versuchte, die Partei in die Illegalität zu drängen, ihr Wachstum zu verhindern und sie zu vernichten. Die Partei ist aus diesen Auseinandersetzungen immer gestärkt und siegreich hervorgegangen. Ihr 17. Parteitag im November 1959 bewies erneut, daß auch die schwerste Krise, in die die Revisionisten die Partei seit ihrem Bestehen gestürzt hatten, von den marxistisch-leninistischen Kräften überwunden wurde. Der Parteitag war ein Ausdruck des Sieges

über die Liquidatoren und Revisionisten sowie über die „linken“ Sektierer. Gus Hall, Generalsekretär der Partei, erklärte in seiner Eröffnungsrede: „Unser Parteitag ist ein Parteitag des Fortschritts, ein Schritt vorwärts. Es ist der erste Parteitag, der in einer Zeit stattfindet, wo die sozialistischen Kräfte in der Welt der bestimmende Faktor geworden sind und die Weltfriedenskräfte zum erstenmal in der Geschichte die machtvollste Bewegung im Weltmaßstab darstellen . . . Er wird durchgeführt in einer Zeit, wo dem Zerfall in unseren Reihen Einhalt geboten wurde, die Moral und der Kampfgeist unserer Mitglieder steigt und die neue Entwicklung in der Welt widerspiegelt. Die zentrale Frage unseres Parteitages ist: Welche Rolle muß die Partei in dieser völlig neuen Situation spielen?“⁴

Die einstimmig angenommene Resolution des Parteitages gibt die Antwort im Geist der Überzeugung vom Sieg des Marxismus-Leninismus, in dem gleichen Geist, der wie ein roter Faden das gesamte Buch von William Z. Foster durchzieht. In der Resolution heißt es: „Unsere Partei ist durch das Feuer zahlreicher Prüfungen gegangen. Sie wurde gestählt und gehärtet. Sie hat begonnen, die Qualität der Reife zu erwerben, Bewaffnung mit einer konsequenten Massenpolitik und im Bewußtsein der Notwendigkeit des Kampfes für die richtige Anwendung dieser Politik an jedem Ort sowie der organisatorischen und ideologischen Stärkung der Partei, ist der 17. Parteitag überzeugt, daß es unserer Partei gelingen wird, die neuen Qualitäten in Massen einfluß umzuwandeln, um die besten nationalen Interessen unseres Landes in einer Welt des Friedens voranzubringen.“⁵

Beatrice Johnson

³ Political Affairs (New York), April 1960.

⁴ Ebenda, Januar 1960.

⁵ Ebenda, Februar 1960.

Novemberrevolution im sächsischen Steinkohlenbergbau. In: Freiburger Forschungshefte, Heft D 27, Akademie-Verlag, Berlin 1959, 103 S. — Al Müller/Friedmar Brendel/Hans tsch: Die Verfolgung fortschrittlicher russischer Studenten in Freig (1893 bis 1905). In: Freiburger Forschungshefte, Heft D 30, Akademie-Verlag, Berlin 1959, 47 S.

Im vergangenen Jahr erschienen innerhalb der bekannten Reihe D der Freiburger Forschungshefte erstmalige Aufsätze, die sich mit Problemen der Bergarbeiterbewegung im 19. und 20. Jahrhundert beschäftigen. Damit trägt die Redaktion einem großen Bedürfnis Rechnung. In dem Heft *Die Novemberrevolution im sächsischen Steinkohlenbergbau*, das als Jahrestag des Instituts für Gesellschaftswissenschaften der Bergakademie Freiberg zum 40. Jahrestag der Novemberrevolution erschien, wurden neben den Beschlüssen des Zentralkomitees der SED zum 40. Jahrestag zwei interessante Arbeiten veröffentlicht.

Harro Uhlmann beschäftigt sich in seinem Aufsatz „Der Einfluß der Novemberrevolution auf die Entwicklung der Bergarbeiterbewegung im sächsischen Steinkohlenbergbau“ hauptsächlich mit der Herausbildung eines revolutionären Flügels der Arbeiterbewegung in den westsächsischen Steinkohlenrevieren und der Bedeutung der Gründung der Kommunistischen Partei Deutschlands. Ausgehend von der Situation im sächsischen Steinkohlenbergbau vor der Novemberrevolution, skizziert er den antiimperialistischen Kampf der Arbeiter um die Sozialisierung des Bergbaus und die Überwindung der klassenfeindlichen Position und die Entwicklung der rechten SPD- und Bergarbeiterverbandsführer. Er arbeitet heraus, was notwendig die Gründung einer revolutionären Arbeiterbewegung war, die den Kampf der Arbeiter in der Revolution und um die

Sicherung des im ersten Ansturm Eroberungen zu führen fähig und bereit war.

Die rechten Führer des Bergarbeiterverbandes in Sachsen, Langhorst und Krauß, versuchten mit allen Mitteln, den Kampfwillen der Arbeiter zu brechen und begannen Verhandlungen mit den Grubenbesitzern. Uhlmann weist nach, daß diese Verräter sich sogar dafür hergaben, „für die allgemeine Einführung des Achtstundentages zumindest einen Zeitaufschub herauszuhandeln“¹. Die im Februar 1919 im Revier Lugau-Oelsnitz gegründete KPD setzte sich dagegen konsequent für die Verkürzung der Arbeitszeit und die Lohnforderungen der Kumpel ein. „Gegen den Willen von Langhorst und Krauß... begann am 10. März 1919 der Streik in den westsächsischen Revieren, um nach dem Vorbild des Ruhrgebietes die Siebenstundenschicht unter Tage zu erzwingen...“². Die auf Initiative der Kommunisten stattfindenden mächtigen Demonstrationen zwangen die rechten Gewerkschaftsführer schließlich, sich den Forderungen nach weiteren Schichtzeitverkürzungen anzuschließen. Nach neuen Streiks und Demonstrationen im April erreichten die Bergarbeiter, daß am 30. April 1919 in der Sächsischen Bergpolizeivor-schrift die Schichtzeit für die Bergarbeiter unter Tage auf 7 Stunden beschränkt wurde.

Der Verfasser weist an mehreren Stellen darauf hin, daß auch der revolutionäre Flügel der Arbeiter in seinem Kampf nicht immer frei von Fehlern war, die aus seiner revolutionären Ungeduld entsprangen oder durch mangelnde Erfahrung bedingt waren.³ In der im Aufsatz zitierten

¹ Die Novemberrevolution im sächsischen Steinkohlenbergbau, S. 56.

² Ebenda, S. 60.

³ Vgl. W. I. Lenin: Über Deutschland und die deutsche Arbeiterbewegung, Dietz Verlag, Berlin 1957, S. 605.

Streikforderung vom April 1919 kamen einige dieser falschen Vorstellungen der Arbeiter zum Ausdruck. U. setzt sich z. B. mit der Forderung nach Bildung einer „Bergarbeiter-Union“ auseinander. Leider versäumt er, den Punkt 1 derselben Forderung „Sozialisierung der Bergwerke durch Einsetzung der Betriebsräte“ kritisch einzuschätzen.

Die zweite Arbeit wurde von Rosemarie Wiezorek unter dem Titel „Der Kampf der Bergarbeiter des Lugau-Oelsnitzer Steinkohlenreviers in der Zeit nach der Novemberrevolution um ein fortschrittliches Betriebsrätegesetz“ verfaßt. W. weist darauf hin, daß während der Novemberrevolution auf allen Schächten Arbeiterräte entstanden. „Die deutschen Arbeiter folgten dem Beispiel ihrer russischen Klassenbrüder, die in Form der Räteherrschaft die politische Macht ausübten. Aber die deutschen Proletarier blieben auf halbem Wege stehen, indem sie ihren rechten Führern folgten...“⁴. Sie sieht als Ursache dafür die ideologische Unreife vieler Arbeiter an, die in der jahrelangen Verseuchung mit dem Opportunismus durch die rechten SPD-Führer begründet lag. Darüber hinaus schätzt sie weiter als Ursache ein, daß der Kumpel „Zeit seines Lebens nur die Unterordnung unter das Kapital gelernt hatte“⁵. Eine solche Einschätzung ist m. E. falsch. Richtig ist, daß auch die sächsischen Bergarbeiter es während der Novemberrevolution nicht verstanden, den begonnenen Kampf bis zum Ende zu führen, da große Teile immer noch auf die demagogischen Losungen der rechten Führer hörten und die Führung durch eine starke revolutionäre Partei fehlte. Aber die gleichen Kumpel hatten auch schon jahrelang revolutionäre Kampferfahrung gesammelt und der Bourgeoisie manche Nieder-

lage — wenn auch noch nicht die endgültige — beigebracht. Von ständiger Unterordnung kann also keine Rede sein.

In ihrer Einschätzung des Betriebsrätegesetzes stellt die Verf. richtig fest, „daß das Betriebsrätegesetz der vorliegenden Fassung (Januar 1920 — E. W.) nicht dem Willen und der vorhandenen Kampfkraft der deutschen Arbeiterklasse Rechnung trug und niemals ein reales Mitbestimmungsrecht garantieren konnte. Aus diesem Grunde führten die Kumpel und die Union der Kopf- und Harterbeiter die Bergarbeiter am 28. Januar 1920 in einen neuen Streik. Zu gleicher Zeit die Unternehmer warden die neuen Anstrengungen unternahm, die Arbeitszeit zu verlängern, forderten die Kumpel neben „wirklichen Betriebsräten“ auch die Verbesserung ihrer Lebenslage.

W. schildert dann, wie die Kohlenbarone ihren Staatsapparat mobilisierten, der mit Infanterie, Artillerie, Kavallerie und Minenwerfern gegen die Streikenden vorging. Der Streik wurde niedergeschlagen, die besten Arbeiter wurden verhaftet und viele der rechten Führern verleumdet. Niemand beendet jedoch war der Kampf der KPD um die Gewinnung der Massen für die Entmachtung des Imperialismus und Militarismus in Deutschland und die Errichtung eines wahrhaft demokratischen Deutschlands, wie es heute in der DDR verwirklicht haben.

Beide Artikel sind nützliche Arbeiten, die besonders durch neues, bisher unbekanntes Archivmaterial aus dem Archiv der Bergakademie (ehemaliges Oberbergamtarchiv Freiberg) an Wert gewinnen. Als Mangel sei vermessen, daß beim Zitieren, bei Literaturhinweisen u. ä. nicht immer mit höchster wissenschaftlicher Akribie gearbeitet worden ist.

⁴ Ebenda, S. 80.

⁵ Ebenda, S. 81.

⁶ Ebenda, S. 92.

Die im Heft D 30 veröffentlichte Arbeit „Die Verfolgung fortschrittlicher russischer Studenten in Freiberg 1893–1905“ – ein Gemeinschaftswerk von Arbeiterveteranen und eines Mitarbeiters des Instituts für Gesellschaftswissenschaften der Bergakademie – ist nicht nur ein Beitrag zur Geschichte der Freiburger Sozialdemokratie und der sächsischen Bergarbeiterbewegung, sondern auch der Bergakademie Freiberg. Im Vorwort weist Hans Fritsch mit Recht darauf hin, welche große politische Bedeutung die Behandlung eines derartigen Themas heute hat, wo die Freiburger Hochschule getreu ihrer großen wissenschaftlichen Tradition und erfüllt vom Geiste internationaler Zusammenarbeit auf der Basis der Prinzipien des proletarischen Internationalismus neue Achtung und hohen wissenschaftlichen Ruf genießt.

Die Verf. schildern, wie sich in Anlehnung an den Ortsverein der Sozialdemokratischen Partei fortschrittliche russische Studentenvereinigungen entwickelten. Diese gerieten sehr bald in heftigen Gegensatz zu den chauvinistisch verhetzten deutschen Studenten sowie dem königs- und kaisertreuen antirevolutionären Senat der Bergakademie. Verfolgungen und Ausweisungen sowie Verbote waren die Folge. Dabei arbeiteten der sächsische und preussische Staatsapparat Hand in Hand, und die Freiburger Polizeibehörde mobilisierte in ihrem Eifer auch die zaristische Gesandtschaft in Dresden.

An Hand wertvoller Dokumente, vor allem aus dem Archiv der Bergakademie Freiberg und dem Ratsarchiv Freiberg, wird unter anderem nachgewiesen, daß im behandelten Zeitraum illegal russische revolutionäre Literatur, darunter auch die „Iskra“ sowie Schriften Lenins neben Arbeiten von russischen Emigranten, die Plechanow nahestanden, nach Freiberg gelangte. Die Autoren schlußfolgern daraus die Möglichkeit, daß Freiberg ein Glied in der großen Kette des Literaturtransportes nach Rußland darstellte. Dabei betonen die Verf., daß es noch nicht möglich ist, die Rolle, die dabei die russischen Studenten in Freiberg spielten, exakt nachzuweisen.

Auch das Heft 30 kann man als eine sehr nützliche Arbeit einschätzen, der man ebenfalls eine weite Verbreitung wünscht. Erfreulich ist weiterhin, daß in beiden Heften die wichtigsten Quellen in einem Anhang mit abgedruckt wurden bzw. im Text vollständig aufgenommen worden sind. Allerdings war der ursprünglich festgesetzte Preis von 6,– DM für Heft 27 (103 S.) und 2,50 DM für Heft 30 (47 S.) nicht geeignet, den Arbeiten eine weite Verbreitung zu sichern. Der Verlag sollte bei solchen Veröffentlichungen beachten, daß es darauf ankommt, diese Arbeiten über einen engen Kreis von Fachwissenschaftlern hinaus allen interessierten Lesern zugänglich zu machen.

Eberhard Wächtler

Joachim Streisand: Deutschland von 1789 bis 1815 (Von der Französischen Revolution bis zu den Befreiungskriegen und dem Wiener Kongreß). Lehrbuch der deutschen Geschichte (Beiträge). Hrsg. von A. Meusel und R. F. Schmiedt, VEB Deutscher Verlag der Wissenschaften, Berlin 1959, 294 S.

Obwohl in dem hier besprochenen Abschnitt des Lehrbuchs noch nicht die Entwicklung und der Kampf der deutschen Arbeiterbewegung behandelt werden, veröffentlichen wir den nachstehenden umfangreichen Beitrag, da in ihm eine Reihe wichtiger Probleme der deutschen Geschichte und ihrer Gestaltung aufgeworfen werden.

Wir bitten unsere Leser, zu diesen Fragen Stellung zu nehmen und ihre Diskussionsbeiträge an die Redaktion der „Zeitschrift für Geschichtswissenschaft“ zu senden.

Die Redaktion

1. Nationaler Lebenskampf und Geschichtsbewußtsein

Solange das revolutionäre deutsche Proletariat, das als besitzlose Klasse die Lebensinteressen der ganzen Nation stets rückhaltlos und opferbereit vertreten hat, seinen Emanzipationskampf führt, solange schon achtet und pflegt es die demokratischen und humanistischen Traditionen der nationalen deutschen Geschichte. Daher sind die marxistischen Kampfschriften seit dem Vorabend der Revolution von 1848 bis in unsere Tage zugleich auch Schriften zur Herausbildung eines demokratischen Geschichtsbewußtseins, das längst nicht mehr nur bei den Arbeitern, sondern auch bei den übrigen Werktätigen in der DDR verbreitet ist. Während die Ideologen des deutschen junkerlich-bourgeois „Kapitalismus, der seit dem Eintritt in seine imperia-

listische Endphase zu einer Hauptgefahr für den Frieden und zum Todfeind des ganzen deutschen Volkes geworden ist, in ihren Geschichtsbüchern den Haß gegen andere Völker schürt und den Krieg verherrlichten, damit der „treudeutsche“ Spießbürger seiner Kadavergehorsam, den er der Obrigkeit im eigenen Lande schuldig schien durch überschnappende Arroganz nach außen hin kompensieren konnte, haben die großen Arbeiterführer gelehrt, daß die Feinde der deutschen Nation seit jeher im eigenen Lande zu suchen sind und daß der wahre Patriot sich vor allem im innerdeutschen Kampf gegen die preußisch-militaristischen und schließlich imperialistischen Bedrücker des Volkes bewähren muß.

Auch heute, da die klerikal-militaristische Reaktion in Westdeutschland mit volksfeindlichem Zynismus hervortritt, ruft die revolutionäre Partei der Arbeiterklasse die demokratischen Kräfte der deutschen Nation auf, die Militaristen und Imperialisten zu bändigen, damit ein dritter Weltkrieg verhindert wird und das deutsche Volk in einem friedliebenden, demokratischen Vaterland ohne Kriegsgefahr und in sozialem Wohlstand leben kann. Die Historiker der Deutschen Demokratischen Republik, die seit Jahren an einer ersten marxistischen Gesamtdarstellung der nationalen Geschichte arbeiten, halten es für ihre Pflicht und Ehre, diesen Kampf durch die Verbreitung eines wahrhaften und sozialistischen Geschichtsbewußtseins zu unterstützen.

So erschien 1959 aus der Feder Joachim Streisands die Darstellung der deutschen Geschichte von 1789 bis 1815 jenes historischen Zeitraums also, in welchem die große französische Revolution eine neue Epoche in der Geschichte der Menschheit eröffnete¹ und auch für Deutschland der Sieg des Ka-

¹ Vgl. W. I. Lenin: Sozialismus und Krieg, Moskau 1950, S. 6.

italismus und der Zusammenschluß aller Deutschen zur geeinten Nation auf die geschichtliche Tagesordnung trat.

Generationen bürgerlicher Historiker von Ranke über Treitschke bis zu Meinecke haben Hekatomben von Druckpapier hingegeben, um von den Standpunkten idealistischer Weltanschauung, preußisch-deutscher Hörigkeit und nationalistischen Dünkels den Beweis zu führen, daß damals schon Preußen in Deutschland und Deutschland in Preußen aufgegangen sei, daß die damalige Geschichte als „Zeitalter der deutschen Erhebung“ den bewußten Weg einer Nation exemplifiziere, die aus „angereicherter Vernunft und Ordnung“ die Revolution des französischen Nachbarvolkes abgelehnt habe. Und auch die westdeutschen Geschichtslehrbücher, auf die seit länger als einem Jahrzehnt Reaktionen wie G. Ritter als Gutachter und Gestalter persönlichen Einfluß nehmen², faseln in Abneigung der französischen bürgerlichen Revolution und bei vielsagender Schweigsamkeit gegenüber den demokratischen Volksbewegungen in Deutschland von einer „besonderen Einstellung der Deutschen zum Staate“, einem „größeren Vertrauen zu den Regierungen“ und einer imaginären Abneigung gegen revolutionäre Brüche³, um mit solcherlei ideolo-

gischem Opium besonders die westdeutsche Jugend einzuschläfern.

Gegen diesen Volksbetrug, der hier mit den Methoden der Geschichtsfälschung aufwartet, hat St. sein Buch geschrieben. Fern von nationalgeschichtlicher Selbstüberhebung und dennoch anerkennend, daß der Kampf gegen die napoleonische Fremdherrschaft seit 1807 für eine eigenständige deutsche Nationalentwicklung notwendig war, faßt der Autor die Zeit von 1789 bis 1815 als eine Periode auf, in welcher der Sieg der bürgerlichen Revolution in Frankreich und der Vormarsch des Kapitalismus in den Ländern Kontinentaleuropas die weltgeschichtliche Hauptsache war. Neben der Anwendung des historischen Materialismus im allgemeinen prägt diese Bejahung der französischen bürgerlichen Revolution im besonderen den prinzipiellen Unterschied des Buches zur reaktionären bürgerlichen Geschichtsschreibung. Auf dieser Grundlage gelangt St. auch zu einer lebendigen und parteinehmenden Gestaltung der demokratischen Bewegungen im deutschen Volke. Während die tonangebenden westdeutschen Geschichtsschreiber wider besseres Wissen leugnen, daß die Französische Revolution mehr als nur geistigen Widerhall in Deutschland gefunden hat⁴, während die führenden bürgerlichen Historiker engstirnig dem Geschehen in Diplomatie und Kriegführung verhaftet bleiben und eine Geschichte der herrschenden Klassen zusammenschustern, schreibt St. eine wirklich nationale Geschichte, in der die Klassen und Schichten des werktätigen Volkes den ihnen gebührenden Platz erhalten. Dadurch ist sein Buch zum Studium des geschichtlichen Werdens unserer Nation unentbehrlich.

Internationales Jahrbuch für Geschichtsunterricht, Bd. 3, Braunschweig 1954, S. 219–221.

⁴ Vgl. ebenda. Die westdeutschen Geschichtslehrbücher bestätigen die offiziellen Erklärungen.

² Auf der westdeutsch-französischen Historiker-Tagung in Mainz, wo vom 1.–11. Oktober 1951 die geschichtliche Schulbuchliteratur beider Länder begutachtet und besonders auch über Fragen der Französischen Revolution diskutiert wurde, wirkte auch G. Ritter mit. Ritter bearbeitete und veröffentlichte zusammen mit F. Schnabel und J. Dittrich den Grundriß der Geschichte für die Oberstufe der höheren Schulen Westdeutschlands: Die moderne Welt – Bürgerlicher Liberalismus und nationale Bewegung, 5. Aufl., Stuttgart 1954.

³ Vgl. Protokoll der westdeutsch-französischen Historikertagung in Tours, 4. August bis 2. September 1953. In:

In der hier vorliegenden Besprechung dieser ersten marxistischen Gesamtdarstellung der Geschichte Deutschlands um 1800, die materialmäßig über Franz Mehrings richtungsweisende antipreußische Trilogie⁵ hinausgeht, gehe ich von der Ansicht aus, daß St.s „Beitrag“ einen zwar entscheidenden, doch nicht letzten Schritt zum Lehrbuch der deutschen Geschichte darstellt und daß durch den Meinungsstreit über methodologische und historische Grundfragen für die endgültige Fassung des Lehrbuches viel gewonnen werden kann.

2. Zum Problem der Klassenanalyse

Die Einleitung erscheint unter dem Titel „Grundzüge der wirtschaftlichen Entwicklung Deutschlands am Ende des 18. Jahrhunderts“. Sie macht mit Entwicklungsniveau und Wachstumstendenz der Produktivkräfte bekannt, orientiert auf den geschichtlichen Hauptgegensatz zwischen Feudalismus und Kapitalismus und umreißt richtig, daß die bürgerliche Revolution in Deutschland — anders als im staatlich geeinten Frankreich — zwei miteinander verflochtene Teilfragen zu lösen hatte: die Agrarfrage und das Problem der nationalen Einigung. Dieser Gesichtspunkt offenbart, daß die sozialökonomische Entwicklung auch in Deutschland bei krassem Widerspruch zwischen den neuen Produktivkräften und den hemmenden feudalen Produktionsverhältnissen zur bürgerlichen Umwälzung drängte, gleichzeitig jedoch gegenüber den Verhältnissen Frankreichs auffallend rückständig war. Daher gab die Französische Revolution äußere Anstöße zu sozialen Bewegungen in Deutschland, die zwar den Verfall der feudalen Gesellschaftsordnung

beschleunigen, aber nicht eine revolutionäre Situation in ganz Deutschland entfesseln konnten.

An diese Erörterung, die leider schon einen deduktiven Ausblick auf die zukünftige Polarität der demokratisch-revolutionären und der liberal-reformatorischen Lösung der Agrarfrage und der nationalen Einigungsfrage vermissen läßt und somit nicht ausdrücklich genug jene beiden Entwicklungswege nachzeichnet, auf denen die an der bürgerlichen Umwälzung interessierten Kräfte in einen politischen Gegensatz gerieten, fügt sich eine faktologisch bestimmte Skizze der ökonomischen Lage, untergliedert in Landwirtschaft, Handwerk, Manufaktur, Industrie und Handel an. Dabei hat der Verfasser die großen Möglichkeiten, die der historische Materialismus für eine Untersuchung der damaligen Gesellschaftsstruktur bietet, nicht genügend ausgeschöpft. Er gibt eine Wirtschaftsanalyse ohne die Sozialanalyse, er vermittelt Daten über Stand und Entfaltung der Ökonomie ohne deren Einfluß auf die Lage der Gesellschaftsklassen, deren Stellung zueinander und zum herrschenden Staat prinzipiell zu untersuchen. Wie herrschte der Adel und — da die Besten und Aufgeklärtesten aus seiner Reihen doch immerhin bald als Förderer der bürgerlich-reformatorischen Umgestaltung hervortraten — welcher Differenzierung unterlag er? Welche Rolle spielte das schmarotzende Heer des vorwiegend katholischen Klerus, der das hungernde Volk an den Himmel verwies und sich selbst für die Ungewissheiten im Jenseits auf Erden schon durch Völlerei schadlos hielt? Wie lebte die Bauernschaft, die damals noch 80 Prozent der Bevölkerung ausmachte und in den Jahren der Französischen Revolution die unruhigste aller Klassen in Deutschland war? In welcher Lage befanden sich Handelsbürger und Unternehmer, Kleinbürger und Handwerksgesellen, proletarische

⁵ Gemeint sind folgende Schriften Mehrings: Jena und Tilsit, Leipzig 1906. — Von Tilsit nach Taurogen, Stuttgart 1912. — Von Kalisch nach Karlsbad, Stuttgart 1913.

...arbeiter und Lumpenproletarier?
 ...rz, wo ist die Klassenanalyse, die
 ...n Leser, der von einem marxisti-
 ...ten Lehrbuch im höheren Maße di-
 ...tische Grundgedanken und leben-
 ...überzeugende Darstellung erwar-
 ...darf als von mancher monographi-
 ...hen Spezialuntersuchung, erst die be-
 ...nenden Klassengegensätze ver-
 ...ndlich macht? Plötzlich und ohne
 ...ische Einstimmung wird der Leser
 ...mlich überrannt, wenn er im nach-
 ...genden Kapitel erfahren muß, daß
 ... die Klassengegensätze in Deutsch-
 ...d, von deren Existenz er nach Lek-
 ... der Einleitung konkret wenig
 ...uß, unter dem Einfluß der Franzö-
 ...hen Revolution verschärft haben.
 ... ohne eine ausreichende Darstellung
 ... sozialökonomischen und politi-
 ...en Daseinsweise jener Klassen, die
 ... Herannahen der bürgerlichen Revo-
 ...on auch in Deutschland gegenein-
 ...ler rückten oder die im Wirbel der
 ...flikte bestimmte Bündnisse an-
 ...ebten, können die sozialen und die
 ...ionalen Kämpfe zwischen 1789 und
 ...5 kaum begreiflich gemacht wer-
 ...⁶

Eine vertiefte sozialökonomische Ana-
 ...e der deutschen Zustände am Ende
 ... 18. Jahrhunderts dürfte mit größerer
 ...erzeugungskraft nachweisen können,
 ... die feudale Gesellschaftsordnung
 ...erstande war, die materielle Existenz
 ... Volksmassen zu sichern, wodurch
 ...mal mehr offenbar würde, wie sehr
 ...alte Gesellschaft in den ausgewogenen
 ...mpf des Verfalls und der Fäulnis ge-
 ...en war.
 ... daß der Vf. des Lehrbuches in dieser
 ...ziehung noch manches sagen muß, ist
 ...n von Heinrich Scheel in einer frü-
 ...nen Besprechung des Buches dargelegt
 ...den. Vgl. Zeitschrift für Geschichts-
 ...enschaft, 1960, Heft 2, S. 411–412. Es
 ...e nötig, bei der weiteren Arbeit auch
 ...neuesten Untersuchungen, die seit
 ... Erscheinen des Lehrbuches ver-
 ...ntlicht wurden, zu Rate zu ziehen.
 ...3. Rudolf Forberger: Die Manufaktur
 ...Sachsen vom Ende des 16. bis zum

3. Die Volksmassen zur Zeit der französischen bürgerlichen Revolution

Im I. Kapitel, das ein Viertel des
 Buches umfaßt, spannt sich der Bogen
 geschichtlicher Betrachtung von 1789
 bis 1795, vom Pariser Bastillesturm bis
 zum Baseler Frieden. Die revolutionä-
 ren Volksbewegungen in Deutschland,
 die hoffärtige und zugleich lächerliche
 Kriegführung der greisen deutschen
 Feudalmächte gegen das verjüngte
 Frankreich, der feige Überfall Preu-
 ßens und Österreichs auf Polen, um
 sich für die erlittenen Niederlagen im
 Westen wenigstens im Osten billig zu
 entschädigen — dies alles ist Gegen-
 stand einer parteilichen Gestaltung,
 die die feudalen Konterrevolutionäre
 mit entlarvender Ironie verfolgt und
 für die Kräfte des Fortschritts einsteht.
 Die beste Visitenkarte aber wird
 durch die Behandlung der antifeudalen
 Unruhen und Volksaufstände abgege-
 ben. Zum erstenmal in der Geschichte
 der deutschen Historiographie wird
 hier in einer Gesamtdarstellung der
 deutschen Zustände um 1800 der
 Kampf der Bauern, der demokrati-
 schen Intellektuellen und radikalen
 Kleinbürger, der Handwerksgesellen
 und frühproletarischen Lohnarbeiter
 umfassend gewürdigt. Das ist die Vi-
 sitenkarte der marxistischen deut-
 schen Historiker, die, fest auf dem
 Boden des sozialistischen Deutschlands
 der Gegenwart stehend, die Spuren

Anfang des 19. Jh., Berlin 1958. — Erich
 Neuß: Entstehung und Entwicklung der
 Klasse der besitzlosen Lohnarbeiter in
 Halle, Berlin 1958. — Heinz Heitzer: In-
 surrectionen zwischen Weser und Elbe.
 Volksbewegungen gegen die französische
 Fremdherrschaft im Königreich West-
 falen (1806–1813), Berlin 1959. — Horst
 Krüger: Zur Geschichte der Manufak-
 turen und der Manufakturarbeiter in
 Preußen. Die mittleren Provinzen in der
 zweiten Hälfte des 18. Jh., Berlin 1959. —
 Rudolph Strauß: Die Lage und die Be-
 wegung der Chemnitzer Arbeiter in der
 ersten Hälfte des 19. Jh., Berlin 1960.

des demokratischen Deutschlands der Vergangenheit — nämlich die schöpferische Rolle der Volksmassen in der Geschichte — suchen, entdecken und als teures Vermächtnis, als revolutionäre Tradition unserer nationalen Geschichte bewahren. Daß dieses Verdienst nicht hoch genug einzuschätzen ist, wird durch das Ignorantentum bundesrepublikanischer Geschichtsklitterer bezeugt, die nichts unversucht lassen, um die Geschichte als ein Spielfeld feindlicher Nationen, aufstrebender Dynastien, divergierender Kabinette und willfähriger Söldner darzustellen, damit das werktätige Volk nur ja nicht auf den Gedanken komme, es habe jemals in der Geschichte die Rolle des gestaltenden Akteurs, des bewegenden Motors, des Schöpfers gespielt. Wie sollte man auch anders, da man doch das Volk als fordernde und handelnde Kraft der Geschichte fürchtet!

Trotz seiner Vorzüge befriedigt das Buch aber noch nicht gänzlich die Ansprüche, die man an eine marxistische Darstellung der antifeudalen Volksbewegungen stellen darf. In der Fülle geschichtlicher Einzeltatsachen und faktologischer Aufzählung vermißt man etwas die ordnende Hand des Wissenschaftlers, der durch theoretische Abstraktionsfähigkeit dem Leser das besondere Wesen der Einzelerscheinungen erschließt, der im verschwimmenden Bild des Geschehens Typisches und Abweichendes, Übereinstimmung und Unterscheidung, Weite und Enge mit treffsicheren Strichen hervorhebt.

Als Beispiel sei auf die Wiedergabe des sächsischen Bauernaufstands von 1790 hingewiesen. Hier sollte das Lehrbuch nicht auf eine unvollständige Skizze des spezifischen Ablaufs beschränkt bleiben, sondern einen grundsätzlichen, d. h. allgemeingültigen Einblick in Ursachen, Tendenz und Gesamtverlauf einer zeitgenössischen Bauernbewegung vermitteln. Wie bei

der Einleitung des Buches die konkrete Lage der Gesellschaftsklassen interessieren würde, so interessieren uns hier die sozialen und die politischen Forderungen der Bauern, konkrete Ausdrucksformen ihres gesellschaftlichen Bewußtseins; wir wünschen uns eine Untersuchung spezifisch-bäuerlichen Kampfforderungen. Skala von der verbotenen Selbsthilfe gegen Wildschäden bis zur Sammlung der 8000 Bewaffneten im Meißen Hochland, ja bis zur Nutzung grundherrschaftlichen Bodens? und die als ganzes erst A. Maß, Methoden und Kampfbedingungen der isolierten Bauernschaft richtig verstanden werden. Dem Buch sei einige Ansätze in dieser Richtung mit abgesprochen, doch müßte mehr daraus zu machen sein. — Es ist das Allgemeine, das sich im einzelnen manifestiert!

Was die Ursachen betrifft, die Bauernaufstand in Sachsen und anderswo in anderen deutschen Ländern scheitern ließen, so übt der Verfasser seine Zurückhaltung, die dem Begreifen des Bündnisproblems in der bürgerlichen Revolution wenig förderlich ist. War nicht die Haltung des Bürgertums zur ländlichen Bewegung eine bezeichnende Antizipation des großen Verrats, den die deutsche Bourgeoisie im Jahre 1848 an den Bauern verübte? Spontan hervorbrechend, ohne zielbewußte und straffe Organisation, mit Sense und Dreschflügel gegen die Feinde wehr und Geschütz fechtend, fehlte den Bauern an einem Bündnispartner, der entschlossen die politische Führung im antifeudalen Kampf übernommen hätte. Nur ein Zusammenschluß der Bauern und Bürgertum hätte den Feudalismus stürzen können. A.

⁷ Vgl. Percy Stulz / Alfred Opitz: Volksbewegungen in Kursachsen zur Zeit der Französischen Revolution, Berlin 1952.

as Bürgertum hielt sich zurück. Ge-
 ß war es gemäß dem Stand seiner
 zialökonomischen Entwicklung am
 ende des 18. Jahrhunderts kaum fähig
 u einer nationalen bürgerlichen Revolu-
 tion in Gesamtdeutschland, doch an
 antidemokratischer Borniertheit stand
 er feige Besitzbürger von 1790 dem
 bourgeois von 1848 wenig nach. Aus-
 urcht, die Unruhe könnte vom
 ande auf die Stadt übergreifen und
 ie plebejischen Bevölkerungsteile er-
 assen, traten die Besitzenden da-
 als schon unter die Waffen und be-
 ünstigten auf eine Weise, die aus der
 achfolgenden deutschen Geschichte
 attsam bekannt ist, die Konterrevolu-
 tion gegen die demokratischen
 ämpfer des Volkes. So offenbart sich
 nmal mehr, daß die Bauernschaft erst
 äter im Proletariat einen ehrlichen
 und mutigen Bündnispartner finden
 onnte.

Um die Einwände gegen St.s
 arstellungsweise zusammenzufassen,
 möchte ich sagen: Die Chronologie der
 zialen Bewegungen gezeigt zu haben,
 t gegenüber der vorsätzlichen Un-
 wissenheit volksfremder bürgerlicher
 istoriker ein hohes Verdienst des
 erfassers. Doch genügt dies nicht.
 ns interessiert das spezifische Ver-
 halten der einzelnen Klassen und
 chichten im antifeudalen Kampf, um
 it ihren unterschiedlichen Lebens-
 nd Entwicklungsbedingungen, ihren
 ewußtseinszuständen und Kampffor-
 men bekannt zu werden. Das Studium
 er Geschichte soll ein Studium der
 eschichtlichen Rolle der verschiedenen
 lassen und Schichten sein.

In diesem Sinne verdienen auch die
 unruhen der Handwerksgesellen, die
 ere wirtschaftlichen Forderungen na-
 rgemäß nicht direkt gegen den Feu-
 aladel, sondern gegen die städtische
 Ordnungspartei“ — die zünftlerischen
 andwerksmeister und die reichen
 aufleute — vertraten, eine gründ-
 chere Betrachtung. Noch ein halbes
 ahrhundert später die soziale Zu-

sammensetzung des „Bundes der Kom-
 munisten“ bestimmend⁸, haben die
 deutschen Handwerksgesellen schon
 zur Zeit der Französischen Revolution
 solidarisch vereint und in straffer
 Organisiertheit mit der Waffe des
 Generalstreiks gekämpft.⁹ Solche Bei-
 spiele zählen zur Vorgeschichte der
 deutschen Arbeiterbewegung. Denn
 trotz ihrer romantischen Vorstellungswelt,
 in der sie vom Mittelalter als
 von einem sanften Arkadien träum-
 ten, haben die deutschen Handwerks-
 gesellen durch ihren Kampf gegen die
 Anmaßung des verfallenden Zunft-
 systems nicht nur die Krisis der Feu-
 dalordnung sichtbar gemacht und ver-
 tieft, sondern auch wertvolle Kampf-
 formen des späteren Proletariats vor-
 weggenommen. Und wie heute die
 imperialistische Bourgeoisie die Soli-
 darität der Arbeiter fürchtet, so heg-
 ten die feudalen Regierungen damals
 erwiesenermaßen Respekt vor dem
 esprit de corps der Handwerksgesel-
 len.¹⁰

Hat der Vf. versäumt, das Spezi-
 fische einer solchen städtischen Bewe-
 gung ins rechte Licht zu rücken, so
 fällt auch die Darstellung der Unruhen
 in Schlesien, wo sich 1793 das auf-
 schlußreiche Bild spontan zusammen-
 wirkender Bauern, Heimarbeiter und
 Handwerksgesellen offenbart, ein we-
 nig mager aus. Es ist richtig, die Er-
 hebung der Weber im Vorland des
 Riesengebirges als neuartige Erschei-
 nung unter den zeitgenössischen Volks-

⁸ Vgl. Karl Marx/Friedrich Engels: Aus-
 gewählte Schriften, Bd. II, Dietz Verlag,
 Berlin 1952, S. 319.

⁹ Vgl. A. Heinrich: Ein Generalstreik
 in Hamburg vor hundert Jahren. In: Die
 Neue Zeit, XV. Jg., 1896/97, Erster Band,
 S. 507–512.

¹⁰ Vgl. Antrag des preußischen Groß-
 kanzlers vom 2. Juni 1795 an den König
 von Preußen, abgedruckt in: M. Philipp-
 son: Geschichte des preußischen Staats-
 wesens vom Tode Friedrichs d. Gr. bis
 zu den Freiheitskriegen, Bd. 2, Leipzig
 1880, S. 41.

bewegungen hervorzuheben, doch bleibt die Rolle der schlesischen Bauern, die ich als den sozialen Kern der bereits 1792 beginnenden, bis 1794 kaum gebrochenen und auch später immer wieder aufflackernden Unruhen ansehen möchte, unbilligerweise im Hintergrund der Behandlung. Überhaupt könnte die gut gelungene Darstellung der diplomatischen und militärpolitischen Ereignisse durch eine tiefere Untersuchung der schlesischen Vorgänge eine glückliche Ergänzung finden, haben doch die dicht aufeinanderfolgenden Empörungen den feudal-absolutistischen Staatsapparat Preußens auf eine harte Probe gestellt. An den nervösen, oft widerspruchsvollen Direktiven und Abwehrmaßnahmen der Regierungsbehörden, an den Zugeständnissen, die sie den Breslauer Handwerksgesellen und den Webern wider Willen gewähren mußten¹¹, zeigt sich, daß der preußische Staat 1793/94 zunehmend in eine militärisch-politische Krise geriet. Zu einer Zeit, da das finanzschwache Preußen im Westen einen reaktionären und obendrein verlustreichen Krieg gegen die französische Republik ausfocht, während ein Teil seiner Truppen im Osten durch die polnischen Freiheitskämpfer Kosciuszkos gebunden wurden, trugen auch die Unruhen und Aufstände der werktätigen Volksklassen Schlesiens zur Schwächung des Staates bei. Daher haben unter dem Druck der Tatsachen früher selbst bürgerliche Historiker eingestehen müssen, daß die Furcht der herrschenden Klassen vor revolutionären Erhebungen im eigenen Lande mitbestimmend gewesen ist für Preußens Austritt aus der antifranzösischen Koalition.¹²

¹¹ Vgl. W. Długoborski: Die Klassenkämpfe in Schlesien in den Jahren 1793–1799. In: Beiträge zur Geschichte Schlesiens, Berlin 1958.

¹² Vgl. H. v. Sybel: Geschichte der Revolutionszeit 1789–1800, Bd. 5, Stuttgart 1908, S. 281–282.

4. Zum Charakter der französischen Kriege um 1800

In den nachfolgenden drei Kapiteln des Lehrbuches, von denen eines sogar ausschließlich den Humanitäts- und Nationalideen der deutschen Klassik und Romantik gewidmet ist, so wie wir hoffen, es wird bald Schluß sein mit der langgehegten Fremdheit vieler unserer Historiker gegenüber sozialpolitischen und ideengeschichtlichen Problemen der Literatur und Kunst, führt St. den Leser durch die zweite Etappe der damaligen deutschen Geschichte. Es sind dies die Jahre zwischen 1795 und 1807, eröffnet durch den Baseler Frieden, laut dessen Geheimklausel Preußen gegen die Zusage, sich durch die Annexion rechtsrheinischer Klerikalstaaten schadlos halten zu dürfen, alles Linksrheinische an die französische Republik vermachte, und abgeschlossen durch den Tilsiter Raubfrieden, der den zusammengestohlenen Besitzstand des Hauses Hohenzollern schließlich selbst zu Beute Napoleons werden ließ.

Im Hintergrund der deutschen Geschichte dieser Zeit stehen wichtige Vorgänge in Frankreich. Dort hatte die Revolution ihr Ende gefunden. Doch in der antifeudalen Front auf der rechten Flügel gestanden hatten, verzehrten die Früchte dessen, was die jakobinisch geführten Massen gesät hatten. Doch fürchteten sie sich sowohl vor den hungernden Massen als auch vor den Aristokraten von gestern, die mit den irreführten Bauern der Vendée und den Koalitionsmächten für die bourbonischen Lilien fochten. Die Bourgeoisie benötigte einen starken Mann, der sie von dieser Furcht im Inneren befreite und der feudale Bedrohung von außen mit allen Mitteln der Diplomatie und Kriegskunst Schach gebot. So, an ihrer eigenen politischen Befähigung irre geworden, flüchtete sie sich aus der Korruption des Direktoriums unter de

schutz des napoleonischen Despotismus.¹³

Was die französische Bourgeoisie von ihm erwartete, das hat Napoleon Bonaparte bekanntlich mit Findigkeit und Energie zu erfüllen gewußt. Wie sehr wir aber auch in Napoleon den undemokratischen Erhalter der Revolution erblickten, den Gefängniswärter, der den bürgerlich-demokratischen Freiheiten die Handschellen des Liberalismus anpaßte, so wirkte er doch in Deutschland wie im ganzen alten Europa während der ersten Zeit seiner Herrschaft als Repräsentant der Revolution, als Verkünder ihrer Grundsätze, als Zerstörer der alten feudalen Gesellschaft. „Napoleon liquidierte das teilige Römische Reich und verminierte die Zahl der Kleinstaaten in Deutschland durch die Bildung größerer Staaten. Er brachte sein Gesetzbuch mit in die eroberten Länder, ein Gesetzbuch, das allen bestehenden unendlich überlegen war und die Gleichheit im Prinzip anerkannte.“¹⁴ Freilich tat er dies alles nicht aus reiner Menschenliebe, aber je mehr die überlaufenen deutschen Territorialmächte zum wirtschaftlichen und militärischen Kräfte-reservoir der französischen Großbourgeoisie werden sollten, desto gründlicher mußte die Schwerefälligkeit der Feudalbürokratie und der Antagonismus der feudalen Sozialschichtung durch bürgerliche Reformen überwunden werden.

Das ist — mit großen Strichen gekennzeichnet — die Zeit, die in den erwähnten Lehrbuchkapiteln behandelt wird, wobei die Auswirkungen der französischen Politik auf Deutschland den eigentlichen Gegenstand bilden,

während die Wandlungen in Frankreich begreiflicherweise nur angedeutet werden. Ausgehend davon, daß der Widerspruch zwischen Feudalismus und Kapitalismus die welthistorische Hauptfrage darstellte und letzterem im Interesse des gesellschaftlichen Fortschritts damals allein der Sieg zu wünschen war, kennzeichnet der Vf. die Kriege Frankreichs in Anlehnung an Lenin als revolutionäre Verteidigungskriege, die, ungeachtet der Plünderungen und Annexionen, in denen sich das undemokratische Wesen der Bourgeoisie als einer neuen Ausbeuterklasse widerspiegelte, bis 1806 einen gerechten Charakter besaßen.

Diese Einschätzung ist unter den marxistischen Historikern seit einigen Jahren hart umstritten.¹⁵ Nachdem das Wesen der napoleonischen Kriege sogar auf einer internationalen Arbeitstagung des Instituts für Geschichte an der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin im November 1956 diskutiert worden war¹⁶ und man den Eindruck gewonnen hatte, die oben umrissene Ansicht werde sich durchsetzen, entzündet sich am vorliegenden Lehrbuch der alte Streit aufs neue. Heinrich Scheel polemisiert in seiner Besprechung dieses Buches sowohl gegen die Gleichordnung der Begriffe, „gerecht“ und „fortschrittlich“ als auch gegen die auf 1806 festgelegte Wesenswandlung der französischen Kriege, indem er die Antithese mit den Worten fixiert:

¹⁵ Vgl. Heinrich Scheel: Die Diskussion im Autorenkollektiv über den Entwurf des Abschnitts 1789 bis 1807 zum Lehrbuch der Geschichte Deutschlands. In: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, 1956, Heft 3, S. 559—567.

¹⁶ Vgl. Zur Frage des Charakters der französischen Kriege in bezug auf die Entwicklung in Deutschland in den Jahren 1792 bis 1815, Protokoll der Arbeitstagung des Instituts für Geschichte an der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin vom 18. November 1956, Berlin 1958.

¹³ Vgl. Friedrich Engels: Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft, Dietz Verlag, Berlin 1952, S. 314.

¹⁴ Friedrich Engels: Deutsche Zustände bis zum Sturz Napoleons. In: Marx/Engels/Lenin/Stalin: Zur deutschen Geschichte, Bd. II/1, Dietz Verlag, Berlin 1954, S. 14.

„Rezensent vertritt die Meinung, daß die revolutionären Verteidigungskriege Frankreichs um die Mitte der 90er Jahre in ungerechte Eroberungskriege umschlagen, ohne damit ihren fortschrittlichen Charakter zu verlieren. Er stützt sich dabei unter anderem auf Engels, der im Anti-Dühring feststellt: „Der verheißene ewige Friede war umgeschlagen in einen endlosen Eroberungskrieg. Die Vernunftgesellschaft war nicht besser gefahren... Es fehlten nur noch die Leute, die diese Enttäuschung konstatierten, und diese kamen mit der Wende des Jahrhunderts.“⁴⁷

Bei diesem Streit geht es nicht um das Wesen der französischen Kriege allein, sondern um die Stellung des Marxismus-Leninismus zum Wesen der Kriege überhaupt, um die Lehre von den „gerichten“ und „ungerechten“ Kriegen. Erinnern wir uns, was Lenin gesagt hat.

Im Sommer 1915, kurz vor der Zimmerwalder Konferenz, schrieb Lenin die bekannte Broschüre „Sozialismus und Krieg“, in welcher er den reaktionären und ungerechten Charakter der imperialistischen Kriege nachwies. Gleich zu Beginn äußerte er in Abgrenzung gegen die bürgerlichen Pazifisten: „Es hat in der Geschichte manche Kriege gegeben, die trotz aller Greuel, aller Bestialitäten, allen Elends und aller Qualen, die mit jedem Krieg unvermeidlich verknüpft sind, fortschrittlich waren, d. h. der Entwicklung der Menschheit Nutzen brachten...“⁴⁸ In diesem Zusammenhang nannte Lenin zwei Typen von Kriegen: die Bürgerkriege, d. h. die Kriege der unterdrückten Klasse gegen die unterdrückende, und die „bürgerlich-fortschrittlichen nationalen Befreiungskriege“ vornehmlich der Zeit von 1789

bis 1871, „die die Beseitigung oder Unterminierung der gefährlichsten Stützen des Feudalismus, des Absolutismus und der Unterjochung fremder Völker“ förderten. Als Beispiel für den letztgenannten Kriegstypus erwähnte Lenin ausdrücklich die französischen Kriege um 1800: „Die Revolutionskriege Frankreichs z. B. erhielten ein Element der Plünderung und der Eroberung fremder Territorien durch die Franzosen, aber es ändert durchaus nichts an der grundlegenden historischen Bedeutung dieser Kriege, die den Feudalismus und Absolutismus in dem ganzen in die Fesseln der Leibeigenschaft geschlagenen alten Europa zerstörten bzw. erschütterten.“⁴⁹ Es steht außer Zweifel, daß Lenin, der hier nicht von einem einzelnen Kriege sprach, den fortschrittlichen Grundcharakter der ganzen Reihe der französischen Kriege im Auge hatte. Und da er zudem auf der Seite später diesen Kriegstypus in der Nutzung eines Ausspruchs von Wilhelm Liebknecht „gerechte Kriege“ nannte⁵⁰, also die Begriffe „fortschrittlich“ und „gerecht“ gleichordnete, ist völlig klar, daß Lenin nicht der Meinung war, die französischen Kriege seien bereits um die Mitte der 90er Jahre in ungerechte Eroberungskriege umgeschlagen. Lenin gibt auch auf diese Frage Antwort, wann die innere Dialektik dieser Kriege — der Widerspruch zwischen antifeudaler Grundtendenz und zunehmender Unterjochung fremder Völker — zur qualitativen Wesenswandlung, zum Übergang der fortschrittlichen und gerechten Revolutionskriege in die reaktionären und ungerechten Raubkriege geführt hat.

⁴⁹ Ebenda, S. 6.

⁵⁰ Vgl. ebenda, S. 7. — Lenins Definition der „gerechten Kriege“ wurde die gültige Lehre in den Marxismus-Leninismus übernommen. Vgl. Geschichte der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, Dietz Verlag, Berlin 1960, S. 23.

⁴⁷ Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, 1960, Heft 2, S. 416.

⁴⁸ W. I. Lenin: Sozialismus und Krieg, S. 5–6.

Schon im September 1917, als er in seiner Kampfschrift „Die drohende Katastrophe und wie man sie bekämpfen soll“ die revolutionär-demokratischen Traditionen der Französischen Revolution zu beachten empfahl, wies er den Umschlagsmoment der französischen Kriege ganz entschieden ins 19. Jahrhundert. „Das ganze Volk und insbesondere die Massen, d. h. die unterdrückten Klassen, waren in einem grenzenlosen revolutionären Enthusiasmus erfaßt: Den Krieg wollten *alle* für einen gerechten Verteidigungskrieg, und das *war er in der Tat*. Das revolutionäre Frankreich verteidigte sich gegen das reaktionär-monarchistische Europa. Nicht 1792 bis 1803, sondern viele Jahre später, *nach* dem Siege der Reaktion im Innern des Landes, hat die konterrevolutionäre Diktatur Napoleons die Kriege Frankreichs aus Verteidigungskriegen in Eroberungskriege verwandelt.“²¹ Und ein halbes Jahr darauf, als Lenin gegen das pseudolinke Abenteuerlust Trotzkis und Bucharins die Internationalisierung des deutschen Friedensvertrags von Brest-Litowsk bejahte, sprach er mit der jungen Sowjetrepublik eine Empause zur Sammlung und Neuordnung ihrer Verteidigungskräfte gemein, wies er auf den Tilsiter Frieden von 1807 als auf ein analoges geschichtliches Beispiel hin, wobei er Bezugnahme hierauf von einer Seite sprach, „als die Epoche der revolutionären Kriege Frankreichs von der Epoche der imperialistischen Eroberungskriege abgelöst wurde“²². So hat Lenin eindeutig zu der auch im vorliegenden Lehrbuch vertretenen Ansicht bekannt, daß die Kriege Frankreichs bis in die Jahre vor dem Tilsiter Frieden ihren fortschrittlichen

und gerechten Gesamtcharakter behalten haben.

Bedenkt man zudem, daß auch Engels in dem von Scheel benutzten Zitat²³ gar nicht den Gegensatz Frankreichs zu den konterrevolutionären Feudalmächten bezeichnen wollte, sondern ausschließlich das Mißverhältnis zwischen den idealistischen Ansichten der Aufklärungsphilosophen und dem, was bei den Wehen der Revolution real zum Vorschein kam, stellt man in Rechnung, daß Engels hier nicht an einem Urteil über die weltgeschichtliche Rolle der französischen Kriege, sondern an der ironischen Bezeichnung aller Unzulänglichkeiten der vielgepriesenen Bourgeoisordnung gelegen war, so wird begreiflich, daß Engels von Scheel mißverstanden wird. Denn immer, wenn Engels in seinen prinzipiellen Aufsätzen oder gelegentlichen Bemerkungen auf den weltgeschichtlichen Gegensatz zwischen Frankreich und den europäischen Feudalmächten um 1800 zu sprechen kam, hat er Frankreich das größere Gewicht gegeben. Dies gilt sowohl für die frühen Artikel „Deutsche Zustände“, in denen das positive Bild Napoleons sogar eindeutig vorherrscht, als auch für die späteren Äußerungen, in denen die Unterwerfung fremder Völker als dominantes Kennzeichen der napoleonischen Politik nur für die Zeit nach 1806 eine Rolle spielt – und selbst dann noch als ein „modernes Joch“ gegenüber dem erstickenden Despotismus der feudalen Monarchien.

Es zeigt sich also, daß die im Lehrbuch vertretene Meinung über die Gleichordnung der Begriffe „fortschrittlich“ und „gerecht“ sowie über den Charakter der französischen Kriege auf dem Boden des dialektischen und historischen Materialismus steht, der von den realen geschichtlichen Verhältnissen ausgeht, um „einen

²¹ Vgl. W. I. Lenin: Ausgewählte Werke in zwei Bänden, Bd. II, Dietz Verlag, Berlin 1959, S. 128.

²² Marx/Engels/Lenin/Stalin: Zur deutschen Geschichte, Bd. II/1, S. 19.

²³ Vgl. Friedrich Engels: Herrn Eugen Dührings Umwälzung . . ., S. 314–315.

he Protektoratsstaaten und Militärstützpunkte mitten in Deutschland hervor. Deshalb hat Lenin dieses Diktat als den „schwersten aller Friedensverträge“ bezeichnet.²⁷

Und damit gelangen wir schließlich doch zu einem entscheidenden Kriterium für den „imperialistischen“ Charakter der napoleonischen Kriege nach 1806: Zur Zeit des Tilsiter Raubfriedens begann nächst den Rheinbundstaaten auch in Preußen die bürgerliche Umgestaltung. Napoleon, die Verkarnation französischer Bourgeoisinteressen, war nicht mehr alleiniger Vertreter moderner Grundsätze, Zerstörer der alten Feudalordnung – er wurde zum Presser und Peiniger einer Nation, die den Weg des bürgerlichen Fortschritts betreten hatte. Unfähig und unwillig, den aufstrebenden bürgerlichen Kräften selbstlose Hilfe zu leisten, wurde Napoleon in Deutschland zum Scharfrichter, und Plünderung, Annexion und Knechtung, die niemals nur untergeordnetes Element der französischen Verteidigungskriege waren, wurden nun zum bestimmenden Wesensmerkmal napoleonischer Außenpolitik.

5. Der „preußische Weg“ in der deutschen Geschichte

Für das V. Lehrbuchkapitel, welches Deutschland in den Jahren 1807/08 stellt und damit die dritte von 1807 bis 1815 währende Etappe eröffnet, dürfte die Äußerung von Engels gültig sein: „Das französische Joch war wenigstens ein modernes, das die deutschen Fürsten zwang, mit den unmöglichsten Anachronismen ihrer bisherigen Daseinsweise aufzuräumen.“²⁸ Dieses Wechselverhältnis zwischen der französischen Reformtätig-

keit in den Rheinbundstaaten und dem Wirken der deutschen Reformer in Preußen wird durch St. nachgewiesen. Dabei offenbaren beide Reformströmungen die gleiche Problematik: Die bürgerliche Umgestaltung Deutschlands beginnt nicht auf demokratisch-revolutionäre, sondern auf liberal-reformatorische Weise, sie vollzieht sich als eine Umwälzung, die durch gelenkte Maßnahmen „von oben“ eingeleitet wird, so daß bei aller Begünstigung des kapitalistischen Fortschritts die politische Vorrangstellung des Adels erhalten bleibt. Dieser Umstand ist für den Verlauf der nationalen Geschichte und ihres integrierenden Bestands, der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, von verhängnisvollster Bedeutung. Die Lösung der Agrarfrage, der Kernfrage der klassischen bürgerlichen Revolution, wurde nicht durch Enteignung des grundbesitzenden Adels, nicht durch die radikale Beseitigung der materiellen Basis seiner politischen Macht herbeigeführt, sondern auf dem „preußischen Wege“, der die Bauern den qualvollsten und kompliziertesten Bedingungen des Loskaufens unterwarf. So zog sich die Notwendigkeit, die Agrarfrage demokratisch-revolutionär zu lösen, durch die ganze deutsche Geschichte von 1807 bis 1945, und erst im Verlauf der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung im Osten Deutschlands wurde sie durch die Bodenreform wirklich erfüllt.

Unter Berücksichtigung dieser Umstände wird im Lehrbuch die geschichtliche Leistung der preußischen Reformer mit Recht differenziert betrachtet. Indem die liberalen Patrioten erkannten, daß die französische Fremdherrschaft nur durch die Kraft eines Volkes gestürzt werden konnte, das durch bürgerliche Reformen am Schicksal von Staat und Nation interessiert war, zeigten sie sich fähig, als Bahnbrecher des sozialen und des nationalen Fortschritts in Deutsch-

²⁷ Vgl. Marx/Engels/Lenin/Stalin: Zur deutschen Geschichte, Bd. II/1, S. 20.

²⁸ Friedrich Engels: Die auswärtige Politik des russischen Zarentums. In: Die neue Zeit, 8. Jg., Stuttgart 1890, S. 153.

land „Geschichte zu machen“²⁹. Doch befand sich kein Marat, kein Robespierre, ja nicht einmal ein Mirabeau unter ihnen. Trotz ihres Weitblicks dem relativ niedrigen Niveau des Bürgertums ideologisch verhaftet, eingekeilt in die hemmende Antiquiertheit deutscher und zumal preußischer Zustände, beschritten sie den Weg des Fortschritts unter Ausschluß jakobinischer Methoden.

Diese differenzierte Betrachtungsweise im Lehrbuch ist um so nötiger, als die bürgerlichen Historiker, von den bismarcktreuen Kleindeutschen des vergangenen bis zu den adenauerhörigen Abendlanddeutschen des jetzigen Jahrhunderts, in den preußischen Reformen die „unanfechtbare Grundlage“ ihres bürgerlichen Staats erblicken³⁰, eben weil sie in ihrer Furcht vor dem Volke allein den liberal-reformatorischen Weg als den wünschenswerten Entwicklungsgang der Geschichte akzeptieren wollen. Demgegenüber gilt es in Verantwortung vor der geschichtlichen Wahrheit und in Pflichterfüllung vor der Nation, die Beschränktheit der preußischen Reformen und das Gefährliche des „preußischen Weges“ herauszuarbeiten, damit die besondere Aggressivität des junkerlich-bourgeois Imperialismus auch aus dem eigentümlichen Gang der nationalen Geschichte erklärt werden kann.

Angesichts dieser richtigen Grundeinstellung sind einige Unklarheiten von untergeordneter Bedeutung. So wird durch irreführende Formulierungen (S. 134, 145 und 151) die Ansicht verbreitet, in Mitteleuropa habe

sich bereits während der ersten Jahrzehre des 19. Jahrhunderts die „bürgerliche Gesellschaft“ weitgehend festigt. Der *Beginn* der bürgerlichen Umwälzung kann doch nicht gleichgesetzt werden mit der *Existenz* bürgerlichen Gesellschaft. Auch die Darlegung der preußischen Reformen läßt wichtige Fragen ungeklärt. fehlt jeder Hinweis auf den in den ersten Jahrzehnten erfolgten Massenabsturz der ostelbischen Bauern in ländliche und städtische Proletariat und die allgemeine Wehrpflicht, die Volksbewaffnung als zentrale Fragen der preußischen Heeresreform werden gänzlich außer acht gelassen.

Von grundsätzlicher Bedeutung ist ein anderer Mangel, der mit einer marxistischen Betrachtung der napoleonischen Fremdherrschaft unverträglich ist. Der Vf. gibt keine Analyse der ökonomischen und dadurch politischen Auswirkungen der Kontinentalsperre. So wird das Anwachsen der antifranzösischen Stimmungen in namhaften Gebieten Deutschlands weniger aus materiellen als aus ideologischen Faktoren erklärt. Das Mißachten der älteren Forschung über die ökonomischen Folgen der Kontinentalsperrenpolitik³¹ führt schließlich zu einem Subjektivismus in der Geschichtsbetrachtung, der weder die antinapoleonische Bewegung von 1813 noch die zögernde oder gar französische Haltung des Bürgertums in anderen Gebieten aus ihren letzten Gründen zu erklären vermag.

6. Zur Dialektik

der nationalen Befreiungskriege

Die restlichen vier Kapitel sind dem nationalen Unabhängigkeitsbewegung gewidmet und führen uns von lokalen Widerstandsaktionen und dem Fiasko des österreichisch-französischen Krieges im Jahre 1809 zu den großen Kämpfen im Jahre 1813.

²⁹ Vgl. Marx/Engels/Lenin/Stalin: Zur deutschen Geschichte, Bd. II/1, S. 19.

³⁰ Vgl. Publikationen aus den Preußischen Staatsarchiven, Bd. 93. Die Reorganisation des Preußischen Staates unter Stein und Hardenberg, Teil 1: Allgemeine Verwaltungs- und Behördenreform, hrsg. von G. Winter, Leipzig 1931, S. VIII u. XV.

³¹ Vgl. Fußnote 26.

nfang an offenbart sich das problematische Zusammenspiel recht verschiedenartiger Kräfte, die in Napoleon ihren gemeinsamen Gegner erreichten und allmählich bis 1813 zu einer scheinbar einheitlichen Front zusammenwuchsen. Diese Front rekrutierte sich aus drei Bestandteilen: der rechten Befreiungsbewegung der Volksschichten, den auf Restauration zielenden feudalreaktionären Dynastien und der antifranzösischen Konkurrenz des bürgerlichen Englands.

Der marxistischen Geschichtswissenschaft genügt es freilich nicht, nur das Gemeinsame dieser Bewegung zu erkennen. Darum gilt ihre Aufmerksamkeit auch den inneren, vor allem sozialpolitischen Widersprüchen. Nur so nämlich kann verständlich werden, daß sich mitten im Kampf gegen Napoleon noch immer ein wechselvolles Ringen zwischen liberalen Patrioten und feudalen Reaktionären um die Besetzung und Leitung des Krieges abspielte; nur so kann überzeugend begründet werden, daß der sogenannte 'nationale Befreiungskrieg' real nur die Befreiung von der französischen Großbourgeoisie, nicht aber von den deutschen Feudalfürsten und dem Genermeriestiefel des russischen Zaren betrafte. Denn der Befreiungskrieg endete in Wirklichkeit nicht mit dem Sieg der deutschen, russischen und schwedischen Soldaten auf dem blutigen Schlachtfeld bei Leipzig, sondern mit dem Sieg ihrer Fürsten in den blutigen Konferenzzimmern und Kongresssälen des Wiener Kongresses. Nachdem es Frankreich besiegte, hat Deutschland nur ein Joch von ausländischem Holze gegen ein Joch von inländischem eingetauscht und den zehrenden Despotismus Napoleons durch den Scheidemünze seiner armseligen Zwergtyrannen gewechselt.³²

³² L. Börne: Französische Schriften und Nachtrag, hrsg. von E. Weller nach der Ausgabe von Cormenin, Leipzig 1847, S. 103-104.

St. weist auf diese Problematik deutlich hin, wenn er den offenen und geheimen Widerstand von Kamarilla und Junkern gegen das Wirken der Reformer in Preußen nachzeichnet. Doch bleiben wichtige Anknüpfungspunkte, die für eine leitmotivische Herausarbeitung dieser Widersprüche tauglich wären, unberücksichtigt. So hat schon während des österreichisch-französischen Krieges von 1809 die Angst, ein Volkskrieg werde den bürgerlich-fortschrittlichen Kräften zu Sammlung und Einfluß verhelfen, die dynastische Partei dazu bestimmt, den Krieg mit bemerkenswerter Nachlässigkeit zu führen, wie denn auch die Preisgabe der Tiroler Aufständischen um Andreas Hofer durch den wortbrüchigen Kaiser von Österreich ein eklatantes Beispiel dafür ist, mit welcher Niedertracht die herrschende Klasse selbst eine an Gott und den Kaiser glaubende Massenbewegung mißbrauchte, um sie am Ende wie eine ausgequetschte Zitrone beiseite zu werfen. Auf diese Zustände hat bereits die österreichische Historikerin Priester ausdrücklich hingewiesen³³, und es wäre nötig, ihrer richtigen Betrachtungsweise durch weitere Forschungen zu folgen.

Ganz und gar offenkundig ist, daß die Ereignisse in Preußen zu Beginn des Jahres 1813 durch den Gegensatz zwischen den dynastisch-partikularistischen und den bürgerlich-nationalen Kräften bestimmt wurden. Das hatte Stein schon ein Jahr zuvor mit Worten bitterer Erfahrung vorausgesagt: „Man kann in Deutschland nicht mehr einen Antrieb von oben erwarten; denn hier sitzt überall Erbärmlichkeit auf den Thronen.“³⁴ Also mußte der Antrieb „von unten“ kommen als Impuls der Volksmassen und ihrer bürgerlich-fortschrittlichen Füh-

³³ Eva Priester: Kurze Geschichte Österreichs, Wien 1949, S. 283-304.

³⁴ Zit. in: Albert Norden: Das Banner von 1813, Berlin 1952, S. 44.

rungskräfte. Der Vf. hat diese Erkenntnis zum gültigen demokratischen Leitgedanken seines Kapitels über den nationalen Befreiungskrieg erhoben.

In der Historiographie bildet das Urteil über die Rolle des Königs von Preußen einen Scheidepunkt zwischen demokratischer und preußisch-militaristischer Literatur, womit sich zugleich geschichtliche Wahrheit und politische Lüge gegenüberstehen. Was letztere verschweigt, enthüllt die andere im Namen des Volkes. Als der preußische General von York am 30. Dezember 1812 mit dem russischen General Diebitsch die Konvention von Tauroggen abschloß und die Bande zerriß, die ihn und sein Armeekorps an Napoleon ketteten, da antwortete der König mit der Amtsenthebung seines Generals. Als der ostpreußische Landtag in einem Akt nahezu revolutionärer Selbstbestimmung beschloß, eine Landwehr in Stärke von 30 000 Mann zu errichten, um den nationalen Kampf gegen Napoleon zu beginnen, da sann der König von Preußen auf Mittel, die Initiative des Volkes despotisch zu unterdrücken. Als sich Bürger und Bauern in Ostpreußen und Pommern, an der Nordseeküste und im rheinisch-westfälischen Gebiet gegen die französische Knechtschaft erhoben und drei preußische Armeekorps unter York, Bülow und Borstell im Februar zusammen mit dem russischen General Wittgenstein zur Oder vorstießen, da betrieb Friedrich Wilhelm III. eine Neutralitäts- und Vermittlungspolitik zwischen Napoleon und dem Zaren, um dadurch territoriale Vorteile für Preußen zu ergattern. Während Volk und Armee spontan den Sturm gegen die Fremdherrschaft eröffneten, dachte ein gekrönter Krämer an nichts anderes, als sein dynastisches Geschäftchen zu verrichten. Und diese Politik kommentierte er mit der schwachsinnigen Infinitivwendung: „Napoleon großes Genie sein, immer neue Hilfsmittel finden.“ So zählt „König Infi-

nitiv“ wohl zu den ungeheuerlichen Mißgestalten des an sich nicht so fruchtbaren Hauses Hohenzollern.

Um so mehr haben sich militäristische Geschichtsschreiber bemüht, gefühlt, ihre Preußentreue unter Beweis zu stellen, indem sie den schlichten Mann stützten. Damit das wehrfähige Volk nur gar nicht erst auf Gedanken komme, es dürfte sich ohne obrigkeitliche Erlaubnis in eine kämpferische Bewegung stürzen, vielleicht gar Revolution bedeuten konnte, erfanden sie für das Jahr 1813 eine Legende, deren Inhalt durch einen sentimentalischen Satz ausgedrückt wird: „Der König rief, und alle, alle kamen.“ Reaktionäre Historiker Westdeutschlands entblöden sich selbst heuchelnd, ihrem Publikum den alten Schwindel brühwarm aufzutischen.

Indem St. diese Legende widerlegt, setzt er eine gesunde antipreußische Tradition fort, die sich seit der Arnoldschen Rezension des jungen Friedrich Engels über Franz Mehring bis in die marxistische Geschichtsschreibung unserer Tage zieht. Nur wäre es zu überlegen, ob die Beweisführung durch eine andere Gliederung des letzten Kapitels nicht gewinnen würde. Im Anschluß an eine Schilderung der Ereignisse in Ostpreußen läßt St. nämlich sogleich einen Abschnitt über den preußischen König und die Regierung folgen, und er schließt seine Darlegung mit dem königlichen Aufruf „An mein Volk“ vom 17. März 1813. Erst dann gewährt er einen Rundblick über

³⁵ Vgl. F. Schnabel/G. Ritter/J. Dittmer: *Die moderne Welt . . .*, S. 46. — G. Ritter: *Stein*, Stuttgart 1958, S. 432.

³⁶ Vgl. Friedrich Engels: Ernst Moritz Arndt. In: Marx/Engels/Lenin/Stalin: *deutsche Geschichte*, Bd. II/1, S. 31. Auch in seiner Altersschrift „Die auswärtige Politik des russischen Zarentums“ bestätigt Engels die frühere Einschätzung mit den Worten: „In Preußen stand das ganze Volk auf und zwang den feigen Friedrich Wilhelm III. zum Krieg gegen Napoleon.“ (*Die Neue Zeit*, 8. Jg., S. 1

napoleonischen Volksbewegungen Nord- und Westdeutschland, die titlich zum Teil vor jener Deklamation lagen, mit welcher sich Friedrich Wilhelm III. dem allgemeinen Strom anschloß, um das Ansehen seines Thrones nicht weiter zu gefährden. In wissendem Sinne unterstützt solche Forderung gerade das, was St. widerlegen möchte.

Eine falsche Auffassung liegt m. E. in der Beurteilung des Krieges von 1814 und 1815 zugrunde. Laut St. soll die Reaktion nämlich, als die deutschen Gebiete eingekämpft waren, auch auf französischem Boden seinen „gerechten Charakter“ behalten haben. Schon bei der Behandlung des Waffenstillstands im Sommer 1813 versäumt es St., genügend klar herauszustellen, daß außerhalb alte und neue Verbündete „Reaktionsstaaten“ waren, „die keineswegs einen Befreiungskrieg, sondern einen imperialistischen Krieg gegen Napoleon führten“³⁷. Dies mußte schließlich eine Umwandlung des Krieges bewirken, sobald die verdienstvollen, aber von teutonischem Dünkel durchtrockneten Patrioten von der Reaktion eindeutig überflügelt waren und sich der Kriegsschauplatz im französischen Mutterlande befand. So war denn — um mit Mehring zu sprechen — der Krieg in Frankreich ein „reaktionärer Kabinettskrieg“³⁸, ein

Begleitstück zu jenem unseligen Finale, mit dem die Fürsten in Wien das dissonante Heldenlied beendeten.

Unser Buch entläßt den Leser mit der Erkenntnis, daß ungeachtet der demagogischen Taschenspielertricks, mit denen die Fürsten zu Wien dem Volke den neugebildeten Deutschen Bund als die ersehnte nationale Einheit vorspiegelten, das weltgeschichtliche Kräfteverhältnis zwischen Feudalismus und Kapitalismus seit dem Beginn der Französischen Revolution anders geworden war. Der Kampf für den einheitlichen und fortschrittlichen Nationalstaat konnte in Deutschland auf einer neuen, höheren Stufe fortgesetzt werden. So findet sich am Ende des Buches, was sich als glückliche Gewißheit durch alle Kapitel zieht: der Optimismus marxistischer Geschichtsbetrachtung, die im Wirken der objektiven Entwicklungsgesetze und im zugeordneten Verhalten der Volksmassen eine Garantie des gesellschaftlichen Fortschritts erblickt.

Mit seinem Beitrag zum künftigen Hochschullehrbuch hat St. eine Pionierarbeit geleistet, ohne die ein Weiterschreiten kaum denkbar ist. Nicht allein, daß sie zur wissenschaftlichen Diskussion reichen Stoff bietet, zeichnet diese Arbeit aus, Sie öffnet auch Ausblicke für die weitere Forschung. Viele Ansichten, Überzeugungen, wissenschaftsergebnisse finden durch sie eine Bestätigung, manches, das fragwürdig erscheint, gibt Anlaß zu gründlicher Prüfung und zum Meinungs-

³⁷ Marx/Engels/Lenin/Stalin: Zur deutschen Geschichte, Bd. II/1, S. 17.

³⁸ Vgl. Franz Mehring: Von Kalisch nach Karlsbad, S. 55–71. — E. Tarlé: Napoleon, S. 431–434. — S. B. Kahn: Die Befreiungskriege von 1813 in der deutschen historischen Literatur. In: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, 1955, Heft 3, S. 372–373. — Heinrich Scheel. In: Ebenda, Heft 2, S. 420. — Es muß beachtet werden, daß seit dem Waffenstillstand im Sommer 1813 im Lager der Napoleonkrieger eine verhängnisvolle Kräfteveränderung vorstatten ging, die den dyktisch-reaktionären Elementen bis zum Ende des Herbstfeldzuges mehr und mehr die Vorherrschaft gegenüber den libera-

len Patrioten und den demokratischen Volksmassen sicherte. Ein untrügliches Zeugnis hierfür bietet die schonende Behandlung der verräterischen Rheinbundfürsten, die sich aus den Armen ihres vergötterten Bonaparte als verlorene Söhne in die geöffneten Arme der Koalition flüchteten, von deren fürstlichen Kontrahenten sie mit Sicherheit annehmen durften, daß sie dem Volke den ermutternden Anblick stürzender Throne vorenthalten würden.

streit. So ist denn das vorliegende Buch nicht nur ein Ergebnis jenes Weges, den die deutsche marxistische Geschichtswissenschaft bislang beschritten hat, es ist auch der Startplatz zu weiterem Vorwärtsdrängen, um in sozialistischer Gemeinsamkeit ein wissenschaftlich fundiertes und

demokratisches Geschichtsbild zeichnen, das der Nation in ihr Kampf um Leben und Weltfrieden eine Hilfe sein kann. Denn Leben heißt Weiterschreiten in die Zukunft und Rückwärtsblicken in die Vergangenheit, um aus guten und schlechten Erfahrungen zu lernen.

Helmut Bo

Bibliographie marxistischer Zeitschriftenliteratur zur internationalen Arbeiterbewegung

ABKÜRZUNGEN DER AUSGEWERTETEN ZEITSCHRIFTEN

Philosophische	Мисъл. София
Исторический	Исторический Архив. Москва
Икономическа	Икономическа Мисъл. София
Коммунист.	Коммунист. Москва
Мировая Экономика и международные	Мировая Экономика и международные Отношения. Москва
Молодой Коммунист.	Молодой Коммунист. Москва
Международная Жизнь.	Международная Жизнь. Москва
Новая и новейшая История.	Новая и новейшая История. Москва
Новая Корея.	Новая Корея. Пхеньян
Ново Време.	Ново Време. София
Партийная Жизнь.	Партийная Жизнь. Москва
Советские Профсоюзы.	Советские Профсоюзы. Москва
Вестник Академии наук СССР.	Вестник Академии наук СССР. Москва
Вопросы Экономики.	Вопросы Экономики. Москва
Вопросы Философии.	Вопросы Философии. Москва
Вопросы Истории.	Вопросы Истории. Москва
Вопросы Истории КПСС.	Вопросы Истории КПСС. Москва
Вестник Ленинградского Университета:	Вестник Ленинградского Университета: Серия экономики,
философии и права.	философии и права.
Вестник Московского Университета:	Вестник Московского Университета: Серия VIII. Экономика,
философия.	философия.
Вестник Московского Университета:	Вестник Московского Университета: Серия IX.
Исторические науки.	Исторические науки.
Die Arbeit.	Berlin
Aus der internationalen Arbeiterbewegung.	Berlin
Analele institutului de Istorie a	Părtidului de pe lângă C.C. al P.M.R.
București	
Die Arbeiterin.	Berlin
Bibliographischer Dienst Staat und Recht.	Berlin
Beiträge zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung.	Berlin
Beiträge zur Zeitgeschichte.	Berlin
Cahiers du Communisme.	Paris
Československý časopis historický.	Praha
Cercetări Filozofice.	București
Cahiers Internationaux.	Paris
Communist Review.	Sydney
Deutsche Außenpolitik.	Berlin
Dokumentation der Zeit.	Berlin
Démocratie Nouvelle.	Paris
Deutsche Zeitschrift für Philosophie.	Berlin
Einheit.	Berlin
Économie et Politique.	Paris
Filozofický časopis.	Praha
Geschichtsunterricht und Staatsbürgerkunde.	Berlin
Internationale Hefte der Widerstandsbewegung.	Wien
Iraqi Review.	Baghdad
Junge Generation.	Berlin

LM	Labour Monthly. London
Lupta	Lupta de Clasă. Bucureşti
M	Munka. Budapest
MezP	Mezinárodní Politiky. Praha
MFSz	Magyar Filozófiai Szemle. Budapest
MM	Malayan Monitor. London
MML	Marx Memorial Library. London
MS	Munca în Sindicat. Bucureşti
NA	New Age. New Delhi
NC	La Nouvelle Critique. Paris
NDP	Neue Deutsche Presse. Berlin
NDr	Nowe Drogi. Warszawa
NJ	Neue Justiz. Berlin
NMy	Nová Mysl. Praha
NW	Neuer Weg. Berlin
NZ	Neue Zeit. Moskau
O	Odborář. Praha
PA	Political Affairs. New York
PC	Politiek en Cultuur. Amsterdam
PD	Příspěvky k dějinám KSČ. Praha
Pen	La Pensée. Paris
PFS	Probleme des Friedens und des Sozialismus. Berlin
PKö	Parttörténeti közlemények. Budapest
PSU	Die Presse der Sowjetunion. Berlin
R	Rinascita. Rom
RiL	Recherches Internationales à la Lumière du Marxisme. Paris
SB	Sozialistische Briefe für aktuelle und grundsätzliche Probleme d Arbeiterbewegung. Berlin
ScS	Science and Society. New York
StR	Staat und Recht. Berlin
Studii	Studii. Bucureşti
Sw	Sowjetwissenschaft, gesellschaftswissenschaftliche Beiträge. Berlin
TP	Theorie und Praxis. Parteihochschule „Karl Marx“ beim ZK der SED
TSz	Társadalmi Szemle. Budapest
W	Die Weltgewerkschaftsbewegung. Berlin
WN	World News. London
WZ	Weg und Ziel. Wien
WZHAB	Wissenschaftliche Zeitschrift der Hochschule für Architektur u Bauwesen. Weimar
WZ, Berlin	Wissenschaftliche Zeitschrift der Humboldt-Universität Berlin
WZ, Jena	Wissenschaftliche Zeitschrift der Friedrich-Schiller-Universität Jena
WZ, Leipzig	Wissenschaftliche Zeitschrift der Karl-Marx-Universität Leipzig
ZfG	Zeitschrift für Geschichtswissenschaft. Berlin
Zpw	Z pola walki. Warszawa
ZTP	Zeszyty Teoretyczno-polityczne. Warszawa

ÜBERSICHT

I. KLASSIKER DES MARXISMUS-LENINISMUS

Erst- und wichtige Neudrucke

Literatur

1. Marx-Engels

2. Lenin

II. GRUNDFRAGEN DES MARXISMUS-LENINISMUS

Politische Ökonomie

Dialektischer und historischer Materialismus

GESCHICHTE DER DEUTSCHEN ARBEITERBEWEGUNG

Allgemeines

1836–1917

1917–1933

1933–1945

seit 1945

Fragen der Einheit Deutschlands

GESCHICHTE DER INTERNATIONALEN ARBEITERBEWEGUNG

Allgemeines

Einzelne Länder

Arbeiterbewegung und Weltfriedensbewegung

**I. KLASSIKER DES
MARXISMUS-LENINISMUS**

Erst- und wichtige
Neudrucke

известная статья Ф. Энгельса. Рабочее движение в Германии, Франции, Соединенных Штатах и России.

Ein unbekannter Artikel von Friedrich Engels. Die Arbeiterbewegung in Deutschland, Frankreich, den Vereinigten Staaten und Rußland. [Erstveröffentlichung in russ. Sprache.] VIK, 1960, H. 5, S. 27–29. TP, 1960, H. 5, S. 7–9.

ые документы В. И. Ленина. Neue Dokumente W. I. Lenins. [Briefe. Erstveröffentlichung des Instituts für Marxismus-Leninismus beim ZK der KPdSU.] VIK, 1960, H. 4, S. 3–10.

ые документы В. И. Ленина. Русские рабочие и интернационал. Письма в международное социалистическое бюро.

Neue Dokumente W. I. Lenins. Die russischen Arbeiter und die Internationale. [Neudruck.] Briefe an das internationale sozialistische Büro. [Erstveröffentlichung.] VIK, 1960, H. 5, S. 21 bis 26. TP, 1960, H. 5, S. 3–7.

ie Dokumente von W. I. Lenin. Briefe.] An H. Gorter. An D. Wijnkoop. PFS, 1960, H. 8, S. 3–6.

Literatur

1. Marx-Engels

Добринов, В.: За логическото и историческото в марксистката теория на познанието. (По случай 100-годишнината от излизането на Марксовото произведение «Към критиката на политическата икономия».)

(Über das Logische und Historische in der marxistischen Erkenntnistheorie. — Anlässlich des vor 100 Jahren erschienenen Werkes von Marx „Zur Kritik der politischen Ökonomie“. —) Fil. Misul, 1960, H. 1, S. 43–61.

Лопин, Н. И.: О времени работы Маркса над рукописью «К критике гегелевской философии права». (Über die Entstehungszeit des Manuskripts von Marx' „Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie“.) VF, 1960, H. 9, S. 155–158.

Смирнова, В. А.: «Научно-информационный бюллетень» сектора произведений К. Маркса и Ф. Энгельса ИМЛ при ЦК КПСС.

(„Wissenschaftlich-informatorisches Bulletin“ des Sektors [für die Herausgabe] der Werke von K. Marx und F. Engels im Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der KPdSU.) VIK, 1960, H. 4, S. 219–222.

Уроева, А. В.: Первое болгарское издание «Капитала» К. Маркса. (Die erste bulgarische Ausgabe des „Kapital“ von K. Marx.) VIK, 1960, H. 4, S. 178–179.

Besse, Guy: Les problèmes de la dialectique dans « Le Capital » de Marx de M. Rosenthal. („Die Probleme der Dialektik im „Kapital“ von Marx“ von M. Rosenthal. [Rezension.] CC, 1960, H. 7/8, S. 1251–1256.

Dessau, Yan: Le tome VIII du « Capital ». (Der Band VIII des „Kapital“ [von Karl Marx]. [Band III, 3. Buch, 6. und 7. Abschnitt. Rezension.] NC, 1960, H. 114, S. 159–160.

Schmidt, Walter: Der Kampf von Marx und Engels für ein demokratisches Deutschland. Zu den Bänden 5 und 6 der Werke von Karl Marx und Friedrich Engels. [Berlin 1959. Rezension.] E, 1960, H. 7, S. 1032–1047.

Spisú K. Marx a B. Engelse. (Die Werke von K. Marx und F. Engels [in tschechischer Sprache]. [Annotationen zu Band 1 bis 10.] PD, 1960, H. 11, S. 187 bis 190.

Szigeti, József: A tudományos kommunizmus megteremtésének útján. Marx-Engels Művei II. kötéhez. (Auf dem Wege der Begründung des wissenschaftlichen Kommunismus. Marx-Engels: Werke, Band 2. [Budapest 1958. Rezension.] TSz, 1960, H. 7, S. 42–63.

Tănase, Al.: O pilduitoare reflectare științifică și militant-partinică a problemelor contemporaneității în opera lui Marx și Engels. (Ein Beispiel wissenschaftlicher und streitbar-parteilicher Widerspiegelung der Gegenwartsprobleme in den Werken von Marx und Engels.) CF, 1960, H. 3, S. 133–145.

Vilmos, Sós: Probléma teorie kauzalitv v Marxově „Kapitalu“. (Probleme der Kausalitätstheorie in Marx' „Kapital.“) FČ, 1960, H. 5, S. 703–731.

2. Lenin

Александров, А. Д.: Роль Ленина в развитии науки. (Die Rolle Lenins bei der Entwicklung der Wissenschaft.) VF, 1960, H. 8, S. 35 bis 45.

Байчински, Костадин: Остро идейно оръжие в борбата със сектанството, догматизма и ревизионизма. (По случай 40 години от излизането от печат на труда на В. И. Ленин «Левчарството — детската болест на комунизма».)

(Eine scharfe ideologische Waffe Kampf gegen Sektierertum, Dogmatismus und Revisionismus. — Auslaß des vor 40 Jahren erschienenen Werkes W. I. Lenins „Der „linke Raikalismus“, die Kinderkrankheit des Kommunismus“. —) NV, 1960, H. 7, bis 30.

Барчан, Л. А., Л. С. Кислик и Л. Трофимова: Хронологический указатель опубликованных произведений В. И. Ленина.

(Chronologisches Register der veröffentlichten Werke W. I. Lenins [Teil I. 1886 bis Februar 1917. Mosk 1959. Rezension.] VIK, 1960, H. 4, S. bis 183.

Беляков, А. и Ф. Бурлацкий: Ленинская теория социалистической революции и современность. (Die Leninsche Theorie von der sozialistischen Revolution und die Gegenwart.) K, 1960, H. 13, S. 10–27. A, 1960, H. 19, S. 2–13.

Буганов, В. И.: Методы работы В. И. Ленина над статистическими материалами.

(W. I. Lenins Arbeitsmethoden statistischen Quellen.) VI, 1960, H. S. 44–58.

Бурлацкий, Ф. М.: Ленин о демократическом характере диктатуры пролетариата.

(Lenin über den demokratischen Charakter der Diktatur des Proletariats.) VIK, 1960, H. 4, S. 162–174.

Бурчиан, Х. С.: Послания народолюбви.

(Sendschreiben der Liebe des Volkes. [„Briefe von Werktätigen an W. I. Lenin 1917 bis 1924.“ Moskau 1960. Rezension.] VIK, 1960, H. 4, S. 188–190.

Глезерман, Г. Е.: В. И. Ленин о развитии ростков коммунизма.

(W. I. Lenin über die Entwicklung der Keime des Kommunismus.) VIK, 1960, H. 4, S. 37–50.

Данишевский, Тадеуш: В. И. Ленин и развитие коммунистического движения в Польше.

(W. I. Lenin und die Entwicklung der kommunistischen Bewegung in Polen.) VI, 1960, H. 7, S. 74–91.

Ермолаева, Р. А.: Новые материалы о борьбе В. И. Ленина за укрепление партии, (По документам гласности.)

ного правления СДКПиЛ 1909 до 1911 гг.)

Neue Materialien über den Kampf W. I. Lenins für die Festigung der Partei. — Über Dokumente des Hauptvorstandes der Sozialdemokratie des Königreichs Polen und Litauen. —) VIK, 1960, H. 5, S. 173—180.

Глезов, Н. М.: Новое издание биографии В. И. Ленина.

Eine neue Ausgabe der Biographie W. I. Lenins. [Wladimir Iljitsch Lenin. Biographie. Moskau 1960. Rezension.] VIK, 1960, H. 9, S. 117—125.

Симов, А. Г.: «В. И. Ленин во главе великого строительства.»

„W. I. Lenin an der Spitze des großen Aufbaus.“ [Sammelband von Erinnerungen über die Tätigkeit W. I. Lenins an der Wirtschaftsfrent. Rezension.] VIK, 1960, H. 4, S. 184—187.

Сасин, Ю. А.: В. И. Ленин и проблема мирного сосуществования. Lenin und das Problem der friedlichen Coexistenz.) VF, 1960, H. 9, S. 9—23. Sw, 1960, H. 12, S. 1288—1306.

Ленинские научные сессии.

Wissenschaftliche Tagungen [der Universitäten Leningrad und Kasan] über Lenin [anlässlich seines 90. Geburtstags.) VLUE, 1960, H. 17, S. 156—165.

Соловьев, А. Ф.: Немеркнущий свет ленинских идей озаряет путь к коммунизму. (К выходу в свет нового издания биографии В. И. Ленина.)

Das unvergängliche Licht der Leninschen Ideen erhellt den Weg zum Kommunismus. — Zum Erscheinen der neuen Ausgabe der Biographie W. I. Lenins. — [Wladimir Iljitsch Lenin. Biographie. Moskau 1960. Rezension.] VF, 1960, H. 7, S. 50—61.

Сенс, Эрли: Ленин в Копенгагене в 1910 году.

Lenin in Kopenhagen im Jahre 1910.) VIK, 1960, H. 5, S. 125—130.

Степанов, Г. И.: Учение В. И. Ленина о социалистическом государстве и его развитие XXI съездом КПСС. Die Lehre W. I. Lenins vom sozialistischen Staat und ihre Entwicklung durch den XXI. Parteitag der KPdSU.) VLUE, 1960, H. 17, S. 98—107.

Степанова, Е. П. и М. С. Веселина: Записи о приемах В. И. Ленина в 1921 году.

(Notizen über Besuche, die W. I. Lenin im Jahre 1921 empfing.) VIK, 1960, H. 5, S. 180—185.

Смирнов, А. Е.: Научная конференция, посвященная 90-летию со дня рождения В. И. Ленина.

(Eine wissenschaftliche Konferenz zum Gedenken des 90. Geburtstags W. I. Lenins.) VMUI, 1960, H. 4, S. 74—79.

Соболев, С. Л.: В. И. Ленин и естествознание.

(W. I. Lenin und die Naturwissenschaften.) VF, 1960, H. 7, S. 15—23.

Суслова, Ф. М.: Из истории борьбы В. И. Ленина с «экономизмом».

(Aus der Geschichte des Kampfes W. I. Lenins mit dem „Ökonomismus.“) VIK, 1960, H. 4, S. 132—139.

Фурманов, Г. Л.: В. И. Ленин о культурной революции в СССР.

(W. I. Lenin über die Kulturrevolution in der UdSSR.) VMUE, 1960, H. 4, S. 36—50.

Хлябич, И.: Великий строитель и вождь партии.

(Der große Schöpfer und Führer der Partei. [Wladimir Iljitsch Lenin. Biographie. Moskau 1960. Rezension.] VIK, 1960, H. 5, S. 196—203.

Bohr, Leon: Einheit von Prinzipienfestigkeit und Elastizität. (Zum 40. Jahrestag des Erscheinens des Buches von W. I. Lenin „Der „linke Radikalismus“, die Kinderkrankheit im Kommunismus“.) PFS, 1960, H. 9, S. 20—26.

Brehme, Gerhard: Die Bedeutung des Leninschen Werkes „Die proletarische Revolution und der Renegat Kautsky“ für die Klärung der Machtfrage in der Novemberrevolution. WZ, Leipzig, 1959/60, H. 4, S. 518—522.

Bruhat, Jean: Lénine et la coexistence. La Conférence de Gênes (1922). (Lenin und die Koexistenz. Die Konferenz von Genua — 1922 —.) CI, 1960, H. 113, S. 51—70. ZTP, 1960, H. 9, S. 36—52.

Bülter, Horst: W. I. Lenin über Krieg, Armee und Militärwissenschaft. Eine Auswahl aus Lenins Schriften in zwei Bänden. Band 1. Berlin 1958. [Annotation.] ZfG, 1960, H. 6, S. 1496—1497.

Constantinescu-Iasi, P.: Cu privire la concepția lui V. I. Lenin despre istorie. (Über die Leninsche Geschichtskonzeption.) AII, 1960, H. 3, S. 5—16.

Eichler, Ernst und Gottfried Uhlig: Lenins Bedeutung für die sozialistische Pädagogik. WZ, Leipzig, 1959/60, H. 4, S. 523–532.

Grosser, Günther: Lenins Arbeit an seinem Werk „Materialismus und Empiokritizismus“ in den Jahren 1908/1909. DZPh, 1960, H. 5, S. 536–553.

Hiebsch, Hans: Die Bedeutung der philosophischen Arbeiten W. I. Lenins für die Grundfragen der dialektisch-materialistischen Psychologie. WZ, Leipzig, 1959/60, H. 4, S. 509–515.

Holzer, Jerzy i Irena Spustek: Sesja naukowa w Warszawie w związku z 90 rocznicą urodzin Lenina. (Eine wissenschaftliche Tagung in Warschau anlässlich des 90. Geburtstags Lenins.) Zpw, 1960, H. 3, S. 186–193.

John, Erhard und Rudolf Gehrke: Die Lenin-Lehre von der sozialistischen Kulturrevolution. DZPh, 1960, H. 5, S. 575–589.

Ionescu, E. și L. Ștefănescu: Sesiunea științifică comună a Scolii Superioare de Partid „Șt. Gheorghiu“ de pe lângă C.C. al P.M.R., a Institutului de Istorie a Partidului de pe lângă C.C. al P.M.R., și a Academiei militare generale, consacrată celei de-a 90-a aniversări a nașterii lui V. I. Lenin. (Öffentliche wissenschaftliche Tagung der Parteihochschule „Șt. Gheorghiu“ beim ZK der Rumänischen Arbeiterpartei, des Instituts für Parteigeschichte beim ZK der Rumänischen Arbeiterpartei und der Allgemeinen Militärakademie, gewidmet dem 90. Geburtstag W. I. Lenins.) Studii, 1960, H. 3, S. 179–185.

Kwassow, A. A.: Materialismus und Relativismus. (Über einige philosophische Fragen der Relativitätstheorie im Lichte von Lenins Werk „Materialismus und Empiokritizismus“.) DZPh, 1960, H. 7, S. 802–819.

Lindsay, Jack: Lenin und der Humanismus. (Notizen eines Schriftstellers.) PFS, 1960, H. 7, S. 34–36.

Omelianowski, M. E.: Libri V. I. Leninit „Materializmi dhe empiokriticizmi“ përgjithësim filozofik i zbulimeve të mëdha të shkencave të natyfës. (Das Buch W. I. Lenins „Materialismus und Empiokritizismus“ – eine philosophische Verallgemeinerung großer Erfahrungen der Naturwissenschaft.) Bu-

letin i Universitetit Shtetëror të Tiranës. Seria Shkencat Shqetore, 1960, H. 1, S. 3–13.

Ortmann, Hannelore: W. I. Lenin über Kultur und Kunst. [W. I. Lenin: Über Kultur und Kunst. Berlin 1960. Rezension.] E, 1960, H. 8, S. 1210–1218.

Reisberg, Arnold: L. A. Fotieva: Iz žizni Lenina. (L. A. Fotijewa: Aus dem Leben Lenins. [Moskau 1959. Annotation.] ZfG, 1960, H. 6, S. 1499.

Reisberg, Arnold: V. I. Lenin: O programme partii. Dokumenty. Statistika reči. (W. I. Lenin: Über das Programm der Partei. Dokumente. Artikel und Reden. [Moskau 1959. Annotation.] ZfG, 1960, H. 6, S. 1498.

Reisberg, Arnold: Šestakov: Bor'ba V. I. Lenina protiv idealističeskoj sociologii narodničestva. (Šestakow: Der Kampf W. I. Lenins gegen die idealistische Soziologie der Narodniki. [Moskau 1959. Annotation.] ZfG, 1960, H. 6, S. 1499–1500.

Riechert, Horst: Lenin zu Fragen der Bildung und Erziehung. DZPh, 1960, H. 5, S. 554–574.

Schewljagin, D.: Ein Handbuch der Kommunisten. Zum 40. Jahrestag des Buches „Der linke Radikalismus“, die Kinderkrankheit im Kommunismus“. [Rezension.] PSU, 1960, H. 80, S. 1749–1750.

Teodorescu, V. și I. Trincă: Sesiunea științifică a academiei R.P.R. consacrată celei de-a 90-a aniversări a nașterii lui V. I. Lenin. (Wissenschaftliche Tagung der Akademie der Rumänischen Volksrepublik, gewidmet dem 90. Geburtstag W. I. Lenins.) Studii, 1960, H. 3, S. 175–178.

Trifu, D.: Studii asupra moștenirii leniniste. (Studien über das leninistische Erbe. [Fünfzig Jahre seit dem Erscheinen des Werkes W. I. Lenins „Materialismus und Empiokritizismus“. Buchrest 1960. Rezension.] CF, 1960, H. 7, S. 145–154.

II. GRUNDFRAGEN DES MARXISMUS-LENINISMUS

Бутенко, А. и В. Пчелин: Современная эпоха и творческое развитие марксизма-ленинизма. (Die gegenwärtige Epoche und schöpferische Entwicklung des Marx-

mus-Leninismus.) K, 1960, H. 12, S. 6–20.
PSU, 1960, H. 115, S. 2537–2544. Lupta,
1960, H. 9, S. 79–92. ZTP, 1960, H. 9,
S. 3–17. E, 1960, H. 10. Beilage.

и пути творческого развития марксизма.

(Auf dem Wege der schöpferischen Entwicklung des Marxismus. [Grundlagen des Marxismus-Leninismus. Moskau 1959. Rezension.] VLUE, 1960, H. 17, S. 152–154.

ger, Kurt: Eine Enzyklopädie unserer Zeit. Über das Lehrbuch „Grundlagen des Marxismus-Leninismus“. E, 1960, H. 8, S. 1138–1155.

uszko, Eugeniusz: „Podstawy marksizmu-lenizmu“. („Grundlagen des Marxismus-Leninismus“. [Warschau 1960. Rezension.] NDr, 1960, H. 7, S. 164–170.

er *Marxismus-Leninismus* – kein Dogma, sondern Anleitung zum Handeln. E, 1960, H. 9, S. 1317–1333.

Politische Ökonomie

рисов, Ю. С.: Научная сессия по историографии социалистического и коммунистического строительства.

Wissenschaftliche Tagung über die Historiographie des sozialistischen und kommunistischen Aufbaus.) VI, 1960, H. 8, S. 124–132.

агилев, М., Л. Дубинский и П. Кашиутин: О научном курсе политической экономии капитализма.

Über die wissenschaftliche Richtung in der politischen Ökonomie des Kapitalismus.) K, 1960, H. 12, S. 62–70.

зельский, Н.: Новый сборник по политической экономии. «Проблемы политической экономии социализма.»

Ein neuer Sammelband zur politischen Ökonomie. „Probleme der politischen Ökonomie des Sozialismus.“ [Moskau 1959. Rezension.] VE, 1960, H. 8, S. 137 bis 143.

олганов, М.: Некоторые вопросы сближения двух форм социалистической собственности.

Einige Fragen der Annäherung der beiden Formen des sozialistischen Eigentums.) VE, 1960, H. 9, S. 27–36.

пин, А.: От социалистического к коммунистическому труду.

(Von sozialistischer zu kommunistischer Arbeit.) VE, 1960, H. 8, S. 32–44.

Найденев, В. С.: Социально-экономические последствия технического прогресса при социализме. (Die sozial-ökonomischen Folgen des technischen Fortschritts im Sozialismus.) VE, 1960, H. 8, S. 14–24.

Пашков, А.: Всеобщие и специфические экономические законы при социализме.

(Allgemeine und spezifische ökonomische Gesetze im Sozialismus.) VE, 1960, H. 9, S. 15–26.

Черноколев, Титко: Някои въпроси за издигане и сливане на кооперативната с държавната собственост в една едина общонародно комунистическа собственост.

(Zu einigen Fragen der Vergrößerung und Vereinigung des genossenschaftlichen mit dem staatlichen Eigentum zu einem einheitlichen nationalen kommunistischen Eigentum.) Iko. Misul, 1960, H. 6, S. 3–20.

Юровицкий, О.: Материальные и моральные стимулы социалистического производства.

(Materieller und moralischer Antrieb der sozialistischen Produktion.) K, 1960, H. 12, S. 21–35.

Bouvier-Ajam, M.: Réflexions sur la paupérisation du prolétariat. (Betrachtungen über die Verelendung des Proletariats.) EP, 1960, H. 72, S. 54–69.

Grossin, William: Quelques aspects économiques de l'automatisation. (Einige ökonomische Gesichtspunkte der Automatisierung.) CI, 1960, H. 113, S. 37–44.

Lange, Alfred: Die sozialistische Rekonstruktion allseitig und konsequent durchführen. E, 1960, H. 9, S. 1370–1382.

Minc, Bronislaw: La propriété sociale dans les économies socialistes contemporaines. (Das gesellschaftliche Eigentum in der modernen sozialistischen Wirtschaft.) CI, 1960, H. 113, S. 45–50.

Dialektischer und historischer Materialismus

Баранов, А. В.: О структуре общественного создания.

(Über die Struktur des gesellschaftlichen Bewußtseins.) VLUE, 1960, H. 17, S. 65–75.

Канапа, Жан: Борьба против ревизионизма актуальна.
(Der Kampf gegen den Revisionismus ist aktuell.) VF, 1960, H. 9, S. 159–163.

Константинов, Ф. и Х. Момджян: Дialeктика и современность.
(Die Dialektik und die Gegenwart.) K, 1960, H. 10, S. 35–50. ZTP, 1960, H. 7/8, S. 183–200. R, 1960, H. 9, S. 729 bis 738. NV, 1960, H. 9, S. 30–47. Sw, 1960, H. 12, S. 1267–1287. PA, 1960, H. 10, S. 41–64.

Молодцов, В. С. и Ц. А. Степанян: Марксистская философия — передовое научное мировоззрение. «Основы марксистской философии.»
(Die marxistische Philosophie ist die fortschrittliche wissenschaftliche Weltanschauung. „Grundlagen der marxistischen Philosophie.“ [Moskau 1959. Rezension.] VF, 1960, H. 8, S. 167–174.

Мочалов, И. И.: Об одном моменте борьбы противоположностей.
(Über eine Seite des Kampfes der Gegensätze.) VF, 1960, H. 9, S. 38–49.

Ойзерман, Т. И.: Основной философский вопрос и критика современного идеализма.
(Die Grundfrage der Philosophie und die Kritik des gegenwärtigen Idealismus.) VF, 1960, H. 8, S. 137–148.

Украинцев, Б.: Вопросы диалектики перерастания социализма в коммунизм.
(Fragen der Dialektik des Übergangs des Sozialismus zum Kommunismus.) K, 1960, H. 13, S. 61–73.

Bibliografie dialektického materialismu.
(Publikace a časopisecké články vydané v českém a slovenském jazyce od r. 1945 do r. 1958.) (Eine Bibliographie des dialektischen Materialismus. — Publikationen und Zeitschriftenartikel, erschienen in tschechischer und slowakischer Sprache von 1945 bis 1958. —) FČ, 1960, H. 5, S. 838–842.

Bibliografie historického materialismu.
(Bibliographie des historischen Materialismus.) FČ, 1960, H. 4, S. 668–672.

Cvekl, Jiří: K úloze lidových mas a osobnosti v dějinách. (Zur Rolle der Volksmassen und der Persönlichkeit in der Geschichte.) FČ, 1960, H. 4, S. 663 bis 667.

Gieserman, G.: Le communisme aujourd'hui et demain. (Der Kommunismus heute und morgen.) NC, 1960, H. 5, S. 31–45.

Heyden, Günter: Historischer Materialismus und praktische Sozialforschung. DZPh, 1960, H. 5, S. 519–535.

Klofáč, Jaroslav i Vojtěch Tlustý: Dialektický zákon rozporu a proces poznání. (Das dialektische Gesetz Widerspruchs und der Erkenntnisprozess.) FČ, 1960, H. 5, S. 731–740.

Martel, Karol: Z zagadnień dialektiki procesu poznania. (Von den Problemen der Dialektik des Erkenntnisprozesses.) NDr, 1960, H. 8, S. 42–52.

Pawelzig, Gerd: B. M. Kedrow: Gibt es eine Höherentwicklung? Über das Gesetz der Negation der Negation. Pawelzig/Jena 1959. [Rezension.] DZPh, H. 5, S. 615–620.

Schulz, R.: Die Überlegenheit der marxistischen Soziologie. (Zum IV. Weltkongress für Soziologie. [Mailand 1958, 8. bis 15. September 1958.] DZPh, 1960, H. 5, S. 590–596.

Stüber, Richard: Über die bewußte Wirklichkeit der Wechselbeziehungen zwischen der Entwicklung der Produktivkräfte und der Produktionsverhältnisse beim Aufbau des Sozialismus durch den sozialistischen Staat. DZPh, 1960, H. 7, S. 765–781.

Thieler, Erich: Zur Entwicklung des sozialistischen Moralbewußtseins. (Friedrich Miller: „Vom Werden des sozialistischen Menschen.“ Berlin 1960. [Rezension.] E, 1960, H. 8, S. 1309–1312.

Wenzlaff, Bodo und Herbert Hörz: Dialektische Materialismus und moderne Physik. E, 1960, H. 7, S. 105 bis 1062.

III. GESCHICHTE DER DEUTSCHEN ARBEITER- BEWEGUNG

Allgemeines

Geißler, Werner und Richard Heß: Er war ein Mensch wie du und ich. [Eine Erinnerung an Wilhelm Pieck.] NW, 1960, H. 19, S. 1140–1142.

onecker, Erich: Sein tapferes Herz wird in den Reihen der Partei weiter-schlagen. [Wilhelm Pieck.] NW, 1960, H. 19, S. 1133–1139.

onbouyrán, Léo: La lutte du Parti communiste allemand pour la démocratie et pour la paix. (Der Kampf der Kommunistischen Partei Deutschlands für Demokratie und Frieden. [Von 1932 bis zur Gegenwart.]) CC, 1960, H. 9, S. 1436 bis 1447.

Das große Leben Wilhelm Piecks hat sich vollendet. Gemeinsamer Nachruf des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, des Minister-rates der Deutschen Demokratischen Republik, der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik und der Nationalen Front des demokratischen Deutschland. E, 1960, H. 9, S. 1313 bis 1316. SB, 1960, Sonderh. 13, S. 2–6. JG, 1960, H. 18, S. 1–4. ZfG, 1960, H. 6, Beilage.

Abriht, Walter: Dreierlei können wir vom Genossen Wilhelm Pieck lernen. [Aus der Rede auf dem Staatsakt am 10. September 1960.] TP, 1960, H. 4, S. 3–4.

mmermann, Fritz: Bruno Wagner: Die Bodenreformpolitik der SPD. Berlin 1959. [Rezension.] BzG, 1960, H. 3, S. 625 bis 631.

1836–1917

rtel, Horst: Deutsche Arbeiterklasse im Kampf gegen Militarismus. „Revo-lutionäre Politik und Rote Feldpost, 1878–1890“ – eine interessante Arbeit zur Geschichte der deutschen Arbeiter-bewegung. (Ernst Engelberg: „Revo-lutionäre Politik und Rote Feldpost, 1878–1890“. Berlin. [Rezension.]) SB, 1960, H. 15, S. 21–23.

icke, Dieter: Zum Bündnis des preu-Bisch-deutschen Militarismus mit dem Klerus gegen die sozialistische Arbeiter-bewegung am Ende des 19. Jahrhun-derts. ZfG, 1960, H. 6, S. 1378–1395.

emkow, Heinrich: „Documente și mate-riale cu privire la istoria mișcării nuncitoarești germane (1914–1919).“ „Dokumente und Materialien zur Ge-schichte der deutschen Arbeiterbewe-gung – 1914–1919 –.“ [Berlin 1958/59. Rezension.] AII, 1960, H. 3, S. 154–162.

Lindau, Rudolf: Spartakusbriefe. Berlin 1958. (Rezension.) BzG, 1960, H. 3, S. 609 bis 614.

Nad Pismany Rózy Luksemburg. (Über Briefe Rosa Luxemburgs.) NDR, 1960, H. 9, S. 113–119.

Stenkewitz, Kurt: Rosa Luxemburg im Kampf gegen den deutschen Militarismus. Prozeßberichte und Materialien aus den Jahren 1913 bis 1915. Berlin 1960. [Rezension.] BzG, 1960, H. 3, S. 615 bis 619.

1917–1933

Михайлов, М. И.: Новая работа по истории германского рабочего движения.

(Eine neue Arbeit zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. [N. Schil-linzew: Brennende Ruhr. Der Streik der Metallarbeiter an der Ruhr im Jahre 1928. 1960. Rezension.]) NNI, 1960, H. 4, S. 168–169.

Dziuba, Hans: Die Einheit der deutschen Arbeiterklasse in Aktion. Zur Politik der KPD um die Herstellung der Einheitsfront der Arbeiterklasse und aller Werktätigen im Kampf um die entschä-digungslose Enteignung der Fürsten 1925/26. TP, 1960, H. 3, S. 57–65.

Heinks, Heinke: Wie uns das Bauern-hilfsprogramm der KPD half, den nord-westdeutschen Bauernkongreß 1931 vorzubereiten. BzG, 1960, H. 3, S. 546 bis 551.

Kortmann, Emil: Der Berliner Metall-arbeiterstreik 1930. A, 1960, H. 9, S. 58 bis 61.

Kühn, Traudl: Über die Teilnahme der revolutionären Arbeiterkulturbewegung an den Klassenkämpfen des Proleta-riats in Deutschland 1928 bis 1933 unter besonderer Berücksichtigung der Agit-proptruppe „Rotes Sprachrohr“, Berlin. BzG, 1960, H. 3, S. 508–531.

Mattick, Paul: The Spartacus uprising and the crisis of the German socialist movement: A study of the relation of political theory and party practice, by Eric Waldman. (Eric Waldman: Der Spartakus-Aufstand und die Krise der deutschen sozialistischen Bewegung. Eine Studie über die Beziehung von politischer Theorie und Parteipraxis. [Milwaukee 1959. Rezension.]) ScS, 1960, H. 3, S. 266–269.

Naumann, Horst: Die Bedeutung des II. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale für die Vereinigung des revolutionären Flügels der USPD mit der KPD. BzG, 1960, H. 3, S. 466–467.

1933–1945

Biernat, Karl Heinz: Wir Kommunisten und die deutsche Nation. Ein bisher unbekanntes Dokument der KPD aus der Zeit des antifaschistischen Widerstandskampfes. BzG, 1960, H. 3, S. 564 bis 567.

Dress, Hans und Wilhelm Ersil: Die volksfeindliche Konzeption des Kreisauer Kreises und das nationale Rettungsprogramm der KPD. StR, 1960, H. 7, S. 1105–1134.

Ersil, Wilhelm: Die Wahrheit über den 20. Juli 1944 und die Lügen der Bonner Militaristen. E, 1960, H. 7, S. 1085–1097.

Kahn, Siegbert: Dokumente des Kampfes der revolutionären deutschen Arbeiterbewegung gegen Antisemitismus und Judenverfolgung. BzG, 1960, H. 3, S. 552–564.

Kalbe, Ernstgert: Die Rolle der Reichstagsbrandprovokation bei der Konsolidierung der faschistischen Diktatur in Deutschland. ZfG, 1960, H. 5, S. 1021 bis 1068.

Roggenbuck, Lena: Ursula Puls: Die Bästlein-Jacob-Abshagen-Gruppe. Bericht über den antifaschistischen Widerstandskampf in Hamburg und an der Wasserkante während des zweiten Weltkrieges. Schriftenreihe: Beiträge zur Geschichte und Theorie der Arbeiterbewegung, Heft 21. Berlin 1959. [Rezension.] ZfG, 1960, H. 6, S. 1465 bis 1468.

Roggenbuck, Lena: Fiete Schulze – Briefe und Aufzeichnungen aus dem Gestapo-Gefängnis in Hamburg. Berlin 1959. [Rezension.] ZfG, 1960, H. 6, S. 1468 bis 1471.

Rudolph, Rolf: Fiete Schulze – Briefe und Aufzeichnungen aus dem Gestapo-Gefängnis in Hamburg. Berlin 1959. [Rezension.] BzG, 1960, H. 3, S. 642 bis 644.

Wehling, Wilhelm: Ursula Puls: Die Bästlein-Jacob-Abshagen-Gruppe. Berlin 1959. Schriftenreihe: Beiträge zur Ge-

schichte und Theorie der Arbeiterbewegung, Heft 21. [Rezension.] 1960, H. 3, S. 637–642.

Wehling, Wilhelm: Zum antifaschischen Widerstandskampf der deutschen Arbeiterklasse während der faschischen Vertrauensrätewahlen im Frühjahr 1935. BzG, 1960, H. 3, S. 488–

Wörfel, Erhard: Emil Jeschonnek: der Landser denken lernte. Die soziale Kriessgefangenschaft im Spiegel der Zeitung „Nachrichten“. Berlin [Rezension.] ZfG, 1960, H. 6, S. 1474 bis 1474.

1945 bis zur Gegenwart

Варике, Герберт: Профсоюзы ГДР в борьбе за построение социализма (Die Gewerkschaften der DDR im Kampf für den Aufbau des Sozialismus.) SProf, 1960, H. 17, S. 58–60.

Bemmann, Heinz: Neue Formen der Ausnahmeführung der Arbeiterklasse auf Erziehung der Schuljugend. E, 1960, H. 9, S. 1409–1418.

Berger, Rolf: Lohnfragen und Arbeitsproduktivität. A, 1960, H. 9, S. 161–162.

Beyreuther, Wolfgang: Die Verantwortung der Parteimitglieder für die Gewerkschaftsarbeit. NW, 1960, H. 10, S. 846–853.

Blöcher, Karl: Über die Alternativen unserer nationalen Frage. Zum Deutschlandplan des Volkes. BzZ, 1960, H. 10, S. 159–164.

Dokumente der III. Ostseewoche (4. bis 10. Juli 1960 in Rostock). A, 1960, H. 10, S. 165–166. der 3. Arbeiterkonferenz (vom 5. bis 6. Juli 1960). Entschließung der III. internationalen Frauenkonferenz (8. Juli 1960). DdZ, 1960, H. 220, S. 39–40.

Entschließung zu den Ergebnissen der Bukarester Beratung der Vertreter kommunistischen und Arbeiterparteien. E, 1960, H. 8, S. 1121–1123. DdZ, 1960, H. 221, S. 39.

Entschließung der Kulturkonferenz über die Grundsätze der sozialistischen Kulturarbeit. [April 1960.] DdZ, 1960, H. 220, S. 37–42. H. 221, S. 42–44. H. 222, S. 39–41.

Hahn, Erich: Freiheit und Persönlichkeit in den landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften. E, 1960, H. 10, S. 1020–1031.

hmann, Walter: Begabungstheorie und Arbeiter- und Bauernstudium. WZHAB, 1959/60, H. 3, S. 215–223.

Zur Kampfung um die Partei neuen Typus. Zur Herausgabe des Sammelbandes von Walter Ulbricht „Zu Fragen der Parteiarbeit“. NW, 1960, H. 19, S. 1149 bis 1154.

urzbibliographie zu den Aufgaben der Partei der Arbeiterklasse, der Staatsorgane und der Massenorganisationen bei der Leitung der vollenossenschaftlichen Kreise und Gemeinden. StR, 1960, H. 8, S. 1429–1439.

hmann, Robert: Die politisch-erzieherische Rolle der Pionierorganisation „Ernst Thälmann“. E, 1960, H. 9, S. 1397 bis 1408.

oski, Horst und Günter Pfau: Stefan Doernberg: Die Geburt eines neuen Deutschland 1945 bis 1949. Berlin 1959. [Rezension.] BzG, 1960, H. 3, S. 619–625.

hnke, Werner: Die Dorfkademie – ein Beitrag zur Verwirklichung der sozialistischen Kulturrevolution im Bezirk Neubrandenburg. TP, 1960, H. 4, S. 25–31.

ur, Hans: Zu einigen Veröffentlichungen zur Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung anlässlich des 10. Jahrestages der Gründung der DDR. [Mit einer Bibliographie.] BzZ, 1960, H. 3, S. 196–201.

astian, Heinz: Die unmittelbare Hilfe der Arbeiterklasse des Bezirks Rostocks bei der sozialistischen Umgestaltung der Landwirtschaft. BzZ, 1960, H. 3, S. 167–174.

astian, Heinz: Verstärkte Patenschaftsarbeit – Ausdruck der Festigung des Bündnisses der Arbeiterklasse mit den Genossenschaftsbauern. E, 1960, H. 7, S. 1010–1019.

rupke, Reinhold: Die Entwicklung der sozialistischen Umgestaltung des Schulwesens in der DDR, ihre Bedeutung für den Sieg des Sozialismus. TP, 1960, H. 4, S. 12–25.

ckigt, Rolf: Das Bündnis der Arbeiter und Bauern sicherte den Sieg der demokratischen Bodenreform. BzZ, 1960, H. 4, S. 230–241.

mas, Siegfried: Der Wiederbeginn des politischen Lebens in Berlin und die Aktionseinheit der Arbeiterparteien (Mai bis Juli 1945). ZfG, 1960, H. 6, S. 1310–1341.

Ulbricht, Lotte: Die Genossenschaftsbäuerinnen – eine große gesellschaftliche Kraft. (Zur Verbesserung der Arbeit der Frauenausschüsse in den LPG.) TP, 1960, H. 4, S. 6–12.

Wendrock, Rolf: Zur weiteren Entwicklung des Systems der polytechnischen Bildung. E, 1960, H. 8, S. 1193–1209.

Wolf, Hanna: Die Bündnisfrage im Leninismus unter besonderer Berücksichtigung der Probleme des Siebenjahresplanes. TP, 1960, H. 3, S. 3–12.

Fragen der Einheit Deutschlands

Ebert, Friedrich: Die Aktionseinheit der deutschen Arbeiterklasse ist das Unterpfand des Sieges über Militarismus und Kriegsgefahr. SB, 1960, Sonderheft XIV, S. 3–6.

Grotewohl, Otto: Die Bilanz zweier Wege. [Rede] auf der Bezirksdelegiertenkonferenz der SED in Dresden zu den Ergebnissen der Politik der SED und der SPD. SB, 1960, H. 11, S. 3–8.

Kröger, Herbert: Die Arbeiterklasse und der Kampf für die Sicherung des Friedens und die Lösung der nationalen Hauptaufgabe des deutschen Volkes. Thesen. StR, 1960, H. 7, S. 1069–1104.

Krzyzanowski, Walter, Georg Neuckranz und Werner Strauß: Der Verrat der Wehner-Brandt-Gruppe und die Gemeinsamkeiten der deutschen Arbeiter. E, 1960, H. 8, S. 1219–1236.

Matern, Hermann: Zur Politik und Taktik im Kampf um die Einheit. (Rede auf dem 9. Plenum des ZK der SED Ende Juli 1960.) SB, 1960, Sonderh. 11, S. 3–10.

Rödel, Kurt: Der Grundwiderspruch in Deutschland und die Politik der SED zu seiner Lösung. DZPh, 1960, H. 6, S. 657–674.

Ulbricht, Walter: Offener Brief des ZK der SED an die Mitglieder, Funktionäre und Freunde der SPD (veröffentlicht am 16. Juli 1960). DdZ, 1960, H. 219, S. 38–42.

Ulbricht, Walter: Friedliches Deutschland oder Atomkrieg? Aus der Erklärung auf der internationalen Pressekonferenz [am 19. Juli 1960 in Berlin]. SB, 1960, Sonderh. 10, S. 3–14.

Ulbricht, Walter: Die Grundfragen lösen, um die Gesamtaufgabe zu erfüllen. Rede auf der Bezirksdelegiertenkonferenz Berlin der SED am 11. Juni 1960. NW, 1960, H. 17, S. 1014—1037.

Ulbricht, Walter: Offene Worte an alle westdeutschen Arbeiter. Aus der Rede auf der XII. Gesamtdeutschen Arbeiterkonferenz in Leipzig. [10. September 1960.] SB, 1960, Sonderh. 13, S. 10—22.

IV. GESCHICHTE DER INTERNATIONALEN ARBEITERBEWEGUNG

Allgemeines

Данилевич, И.: Сдвиги в политике социалистических партий Латинской Америки. (Veränderungen in der Politik der sozialistischen Parteien Lateinamerikas.) ME, 1960, H. 8, S. 104—106.

Данилевич, М.: Движущие силы освободительной борьбы в Латинской Америке. (Die Triebkräfte des Befreiungskampfes in Lateinamerika.) ME, 1960, H. 9, S. 90—98.

Драбкин, Я. С. и В. Г. Тартаковский: Новые данные об антифашистском движении сопротивления в годы второй мировой войны. (Обзор некоторых материалов международной конференции историков в Берлине.) (Neue Tatsachen über die antifaschistische Widerstandsbewegung in den Jahren des zweiten Weltkrieges. — Betrachtung einiger Materialien der Internationalen Historikerkonferenz in Berlin [im Dezember 1959]. —) NNI, 1960, H. 4, S. 84—93.

Кузнецов, В.: Борьба компартий капиталистических стран за интересы крестьянства. (Der Kampf der kommunistischen Parteien der kapitalistischen Länder für die Interessen der Bauernschaft.) K, 1960, H. 13, S. 85—94. AIA, 1960, H. 21, S. 18—22.

Кульков, И. И. и К. С. Трофимов: Будущее принадлежит коммунизму. (Die Zukunft gehört dem Kommunismus. [William Z. Foster: Die Geschichte

der drei Internationalen. Moskau 1960. Rezension.] VIK, 1960, H. 4, S. 195—197.)
Литература по новой и новейшей истории стран Латинской Америки, опубликованная в СССР в 1960 до 1960 годов. (Literatur zur neuen und neuesten Geschichte der lateinamerikanischen Länder, die von 1945 bis 1960 in der UdSSR veröffentlicht wurde.) NNI, 1960, H. 9, S. 175—178.

Митев, Димитър: Седмийт конгрес на Коминтерна и някои проблеми на съвременното комунистическо движение. (Der VII. Weltkongreß der Komintern und einige Probleme der heutigen kommunistischen Bewegung.) NV, 1960, H. 9, S. 17—29.

Олейник, И. П.: Единство и сплоченность социалистических стран — основа могущества мировой системы социализма. (Die Einheit und Geschlossenheit sozialistischer Länder ist die Grundlage für die Macht des Weltsystems des Sozialismus.) VF, 1960, H. 9, S. 24—26.

Осунова, Е. В.: „Proti Revizionismu“ Sbornik statí o boji komunistických stran proti soubornému revizionismu. Praha 1952.

(„Gegen den Revisionismus.“ Ein Sammelband von Artikeln über die Kämpfe der kommunistischen Parteien gegen den modernen Revisionismus. Praha 1952. [Rezension.] VF, 1960, H. 7, S. 181—182.)

Толкунов, Л. Н.: Комунистическата партия водят крестьян к социализму. (Из опыта кооперирования крестьянства в европейских странах народной демократии.) (Die kommunistischen Parteien führen die Bauern zum Sozialismus. [Aus den Erfahrungen bei der Vergewisserung der Bauernschaft in europäischen Ländern der Volksdemokratie.] VIK, 1960, H. 5, S. 95—118.)

Удальцов, И.: Документы советско-чехословацкой дружбы. Советско-чехословацкие отношения во время Великой Отечественной войны 1941—1945 гг. Документы и материалы.

(Dokumente der sowjetisch-tschechoslowakischen Freundschaft. Sowjetisch-tschechoslowakische Beziehungen in

Zeit des Großen Vaterländischen Krieges der Jahre 1941 bis 1945. Dokumente und Materialien. [Moskau 1960. Rezension.] MZ, 1960, H. 9, S. 138–140.

ehrsing, Siegfried: „Po-Lin Min-Pao.“ Ein Dokument des proletarischen Internationalismus aus der Iho'uan-Zeit. [Zum Leitartikel des „Vorwärts“ vom 19. Juni 1900 „Die gepanzerte Faust.“] WZ, Leipzig, 1959/60, H. 4, S. 617–623.

etlen, Oszkár: A Kommunista Internacionálé VII. világtalálkozója és az antifasiszta, antiimperialista népfőrt. (Der VII. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale und die antifaschistische, antiimperialistische Volksfront.) PKö, 1960, H. 3, S. 1–45.

unimann, Franz: Zwingburg Mauthausen. IHW, 1960, H. 3, S. 54–72.

éclaration commune du Parti communiste français et du Parti communiste d'Espagne. (Gemeinsame Erklärung der Kommunistischen Partei Frankreichs und der Kommunistischen Partei Spaniens [vom 15. Juni 1960].) CC, 1960, H. 7/8, S. 1292–1296.

obisch, Klaus: „Buchenwald. Mahnung und Verpflichtung.“ Berlin 1960. [Rezension.] IHW, 1960, H. 3, S. 140–142.

nicke, Ludwig: Der VII. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale — seine Lehren für den Kampf um den Frieden und die Aktionseinheit in der Gegenwart. PSU, 1960, H. 103, Beilage.

anker, Kurt: Ein Dokument des proletarischen Internationalismus. [Aufruf der KPD an die polnischen Landarbeiter in Deutschland aus dem Jahre 1927.] BzG, 1960, H. 3, S. 567–570.

anza, Angelo: Problemi e prospettive dell'Africa 1960. (Probleme und Perspektiven Afrikas 1960.) R, 1960, H. 9, S. 753–760.

rnberg, Friedl: Die Verstaatlichung in der bürgerlichen Gesellschaft. Der Standpunkt der Kommunisten. PFS, 1960, H. 7, S. 27–33.

ilmán, Endre: Eleven örökség. A Kommunista Internacionálé VII. világtalálkozásának negyedszázados évfordulójára. (Lebendiges Erbe. Der 25. Jahrestag des VII. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale.) TSz, 1960, H. 8/9, S. 2–22.

edrzynska, Wanda: Das Frauenkonzentrationslager Ravensbrück. IHW, 1960, H. 3, S. 82–98.

Kommuniqué über eine Zusammenkunft der Vertreter der kommunistischen und Arbeiterparteien der sozialistischen Länder. [Bukarest, 24. Juni 1960.] E, 1960, H. 7, S. 961–962. SB, 1960, H. 12, S. 3–4. PFS, 1960, H. 8, S. 7–8. PC, 1960, H. 9, S. 439–440. DdZ, 1960, H. 219, S. 43 bis 44.

Lara, Roberto: Kampf für die gewerkschaftliche Einheit in Lateinamerika. AiA, 1960, H. 13, S. 26–27.

Lateinamerika — ein Kontinent mit 180 Millionen Einwohnern im Aufbruch. [Interviews mit führenden Vertretern der Arbeiterbewegung.] W, 1960, H. 8/9, S. 4–16.

Ein historischer Meilenstein im Kampf für den Frieden, Demokratie und Sozialismus. Zum 25. Jahrestag des VII. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale. E, 1960, H. 8, S. 1237–1251.

Orel, Josef: Boj za osvobození Afriky a dělnické hnutí. (Der Kampf für die Befreiung Afrikas und die Arbeiterbewegung.) O, 1960, H. 14, S. 776–781.

Schilfert, Gerhard: Der nationale Befreiungskampf der unterdrückten und abhängigen Völker und die internationale Arbeiterbewegung. WZ, Berlin, 1959/60, H. 1/2, S. 9–17.

Schumann, Heinz und Heinz Kühnrich: Die Rolle und die Bedeutung der Konzentrationslager des Naziregimes. IHW, 1960, H. 3, S. 3–13.

Siewert, Robert: Widerstand im Konzentrationslager Buchenwald. IHW, 1960, H. 3, S. 43–53.

Smolen, Mgr. Kazimierz: Die Widerstandsbewegung im Konzentrationslager Auschwitz. IHW, 1960, H. 3, S. 32 bis 42.

Speckin, Rudi: Die Ostsee ist ein Meer des Friedens. [Zur III. Arbeiterkonferenz der Ostseeländer und Norwegens in Rostock, 5. bis 6. Juli 1960.] A, 1960, H. 7, S. 55–57.

Die Strategie des Friedens, der Demokratie und des Sozialismus. Zum 25. Jahrestag des VII. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale. AiA, 1960, H. 16, S. 24–26.

Szántó, György: A Nyugat-Európai kommunista pártok legfontosabb harci kérdései. (Wichtige Fragen des Kampfes der westeuropäischen kommunistischen Parteien.) TSz, 1960, H. 6, S. 96 bis 103.

Thorez, Maurice: Le VIIe Congrès de l'Internationale communiste. (Der VII. Kongreß der Kommunistischen Internationale.) CC, 1960, H. 9, S. 1361 bis 1373. PFS, 1960, H. 7, S. 44–50.

Tille, Walter: 15 Jahre Kampf gegen Faschismus und Krieg, für die Aktionseinheit der internationalen Arbeiterklasse. [Zur Gründung des WGB.] AiA, 1960, H. 18, S. 5–8.

Toledano, Vicente Lombardo: A szakszervezeti világszövetség megalakulásának története. (Die Geschichte der Gründung des Weltgewerkschaftsbundes.) M, 1960, H. 9, S. 2–3.

Zakaria, Ibrahim: Der Beitrag der Gewerkschaften zum Kampf gegen den Kolonialismus. [Bericht auf der XI. Tagung des Generalrats des WGB. Peking.] W, 1960, H. 7, S. 14–19.

Einzelnе Länder

Australien

Brown, Freda: Communist conference on work among women. (Konferenz der Kommunistischen [Partei Australiens] über die Arbeit unter den Frauen.) CR, 1960, H. 223, S. 291–293.

Dixon, R.: 40th anniversary of the C.P.A. (Vierzigster Jahrestag der Kommunistischen Partei Australiens.) CR, 1960, H. 225, S. 356–366.

Mortimer, Rex: Improve our style in propaganda. (Verbessern wir unsern Stil in der Propagandaarbeit.) CR, 1960, H. 222, S. 250–252.

Thomas, Kath: 40th anniversary—the Communist Review and the Party. (Zum 40. Jahrestag [der Kommunistischen Partei Australiens]. „Communist Review“ und die Partei.) CR, 1960, H. 224, S. 335–338.

Williams, Kath: Some problems of equal pay struggle. (Einige Probleme des Kampfes um gleichen Lohn [für gleiche Arbeit der Frauen].) CR, 1960, H. 223, S. 298–300.

Brasilien

Tezele Partidului Comunist din Brazilia. (Thesen der Kommunistischen Partei Brasiliens.) Lupta, 1960, H. 7, S. 60–76.

Bulgarien

Виденов, Ангел Т.: За Културна революция сред турското население.

(Für eine Kulturrevolution unter türkischen Bevölkerung.) NV, 1960, H. S. 77–86.

Давидов, Нешо: Героичен път. I мунисти.

(Der heldenhafte Weg. Die Kommunisten. [D. Gilin: „Die Kommunisten 1923–1944.“ Sofia 1960. Rezension.]) NV, 1960, H. 9, S. 87–88.

Димов, Ат.: Научна сессия, посветена на 15-та годишнина от социалистическата революция в България.

(Wissenschaftliche Tagung zum 15. Jahrestag der sozialistischen Revolution in Bulgarien.) Iko. Misul, 1960, H. S. 95–100.

Михайлов, Стоян: Социалистическият труд — основен фактор комунистическото възпитание на трудещите се.

(Die sozialistische Arbeit — der Hauptfaktor bei der kommunistischen Erziehung der Werktätigen.) NV, 1960, H. 8, S. 30–43.

Семов, Моис: За качествените изменения в нравственото съзнание на трудещите се у нас.

(Über die qualitativen Veränderungen in der Moral und im Verhalten der Werktätigen bei uns.) Fil. Misul, 1960, H. 1, S. 62–75.

Сестримски, Иван: Потомци на Ботеф и Левски.

(Die Nachkommen von Boteff und Lewski. [Kiril Doneff: „Die Nachkommen von Boteff und Lewski.“ Sofia 1959. Rezension.]) NV, 1960, H. 9, S. bis 92.

Тодоров, Ангел: Книга за нашия комунистически и антифашистически печат.

(Ein Buch über unsere kommunistische und antifaschistische Presse. [Z. Stefanow: „Die kommunistische und antifaschistische Presse während der faschistischen Diktatur in Bulgarien.“ Sofia 1960. Rezension.]) NV, 1960, H. 8, S. 91–96.

Хаджиева, Гена: В огъня на двубою с фашизма.

Im Feuer des Kampfes gegen den Faschismus. [Slawi Tschakroff: „Im Feuer“, Sofia 1960. Rezension.] NV, 1960, H. 9, S. 88–90.
 Sándor: Fél évszázad a bolgár nép a Bolgár Kommunista Párt szolgálatában. (Ein halbes Jahrhundert im Dienste des bulgarischen Volkes und der bulgarischen Kommunistischen Partei. [Über Todor Pawloff.]) MFSz, 1960, H. 2, S. 197–202.

Dänemark

Teikönferenz der Kommunistischen Partei Dänemarks [in Kopenhagen vom 16. bis 18. September 1960]. AiA, 1960, H. 19, S. 16–17.

Dominikanische Republik

rnial, Georges: L'isolement du dictateur. (Die Isolierung des Diktators. Über den Kampf der Sozialistischen Volkspartei der Dominikanischen Republik.) DN, 1960, H. 8, S. 80.

England

лахер, Уильям: Сорок лет преданного служения делу рабочего класса.

Vierzig Jahre treuer Dienst an der Arbeiterklasse. [Zum 40. Jahrestag der Gründung der Kommunistischen Partei Großbritanniens.] PZ, 1960, H. 15, S. 63 bis 68.

т, Палм: 40 лет Коммунистической партии Великобритании. 40 Jahre Kommunistische Partei Großbritanniens.) K, 1960 H. 11, S. 92–103.

гман, Джеймс: Образование коммунистической партии Великобритании. Die Gründung der Kommunistischen Partei Großbritanniens. Zum 40. Jahrestag der Partei.) VIK, 1960, H. 4, S. 113–131.

ander, William: Zum 40. Jahrestag der Kommunistischen Partei Großbritanniens.) K, 1960, H. 11, S. 92–103.

en, Jack: 40 Jahre Kommunistische Partei Großbritanniens. AiA, 1960, H. 14, S. 18–20.

Dutt, Rajani Palme: Harry Pollitt. LM, 1960, H. 8, S. 357–362.

Gollan, John: Communist Party's 40 years. (40 Jahre Kommunistische Partei [Großbritanniens.]) WN, 1960, H. 36, S. 421–422.

Jackson, Frank: The great dock strike of 1889. (Der große Dockarbeiterstreik 1889.) WN, 1960, H. 35, S. 414–415.

Jacobs, J.: The mounting demand for wage increases. (Die wachsende Forderung nach Lohnerhöhung.) WN, 1960, H. 29, S. 339–340.

Kerrigan, Peter: Harry Pollitt as I knew him. (Harry Pollitt, wie ich ihn kannte. [Erinnerung.]) WN, 1960, H. 30, S. 355 bis 356.

Klugman, James: The fight for work and bread. (Der Kampf für Arbeit und Brot. [Über die Erwerbslosenkämpfe zu Beginn der 20er Jahre in England.]) WN, 1960, H. 28, S. 334–336.

Matthews, George: Die hitzige (92.) Trade-Union-Tagung (vom 5. bis 9. September 1960). NZ, 1960, H. 39, S. 14–16.

Mortimer, James Edward: TUC verurteilt Atomaufrüstung Westdeutschlands. Zum 92. Kongreß der britischen Gewerkschaften (TUC). A, 1960, H. 9, S. 54–55.

Harry Pollitt zum Gedenken. PFS, 1960, H. 8, S. 43–44.

Pollitt, Harry: Councils of Action. (Aktionsräte [der Bewegung „Hände weg von Sowjetrußland“ im Jahre 1920.]) WN, 1960, H. 31, S. 370–371.

Pollitt, Harry: A boilermaker's letters. (Briefe eines Kesselschmieds.) LM, 1960, H. 8, S. 362–364.

Pollitt, Harry: National and international trade union unity. (Nationale und internationale Gewerkschaftseinheit. [Aus der Rede auf dem XV. Parteitag der Kommunistischen Partei Großbritanniens 1938.]) WN, 1960, H. 29, S. 341 bis 342.

Rothstein, Andrew: Early days in Oxford. (Die ersten Tage in Oxford. [Zum 40. Jahrestag der Gründung der Kommunistischen Partei Großbritanniens.]) WN, 1960, H. 32, S. 376–377. H. 33, S. 385–386. 389.

Stewart, Bob: Forty splendid years. (Vierzig hervorragende Jahre. [Zum 40. Jahrestag der Gründung der Kommunistischen Partei Großbritanniens.]) LM, 1960, H. 9, S. 414–417.

Frankreich

Torez, Moris: В авангарде борьбы трудящихся масс. (К 40-летию Французской Коммунистической партии.)

(In der Avantgarde des Kampfes der werktätigen Massen. [Zum 40. Jahrestag der Kommunistischen Partei Frankreichs.] VIK, 1960, H. 5, S. 30–48.

Трембицкая, А. А.: Живая история французского коммунистического движения.

(Lebendige Geschichte der französischen kommunistischen Bewegung. [Maurice Thorez: Ausgewählte Werke. Band 1 und 2. Moskau 1959. Jacques Duclos: Ausgewählte Werke. Band 1 und 2. Moskau 1959. Rezension.] NNI, 1960, H. 4, S. 142–150.

Berlioz, Joanny: Vive agitation sociale en France. (Es lebe die soziale Agitation in Frankreich. [Über den Kampf der Gewerkschaften.] DN, 1960, H. 7, S. 16–20.

Chambaz, Jacques: Maurice Thorez et la nation. (Maurice Thorez und die Nation. [Zum Erscheinen der dritten Auflage des Buches „Ein Sohn des Volkes“.] NC, 1960, H. 116, S. 88–100.

Contre la politique de hausse des prix et de misère du gouvernement. (Gegen die Politik der Preissteigerungen und der Machtlosigkeit der Regierung. [Entschließung des Politischen Büros der Kommunistischen Partei Frankreichs vom 1. August 1960.] CC, 1960, H. 9, S. 1469–1470.

Flavien, Jean: La prolétarianisation de la paysannerie travailleuse. (Die Proletarisierung der werktätigen Bauernschaft [in Frankreich.] CC, 1960, H. 7/8, S. 1125 bis 1137. AiA, 1960, H. 21, S. 22–25.

Ganewitsch, J.: Eine Zeitschrift, die über die schöpferische Entwicklung des Marxismus berichtet. („Recherches Internationales à la lumière du marxisme.“) PFS, 1960, H. 8, S. 83–85.

Gegen eine Politik des Wetttrübens, des kalten Krieges und der Not. (Résolution des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Frankreichs, angenommen auf dem Plenum des ZK am 6. September 1960.) AiA, 1960, H. 18, S. 17.

Grenier, Fernand: Propagande et agitation. (Propaganda und Agitation. [Pro-

bleme der Kommunistischen Partei Frankreichs.] CC, 1960, H. 9, S. 1 bis 1457.

Mury, Gilbert: Pour une définition scientifique des couches moyennes. (Für eine wissenschaftliche Definition der Mittelschichten.) CC, 1960, H. 7/8, S. 1 bis 1101.

Pas d'alliance avec les revanchards. Bonn. (Kein Bündnis mit den Revanchisten von Bonn. [Erklärung des Politischen Büros der Kommunistischen Partei Frankreichs vom 29. Juli 1960.] CC, 1960, H. 9, S. 1471–1472. AiA, 1960, H. 15, S. 14.

Résolution sur l'Afrique. (Résolution [des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Frankreichs] über Afrika.) CC, 1960, H. 7/8, S. 1288–1290.

Résolution sur l'Algérie. (Résolution [des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Frankreichs] über Algerien [vom 30. Juni 1960].) CC, 1960, H. 7/8, S. 1 bis 1287.

Rochet, Waldeck: L'union de la classe ouvrière et des classes moyennes dans la lutte pour la démocratie. (Die Einheit der Arbeiterklasse und der Mittelschichten im Kampf für Demokratie.) CC, 1960, H. 7/8, S. 1075–1082. ZTP, 1960, H. 9, S. 64–69.

Seguy, Georges: Origine, signification, enseignements d'une grève. (Ursprung, Bedeutung und Lehren eines Streiks [31. Mai 1960 in Frankreich.]) CC, 1960, H. 7/8, S. 1207–1223.

Thorez, Maurice: Für die Sammlung aller demokratischen Kräfte Frankreichs im Kampf für den Frieden und eine fortschrittliche Entwicklung des Land (Aus der Rede auf einer Großkundgebung in Saint-Etienne am 12. Juni 1960.) AiA, 1960, H. 13, S. 20–22.

Ghana

Schilling, Hartmut: Der Kampf des ghanesischen Volkes um nationale und wirtschaftliche Unabhängigkeit. CC, 1960, H. 8, S. 684–698.

Griechenland

Петров, Владо: Гръцкият народ бори за мир, демокрация и по-добър живот.

Das griechische Volk kämpft für Frieden, Demokratie und ein besseres Leben.) NV, 1960, H. 7, S. 72–82.

Die Lage in Griechenland und die Aufgaben der Kommunistischen Partei Griechenlands. (Aus der Entschließung des 12. Plenums des ZK der Kommunistischen Partei Griechenlands.) AiA, 1960, H. 15, S. 18–20.

Colandis, A.: Gegen Repressalien und gegen die Verfolgung von Demokraten. Antikommunistische Prozesse in Athen. FS, 1960, H. 8, S. 92–93.

Japan

Сынов, В.: Положение и борьба рабочего класса Японии.

Die Lage und der Kampf der Arbeiterklasse in Japan.) ME, 1960, H. 7, S. 108 bis 118.

Neto, Kenta: Breschen in einer amerikanischen Festung. (Über den Kampf der japanischen Gewerkschaften.) W, 1960, H. 8/9, S. 17–21.

Tomoto, Kenji: Mit der demokratischen Einheitsfront des Volkes gegen das japanisch-amerikanische Militärbündnis. AiA, 1960, H. 19, S. 18–20.

Uehara, Itaru: Der heldenhafte Kampf des japanischen Volkes und seine Perspektive. E, 1960, H. 8, S. 1263–1276.

Indien

Madhe, M. K.: Working class struggle in 1959. (Der Kampf der Arbeiterklasse [Indiens] im Jahre 1959.) NA, 1960, H. 6, S. 20–30.

Wastava, K. G.: Central government employees' strike. (Streik der Staatsangestellten [vom 11. bis 16. Juli 1960 in Indien].) NA, 1960, H. 8, S. 41–48.

Indonesien

Tit, D. N.: Podstawowe wnioski o sukcesy prowadzonej przez Komunistyczną Partię Indonezji o niezawisłość narodową i pokój. (Grundlegende Schlussfolgerungen über den von der kommunistischen Partei Indonesiens geführten Kampf für nationale Unabhängigkeit und Frieden.) ZTP, 1960, H. 7/8, S. 37–49.

Verklaring van het Politiek Bureau van het Centraal Comité van de Communistische Partij van Indonesie. Een beoordeling van het Kerdja-kabinet nadat dit een jaar aan het bewind is geweest. (Erklärung des Politbüros des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Indonesiens [angenommen auf der 8. Tagung des ZK]. Eine Beurteilung des Kerdja-Kabinetts nach einjähriger Regierungszeit.) PC, 1960, H. 9, S. 415–432.

Irak

A letter from Syria. A letter of solidarity from the fraternal Communist Party of Syria. (Ein Brief aus Syrien. Ein Solidaritätsbrief der kommunistischen Bruderpartei in Syrien [an die rechtmäßige Kommunistische Partei des Irak].) IR, 1960, H. 27, S. 5. 8.

A letter from the C.P. of Lebanon. (Ein Brief von der Kommunistischen Partei des Libanon. [Solidaritätserklärung an die rechtmäßige Kommunistische Partei des Irak].) IR, 1960, H. 27, S. 19.

Italien

Лебедев, А. А.: Проблемы развития народного искусства в «Тюремных тетрадах» Антонио Грамши. (Entwicklungsprobleme der Volkskunst in den „Gefängnisheften“ von Antonio Gramsci.) VF, 1960, H. 7, S. 78–89.

Тольятти, Пальмиро: Современная обстановка и борьба рабочего класса Италии.

(Die gegenwärtige Lage und der Kampf der Arbeiterklasse Italiens.) K, 1960, H. 11, S. 80–91.

Amendola, Giorgio: L'unità antifascista oggi. (Die antifaschistische Einheit heute. [Über den Kampf gegen die Regierung Tambroni].) R, 1960, Sondernummer, S. 630–634.

Bufalini, Paolo: Valore nazionale della lotta a Roma contro il blocco clerico-fascista. (Die nationale Bedeutung des Kampfes gegen den klerikal-faschistischen Block in Rom.) R, 1960, H. 9, S. 739–746.

Colombo, Cesare und Alvio Fontani: Einige Bemerkungen zur italienischen Emigration. DA, 1960, H. 7, S. 784–789.

D'Onofrio, Edoardo: Il partito a Roma nella lotta per la Repubblica, (Die Partei in Rom im Kampf für die Republik.) R, 1960, H. 9, S. 746–752.

Die siegreiche demokratische Einheitsbewegung weiterentwickeln! Resolution des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Italiens, angenommen auf der Tagung des ZK der KPI am 20. Juli 1960. AiA, 1960, H. 15, S. 11–13.

Limiti, Diamante: Der Faschismus wird nicht durchkommen. (Zum antifaschistischen Kampf der italienischen Arbeiterklasse im Juli 1960.) W, 1960, H. 8/9, S. 26–31.

Lonfo, Luigi: Ein wichtiger Sieg der antifaschistischen und demokratischen Kräfte in Italien. PFS, 1960, H. 9, S. 16 bis 19.

Natta, Alessandro: I giovani e le responsabilità della FGCI. (Die Jugendlichen und die Italienische Kommunistische Jugendföderation.) R, 1960, H. 9, S. 715 bis 719.

Pajetta, Gian Carlo: Le peuple italien renverse Tambroni. (Das italienische Volk stürzt Tambroni.) DN, 1960, H. 8, S. 71–75.

Romagnoli, Luciano: Il peso della classe operaia e dei lavoratori nella battaglia contro il clerico-fascismo. (Die Bedeutung der Arbeiterklasse und der Werktätigen im Kampf gegen den Klerikal-faschismus.) R, 1960, Sondernummer, S. 643–648.

Russo, Luigi: Antonio Gramsci sotto la Mole. (Antonio Gramsci unter dem Strich. [Über die Mitarbeit Antonio Gramscis in der Rubrik „Sotto la Mole“ der Zeitung „Avanti!“.] R, 1960, H. 7/8, S. 516–522.

Santorenzo, Dino: Il Congresso di Genova dei giovani comunisti. (Der Kongreß der kommunistischen Jugend in Genua.) R, 1960, H. 9, S. 719–721.

Kanada

Молодчиков, С. Ф.: Tim Buck. Our fight for Canada. Selected Writings (1923 bis 1959). (Tim Buck: Unser Kampf für Kanada. Ausgewählte Schriften – 1923 bis 1959 –. [Toronto 1959. Rezension.]) NNI, 1960, H. 4, S. 158–161.

Colby, Mel: Der Kongreß der Kanadischen Gewerkschaften. [Zum III. ordent-

lichen Kongreß des Canadian Labour Congress in Montreal vom 25. 28. April 1960.] W, 1960, H. 7, S. 34–35.

Dewhurst, A.: Unser Kampf für Kanada [Tim Buck: Unser Kampf für Kanada Toronto 1959. Rezension.] PFS, 1960, H. 8, S. 76–79.

Morris, Leslie: Zum neuen Programm der Kommunistischen Partei Kanadas. A, 1960, H. 16, S. 19–20.

Korea

Пак Сен Чер: Корейский народ в борьбе за мирное объединение страны и за социализм. (Das koreanische Volk im Kampf für die friedliche Wiedervereinigung Heimat und für den Sozialismus.) M, 1960, H. 8, S. 52–58.

Сороко, О. С.: Ф. И. Шабалин. Очерки новейшей истории Кореи (1918–1945 гг.) (F. I. Schabschina: Skizzen zur neueren Geschichte Koreas – 1918 bis 1945 [Moskau 1959. Rezension.]) VI, 1960, H. 9, S. 139–141.

Ха Ан Чен: Развитие и расцвет марксизма-ленинизма в Корее. (Entwicklung und Blüte des Marxismus-Leninismus in Korea.) NoK, 1960, H. 135, S. 1–5.

Kuba

Калинин, А.: Куба: год освобождения, год аграрной реформы. (Kuba: Das Jahr der Befreiung, das Jahr der Agrarreform.) ME, 1960, H. 2, S. 58–69.

Biheller, Bedřich: Rok kubánské revoluce. (Das Jahr der kubanischen Revolution.) MezP, 1960, H. 2, S. 111–113.

Höppner, Rudi: Kuba ringt um soziale Freiheit. A, 1960, H. 9, S. 56–57.

Jimenez, Antonio Minez: Die landwirtschaftlichen Agrarreformen auf Kuba. PC, 1960, H. 2, S. 360–366.

Kerner, Samuel: Rewolucja kubańska. (Die kubanische Revolution.) NDR, 1960, H. 7, S. 126–140.

Marinello, Juan: Die kubanische Revolution. WZ, 1960, H. 9, S. 643–648.

II. Parteitag der Sozialistischen Volkspartei Kubas. [Havanna, 16. bis 21. August 1960.] AiA, 1960, H. 18, S. 18–19.

Blitz, Janisz: A kubai forradalom másfél éve. (Anderthalb Jahre kubanische Revolution.) TSz, 1960, H. 7, S. 82 bis 90.

Blas, Blas: Raportul la cel de-al VIII-lea Congres Național al Partidului Socialist Popular din Cuba. ([Gekürzter] Bericht auf dem VIII. Parteitag der Sozialistischen Volkspartei Kubas. [Havanna, 16. bis 21. August 1960.]) Lupta, 1960, H. 9, S. 106–125.

Malaya

Forward along the path towards complete national independence. Statement issued in commemoration of the 30th anniversary of the founding of the Communist Party of Malaya. (Vorwärts auf dem Weg zur vollständigen nationalen Unabhängigkeit. Erklärung [des Zentralkomitees] auf der Gedenkfeier zum 30. Jahrestag der Gründung der Kommunistischen Partei Malayas.) MM, 1960, H. 9, S. 1–9.

Mexiko

Ein neuer Abschnitt im Leben der Partei. Zum XIII. Parteitag der Kommunistischen Partei Mexikos. Mexiko-City, 17. bis 31. Mai 1960.] PFS, 1960, H. 9, S. 52–55.

Neuseeland

Miller, Ch.: Parteitag der Kommunistischen Partei Neuseelands. PFS, 1960, H. 7, S. 52–54.

Niederlande

Ein Brief aan de Partij van de Arbeid en haar aanhangers. (Offener Brief an die Partei der Arbeit [Sozialdemokraten] und ihre Anhänger. [August 1960.]) PC, 1960, H. 9, S. 441–444.

Österreich

Бинштейн, Е. И.: Из истории рабочего и социалистического движения в Австрии (Цислейтании) весной и летом 1917 года.

(Aus der Geschichte der Arbeiter- und sozialistischen Bewegung in Österreich [Zisleithanien] im Frühjahr und Sommer des Jahres 1917.) NNI, 1960, H. 4, S. 36–52.

Margulies, Fred: Automation und Arbeiterklasse. (Eine theoretische Konferenz der Kommunistischen Partei Österreichs.) PFS, 1960, H. 7, S. 56–57.

Panama

Dixon, Felix: Probleme der Werktätigen Panamas. NZ, 1960, H. 29, S. 16–17.

Polen

Cieplewicz, Mieczysław i Mieczysław Wrzosek: Materiały do historii ruchu robotniczego w Polsce w latach 1918 – 1939 w Centralnym Archiwum Wojskowym. (Materialien zur Geschichte der polnischen Arbeiterbewegung in den Jahren 1918 bis 1939 im Zentralen Militärarchiv.) Zpw, 1960, H. 3, S. 197–201.

Gomulka, Władisław: Inwestycje w gospodarcę narodowej w latach 1950–1959. (Die Investitionen in der Volkswirtschaft in den Jahren 1950 bis 1959. [Referat auf dem 5. Plenum der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei am 21. Juni 1960.]) NDR, 1960, H. 7, S. 3–19.

Janic, Marian i Helena Wolf: Dziennik Partyzancki (23 VII 1944–23 I 1945). (Ein Partisanentagebuch – 23. 7. 1944 bis 23. 1. 1945 –.) Zpw, 1960, H. 3, S. 115–138.

Janowska, Halina: Z dziejów polskiej emigracji robotniczej we Francji w latach 1919–1939. (Aus der Geschichte der Emigration polnischer Arbeiter in Frankreich in den Jahren 1919 bis 1939.) Zpw, 1960, H. 3, S. 3–31.

Jędruszczak, Tadeusz: W sprawie publicystyki KPP i walki o władzę w Polsce w 1918 roku. (Über die Publizistik der Kommunistischen Partei Polens und die Kämpfe um die Macht in Polen im Jahre 1918.) Zpw, 1960, H. 3, S. 81–87.

Kołomejczyk, Norbert: Rozwój organizacyjnej polskiej partii robotniczej w 1945 r. (Die organisatorische Entwicklung der polnischen Arbeiterpartei im Jahre 1945.) Zpw, 1960, H. 3, S. 32–53.

Monasterska, Teresa: Zebranie w zakładzie historii partii w sprawie stanu badań nad położeniem i strukturą klasy robotniczej Polski w latach 1918 – 1939. (Beratung im Institut für Parteigeschichte über den Stand der Forschung über die Verhältnisse und Struktur der polnischen Arbeiterklasse in den Jahren 1918 bis 1939.) Zpw, 1960, H. 3, S. 203–206.

Pol, Ludwik: Parlamentarisme socialiste en Pologne. (Sozialistischer Parlamentarismus in Polen. [Über die führende Rolle der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei.]) DN, 1960, H. 7, S. 45–48.

Pytel, Jan: Stefan Królikowski. Zpw, 1960, H. 3, S. 139–156.

Schmidt, Alfred: Die Volksrepublik Polen im Kampf um Sozialismus und Frieden. E, 1960, H. 9, S. 1419–1429.

Wykaz uczestników zjazdów KPP. (Verzeichnis der Delegierten der Parteitage der Kommunistischen Partei Polens.) Zpw, 1960, H. 3, S. 88–99.

O Zadaniach w dziedzinie inwestycji w latach 1961–65. (Über die Aufgaben auf dem Gebiet der Investitionen in den Jahren 1961 bis 1965. [Entschliebung des 5. Plenums des ZK der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei vom 22. Juni 1960.]) NDr, 1960, H. 7, S. 20–71.

Rumänien

Георгиу-Деж, Георге: Отчетный доклад Центрального Комитета Румынской Рабочей партии III съезду партии.

(Rechenschaftsbericht des Zentralkomitees der Rumänischen Arbeiterpartei an den III. Parteitag. [20. bis 25. Juni 1960.]) K, 1960, H. 10, S. 91–148.

Леринц, Л.: Борьба Румынской Рабочей партии за слом буржуазно-помещичьего государственного аппарата и создание социалистического государственного аппарата в Румынии.

(Der Kampf der Rumänischen Arbeiterpartei für die Zerschlagung des Staatsapparates der Bourgeoisie und der Gutsbesitzer und die Gründung des sozialistischen Staatsapparates in Rumänien.) Revue des Sciences Sociales, 1960, H. 1, S. 91–117.

Axen, Hermann: Der III. Parteitag der Rumänischen Arbeiterpartei. [20. 25. Juni 1960.] E, 1960, H. 8, S. 1252–1259.

Babici, I.: Un studiu valoros despre revoluția țărănilor din valea Ghimeșului (1934). (Eine bedeutende Studie über den Bauernaufstand im Ghimeș-Tal 1934 –. [Titu Georgescu und Ladislav Fodor: Der Bauernaufstand im Ghimeș-Tal (1934). Rezension.]) Lupta, 1960, H. 7, S. 94–99.

Chiriță, Gr.: Din luptele greviste cauzate de partid în anii 1922–1923. (Aus den Kämpfen der Aufständischen um die Führung der Partei in den Jahren 1922 bis 1923.) Studii, 1960, H. 3, S. 61–83.

Cimponeriu, E.: Muncitorii Reșiței ca duși de comuniști în lupta împotriva criminalului război antisovietic. (Die Arbeiter Reșița, geführt von Kommunisten, im Kampf gegen den verbrecherischen antisowjetischen Krieg.) Studii, 1960, H. 3, S. 35–60.

Constantin, Petre: Clasa muncitoare și clasa conducătoare a societății noastre. (Die Arbeiterklasse – die führende Klasse in unserer Gesellschaft.) C, 1960, H. 3, S. 53–85.

Cușșă, I. și B. Bălțeanu: Contribuția României la lupta pentru înfrângerea Germaniei Hitleriste. (Der Beitrag Rumäniens im Kampf für die Niederlage Hitlerdeutschlands.) Studii, 1960, H. 3, S. 123–145.

Entschliebung des III. Parteitages der Rumänischen Arbeiterpartei. [Bukarest, 25. Juni 1960.] AiA, 1960, H. 13, S. 4–11.

Georgescu, Titu: Despre revista „Analul Institutului de istorie a partidului”. (Über die Zeitschrift „Annalen des Instituts für Parteigeschichte“.) CF, 1960, H. 3, S. 163–173.

Homenco, S. și I. Iacoș: Aspecte ale organizării mișcării sindicale din țara noastră. Primul Congres general al Sindicatelor Unite din România (26–30 ianuarie 1945). (Aspekte der Organisation der Gewerkschaftsbewegung in unserem Land. Erster allgemeiner freier Kongreß der Vereinigten Gewerkschaften Rumäniens – 26. 30. Januar 1945 –.) AII, 1960, H. 3, S. 97–107.

rezeanu, D.: Relațiile agrare din România la începutul secolului al XX-lea și atitudinea mișcării socialiste față de țărănime. (Die Agrarverhältnisse in Rumänien zu Beginn des 20. Jahrhunderts und das Verhalten der sozialistischen Bewegung zur Lage in der Bauernschaft.) AII, 1960, H. 3, S. 41–76.

Stran, Georgeta: Aspecte ale formării și dezvoltării clasei muncitoare în țara noastră. (Aspekte der Entstehung und Entwicklung der Arbeiterklasse in unserem Land. [Aus der Geschichte der Entstehung und Entwicklung der Arbeiterklasse in Rumänien. Bukarest 1959. Rezension.]) CF, 1960, H. 3, S. 154–163.

Stran, I.: Organizațiile de partid — factor activ în viața institutelor de cercetări științifice. (Die Parteiorganisation — ein aktiver Faktor im Leben wissenschaftlicher Institute.) Lupta, 1960, H. 8, S. 29–40.

Teodorescu, N. G.: Documente privind grevele muncitorilor de la C.F.R., din porturi, șantiere navale și navigație din România (aprilie—iunie 1920). (Dokumente, die den Streik der Eisenbahner, Hafen-, Werft- und Schiffsarbeiter in Rumänien betreffen — April bis Juni 1920 —.) AII, 1960, H. 3, S. 115–130.

Teodorescu, E. și A. Fedotova: Din lupta P.C.R. împotriva tiririi României în războiul antisovietic (septembrie 1939—iunie 1941). (Vom Kampf der Kommunistischen Partei Rumäniens gegen die Einbeziehung Rumäniens in den anti-sowjetischen Krieg — September 1939 bis Juni 1941 —.) AII, 1960, H. 3, S. 17 bis 40.

Teodorescu, E. și A. Fedotova: Organe de presă centrale și locale ale partidului comunist din România. (Zentrale und lokale Presseorgane der Kommunistischen Partei Rumäniens. [Eine Übersicht.]) AII, 1960, H. 3, S. 131–144.

Schweden

Teodorescu, Harry: Die Lage in Schweden und der Kampf der Kommunistischen Partei. AiA, 1960, H. 15, S. 15–18.

Teodorescu, Günther und Franz Hochmann: Zur Entstehungsgeschichte der Kommunistischen Partei Schwedens. BzG, 1960, H. 3, S. 532–545.

Sowjetunion

Allgemeines

Беркевич, А. Б., Р. П. Дабыкин и В. А. Овсянник: Научная сессия по истории советского рабочего класса.

(Eine wissenschaftliche Tagung zur Geschichte der sowjetischen Arbeiterklasse. [Leningrad 1960.]) VI, 1960, H. 9, S. 154–162.

Документы и статьи по истории КПСС, опубликованные в журналах, ученых записках и трудах в марте—апреле 1960 года.

(Dokumente und Artikel zur Geschichte der KPdSU, veröffentlicht in Zeitschriften, wissenschaftlichen Berichten und Arbeiten von März bis April des Jahres 1960.) VIK, 1960, H. 4, S. 209–218.

Ленинман, Л.: Под знаменем ленинской национальной политики.

(Unter dem Banner der Leninschen nationalen Politik. [Zum 20. Jahrestag der Estnischen Sozialistischen Sowjetrepublik.]) PŽ, 1960, H. 13, S. 16–23.

Машеров, П. М.: Партии верный сын. (Ein treuer Sohn der Partei. [Zum 40. Jahrestag der Gründung des Kom-somol in Belorussland.]) МК, 1960, H. 9, S. 31–39.

Пейве, Я.: Латвия, Литва и Эстония в дружной семье советских народов.

(Lettland, Litauen und Estland in der einmütigen Familie der Sowjetvölker. [Zum 20. Jahrestag der Wiederherstellung der Sowjetmacht.]) K, 1960, H. 10, S. 72–81.

Пономарев, Б.: История КПСС и современность.

(Die Geschichte der KPdSU und die Gegenwart.) K, 1960, H. 11, S. 11–26. ZTP, 1960, H. 9, S. 18–35.

Товмасьян, С. А.: О некоторых вопросах научного освещения истории Коммунистической партии Армении.

(Über einige Fragen der wissenschaftlichen Beleuchtung der Geschichte der Kommunistischen Partei Armeniens.) VIK, 1960, H. 5, S. 49–64.

Vor der Oktoberrevolution

Волин, М.: Некоторые вопросы историографии партии. (Дооктябрьский период.)

(Einige Fragen der Parteihistoriographie. — Periode vor der Oktoberrevolution. —) VIK, 1960, H. 5, S. 156—172.

Калинычев, Ф. И.: Из деятельности рабочих депутатов Государственной думы.

(Aus der Tätigkeit der Arbeiterdeputierten der Staatsduma.) VIK, 1960, H. 4, S. 175—178.

Лейберов, И. П.: В. И. Ленин и Петроградская организация большевиков в период мировой войны (1914—1916 гг.).

(W. I. Lenin und die Petrograder Organisation der Bolschewiki während des Weltkrieges — 1914 bis 1916 —) VIK, 1960, H. 5, S. 65—79.

Салов, В. И.: Как искажаются исторические факты. (Создание большевистской партии в кривом зеркале западно-германской буржуазной историографии.)

(Wie historische Fakten entstellt werden. — Die Herausbildung der bolschewistischen Partei im Zerrspiegel der westdeutschen bürgerlichen Historiographie. —) VIK, 1960, H. 5, S. 186—195.

Тагиров, Р. И.: «Экономическая платформа Русской секции I Интернационала». Сборник материалов.

(„Die ökonomische Plattform der russischen Sektion der I. Internationale.“ Ein Sammelband von Materialien. [Moskau 1959. Rezension.] VI, 1960, H. 7, S. 155—156.

Чиковани, Л. Ф.: Ранние переводы марксистской литературы на грузинский язык.

(Die frühen Übersetzungen der marxistischen Literatur ins Grusinische.) VIK, 1960, H. 4, S. 140—146.

Niri, C.: „Congresul al II-lea al P.M.S.D.R. (procese verbale)“. 1959. („Der II. Parteitag der SDAPR. — Protokolle. —“ [Moskau] 1959. [Rezension.] AII, 1960, H. 3, S. 145—153.

Von der Oktoberrevolution bis zum Ende des zweiten Weltkrieges

Алахвердов, Г. Г.: Разложение войскаш интервентов и белогвардейцев на севере России в 1918—1919 годах.

(Die Zersetzung der Interventions-Weißgardistentruppen im Norden Russlands in den Jahren 1918 bis 1919.) 1960, H. 7, S. 121—134.

Ашанин, В. Я.: Политотделы МТБ в годы Великой Отечественной войны (ноябрь 1941 до май 1943 г.). (Die Politabteilungen der MTS in den Jahren des Großen Vaterländischen Krieges — November 1941 bis 1943 —) VIK, 1960, H. 4, S. 51—61.

Борзенко, С.: Поучительные уроки истории. (К выходу в свет первого тома «Истории Великой Отечественной войны Советского Союза 1941—1945».)

(Lehrreiche Lektionen der Geschichte — Zum Erscheinen des ersten Bandes „Geschichte des Großen Vaterländischen Krieges der Sowjetunion 1941—1945“.) PZ, 1960, H. 18, S. 32—39.

Ваганов, Ф. М.: Разгром правых уклонов в ВКП(б) (1928—1930 гг.). (Die Zerschlagung der rechten Abweichungen in der KPdSU [B] — 1928 bis 1930 —) VIK, 1960, H. 4, S. 62—80.

Гак, А. М. и В. Н. Дворянов: О деятельности Иркутского комитета РКП (б) в период Колчаковщины. (Über die Tätigkeit der Irkutsker Komitees der KPR (B) in der Koltschak-Periode. [Dokumente.] IA, 1960, H. 1, S. 86—94.

Гимпельсон, Е. Г.: Некоторые новые данные о составе III всероссийского съезда советов рабочих, солдатских и крестьянских депутатов. (Einige neue Angaben über die Zusammensetzung des III. Allrussischen Kongresses der Sowjets der Arbeitenden- und Bauerndeputierten.) 1960, H. 9, S. 214—217.

Голиков, Г.: Об изучении истории Октябрьской революции. (Über das Studium der Geschichte der Oktoberrevolution.) K, 1960, H. 10, S. 90.

Амиллов, В. П.: К итогам изучения истории советского крестьянства и колхозного строительства в СССР. (Zu den Studienergebnissen der Geschichte der sowjetischen Bauernschaft und des Kolchosaufbaus in der UdSSR.) VI, 1960, H. 8, S. 34—64.

Зграфов, Ф. Г.: Нижегородская парторганизация и строительство автозавода (1929—1932). (Die Nishegorodsker Parteiorganisation und der Aufbau des Autowerkes — 1929 bis 1932 —.) VIK, 1960, H. 4, S. 81—94.

Ибраев, Н. М. и Г. З. Лекомцев: История великого подвига. (Die Geschichte einer großen Heldentat. Geschichte des Großen Vaterländischen Krieges der Sowjetunion 1941 bis 1945. Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der KPdSU. Band 1. Moskau 1960. Rezension.) VIK, 1960, H. 5, S. 208 bis 213.

Ильмин, Н.: Протоколы IX съезда партии. (Protokolle des IX. Parteitages. [Der IX. Parteitag der KPR (B). März bis April 1920. Protokolle. Moskau. Rezension.] PZ, 1960, H. 17, S. 73—76.

Искупкин, Ю. С.: «Этих дней не смолкнет слава». Воспоминания участников гражданской войны. „Der Ruhm dieser Tage verstummt nicht“. Erinnerungen von Teilnehmern des Bürgerkrieges. [Moskau 1958. Rezension.] VI, 1960, H. 7, S. 145—148.

Итатова, О. И.: Н. К. Крупская и культурно-просветительная работа в первой пятилетке. N. N. Krupskaja und die kulturelle Aufklärungsarbeit im ersten Fünfjahrplan.) VMUI, 1960, H. 4, S. 3—21.

Иваненко, Н. и Ю. Францев: Научное исследование истории Великой Отечественной войны. Die wissenschaftliche Erforschung der Geschichte des Großen Vaterländischen Krieges.) K, 1960, H. 12, S. 71—80.

Ибраков, М. В.: Новый труд по истории обороны Петрограда в 1919 году. Eine neue Arbeit zur Geschichte der Verteidigung Petrograds im Jahre 1919. A. S. Puchow: Petrograd kapituliert nicht! Moskau 1960. Rezension.) VIK, 1960, H. 5, S. 213—218.

Фрейлихер, Д. Р.: Трудящиеся Украины в борьбе с Врангелем. (Die Werktätigen der Ukraine im Kampf gegen Wrangel.) VI, 1960, H. 7, S. 29—43.

Шерстюк, Ф. Е.: Укрепление рабочего ядра КП(б)У в период индустриализации.

(Die Festigung des Arbeiterkerns der KP (B) der Ukraine während der Zeit der Industrialisierung.) VIK, 1960, H. 5, S. 119—124.

Штейман, И. А.: Нелегальная деятельность Коммунистической Партии Латвии в период буржуазной республики.

(Die illegale Tätigkeit der Kommunistischen Partei Lettlands in der Periode der bürgerlichen Republik.) VIK, 1960, H. 5, S. 80—94.

Юдин, Г. В.: Московский комсомол в годы Отечественной войны.

(Der Moskauer Komsomol in den Jahren des Vaterländischen Krieges. [Dokumente.] IA, 1960, H. 4, S. 30—48.

Шчсхсрбакон, J. N.: Über die Teilnahme deutscher Kommunisten und Rotarmisten am Kampf gegen die Interventionen und Weißgardisten an der Ostfront (1918 bis 1919). BzG, 1960, H. 3, S. 571—587.

Seit dem zweiten Weltkrieg

Волков, А.: Сокращение рабочего дня и упорядочение заработной платы.

(Die Verkürzung des Arbeitstages und die Lohnregelung.) K, 1960, H. 13, S. 28 bis 37.

Дмитрин, А.: Развитие критики снизу — средство улучшения партийной работы.

(Die Entwicklung der Kritik von unten — ein Mittel zur Verbesserung der Parteiarbeit.) PZ, 1960, H. 18, S. 8—14.

Иовчук, М. Т.: Культурно-технический рост рабочего класса СССР. (Das kulturell-technische Wachstum der Arbeiterklasse in der UdSSR.) VF, 1960, H. 7, S. 34—39.

К новому подъему историко-партийной науки.

- (Zu einem neuen Aufschwung der parteihistorischen Wissenschaft. [Zum Beschluß des ZK der KPdSU „Über Maßnahmen zur Verbesserung der Arbeit des Instituts für Marxismus-Leninismus beim ZK der KPdSU“ vom Juni 1960.] VIK, 1960, H. 5, S. 3–20.
- Мотылев, А. и И. Петров:** Кормчий Коммунизма. (О возрастающей роли партии как руководящей силы строительства коммунизма.) (Führerin des Kommunismus. — Über die zunehmende Rolle der Partei als führende Kraft beim Aufbau des Kommunismus. —) МК, 1960, H. 9, S. 13–23.
- Пономарев, В. Н.:** Исторический опыт КПСС на службу коммунистическому строительству. (Die historische Erfahrung der KPdSU im Dienste des kommunistischen Aufbaus.) VIK, 1960, H. 4, S. 11–36.
- Решения июльского Пленума ЦК КПСС — боевая программа действий.** (Beschlüsse des Juliplenums des ZK der KPdSU — ein Kampf- und Aktionsprogramm.) PZ, 1960, H. 14, S. 3–7.
- Шитарев, Г.:** Руководитель и руководимые. (Заметки о стиле работы.) (Führer und Geführte. — Bemerkungen zum Arbeitsstil. —) K, 1960, H. 13, S. 48 bis 60.
- Чрущев, Н. С.:** Unsere Arbeiter regieren den Staat. [Aus der Rede vor österreichischen Gewerkschaftern. 2. Juni 1960.] PSU, 1960, H. 78, S. 1706.
- Чрущев, Н. С.:** Würdige Erbauer des Kommunismus ausbilden und erziehen! Aus der Rede auf dem Allrussischen Lehrerkongreß am 9. Juli 1960. JG, 1960, H. 15, Beilage.
- Чрущев, Н. С.:** Soviet Trade Unions and Strikes. (Sowjetgewerkschaften und Streiks. [Auszug aus einer Rede vor österreichischen Arbeitern.]) WN, 1960, H. 32, S. 381–382.
- Grosser, Günther und Herbert Hofer:** Das Anwachsen der Rolle der marxistisch-leninistischen Partei — eine Gesetzmäßigkeit beim Übergang vom Sozialismus zum Kommunismus. WZ, Leipzig, 1959/1960, H. 4, S. 483–495.
- Iskrow, M. W.:** Über die Tätigkeit des Instituts für Marxismus-Leninismus beim ZK der KPdSU. BzG, 1960, H. 3, S. 601–605.
- Standhafte Kämpfer für den Kommunismus erziehen! Konferenz des ZK der KPdSU zu Fragen der ideologischen Arbeit.** [6. bis 9. September 1960.] A, 1960, H. 18, S. 12–13.
- Nobel, Genia:** Die Entwicklung der Sowjetunion auf dem Wege zum Kommunismus. E, 1960, H. 7, S. 1098–1113.
- Resolution des ZK der KPdSU über die Ergebnisse der Zusammenkunft der Vertreter der kommunistischen Arbeiterparteien in Bukarest [Juli 1960].** AiA, 1960, H. 14, S. 2.

Spanien

- Майданик, К. Л.:** R. G. Colodny. The struggle for Madrid. (R. G. Colodny: Der Kampf um Madrid. [New York 1958. Rezension.] VI, 1960, H. 8, S. 185–188.
- Nur Einheit und Organisiertheit führen zum Erfolg! Aufruf der Kommunistischen Partei Spaniens [zur Organisation von Aktionen auf der Lande].** AiA, 1960, H. 13, S. 23–24.
- Die Teilaktionen der Massen müssen zu friedlichen nationalen Streik gegen die Franco-Diktatur einmünden! Aus der Erklärung der Kommunistischen Partei Spaniens vom 1. Juli 1960.** AiA, 1960, H. 17, S. 20–23.

Tschechoslowakei

- Гендрих, Иржи:** Победа социализма в Чехословакии. (Der Sieg des Sozialismus in der Tschechoslowakei.) K, 1960, H. 12, S. 81–94.
- Кайдел, Вл.:** Завършване изграждането на социализма в Чехословакия. (Die Vollendung des Aufbaus des Sozialismus in der Tschechoslowakei.) J, 1960, H. 6, S. 75–91.
- Amort, Čestmír:** Pomoc sovětského svazu partyzánskému hnutí v českých zemích (Die Hilfe der Sowjetunion für die Partisanenbewegung in der CSSR.) J, 1960, H. 11, S. 60–95.
- Arató, Endre:** Oldřich Říha: Az Októberi Forradalom hatása Csehszlovákiában (Die Wirkung der [Großen Sozialistischen] Oktoberrevolution auf die Tschechoslowakei. [Prag 1957. Rezension.] PKö, 1960, H. 3, S. 198–200.

mbel, Samuel: Žilinská konferencia KSS v auguste 1945 a jej miesto v našej revolúcii. (Die Konferenz der kommunistischen Partei der Slowakei in Žilina im August 1945 und ihre Stellung in unserer Revolution.) PD, 1960, H. 11, S. 96–121.

Jeřší, Vojtěch: Nad slavným výročím trancikého tisku. (Über den feierlichen 10. Jahrestag [der Gründung] der Parteipresse.) NMy, 1960, H. 9, S. 913 bis 921.

Ježal, Jiří: K otázce partyzánského nutí v českých zemích. (Zur Frage der Partisanenbewegung in der Tschechoslowakei.) ČCH, 1960, H. 3, S. 273–291.

Ježal, Jiří: Die Teilnahme deutscher Antifaschisten am slowakischen Nationalaufstand. DA, 1960, H. 7, S. 795–805.

Jenek, Jiří: „Rude Pravo“ – die führende Zeitung in der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik. [Zum 10. Jahrestag der Gründung.] AiA, 1960, H. 18, S. 9–11.

Jalka, Jiří: K počátkům socialistického ělnického hnutí v českých zemích. Michal Reiman, Z prvních dob českého ělnického hnutí. (Zu den Anfängen der Arbeiterbewegung in der Tschechoslowakei. Michal Reiman: Aus der Frühzeit der tschechischen Arbeiterbewegung. [Prag 1958. Rezension.] ČCH, 1960, H. 3, S. 362–365.

ánáct. Let pokrokové historiografie lidové demokratického československa. Soupis historiografických publikací k ějtinám KSČ.) (15 Jahre fortschrittliche Geschichtsschreibung der volksdemokratischen Tschechoslowakei. – Verzeichnis historischer Veröffentlichungen zur Geschichte der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei. –) PD, 1960, H. 11, S. 159–173.

ánárik, Ján: Úloha triednych bojov vo vývine robotníckeho hnutia na Slovensku v rokoch 1918–1920. (Die Rolle der Klassenkämpfe bei der Entwicklung der Arbeiterbewegung in der Slowakei in den Jahren 1918 bis 1920.) ČCH, 1960, H. 3, S. 292–331.

otný, A.: Unser höchstes Ziel – die Festigung der Macht und Geschlossenheit des sozialistischen Lagers. [Auszug aus der Rede auf der Parteikonferenz der KPČ, 5. bis 7. Juli 1960.] PSU, 1960, H. 82, S. 1801–1805.

Parteikonferenz der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei. [Prag, 5. bis 7. Juli 1960.] AiA, 1960, H. 14, S. 3–6, 10.

Richtová, Zelmíra: Několik poznámek k publikacím o dějinách strany v období lidové demokracie. (Einige Bemerkungen zu Veröffentlichungen über die Geschichte der Partei in der Periode der Volksdemokratie.) PD, 1960, H. 11, S. 145 bis 158.

Usnesení VIII. plenární schůze Ústřední rady odborů k úkolům Revolučního odborového hnutí po celostátní konferenci KSČ. (Beschluß der 8. Plenartagung des Zentralrats der Gewerkschaften [der ČSSR] zu den Aufgaben der Revolutionären Gewerkschaftsbewegung bis zur Landeskonzferenz der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei.) O, 1960, H. 17, S. 897–905.

Wolfgramm, Eberhard: Zur Erforschung der tschechoslowakischen Arbeiterbewegung bis 1918 in der tschechoslowakischen Geschichtswissenschaft. ZfG, 1960, H. 5, S. 1223–1237.

Türkei

Üstünel, S.: Für eine unabhängige, demokratische und friedliebende Türkei! Aus Anlaß des 40. Jahrestages der Gründung der Kommunistischen Partei der Türkei. AiA, 1960, H. 18, S. 20–23.

Ungarn

Нежинский, Л. Н.: Создание единой партии рабочего класса в Венгрии (1944–1948 гг.).

(Die Bildung einer Einheitspartei der Arbeiterklasse in Ungarn – 1944 bis 1948 –.) VIK, 1960, H. 4, S. 95–112.

Aranyosi, Magda: A korai magyar szocialista mozgalom nemzetközi kapcsolatairól. (Die internationalen Beziehungen der frühen ungarischen sozialistischen Bewegung.) PKö, 1960, H. 3, S. 138 bis 154.

Beckl, Sándor: A magyar szakszervezetek a proletár nemzetköziség útján. (Die ungarischen Gewerkschaften auf dem Wege des proletarischen Internationalismus.) M, 1960, H. 7, S. 7–8.

A magyar munkásmozgalom történetéről szóló cikkek jegyzéke (1960. január–

- március). (Artikelverzeichnis zur Geschichte der ungarischen Arbeiterbewegung — Januar bis März 1960 —.) PKö, 1960, H. 3, S. 212—213.
- Csonka, Rózsa: A magyar Tanácsköztársaság szociálpolitikája. (Die Sozialpolitik der Ungarischen Räterepublik. [Ausgewählte Verordnungen, Dokumente und Artikel. Rezension.]) TSz, 1960, H. 8/9, S. 128—133.
- Friss, István: Adatok a kommunisták magyarországi pártja szervezeti fejlődéséhez (1933—1936). (Zur organisatorischen Entwicklung der Kommunistischen Partei Ungarns — 1933 bis 1936 —.) PKö, 1960, H. 3, S. 83—122.
- Gábor, Sándorné: A Kommunisták Magyarországi Pártja és a Magyarországi Szociáldemokrata Párt egyesülése 1919-ben. (Die Vereinigung der Kommunistischen Partei Ungarns und der Sozialdemokratischen Partei Ungarns im Jahre 1919.) PKö, 1960, H. 3, S. 155 bis 167.
- Kádár, Janos: Die Aufgaben der Patriotischen Volksfront beim Aufbau des Sozialismus in Ungarn. [Aus der Rede auf dem 2. Landeskongreß der Patriotischen Volksfront im Mai 1960.] AiA, 1960, H. 14, S. 11—12.
- A filozófia lenini pártosságáért. (Für die Leninsche Parteilichkeit in der Philosophie. [Thesen des ZK der Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei zur Situation an der philosophischen Front.]) TSz, 1960, H. 8/9, S. 35—50.
- Runge, Fritz: Emlékezés Alpári Gyulára. (Erinnerung an Gyula Alpari.) PKö, 1960, H. 3, S. 168—178.

Uruguay

- Виера, Эдуардо: Компартия Уругвая — ведущая сила в борьбе за национальную независимость своей родины. (Die Kommunistische Partei Uruguays — die führende Kraft im Kampf für nationale Unabhängigkeit ihres Vaterlandes.) PZ, 1960, H. 17, S. 60—65. AiA, 1960, H. 19, S. 21—31.

USA

- Горев, И.: Соревнование двух систем и американские профлидеры. (Der Wettbewerb der beiden Systeme

und die amerikanischen Gewerkschaftsführer.) SProf, 1960, H. 15, S. 54—56.

- Каверин, Г. И.: Б. Я. Михайлов: Конгресс производственных профсоюзов США 1935—1955. (B. J. Michailow: Der Kongreß der Betriebsgewerkschaften der USA 1935—1955. [Moskau 1959. Rezension.]) 1960, H. 7, S. 148—153.

Мостовцев, Н.: Правда об американских профсоюзах. (Die Wahrheit über die amerikanischen Gewerkschaften.) SProf, 1960, H. S. 56—58.

- Фостер, Уильямз: Борьба за создание производственных профсоюзов в США. (Der Kampf für die Schaffung von Betriebsgewerkschaften in den USA.) NNi, 1960, H. 4, S. 3—10.

Nikitin, V.: Frischer Wind in der amerikanischen Gewerkschaftsbewegung. 1960, H. 8/9, S. 24—25.

Tarassowa, G.: Der Seeleuteverband USA und seine Politik. NZ, 1960, H. S. 17—19.

Vietnam

Подкопаев, И.: Демократический Вьетнам в борьбе за социализм. (Das demokratische Vietnam im Kampf für den Sozialismus.) ME, 1960, H. S. 27—36.

Ho Chi Minh: Helden von Dien Bien — Erbauer des Sozialismus. [Auszug der Rede auf dem III. Parteitag der Partei der Werktätigen Vietnams. 5. September 1960.] PSU, 1960, H. S. 2379—2380.

Ho Chi Minh: Präsident Ho Chi Minh erzählt. [Zum 15. Jahrestag der Gründung der Demokratischen Republik Vietnam.] NZ, 1960, H. 35, S. 5—8.

Hoang Quoc Viet: Neue Erfolge der vietnamesischen Gewerkschaftsbewegung. W, 1960, H. 7, S. 43—45.

Le Duan: Die sozialistische Revolution. [Auszug aus dem Bericht auf dem III. Parteitag der Partei der Werktätigen Vietnams.] PSU, 1960, H. 109, S. bis 2407.

an Hong Chuong: A vietnami nép
parca a szocializmusért és a nemzeti
egységért. (Der Kampf des vietnamesi-
schen Volkes für Sozialismus und na-
tionale Einheit.) TSz, 1960, H. 7, S. 91
bis 99.

Zypern

e antiimperialistische Befreiungsfront
- Voraussetzung für den Sieg über den
Kolonialismus in Zypern. [Entschlie-
ßung der 2. Tagung des ZK und der
Zentralen Kontrollkommission der Fort-
schrittlichen Arbeiterpartei Zyperns
(AKEL), Juni 1960.] AiA, 1960, H. 14,
S. 20-21.

Arbeiterbewegung und Weltfriedensbewegung

дреев, П. В.: Идеите на Ленин за
съвместното съществуване и ико-
номическото съревнование на со-
циализма и капитализма усилено
се обществуват в живота.

Die Ideen Lenins über die friedliche
Koexistenz und den ökonomischen
Wettbewerb zwischen Kapitalismus und
Sozialismus werden mit aller Kraft in
die lebendige Wirklichkeit umgesetzt.)
ko. Misul, 1960, H. 3, S. 14-29.

расильников, А. Н.: Неутомимая
борьба за мир без оружия — мир
без войн.

Unermüdlicher Kampf für eine Welt
ohne Waffen, für eine Welt ohne Krieg.
N. S. Chruschtschow: Welt ohne Waf-
fen, Welt ohne Krieg. Band 1-2. Mos-
kau 1960. Rezension.) VI, 1960, H. 9,
S. 125-134.

икитин, Л. Н.: Ведущая сила в
борьбе за мир. (К выходу двух-
томника Н. С. Хрущева «Мир без
оружия — мир без войн».)

Die führende Kraft im Kampf für den
Frieden. — Zum Erscheinen der zwei-
bändigen Ausgabe N. S. Chruschtschows
Welt ohne Waffen — Welt ohne Krieg.
- VIK, 1960, H. 4, S. 191-195.

чоркин, В.: Творческий марксизм
и проблема предотвращения войн.
Der schöpferische Marxismus und das
Problem der Verhütung von Kriegen.)
IZ, 1960, H. 9, S. 3-8.

ruschtschow, N. S.: Für die Freiheit
aller Völker — für eine Welt ohne
Waffen. Die historische Rede vor der
5. Vollversammlung der UNO [23. Sep-

tember 1960]. PSU, 1960, H. 115, S. 2527
bis 2536. 2545. NZ, 1960, H. 40, Beilage.

Chruschtschow, N. S.: Das entscheidende
Wort sprechen die Völker. (Antwort an
den Nürnberger Arbeiter Hermann
Schmidt.) SB, 1960, Sonderh. 12, S. 21
bis 23.

Denkschrift der Regierung der Deutschen
Demokratischen Republik an die 15. Ta-
gung der UNO-Vollversammlung zur
Abrüstungsfrage. [15. September 1960.]
SB, 1960, Sonderh. 15, S. 3-7.

Ebert, Friedrich: Friedliche Koexistenz
— die einzig reale Politik. [Auszug aus
der Rede auf der Parteiaktivtagung
der Betriebsparteiorganisation beim
Magistrat von Groß-Berlin am 15. Au-
gust 1960.] SB, 1960, Sonderh. 12, S. 3
bis 11.

Franzew, J.: Probleme des Krieges und
des Friedens unter den gegenwärtigen
Bedingungen. PSU, 1960, H. 95, S. 2083
bis 2086. 2096.

Gomulka, Władysław: Der Sozialismus
schuf die reale Möglichkeit für die
Verhinderung von Kriegen. [Aus der
Rede auf der Tagung des Katowicer
Wojewodschafts Komitees der PVAP am
6. Juli 1960.] AiA, 1960, H. 14, S. 6-9.
PSU, 1960, H. 83, S. 1821-1829.

Die Kommunisten verstärken den Kampf
für den Frieden. (Aus Dokumenten der
kommunistischen Parteien.) PFS, 1960,
H. 7, S. 3-9.

Koplenig, J.: Ein Beispiel für friedliche
Koexistenz. [Zum Besuch N. S. Chru-
schtschows in Österreich.] PFS, 1960,
H. 8, S. 9-24.

Ponomarjow, B.: Friedliche Koexistenz
— eine Lebensnotwendigkeit. PSU, 1960,
H. 98, S. 2155-2158. AiA, 1960, H. 16,
S. 15-18.

Shiwkow, Todor: Der Frieden — das
Schlüsselproblem der Gegenwart. PFS,
1960, H. 8, S. 9-17.

Winzer, Otto: Allgemeine und vollstän-
dige Abrüstung — eine notwendige und
reale Aufgabe unserer Zeit. E, 1960,
H. 9, S. 1334-1344.

Winzer, Otto: Aktuelle Probleme des
Kampfes um einen dauerhaften Frieden.
[Überarb. Lektion, die am 28. Mai 1960
an der Parteihochschule „Karl Marx“
beim ZK der SED gelesen wurde.] E,
1960, H. 7, Beilage.

Redaktionsschluß dieser Bibliographie:
15. Oktober 1960.

Bibliographie

zur Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung

ABKÜRZUNGEN DER AUSGEWERTETEN ZEITSCHRIFTEN UND ZEITUNGEN

AS	Der Altmarkbote. Salzwedel
ASu	Die Aussage. Suhl
B	Der Bote. Sömmerda
BH	Berliner Heimat. Berlin
BK	Bautzener Kulturschau. Bautzen
BKMS	Der Blickpunkt. Karl-Marx-Stadt
BNN	Brandenburgische Neueste Nachrichten. Potsdam
BZ	Berliner Zeitung. Berlin
BZA	BZ am Abend. Berlin
BzG	Beiträge zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Berlin
BzZ	Beiträge zur Zeitgeschichte. Berlin
CM	Cottbuser Monatsheft. Cottbus
Dsp	Dorfspiegel für die Gemeinden Seifhennersdorf, Leutersdorf Spitzkunnersdorf. Seifhennersdorf
DV	Dresdner Vorschau. Dresden
ER	Erfurt heute und morgen. Erfurt
FE	Freie Erde. Neubrandenburg
FF	Die Fundgrube. Freiberg
FG	Der Friedensstein. Gotha
Fo	Forum. Berlin
FP	Freie Presse. Zwickau
Fr	Freiheit. Halle (Saale)
Fvh	Frau von heute. Berlin
FW	Freies Wort. Suhl
GA	Glückauf. Aue
GK	Greifswalder Kulturspiegel. Greifswald
GKu	Görlitzer Kulturspiegel. Görlitz
GF	Deine Heimat im Spiegel des kulturellen Geschehens. Flöha
HKG	Heimat und Kultur. Greiz
HM	Hallesches Monatsheft. Halle (Saale)
HS	Der Heimatfreund für den Kreis Stollberg (Erzgebirge). Stollberg
HSt	Unsere Heimat. Stendal
HW	Heimatzeitschrift des Kreises Wernigerode (Harz). Wernigerode
IB	Ilmenauer Blätter für Kultur und Geschichte des Kreises. Ilmenau
JW	Junge Welt. Berlin
KAl	Kulturspiegel. Altenburg/Schmölln
KAr	Kulturspiegel. Arnstadt
KBH	Kulturspiegel der Stadt Brandenburg/Havel. Brandenburg
KFi	Kulturspiegel des Kreises Finsterwalde NL. Finsterwalde
KHA	Kultur und Heimat. Annaberg

HH	Kultur und Heimat. Hohenstein-Ernstthal
HJ	Kultur und Heimat. Jena
HKL	Kultur und Heimat. Karl-Marx-Stadt/Land
KL	Kulturspiegel für den Kreis Löbau. Löbau
L	Kulturspiegel der Messestadt Leipzig. Leipzig
N	Kulturspiegel des Kreises Naumburg. Naumburg
R	Kulturspiegel für den Kreis Reichenbach. Reichenbach
RP	Kulturelle Rundschau des Stadt- und Landkreises Plauen. Plauen
St	Kulturspiegel für die Kreise StalinStadt und Fürstenberg (Oder). StalinStadt
W	Kulturspiegel für Stadt und Land Weimar. Weimar
Ze	Kulturspiegel. Zeulenroda
F	Land und Forst. Berlin
R	Lausitzer Rundschau. Cottbus
VZ	Leipziger Volkszeitung. Leipzig
He	Meißner Heimat. Meißen
Ku	Magdeburger Kulturspiegel. Magdeburg
NN	Mitteldeutsche Neueste Nachrichten. Halle (Saale)
V	Märkische Volksstimme. Potsdam
O	Neues Deutschland (Berliner Ausgabe). Berlin
H	Natur und Heimat. Berlin
F	Neuer Tag. Frankfurt (Oder)
S	Oberlandbote. Schleiz
Z	Ostsee-Zeitung. Rostock
	Pulsschlag. Zwickau
Z	Przegląd Zachodni. Poznań
H	Rieser Heimat. Riesa
1	Rudolstädter Heimathefte. Rudolstadt
	Sonntag. Berlin
H	Saalfelder Heimat. Saalfeld
G	Die Spindel. Glauchau
H	Sächsische Heimat. Dresden
P	Schweriner Palette. Schwerin
VZ	Schweriner Volkszeitung. Schwerin
Z	Sächsische Zeitung. Dresden
	Tribüne. Berlin
NN	Thüringische Neueste Nachrichten. Erfurt
HG	Unsere Heimat. Großschönau
	Das Volk. Erfurt
R	Die Vorschau. Radebeul
S (KMSt)	Volksstimme. Karl-Marx-Stadt
S (M)	Volksstimme. Magdeburg
w	Volkswacht. Gera
F	Wegweiser durch das kulturelle Leben des Kreises Forst (Lausitz). Forst
o	Wochenpost. Berlin
BL	Zwischen Bode und Lappwald. Oschersleben
HB	Zwischen Harz und Bruch. Halberstadt (Harz)
SE	Zwischen Saale und Elster. Eisenberg

ALLGEMEINE
DARSTELLUNGEN

- Wie ein *Arbeiterlied* entstand. Das Lied der roten Hundertschaften. CM, 1960, H. 6, S. 7–9.
- Bebels* treuer Kampfgefährte. Zum 60. Todestag von Wilhelm Liebknecht am 7. August. ND, 6. August 1960.
- Berthold*, Lothar: Heusingers hündische Heuchelei. Über den 20. Juli 1944 – 15 Jahre danach. ND, 19. Juli 1959.
- Bittel*, Karl: Ein großer Lehrer, ein großer Mensch. Professor Dr. Dr. h. c. Hermann Duncker 1874–1960. S, 3. Juli 1960.
- Bleiber*, Helmuth: Wilhelm Wolff – ein Lehrer für Demokratie und Sozialismus. Zum 150. Geburtstag des engsten Freundes von Marx und Engels am 21. Juni 1959. ND, 20. Juni 1959.
- Brief* des Zentralkomitees der SED an den Parteivorstand der SPD und an alle sozialdemokratischen Organisationen und Mitglieder. ND, 5. April 1959.
- Brief* des Zentralkomitees über die ökonomische Verwendung von Rohstoffen in der Volkswirtschaft. ND, 26. Mai 1960.
- Brief* des ZK an die Genossenschaftsbauern der LPG Typ I. FE, 9. Juli 1960.
- Offener *Brief* des Zentralkomitees an die Mitglieder, Funktionäre und Freunde der SPD. ND, 16. Juli 1960.
- Offener *Brief* des Präsidiums des FDGB-Bundesvorstandes an die Gewerkschaftsgruppen der Brigaden in den sozialistischen Betrieben. T, 9. August 1960.
- Czepuck*, Harri: Historische Parallelen drängen sich auf – Kniefall der SPD – Spott der Regierung – und dann? Ermächtigungsgesetz und Notstandsgesetz sind Zwillingbrüder. ND, 5. August 1960.
- Dornemann*, Luise: Wo einst Clara Zetkin kämpfte... ND, 14. Mai 1960.
- Hermann Duncker* – ein Kämpfer für die Sache der Arbeiterklasse. ND, 24. Juni 1960.
- Ehrlich*, S.: Er war mein bester Lehrer (Erinnerungen an Hermann Duncker). BZA, 29. Juni 1960.
- Fugger*, Karl: Lehrer seiner Klasse. Dem Genossen Hermann Duncker zum Gedenken. ND, 26. Juni 1960.

- „...immer wird er leben im Gedenken der Genossen.“ Zum 65. Geburtstag Genossen Hans Beimler. ND, 2. 1960.
- Goldstein*, Werner: Wir schossen Flugblättern. Gespräch mit einem ehemaligen Partisanenoffizier über die sisch-deutsche Waffenbrüderschaft gegen Hitler. ND, 22. Juni 1960.
- Grotewohl*, Otto: Hervorragender Stammmann der Arbeiterklasse. Heinrich zum 60. Geburtstag. ND, 2. April 1960.
- Vor 15 Jahren am 19. Juni 1945. Meilenstein zur Einheit. Von der Gründung des Arbeitsausschusses KPD-SED. ND, 18. Juni 1960.
- Jendretzky*, Hans: Kampfeinheit gegen Militarismus. ND, 15. Juni 1960.
- Kaspar*, Peter: Er spielte uns die Fidele Ouvertüre vor. Erinnerungen an Hermann Duncker. BZ, 13. Juli 1960.
- Manifest* der Kommunistischen Partei Deutschlands. Für eine neue Politik für Entspannung und Frieden! 3. Mai 1959.
- Matern*, Hermann: Abschied von einem unserer Besten. Rede des Mitgliedes Politbüros des ZK der SED auf der Trauerfeier für Professor Dr. Dr. h. c. Hermann Duncker. T, 29. Juni 1960.
- Mill*, Anneliese / *Skambraks*, Hanns / *Wolff*, Heidi: Vor 141 Jahren, am 5. 1818, wurde Karl Marx geboren. Lehren von Marx und Engels – Wegweiser zum Kommunismus. ND, 5. 1959.
- Müller*, Werner: Das Programm des deutschen Imperialismus. Bonns Politik der 20. Juni 1944. ND, 23. Juli 1960.
- Müller*, Werner: Vor 65 Jahren, 5. August 1895, starb Friedrich Engels. Der Bauern Frön und Freiheit. Von uns Friedrich Engels' Schrift „Der deutsche Bauernkrieg“ heute zu sagen. ND, 5. August 1960.
- Pollatschek*, Walter: Mit Lautsprecher Flugblatt und Waffe. Der Weg Konrad Wolfs von Deutschland nach Deutschland. S, 8. Mai 1960.
- Referate* und Diskussionen auf dem 9. Plenum des ZK der SED. ND, 24. 26. Juli, 27. Juli, 28. Juli, 29. Juli, 30. Juli, 31. Juli; 12. August 1960.
- Rosberg*, Kurt: Wir werden die Sieger sein! Ernst Thälmann, Mahner und Organisator der Einheit der Arbeiterklasse. T, 18. August 1960.

Adolph, Kurt: Arbeitererinnerungen an Professor Dr. Dr. h. c. Hermann Duncker ... sag Genosse zu mir, Kumpel. T, 30. Juli 1960.

Busch, Hans-Jürgen: Er kämpfte für die Arbeiterklasse und für Deutschland (E. Weinert). T, 30. Juli 1960.

Horrat, Helmut: Vor 15 Jahren im Palais Chaillot. Die Gründung des WGB – ein Sieg der internationalen Arbeiterklasse im Kampf gegen Faschismus und Krieg. T, 11. August 1960.

Bröder, Otto: Der Ehrenbürger von Clichy. Zum 16. Jahrestag der Ermordung Ernst Thälmanns. JW, 18. August 1960.

Imme der Nation. Aus Reden und Schriften des Genossen Ernst Thälmann gegen die antinationale Politik der deutschen Militaristen und Imperialisten, gegen Faschismus und Krieg. ND, 18. August 1960.

Ybel, Albert: Am Anfang war die Tat. Ein Rückblick auf die Entstehung der Arbeitersängerbewegung Deutschlands. HM, 1960, H. 6, S. 295–300.

Olp, Karla: Leb' wohl, lieber Genosse Duncker. Vw, 29. Juni 1960.

ertrauen gegen Vertrauen. Zum Jahrestag der Gründung antifaschistischer Jugendausschüsse. ND, 31. Juli 1960.

ctor, Walter: In New York mit Hermann Duncker. BZA, 27. Juni 1960.

ßeke, Heinz: Der Erforschung und Darstellung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung größere Aufmerksamkeit schenken. BzG, 1960, H. 3, S. 588–595.

urnke, Herbert: Ein Leben für die Arbeiterklasse. Rede auf der Trauerfeier für Prof. Dr. Dr. h. c. Hermann Duncker. T, 29. Juni 1960.

ilke, Wilhelm: Jeder kann alles lernen. Dem Genossen Hermann Duncker zum Gedenken. ND, 26. Juni 1960.

ammering, Max: Teddy spricht. BZ, 24. Juli 1960.

Bezirk Cottbus

rn, K.: Die Entwicklung der LPG „Florian Geyer“ in Lübben. In: Heimatkalender 1959 für den Kreis Lübben, S. 64–69.

riarius: Der Streik der Kirchhainer Gerbergesellen 1899. KFi, 1960, H. 1, S. 3–11.

Döring, Max: Die ersten Tage und Wochen. Auch in Cottbus erblühte vor 15 Jahren neues Leben aus den Ruinen. CM, 1960, Heft 6, S. 4–6.

Dünnebier, Richard: Der erste Tote. In: Heimatkalender 1959 für den Kreis Jessen, S. 49–51.

Dünnebier, Richard: Zwingburg Lichtenburg. In: Heimatkalender 1960 für den Kreis Jessen, S. 66–69.

Eschberger, Manfred: Einer von uns! Nach Motiven aus dem Leben des Arbeiterveteranen Ernst Jazosch. In: Heimatkalender 1959 für den Kreis Lübben, S. 32–43.

Fuhrich, Alfred: Senftenberger Kumpel schlugen Kapp und Lüttwitz. Hrsg. von der Kommission zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung bei der Kreisleitung Senftenberg der SED, Senftenberg 1960, 64 S.

Greiner, Ferdinand: Im faschistischen Hinterland. Über den gemeinsamen Kampf sowjetischer, polnischer und deutscher Patrioten. LR, 8. Mai 1959.

Kiederley, Willi: Das „Haus der Einheit“ und seine Geschichte. WF, 1960, H. 1, S. 10–14.

Kiederley, Willi: So wurden die Trümmer beseitigt... WF, 1960, H. 5, S. 11 bis 16.

Sein Leben war Kampf. In: Heimatkalender 1960 für den Kreis Jessen, S. 34–36.

Morawitz, Horst: Über Forst weht die siegreiche rote Fahne! WF, 1960, H. 5, S. 4–10.

Raabe, Paul: Ernst Thälmann – wie ich ihn kennenlernte. Erinnerungen eines Parteiveteranen an den großen Arbeiterführer. LR, 15. April 1959.

Schmollius, Alfons: Sieben Tage bewaffneter Generalstreik. LR, 18. März 1959.

Schulze, Friedrich: Die Entwicklung der Arbeiterbewegung in Annaburg. In: Heimatkalender 1959 für den Kreis Jessen, S. 41–44.

Schulze, Heinz: Die bisherige Entwicklung und die Perspektive der volkseigenen örtlichen Industrie des Kreises Jessen. In: Heimatkalender 1960 für den Kreis Jessen, S. 48–53.

Stief, Albert: Aus dem Rechenschaftsbericht der Bezirksleitung Cottbus der SED an die 5. Bezirksdelegiertenkonferenz. LR, 17. Juni; 18. Juni 1960.

Träger, Paul: Aus der Geschichte der Arbeiterbewegung in unserer Heimat. In: Heimatkalender 1959 für den Kreis Jessen, S. 44–49.

Wagner, Walter: Aus der Arbeitergeschichte für den politischen Tageskampf schöpfen. Wie die Kreiskommissionen zur Erforschung der Geschichte der Arbeiterbewegung ihre Arbeit fortsetzen müssen. LR, 3. Juni 1960.

Bezirk Dresden

Arlt, Walter: Die Zerschlagung des Kapp-Putsches in Görlitz. GKU, 1960, H. 4, S. 2–5.

Arlt, Walter: Vor vierzig Jahren wurde die Allgemeine Freie Lehrgewerkschaft gegründet. GKU, 1960, H. 5, S. 16 bis 18.

Arndt, Hermann/Puschmann, Elsbeth: Wer leuchten will, muß brennen! SZ, 27. April 1959.

Bartosch-Kubisiok: Das Abkommen von Zgorzeles ist heute schon Geschichte. SZ, 6. Juli 1960.

Beginn eines neuen Lebens... Eine Auswahl von Erinnerungen an den Beginn des Neuaufbaus in Dresden im Mai 1945. Beiträge zur Geschichte der Dresdner Arbeiterbewegung, Heft 7, hrsg. vom Museum für Geschichte der Dresdner Arbeiterbewegung im Auftrag der Stadtkommission zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung bei der SED-Stadtleitung Dresden, Dresden 1960, 78 S.

Bekier, Erwin: Die Flaschenpost. Wo, 1960, Nr. 18.

Brief ehemaliger Sozialdemokraten an die 5. Bezirksdelegiertenkonferenz Dresden der SED. SZ, 10. Juni 1960.

Brüll, Paul: Drei Tage, die die Stadt veränderten. VR, 1960, H. 5, S. 2–5; H. 6, S. 6–7.

Czok, Karl: Die Januarkämpfe 1919 und die Ereignisse in Görlitz. SH, 1960, H. 3, S. 174–182.

Decker, H.: So hat es begonnen. Aus der Geschichte der Gewerkschaften in der Oberlausitz. KKL, 1960, H. 5, S. 5–6.

Domschke, August: Die Bautzener Maifeier im Jahre 1896. BK, 1960, H. 5, S. 8–9.

Einheit der Arbeiter schlägt Militari (1920). BK, 1960, H. 4, S. 3–4.

Die Entwicklung der Arbeiterbewegung in Radebeul (1899–1946). Monographie zur Geschichte der Stadt Radebeul, hrsg. von der Ortsleitung der Stadt Radebeul, Arbeitsgruppe zur Erforschung der Geschichte der Arbeiterbewegung, S. 4–35.

Erklärung früherer SPD-Funktionäre: Verrat der Wehner, Erler, Mommsen. SZ, 30. Juli 1960.

Figlarek, Eberhard: Die Feuer der Freiheit leuchten. VR, 1960, H. 5, S. 7–8.

Freudenberg, M.: Der Mann der ersten Stunde. MHE, 1960, H. 2, S. 15–16.

Gedenktafel vor „Wackerbarth's Ruine“ enthüllt. VR, 1960, H. 6, S. 14–15.

Ghantus, Wolfgang: Schmuggler der Wahrheit. Arbeiterbergsteiger im illegalen Kampf gegen die Hitlerherrschaft. BK, 1960, H. 2, S. 5–7; H. 3, S. 13–14; H. 4, S. 11–14.

Gute, Erna: Die Rache der Kommunisten. SZ, 15. August 1959.

Gute, Erna: Größte Hilfe durch sowjetische Freunde. Berichte aus den Tagen der Befreiung. Von selbstständigen Freunden und Aktivisten der ersten Stunde. SZ, Ausgabe Dresden-Süd, 6. Mai 1960.

Järschel, Reinhold: Die letzten Tage des Krieges 1945. Dsp, 1960, H. 5, S. 4–10.

10 Jahre DDR. Erfolge beim sozialen Aufbau im Kreis Großenhain. Hrsg. vom Rat des Kreises Großenhain. o. O. 1959, 121 S.

10 Jahre Oder-Neiße-Friedensgrenze. GKU, 1960, H. 7, S. 3.

50 Jahre Internationale Frauenbewegung. Von Görlitzer Frauen erlebt und berichtet. o. O. (1960), 24 S.

Jannack, Karl: Wir mit der roten Neiße. Domowina Verlag, Bautzen 1959, 24 S.

Junge, Fritz: Tage der Befreiung. Riesa. RH, 1960, H. 5, S. 17–19.

Junge, Fritz: Auswirkungen der verschiedensten Formen der Grundrente auf die Bauernschaft unserer Heimat am Beispiel des Dorfes Leutewitz. gestellt. RH, 1960, H. 6, S. 12–16; H. 7, S. 14–16.

Krolukowski, Werner: Aus dem Referat der 5. Bezirksdelegiertenkonferenz der SED. SZ, 9. Juni 1960.

likowski, Werner: Im Dorf fällt jetzt erst richtig die Entscheidung. Aus dem Referat des 1. Sekretärs der Bezirksleitung Dresden der SED auf der Tagung des Bezirksparteiaktivs. SZ, 10. Juli 1960.

ge, Georg: Der Zuckerwasserklub. Arbeitererinnerungen an Hermann Buncker. T, 9. Juli 1960.

ge, Georg: Als Lenin in Dresden weilte, besuchte er die Gemäldegalerie. DV, 1960, H. 4, S. 3.

ini, Erich: Der 86jährige Arbeiterveteran August Domschke – ein Pionier der Landarbeitergewerkschaft. BK, 1960, I, 5, S. 10–12.

tern, Hermann: Ein Leben für den Sozialismus. Genosse Otto Buchwitz 40 Jahre alt. ND, 26. April 1959.

bach, Paul: Anfang Mai 1945. Schicksalhafte Tage für Neugersdorf. KKL, 1960, H. 5, S. 3–4.

ller, Karl: Im faschistischen Zuchtaus. SZ, 27. April 1959.

erhofer, Lutz: Schwer war der Anfang. Erinnerungen zum 15. Jahrestag der Befreiung an Hand einer Dokumentensammlung. BK, 1960, H. 6, S. 4–5; H. 7, S. 14–15; H. 8, S. 2–3.

o, Wilfriede: Zur Bedeutung des Befehls Nr. 124 der SMAD vom 30. Oktober 1945 für das friedliche Aufbauprogramm des deutschen Volkes, dargestellt am Beispiel der Stadt Dresden. BzZ, 1960, H. 2, S. 112–119.

er, Willi: Der Tag wird kommen. SZ, 1. Mai 1960.

rsche, Anton: Maßnahmen der ersten Stunde. Dsp, 1960, H. 5, S. 7–9.

hter, Johannes: Drei Waltersdorfer Vorkämpfer für den Fortschritt. UHG, 1960, H. 5, S. 9–11.

e Schalmeyenkapelle Freital damals und heute. KF, 1960, H. 7, S. 14–16.

malfuß, Dorothea/Förster, Herbert: Für eine enge Zusammenarbeit mit den Kommissionen der SED bei der Erforschung der revolutionären Kinderbewegung. BzG, 1960, H. 3, S. 596–598.

olt, Alwin/Israel, Adolf: Hainewalder Geschichtsblätter. UHG, 1960, H. 6, S. 3 bis 4.

bt, Herbert: „Luxuriöse Schulen züchten Sozialdemokraten.“ Mit dieser Begründung lehnten die Rittergutsbesitzer einen Schulneubau in Göda ab. BK, 1959, H. 11, S. 1–4.

Seifert/Hirsch: Erinnerungen an die Maitage 1945. Dsp, 1960, H. 5, S. 4–5.

Ullrich, Arthur: So kam die Einheit. SZ, 22. April 1959.

Walther, Willy: Der schwärzeste Tag der Arbeiter von Riesa. RH, 1960, H. 5, S. 15–16.

Wir schaffen auch diesen Weg. Am 27. Juni wäre Hans Rothbarth 56 Jahre alt geworden. SZ, 24. Juni 1960.

Weineck, Hans: Es geschah vor 16 Jahren. Aufrechte Kommunisten der Gruppe „Kurt Schlosser“ ermordet. SZ, 13. August 1960.

Werner, Alfred: Rudolf Renner – Kampfgefährte Ernst Thälmanns. Zu seinem 20. Todestag am 30. Juli 1960. SZ, 30. Juli 1960.

Werner, Johannes: BKW Berzdorf gestern, heute und morgen. Der Kumpel an der Friedensgrenze, Organ der BPO der SED BKW Berzdorf a. E., 1959, Nr. 8.

Ziesche, Johannes: Wir wollten es nie vergessen! Wie uns Sowjetsoldaten 1945 aus dem faschistischen Chaos halfen. BK, 1960, H. 5, S. 5–7.

Bezirk Erfurt

Mit eigenen Augen... Parteiveteranen erlebten die Sowjetunion. Hrsg. von der SED-Bezirksleitung Erfurt, o. O. (1960), 24 S.

Axen, Hermann: Vor fünfzig Jahren – Bildung der Antifaschistischen Jugendausschüsse. Die ersten Schritte. ND, 30. Juli 1960.

Bausch, Heinz: Zum Todestag Ernst Thälmanns – Er gab uns Mut und Kraft. SZ, 19. August 1960.

Collin, Emile: Vor 15 Jahren wurde Buchenwald befreit. KW, 1960, H. 4, S. 1–4.

Historische Erinnerungen (1945). V, 6. Juli 1960.

Gebhardt, Willy: Am Anfang stand die Tat. Wie wir begannen, das neue Leben aufzubauen. V, 7. Mai 1960.

Gutsche, Willibald: Die Streikämpfe der Erfurter Arbeiter von 1900–1914. ER, 1960, H. 2, S. 6–9.

Gutsche, Willibald: Zum 15. Todestag Dr. Theodor Neubauers. ER, 1960, H. 2, S. 25–27.

Gutsche, Willibald: Die Märzkämpfe in Erfurt. Vom 26. Februar bis 8. März 1919 währte der Generalstreik in der größten Stadt Thüringens. TNN, 7. März 1959.

Gutsche, Willibald: Keine Waffen für die Intervention! Solidaritätsaktionen der Erfurter Werktätigen vor vierzig Jahren. TNN, 18. August 1960.

15 Jahre „Das Volk“. Zum Geburtstag unserer Zeitung. V. 4. Juli 1960.

Köhler, Erich: Das Jahr 1959 im Spiegel der Ortschronik. KAR, 1960, H. 2, S. 1–8.

Kuhn, Paul: Die Kapitulation der Stadt Gotha. FG, 1960, H. 5, S. 97–102.

Kuhn, Paul: Die Wiedergründung der KPD in Gotha im Frühjahr 1945. FG, 1960, H. 8, S. 203–208.

Neues Leben in einer alten Stadt. Die ersten Nachkriegswochen in Gotha. FG, 1960, H. 7, S. 169–172.

Pruß, Werner: Ereignisse der Novemberrevolution 1918 in Sömmerda. B, 1960, H. 1, S. 7–9.

Die Straße des Sozialismus hinauf! Die wichtigsten Kennziffern des Siebenjahresplans im Bezirk Erfurt! o. O. u. J., 48 S.

Strobl, Walter: Das bessere Deutschland lebte, kämpfte, siegte. V, 4. Mai 1960.

Des Volkes Kraft – große Werte schafft. Hrsg. von der Gemeinsamen Kommission des Kreises Apolda zur Vorbereitung des 10. Jahrestages der DDR, o. O. (1959), 16 S.

Zeittafel der Geschichte Gothas (1945 bis 1959). FG, 1960, H. 1, S. 5–20; H. 2, S. 39 bis 47.

Bezirk Frankfurt (Oder)

Eine bemerkenswerte deutsch-polnische Ausstellung. NT, 29. Mai 1960.

Cerny, Jochen: Schmelztiegel der deutschen Geschichte. Die nationale Bedeutung des Eisenhüttenkombinates J. W. Stalin. NT, 13. August 1960.

Dahlisch, Horst: Der Ofen in unserer Hand. ND, 13. August 1960.

Franta, Hermann: 10 Jahre Stalinstadt. Stolz auf unser Kombinat. ND, 11. August 1960.

Götzel, Eduard: Aus dem Referat zum Bericht der Bezirksleitung an die 5. Bezirksdelegiertenkonferenz der SED. NT, 17. Juni 1960.

Grotewohl, Otto: Roheisen für Frieden und Sozialismus. Rede auf dem Staatsakt zum 10jährigen Bestehen des Eisenhüttenkombinats „J. W. Stalin“ und Stadt Stalinstadt am 13. August 1960. ND, 14. August 1960.

Grunwald, Franz: Nie wieder faschistische Nacht über Deutschland. Parteiveteran berichtet vom Kampf der Frankfurter Genossen. NT, 8. April 1959.

Häslzer: Zehn Jahre EKS – Brücke Freundschaft zum polnischen Volk. In dem Werk wuchs und festigte sich proletarische Internationalismus. J. 10. August 1960.

Handro, Eberhard: Aus der 700jährigen Geschichte der Stadt Müllrose. Kampf gegen die Fürstenabfindung. KSt, 1960, H. 4, S. 8.

10 Jahre Stalinstadt. Neue Menschen schufen das größte metallurgische Zentrum der DDR. ND, 30. Juli 1960.

Krause, Karl-Heinz: Aus dem Funken schlug die Flamme. Werner Garkisch erinnert sich daran, wie er den ersten Hochofen anblasen half. NT, 13. August 1960.

Meinhardt, Frido: Stolze rote Hochöfen. ND, 13. August 1960.

Mönch, Harry: 15 Jahre Freier Deutscher Gewerkschaftsbund. NT, 15. Juni 1960.

Mrosan, Werner: Zur 70. Wiederkehr der Aufhebung des Sozialistengesetzes. 21. Januar. Der „rote Prinz“ und das Sozialistengesetz. KSt, 1960, H. 1, S. 6.

Mrosan, Werner: Vor 15 Jahren befreite uns die Sowjetarmee. Auch die Fürstenberger Arbeiter zogen die Lehren. KSt, 1960, H. 4, S. 6–7.

Mrosan, Werner: Zum 15. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus. KSt, 1960, H. 5, S. 4–6.

Mrosan, Werner: Kleine Chronik des Eisenhüttenkombinats. KSt, 1960, H. 5, S. 8–10.

Noske, Erich: Das Unmögliche ist möglich. NT, 13. August 1960.

Richter, Max: Junge Stadt des Sozialismus. ND, 13. August 1960.

Schreiber, Erich: 8. Mai 1945 – Tag der nationalen Wiedergeburt. NT, 8. Mai 1960.

Unger, Max: Vieles ist ein Stück von uns. ND, 13. August 1960.

Wertke, Werner: Der den Funken schenkte. ND, 13. August 1960.

Bezirk Gera

erlein, Helmut: Vor 40 Jahren. Die Erschlagung des Kapp-Putsches durch die einzig handelnde Arbeiterklasse. OS, 1960, H. 3, S. 54–55.

s dem Bericht der Bezirksleitung Gera der SED an die 5. Bezirksdelegiertenkonferenz. Vw, 17. Juni 1960.

me, Curt: Unser Weg zur Einheit der Arbeiterklasse. Vw, 11. August 1960.

valdt, Lothar: Jenaer Arbeiter halfen der jungen Sowjetunion 1921. In: Altes und Neues aus Jena. Ein Heimatalmach aus dem mittleren Saaletal, o. O. 1960), S. 28–32.

he, Paul G.: Der Unterschied. Vor 65 Jahren kamen die sowjetischen Gruppen nach Thüringen. Vw, 1. Juli 1960.

ber, Fred: Notwendige Bemerkungen zu einem aktuellen Thema. SaH, 1960, H. 6, S. 90–94.

ber, Fred: Die Beteiligung der Arbeiter der ehemaligen Adolf Knoch AG am Streik 1924/25. SaH, 1960, H. 7, S. 118 bis 119.

ck, Werner: 10 Jahre Aufbauarbeit in der Gemeinde Könitz. SaH, 1960, H. 6, S. 94–95.

eeb, Walter: Die Geschichte eines Betriebes. SaH, 1960, H. 3, S. 37–41.

osse Hermann Duncker lehrte uns: Fendet das Gelernte richtig an! Vw, 5. Juni 1960.

Gummiwerkerstreik am 8. Februar 1960. KZe, 1960, H. 2, S. 10–11.

n 40. Jahrestag der Herausgabe der „Neuen Zeitung“ Jena. Vw, 31. Juli 1959.

Jahre DDR. 10 Jahre Aufbau im VEB Thüringer Kunstfaserwerk „Wilhelm Pieck“ – Schwarza. Hrsg. von der BPO des Kunstfaserwerkes „Wilhelm Pieck“ Schwarza, o. O. (1959), 32 S.

ersten, Heinz: Die Entwicklung der Rudolstädter Gewerkschaftsbibliothek von ihren Anfängen bis 1933. Ru, 1960, H. 3, S. 52–55.

ge, Horst: Der Sieg der Kahlaer Arbeiter im Kapp-Putsch. KHJ, 1960, H. 3, S. 105–106; H. 4, S. 157–158; H. 5, S. 208 bis 210.

mann, Kurt: 40 Jahre Kommunistische Partei Deutschlands. Aus der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung. SaH, 1960, H. 1, S. 2–6.

Liebmann, Kurt: Zum Tag der Befreiung. SaH, 1960, H. 5, S. 70–72.

Liebmann, Kurt: Die Gründung der FDJ im Kreis Saalfeld. SaH, 1960, H. 5, S. 75 bis 77.

Die erste Maifeier in Eisenberg. ZSE, 1960, H. 5, S. 80–81.

Schmiedel, Alfred: Als Karl Liebknecht 1916 zu jungen Arbeitern sprach. Erinnerungen an eine Arbeiterjugendkonferenz mit dem unvergessenen Arbeiterführer. T, 26. März 1959.

Schneider, Erich: Zur Geschichte der Gewerkschaften und anderer Arbeiterorganisationen im Rudolstädter Gebiet. Ru, 1960, H. 5/6, S. 110–125; H. 7, S. 164 bis 171; H. 8, S. 194–202.

Schumann, Wolfgang: Zur Beteiligung des Zeiss-Konzerns an der Vorbereitung und Durchführung des zweiten Weltkrieges. In: Der deutsche Imperialismus und der zweite Weltkrieg. Schriftenreihe, hrsg. von der Kommission der Historiker der DDR und der UdSSR, Deutsche Sektion, Nr. 1, Verlag Rütten & Loening, Berlin 1960, S. 42–67.

Stephan, Robert: Erinnerungen an die Zeit vor 15 Jahren. SaH, 1960, H. 5, S. 73 bis 75.

Toepel, Lothar: Greiz in der Periode der antifaschistisch-demokratischen Ordnung von 1945–1949. HKG, 1960, H. 3, S. 62; H. 4, S. 78–79; H. 5, S. 110–111; H. 6, S. 127–129; H. 7/8, S. 179–181.

Wachter, Günter: Das rote Lachen (1927). OS, 1960, H. 3, S. 55–57.

Wloch, Karl: Der größte Fehler ist, nichts zu tun! Einige Erinnerungen an Ernst Thälmann. Vw, 13. Juni 1960.

Bezirk Groß-Berlin

Baudis, Dieter: Die Stellung des Vollzugsrates und der rechten Gewerkschaftsführung zu den Arbeiterräten und der Streikbewegung in den Berliner Betrieben im November 1918. In: Beiträge zur Geschichte der Novemberrevolution, Akademie-Verlag, Berlin 1960, S. 27–41.

Bischoff, Charlotte: Die antifaschistische Widerstandsgruppe „Innere Front“ – ein Beispiel des Kampfes der deutschen Arbeiterklasse gegen Militarismus und Faschismus. In: Der deutsche Imperialismus und der zweite Weltkrieg. Nr. 3, Verlag Rütten & Loening, Berlin 1960, S. 109–120.

- Brugsch, Theodor:** 150 Jahre Berliner Universität. Erinnerungen an die Wiedereröffnung der Universität am 29. Januar 1946. BH, 1960, H. 3, S. 98–100.
- Ehrentafel für Rote Matrosen.** BH, 1960, H. 2, S. 60.
- Die Faust des Proletariats ist stärker.** Ausstellung im Märkischen Museum zum 40. Jahrestag der Niederschlagung des Kapp-Putsches. BH, 1960, H. 2, S. 90 bis 91.
- Gemkow, Heinrich:** „Wir protestieren gegen die Annexion...“ Berliner Sozialisten und Demokraten im Kampf gegen den expansionswütigen preußischen Militarismus. BH, 1960, H. 3, S. 101–105.
- Aus der Geschichte der Köpenicker Arbeiterbewegung.** Erinnerungen Köpenicker Arbeiterveteranen. In: Köpenicker Heimatblatt, 1960, Nr. 4 ff.
- Grünberg, Karl:** Der Kampfwille war nicht gebrochen. Erinnerung an Noskes Märzprovokation vor vierzig Jahren. ND, 14. März 1959.
- Hahn, Sepp:** Im Mai vor 15 Jahren. Die Gruppe Ulbricht – Aktivisten der ersten Stunde. ND, 22. Mai 1960.
- Heimes, Bert:** Übrig blieb nur ein wertloses Papier. Zehn Jahre Verfassungsbruch durch den Westberliner Senat. BZ, 24. August 1960.
- Jahnke, Karl-Heinz:** Aus dem antifaschistischen Widerstandskampf der deutschen Studenten. In: Niemals vergessen! Aus dem antifaschistischen Widerstandskampf der Studenten Europas, Verlag Neues Leben, Berlin 1959, S. 182–220.
- Jung, Cläre M.:** Daß ein schönes Deutschland blühe. Zum 15. Jahrestag der Befreiung am 8. Mai 1960. BH, 1960, H. 2, S. 49–51.
- Jung, Cläre M.:** Erich Weinert – der deutsche Arbeiterdichter. BH, 1960, H. 3, S. 105–109.
- Karau, Gisela:** Die uns das Leben wiedergaben. Gedanken zweier Berliner Frauen zum 8. Mai. BZA, 7. Mai 1960.
- Kirsch:** 20 Polizisten gegen 8 Arbeiter. Erzählt aus der Weimarer Republik. MV, 1. Juli 1960.
- Klaue, Karl-Heinz:** Das große Beginnen. Ein Tatsachenbericht von einem Aktivisten der ersten Stunde. Die Stimme, 1960, Nr. 9, S. 16–17.
- Köstler, Karl:** Berliner Wahlrechtsbewegung und Antikriegsaktionen 1912. BZ, 1960, H. 2, S. 64–72.
- Kortmann, Emil:** Teddy ist hier. Begnungen mit Ernst Thälmann. BZ, 18. August 1960.
- Adam Kuckhoff** – einer der vielen. BN, 5. August 1960.
- Kühn, Traudel:** Über die Teilnahme revolutionären Arbeiterbewegung den Klassenkämpfen des Proletariats in Deutschland 1928–1933 unter besonderer Berücksichtigung der Agitproptruppe „Rotes Sprachrohr“, Berlin. BZ, 1960, H. 3, S. 508–531.
- Lazar, Auguste:** Es fällt dir schwer? Nicht so plage dich nur. Erinnerungen an Hermann Duncker. ND, 24. Juni 1960.
- Lupescu, Valentin:** So war es. Reiztreffen des RFB. BZ, 22. Mai 1960.
- Nitzsche, Gerhard:** Sie kämpften im Geiste Ernst Thälmanns. Zum 15. Todestag von Robert Uhrig und anderen Genossen seiner Gruppe. ND, 21. August 1959.
- Orlopp, Josef:** Berlin wird vor dem Hungertod gerettet. In: Tag der Befreiung, VEB Deutscher Verlag der Wissenschaften, Berlin 1960, S. 46–51.
- Pilkehn, Klaus:** Mit der Siegesfahne nach der Reichstag! Gespräche mit dem Helden der Sowjetunion Militon Karijarija. Wo, 11. Juni 1960.
- Piper, M.:** Arbeitererinnerungen an Hermann Duncker. Der „Wanderlehrer“, 19. Juli 1960.
- Rebetzky, Ursula:** Der junge Achtjährige. ND, 8. Mai 1960.
- In Rixdorf ist Musike.** 600 Jahre Neukölln. Eine Ausstellung im Arbeiterheim. BZA, 28. Juni 1960.
- Schmidt, Heinz/Loesdau, Alfred:** Januarkämpfe 1919 in Berlin. Schriftreihe zur Geschichte der Berliner Arbeiterbewegung, hrsg. von der Kommission zur Erforschung der Geschichte der Berliner Arbeiterbewegung bei der Bezirksleitung der SED Groß-Berlin. o. O. 1960, 46 S.
- Schmidt, Johannes Lorenz:** Tausend hörten ihn in der „MASCH“. Erinnerung an Hermann Duncker. ND, 28. Juni 1960.
- Schwenk, Paul:** Die Gründung der Kommunistischen Partei Deutschlands. BZ, 1960, H. 2, S. 64–72.

ner Genossen berichten von der Ent-
ziehung der KPD. Schriftenreihe zur
Geschichte der Berliner Arbeiterbewe-
gung bei der Bezirksleitung der SED
Groß-Berlin, o. O. 1960, 63 S.

Umbraks, Hans: Der Student von Ber-
lin. Karl Marx' Universitätsstudium
von 1836–1841. BZ, 3. Juli 1960.

Wittan, Kurt: Zum Teufel mit „Sahne“!
Arbeitererinnerungen an Hermann
Lücker. T, 9. Juli 1960.

Wolke, A. J.: Letzte Begegnung mit
Teddy“. Eine Erinnerung an die Demon-
stration am 25. Januar 1933. ND,
3. August 1960.

Wolke, A. J.: War es damals. In Karlshorst brennt
noch Licht. BZ, 15. Mai 1960.

Wolke, A. J.: Der Spuk vorbei war. Auch Otto
Lücker half beim Aufbau einer Po-
izei des Volkes. BZ, 11. Mai 1960.

Wolke, A. J.: Schwert „Rote Kapelle“. Dem Anden-
ken der Widerstandskämpfer der
Gruppe Schulze-Boysen-Harnack. BNN,
3. August 1960.

Wolke, A. J.: Reifevolle Stunden des Neube-
ginnns. Heute vor 15 Jahren. Die erste
Versammlung antifaschistischer Funk-
tionäre in Berlin. ND, 12. Juni 1960.

Wolke, A. J.: Wilhelm erzog ihn. BZ, 21. August 1960.

Wolke, A. J.: Arthur: In der Luft hing noch
der Brandgeruch. BZ, 7. Mai 1960.

Wolke, A. J.: Kurt/Biernat, Karl-Heinz: Die
Höfenicker Blutwoche 1933. Hrsg. vom
Institut für Marxismus-Leninismus
des ZK der SED, Dietz Verlag, Berlin
1960, 103 S.

Wolke, A. J.: Wernke: Mit Pappfenstern fing
es damals an. BZ, 8. Mai 1960.

Wolke, A. J.: Wernke, Franz: So haben wir begon-
nen – 1945. BZ, 10. Mai 1960.

Wolke, A. J.: Vera: Studenten im Widerstand.
Revolutionäre studentische Traditionen
an der Berliner Universität. BH, 1960,
I, 2, S. 53–60.

Wolke, A. J.: Vera: Ein großes Leben – ohne
Kulusschüsse. Zum Gedenken an Erwin
Lücker. BZ, 12. Mai 1960.

Wolke, A. J.: Vera: ...in der Stargarder
Straße 13. BZ, 26. Mai 1960.

Wolke, A. J.: Vera: Namen, die unvergessen
sind. BZ, 20. Juli 1960.

Wolke, A. J.: Vera: Sein Mörder bezieht Pen-
sion. Zum Gedenken an Adam Kuck-
hoff, der heute vor 17 Jahren in Berlin-
Lötzensee ermordet wurde. BZ, 5. Au-
gust 1960.

Bezirk Halle

Aktionseinheit führt zum Erfolg. Ge-
spräch der Stadtdirektion mit Mitglie-
dern unserer Partei, die vor 1946 der
SPD angehörten. Fr, Ausgabe Halle,
20. Juli 1960.

Die Arbeiter schlugen Kapp und Lütt-
witz. Fr, Ausgabe Quedlinburg, 21. März
1960.

Die geeinte Arbeiterklasse – die Kraft,
die die Militaristen bündigt. Erlebnis-
und Tatsachenberichte aus den ruhm-
vollen Tagen der revolutionären Arbei-
terbewegung bei der Niederschlagung
des Kapp-Putsches im März 1920. Hrsg.
von der Stadtkommission zur Erför-
schung der Geschichte der halleschen
Arbeiterbewegung, o. O. (1960), 55 S.

Arndt/May: Die uns einen Kartoffelacker
bescheren wollten. Fr, Ausgabe Aschers-
leben, 6. Mai 1960.

Bis zum letzten Atemzuge. Lebensbericht
des Genossen Rödel. Fr, Ausgabe Wit-
tenberg, 5. März 1960.

Barthel, Paul: Die Partei lebte auch in
der Zeit der faschistischen Barbarei.
Fr, Ausgabe Artern, 27. April 1960.

Bauer: Die Fahne Nadjas. Fr, Ausgabe
Wittenberg, 27. April 1960.

Baumann: Seine Nummer war 1544. Fr,
Ausgabe Bernburg, 4. Mai 1960.

Behr, Hugo: Er nahm das Gewehr und
kämpfte mit. Fr, Ausgabe Coswig,
23. Februar 1960.

Benkwitz, Max: Erinnerungen an W. I.
Lenin. Fr, Ausgabe Zeitz, 22. April 1960.

Aus dem Bericht an die 5. Bezirksdele-
giertenkonferenz der SED Halle. Fr,
17. Juni 1960.

Breternitz, D.: Und fünfzehn Jahre spä-
ter... Fr, Ausgabe Wittenberg, 20. Fe-
bruar 1960.

Brief an die Mitglieder und Funktionäre
der SPD der Stadt Essen. Fr, Ausgabe
Halle, 20. Juli 1960.

Offener Brief von vier ehemaligen SPD-
Mitgliedern aus Merseburg an den
SPD-Ortsverein Karlsruhe. Fr, 27. Juli
1960.

Büchner, Robert: Die Kumpel schreiben
ihre Geschichte, ND, 4. August 1959.

Büchner, Robert: Die bewegende Kraft in
der Geschichte einer 1000jährigen
Stadt. ND, 26. Juni 1960.

- Damm, Otto:** Aktivisten der ersten Stunde. Fr, Ausgabe Gräfenhainichen, 7. Mai 1960.
- Dittmar, Walter:** Wir haben vor 15 Jahren die antifaschistische Polizei aufgebaut. Fr, Ausgabe Eisleben, 6. Mai 1960.
- Einer, der ihnen trotzte.** Fr, 9. Mai 1960.
- Ellrich, Kurt:** Die Übergabe! T, 1. Juli 1960.
- Elternbeiratswahlen** damals. Fr, Ausgabe Saalkreis, 15. Februar 1960.
- Fleischer, Otto:** Die roten Sportler in Bitterfeld. Arbeiter finanzierten ihr Fest trotz aller Verbote selbst. Fr, 27. April 1959.
- Fleischer, Otto:** Vor 40 Jahren siegte die größte Aktionseinheit in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Fr, Ausgabe Sangerhausen, 23. Februar 1960.
- Fröhlike:** Aktivisten der ersten Stunde organisierten die Produktion. Fr, Ausgabe Bernburg, 7. Mai 1960.
- Gebenroth, Otto:** Im Kampf geboren – im Kampf gewachsen – im Kampf gesiegt. Der Weg der Partei wurde Lebensweg vieler alter Genossen. Fr, 6. Januar 1959.
- Gelhaar, Harry:** So wurde der Kapp-Putsch geschlagen. Fr, 12. März 1960.
- Genosse Wiebach** erzählt. Erinnerungen an den Tag der Befreiung. Fr, Ausgabe Saalkreis, 7. Mai 1960.
- Gese, Minna:** Sie war wie eine Mutter zu uns. Erinnerungen an Clara Zetkin. Fr, Ausgabe Sangerhausen, 8. März 1960.
- Gotsche, Otto:** Karl Meseberg – Sein Herz schlug für die Revolution. Fr, 13. März 1959.
- Gotsche, Otto:** Die Kommunisten packten als erste an! Fr, Ausgabe Eisleben, 7. Mai 1960.
- Gotsche, Otto:** Es begann am 3. Juli 1945. Die Befreiung der Bauern von Schlaitz. ND, 3. Juli 1960.
- Gräber von Artern** mahnen. Fr, Ausgabe Artern, 23. Februar 1960.
- Hässler, Willy:** So wütete die Noske-Soldateska. Fr, Ausgabe Naumburg, 18. März 1960.
- Haugk, Arthur:** Viel Mut und acht Patronen. Zur 39. Wiederkehr der März-kämpfe. Fr, Ausgabe Leuna, 18. März 1960.
- Heinemann, Elsa:** 1931 sah ich Clara Zetkin. Fr, Ausgabe Naumburg, 8. März 1960.
- Henning, Ernst:** Opa Henning erzählte von den Märzkämpfen. Fr, Ausgabe Merseburg, 18. März 1960.
- Hensel, Otto:** Drei rote Fahnen leuchteten zum ersten Mai 1902. Fr, Ausgabe Aschersleben, 30. April 1960.
- Heyl, Erna:** Wenn eine Mutter ins Gefängnis muß... Fr, 8. April 1959.
- Hohn, Willy:** Und es wehte wieder eine rote Fahne. Fr, Ausgabe Querfurt, 7. Mai 1960.
- Hubert, Otto, u. a.:** Der Kapp-Putsch forderte auch Dessauer Arbeiterleben. Fr, Ausgabe Dessau, 7. März 1960.
- Huhn, Lilo:** Bereits vor 50 Jahren Frauen versammlung in Teuchern. Fr, Ausgabe Hohenmölsen, 24. Februar 1960.
- Ihlow, Hermann:** In Westdeutschland vor zu Kaisers Zeiten. Ein Angestellter schreibt über Lohnkämpfe aus seinem Leben. Bahn Frei, Organ der Parteileitung der SED im VEB Waggonbau Ammendorf, 1960, Nr. 22.
- Jäger, Ernst:** Die Anfänge der Arbeiterbewegung in Anhalt. In: Dessauer Kalender 1959, S. 44–46.
- 40 Jahre Sieg über Kapp und Lüttich.** Fr, Ausgabe Weißenfels, 9. Februar 1960.
- John, Willy:** Jagten wir das Pack zum Teufel... Fr, Ausgabe Querfurt, 19. März 1960.
- Jugendweihe** 1921 und 1960. Unterhaltung mit Willi Weber. Fr, Ausgabe Querfurt, 25. April 1960.
- Klinz, Werner:** ...mit Luxemburg und Liebknecht... HM, 1960, H. 1, S. 4–11.
- Klinz, Werner:** Ein Straßennamen erinnert an einen antifaschistischen Kämpfer. Max Neuke. HM, 1960, H. 2, S. 67–71.
- Klinz, Werner:** 50 Jahre Internationaler Frauentag (Halle). HM, 1960, H. 3, S. 113–118.
- Klinz, Werner:** Willi Kunz wurde dem Vaterländischen Verdienstorden mit Silber ausgezeichnet. HM, 1960, H. 3, S. 136–137.
- Klinz, Werner:** Vor 14 Jahren... 23. September 1959.
- Klinz, Werner:** August Bebel kommt zum Landrat Saalkreis. Fr, Ausgabe Saalkreis, 20. Februar 1960.
- Klinz, Werner:** 15 Jahre frei. Fr, Ausgabe Saalkreis, 7. Mai 1960.

- ss, Alfred: Ein Nachtrag zur Geschichte der Novemberrevolution in Naumburg. KN, 1959, H. 11, S. 4–5.
- ss, Alfred: Das Jahr 1945 in Naumburg. Ein Beitrag zur Geschichte der sozialen Arbeiterbewegung. KN, 1959, H. 12, S. 27–29; 1960, H. 4, S. 24–27.
- ss, Alfred: Die Kristallnacht in Naumburg. KN, 1960, H. 3, S. 7.
- ss, Alfred: Naumburg und der Kapp-Putsch. KN. 1960, H. 3, S. 11–17.
- ss, Alfred: Zum 15. Jahrestag der Befreiung. KN, 1960, H. 5, S. 7.
- ss, Alfred: Vom Kapp-Putsch zur Organisation der KPD in Naumburg. N, 1960, H. 5, S. 12–13 und S. 25.
- ss, Alfred: Die Aktivisten der ersten Stunde. KN, 1960, H. 6, S. 13–16.
- ss, Alfred: Der Kapp-Putsch in Naumburg. Fr, Ausgabe Naumburg, 19. März 1960.
- mission der örtlichen Arbeiterbewegung: So förderten die sowjetischen Genossen in Dessau die Aktivisten der ersten Stunde. Fr, Ausgabe Dessau, Mai 1960.
- nz, Otto: Vor 40 Jahren – Hohenörsener Arbeiter gegen Kapp und Lüttwitz. Fr, Ausgabe Hohenmölsen, März 1960.
- tzschmar, Anneliese: 40 Jahre nach Erschlagung des Kapp-Putsches. Fr, Ausgabe Saalkreis, 6. Februar 1960.
- Leben voller Kampf. Fr, 28. Juni 1960.
- stand nicht im *Lexikon*. Tausend-Jahrfeier der Verleihung der Markt-, Münz- und Zoll-Gerechtsame in Eisen mit dem Staatsakt zum „Tag des Bergmanns“. MNN, 25. Juni 1960.
- ner, Kurt: Das Volk führte die Feder. Rückblick auf die tausendjährige Geschichte der Bergarbeiterstadt Eisen. Fr, 25. Juni 1960.
- te, Walter: Er hatte den Löffel verossen. Hilfe der SU beim Wiederaufbau. Fr, Ausgabe Halle, 7. Mai 1960.
- , Emilie: Aktivisten der ersten Stunde. Fr, Ausgabe Aschersleben, Mai 1960.
- /Arndt/Mayer: Der wahre Befreier mmt. Fr, Ausgabe Aschersleben, Mai 1960.
- necke, Karl: Aktivisten der ersten Stunde. Fr, Ausgabe Roßlau, 7. Mai 1960.
- Müller, Franz: Radio Moskau war unser Kraftquell. Fr, Ausgabe Gräfenhainichen, 23. Februar 1960.
- Oertel, R.: Zweimal Lenin begegnet. Fr, Ausgabe Quedlinburg, 22. April 1960.
- Pätz, Elisabeth: Der Glaube an die Partei ließ unsere Kräfte wachsen. Aktivisten der ersten Stunde berichten. Fr, Ausgabe Sangerhausen, 6. Mai 1960.
- Der *Panzerzug* kam nicht durch. Fr, Ausgabe Eisleben, 19. März; 25. März 1960.
- Pirlich; Gutsknecht – Neubauer – LPG-Brigadier. Fr, Ausgabe Quedlinburg, 26. April 1960.
- Pluntke, M.: Wir blieben Sieger. Zum Märztreffen in Leuna-Kröllwitz. Fr, Ausgabe Leuna, 18. März 1960.
- Rehfeld, Hans/John, Martin: Wiedersehen nach 15 Jahren. Diesmal ohne Herrn Baron. Walter Ulbricht bei den Genossenschaftsbauern in Schlaitz. ND, 6. Juli 1960.
- Reichardt, G.: Der Eislebener Blutsonntag und seine Lehren. Fr, Ausgabe Eisleben, 12. Februar 1960.
- Salzmann, Rudi: Mahnende Maientage. Fr, Ausgabe Bitterfeld, 30. April 1960.
- Schirner, Lisa: Das Versprechen der Mansfeldkumpel. Der Tag des Bergmanns im Mansfeldischen im Zeichen einer großen Freundschaft. T, 2. Juli 1960.
- Schlegel: F. W.: „Du bist doch nicht etwa ein Roter?“ Erinnerungen einer Mansfelder Bergarbeiterfamilie. Fr, 21. Juni 1960.
- Schlüter, Erich: So jagten wir die Baltikumer zum Teufel. Erinnerungen an den Kampf gegen Kapp und Lüttwitz im März 1920. Fr, Ausgabe Coswig, 14. März 1960.
- Scholz, Gottfried: Aus den Erinnerungen eines Riesaer „Hölz-Gardisten“. RH, 1960, H. 7, S. 18–21; H. 8, S. 22–24.
- Sommer, Paul: Als man Aschersleben zur befestigten Stadt erklärte. Fr, Ausgabe Aschersleben, 29. April 1960.
- Sowjetmenschen halfen uns beim Wiederaufbau. Zum Tag der Befreiung. Fr, Ausgabe Zeitz, 27. April 1960.
- Stockmann, Gisela: ...und sie feierten trotzdem! Erlebt an einem 1. Mai von der Genossin Erna Heyl. Fr, 29. April 1959.

Die ersten Tage. Erinnerungen vor dem 15. Jahrestag. Fr, Ausgabe Dessau, 30. April 1960.

Thieme, Herbert: Es bestand vom ersten Tage an ein Freundschaftsverhältnis, wie es nicht besser sein konnte. Fr, Ausgabe Eisleben, 7. Mai 1960.

Ubricht, Walter: Ein treuer Sohn der Arbeiterklasse. Aus der Rede beim Festakt zum 70. Geburtstag des Genossen Bernhard Koenen. VS (M), 19. Februar 1959.

Vaatz, Alexander: Wir kämpften gegen Koltschak. Fr, Ausgabe Dessau, 23. Februar 1960.

Voigt, Fritz: Neben mir fiel Genosse Karl Albrecht. Fr, Ausgabe Naumburg, 18. März 1960.

Voigtländer, Fred/Brennecke, Bert: Die Fahne. Fr, 30. April 1959.

Wacker, Fritz: Der Kampf der Arbeiter von Teutschenthal gegen die Putschisten Kapp-Lüttwitz. HM, 1960, H. 3, S. 118-121.

Walter, G.: Kappisten brachten ihre „Visitenkarte“ mit. Fr, Ausgabe Saalkreis, 19. März 1960.

Walter, G.: Strategischer Gegenzug der Arbeiter (Kapp-Putsch). Fr, Ausgabe Saalkreis, 21. März 1960.

Wege, Fritz: Wer weiter geht, wird erschossen. Märztage 1920. Fr, Ausgabe Leuna, 12. März 1960.

Wendt, W.: Märztage 1920. Fr, Ausgabe Querfurt, 19. März 1960.

Wiebach, Karl: Der Glaube an die Partei ließ unsere Kräfte wachsen. Aktivisten der ersten Stunde berichten. Fr, Ausgabe Sangerhausen, 30. April 1960.

Wittke, Otto: Mit der linken Hand geschrieben. Fr, 12. März 1960.

Wohl, Rudolf: Jahre des Kampfes in der Nacht des Faschismus. Fr, Ausgabe Roßlau, 30. April 1960.

Wolf, Hans: Naumburger Genossen im Kampf gegen die Kapp-Putschisten. Fr, Ausgabe Naumburg, 18. März 1960.

Bezirk Karl-Marx-Stadt

Abschied von Kurt Bethel. BKMS, 1960, H. 2, S. 1-3.

Bergarbeiter contra Kapp-Putsch. Freiberger Forschungshefte, D 35, Akademie-Verlag, Berlin 1960, 57 S.

Börner, Dieter: Ein Parteiveteran erzählt. BKMS, 1960, H. 7, S. 14-18.

Brendel, Friedmar: Vor 15 Jahren. FF, 1960, H. 4, S. 73-77; H. 5, S. 99-103.

Brendel, Friedmar: Wiederherstellung der Legalität der KPD in Freiberg. FF, 1960, H. 7, S. 145-147.

Brendel, Friedmar: Vor 15 Jahren. Käth Kollwitz - Jugend - Heimstätten. He den elternlosen, verlassenen Kindern den ärmsten Opfern von Kriegsnot und Zusammenbruch! FF, 1960, H. 8, S. 1 bis 173.

Döring, Charlotte: Mai 1945. ASu, 1960, H. 2, S. 20-23.

Espig, Harry: Aus der Geschichte der Arbeiterbewegung des Kreises Anhalt. GA, 1960, H. 4, S. 75-77.

Faksimile des Aufrufes des Plauer Nationalkomitees zum Einmarsch der Sowjetarmee. KRP, 1960, H. 5, S. 65.

Franke, Max: Einigkeit verbürgt den Sieg. Erinnerungen an die Niederschlagung des Kapp-Putsches. KHH, 1960, H. 4, S. 51-52.

Vor 41 Jahren in Chemnitz: Arbeitereinheit schlug Noske-Soldateska. (KMS), 8. August 1960.

Kämpfer, die für uns starben! VS (KMS), 6. Januar 1959.

Krusch, Hans-Joachim: Der Widerstand der mitteldeutschen Märzkämpfe 1919 im Luga-Oelsnitzer Steinkohlenrevier. SH, 1960, H. 4, S. 233-239.

Leipoldt: Der Reichenbacher Arbeiterbildungsverein. KR, 1960, H. 5, S. 89-91.

Leistner, Alfred: Unbekannte Opfer des Faschismus in Limbach 1945. KR, 1960, H. 8, S. 154-155.

Liebing, Walter: Heute vor 16 Jahren wurde Ernst Thälmann ermordet! Festschrift zum Gasthaus in Oschatz. VS (KMS), 18. August 1960.

Müller, Paul: Vor 110 Jahren. Arbeitertheater als politisches Kampfmittel. Brand-Erbisdorf. FF, 1960, H. 6, S. 1 bis 128.

Plauen 1949-1959. Ein Bild- und Lesebuch zum 10. Jahrestag unserer Deutschen Demokratischen Republik. Hrsg. von der Gemeinsamen Kommission „10 Jahre DDR“ in Plauen, o. O. (1959). 88 S.

Rebetzky, Ursula: Frühling in Chemnitz. Streiflichter aus der Arbeit eines antifaschistischen Jugendausschusses. M, 30. Juli 1960.

Gerisch, Hermann: Das Konzentrationslager von Langenfeld. KR, 1960, H. 4, S. 44-47.

- zel, Karl: Unser Freiberg vor 15 Jahren. FF, 1960, H. 8, S. 174–175.
- äwerck, Kurt: Eine Erinnerung. FF, 1960, H. 6, S. 131–132.
- tzschmann, Werner: Ernst Scheffler Lebensbild eines proletarischen Kämpfers. Hrsg. von der SED-Kreisleitung Schwarzenberg, o. O. (1960), 2 S.
- apel, Johannes: ... aber der Sieg wird unser sein! Die Arbeiterklasse im Kampf gegen Krieg und Faschismus. 16. Juli 1960.
- rmann, Martin: Maifeiern 1895–1912. KA, 1960, H. 5, S. 70–71.
- bert, M.: Krieg und Kriegsende in Zwickau 1945. SG, 1960, H. 5, S. 4–6; 6, S. 6–8.
- ger, Emil: Heute vor 40 Jahren wurde die KPD in Chemnitz gegründet. „Öge-Neubert“ war dabei. VS (KMSt), 1. Januar 1959.
- m, Siegfried: Heute vor 15 Jahren. Geburtsstunde der FDGB-Kreisorganisation in Zwickau. FP, Ausgabe Zwickau, 12. Juli 1960.
- ler, Horst: 60 Jahre Arbeiterturnen in Oelsnitz. HS, 1960, H. 2, S. 26–27.
- ler, Horst: Vor 15 Jahren. HS, 1960, H. 5, S. 77–78.
- ler, Horst: Von der Kolonne „Links“, den Geigern und Arbeitersängern. HS, 1960, H. 5, S. 89–91.
- ler, Horst: Als man an den Greifen einen mit roten Regenschirmen sparte. HS, 1960, H. 6, S. 117–118.
- ler, Horst: Albert Funk – ein Leben vor die Kumpel. HS, 1960, H. 8, S. 158–159.
- iner, Frida: Moskaureise zum 1. Kominternkongreß. VS (KMSt), 5. März 1959.
- iller, Max: Ein Leben im Dienst der Arbeiterklasse. Kurt Schneider 60 Jahre. VS (KMSt), 30. April 1959.
- ibe, Frieder: Die Blutnacht im Waldalßbchen. HS, 1960, H. 4, S. 62–64.
- reiber, Richard: Die Greifensteine und die Arbeiterbewegung. HS, 1960, H. 6, S. 115–116.
- bert, Willy: Rote Plakate und helle Begeisterung. VS (KMSt), 6. Januar 1959.
- mann, Kurt: Wir überwandten das Chaos. Eine zeitgemäße Erinnerung zum 15. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus. SH, 1960, H. 3, S. 140–143.
- Seidel, Paul: Von alten „Maifeiern“ in Schneeberg. GA, 1960, H. 5, S. 85–90.
- Seifert, Kurt: Vom schweren Anfang nach dem 8. Mai 1945. FF, 1960, H. 7, S. 146–149.
- Storl, Rosa: Mit Gummiknüppel gegen Hungernde. VS (KMSt), 27. Februar 1959.
- Strauch, Elfriede: Weil keiner handelte! HS, 1960, H. 5, S. 81–85.
- Strauß, Rudolph: Wo Rosa Luxemburg zu den Chemnitzer Arbeitern sprach. VS (KMSt), 19. Februar 1959.
- Strauß, Rudolph: Wie Verräter Noske in Harthau die Arbeiter belog. VS (KMSt), 19. März 1959.
- Strohbach, Horst: Der Kapp-Putsch im Limbacher Industriegebiet. KHKL, 1960, H. 4, S. 39–42.
- Strohbach, Horst: Erbitterter Kampf um das Betriebsrätegesetz vor vierzig Jahren. KHKL, 1960, H. 8, S. 93–94.
- Tilch, Marie: „Kämpfer“ – Wache, Ehrensache. VS (KMSt), 6. Januar 1959.
- Zu ihrem 15. Todestag – Anna Hempel. HS, 1960, H. 4, S. 65–66.
- Ufer, Heinz: Arbeiter spielten für Arbeiter. Sozialistisches Zeittheater vor 29 Jahren. FF, 1960, H. 6, S. 121–124.
- Weihs, Rolf: Aus dem Rechenschaftsbericht der SED-Bezirksleitung an die 5. Bezirksdelegiertenkonferenz. VS (KMSt), 25. Juni 1960.
- Wiezorek, Rosemarie: Der Kampf der Bergarbeiter des Lugau-Oelsnitzer Steinkohlenreviers gegen den deutschen Militarismus 1920. In: Freiburger Forschungshefte, D 35, Akademie-Verlag, Berlin 1960, S. 9–34.
- Wolf, Harald: Zum 14. Jahrestag der Freien Deutschen Jugend. HF, 1960, H. 3, S. 676–679.
- Wolf, Harald: Das geschah im Wald bei Brünlos. HS, 1960, H. 5, S. 78–80.
- Zierold, Alfred: Über der Mulde flatterte die rote Fahne. P, 1960, H. 5, S. 2–3.

Bezirk Leipzig

- Arnhold, Alfred: Gedanken zum 1. Mai 1960. Fo, 28. April 1960.
- Bäßler, Otto: Damals im Mai 1945. LVZ, Ausgabe Leipzig-Stadt, 7. Mai 1960.
- Bäßler, Otto: Wir retteten eine Stadt. LVZ, 7. Mai 1960.

- Biering, Helmut:** Deutsch-sowjetischer Widerstandskampf in Leipzig von 1941 bis 1945. NH, 1959, H. 9, S. 424–427.
- Biering, Helmut:** Schätze Leipziger Museen. LVZ, 2. Juli 1960.
- Biering, Helmut:** Wilhelm Liebknecht in Leipzig. LVZ, 7. August 1960.
- Böttcher, Paul:** Was soll man lernen, und wie soll man lernen? Hermann Duncker zum Gedächtnis. LVZ, 26. Juni 1960.
- Ein Denkmal der Freundschaft.** KL, 1960, H. 5, S. 316–317.
- ... und morgen feiern wie ein Fest! Wie wir den 1. Mai heute feiern – wie wir ihn vor 15 Jahren erlebten.** MNN, 30. April 1960.
- Feurich, Eugen/Bäßler, Otto:** Sie kamen als wahre Befreier. Zum 15. Jahrestag des Einzugs der sowjetischen Truppen in Leipzig. LVZ, 2. Juni 1960.
- Fröhlich, Paul:** Ein großer Lehrer und Kämpfer der Arbeiterklasse. (Zum Tode Hermann Duncers.) LVZ, 26. Juni 1960.
- Gelbke, Dina:** Wann immer Lenin nach Leipzig kam ... KL, 1960, H. 1, S. 19 bis 20.
- Haase, Erich:** Über das Hemmende ging unser Schritt. LVZ, 8. Mai 1960.
- Hafner, Johannes:** Schmöllner Arbeiter bei den Reichstagswahlen 1903. KAI, 1960, H. 1, S. 14.
- Hauthal, Günter:** Der Hauptmann von Gößnitz. KAI, H. 5, S. 124–127.
- Vor 30 Jahren.** Der Torgauer Landarbeiterstreik. LF, 17. Juli 1960.
- Krause, Ilse:** Die Schumann-Engert-Kresse-Gruppe. Dokumente und Materialien des illegalen antifaschistischen Kampfes (Leipzig 1943 bis 1945). Heft 22 der Schriftenreihe Beiträge zur Geschichte und Theorie der Arbeiterbewegung. Hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Dietz Verlag, Berlin 1960, 150 S.
- Kreismuseum Torgau:** Der Kreis Torgau im 19. und 20. Jahrhundert. In: Heimatkalender des Kreises Torgau 1960, S. 50 bis 64.
- Krüger, Günther:** Was geschah heute vor 13 Jahren in Leipzig? Arbeiterklasse fällt Urteil gegen Monopolkapital. LVZ, 3. Juli 1959.
- Krüger, Günther:** Zweierlei Besatzungspolitik in Leipzig (April bis September 1945). BzZ, 1960, H. 2, S. 104–112.
- Kühn, Kurt:** Wie in Leipzig vor 15 Jahren die Gewerkschaftseinheit entstand. LVZ, 11. Juni 1960.
- Lehmann, Paul:** Ich kann es nicht Worte kleiden. LVZ, 7. Mai 1960.
- Lehnhardt, Albine:** Die rote und blaue Fahne. Erinnerungen an den internationalen Frauentag 1932. LF, 17. Juni; 23. Juni 1960.
- Lehrer von drei Generationen.** Zum Tode von Prof. Dr. Dr. h. c. Hermann Duncker. KL, 1960, H. 8, S. 519–521.
- Liebing, Walter:** Lenin in Leipzig. A. einem Winterabend 1909 ... KL, 1960, H. 2, S. 87–88.
- Polowsky, Joseph:** Torgau mahnt uns. Wie damals zusammenstehen. N. 12. Mai 1960.
- Queißler, Irene:** Albine Lehnhardt warb eine Fahne, und diese Fahne rot. LVZ, 7. Mai 1960.
- Rehschuh, Günther:** Die Geburtsstätte der „Iskra“ in Leipzig. Ein Beitrag zum 35. Todestag von W. I. Lenin. V. 1960, H. 1, S. 14.
- Römer, Kurt:** Lenin in Leipzig. I. Hauptquartier in der Elisenstraße. K. 1960, H. 3, S. 167–168.
- Seyfarth, R.:** Aus der Geschichte der Schmöllner Arbeiterbewegung. I. Kraft der Klasse wächst. KAI, 1960, H. 2, S. 35; H. 8, S. 206–207.
- Simon, Fritz:** Der Panzerwagen der Jugend. LVZ, 19. Juni 1960.
- Siemon, Fritz:** Deckname M. Aus meinen Erlebnissen aus der Zeit des Faschismus. Mitteldeutscher Verlag, Halle (Saale) 1960, 221 S.
- Stelzner, Egon:** Der Generalstreik der Arbeiter des Bornaer Reviers gegen den Kapp-Putsch im März 1920. In: Freiburger Forschungshefte, D 35, Akademie-Verlag, Berlin 1960, S. 35–57.
- Vorwerk, Alfred:** Es war bei Torgau der Elbe. LVZ, Ausgabe Leipzig-Stadt, 7. Mai 1960.
- Wakulin, A.:** Erinnerungen an eine Jugend an der Elbe. LR, 7. Mai 1960.
- Werner, Otto:** Vor 15 Jahren in Leipzig. BzZ, 1960, H. 2, S. 134–137.
- Wiegel, Karl:** Lenin in Leipzig. KL, 1960, H. 4, S. 232–233.
- Wiegel, Karl:** Die Geschichte einer vergessenen Heldentat. LVZ, Ausgabe Leipzig-Stadt, 7. Mai 1960.

Bezirk Magdeburg

, Käte: Geflügeltes Wort im RAW. D, 8. Mai 1960.

ische *Apriltage* in Magdeburg. Arbeiter und Soldaten kämpften gegen interrevolutionäre Maercker-Truppen. VS (M), 9. April 1959.

ian, Hans: Im Kampf geboren. Heute 40 Jahre! Gründung der KPD-Kampfgruppe Magdeburg. VS (M), 17. Februar 1959.

les de Beaulieu, Anne-Marie: Die Entwicklung der Frauenorganisation in Halberstadt. ZHB, 1960, H. 1, S. 11–16.

eis, Jakob: Der weitere Aufbau des Sozialismus in der Landwirtschaft des Kreises Halberstadt (1959–1965). ZHB, 1960, H. 1, S. 30–32.

ty, Fritz: Ihr Tod soll uns Verpflichtung sein. Faschistischer Mord an Partisanen des Kreises Osterburg/Seeusen. VS (M), Ausgabe Osterburg, 1. April 1960; VS (M), Ausgabe Seeusen, 25. April 1960.

nstädt, Oskar: Globkes Schuldkonto in Magdeburg. VS (M), 18. August 1960.

und kampftentschlossen. Zum 15. Jahrestag des FDGB. VS (M), Ausgabe Magdeburg, 16. Juni 1960.

, U.: Albert Vater. Zum 100. Geburtstag des Magdeburger Arbeiterfunktionärs. VS (M), 17. März 1959.

re, Herbert: Der Kreis Oschersleben arbeitet vollgenossenschaftlich. ZBL, 1960, H. 5, S. 77–83.

politischen und ökonomischen *Grundlagen* des Kreises Stendal. HSt, 1960, H. 1, S. 3–5; H. 2, S. 25–29; H. 3, S. 57–60; H. 4, S. 92–98; H. 5, S. 132–136, S. 167–168; H. 7, S. 199–201.

ler, Georg: Nazi-Meier befahl: „Er kommt 12 mit dem Ochsenziemer!“ ZHB, 1960, H. 5, S. 148–151.

elschneider, Gustav: Vor 15 Jahren: Desmarch Mieste-Gardelegen. AS, 1960, H. 4, S. 98–100.

tsma, F.: Politische Kundgebungen vor 33 Jahren. ZHB, 1960, H. 5, S. 169–170.

er, R. Paul: Kunst schafft Brot. AS, 7. Mai 1960.

am, Alfred: Im Sturme weht die rote Fahne! ZHB, 1960, H. 5, S. 147–148.

enbach, Franz: Aus der Arbeiterbewegung im Kreis Osterburg von 1872 bis 1933. VS (M), Ausgabe Osterburg, Februar 1960 ff.

Hollenbach, Franz: Zwei Perioden aus der sozialistischen Arbeiterbewegung der Stadt Osterburg (1890–1910; 1933). In: Heimatkundliche Schriftenreihe des Kreisheimatmuseums Osterburg, H. 4, Osterburg 1960, S. 62–92.

Vor 15 Jahren. HSt, 1960, H. 5, S. 127 bis 129.

Kohlmann, Joachim: Aus der Tangermünder Arbeiterbewegung. Ernst Drong – ein Kämpfer gegen den Faschismus. HSt, 1960, H. 2, S. 35–39.

Kohlmann, Joachim: Aus der Tangermünder Arbeiterbewegung. Kurt Schulenburg – ein aufrechter Antifaschist. HSt, 1960, H. 8, S. 235–238.

Lange, Günter: Sie gaben ihr Leben für uns. MKu, 1960, H. 2, S. 3–5.

Lins, Liselotte: 15 Jahre Befreiung. ZHB, 1960, H. 4, S. 109–112.

Litgau, Günter: Das letzte Geschütz. HW, 1960, H. 7, S. 193–196.

Madloch, Norbert: Der Kampf der Arbeiterklasse gegen den Kapp-Putsch im Kreis Halberstadt 1920. ZHB, 1960, H. 4, S. 113–119; H. 5, S. 166–168; H. 6, S. 196–204; H. 7, S. 244–251.

Meissner, Kurt/Bursian, Hans: Das Hohe Lied der Magdeburger Antifaschisten. VS (M), 7. Mai 1960.

Müller, Günter: Aus der Arbeiterbewegung in Magdeburg-Salbke. MKu, 1960, H. 2, S. 17.

Pisnik, Alois: Rechenschaftsbericht der Bezirksleitung der SED auf der 5. Bezirksdelegiertenkonferenz. VS (M), 10. Juni 1960.

Ruhe, Gerhard: Das Entstehen eines linksoppositionellen Agitationszentrums in den Halberstädter Flugzeugwerken unter spartakistischem Einfluß 1915/17. ZHB, 1958, H. 5, S. 175 ff; 1959, H. 1, S. 22 ff.

Schlüter, Ernst: Über Folterungen hatte man nicht geschrieben. ZHB, 1960, H. 5, S. 151–152.

Schöne, Ernst: Und es hat sich doch etwas geändert. Erinnerungen an Erich Weinert. VS (M), 4. August 1960.

Der *Siebenjahrplan* des Bezirks Magdeburg, o. O., o. J., 103 S.

Tille, Werner: Der März in der Chronik. ZHB, 1960, H. 4, S. 129–131.

Tille, Werner: Museum Halberstadt gab ein Beispiel. ZHB, 1960, H. 7, S. 228 bis 232.

- Wald, Manfred: Am Ilsenstein verschwand das Hakenkreuz. HW, 1960, H. 6, S. 161–163.
- Zur 40jährigen *Wiederkehr* des Kapp-Putsches am 13. März. ZBL, 1960, H. 3, S. 41–44.

Bezirk Neubrandenburg

- Böhm, F.: Erinnerungen eines alten Sozialisten. Dorfzeitung der SED-Kreisleitung Waren für den MTS-Bereich Nossentiner Hütte, 1960, Nr. 4 ff.
- Ernst, Rudolf: Die ersten Tage in Rantenhausen. ND, 19. Juni 1960.
- Die *Entwicklung* unserer Landwirtschaft zur sozialistischen Großraumpirtschaft. In: Teterow – gestern – heute – morgen, o. O. (1960), S. 76–82.
- Finker, Kurt: Ein Dokument des proletarischen Internationalismus. BzG, 1960, H. 3, S. 567–570.
- Hinz, Willi: Die Entwicklung des Arbeitersports in der Stadt Teterow. In: Teterow – gestern – heute – morgen, o. O. (1960), S. 36–41.
- Krüger, Hermann: 35 Jahre RFB – Kämpf im Sinne des RFB. FE, 1. August 1959.
- Laasch, Walter: Die Entwicklung nach 1945. In: Teterow – gestern – heute – morgen, o. O. (1960), S. 65–68.
- Maur, Hans: 15 Jahre befreite Bauernschaft. Vom schweren Beginnen nach der Zerschlagung des Faschismus. FE, Ausgabe Ückerkmünde, 7. Mai; 9. Mai; 10. Mai 1960.
- Menzel, Hans-Heinrich: Der Kapp-Putsch in Teterow. In: Teterow gestern – heute – morgen, o. O. (1960), S. 54–64.
- Faschistische *Mordraserei* im KZ Neustadt-Glewe. SVZ, 27. Mai 1959.
- Stegemann, Johannes: Laßt uns gemeinsam kämpfen! Appell an SPD-Genossen. FE, 3. August 1960.

Bezirk Potsdam

- Bittel, Karl: Das Potsdamer Beispiel vor 15 Jahren. Am 2. August 1945 wurde das Potsdamer Abkommen unterzeichnet. ND, 2. August 1960.
- Cieślak, T.: Polacy w obozie koncentracyjnym Sachsenhausen pod Berlinem (Die Polen im KZ Sachsenhausen bei Berlin). ZP, 1959, H. 3, S. 76–86.

- Heymann, Stefan: 15 Jahre Potsdamer Abkommen. BZ, 21. Juli 1960.
- Laube, Kurt: Das rote Nowawes lebt! Am 3. Januar 1919 wurde die Ortsgruppe der Kommunistischen Partei in Potsdam und Nowawes gegründet. M, 4. Januar 1959.
- Lebe, W./Bethke, Adolf: So wuchs Widerstandskraft. Erinnerungen Parteiveteranen, die im KZ Sachsenhausen darboten. Fr, Ausgabe Dessau, 7. Mai 1960.
- Memorandum der DDR zum Jahrestag von Potsdam. ND, 2. August 1960.
- Oehme, Walter: Potsdam war nicht Versailles. BZA, 1. August 1960.
- Plura, Franz: In Putlitz zog das neue Leben ein. BzZ, 1960, H. 2, S. 130–134.
- Potsdam – Verpflichtung oder Alpdruck. ND, 17. Juli 1960.
- Rossa, Bohdan: Über die Zusammenarbeit tschechischer Studenten und deutscher Antifaschisten im Konzentrationslager Sachsenhausen. In: Niemals vergessen! Aus dem antifaschistischen Widerstandskampf der Studenten Europas, Verlag Neues Leben, Berlin 1959, S. 55–60.
- Scholz/Kohl: 10 Jahre Stahl- und Werkzeug Brandenburg. KBH, 1960, H. 3, S. 22–23.
- Schumann, Otto: Der Arbeitermord in Teltow. Von den revolutionären Traditionen unserer Kampfgruppen. Potsdamer Land 1960, S. 28–32.
- Seibt, Kurt: Aus dem Bericht der Bezirksleitung an die Bezirksdelegiertenkonferenz. MV, 17. Juni 1960.
- Winkler, Klaus: Frauen, die dem Terror trotzten. Am 12. September wird die Mahn- und Gedenkstätte Ravensbrück eingeweiht. ND, 26. August 1959.
- Wulff, Vera: Ihr Andenken konnten nicht zerstören. BZ, 6. April 1960.
- Zeitz, Alfred: Brandenburg – die Wiege des Arbeitersports. KBH, 1960, H. 3, S. 27–28.

Bezirk Rostock

- Augustin, Klaus: Der Wiederaufbau der Strecke Rostock–Schwaan durch die Elbe. In: Unser Ostbezirk, 1959, Nr. 1, S. 89–93.
- Becker, Horst: Die Bodenreform in den Kreisen Grimmen. In: Unser Ostbezirk, 1959, Nr. 1, S. 69–78.

- hold, Jochen: Der Befehl des Gewissens. Die Stimme, Mai 1960, S. 13–14.
- dem Bericht der Bezirksleitung an 5. Bezirksdelegiertenkonferenz. OZ, Juni 1960.
- der II. Norddeutschen Arbeiterkonferenz an die Genfer Außenministerkonferenz. OZ, 8. Juli 1959.
- Walter Ulbrichts an die Bezirksleitung Rostock der SED, an den Rat der Bezirks Rostock, an alle Genossenschaftsbauerinnen, Genossenschaftsbauern und Landarbeiter, an alle Landwirtschaftswissenschaftler des Bezirkes Rostock. ND, 7. Juli 1960.
- Zeit ist Unterpfand. Entschließung der II. Norddeutschen Arbeiterkonferenz. OZ, 8. Juli 1959.
- an, Gerda: Eine wissenschaftliche Konferenz über die Niederschlagung des Kapp-Putsches in Mecklenburg. OZ, 1960, H. 3, S. 598–600.
- Heinz: Der Anfang. Ein Besuch beim Unterpfand Hans Warnke. In: Unser Ostseebezirk, 1960, H. 3, S. 73–75.
- Internationalen Frauentag 1960. OZ, 1960, H. 3, S. 598–600.
- sg. von der SED-Kreisleitung Stralsund, o. O. (1960), 64 S.
- tmann, Günter: Ein Arbeiterveteran erzählt. Nach einem Bericht von dem Arbeiterveteranen Ehrenreich Vogt. OZ, 1960, H. 1, S. 6/7.
- Geschichte der Arbeiterbewegung im Kreis Wolgast von den Anfängen bis zu den Wahlen zur Nationalversammlung (1830–1919). Hrsg. von der Kommission zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung im Kreis Wolgast, o. O. (1960), 51 S.
- z, Erwin: Über die Entwicklung des Bewusstseins im Bezirk Rostock nach 1945. In: Unser Ostseebezirk, 1959, H. 1, S. 29–38.
- beck, Klaus: Die deutsch-sowjetische Freundschaft in der Arbeiterjugendbewegung Mecklenburgs vor 1945. In: Unser Ostseebezirk, 1960, Nr. 2, S. 92–95.
- tmann, Ernst: Zehn Jahre Arbeiter- und Bauern-Macht im Ostseebezirk. In: Unser Ostseebezirk, 1959, Nr. 1, S. 7–11.
- ke, Karl-Heinz: Ihr ganzes Leben – Kampf um die Befreiung der Menschen. OZ, 15. Januar 1959.
- 10 Jahre Arbeiter- und Bauern-Macht im Landkreis Stralsund. Hrsg. von der SED-Kreisleitung, o. O. (1959), 15 S.
- Jawinsky, Johanna: Die Anfänge der Jungaktivistenbewegung in Mecklenburg 1945–1949. In: Unser Ostseebezirk, 1959, Nr. 1, S. 94–109.
- Kleinert, Rita: Gute Deutsche. OZ, 7. Mai 1960.
- Kowarsch, Karl-Heinz: Die mecklenburgischen Landarbeiter in den Novembertagen 1918. In: Unser Ostseebezirk, 1960, Nr. 2, S. 72–81.
- Luck, Herbert: Die materielle Produktionsgrundlage des Sozialismus im Norden der DDR. In: Unser Ostseebezirk, 1960, Nr. 2, S. 11–36.
- Mahnke, Hans: Wie sah es nach 1945 in Rostock aus? In: Der Propagandist. Hrsg. von der Bezirksleitung Rostock der SED, Mai 1960, S. 18.
- Maur, Hans: Sowjetsoldaten leisteten erste Hilfe. Aktionseinheit der Arbeiterklasse überwindet Faschismus und Krieg. OZ, Ausgabe Wolgast, 2. Mai 1960.
- Maur, Hans: Die Opfer von Jeesser klagen an. OZ, 6. Mai 1960.
- Maur, Hans: Im Kampf gegen Ausbeutung und Krieg. Ein Beitrag über die Grimmener Arbeiterbewegung in den Jahren 1923 bis 1933. OZ, Ausgabe Grimmen, 27. Mai; 28. Mai; 30. Mai 1960.
- Merchel, Walter: Die revolutionäre Umgestaltung der Landwirtschaft im Bezirk Rostock. In: Unser Ostseebezirk, 1960, H. 3, S. 54–72.
- Müller, Fritz: Der Weg der demokratischen Aufbruch der Universitäten Rostock und Greifswald im Jahre 1945. In: Unser Ostseebezirk, 1960, H. 3, S. 76 bis 89.
- Nadolny, Bruno: Die Mathias-Thesen-Werft in Wismar. In: Unser Ostseebezirk, 1959, Nr. 1, S. 18–28.
- Päper, Hans: Der Weg der DDR – Beispiel für Deutschland. Die Vorbereitung des 10. Jahrestages der DDR und die Aufgaben der Historiker. OZ, 3. April 1959.
- Pagel, Max: Das Werk der befreiten Arbeiter wurde riesengroß. OZ, 7. Mai 1960.
- Perk, Willy: Mathias Thesen – ein Kämpfer seiner Klasse. T, 2. Juli 1960.

- Polzin, Martin:** Neuaufbau und Entwicklung der Universität Rostock von 1945 bis 1959. In: Unser Ostseebezirk, 1959, Nr. 1, S. 38–56.
- Polzin, Martin:** Rostocker Sozialisten im Kampf gegen Bismarcks Ausnahmegesetz (1878–1890). In: Unser Ostseebezirk, 1960, Nr. 2, S. 61–71.
- Rackow, Gerd:** Ereignisse in Rostock während der Gründung der DDR. In: Unser Ostseebezirk, 1959, Nr. 1, S. 12 bis 18.
- Rackow, Gerd:** Die Hilfe der Sowjetunion beim Wiederaufbau der Stadt Rostock in den Jahren 1945–1949. In: Unser Ostseebezirk, 1960, Nr. 2, S. 96–104.
- Rathke, Paul:** Traditionelle Arbeiterkonferenzen in der Ostseemetropole, T. 2. Juli 1960.
- Schöler, Walter:** Die Aufhebung der Leibeigenschaft in Mecklenburg. In: Unser Ostseebezirk, 1959, Nr. 1, S. 57–65.
- Stralsund** – Chronik einer Stadt im sozialistischen Aufbau. Bearb. vom Stadtarchiv Stralsund, o. O. 1960, 213 S.
- Vogt, Franz:** Erinnerungen eines Landarbeiters. In: Unser Ostseebezirk, 1959, Nr. 1, S. 65–68.
- Wilhelmus, Wolfgang:** Konferenzen der deutschen Historikergesellschaft zum 10. Jahrestag der Gründung der DDR. In: Unser Ostseebezirk, 1960, Nr. 2, S. 131–134.
- Wittenhagen, Barbara:** Geschichte einer LPG – Altenhagen wird sozialistisches Dorf. In: Unser Ostseebezirk, 1959, Nr. 1, S. 79–84.

Bezirk Schwerin

- Frei ward der Bauer auf eigenem Feld. Hrsg. von der Agitationskommission beim Bezirksausschuß Schwerin der Nationalen Front, o. O. (1960), 19 S.
- Bennert, Edgar:** So lernte ich Wilhelm Pieck kennen. In: Volkskalender 1960 für den Bezirk Schwerin.
- Die Bestie von Wittenberge.** Augenzeugen klagen an. SVZ, 13. Juli 1960.
- Bruhns, Ernst:** Im Jahre 1927 war Hermann Duncker Lehrer auf der ersten Parteischule der KPD in Mecklenburg. SVZ, 25. Juni 1960.
- Drushba** – Freundschaft. Reiseerlebnisse von Parteiveteranen des Bezirks Schwerin in der Sowjetunion. Hrsg. von der

- Bezirkskommission für die Veteranenbetreuung bei der Bezirksleitung Schwerin der SED, o. O. 1959, 15 S.
- Die Entwicklung des Kreises Parchim.** Siebenjahrplan. Hrsg. vom Rat des Kreises Parchim, o. O. (1960), 62 S.
- Gäth, Otto/Bruhns, Ernst:** 800 Jahre Schwerin. Das Fundament – Eitz der Arbeiterklasse. SVZ, 16. Juni 1960.
- Haase, August:** Neuaufbau im Kreis Parchim. In: Historische Wendel, S. 27–28.
- Juranowski, Jupp/Cwielon, Leo:** 800 Jahre Schwerin. Einst rechtlos – heute für Genossenschaftsbauern. SVZ, 24. Juni 1960.
- Kahmann:** Die Bodenreform 1945 – eine Maßnahme, durch die einer der Hauptpfeiler des deutschen Militarismus und Imperialismus vernichtet wurde. Historische Wendel, S. 32–39.
- Mahn, Alfred:** Begegnung in Plau. Volkskalender 1960 für den Bezirk Schwerin.
- Die Quelle der Kraft der Arbeiterklasse ist die Aktionseinheit.** Hrsg. von der Kommission zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung bei der SED-Kreisleitung Bützow, o. O. (1960), 28 S.
- Schroeder, H.:** Vergilbt – und doch frisch. In alten Mecklenburger Arbeitszeiten geblättert. SVZ, 18. Juni 1960.
- Sembt, Walter:** Aus namenlosen Nummern wurden wieder Menschen! Historische Wendel, S. 5–19.
- Komplexer territorialer Siebenjahrplan 1959–1965 des Bezirkes Schwerin.** Hrsg. vom Rat des Bezirkes Schwerin, o. O. 1960, 135 S.
- Stachel, Holdine:** Was wird aus den Kindern? In: Historische Wendel, S. 45–46.
- Stein, Siegfried:** Die nationale Bedeutung der demokratischen Bodenreform. SVZ, 14. Juni 1960.
- Sternberg, August:** Als Kapp geschlagen wurde... Der Arbeiterveteran erzählt. In: Volkskalender 1960 für den Bezirk Schwerin.
- Ulbricht, Walter:** Von der Junkerkolonie zur Sozialismus. Festrede der Achthundertjahrfeier der Stadt Schwerin. SVZ, 18. Juni 1960.
- Völker, Ursula:** Arbeiter-Erinnerungen an die Kapp-Tage in Mecklenburg. SVZ, H. 3, S. 4–6.

ische Wende! Zum 15. Jahrestag deutschen Volkes vom Faschismus... Aktivisten der ersten Stundeichten. Hrsg. von der Bezirkskommission zur Erforschung der Geschichte örtlichen Arbeiterbewegung bei der Bezirksleitung der SED Schwerin, o. O. (1960), S. 65.

Herber, Erich: Vor 15 Jahren marschier-Sowjettruppen in Schwerin ein. FW, 1. Juli 1960.

Herber, Erich: Als das Fundament der Freundschaft gelegt wurde. In: Historische Wende!, S. 21–26.

Herber, Erich: fünf Minuten nach zwölf. Hrsg. von der Bezirksleitung Schwerin der SED, o. O. (1960), 39 S.

Herber, Karl: Meine Lehrzeit. In: Historische Wende!, S. 40–44.

Bezirk Suhl

Herber, Fritz: Wenn ich heute so zurück-ke... Aus den Erinnerungen eines Weiterredakteurs. FW, 11. Juli 1959.

Herber, Fritz: Familie Zink – Opfer des Faschismus. Beitrag zum Widerstandskampf gegen Faschismus und Krieg. Hrsg. von der Kommission zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung in der Kreisorganisation der SED Ilmenau, o. O. (1960), 1 S.

Herber, Fritz: August Aschenbach wird geehrt. Gedenkstätte wird am 1. August der Öffentlichkeit übergeben. FW, 1. Juli 1959.

Funke, Otto: Rechenschaftsbericht der Bezirksleitung Suhl der SED auf der 5. Bezirksdelegiertenkonferenz. FW, 24. Juni 1960.

Herber, Hugo: Das Heute wuchs aus dem Gestern. Die Märzkämpfe 1920 um Suhl, Ohrdruf und Gotha. NH, 1960, H. 3, S. 103–106.

Herber, Hugo: „Proletarier, seid auf der Hut!“ Eine Erinnerung an den Kämpfer und Lehrer der Arbeiterklasse Hermann Duncker. T, 16. Juli 1960.

Vor 40 Jahren politischer Generalstreik in Suhl und Zella-Mehlis. FW, 17. Juli 1959.

Roth, Kurt: Jedwede Sorglosigkeit überwinden. Zu ideologisch-politischen Fragen in Broschüren zur Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung. FW, 17. Februar 1959.

Schörning, Fritz: Zur Geschichte der Arbeiterklasse im Kreis Arnstadt-Ilmenau. Vor 40 Jahren: Arbeitereinheit siegte über Kapp-Putschisten. IB, 1960, H. 4, S. 73–83.

Schörning, Fritz: Zur Geschichte der Arbeiterklasse im Kreis Arnstadt-Ilmenau. Der 1. Mai – Internationaler Kampftag der Arbeiter. IB, 1960, H. 5, S. 101–103.

Schreiber, Werner: Ein Stück Geschichte des Dorfes Frankenheim. FW, 7. Mai 1960.

Siebelist, Richard: Das Hohelied des Arbeitersports. Ein Arbeitersportler erzählt. FW, 25. Mai 1959.

Wollenschläger, Herbert: In München gekämpft und in Hamburg gestürmt. FW, 30. Mai 1959.

С О Д Е Р Ж А Н И Е

Гельм Пик, О некоторых вопросах истории КПГ; Павел Рейман, Империалистические фантазии и историческая логика (возражение Гансу Ротсу); Генрих Гемков, Из борьбы немецких и французских социалистов против милитаризма и военных провокаций в 1886—1887 годах; Научные сообщения и заметки: Эдит Цорн / Люизе Краусхаар, Незабываемые соратники (о подпольной антифашистской агитации среди немецких пленных войск во Франции во время второй мировой войны); Кандель, Новые факты из истории «Манифеста Коммунистической партии»; Карель Пихлик, Немецкие и чешские солдаты австрийско-венгер-

ской армии в борьбе против войны и монархии в 1914—1918 годах; Дитрих Фрикке, Важный источник для истории немецкого рабочего движения; работе Комиссий по истории местного рабочего движения; Отчеты и замечания: XI Международный съезд историков в Стокгольме (Генрих Гемков); Империализм, рабочий класс и нация (замечания к докладу и дискуссии на тему «Немецкая социал-демократия и первая мировая война» на XI Международном съезде историков в Стокгольме (Ганс-Иоахим Бернгард / Фриц Клейн); Международный коллоквиум историков по изучению истории печати (Гюнтер Хейдорн); Научная конференция Германской Академии сельскохозяйственных наук (Фритц Циммерман); «Přispěvky k dějinám KSČ» (Ян Пахта); «Analele», журнал истории румынского рабочего движения (Ал. Саву); Критика и библиография.

CONTENTS

Wilhelm Pieck, On some Problems of the History of the KPD; *Paul Reimar*, Imperialist Fancies and Historical Logic (A Controversy with Hans Rothfels); *Heinrich Gemkow*, From the Struggle of German and French Socialists against Militarism and Warmongering in 1886/87; Scientific Information and Notes: *Edith Zorn/Luise Kraushaar*, Unforgotten Fellow Combatants (About the Anti-Fascist Underground Activities among the German Occupied Troops in France during the Second World War); *Y. P. Kandel*, New Facts concerning the History of the "Manifesto of the Communist Party"; *Karel Pichlík*, German and Czech Soldiers in the Austro-Hungarian Army in the Struggle against the War and the Monarchy 1914—1918; *Dieter Fricke*, an important Source to the History of the German Labour Movement; From the Work of the Committees for the History of the Local Working-Class Movement; Reports and Remarks: XI. International Congress of Historians at Stockholm (*Heinrich Gemkow*), Imperialism, Working-Class and Nation (Afterthoughts on the Paper "German Social Democracy and the First World War" delivered at the XI. International Congress of Historians at Stockholm, and on the Debate) (*Hans-Joachim Bernhard / Fritz Klein*); International Colloquy of Historians for the Study of the History of the Press (*Günter Heidorn*); A Scientific Conference of the German Academy of Agriculture (*Fritz Zimmermann*); "Přispěvky k dějinám KSČ" — "Contributions to the History of the KPČ" (*Jan Pachta*); "Analele", Periodical for the History of the Roumanian Labour Movement (*Al. Savu*); Criticism and Bibliography.

CONTENU

Helmut Pieck, Au sujet de quelques problèmes de l'histoire du P. C. A.; *Paul Nann*, Fantaisies impérialistes et logique historique (une discussion avec *W. Rothfels*); *Heinrich Gemkow*, Le combat des socialistes allemands et français contre le militarisme et les provocations de guerre dans les années 1886/87; Communications et notes scientifiques: *Edith Zorn/Louise Wushaar*, Les inoubliables compagnons d'armes (Sur l'agitation antifasciste allemande parmi les troupes d'occupation allemande en France pendant la deuxième guerre mondiale); *J. P. Kandel*, Nouveaux faits à l'histoire du «Manifeste du Parti Communiste»; *Karel Pichlik*, Soldats allemands et tchèques dans l'armée austro-hongroise en lutte contre la guerre et la monarchie 1914–1918; *Herbert Fricke*, Une source importante pour l'histoire du mouvement ouvrier allemand; Travaux des commissions d'étude de l'histoire du mouvement ouvrier local; Rapports et remarques: Le Congrès International Historique à Stockholm (*Heinrich Gemkow*); L'impérialisme, la classe ouvrière et la nation (Remarques supplémentaires du compte rendu et de la discussion sur «La social-démocratie allemande et la première guerre mondiale» au Congrès International Historique à Stockholm) (*Hans-Joachim Bernhard/Fritz Klein*); Colloque international d'historiens pour approfondir de l'histoire de la presse (*Günter Heidorn*); Une conférence scientifique de l'Académie d'agriculture scientifique (*Fritz Zimmermann*); *České příspěvky k dějinám KSČ* — «Articles sur l'histoire du P. C. T.» (*Jan Pacht*); *Revista de Istorie*, bulletin de l'histoire du mouvement ouvrier roumain (*Al. Savu*); Bibliographie et bibliographie.

AUTOREN DIESES HEFTES

- Dr. Paul Reimann*, Professor; stellvertretender Direktor des Instituts für Geschichte der KPČ beim Zentralkomitee der KPČ, Prag
- Dr. Heinrich Gemkow*, stellvertretender Chefredakteur der „Beiträge Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung“, Berlin
- Edith Zorn*, freie Mitarbeiterin am Institut für Marxismus-Leninismus beim Zentralkomitee der SED, Berlin
- Luise Kraushaar*, wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Marxismus-Leninismus beim Zentralkomitee der SED, Berlin
- Dr. J. P. Kandel*, Professor; wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Marxismus-Leninismus beim Zentralkomitee der KPdSU, Moskau
- Karel Pichlík*, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Militärgeschichte, Prag
- Dr. Dieter Fricke*, Professor mit Lehrauftrag; Direktor des Historischen Instituts der Friedrich-Schiller-Universität Jena
- Werner Bruschke*, Parteiveteran; Leiter der Arbeitsgruppe „15 Jahre SED“ der Bezirkskommission zur Erforschung der Geschichte der mitteldeutschen Arbeiterbewegung, Halle (Saale)
- Alfred Loesdau*, Mitglied der Berliner Bezirkskommission zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung
- Hans Maur*, wissenschaftlicher Assistent am Institut für Marxismus-Leninismus beim Zentralkomitee der SED, Berlin
- Dr. Hans-Joachim Bernhard*, stellvertretender Direktor des Museums deutsche Geschichte, Berlin
- Dr. Fritz Klein*, wissenschaftlicher Arbeitsleiter am Institut für Geschichte Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin
- Dr. Günter Heidorn*, Professor; Prorektor für Gesellschaftswissenschaftlichen Grundstudium an der Wilhelm-Pieck-Universität Rostock
- Fritz Zimmermann*, Redakteur der „Beiträge zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung“, Berlin
- Jan Pachta*, Chefredakteur der „Beiträge zur Geschichte der KPČ“, Prag
- Al. Savu*, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Parteigeschichte beim Zentralkomitee der Rumänischen Arbeiterpartei, Bukarest
- Horst Beutel*, Vorsitzender der Bezirkskommission zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung bei der SED-Bezirksleitung Leipzig
- Marga Beyer*, wissenschaftliche Assistentin beim Lehrstuhl für Geschichte der Arbeiterbewegung am Institut für Gesellschaftswissenschaften beim Zentralkomitee der SED, Berlin
- Gerda Koch*, wissenschaftliche Oberassistentin beim Lehrstuhl für Geschichte der Arbeiterbewegung am Institut für Gesellschaftswissenschaften beim Zentralkomitee der SED, Berlin
- Dr. Rolf Helm*, Justitiar der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin
- Beatrice Johnson*, Mitarbeiterin des Staatlichen Rundfunkkomitees der DDR, Berlin
- Dr. Eberhard Wächtler*, wissenschaftlicher Arbeitsleiter am Institut für Geschichte der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin, Leipzig
- Dr. Helmut Bock*, wissenschaftlicher Sekretär des Instituts für Geschichte der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin

REDAKTIONSKOLLEGIUM

Wig Einicke (Chefredakteur), Ludwig Arnold, Horst Bartel, Herwig Förder,
z Knittel, Hellmuth Kolbe, Walter Nimtz, Erich Paterna, Raimund Wagner,
Heinrich Gemkow (stellv. Chefredakteur)

BERICHTIGUNG

Heft 4/1960, S. 823, 3. Zeile, statt 24 lies 55, auf der 7. und 8. Zeile muß es richtig
en: Der Verlag „Molot“ („Hammer“) veröffentlichte die Arbeit „Zur Kritik der
tischen Ökonomie“ von Marx fälschlich als eine Schrift von Engels . . .; S. 845,
t „unzertrennlichen französischen Nation“ lies: „unzertrennlichen französisch-
schen Nation“; S. 931, statt Puwelka lies: Pulewka; auf S. 939, rechte Spalte, sind
Zeilen 6 und 12 umzutauschen.

Sonderheft 1960, S. 233, muß es in der ersten Zeile des letzten Absatzes 1944
t 1943 heißen.

vorliegenden Heft, S. 7, muß in der vorletzten Zeile vor dem Wort „Organe“
rende eingefügt werden.

Redaktionsschluß: 23. November 1960

Redaktion: Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Berlin N 54,
Helm-Pieck-Straße 1, Tel. 20 05 81 – Verlag: Dietz Verlag GmbH, Berlin C 2,
Helm-Straße 76–79, Tel. 27 63 61. Lizenznummer: 54 67 – Zuschriften, die den Inhalt
betreffen, sind an die Redaktion, solche, die den Bezug angehen, an den Verlag
zu richten – Für unverlangt eingehende Manuskripte kann keine Haftung über-
nommen werden. Die Zeitschrift erscheint vierteljährlich. Der Preis beträgt für
Einzelheft 2 DM, das Jahresabonnement 8 DM – Bezugsmöglichkeiten: Für
das Gebiet der DDR einschließlich des Demokratischen Sektors von Groß-Berlin
über Buchhandlungen oder jedes Postamt. Für Westdeutschland, Westberlin sowie
das gesamte Ausland Deutscher Buch-Export und -Import GmbH, Leipzig C 1,
Helm-Straße 16 – Druck: (140) Neues Deutschland, Berlin

Im März erscheint unser Sonderheft
zum 15. Jahrestag der Gründung
der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands

Das Sonderheft wird u. a. folgende Beiträge enthalten:

Stefan Doernberg: Die nationale Bedeutung der Politik der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands

Walter Bartel/Ernst Becker: Die Hilfe der SED für die Entwicklung der marxistisch-leninistischen Geschichtswissenschaft in der DDR

Fritz Zimmermann: Friedrich Engels' Hilfe für den Kampf der deutschen Sozialdemokratie gegen den Opportunismus in der Baueingangsfrage in den 90er Jahren des 19. Jahrhunderts

Raimund Wagner: Die Chemnitzer Konferenz und die Widerstandaktionen der sächsischen Arbeiter gegen den Reichswehreinmarsch im Oktober 1923

Siegfried Vietzke: Einige Probleme des Kampfes um die Demokratie in den Beschlüssen der Brüsseler Konferenz der KPD

Walter Müller: Die Aktionsgemeinschaft zwischen SPD und KPD in München 1945/1946

Hellmuth Kolbe: Die Entwicklung der SPD vom Godesberger Parteitag bis zum Parteitag in Hannover

Ein Artikel Walter Ulbrichts zu Fragen der Einheitsfront vom 15. Februar 1933

Dokumente aus dem Kampf um die Schaffung der SED in Westdeutschland 1946/47 (*Kurt Wrobel*)

Das Sonderheft erscheint außerhalb des Abonnements.

Wir bitten alle unsere Leser, ihre Bestellungen beim zuständigen Postamt bzw. bei ihrer Buchhandlung aufzugeben.

Beiträge zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung
Redaktion

Neuerscheinungen

Karl Marx/Friedrich Engels · Werke

vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED begonnene deutsche Ausgabe fußt auf der vom gleichnamigen Institut beim ZK der KPdSU in Moskau organisierten Ausgabe in russischer Sprache

Band 8

August 1851 – März 1853

II, 734 Seiten · Mit 3 Bildbeilagen und 4 Faksimiles · Kunstleder 10,– DM

Band 9

März 1853 – Dezember 1853

III, 730 Seiten · Kunstleder 10,– DM

weiter erschienen:

Band 1 1839 bis 1844

Band 2 1844 bis 1846

Band 3 1845 bis 1846

Band 4 Mai 1846 bis März 1848

Band 5 März bis November 1848

Band 6 November 1848 bis Juli 1849

Band 7 August 1849 bis Juni 1851

Jeder Band in Kunstleder 10,– DM. Die Gesamtausgabe umfaßt 36 Bände.



DIETZ VERLAG BERLIN C2, Wallstraße 76-79

Die neue aktuelle Schriftenreihe

Wahrheiten über den deutschen Imperialismus

Heft 1

Heinz Kühnrich

Der KZ-Staat

Rolle und Entwicklung der faschistischen Konzentrationslager 1933 bis 1945

144 Seiten · Mit 4 Bildern und einer graphischen Darstellung

Broschiert 1,40 DM

Heft 2

Karl Heinz Biernat

Der Reichstag brennt

Hintergründe und Auswirkungen der faschistischen Reichstagsbrandprovoka

100 Seiten · Mit 5 Illustrationen · Broschiert 1,50 DM

Heft 3

Heinz Kühnrich

Der Judenmörder Eichmann – kein Fall der Vergangenheit

Mit einem Augenzeugenbericht aus dem Ghetto Theresienstadt von Ar
Munter

Etwa 150 Seiten · Mit Dokumentenanhang und 4 Bildern · Broschiert 1,80



DIETZ VERLAG BERLIN C2, Wallstraße 76-

Günter Hortzschansky

Der nationale Verrat der deutschen Monopolherren während des Ruhrkampfes 1923

Institut für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED

Lehrstuhl für Geschichte der Arbeiterbewegung

327 Seiten · Halbleinen 6,— DM

Sieht die Bourgeoisie eine Gewinnchance oder ist gar ihre Klassenherrschaft bedroht, dann ist sie — entgegen allen nationalistischen Phrasen — jederzeit bereit, gegen die Interessen der eigenen Nation mit ausländischen Imperialisten zu kollaborieren. Diese für Westdeutschland so aktuelle Tatsache findet in den Ereignissen des Jahres 1923 — Ruhrgebietsbesetzung, „passiver Widerstand“, Inflation, Separatismus — eine treffende Parallele, denn hier wird, wie diese gut fundierte Darstellung nachweist, der Zusammenhang der sozialen mit der nationalen Frage besonders deutlich. Längst ist allein die Arbeiterklasse, geführt von ihrer revolutionären Partei, Sachwalter der Nation.



DIETZ VERLAG BERLIN C2, Wallstraße 76-79

K. Iwanow/S. Schelnis

Der Staat Israel · Situation und Politik

Etwa 220 Seiten · Mit 1 Karte · Halbleinen 4,50 DM

Während des Überfalls der imperialistischen Aggressoren auf Ägypten im Oktober 1956 rückte das kleine Land Israel plötzlich in das Rampenlicht der Geschichte. Was stellt Israel dar? Welche Politik verfolgt es? Die vorliegende Schrift gibt eine hochinteressante und aufschlußreiche Darstellung der innen- und außenpolitischen Probleme des Staates Israel an Hand seiner geschichtlichen Entwicklung. Sie gibt einen Einblick in das reaktionäre Wesen des Zionismus und zeigt den Weg, den Israel einschlagen müßte, um in die Front der friedliebenden Völker eingereiht zu werden.

J. B. Tschernjak

Der Staatsaufbau und die politischen Parteien der USA

243 Seiten · Halbleinen 4,50 DM

Aufbauend auf einem kurzen historischen Abriß, untersucht der Autor die gegenwärtigen politischen Verhältnisse in den USA. An Hand der Darlegungen über den Mechanismus des Staatsapparates und die politischen Parteien und Organisationen beweist er, wer die wahren Herren des nordamerikanischen Staates sind, für wen die vielgepriesene Demokratie gültig ist. Das Werk zeichnet sich durch reiches Tatsachenmaterial aus und schließt eine Lücke in unserem Wissen über den amerikanischen Staatsaufbau.



DIETZ VERLAG BERLIN C 2, Wallstraße 76-79

NEUERSCHEINUNG

Wilhelm Pieck Gesammelte Reden und Schriften

Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED

Band III · Mai 1925 bis Januar 1927

15, 612 Seiten · Mit 8 Bildern und Faksimiles · Ganzleinen 8,20 DM

Außerdem sind erschienen

Band I · August 1904 bis Januar 1919

Mit einem Vorwort von Walter Ulbricht

24, 528 Seiten · Mit 13 Bildern und Faksimiles · Ganzleinen 6,80 DM

Band II · Januar 1920 bis April 1925

18, 540 Seiten · Mit 9 Bildern und Faksimiles · Ganzleinen 6,80 DM

Die Ausgabe wird etwa 15 Bände umfassen

Otto Grotewohl Im Kampf um die einige deutsche demokratische Republik

Reden und Aufsätze

Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED

Band I–V · Auswahl aus den Jahren 1945 bis 1958

in Kassette 32,—DM

Jeder Band auch einzeln lieferbar

Band I · 1945 – 1949 · 536 Seiten · Kunstleder 5,50 DM

Band II · 1950 – 1951 · 640 Seiten · Kunstleder 6,— DM

Band III · 1952 – 1953 · 576 Seiten · Kunstleder 5,50 DM

Band IV · 1954 – 1956 · 755 Seiten · Kunstleder 7,50 DM

Band V · 1956 – 1958 · 768 Seiten · Kunstleder 7,50 DM



DEUTSCHER VERLAG BERLIN C 2, Wallstraße 76–79

